



HEINRICH BÖLL STIFTUNG  
BILDUNG + KULTUR

**BAND 5**

# **Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien**

**Eine Studie von Carola Richter und Sebastian Gebauer  
Mit Beiträgen von Thomas Heberer und Kai Hafez**



# **DIE CHINA-BERICHTERSTATTUNG IN DEN DEUTSCHEN MEDIEN**



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG  
SCHRIFTENREIHE ZU BILDUNG UND KULTUR  
BAND 5**

# **Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien**

**Eine Studie von Carola Richter und Sebastian Gebauer  
Mit Beiträgen von Thomas Heberer und Kai Hafez**

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien  
Eine Studie von Carola Richter und Sebastian Gebauer  
Mit Beiträgen von Thomas Heberer und Kai Hafez

Band 5 der Reihe Bildung und Kultur  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
© Heinrich-Böll-Stiftung 2010  
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)  
Titel-Photo: dpa  
Druck: agit-druck

ISBN 978-3-86928-036-3

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin  
**T** +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** [info@boell.de](mailto:info@boell.de) **W** [www.boell.de](http://www.boell.de)

# INHALT

|                                                                                       |     |
|---------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Vorwort                                                                               | 7   |
| <b>Zusammenfassung und Thesen</b>                                                     | 9   |
| Zusammenfassung                                                                       | 9   |
| Thesen zur China-Berichterstattung deutscher Medien                                   | 15  |
| Einleitung                                                                            | 18  |
| <b>1 Theoretische Überlegungen und methodisches Vorgehen</b>                          | 20  |
| 1.1 Zur Bedeutung und Auswahl der Medienagenda                                        | 20  |
| 1.2 Was sollen Medien leisten?                                                        | 25  |
| 1.3 Bisheriger Forschungsstand                                                        | 26  |
| 1.4 Methodik                                                                          | 29  |
| <b>2 Quantitative Inhaltsanalyse: Themenhaushalt, Handlungsträger und Autoren</b>     | 39  |
| 2.1 Allgemeine Betrachtungen                                                          | 39  |
| 2.2 Verlauf der Berichterstattung                                                     | 42  |
| 2.3 Sachgebiete                                                                       | 43  |
| 2.4 Themenfelder in den Sachgebieten                                                  | 46  |
| 2.5 Handlungsträger/Akteure                                                           | 78  |
| 2.6 Autoren                                                                           | 81  |
| 2.7 Fazit                                                                             | 84  |
| <b>3 Qualitative Analyse: Diskurs- und Argumentationsstrukturen</b>                   | 86  |
| 3.1 Tiefenschnitt: Tibet-Konflikt                                                     | 87  |
| 3.2 Tiefenschnitt: Menschenrechte, Zivilgesellschaft und Medien- und Meinungsfreiheit | 110 |
| 3.3 Tiefenschnitt: Deutsche Beziehungen zu China                                      | 130 |
| 3.4 Tiefenschnitt: Chinesisch-afrikanische Beziehungen                                | 151 |
| 3.5 Tiefenschnitt: Umwelt- und Klimapolitik in China                                  | 163 |
| 3.6 Tiefenschnitt: Chinas Rolle in der globalen Wirtschaft                            | 177 |

|                                                                                        |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>4 Befragung von Medienproduzenten: Einflussfaktoren auf die Themenselektion</b>     | 196 |
| 4.1 Einflussfaktoren der Makro-Ebene: Gesellschaftliche Bewertung & Umweltsysteme      | 197 |
| 4.2 Einflussfaktoren der Meso-Ebene                                                    | 201 |
| 4.3 Generelle Einschätzungen und Besonderheiten der China-Berichterstattung 2008       | 218 |
| 4.4 Arbeitsbedingungen in China                                                        | 220 |
| 4.5 Themenspezifische Selektionskriterien                                              | 224 |
| 4.6 Fazit                                                                              | 235 |
| <b>Das Chinabild deutscher Medien aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive</b> |     |
| Von Kai Hafez                                                                          | 237 |
| <b>Chinabild und Medienberichterstattung aus politikwissenschaftlicher Perspektive</b> |     |
| Von Thomas Heberer                                                                     | 259 |
| Literatur                                                                              | 289 |
| Tabellen- und Abbildungsverzeichnis                                                    | 295 |
| Abkürzungen                                                                            | 297 |
| Die Autoren                                                                            | 299 |



# VORWORT

Wie Medien über andere Länder berichten, das prägt unsere Wahrnehmung von ihnen entscheidend. Was wird für die Berichterstattung ausgewählt, was wird weggelassen, welche Stereotypen werden stetig transportiert? All das sind Fragen, die uns überall dort beschäftigen, wo wir mit unserer politischen Arbeit vor Ort sind.

Für China wollten wir die Berichterstattung in Deutschland genauer untersuchen. Während man in Deutschland kaum wahrnimmt, wie das eigene Land in den chinesischen Medien porträtiert wird, rückte die deutsche China-Berichterstattung in den letzten Jahren zunehmend ins Blickfeld der chinesischen Öffentlichkeit. Redaktionen in Deutschland hatten auf das große Interesse an China reagiert und ihre Berichterstattung über das Land deutlich verstärkt. Deutsche Medienanstalten haben heute mehr als 30 Korrespondenten in Peking und Shanghai und täglich finden sich Berichte über China in der deutschen Presse.

Seit einigen Jahren artikulieren chinesische Beobachter Kritik an der westlichen Berichterstattung über China. Auch die deutsche Berichterstattung ist in die Schusslinie geraten. Vorwürfe kommen aus Regierungskreisen, aus den chinesischen Medien, insbesondere aber von einer Öffentlichkeit, die sich im Internet artikuliert. Wortführer sind vor allem Chinesen in Deutschland und bisher deutschfreundliche Eliten, die die Berichterstattung in den deutschen Medien verfolgen. Sie sprechen von einseitig negativer Berichterstattung und werfen deutschen Medien vor, China systematisch zu verunglimpfen.

Laut der aktuellen GlobeScan-Studie, die im Auftrag des BBC Worldservice erstellt wurde, glauben nur 20 Prozent der Deutschen, dass China eine «eher positive Rolle» in der Welt spielt, rund 71 Prozent sehen den Einfluss Chinas sogar «eher negativ». Damit gehören die Deutschen weltweit zu den größten China-Skeptikern. Noch 2005 hielten sich positive und negative Wahrnehmung Chinas in Deutschland fast die Waage. Was ist seitdem geschehen?

Chinas beispielloser wirtschaftlicher Erfolg erregt seit Jahren die Aufmerksamkeit auch einer breiteren Bevölkerung im Westen. Die zunehmende Bedeutung Chinas für die Weltwirtschaft und -politik erzeugt Unbehagen und ist vielen Beobachtern Anlass zur Besorgnis. Auch wenn es heute auf allen Ebenen einen regen Austausch zwischen Deutschland und China gibt – das Wissen über das jeweils andere Land bezieht die große Mehrheit der Menschen in Deutschland wie in China aus den eigenen Medien.

Im Olympiajahr 2008 eskalierten die Spannungen zu einem regelrechten Medienkrieg. Er entzündete sich an der Berichterstattung über die politischen Unruhen in Tibet und den olympischen Fackellauf. Chinesische Staatsmedien

sprachen von «Volksverhetzung» und «Nazigeist». Im Internet und den Leserbriefseiten der Medien formierte sich eine wütende Öffentlichkeit, die die deutschen Medienberichte als Angriff gegen alle Chinesen empfindet.

Noch im selben Jahr wurden daraufhin die ersten Dialogforen und runden Tische organisiert: Medienvertreter, Politiker und Studenten aus China und Deutschland diskutierten. Doch es kam zu keiner Annäherung. Eher wurde deutlich, wie unterschiedlich die Wahrnehmungen, wie verhärtet die Fronten sind. Eine rationale Debatte schien nicht möglich.

Da es bislang keine umfangreiche empirische Bestandsaufnahme und analytische Bewertung der aktuellen China-Berichterstattung in Deutschland gab, haben wir uns dazu entschlossen, vor allem die Inhalte der China-Berichterstattung in deutschen Medien transparent zu machen und zu analysieren. In der nun vorliegenden Studie wurde die Berichterstattung von sieben deutschen Leitmedien im Jahr 2008 untersucht. Es ist die erste Studie, die eine so umfangreiche Materialanalyse vornimmt. Selbstverständlich zeigt selbst eine so umfangreiche Studie nur einen Ausschnitt der gesamten Berichterstattung deutscher Medien. Und manche Schlussfolgerung ist nicht ganz frei von politischen Interpretationen, die wir nicht in jedem Detail teilen und über die sich streiten lässt. Auch zu dieser Auseinandersetzung wollen wir mit der Studie einladen.

Dennoch hoffen wir, damit einen wichtigen Beitrag für eine konstruktive Befassung mit dem noch immer hochbrisanten Thema zu leisten und die Verständigung zwischen Medienschaffenden und Medienkritikern in China und Deutschland fördern zu können.

Wir danken den beiden Autoren Carola Richter (Universität Erfurt) und Sebastian Gebauer (Universität Essen-Duisburg) für ihr großes Engagement, mit dem sie sich auf die Fülle des Materials eingelassen haben, und die hervorragende wissenschaftliche Arbeit. Unser ausdrücklicher Dank geht auch an die Professoren Thomas Heberer (Universität Essen-Duisburg) und Kai Hafez (Universität Erfurt) für die Konzeption und die wissenschaftliche Betreuung. Außerdem sind wir vielen Expertinnen und Experten zum Dank verpflichtet für ihr wertvolles Feedback während des Entstehungsprozesses der Studie, nämlich Bernt Berger, Doris Fischer, Karsten Giese, Matthias von Hein, Anja Senz, Shi Ming und Gudrun Wacker. Unser Dank gilt zuletzt den Journalistinnen und Journalisten, die sich bereit erklärt haben, Einblick in ihre Arbeitsprozesse zu geben, und die damit das Zustandekommen dieser Arbeit unterstützt haben.

Berlin und Peking, im Mai 2010

Barbara Unmüßig  
*Vorstand  
der Heinrich-Böll-Stiftung*

Katrin Altmeyer  
*Leiterin des Pekinger Büros  
der Heinrich-Böll-Stiftung*

# Zusammenfassung und Thesen

## ZUSAMMENFASSUNG

Medien konstruieren durch die Abbildung bestimmter Themen und Diskurse eine spezifische Realität, die insbesondere in der Auslandsberichterstattung prägend ist für gesellschaftliche Vorstellungen von anderen Regionen. Die Auslassung von oder der Fokus auf einige Themenbereiche tragen zur Ausformung von Nationenbildern bei, die Rückwirkungen auf den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit der anderen Nation haben können. Es besteht zudem die Gefahr, dass durch eine einseitige Ausbildung von Diskurs- und Argumentationsmustern oder deren unreflektierte und unkritische Übernahme aus den Umweltsystemen der Medien wie bspw. der Politik oder der Wirtschaft Freund- oder Feindbilder anderer Gesellschaften erzeugt werden, die das gegenseitige Verständnis füreinander schwächen und auf eine Konfliktorientierung in den wechselseitigen Beziehungen hinauslaufen.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, besteht eine wesentliche Aufgabe der Medien darin, durch die Präsentation einer Bandbreite an Themenfeldern und unterschiedlichen argumentativen Ansätzen die Auslandsberichterstattung so zu gestalten, dass dem Rezipienten Lernen über den «Anderen» ermöglicht wird. Dies beinhaltet insbesondere die Vermittlung von Wissen, die Veranschaulichung gegenwärtiger gesellschaftlicher Prozesse und die Präsentation und kritische Einordnung einer Pluralität von Argumenten, die zur individuellen Meinungsbildung beitragen sollen.

Im Hinblick auf China wird das durch Medien und Bücher erzeugte Nationenbild bisher als schwankend zwischen den Polen einer (historischen) Übereuphorisierung und Exotisierung des Landes und der Konstruktion eines befremdlichen und teilweise bedrohlichen Systemgegners verortet. Die nun vorliegende Untersuchung hatte das Ziel, diese eher subjektiven Einschätzungen empirisch zu hinterfragen, indem die Chinaberichterstattung deutscher Medien in ihrer publizistischen Vielfalt dargestellt und auf ihre Thematisierungspräferenzen und Diskursmuster analysiert, sowie die die Berichterstattung prägenden Produzenten zu den Entstehungsprozessen befragt wurden.

In den untersuchten sechs Printmedien (die Tageszeitungen FAZ, SZ und taz sowie die Wochenmedien SPIEGEL, Focus und ZEIT) und den Informationssendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (Tagesschau sowie spezifische Informationsformate) konnten über das Gesamtjahr 2008 die beachtliche Menge von 8766 Beiträgen identifiziert werden, die einen Bezug zu China herstellten. Diese *quantitativ hohe Beachtung Chinas* in der Berichterstattung der deutschen Meinungsführermedien zeugt bereits von einem besonderen Interesse an dem Land, durch das es sich von anderen Regionen der Auslandsberichterstattung abhebt. Dieses besondere öffentliche Interesse an China bietet den Medien die Möglichkeit, in ihren zumeist durch Platzkämpfe und ökonomische Beschränkungen geprägten Formaten in vielfältiger und differenzierter Weise auf die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aspekte der chinesischen Gesellschaft einzugehen und sie ausführlich zu beleuchten.

Die untersuchten Medien tragen diesem Interesse auch durch eine gut bis sehr gut ausgebaute Korrespondenten- und Redaktionsstruktur Rechnung, um die China-Berichterstattung durch Regionalexpertise zu professionalisieren. Die so entstehende sehr hohe Eigenleistung der Arbeit der Korrespondenten (20,6% aller Berichte gehen auf sie zurück), die durch spezifische Asienredakteure noch befördert wird (5,2%) und vergleichsweise geringe Agenturabhängigkeit (nur rund 20%) bei der Thematisierung von China-Beiträgen ist über alle Medien hinweg beachtlich.

Nichtsdestotrotz zeigt sich bei der Analyse aller identifizierten Beiträge zu China in 2008, dass etwas mehr als die Hälfte dieser Beiträge sich lediglich in allegorischer und stereotypisierender Form auf China bezieht. Das bedeutet, dass in einer Vielzahl von Medienbeiträgen der Bezug Chinas zur jeweils postulierten Thematik nicht näher beleuchtet wird, sondern bestimmte offensichtlich gesellschaftlich inhärente Vorstellungen und Klischees über das Land unreflektiert kolportiert werden. Dabei prägen normativ abwertende Bilder von China bspw. als «Unterstützer von Schurkenstaaten», als «Klimasünder», als «Billigproduzent» oder als Land mit unbändigem «Rohstoffhunger» den Diskurs, obwohl insbesondere im Wirtschaftsbereich auch scheinbar positiv besetzte Bilder vom «attraktiven Wachstumsmarkt» und «interessanten Produktionsstandort» vorkommen. Insgesamt lässt sich hier aber von einer fortlaufenden Verbreitung existierender Stereotypen durch die Medien sprechen, die sich eher an gesellschaftlich verankerten Symbolen und Floskeln orientieren, statt ihre eigentliche Aufgabe des Hinterfragens dieser Bilder wahrnehmen. Es besteht die Gefahr einer Verfestigung dieser zumeist extrem versimplifizierten und verkürzten Klischees in der deutschen Öffentlichkeit durch die Menge an Beiträgen, die diese Eindrücke verbreiten.

Darüber hinaus weisen die tatsächlich vertiefend auf China bezogenen 3998 Beiträge eine zunächst überraschende, da im Vergleich mit anderen Regionen der Auslandsberichterstattung *ungewöhnlich disperse thematische Verteilung* auf. So dreht sich mit 24,9% rund ein Viertel der Gesamtberichterstattung um innenpolitische Belange Chinas, mit 14,8% Wirtschaftsberichterstattung wird

der ökonomischen Zentralität Chinas Rechnung getragen und auch kulturelle Aspekte werden mit 9,2% ungewöhnlich stark gewichtet. Gerade durch den Kulturbereich vollzieht sich eine Diversifizierung der Themenagenda, mit der den vielfältigen Aspekten der chinesischen Realität gerecht zu werden versucht wird. Es ist offensichtlich, dass vor allem die China-Korrespondenten und Asienredakteure zu dieser thematischen Streuung beisteuern, da sie einen direkten und häufig durch Sprachkenntnisse und eigene Anschauung geprägten Zugang zu innergesellschaftlichen Prozessen haben, der über die weniger mit China vertrauten Redakteure hinausgeht.

Gleichwohl bestehen deutliche *blinde Flecken in der Themenagenda* aller Medien, da insbesondere für gesellschaftliche Umbruchsprozesse so zentrale Bereiche wie Soziales oder Bildung, Wissenschaft & Technik fast vollständig ausgeklammert werden. Der Blick auf die Dynamiken dieser Felder und die mit ihnen verbundenen Chancen und Probleme für die interne Entwicklung in China sowie ihre Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen bleibt damit weitgehend verstellt. Insgesamt ist zu konstatieren, dass auch die stark bestückten Themenfelder eine eurozentristische Perspektive aufweisen und Themen bevorzugt werden, die von besonderem Interesse für das Zielland der Berichterstattung erscheinen. Der Fokus auf für das Zielpublikum relevante und anknüpfungsfähige Themen ist zwar allein aufgrund kommerzieller Überlegungen der Medien als Unternehmen wichtig, dies sollte aber nicht dazu führen, dass fundierte Analysen der intern wichtigen Entwicklungen außen vor bleiben.

So erscheint der massive Fokus der innenpolitischen Berichterstattung auf Minderheiten- und Territoriumsfragen wie Tibet (11,2%) und Taiwan (1,7%) sowie auf die Menschenrechtssituation (3,9%) angesichts der Vernachlässigung der Analyse der Entwicklungen innerhalb des politischen Apparates (2,3%) und der drängenden sozialen Fragen (1,8%) in China überdimensioniert. Genauso kritisch ist die Wirtschaftsberichterstattung einzuordnen, die insbesondere von den beiden Tageszeitungen FAZ und SZ geprägt ist und in überbordendem Maße auf deutsche Unternehmen und deren Interessen, Aussagen und Handlungen orientiert und nur in beschränktem Maße eine eigenständige fundierte Markt- und Situationsanalyse in China betreibt. Das angestrebte «Lernen» durch Medien über das andere Land und seine gesellschaftlichen Dynamiken wird hier allzu häufig ersetzt durch eine innenpolitisch geprägte Agenda, die als Filter für die Sichtweise auf die Zielregion fungiert.

Zudem führt eine zwar seit langem kritisierte, aber noch immer dominierende spezifische Medienlogik dazu, dass die Themenauswahl neben der Aktualität häufig durch Nachrichtenfaktoren wie Konfliktträchtigkeit, Negativität und Elite-Fokus bestimmt wird. Denn trotz der diagnostizierten quantitativen Diversität der Themenfelder herrscht eine *auf Konflikte und Gewalt fokussierende Kernagenda* in der China-Berichterstattung vor. Der sehr hohe Fokus auf die Innenpolitik wird bspw. durch die Debatte um den Tibet-Konflikt geprägt, im Bereich Internationales werden Chinas als problematisch eingestufte Beziehungen zu sogenannten «Schurkenstaaten» in den Blick genommen und sein

Handeln in internationalen Organisationen oder in Afrika kritisiert, hinsichtlich Olympia geht es vor allem um Menschenrechtsverletzungen, Doping und Sportlerdrill.

Dass eine insgesamt kritische und kritisch-reflektierende Herangehensweise an Politik, Ereignisse und Akteure zu den Grundkonstituenten der deutschen Medienberichterstattung gehört, steht außer Frage. Auffällig ist allerdings, dass diese konflikthafte Kernagenda auch in starkem Maße von einer deutschen Selbstpositionierung gegenüber China bzw. einem «Messen» der Systeme bestimmt ist. Insbesondere die vertiefende Analyse der Diskursmuster in Berichten über die internationalen Beziehungen, die Umweltfrage oder die Wirtschaft hat gezeigt, dass die Frage, wer aus den konkurrierenden Weltordnungsstrategien des Westens und Chinas als Gewinner hervorgehen wird, in vielen Fällen leitend für die Berichterstattung ist. Zwar haben einige Korrespondenten in Interviews betont, dass sie einen teils verurteilenden Tenor gegenüber China bei diesen Themen für überzogen oder gar falsch halten, dennoch überwiegt hier in den Medien offensichtlich eine durch Angst vor der eigenen Abwertung geprägte Position, die die generelle Ausrichtung des Mediums bestimmt. Die Debatte um das chinesische Engagement in Afrika hat besonders stark gezeigt, dass ein ideologischer Blickwinkel auf China angelegt wird, dem eine Doppel-moral aus normativ gewandeter Kolonialismus-Kritik gegenüber China und dem Kaschieren der eigenen, durchaus neo-kolonial geprägten Interessen zugrunde liegt. Trotz einiger Ausnahmen in der Berichterstattung wird hier die kritische Information zugunsten einer Art Mission zurückgestellt.

Zudem verkam die Debatte um die deutschen Beziehungen zu China in den untersuchten Medien – insbesondere den Tageszeitungen – weitestgehend zu einem Schaulaufen deutscher Politiker und dem Herausstellen deren zitierfähiger Aussagen, ohne dass eine tatsächliche Analyse der Beziehungen in ihrer historischen und gegenwärtigen Ausgestaltung vorgenommen worden wäre. Vor dem Hintergrund der Positionierungsdebatte gegenüber China wurde hierbei vor allem über innen- und parteipolitisches Geplänkel berichtet und die chinesische Perspektive auf die Beziehungen fast völlig außen vor gelassen. Ein «Lerneffekt» über Chinas Rolle in den internationalen Beziehungen und einen adäquaten Umgang mit diesem Land durch die Bereitstellung neuer Fakten und Sichtweisen sowie strategisch-systemischer Überlegungen konnte hier nicht wirklich erzeugt werden.

Die im Olympia-Jahr von deutschen und europäischen Politikern, Sportlern, Unternehmern und Journalisten selbst immer wieder befeuerte Positionierungsdebatte, die durch den Aufstieg Chinas geradezu evoziert wird, ist sicherlich auch in weiten Teilen bestimmend gewesen für die intensive mediale Auseinandersetzung mit den konflikttächtigen innenpolitischen Themen des Jahres 2008, insbesondere die Tibet-Frage sowie die Debatte um Menschenrechte und Medienfreiheit, da hier die als für westliche Gesellschaften besonders relevanten Konzepte wie Demokratie, Liberalität und Freiheit im Abgleich zu den Verhältnissen in und die Erwartungshaltung an China diskutiert werden konnten.



Schaut man sich den Diskursverlauf der einzelnen Themen aber näher an, so wird deutlich, dass zwar Nachrichtenfaktoren und eine gewisse Selbstzentrierung wesentlich für die Themenauswahl verantwortlich sind, nichtsdestotrotz einige Themen in der Gesamtschau der untersuchten Medien und auch innerhalb einzelner Medien durchaus ambivalent und binnenpluralistisch diskutiert wurden. Gerade länger anhaltende Debatten wie der Tibet-Konflikt im Frühjahr 2008 oder die Finanzkrise im Herbst 2008 führten durch ihre Dauerpräsenz zu umfangreicheren Analysen und Ursachenforschungen in den Medien, die innerchinesische Dynamiken in ihrer vorhandenen Differenziertheit auch berücksichtigten, sowie zur Präsentation unterschiedlicher Bewertungen dieser Dynamiken und Vorgänge. Auch wenn verkürzende Darstellungen vorgekommen sind wie im Falle Tibets die hinsichtlich der Gewalthandlungen angenommene Täter(=China)-Opfer(=Tibeter)-Konstellation oder eine teils polemische Wortwahl angelegt wurde, so haben doch alle Medien insbesondere durch den Einbezug von Experten bewusst versucht, unterschiedliche Perspektiven auf den Konflikt anzulegen, um der Komplexität des Themas gerecht zu werden. Die befragten Journalisten betonten denn auch, dass es ihrem Verständnis und dem ihres jeweiligen Mediums entspricht, eine möglichst perspektivreiche Sichtweise auf bestimmte Vorgänge anzulegen und darüber auch Debatten in Gang zu setzen, was teilweise, aber eben nicht immer gelungen ist.

Im Hinblick auf ein anderes Dauerthema – die Frage des Umgangs mit Menschen- und Bürgerrechten in China – stand bspw. wieder eher die Bewertung eines als willkürlich empfundenen politischen Systems in China im Vordergrund, auf das mit einem journalistisch-anwaltschaftlichen Einsatz für die Opfer reagiert wurde. In der Gesamtschau der Medien wurde aber auch hier in Ansätzen eine Perspektivenvielfalt deutlich, da die untersuchten Medien jeweils andere Argumentationslinien in den Vordergrund stellten. So machten SZ und SPIEGEL konsequent eine rigide und unbewegliche kommunistische Führung für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, während die ZEIT diese Probleme eher auf die Auswirkungen der Modernisierungs- und Umbruchsprozesse in China zurückführte. Das besonders interessante Spannungsfeld aus innenpolitischem und sozialem Wandel aber, das prägend ist für zivile Proteste in China, wurde angesichts eines Fokus auf einige zentrale Dissidenten und die Minderheitenproblematiken wiederum nicht so stark betont, wie es für ein breiteres Verständnis der chinesischen Lebenswirklichkeit erforderlich wäre.

Die befragten Korrespondenten weisen in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, dass der journalistische Zugang zu originären Quellen und Akteuren in China besonders schwer sei, so dass etliche Themen aufgrund der fehlenden Originalität und Personalisierung in deutschen Medien weniger Chancen hätten, auf die Agenda zu kommen. Gerade heiklen Themen, zu denen zivilgesellschaftliche Proteste zählen, mangelt es somit häufig an Protagonisten aus dem einfachen Volk, so dass von journalistischer Seite oft auf einen kleinen Zirkel an gut zugänglichen Dissidenten oder Aktivisten zurückgegriffen wird, um neben der offiziellen Meinung auch eine «Gegenseite» abbilden zu können. Zugleich ist die

Intransparenz der politischen Führung groß, so dass innenpolitische Prozesse und Entscheidungen kaum von den Politikern selbst erklärt und eingeordnet werden und ausländische Journalisten im Regelfall auf die Sekundärquellen der Staatsmedien und Pressemitteilungen zurückgreifen müssen. So dominieren zwar staatliche Eliten die Beiträge deutscher Medien, nichtsdestotrotz bleiben sie als «Regime» oder «Regierung» zumeist im Vagen und ihre Motive im Dunkeln. Insbesondere im Hinblick auf die Tibet-Berichterstattung weisen so gut wie alle Korrespondenten darauf hin, dass eine stärkere Offenheit der Behörden im Umgang mit den ausländischen Journalisten auch zu einer akkurateren und vorurteilsfreieren Berichterstattung geführt hätte.

Andererseits hat sich auch in weniger heiklen Bereichen wie der Wirtschaftsberichterstattung gezeigt, dass vorrangig deutsche Unternehmen und Unternehmer oder Politiker als Handlungsträger fungierten und chinesische Akteure zumeist nur am Rande oder als kollektivierte Zielgruppe auftraten. Hier ist neben dem relevanten Argument des eingeschränkten Quellenzugangs sicherlich auch ein Eurozentrismus wirksam, der eine wirkliche Einordnung der chinesischen Wirtschaftspolitik(en) vernachlässigt und so Vorschub leistet für eine wenig fundierte Berichterstattung über klassische Themen wie Wirtschaftskriminalität, China als Absatzmarkt oder China als Investor. Auch der *Mangel an Differenzierung* unterschiedlicher Akteursinteressen und -handlungen im politischen System Chinas ist nicht allein auf die herrschende Intransparenz zurückzuführen, sondern auch ein Produkt von journalistischer Vereinfachung.

Aus der vorliegenden Studie sollen noch die wesentlichsten Ergebnisse und Kritikpunkte in Form von Thesen herausgearbeitet und stellenweise mit konkreten Empfehlungen kombiniert werden, um für bestimmte Problemaspekte bei der Berichterstattung über China zu sensibilisieren und Hinweise für die journalistische Praxis geben zu können.



# THESEN ZUR CHINA-BERICHTERSTATTUNG DEUTSCHER MEDIEN

## **1. Es ist eine bewusste Erweiterung des Themenhaushalts über eine konfliktrträgliche Kernagenda hinaus nötig.**

Bisher besteht durch das Festhalten an einer auf den Nachrichtenfaktoren Konflikt, Negativität, Schaden und Gewalt beruhenden Medienlogik eine Kernagenda in der Berichterstattung, die wesentliche Aspekte der Lebenswirklichkeit der chinesischen Gesellschaft außen vor lässt. Zwar finden bereits kulturelle Themen stärker als in anderen Regionen der Auslandsberichterstattung Eingang in die Medienagenda, dennoch sollten diese Ansätze ausgeweitet werden. Insbesondere Themenfelder, die über ein rein schadens- und gewalt-orientiertes Verständnis eines Landes hinausgehen wie Soziales, Bildung und Umwelt, sollten deutlich stärker in der Berichterstattung gewichtet werden.

## **2. Dies bedeutet nicht, dass eine kritische, hinterfragende und problematisierende Berichterstattung zu China ausgehebelt werden soll – im Gegenteil – die ereignis-unabhängige Analyse in der Berichterstattung soll gestärkt werden.**

Für ein besseres Verständnis der systemischen Bedingungen in China, seiner politischen Strategien und Motive ist eine ganzheitliche Berichterstattung nötig, die auch abgekoppelt von punktuellen Ereignissen Wissen vermittelt, um gerade in der Berichterstattung zu Konfliktsituationen auf den so gebildeten Wissensbestand zurückgreifen zu können.

## **3. Im Zuge einer ganzheitlichen Berichterstattung ist ein Aufbrechen der zumeist monolithischen Darstellung Chinas nötig.**

Die mangelnde Differenzierung der handelnden Akteure in China, ihrer durchaus gegenläufigen Sichtweisen und divergierenden Interessen (z.B. Zentralregierung vs. Lokalkader) in weiten Teilen der politischen und Wirtschaftsberichterstattung verstellt den Blick auf vorhandene gesellschaftliche Wandlungsprozesse und die möglichen Ursachen für politische und soziale Konflikte, die sich jedoch zu thematisieren lohnen.

## **4. Stattdessen führt die aus dem politischen Diskurs übernommene Positionierungsdebatte bzw. der Leitgedanke eines systemischen «Sich-Messens» mit China zu einer selbstzentrierten und teilweise ideologischen Berichterstattung.**

Gerade im Hinblick auf die internationalen Beziehungen (Afrika) und im Wirtschafts- und Umweltsektor (Klima) ist die Berichterstattung gekennzeichnet

durch Annahmen, dass ein Aufstieg Chinas einen Abstieg Deutschlands bzw. Europas evoziere. Die so verbreiteten Angstszenarien vor bzw. aufgebauten Drohkulissen gegenüber China sind nicht geeignet, Feindbilder abzubauen und zu einem konstruktiven transnationalen Dialog beizutragen. Vielmehr sollte diese Selbstbezüglichkeit zugunsten einer über eurozentristische Weltordnungsvorstellungen hinausgehenden Kontextualisierung der Entwicklungen in China relativiert werden.

**5. In diesem Zusammenhang ist auch der starke Fokus auf deutsche Elite-Personen und Unternehmen als nahezu singuläre Handlungsträger in einigen Teilen der Berichterstattung zu hinterfragen.**

Wenn Auslandsberichterstattung vorrangig aus Sicht der Akteure des Heimatlands geleistet wird und nicht oder nur selten mit den Perspektiven des Gegenüber abgeglichen wird, so kann dies zu einer Erodierung der medialen Autonomie in der Themensetzung und Diskursproduktion führen. Es sollte deshalb auf eine auch geografisch diversifizierte Akteursperspektive geachtet und insbesondere nach chinesischen Quellen gesucht werden.

**6. Insgesamt ist in den Redaktionen eine Sensibilisierung hinsichtlich der floskel- und symbolhaften Nutzung von China-Bezügen nötig, um Stereotype und Klischees nicht unhinterfragt zu verfestigen.**

Dazu zählen sowohl eine unreflektierte Nutzung von kollektiv abwertenden Schlagwörtern wie von der «gelben Gefahr» als auch pauschalisierende Allegorien über «China» oder «die Chinesen». Häufig finden sich diese Bezüge auch in von den Rezipienten vorrangig wahrgenommenen Überschriften oder Bildunterschriften. Diese Kategorisierungen und Pauschalisierungen resultieren meist aus Unwissenheit oder Insensibilität bzw. aus kommerziellen Interessen für eine verkaufsträchtigere Schlagzeile. Sie kreieren jedoch sehr häufig ein klischeebeladenes und stellenweise auch denunzierendes Bild der chinesischen Gesellschaft.

**7. Der vergleichsweise starke Einbezug von China-Korrespondenten und spezifischen Asienredakteuren in die Berichterstattung fördert prinzipiell die thematische und diskursive Diversität sowie die Regionalexpertise und sollte beibehalten bzw. ausgebaut werden.**

Wenngleich auch diese Journalisten die institutionelle Logik der häufig konfliktorientierten und selbstzentrierten Themenauswahl im Medium nicht aushebeln (können und wollen), so tragen sie durch ihre Vorortpräsenz in vielen Fällen zu einer Perspektivenvielfalt, dem Einbezug von chinesischen Stimmen und der Ausweitung der Themenfelder auf gesellschaftliche Aspekte bei. Eine zusätzliche Aufstockung um ressort- oder themenbezogene Korrespondenten oder freie Mitarbeiter gerade im Bereich Kultur und Gesellschaft könnte die Themenvielfalt noch erhöhen.

**8. Auch eine bessere und vorurteilsfreiere Kooperation zwischen den Medien und der Wissenschaft ist wünschenswert, um die Regionalexpertise zu steigern und die Medienberichterstattung mit fundierten Analysen und Interpretationen anreichern zu können.**

Die untersuchten Medien beziehen schon Expertenmeinungen in Interviews und eigenen Beiträgen ein, dennoch ist diese Verquickung aus wissenschaftlicher Expertise und publikumsorientierter Berichterstattung von beiden Seiten noch steigerbar. Genauso können spezifische Journalistenschulungen oder Hintergrundgespräche durch Wissenschaftler ausgebaut werden.

**9. Darüber hinaus würde eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Korrespondenten in China – insbesondere die bessere Zugänglichkeit zu Quellen aus Politik und Zivilgesellschaft sowie zu gesperrten Territorien – die Möglichkeiten einer akkuraten und facettenreicheren Darstellung Chinas in deutschen Medien erhöhen.**

Diese Erleichterungen bzw. die Normalisierung der journalistischen Arbeit durch die chinesischen Behörden würde nicht zuletzt zum Abbau zahlreicher Vorurteile führen und läge durchaus auch im Interesse der chinesischen Politik und Wirtschaft, da so die Möglichkeiten der Präsentation von Motiven und Entscheidungen auch in westlichen Medien steigen würde.

**10. Insgesamt ist – gerade angesichts der auf deutscher und chinesischer Seite sehr emotional geführten Debatte über die Medienberichterstattung 2008 und deren nach wie vor bestehenden Auswirkungen – eine Rückkehr zu mehr gegenseitigem Respekt in der Berichterstattung über den ›Anderen‹ notwendig.**

Dies beinhaltet vor allem eine unpolemische Achtung der Positionen des ›Anderen‹, was nicht heißen soll, dass diese Positionen keiner Kritik und Interpretation unterworfen werden könnten und sollten.

# EINLEITUNG

China erfährt in der Auslandsberichterstattung deutscher Medien eine zunehmende Beachtung. Für viele Medien ist es nach Europa und Nordamerika bereits die dritt wichtigste Region, über die berichtet wird. Dabei entstehen sehr ambivalente Bilder von China. Zum einen wird Chinas erfolgreiche Entwicklung und Modernisierungsleistung fast schon bewundernd in den Blick genommen, zum anderen manifestiert sich in der Berichterstattung die subtile Angst vor einem neuen Konkurrenten der westlichen Welt. Chinas politische Stabilität wird geschätzt, genauso wie die Verletzung der Menschenrechte angeprangert wird. Einige fasziniert die lange Geschichte und Exotik der Kultur, andere belächeln fremdartig anmutende Ess- oder Lebensgewohnheiten.

Die Ambivalenz der China-Bilder trat im Jahr 2008 besonders stark hervor, da China im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in den Fokus der Berichterstattung rückte. Ereignisse, die unmittelbar im Kontext von Olympia standen wie der Fackellauf oder die Doping-Problematik, waren wichtige Aufhänger für die Medien. Allerdings fanden auch etliche andere Aspekte Eingang in die Berichterstattung, die mit China assoziiert werden und durch Olympia stärker beachtet wurden, wie die Minderheitenproblematik rund um die Unruhen in Tibet im März 2008, die Umwelt- und Luftverschmutzung oder die unzureichende Produktqualität, die sich am Skandal der mit Melaminpulver verseuchten Milch im September 2008 aufzeigen ließ. Andere Großereignisse wie das Erdbeben in Sichuan im Mai 2008 und die globale Finanzkrise im Herbst lenkten zusätzlich die Aufmerksamkeit auf China. Die Ausführlichkeit der Berichterstattung macht das Jahr 2008 besonders fruchtbar für eine Untersuchung des Medienbildes, da hier zu erwarten ist, dass die ganze Bandbreite an Argumentationsmustern und Diskursfragmenten, die die öffentliche Diskussion zu China kennzeichnen, wie unter einem Brennglas gehäuft in den Medien auftritt und sie somit klar herausgearbeitet werden können.

Die vorliegende Studie soll deshalb die Inhalte und organisatorischen Entstehungsbedingungen (Strukturen) der China-Berichterstattung deutscher Medien im Jahr 2008 transparent machen und analysieren. Insbesondere geht es dabei um die Generierung verlässlicher Daten, anhand derer sich eine konstruktive Diskussion über das China-Bild und seine Vermittlung in Deutschland entwickeln lässt.

Die Studie gliedert sich in drei systematisch aufeinander aufbauende empirische Teile. Im ersten empirischen Teil werden anhand des journalistischen Produktes – Presseartikel oder Fernsehbeiträge – die thematische Verteilung und der Umfang der Berichterstattung zu China analysiert. Davon ausgehend

lassen sich in einem zweiten Schritt Themenschwerpunkte identifizieren, zu denen der journalistische Output inhaltsanalytisch vertiefend auf seine diskursive Qualität hinsichtlich vorherrschender Argumentationsmuster, Faktengenauigkeit, Quellenherkunft und Akteursnennungen untersucht werden soll. Im Anschluss wird in einem dritten Teil anhand der inhaltsanalytischen Erkenntnisse zu Thematisierungen und Qualität der journalistischen Beiträge versucht, die Entscheidungs- und Arbeitsprozesse nachzuvollziehen, die zum Themenhaushalt und zur Ausgestaltung der Beiträge führten. Durch Interviews mit den Auslandskorrespondenten und Redakteuren der untersuchten Medien soll die Komplexität des Informationsflusses zu China fassbar gemacht werden. So lassen sich Leistungen und mögliche Defizite in der Berichterstattungskultur aufzeigen.

# 1 Theoretische Überlegungen und methodisches Vorgehen

Zur theoretischen Rahmung einer empirischen Untersuchung des China-Bildes in deutschen Medien sollen im Folgenden einige wichtige Ansätze aus der Kommunikationswissenschaft skizziert werden, anhand derer sich die Qualität der Berichterstattung und eventuelle Defizite einordnen und interpretieren lassen.

## 1.1 Zur Bedeutung und Auswahl der Medienagenda

Die Auslandsberichterstattung strukturiert wesentlich das Bild des Rezipienten von der Welt. Die als *Agenda-Setting-Ansatz* bekannte Forschung geht davon aus, dass die Themen, die Medien «setzen», in hohem Maße bestimmen, worüber Menschen nachdenken. Es wird zwar nicht behauptet, dass Mediendiskurse Einstellungen und Verhalten der Menschen determinieren, aber dass «die Massenmedien den Grad der Wichtigkeit beeinflussen, der einem Thema im öffentlichen Diskurs zugemessen wird».<sup>1</sup> Medien konstruieren also über die Thematisierung bestimmter Ereignisse und Phänomene eine spezifische Realität und können damit die «Blickrichtung für einen Bildformationsprozess»<sup>2</sup> über eine Nation vorgeben. Im Unterschied zur Inlandsberichterstattung sehen Rezipienten im Hinblick auf das Ausland die durch die Medien konstruierte Realität stärker als Darstellung des faktischen Geschehens an. Hier fehlen zumeist die eigenen Erfahrungen mit den berichteten Phänomenen und systemischen Zusammenhängen, durch die in vielen Fällen die Inlandsberichterstattung abgeglichen werden kann und durch die sie einen De- und Rekonstruktionsprozess erfährt. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass die Auswahl bestimmter Themen in den Massenmedien, aber eben auch die diskursive Präsentation von Auslandsthemen prägend für die Wahrnehmung eines fremden Landes und seiner Gesellschaft sind.

Den Auswahlprozess, der zur Thematisierung bestimmter Aspekte führt, beschreibt Kepplinger aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive mit einer *Nachrichtenwerttheorie*, die sich aus zwei Komponenten zusammensetzt: Zum einen spielten die Selektionskriterien der Journalisten eine Rolle,

---

<sup>1</sup> Rössler 1997: 17.

<sup>2</sup> Hafez 2002a: 110.

zum anderen die unter diesen Kriterien relevanten Objektmerkmale – die sogenannten Nachrichtenfaktoren.<sup>3</sup> Das Konzept der Nachrichtenfaktoren ist ein von Galtung & Ruge<sup>4</sup> entworfenes heuristisches Konzept, das von Winfried Schulz zu einem empirisch prüfbar Modell weiterentwickelt wurde. Da mit der vorliegenden Analyse keine dezidierte Nachrichtenwertstudie durchgeführt werden soll, werden die Nachrichtenfaktoren wie bei Galtung & Ruge als heuristischer Erklärungsansatz verwendet. Mit Hilfe von *Nachrichtenfaktoren* soll die Konstruktion der Medienrealität nachvollziehbar gemacht werden. Es soll mithin gezeigt werden, auf welcher Basis eine Nachricht bzw. ein Thema für berichtenswert gehalten wird. Schulz systematisiert die Nachrichtenfaktoren wie folgt:<sup>5</sup>

1. Dimension Zeit: umfasst die *Dauer* und die kontinuierliche *Thematisierung* des Geschehens
2. Dimension Nähe: bezeichnet die Affinität und gefühlte Nähe in *räumlich-geografischer, politischer* und *kultureller* Hinsicht sowie die *Relevanz* durch Betroffenheit
3. Dimension Status: umfasst die *regionale* bzw. *nationale Zentralität* – also die Machtstellung des Ereignisraums mit Blick auf das Berichterstattungs- oder Bezugsland; den *persönlichen Einfluss*, also Machtstatus, und die *Prominenz* einer Person
4. Dimension Dynamik: umfasst strukturelle Eigenschaften des Geschehens im Hinblick auf *Überraschung, Intensität* und Eindeutigkeit der *Struktur*
5. Dimension Valenz: umfasst die Bewertbarkeit eines Ereignisses hinsichtlich *Konflikt, Kriminalität* und rechtswidrigem Verhalten, *Schaden* und Misserfolg bzw. *Erfolg*
6. Dimension Identifikation: umfasst die *Personalisierung*, den *Ethnozentrismus*, also den Bezug auf die Eigengruppe sowie den von Schulz aus Gründen der empirischen Nachprüfbarkeit eliminierten, aber heuristisch brauchbaren Faktor der *Konsonanz*, also der Übereinstimmung eines Ereignis mit der eigenen Erwartungshaltung

Als zentrale Elemente der Nachrichtenauswahl wies Schulz empirisch nach, dass die Dauer eine Rolle spielt: So haben *kurzfristige, in einer überschaubaren Zeit abgeschlossene Ereignisse* eine höhere Chance auf Thematisierung als langfristige<sup>6</sup>. Gleichzeitig ist aber auch die Kontinuität wichtig im Sinne einer möglichen *thematischen Anknüpfbarkeit* einer Nachricht an bereits langfristig eingeführte Themen.<sup>7</sup> Zudem prägt die Statusdimension die Nachrichtenauswahl: Sowohl ein *Fokus auf Elitepersonen* als auch auf Elitenationen bzw. Städte ist feststellbar.<sup>8</sup> Auch der darin enthaltene Faktor Struktur sei von Bedeutung: So würden

<sup>3</sup> Kepplinger 1998: 20.

<sup>4</sup> Vgl. Galtung & Ruge 1965.

<sup>5</sup> Schulz 1976: 32ff.

<sup>6</sup> Schulz 1976: S. 68.

<sup>7</sup> Ebd.: S. 80.

<sup>8</sup> Ebd.: S. 68f.

eher eindimensionale, stereotype und teils *ritualisierte Verlaufsformen* bevorzugt.<sup>9</sup> Hinsichtlich der Identifikation und Nähe schlussfolgert Schulz, dass die Darstellung von handelnden Personen der Beschreibung abstrakter struktureller Ereignisse vorgezogen werde und der Faktor Nähe insbesondere bei internationalen Themen zum Tragen komme.

Die Darstellung der Themenauswahl und ihre Einordnung unter Zuhilfenahme von Nachrichtenfaktoren gibt also wesentliche Hinweise darauf, welche Gewichtung die Medien im Hinblick auf Auslandsthemen vornehmen.

Kepplinger<sup>10</sup> weist aber ausdrücklich darauf hin, dass Nachrichtenfaktoren zwar eine «*Conditio sine qua non* für positive Selektionsentscheidungen» sind, dass sie aber die Auswahl spezifischer Themen nicht hinreichend erklären. Er spricht von «*themenabhängige[n]* Selektionskriterien, die den Nachrichtenfaktoren eine themenspezifische Relevanz verleihen».<sup>11</sup> Daraus schlussfolgert er im Gegensatz zu Schulz, der lediglich von den «*Zwängen des Metiers*»<sup>12</sup> spricht, dass die Nachrichtenauswahl nicht apolitisch sei oder ihr nur berufsspezifische Kriterien zugrunde liegen würden: «Hinzu treten zwangsläufig politische Aspekte, die sich bewusst oder unbewusst in den Selektionskriterien niederschlagen, die einzelnen Nachrichtenfaktoren [...] einen geringeren oder größeren Nachrichtenwert verleihen.»<sup>13</sup>

Hafez versucht diese bei Kepplinger nur angedeuteten *Selektionskriterien* theoretisch zu fassen und systematisiert sie in Einflussvariablen auf verschiedenen Ebenen: Auf der *Mikro-Ebene*<sup>14</sup> verortet er den individuellen Journalisten, der geprägt ist durch seine eigene politische und berufliche Sozialisation. Die politische Sozialisation und Erfahrungswelt strukturiert demnach die individuelle Wahrnehmung des Einzelnen und erfährt durch erlernte journalistische Rollenkonzepte und Verhaltenskodizes eine intentionale Umstrukturierung zur jeweiligen Auffassung der Wissensvermittlung. In diesem Sinne könnten Journalisten sich bewusst oder unbewusst als neutrale Informanten, als kulturelle Übersetzer oder auch als Mitgestalter der Außenpolitik verstehen und ihre Berichterstattung entsprechend ausrichten.

Auf der *Meso-Ebene* verortet Hafez Einflussvariablen, die aus der Organisation – also dem Medium selbst – resultieren. Zum einen spielten hier die spezifischen Routinen und Konditionierungen eine Rolle, zum anderen die organisationalen Hierarchien und internen Beziehungen sowie die Zielgruppenausrichtung und die relative (Un)abhängigkeit vom Informationsfluss durch Nachrichtenagenturen. So versuche jedes Medium ein spezifisches und wiedererkennbares Profil zu entwickeln, was sich in einer gewissen *Zweckprogrammierung*, aber möglicherweise auch in einer normativen Ausrichtung des Mediums manifes-

<sup>9</sup> Ebd.: S. 69.

<sup>10</sup> Kepplinger 1998: 22.

<sup>11</sup> Ebd.: 26.

<sup>12</sup> Schulz 1976: 7.

<sup>13</sup> Kepplinger 1998: 28f.

<sup>14</sup> Hafez 2002a: 74ff.



tiere. So ergeben sich aus Erfahrungswerten und eingeübten Handlungen eine Verinnerlichung der präferierten Nachrichtenwerte, eine gewisse Tradition der Thematisierung und Nichtthematisierung bestimmter Felder und auch eine spezifische Auswahl der Darstellungsformen. Es ist also zu erwarten, dass Nachrichtenmagazine hinsichtlich der gewählten Themen und deren Aufbereitung durchaus andere Selektionskriterien anwenden als eine Tageszeitung oder Fernsehformate. Ebenso kann sich bemerkbar machen, dass eine bestimmte Zielgruppenorientierung oder Präferenzen in der Herausgeberschaft bzw. dem Verlag die Auswahlentscheidungen der Redaktion mitstrukturieren. Hinsichtlich der Hierarchien und Beziehungen in der Redaktion ist eine enge bzw. besonders strukturierte Beziehung zwischen dem Korrespondenten und den für das Ressort zuständigen Redakteuren zu erwarten. Es ist davon auszugehen, dass Auslandskorrespondenten eine gewisse Übereinstimmung mit der Erwartungshaltung der Zentralredaktion aufweisen und die Redaktionen ihren Korrespondenten eine hohe Regionalkompetenz hinsichtlich der Themenauswahl zubilligen. Gleichzeitig muss der Korrespondent, wie Hafez Richard Dill zitiert, «seine Informationsangebote so planen, dosieren und verpacken, dass sie die Zensurorgane des Mutterorgans passieren» (2002a: 107). Was hier zugespitzt als «Zensurorgane» beschrieben wird, sind eben in den meisten Fällen der zuständige Redakteur bzw. die Zentralredaktion, die wiederum auch durch individuelle Sozialisation und Themenpräferenzen, durch die Themensetzung von Nachrichtenagenturen sowie durch die Zweckprogrammierung des Mediums geprägt sind.

Medien stehen darüber hinaus natürlich in Wechselbeziehungen zu anderen Systemen der Gesellschaft. Insbesondere Systeme wie Politik, Wirtschaft und das Publikum beeinflussen auf der *Makro-Ebene* die Handlungsweise der Medien. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass Medien einer direkten Steuerung durch die Politik oder durch die Wirtschaft unterliegen. Vielmehr liegt es aus der systemtheoretischen Perspektive im Interesse des Mediensystems aber auch des Gesamtsystems, die Autonomie der Medien zu erhalten. Nichtsdestotrotz ist es laut Hafez notwendig, Austauschbeziehungen mit anderen Systemen zu suchen und zu pflegen.<sup>15</sup> Mit Michael Kunczik lässt sich von einem «Fließgleichgewicht» zwischen nötigem Austausch mit und Autonomie von anderen Systemen sprechen. Im Hinblick auf die Außenpolitik können Medien so dazu beitragen, dass Akzeptanzmaßstäbe politischen Verhaltens mitdefiniert werden, genauso wie umgekehrt die politischen Akteure die Medien zur internen Aushandlung politischer Optionen zu nutzen versuchen.<sup>16</sup>

Der Einfluss von Publikumsinteressen auf die Medienagenda wird in der Literatur dagegen für weniger wichtig gehalten. Nichtsdestotrotz kann das Publikum situativ mit einem außenpolitischen Thema derart beschäftigt sein,

<sup>15</sup> Hafez 2002a: 129.

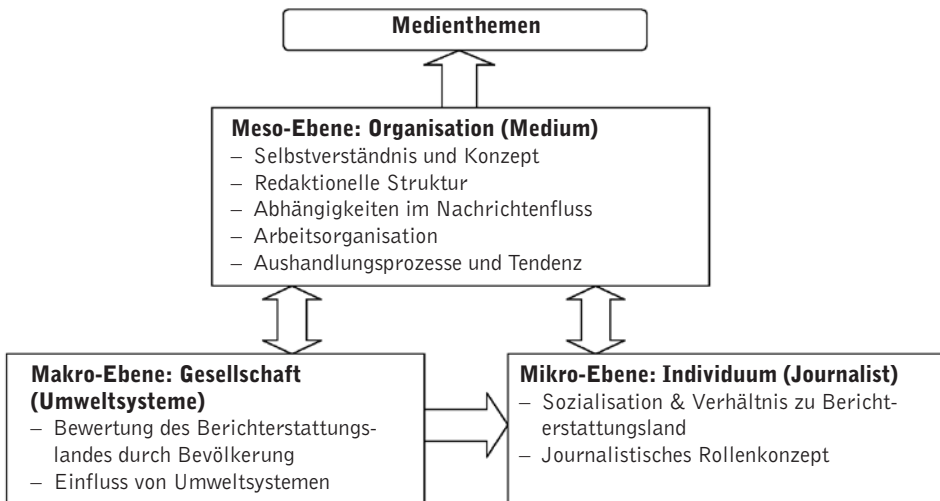
<sup>16</sup> Vgl. ebd.: 132.

dass es auch in den innenpolitischen Bereich diffundiert und ihm so von den Medien eine höhere Bedeutung beigemessen wird.<sup>17</sup>

Interessenverbände, die sich bestimmter Themen annehmen, können zudem als Verstärker für bestimmte Themen wirken. Gerade im durch korporatistische Aushandlungsprozesse geprägten Deutschland werden Verbändeinteressen und Aussagen von Statuspersonen auch eher wahrgenommen als diffuse Publikumsinteressen und können so einen Einfluss auf die Thematisierung der Medien haben. Letztendlich hängt aber die Einflussstärke dieser organisierten Öffentlichkeiten von den Themen und der Öffnungsbereitschaft der Medien gegenüber diesen Themen ab – wobei wiederum die Mikro- und Meso-Ebene ins Spiel kommen. Auch der einzelne Journalist steht in ständigen Austauschprozessen mit der Umgebung und inkorporiert die herrschenden Makro-Diskurse entlang seiner Sozialisation in die eigene Arbeit, was Einfluss auf die (Nicht)Thematisierung bestimmter Ereignisse und Phänomene hat.

Modellhaft lassen sich mögliche Einflussvariablen auf die Auswahl und Aufbereitung von Themen zusammenfassend wie folgt darstellen:

**Abbildung 1: Einflussvariablen auf die Themenselektion und -aufbereitung**



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Hafez (2002a)

## 1.2 Was sollen Medien leisten?

In der Forschung ist häufig darauf hingewiesen worden, dass eine Thematisierung von Ereignissen aus der sogenannten Dritten Welt in westlichen Ländern zu stark durch die Nachrichtenfaktoren Konflikt und Schaden geprägt ist.<sup>18</sup> Statt

<sup>17</sup> Vgl. ebd.: 141.

<sup>18</sup> Hafez 2002a: 55.

des «normalen» Alltagsgeschehens stünden Kriege, Krisen und Katastrophen im Mittelpunkt der Berichterstattung. In der Debatte um eine neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung (NWICO) im Rahmen der UNESCO in den 1970er Jahren manifestierte sich auch aus diesem Grund eine Unzufriedenheit der Entwicklungs-länder gegenüber der Informationshoheit der Industrieländer und der von ihr determinierten Informationsflüsse. Der Bericht der MacBride-Kommission, die sich auf Grundlage der UNESCO-Debatte gebildet hatte, identifizierte *verschiedene Kritikpunkte im Hinblick auf die Auslandsberichterstattung*: So gäbe es eine «Überbetonung irrelevanter Ereignisse» ebenso wie eine «Nichtdarstellung bedeutsamer Ereignisse und Probleme», das «Zusammenfügen disparater Tatsachen zu einem artifiziellen Ganzen» wird kritisiert sowie eine «interessengeleitete Suggestion fehlerhafter Schlussfolgerungen» und eine «Feindbildproduktion» als Legitimation von Gesellschaft und Politik unterstellt.<sup>19</sup>

Schulz hält dieser Kritik zwar entgegen, dass die Medienrealität nicht an einem «Wunschbild» der Realität gemessen werden könne.<sup>20</sup> Allerdings kann sehr wohl von den Medien erwartet werden, dass Auswahlprozesse so strukturiert werden, dass eine *Bandbreite an Themen, Akteuren und Argumenten* abgebildet wird, durch die sich politische, ökonomische, soziale und kulturelle Prozesse eines Berichterstattungslandes besser verstehen lassen. Dazu gehört, dass die typische Nachrichtendefinition als aktuell, neu und von allgemeinem Interesse «durch einen komplementären Nachrichtenbegriff der sozio-politischen Relevanz der Nachricht für die Gesellschaftsentwicklung in dem Land, über das berichtet wird, erweitert» wird.<sup>21</sup>

Das bedeutet auch, dass reine *Ereignismeldungen gegenüber Analysen* und erklärenden Beiträgen gerade bei der Auslandsberichterstattung *in den Hintergrund treten sollten*. Um tiefer gehendes Wissen über gesellschaftliche Zustände und ihre Ursachen zu erlangen, ist es unerlässlich, Themen auf die Agenda zu setzen, die nicht die bevorzugten Nachrichtenfaktoren wie Elitefokus, überschaubare Dauer und Simplizität der Struktur erfüllen. Meckel kommt in einer Studie zur Fernsehberichterstattung über China aber zu dem Schluss, dass Internationales für das Fernsehen zumeist nur dann berichtenswert wird, wenn es «sich in Form von herausragenden Ereignissen durch die Journalisten «operationalisieren» lasse.<sup>22</sup> Diese Ereignislogik, der häufig auch die Printmedien folgen, steht einem komplexeren Verständnis von Nachrichten teilweise entgegen.

Genauso wichtig ist es, innerhalb der Thematisierung eine argumentative Vielfalt zum Ausdruck zu bringen, die über das hinausgeht, was Galtung & Ruge Konsonanz nennen – also das aus vorgefertigten Vorstellungen heraus an ein Thema angelegte Wünschbare oder Befürchtete. Hier lässt sich auch der allgemeine Leitsatz von Habermas für die Funktion von Massenmedien in modernen

19 UNESCO 1985: 204f., Wortwahl entlang der Zusammenfassung bei Hafez 2002a: 56.

20 Schulz 1976: 27.

21 Hafez 2002a: 55.

22 Meckel 1999: 442.

Gesellschaften noch einmal betonen, wonach sich Massenmedien als «*Mandatar eines aufgeklärten Publikums* verstehen [sollten], dessen Lernbereitschaft und Kritikfähigkeit sie zugleich voraussetzen, beanspruchen und bestärken».<sup>23</sup> Insofern erscheint es wichtig, dem Publikum etwas «zu denken» zu geben, ihm durch verschiedene Argumente und Perspektiven, die Vorstellungen und Diversifizierung unterschiedlicher Akteure aus dem Berichterstattungsland sowie durch den Einbezug und die Offenlegung von diversen und relevanten Quellen die Möglichkeit des Lernens über ein anderes Land zu geben.

Häufig erfolgt aber eine Stereotypisierung des Auslandsbildes durch einen eingeschränkten Themenhaushalt sowie eine eindimensionale Akteurskonstellation und Quellenauswahl, die zwar der raschen und überraschungslosen Orientierung des Rezipienten in bereits diskursiv vorgeprägten Bahnen dient, aber dadurch auch den Blick für ungewohnte Informationen verstellt, die das Eigenbild hinterfragen und somit auch Lernprozesse anstoßen könnten. Diese Lernprozesse sind gerade in Zeiten zunehmender internationaler und transkultureller Verflechtungen nötig, um gesellschaftliche und politische Prozesse abseits von Hysterie und Angst strukturieren zu können. Die Auslandsreporterin Sonia Mickich fürchtet ansonsten, dass gesellschaftliche Reaktionen im Zielland der Berichterstattung von «Emotionen und Klischees» bestimmt werden und nicht «auf der Basis von Wissen» erfolgen.<sup>24</sup> Eine Berichterstattung, der eine thematische Ausgewogenheit und eine bewusst versuchte diskursive Erweiterung des Wissensbestandes fehlen, muss mithin kritisch gesehen werden.

### 1.3 Bisheriger Forschungsstand

Unter diesen kommunikationswissenschaftlichen Parametern betrachtet, ist der bisherige Forschungsstand zum China-Bild in deutschen Medien noch recht unterentwickelt. Im Wesentlichen lassen sich eher allgemeine Betrachtungen über die Wahrnehmung Chinas in der deutschen Literatur und Gesellschaft finden.<sup>25</sup> Zusammenfassend stellt Andreas *Pigulla* dar, dass das Chinabild der Deutschen seit der Idealisierung im Mittelalter bis zu den Kolonialbestrebungen im 19. Jahrhundert einen Wandel von Sehnsucht oder Bewunderung hin zu angstvoller Betrachtung bzw. Abwertung nahm. Trotz der Dominanz des einen oder anderen Paradigmas blieb das Chinabild aber immer auch von diesen Gegensatzpaaren geprägt.<sup>26</sup> Auch in jüngerer Zeit beeinflussten die Kulturrevolution der 1960er, die Öffnungspolitik Deng Xiaopings in den 1980ern und die Niederschlagung der Studentenunruhen auf dem Tiananmen-Platz 1989 in genauso ambivalenter Weise das Bild Chinas.

Bei punktuellen Ereignissen wie der Rückgabe Hongkongs an China wurden vereinzelt auch Analysen der Medienberichterstattung vorgenommen wie durch

<sup>23</sup> Habermas 1994: 457.

<sup>24</sup> Mikich 2007: 7.

<sup>25</sup> Vgl. u.a. Assmann 2008, Fang 1992, Heuser 1996, Jing 2001, Leutner/Yü-Dembski 1990.

<sup>26</sup> Vgl. Pigulla 2003: 126f.

Miriam Meckel und Tim Trampedach<sup>27</sup>, die sich aber entweder auf rein kommunikationswissenschaftliche Aspekte konzentrieren, oder aber im anderen Fall methodisch wenig ausgereift sind und eher anhand einiger cursorisch ausgewählter Beispiele über das Chinabild reflektieren. Trampedach argumentiert 1998, dass die Übergabe Hongkongs von den deutschen Medien genutzt wurde, «um die Deutschen wieder einmal in ihrer Auffassung zu bestärken, dass China politisch eine erstarrte kommunistische Diktatur darstelle, wirtschaftlich jedoch sehr flexibel sei».<sup>28</sup> Er sieht dabei eine Tendenz bestätigt, China eher irrational, mit einer «zu Idealisierung oder Verteufelung tendierende[n] Note» zu behandeln. Für den Zeitpunkt der Untersuchung, 1998, diagnostiziert Trampedach auch eine «zu Extremen» neigende und von «Übertreibungen und Stereotypen gekennzeichnete» Berichterstattung, kann allerdings keine eindeutige Tendenz in die idealisierende oder verteufelnde Richtung ausmachen. Einen zunehmenden Angstdiskurs gegenüber China macht er am Aufkommen von Themen zur militärischen Aufrüstung, zur Kriminalität und zur Migration von Chinesen fest, die er aber nur sporadisch mit Medienbeiträgen belegt und eher aus Bellettristik und Reiseführern ableitet.

In einer weiteren Untersuchung zur Berichterstattung über den 50. Jahrestag der Gründung der VR China 1999 diagnostiziert Trampedach dann aber eine zunehmende Konformität in den deutschen Medien, die «auffällig übellaunig» über China berichteten.<sup>29</sup> Die politischen Entwicklungen in China unterlägen demnach «eindeutig» einer Ablehnung durch die Medien, und das Urteil über die Kommunistische Partei Chinas fiel «geradezu vernichtend» aus.<sup>30</sup> Er führt dies einerseits auf die «Praxis der Vereinfachung» im Journalismus zurück, aber ebenso auf eine «angenommene gesellschaftliche Nachfrage» sowohl aus einem «rechten» als auch «linken» Lager, «zu deren Befriedigung offenbar die Bestätigung vorhandener Vorurteile und beliebter Klischeevorstellungen gehört». Während die «Rechten» an China den Bestand der KP-Diktatur kritisierten, verurteilten die «Linken» die Verletzung von Menschenrechten und den entfesselten Kapitalismus. Die Medien bedienten diese Publikumsdiskurse durch negative Berichterstattung.<sup>31</sup>

Darüber hinaus finden sich lediglich wenige Diplom- und Abschlussarbeiten, die mit kommunikationswissenschaftlichen Methoden arbeiten, wie die von Christiane Hilsmann «Chinabild im Wandel» von 1997, bei der die Berichterstattung einiger Printmedien zu den Zeitpunkten 1984, 1990 und 1996 vergleichend untersucht wird. Sie zeigt innerhalb dieser kurzen Periode einen Wechsel zwischen Bewunderung für China und der Darstellung der Bedrohlichkeit Chinas in der deutschen Berichterstattung auf, der wiederum an bereits früher festgestellte scheinbare Zyklen der ambivalenten Betrachtung Chinas erinnert.

27 Vgl. Meckel 1999, Trampedach 1998, Trampedach 2000.

28 Trampedach 1998: 46.

29 Trampedach 2000: 5.

30 Ebd.: 8.

31 Ebd.: 9.

Im deutschen Raum wurde erst das Jahr 2008 wieder zum Anlass für zahlreiche Betrachtungen und neue empirische Studien – wiederum vor allem studentische Abschlussarbeiten – über die Chinaberichterstattung genommen.

Der Übersetzer Michael *Poerner* diagnostiziert anhand unsystematisch ausgewählter Beiträge der größten deutschen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen im Olympiazeitraum vom 8–25. August eine oberflächliche und einseitige Darstellung Chinas aufgrund «offensichtliche[r] Defizite im Bereich landeskundlicher und fremdsprachlicher Kenntnisse in Kombination mit einem ausgeprägten Mangel an Reflexion der eigenkulturellen Prägung». <sup>32</sup> Er führt dies zurück auf ein gesellschaftlich «sedimentiertes Wissen» von Fremdbildern, die auch bei Journalisten verinnerlicht sind und im Rahmen der Berichterstattung reproduziert werden. Poerner beschreibt zwar auch einen Wandel im Blick auf China im 20. Jahrhundert. Die Ereignisse vom Tiananmen-Platz 1989 hätten aber dazu geführt, dass «bis heute ein deutlich negativer Grundtenor in der Chinaberichterstattung erhalten geblieben ist». <sup>33</sup> Wenn man diese Forschung in unseren Theorierahmen einordnet, so wird hierbei also ähnlich wie bei Trampedach zuvor vor allem danach gesucht, wie sich Makro-Diskurse in den Medien widerspiegeln – und weniger danach, aus dem Material abzuleiten, welche Selektionskriterien auf verschiedenen Ebenen eine Rolle spielen könnten. Verschiedene Analysen der US-Medien versuchen ebenfalls nachzuweisen, dass die gesellschaftlichen Makro-Diskurse den Tenor der Berichterstattung zu China wesentlich prägen. *Yan* zeigt anhand der New York Times auf, dass sich das Chinabild zwischen 1949 und 1988 relativ klar an der US-Außenpolitik und deren Haltung gegenüber China orientiert. <sup>34</sup> Zudem argumentieren *Stone & Xiao* in ihrer Untersuchung der US-Medien vor und nach dem Fall der Sowjetunion, dass China anstelle der Sowjetunion als neues Feindbild in der Berichterstattung aufgebaut wurde. <sup>35</sup>

Unter weiteren studentischen Arbeiten ist die von Lukas *Peuckmann* hervorzuheben, der an der Universität Münster die Olympia-Berichterstattung der FAZ und der SZ über den Zeitraum Juli und August 2008 mit standardisierten Methoden untersuchte. <sup>36</sup> Peuckmann schlussfolgert, dass in den beiden deutschen Zeitungen zwar ein durch Konfliktthemen geprägtes Chinabild vorherrscht, allerdings nicht von einer pur einseitigen Berichterstattung gesprochen werden könne. Er sieht jedoch ein «historisches und moralisches Überlegenheitsgefühl der westlichen Länder und ihrer Medien gegenüber China» <sup>37</sup> auch in diesen beiden Medien abgebildet.

<sup>32</sup> Poerner 2009: 177.

<sup>33</sup> Poerner 2009: 167.

<sup>34</sup> Yan 1998.

<sup>35</sup> Stone/Xiao 2007.

<sup>36</sup> Peuckmann 2009, vgl. auch die Abschlussarbeit an der Universität München von Schmider, Kevin Peter (2009): China – freundlicher Pandabär oder furchteinflößender Drache? Das China-Bild in der Olympia-Berichterstattung 2008.

<sup>37</sup> Peuckmann 2009: 109.

Insgesamt wird deutlich, dass ein verbreitet negatives Bild Chinas von den deutschen Medien transportiert wird. Es ist aber auffällig, dass die Schlussfolgerungen oft auf der Grundlage lediglich kursorischer Betrachtungen des tatsächlichen Medienoutputs erfolgen. Hier ist Abhilfe zu schaffen.

Über die Analyse der Berichterstattung hinaus ist auch die Forschung zu den Entstehungsbedingungen dieser Berichterstattung notwendig. Im Hinblick auf die Sozialisation und Arbeitsbedingungen von Korrespondenten, die ja wesentlich die Themen und Diskurse zu China prägen, ist dabei besonders die Arbeit von Sandra *Vogltreiter* hervorzuheben. Sie hat im Vorfeld der Olympischen Spiele 2007 ausführliche Leitfadeninterviews mit fast allen akkreditierten China-Korrespondenten geführt. Durch ihre Studie konnten insbesondere die problematischen Arbeitsbedingungen der Journalisten im Berichterstattungsland China herausgestellt werden, die nicht zu verachtenden impliziten Einfluss auf die Themensetzung und vor allem auf die Auswahl von Quellen und handelnden Akteuren haben.<sup>38</sup> Zudem haben zahlreiche deutsche China-Korrespondenten selbst Bücher veröffentlicht, die vor allem Anhaltspunkte für die individuellen Einstellungen der Journalisten zum Berichterstattungsgebiet China liefern können und sich teilweise zumindest am Rande mit der eigenen Berichterstattung und ihren Arbeitsverhältnissen auseinandersetzen.<sup>39</sup> Es konnte aber lediglich eine Dissertation von Gerd *Frahne* aus dem Jahr 1989 gefunden werden, die sich der Inhalte im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen annimmt. *Frahne* untersucht aber nur die Peking-Reportagen eines einzelnen Korrespondenten – des WELT-Korrespondenten Herbert Kremp – in den Jahren 1977–1981.

Insgesamt wurde also trotz der zunehmenden analytischen Beachtung der Berichterstattung über China und ihrer Entstehungsprozesse noch keine ganzheitliche Untersuchung vorgenommen, die basierend auf standardisierten Verfahren einen wirklichen Überblick über den Themenhaushalt der deutschen Medien gibt, die Aufbereitung und diskursive Struktur dieser Themen vertiefend untersucht und bewertet sowie die Journalisten befragt, die wesentlich diese Berichterstattung prägen. Diese Lücke soll mit der vorliegenden Studie geschlossen werden.

## 1.4 Methodik

Die empirische Umsetzung des Untersuchungsthemas erfordert ein Mehrmethodendesign aus Inhaltsanalyse und Befragungen der Medienproduzenten, um einerseits fundierte Aussagen über die Themen und Diskurse der Berichterstattung treffen zu können und andererseits die Entstehungsprozesse dieser Inhalte nachvollziehen zu können. In dem angelegten Design wird zunächst mit einer quantitativen Inhaltsanalyse das Gesamtmaterial klassifiziert und analysiert,

<sup>38</sup> Vogltreiter 2009, siehe auch die Kurzfassung in Vogltreiter 2008b und die Diplomarbeit 2008a.

<sup>39</sup> Vgl. u.a. Blume 2008, Bork 1996, Lorenz/Lietsch 2007, Kupfer 2007a, Sieren 2005, Vougioukas 2008.



um dann an ausgewählten Themenfeldern konkrete Diskursmuster qualitativ-inhaltsanalytisch zu beschreiben. Im dritten Schritt wird in Leitfadeninterviews mit verantwortlichen Redakteuren und Korrespondenten auf die so erworbenen Erkenntnisse Bezug genommen und sie mit den redaktionellen Arbeitsprozessen in Zusammenhang gebracht.

#### 1.4.1 Quantitative Inhaltsanalyse

Die standardisierte Inhaltsanalyse soll durch eine Quantifizierung von inhaltlichen Merkmalen größere Datenmengen fassbar machen helfen und es ermöglichen, verallgemeinerbare Muster zu identifizieren. Im konkreten Fall sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, an welchen Themen sich die deutsche China-Berichterstattung orientiert und wie diese Themen gewichtet werden.

##### *Auswahl des Untersuchungsmaterials*

Um dem Ziel annähernd gerecht zu werden, die Medienberichterstattung in ihrer Gesamtheit zu fassen und gleichzeitig den forschungsökonomischen Rahmen nicht zu sprengen, muss eine Auswahl an zu untersuchenden Medien getroffen werden.

Für Inhaltsanalysen eignen sich insbesondere *Printmedien*, da diese eine Vielfalt an Formaten aufweisen und zumeist gut archiviert und zugänglich sind. Mit der Auswahl der Tageszeitungen Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Süddeutsche Zeitung (SZ) und die tageszeitung (taz), sowie den Wochenblättern SPIEGEL, Focus und ZEIT sollte sichergestellt werden, dass ein gewisses politisches Spektrum berücksichtigt wird und die wesentlichen Meinungsführermedien in Deutschland einbezogen werden.<sup>40</sup>

---

<sup>40</sup> Die BILD-Zeitung als größtes Meinungsführermedium hat kein frei zugängliches elektronisches Archiv.



**Tabelle 1: Auswahl der Medien**

| Medium                               | Format                   | Durchschnittliche Druckauflage/<br>Zuschauerzahl 2008 <sup>41</sup> | Sitz der Redaktion |
|--------------------------------------|--------------------------|---------------------------------------------------------------------|--------------------|
| Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) | Tageszeitung             | 477.789                                                             | Frankfurt am Main  |
| Süddeutsche Zeitung (SZ)             | Tageszeitung             | 564.309                                                             | München            |
| die tageszeitung (taz)               | Tageszeitung             | 78.271                                                              | Berlin             |
| Der SPIEGEL                          | Wochenmagazin            | 1.271.336                                                           | Hamburg            |
| Focus                                | Wochenmagazin            | 925.880                                                             | München            |
| Die ZEIT                             | Wochenzeitung            | 610.207                                                             | Hamburg            |
| Tagesschau (20 Uhr)                  | Tgl. Nachrichtensendung  | 8.740.000                                                           | Hamburg            |
| Informationsformate ARD/ZDF          | Unterschiedliche Formate | unterschiedlich                                                     | unterschiedlich    |

Die Mediengattungen Internet und Hörfunk wurden aufgrund der häufig unzureichenden Archivierung bzw. Zugänglichkeit des Archivmaterials von vornherein ausgeschlossen. Allerdings wurde über Printmedien hinaus auch die für deutsche Medienkonsumenten wichtigste Gattung – das Fernsehen – einbezogen und dabei sowohl auf eine reichweitenstarke tagesaktuelle Form, die Tagesschau, wie auch auf eher reflektierende Formen, die informierenden Fernsehformate in ARD (Das Erste) und ZDF, zurückgegriffen.<sup>42</sup>

Hinsichtlich der zeitlichen Einschränkung soll eine Gesamtschau des Jahres 2008 präsentiert werden, was eine *Vollerhebung* aller Beiträge nötig machte. In den Archivdatenbanken der einzelnen Printmedien wurde deshalb für das Jahr 2008 eine *Stichwortsuche* im Volltext mit den trunkierten Begriffen «China\*» OR «chinesisch\*» durchgeführt.<sup>43</sup> Bei den Tageszeitungen wurden die Deutschlandausgaben ohne Berücksichtigung nur regional verbreiteter Teile einbezogen. Im Fernsehen fiel die Archivsuche ungleich schwerer, da nicht mit Stichwortsuchen

<sup>41</sup> Durchschnitt berechnet nach Zahlen der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. <http://daten.ivw.eu/index.php> bzw. bei Tagesschau Angabe laut NDR, 07.01.2009 vgl. [http://www.presseportal.de/pm/6561/1331173/ndr\\_norddeutscher\\_rundfunk?search=tagesschau](http://www.presseportal.de/pm/6561/1331173/ndr_norddeutscher_rundfunk?search=tagesschau)

<sup>42</sup> Dies umfasst bei ARD (Das Erste): Bericht aus Berlin, Dokumentationen und Reportagen, Druckfrisch, Echtzeit, Europamagazin, Fakt, Kontraste, Monitor, Neuneinhalb, Panorama, Plusminus, Polylix, Report Mainz, Report München, Titel Thesen Temperamente, Weltspiegel. Beim ZDF: 37 Grad, Aspekte, Auslandsjournal, Berlin direkt, Dokumentationen, Frontal21, heute in Europa, Länderspiegel, Menschen, ML Mona Lisa, Terra X, WISO, ZDF Reporter (Reportage).

<sup>43</sup> Während bei den untersuchten Tageszeitungen ein Rückgriff auf Volltextarchive möglich war, sind die Online-Archive der Wochenmedien weniger komfortabel. Insbesondere bei der ZEIT wurde zusätzlich zur Onlinerecherche auch eine Überprüfung der Druckversion vorgenommen, um mögliche nicht in den Datenbanken gelistete Artikel aufzuspüren.

gearbeitet werden konnte. Stattdessen wurde jede Ausgabe der untersuchten Sendungen des kompletten Jahrgangs 2008 einzeln gesichtet und die relevanten Beiträge kodiert. Als Analyseeinheit wurde der einzelne Artikel bzw. Beitrag gewählt, da er in der Regel der Bedeutungsträger für ein bestimmtes Thema ist.<sup>44</sup>

### *Kategorienbildung und Codierprozess<sup>45</sup>*

Mit Inhaltsanalysen sollen relevante Merkmale von kommunikativen Inhalten identifiziert und fassbar gemacht werden. Die Aufgabe, den Themenhaushalt verschiedener Medien und dessen Gewichtung aufzuzeigen, erforderte eine Kombination aus dynamisch fortzuschreibenden und feststehenden Elementen in der Kategorienbildung.

Neben den Identifikatoren (laufende Nummer, Medium, Datum, Ausgabe und Titel) wurde nach Angabe des Themas eine Schleusenvariable eingeführt und codiert, ob ein Beitrag einen starken oder schwachen Bezug zu China aufweist. Wies der Beitrag einen starken Bezug auf, so wurde weiter codiert. Zunächst wurden formale Aspekte eines Beitrags codiert: seine Länge, seine Platzierung im Medium, die Darstellungsform und ob es Illustrationen durch Bilder gab.

Diese formalen Kategorien wurden genutzt, um den Beachtungsgrad eines Themas zu bestimmen. Der Beachtungsgrad gibt an, wie der Beitrag mit gestalterischen Maßnahmen innerhalb des jeweiligen Mediums gewichtet worden ist, wodurch die Bedeutung unterstrichen wird, die der Journalist dem Thema beimisst und der Rezipient ihm beimessen soll.<sup>46</sup> Es wurde aus den formalen Variablen für jedes Medium eine Skala zur Gewichtung erstellt, um anschließend die Prominenz eines Themas zu berechnen. So lässt sich nicht nur die absolute Fallzahl der Beiträge angeben, sondern auch der gewichtete Anteil an der Gesamtberichterstattung.

Das Kernstück des Codebuchs bildeten jedoch die dynamisch fortzuschreibenden Kategorien, in denen alle vorkommenden Themen, Akteure und Autoren aufzulisten waren. Gelöst wurde dies mittels eines Zwei-Schritt-Verfahrens: Für die erste grobe Codierung wurden zunächst Auffangkategorien deduktiv abgeleitet. Neben diesen Auffangkategorien gab es jeweils eine offene Kategorie, in die in einer kurzen Zusammenfassung der Kern des verhandelten Themas, Name und Funktion von vorkommenden Akteuren und die Namen der Autoren eingetragen werden sollten.

Als Akteure werden die in einem Beitrag benannten Handlungsträger bezeichnet, die von den Medien als wichtig erachtet werden, um eine Handlung oder ein Phänomen verständlich und fassbar zu machen. Bis zu drei Akteure wurden pro Beitrag erfasst und entlang von Kategorien klassifiziert, die nach einer

<sup>44</sup> Rössler 2005: 71.

<sup>45</sup> Vgl. auch das ausführliche Codebuch im Anhang-Band, der online über die Website der Heinrich-Böll-Stiftung verfügbar ist.

<sup>46</sup> Rössler 1997: 262.

regionalen Zugehörigkeit unterscheiden (China, Westen, Nichtwesten, Weltgemeinschaft und Tibet).<sup>47</sup> Zudem gibt es eine an Hafez<sup>48</sup> orientierte Unterscheidung in offizielle Staatsvertreter, organisierte gesellschaftliche Institutionen wie Verbände, Gewerkschaften oder Medien und nichtorganisierte Gruppen, in die vorkommende Kollektivbegriffe wie «Opfer» oder «Kinder» eingeordnet werden ebenso wie Privatpersonen, die in nicht-formalisierten Zusammenhängen in Erscheinung treten. Neu wurde dabei die Unterkategorie Wirtschaft eingeführt, die Wirtschaftsorganisationen wie Banken und Unternehmen getrennt erfasst sowie eine Kategorie für Sportorganisationen. Ebenso wurde für China die Kategorie Dissidenten und Menschenrechtsgruppen gesondert erhoben.

Nach Abschluss dieser Grobcodierung wurden in einem zweiten Schritt durch die Untersuchungsleiterin sämtliche codierte Artikel gesichtet, eine auf konkrete Themen, einzelne Akteure und Autoren bezogene feingliedrige Recodierung vorgenommen. Diese Kategorien wurden so recodiert, dass sich anschließend aus diesen sehr langen Themen-, Akteurs- und Autorenlisten wieder größere Zuordnungen berechnen ließen, etwa bestimmte Autorengruppen wie «China-Korrespondenten» oder Themenfelder wie «Tibet-Konflikt».

### *Gütekriterien und Fehlerquellen*

Laut Wirth kann Codieren als «spezifisches Rezeptionshandeln [...] begriffen werden, bei dem [...] Zuordnungsentscheidungen gefällt werden müssen».<sup>49</sup> Um diese Zuordnungsentscheidungen intersubjektiv nachvollziehbar zu machen, muss ein entsprechend detailliertes Codebuch vorliegen, auf dessen Grundlage alle Codierer reproduzierbare Zuordnungen liefern sollen. Wie gut das Messinstrument ist, wurde anhand eines Inter-coder-Reliabilitätstests gemessen, also anhand der Übereinstimmungen der Verschlüsselung der vier beteiligten Codierer.<sup>50</sup> In einem Pretest wurde die Reliabilität der Codierung überprüft. Hinsichtlich der formalen Kategorien wurde dabei ein lediglich befriedigender Reliabilitätskoeffizient nach Holsti von .83 ermittelt. Dieses Manko wurde durch eine intensive Diskussion und genauere Festlegung mit Beispielen sowie Modifizierung einiger Kategorien im Codebuch weitgehend behoben.

Hinsichtlich der dynamischen Variablen war die Zuordnung der Autoren sehr zufriedenstellend (.94), während die erste Zuordnung der Themen zu den Auffangkategorien durch die Codierer in vielen Fällen sehr uneinheitlich war (.69). Angesichts der geplanten Recodierung wurden deswegen die Auffangkategorien stärker abstrahiert und stattdessen mehr Wert auf eine prägnante Zusammenfassung gelegt.

<sup>47</sup> Westen (Europa und Nordamerika), Nichtwesten (alle anderen Länder einschließlich Russland und Australien), Weltgemeinschaft (internationale Organisationen wie UNO oder Verbände wie Human Rights Watch), Tibet (alle Tibeter, ob im Exil oder auf chinesischem Territorium)

<sup>48</sup> Vgl. Hafez 2002b: 74.

<sup>49</sup> Wirth 2001: 161.

<sup>50</sup> Vgl. Rössler 2005: 185.

menfassung des Beitrags in einer offenen Variable gelegt. Bei der Recodierung wurde bei Unklarheiten über die Zuordnung auch noch einmal ins Ausgangsmaterial zurückgegangen und ggf. eine Umordnung vorgenommen, so dass auch hier von einer hohen Reliabilität ausgegangen werden kann.

### 1.4.2 Qualitative Textanalyse

Aus dem in der quantitativen Inhaltsanalyse erhobenen Material wurden im zweiten Schritt *sechs Themenfelder* herausgegriffen und einer vertiefenden Analyse hinsichtlich der aufgebrachten Diskurse und verwendeten Argumentationen, der Relevanz und Präsentation von Akteuren und Quellen sowie der Autorengruppen unterzogen.

Die Auswahl der sechs Themenfelder unterlag verschiedenen Kriterien, die gegeneinander abgewogen wurden. Diese Kriterien fußten zum einen auf strukturellen, zum anderen auf inhaltlichen sowie auf forschungsökonomischen Prämissen. So sollten:

*aus struktureller Sicht*

- 1) eine gewisse Bandbreite an Themenfeldern einbezogen werden, so dass nicht nur die Sachgebiete Innenpolitik oder die Außenpolitik abgedeckt werden
- 2) die von den Medien stark gewichteten Themenfelder berücksichtigt werden, um die offensichtlich als relevant gewichteten Debatten einzufangen

*aus inhaltlicher Sicht*

- 3) Themenfelder einbezogen werden, in denen nicht nur ereignisbezogene, sondern vor allem auch reflektierende Berichterstattung zu erwarten gewesen ist
- 4) Themenfelder berücksichtigt werden, in denen kontroverse Argumentationsmuster und eine ambivalente Bewertung der Rolle und des Bildes Chinas zumindest zu erwarten gewesen sind
- 5) Themenfelder berücksichtigt werden, die auch langfristig eine Rolle in den Mediendiskursen spielen und nicht nur tagesaktuell sind

*aus forschungsökonomischer Sicht*

- 6) die Themenfelder schließlich auch forschungsökonomischen Zwängen Rechnung tragen und eine überschaubare Menge an Beiträgen aufweisen.

Aus dem nach diesen Kriterien auszuwählenden Gesamtmaterial für die sechs Tiefenschnitte wurde noch einmal eine Auswahl nach formalen Kriterien getroffen. So wurden

- nur Beiträge einbezogen, die in der quantitativen Analyse mit einem tatsächlichen China-Fokus codiert worden waren
- alle Beiträge aus den Informationsformaten des Fernsehens ausgeklammert, da zu diesen zwar das Beitragsthema und formale Kriterien im Archiv

ermittelt werden konnten, häufig jedoch der Zugriff auf den Gesamtbeitrag schwierig war und so nicht gewährleistet werden konnte, dass alle Formate gleichermaßen berücksichtigt würden

- nur Beiträge einbezogen, die mindestens 1000 Zeichen Länge hatten. Somit wurden sehr kurze Meldungen nicht mit beachtet, da sie meist einen reinen Informations- und keinen erklärenden oder reflektierenden Charakter haben. Allerdings wurden sämtliche Beiträge der Tagesschau unabhängig von ihrer Länge einbezogen.
- Leserbriefe und Presseschauen ausgeklammert, da in der vertieften Analyse nur der genuin redaktionell verantwortete Inhalt beschrieben werden sollte.

Um eine anschließende Bewertung der journalistischen Bearbeitung der Themen vornehmen zu können, soll zunächst eine Identifikation aller auftretenden Diskursstränge erfolgen und eine eng am Material orientierte, dichte Beschreibung dieser Diskurse vorgenommen werden.

Entsprechend der in den theoretischen Ausführungen aufgeführten Anhaltspunkte darüber, was Medien innerhalb der skizzierten Makro-, Meso- und Mikro-Strukturen an diskursiver Best-Practice leisten sollten, sollen dann die in den Themenfeldern identifizierten Diskurse eingeordnet werden.

Diskurse sind nach Jäger «soziale Wissensflüsse durch die Zeit»<sup>51</sup>. Verschiedene Diskursfragmente, die textlich verarbeitet und somit fassbar gemacht werden, ergeben in ihrer Verschränkung einen Diskursstrang. Die zu dem allgemeinen Diskurs eines Themenfeldes gehörenden Diskursstränge und die sie konstituierenden – teilweise auch ambivalenten – Diskursfragmente werden ausführlich beschrieben und anschließend kritisch eingeordnet.

Dabei geht es hauptsächlich um folgende Punkte:

- *Relevanz der abgebildeten Diskurse* (Wie relevant sind die angegebenen Diskurse und Argumentationslinien tatsächlich für eine adäquate Beschreibung des Themas?)
- *Binnenpluralismus* (Wie ausgewogen erfolgt die Präsentation eines Themas in der Gesamtschau eines Mediums? Werden verschiedene Positionen zugelassen?)
- *Ideologischer Blickwinkel* (Lässt sich ein spezifischer, auf bestimmte politische Linien oder Personen orientierter Tenor der Berichterstattung identifizieren?)
- *Faktenrichtigkeit* (Sind die dargestellten Fakten und Argumente korrekt?)
- *Akteurskomposition* (Welche Akteure mit welcher regionalen Herkunft kommen zu Wort? Wie werden sie beschrieben? Ist ein Elitenfokus festzustellen?)
- *Quellenrelevanz* (Welche Quellen werden verwendet? Gibt es eine Diversität von Quellen? Wie relevant sind die angegebenen Quellen für das Thema?)

---

51 Jäger 2006: 98.

### 1.4.3 Befragung von Medienproduzenten

Im dritten Schritt sollen die Kommunikatoren als diejenigen Experten in die Untersuchung einbezogen werden, die als Produzenten der medialen Themen und Diskurse die Berichterstattung über China gestalten. Sie gelten als interne Experten, die Auskunft über ihr eigenes Handlungsfeld geben und damit Betriebswissen offerieren können.<sup>52</sup> Aus forschungspraktischen Gründen eignet sich für die Untersuchung und Bewertung der Entstehungsprozesse von Themenhalten und Diskursen neben einer Langzeitbeobachtung auch eine Befragung der Journalisten.

Froschauer & Lueger unterteilen bei internen Experten noch einmal in Handlungs- bzw. Reflexionsexpertise. Mit *Handlungsexpertise* ist das Erfahrungswissen durch Teilnahme gemeint. Bei dieser Befragung soll also das implizite Wissen, das in Handlungs- und Denkweisen eingelagert ist, herausgearbeitet werden. Die *Reflexionsexpertise* hingegen überschreitet bewusst interne und externe Grenzen, und so können deren Vertreter nicht nur konkretes Handlungswissen anbieten, sondern Handlungen auch in größere Zusammenhänge einordnen.<sup>53</sup> Gleichzeitig umschließen diese beiden Konzepte von Expertise auch die im theoretischen Teil beschriebenen Unterschiede zwischen Mikro- und Meso-Ebene der journalistischen Profession. Um beide Formen der Expertise einzufangen, werden sowohl die verantwortlichen Redakteure aus den einzelnen Medien befragt als auch die China-Korrespondenten, die wesentlich die Berichterstattung der einzelnen Medien prägen. Die Redakteure stehen stellvertretend als Repräsentanten für das Medium in seiner Organisationslogik – decken mithin die Meso-Ebene der Analyse ab, während die Korrespondenten eher konkret handelnde Personen mit spezifischer Sozialisation repräsentieren, die im Rahmen der Organisationslogik agieren.

Die Befragungen der Korrespondenten und Redakteure erfolgte auf Basis eines *Leitfadens*, mit dem bestimmte Fragenkomplexe in semistrukturierter Form abgefragt werden können. Die Leitfäden für Redakteure waren ähnlich strukturiert wie die für die Korrespondenten, wobei bei den Redakteuren mehr Wert auf die Prozesse innerhalb der Redaktion gelegt wurde, während die Korrespondenten stärker zu ihrer individuellen Sozialisation befragt wurden. Die Fragen wurden aus der theoretischen Rahmensetzung zum Agenda-Setting und der anzunehmenden Strukturierung von Selektionsprozessen auf der Makro-, Meso- und Mikro-Ebene heraus entwickelt sowie mit konkreten Aspekten angereichert, die sich aus den Ergebnissen der vorangegangenen zwei Analyseschritte ergaben. Im Folgenden werden die Eckpunkte, die die beiden Leitfäden kennzeichnen, kurz vorgestellt<sup>54</sup>:

<sup>52</sup> Vgl. Meuser/Nagel 2005: 71–93.

<sup>53</sup> Froschauer/Lueger 2005: 228.

<sup>54</sup> Die vollständigen Leitfäden befinden sich im Anhang-Band, der online über die Website der Heinrich-Böll-Stiftung zugänglich ist.

## I. Sozialisation und Aufgabenbereich des Journalisten

- Aufgabenbereich und Arbeitsgebiet
- Sozialisation und beruflicher Werdegang
- Rollenkonzept als Journalist

## II. Allgemeines Selbstverständnis und Ausrichtung des Mediums

## III. Stellenwert der Auslandsberichterstattung

- Einsatz von Korrespondenten
- Spezifische Regionalredakteure

## IV. China-Berichterstattung

- Stellenwert Chinas in der Berichterstattung
- Struktur und Arbeitsorganisation
- Anforderungen an Korrespondenten/ Redakteure
- Themenauswahl zu China
- Rolle der Makro-Diskurse
- Spezifika 2008

## V. Arbeitspraktiken anhand ausgewählter Themengebiete (insbes. hinsichtlich Akteuren, Quellen, Einschränkungen)

- Tibet
- Menschenrechte
- Deutsch-chinesische Beziehungen
- Chinesisch-afrikanische Beziehungen

### *Durchführung, Gesprächssituation und Auswertung*

Es wurde jeweils ein/e Redakteur/in den sieben untersuchten Medien persönlich befragt, wobei dies entweder die Leiter des Ressorts Außenpolitik oder die für den Bereich Asien speziell verantwortlichen Redakteure der Politikredaktion waren. Zudem wurden zehn China-Korrespondenten der untersuchten Medien befragt – von jedem Medium mindestens ein Korrespondent. Die Interviews fanden im Zeitraum vom 22. September bis 18. November 2009 statt und wurden von der Untersuchungsleiterin selbst durchgeführt. Im Normalfall wurden dabei zuerst die Redakteure und dann die Korrespondentin/ der Korrespondent des jeweiligen Mediums befragt. Die Interviewtermine fanden in der Regel vor Ort in den jeweiligen Redaktionen in Deutschland bzw. am Arbeitsort der Korrespondenten in China statt. Wo es aufgrund terminlicher Schwierigkeiten nicht anders möglich war, wurden die Interviews per Telefon geführt. Die Interviews mit den Redakteuren hatten eine durchschnittliche Länge von 73 min. Die Interviews mit den Korrespondenten waren mit im Schnitt 63 min etwas kürzer. Alle Interviews wurden mit Einverständnis der Journalisten mit einem digitalen Aufnahmegerät

aufgezeichnet, bis auf ein Interview mit einem Korrespondenten, der auf Informalität bestand.

Im Anschluss an die Befragungen wurden die Interviews komplett wörtlich transkribiert und mittels der Analyse-Software MaxQDA ausgewertet. Dabei wurde unter Zuhilfenahme des Leitfadens sowie aus dem vorhandenen Material ein Kategoriensystem entwickelt, zu dem dann wiederum relevante Textpassagen zugeordnet und einer komparativen Auswertung zugeführt werden konnten.<sup>55</sup> Die Aussagen der Befragten wurden für die Ergebnisdarstellung lediglich sprachlich «geglättet», d.h. Füllwörter, Dopplungen, Umgangssprache und grammatikalische Fehler behoben, aber in ihrem Gehalt vollständig beibehalten.

---

<sup>55</sup> Vgl. auch die Ausführungen bei Froschauer/Lueger 2003, Schmidt 2004: 447–456.



## 2 Quantitative Inhaltsanalyse: Themenhaushalt, Handlungsträger und Autoren

Die Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse sollen die Frage beantworten, mit welchen Themen sich die deutschen Medien im Hinblick auf China auseinandersetzen, welche Akteure oder Handlungsträger die Berichterstattung prägen und durch welche Autoren sie strukturiert ist.

### 2.1 Allgemeine Betrachtungen

Insgesamt konnten im Jahr 2008 in allen untersuchten Medien 8766 Beiträge identifiziert werden, die einen Bezug zu China herstellen. Davon hatten 4626 Beiträge (52,8%) lediglich einen schwachen und 4140 Beiträge (47,2%) einen dezidierten Bezug zu China.

Ein schwacher Bezug zu China gilt dann als gegeben, wenn es sich um eine kurze Erwähnung Chinas in Aufzählungen handelt (z.B. «neben Brasilien auch die Schwellenländer Russland, Indien und China»), um einen im Nebensatz hergestellten Vergleich ohne weitere Ausführung (z.B. «nur China richtet mehr Menschen hin als der Iran») oder um eine Verwendung als Allegorie (z.B. «Schäuble will chinesische Verhältnisse im Internet»). Diese schwachen Bezüge machen zwischen 50 und 60% aller Beiträge in den untersuchten Medien aus mit Ausnahme der taz (38,3%) und der Fernsehsendungen<sup>56</sup>. Sie vertieften das aufgegriffene Thema im Hinblick auf China nicht weiter, tragen aber durch die Häufigkeit ihres Vorkommens und ihrer Wiederholung in meist stereotypen Zusammenhängen zu einer Verfestigung spezifischer Bilder über China bei.

---

<sup>56</sup> In der Tagesschau sind nur 10,2% der Beiträge mit schwachem Bezug zu China sowie bei den Fernsehformaten 13,3%. Hier unterliegt das Sample einer gewissen Verzerrung, da nicht mit Stichwortsuche wie in den Printarchiven recherchiert werden konnte und so mögliche weitere unspezifizierte Erwähnungen Chinas in einzelnen Beiträgen nicht komplett erfasst werden konnten.

**Tabelle 2: Verteilung der Beiträge nach Sachgebieten und China-Bezug<sup>57</sup>**

| Sachgebiet                      | schwacher Bezug |       | starker Bezug |       | Gesamt |      |
|---------------------------------|-----------------|-------|---------------|-------|--------|------|
|                                 | Anz.            | %     | Anz.          | %     | Anz.   | %    |
| Innenpolitik                    | 271             | 20,6% | 1047          | 79,4% | 1318   | 100% |
| Internationales                 | 776             | 59,1% | 536           | 40,9% | 1312   | 100% |
| Militär, Rüstung & Verteidigung | 88              | 73,3% | 32            | 26,7% | 120    | 100% |
| Soziales                        | 42              | 45,7% | 50            | 54,3% | 92     | 100% |
| Wirtschaft                      | 1964            | 75,5% | 637           | 24,5% | 2601   | 100% |
| Umwelt & Gesundheit             | 803             | 70,9% | 330           | 29,1% | 1133   | 100% |
| Unglücke & Katastrophen         | 36              | 14,2% | 218           | 85,8% | 254    | 100% |
| Kriminalität                    | 33              | 63,5% | 19            | 36,5% | 52     | 100% |
| Kultur & Gesellschaft           | 295             | 46,1% | 345           | 53,9% | 640    | 100% |
| Bildung, Wissenschaft & Technik | 132             | 71,0% | 54            | 29,0% | 186    | 100% |
| Olympia                         | 186             | 17,6% | 872           | 82,4% | 1058   | 100% |
| Gesamt                          | 4626            | 52,8% | 4140          | 47,2% | 8766   | 100% |

Die stärkste Ballung von Artikeln mit schwachem Fokus findet sich in den Sachgebieten Wirtschaft und Umwelt & Gesundheit, wo über zwei Drittel der erhobenen Beiträge lediglich Erwähnungen sind. Diese Verteilung ist auf zwei Phänomene zurückzuführen: Zum einen nutzen die Medien «China» als eine Chiffre bzw. als Symbol für die Beschreibung bestimmter Vorgänge oder Problemlagen und greifen damit auf ihrer Meinung nach gut abrufbare Stereotype im Publikum zurück, was sich auch in einer *hohen Floskelhaftigkeit* ausdrückt. Insbesondere im Sachgebiet Umwelt wird häufig auf Chinas «Rohstoffhunger» oder seine Rolle als «Klimasünder» abgestellt, genauso wie im Sachgebiet Wirtschaft auf die «Produktpiraterie» oder die Rolle Chinas als «Billigproduzent». Ab- oder Anstieg von Börsenkursen werden wiederum «mit der hohen Nachfrage aus China» begründet. Neben diesen negativen werden aber auch eher positiv besetzte Stereotype abgerufen. So wird besonders häufig im Sachgebiet Wirtschaft Chinas Rolle als «attraktiver Absatz- und Wachstumsmarkt» oder als «konkurrenzfähiger Produktionsstandort» erwähnt.

Auch im Sachgebiet Internationales wird China gerne als Vergleichsfolie ohne nähere Beschreibung herangezogen. Im Zusammenhang mit der Erwähnung Indiens oder Brasiliens kommt es häufig in der Konnotation als aufsteigendes Schwellenland, neue Großmacht oder Absatzmarkt vor; im Kontext der Erwähnung von Nordkorea, Burma oder Kuba fungiert es als Chiffre für eine Diktatur. Diese «Platzhalterfunktion» spiegelt einerseits die wachsende Bedeutung wider, die China im globalen politischen und ökonomischen Gefüge zugestanden wird,

<sup>57</sup> Im Anhang-Band findet sich eine Tabelle, die für alle Themenkategorien die Anzahl der Beiträge mit schwachem und starkem Bezug zu China aufzeigt (nur online unter [www.boell.de](http://www.boell.de)).

andererseits verfestigt sie durch den inflationären Gebrauch bestehende Stereotype in starkem Maße.

Für die weitere Analyse wurden nur Beiträge mit dezidiertem Fokus auf China einbezogen, da sich hier der tatsächliche Themenhaushalt der deutschen Medien im Bezug auf China und die Gewichtung bestimmter Felder und Aspekte erst näher betrachten lässt. Von den insgesamt 4140 Beiträgen mit starkem Bezug auf China wurden zudem alle Beiträge weggelassen, die Leserbriefe (142 Beiträge) waren, da sie keinen originären redaktionellen Inhalt darstellen.<sup>58</sup>

Daraus ergeben sich für die vertiefende quantitative Inhaltsanalyse 3998 Beiträge, wobei die beiden großen Tageszeitungen FAZ mit 1259 Artikeln und SZ mit 1261 Artikeln gleich große Anteile stellen, die kleinere Tageszeitung taz mit 870 Beiträgen etwas weniger. Die restlichen Medien weisen im gesamten Jahr 2008 zwischen 78 (Focus) und 145 (ZEIT) Beiträge auf (s. Tab. 3).

Das bedeutet, dass im Jahr 2008 in FAZ und SZ täglich durchschnittlich 4 Artikel mit dezidiertem China-Bezug erschienen, in der taz immerhin noch fast 3 Artikel. In den Wochenmagazinen SPIEGEL und ZEIT finden sich bis zu 3 Artikel pro Ausgabe, im Focus rechnerisch ein ganzer Artikel weniger.

**Tabelle 3: Verteilung des Untersuchungsmaterials**

| Medium        | Häufigkeit  | Durchschnittl. Beiträge je Ausgabe | Durchschnittl. Beiträge je Ausgabe ohne Olympia-Themen |
|---------------|-------------|------------------------------------|--------------------------------------------------------|
| FAZ           | 1259        | 4,1                                | 3,4                                                    |
| SZ            | 1261        | 4,2                                | 3,2                                                    |
| taz           | 870         | 2,8                                | 2,3                                                    |
| SPIEGEL       | 128         | 2,5                                | 2,1                                                    |
| Focus         | 78          | 1,5                                | 1,1                                                    |
| ZEIT          | 145         | 2,8                                | 2,2                                                    |
| Tagesschau    | 132         | 0,4                                | 0,2                                                    |
| TV            | 125         | -                                  | -                                                      |
| <b>Gesamt</b> | <b>3998</b> |                                    |                                                        |

Lässt man die direkt auf Olympia bezogene Berichterstattung unberücksichtigt, so sinkt der durchschnittliche Output pro Ausgabe um bis zu einem

<sup>58</sup> Insgesamt spiegeln die Leserbriefe die Verteilung der Themenfelder und der Sachgebiete der einzelnen Medien wider, was entweder die vorgeprägten Auswahlmechanismen der Redakteure bestätigt oder für eine mit den Interessen der Leser korrespondierende adäquate Themensetzung der einzelnen Medien spricht. So geht es in den Leserbriefen aller Medien fast ausschließlich um Tibet und die Olympiaboykott-Debatte, bei der FAZ und taz aber auch stärker um internationale Themen sowie in der ZEIT um kulturell-gesellschaftliche Themen. Allerdings werden zum häufig durch die Medien thematisierten Bereich Wirtschaft so gut wie keine Leserbriefe geschrieben. Die Tagesschau und die Fernsehformate haben keine Leserbriefe.

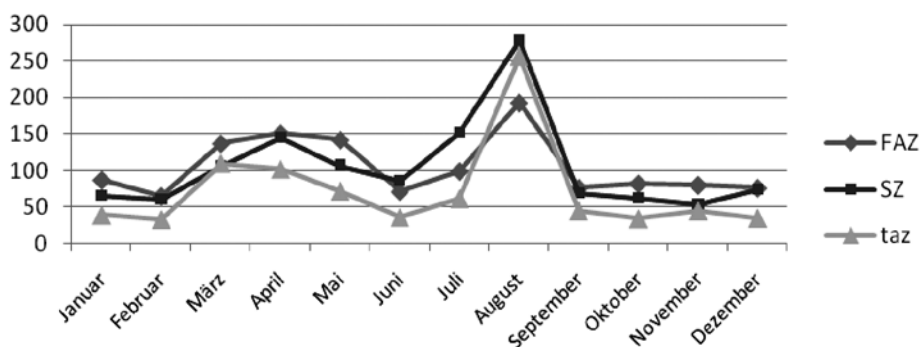
ganzen Artikel. Hinsichtlich der Menge der Berichterstattung muss das Jahr 2008 sicherlich als außergewöhnlich betrachtet werden, denn hinzu kam das gehäufte Auftreten von Nachrichtenereignissen wie die Unruhen in Tibet, ebenso wie das Erdbeben in Sichuan, das Schneechaos zum Neujahrsfest und der Melamin-Skandal.

Allerdings räumen die Redaktionen China-Themen insgesamt eine wachsende Bedeutung ein, und die Intensität der Berichterstattung wird sich deshalb im Vergleich mit anderen Regionen der Auslandsberichterstattung auch weiterhin auf einem relativ hohen Niveau bewegen (vgl. Kapitel 4).

## 2.2 Verlauf der Berichterstattung

Die Grafiken zum Verlauf der Berichterstattung über das gesamte Jahr zeigen für alle Medien eine Wellenbewegung mit Ausschlägen im März/April zu den Tibet-Unruhen und August zu Olympia, wobei die Tageszeitungen nahezu identische Muster aufweisen mit einer besonders deutlich erhöhten Berichterstattung im August. Zu diesem Zeitpunkt warteten alle drei untersuchten Tageszeitungen mit Olympia-Schwerpunkten auf – die taz gab gar täglich eine acht-seitige «olympia.taz» heraus.

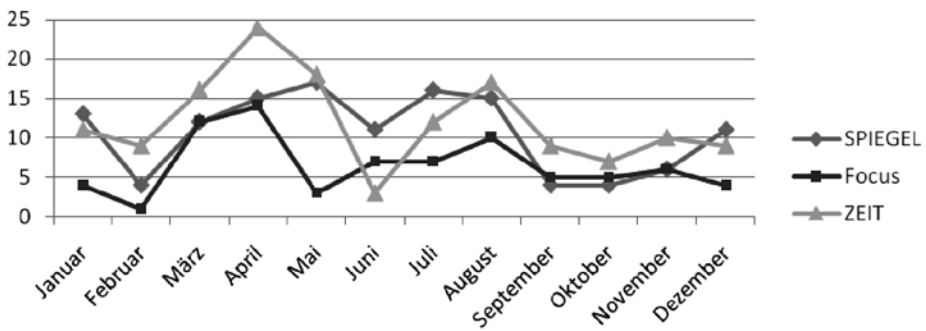
**Abbildung 2: Verlauf der Berichterstattung 2008 – Tageszeitungen**



Quelle: Eigene Erhebung, FAZ (N=1259), SZ (N=1261) und taz (N=870)

Bei den Wochenzeituren bewirkt dagegen der Tibet-Konflikt noch eine höhere Intensität der Berichterstattung als die Olympischen Spiele selbst. Er bietet diesen Medien offensichtlich besonders stark Anlass für ein Räsonieren über die chinesische Politik, die internationale Rolle Chinas und die deutsche Positionierung zu diesem Land.

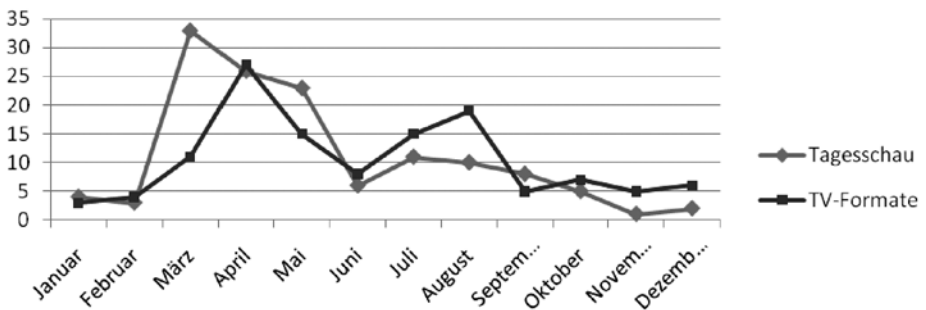
**Abbildung 3: Verlauf der Berichterstattung 2008 – Wochenzeitungen**



Quelle: Eigene Erhebung, SPIEGEL (N=128), Focus (N=78) und ZEIT (N=145)

Der Fokus der Fernsehnachrichten liegt ganz eindeutig auf besonders konfliktträchtigen Vorgängen wie dem Tibet-Konflikt und dem Fackellauf im März/April und gut bebilderbaren Ereignissen wie der Erdbebenkatastrophe in Sichuan im Mai. In den Informationsformaten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens werden darüber hinaus rund um Olympia gezielt Reportagen und Dokumentationen gesetzt, die sich einerseits stark mit der Geschichte und Kultur Chinas auseinandersetzen, andererseits aber auch mit aktuellen und konfliktträchtigen Themenfeldern wie Doping und Menschenrechte.

**Abbildung 4: Verlauf der Berichterstattung 2008 – Tagesschau und TV-Formate**

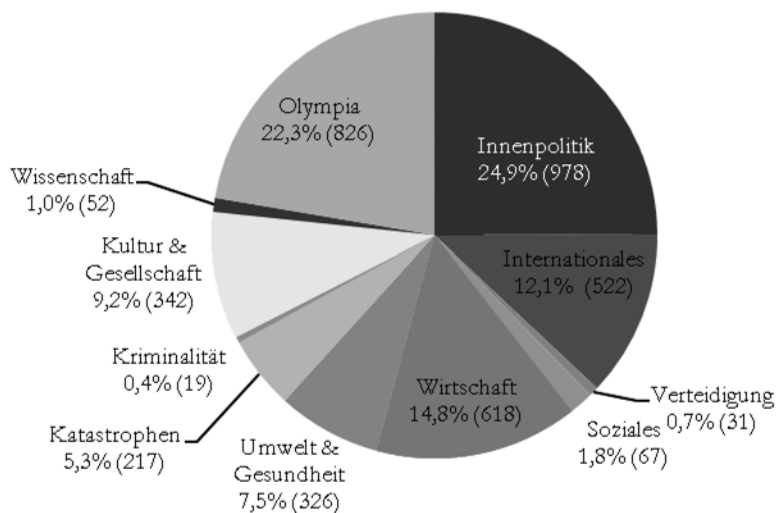


Quelle: Eigene Erhebung, Tagesschau (N=132) und TV-Formate (N=125)

## 2.3 Sachgebiete

In Abbildung 5 wird nun aufgeschlüsselt, wie stark die untersuchten Medien verschiedene Sachgebiete bedienen. Hierbei wird zur besseren Vergleichbarkeit der nach dem Beachtungsgrad gewichtete, relative Anteil an der Gesamtberichterstattung der Medien angezeigt sowie in Klammern die absolute Zahl der Beiträge.

**Abbildung 5: Verteilung der Beiträge auf einzelne Sachgebiete**



Quelle: Eigene Erhebung, Angaben in Prozent, in Klammern Anzahl der Beiträge, N=3998

Schaut man sich die Anteile der jeweiligen Sachgebiete an der Gesamtbearichterstattung genauer an, so ergeben sich gerade im Vergleich mit anderen Regionen der Auslandsberichterstattung einige Unterschiede.<sup>59</sup> Der starke Fokus auf die inneren Angelegenheiten Chinas mit 24,9% ist sicherlich in seiner Höhe ein Ausreißer des Jahres 2008 und die fast ebenso stark gewichtete Olympia-Berichterstattung (22,3%) auf ein einmaliges Ereignis bezogen.

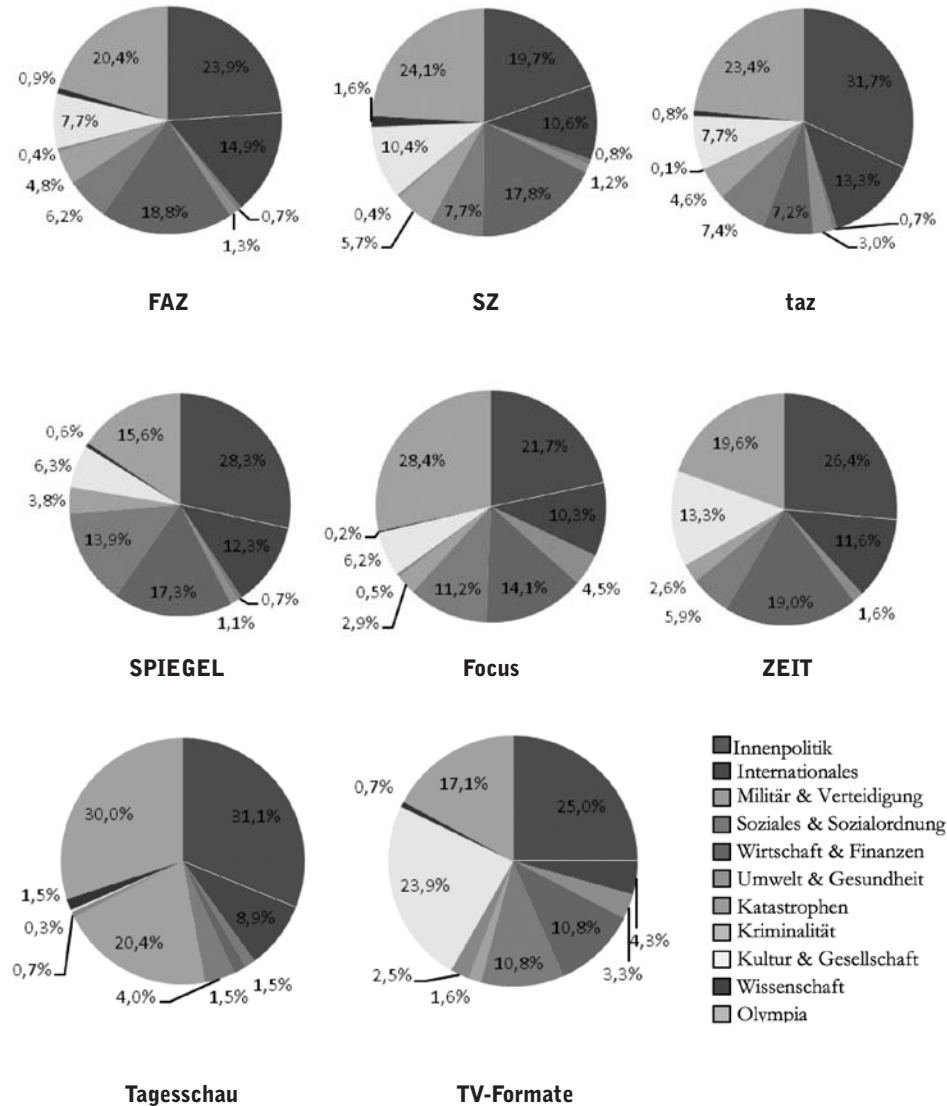
Aber die gewichtige Stellung der Wirtschaftsberichterstattung mit 14,8% ist im Vergleich mit Regionen wie dem Nahen Osten, Afrika oder Lateinamerika herausragend. Der Bereich Internationales schlägt mit durchschnittlich 12,1% zu Buche, was erwartbar war. Interessant dabei ist, dass die internationale Rolle Chinas tatsächlich im politisch-diplomatischen Bereich gesehen und mit lediglich 0,7% kaum auf den Aspekt Militär, Rüstung & Verteidigung eingegangen wird. Die vergleichsweise starke Berichterstattung in den Bereichen Umwelt & Gesundheit (7,5%) sowie Kultur & Gesellschaft (9,2%) ist im regionalen Vergleich auch eher ungewöhnlich und scheint der Zentralität bzw. Exotik Chinas in diesen Gebieten Rechnung zu tragen.

Die Vernachlässigung der Bereiche Soziales (1,8%) und Bildung, Wissenschaft & Technik (1,0%) ist für die Auslandsberichterstattung im Allgemeinen typisch, aber aufgrund der Bedeutung dieser Bereiche für ein Verständnis Chinas zu kritisieren.

<sup>59</sup> Vgl. bspw. Hafez 2002b zum Nahen Osten, Roemeling-Kruthaup 1991 zu Lateinamerika, Busch 2005 zu Griechenland, Pütz 1993 zu Italien.

Wirft man nun einen Blick auf die Verteilung bei jedem einzelnen Medium, so fällt besonders die vergleichsweise geringere Thematisierung des Sachgebiets Wirtschaft in taz und Tagesschau auf, der überaus starke Anteil des Sachgebiets Kultur & Gesellschaft in den Fernsehformaten sowie die besonders hohe Beachtung des Sachgebiets Katastrophen in der Tagesschau – was im Wesentlichen auf die spezifischen Logiken der einzelnen Medien zurückzuführen ist (vgl. Abb. 6). Die einzelnen Sachgebiete sollen nun entlang der sie konstituierenden Themenfelder aufgeschlüsselt werden.

**Abbildung 6: Verteilung der Beiträge auf einzelne Sachgebiete nach Medien**



## 2.4 Themenfelder in den Sachgebieten

### 2.4.1 Innenpolitik

Das Sachgebiet Innenpolitik macht mit 24,9% insgesamt knapp ein Viertel der Gesamtberichterstattung über China aus. Dabei wird weniger eine allgemeine Betrachtung des politischen Systems und seiner Strukturen vorgenommen, als vielmehr auf eine Agenda fokussiert, die nach Überzeugung westlicher Betrachter innenpolitische Konfliktfelder präsentiert.

**Tabelle 4: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Innenpolitik\***

|                                                 | N   | Gesamt | FAZ   | SZ    | taz   | SPIE-<br>GEL | Focus | ZEIT  | Tages-<br>schau | TV    |
|-------------------------------------------------|-----|--------|-------|-------|-------|--------------|-------|-------|-----------------|-------|
| Innenpolitik                                    | 978 | 24,9%  | 23,9% | 19,7% | 31,7% | 28,3%        | 21,7% | 26,4% | 31,1%           | 25,0% |
| Tibet                                           | 384 | 11,2%  | 10,2% | 7,5%  | 13,9% | 10,4%        | 15,0% | 14,2% | 22,2%           | 14,8% |
| Umgang mit Minderheiten                         | 91  | 2,2%   | 2,3%  | 1,4%  | 3,1%  | 2,0%         | 1,2%  | 3,2%  | 2,1%            | 1,6%  |
| Taiwan                                          | 90  | 1,7%   | 2,3%  | 1,9%  | 1,9%  | 1,3%         |       |       | 0,7%            |       |
| Rechtssystem, Menschenrechte, Zivilgesellschaft | 169 | 3,9%   | 3,7%  | 3,0%  | 5,9%  | 4,8%         | 1,9%  | 4,4%  | 3,0%            | 2,6%  |
| Medien- und Meinungsfreiheit                    | 116 | 2,7%   | 2,4%  | 2,8%  | 3,3%  | 4,5%         | 3,6%  | 1,2%  | 1,5%            | 2,0%  |
| Propaganda                                      | 38  | 0,8%   | 1,3%  | 0,4%  | 0,8%  | 0,9%         |       | 0,9%  | 1,6%            | 0,8%  |
| Pol. System Chinas allgemein                    | 90  | 2,3%   | 1,8%  | 2,6%  | 2,8%  | 4,4%         |       | 2,5%  |                 | 3,2%  |

\*Angaben in dieser und den folgenden Tabellen mit Auf- und Abrundungen

Den Hauptanteil der Berichterstattung zur Innenpolitik stellt der *Tibet-Konflikt* mit 11,2%. Im Rahmen ihrer Gesamtberichterstattung zu China widmet sich die Tagesschau diesem Thema mit 22,2% besonders stark.

Zahlreiche Faktoren spielen für die intensive Thematisierung dieses Konflikts eine Rolle: Das Ereignis erhält durch den Ausbruch von Gewalt in den tibetischen Gebieten einen vermeintlichen Neuigkeitswert. Gleichzeitig gilt das Thema Tibet aber als «eingeführt» und damit als anknüpfungsfähig für die deutsche Bevölkerung, was an dessen breiter Tibet-Begeisterung liegt. Hinzu kommt die immense Bekanntheit der für viele sympathischen und immerpräsenen Figur des Dalai Lama, die als Hauptreferenz in der Konfliktdarstellung fungieren kann. Darüber hinaus erhöht die vermeintlich klare Struktur des Konflikts mit repressiven chinesischen Sicherheitskräften auf der einen und unterdrückten Tibetern auf der anderen Seite den Nachrichtenwert weiterhin. Es lässt sich bei der Thematisierungsentscheidung für Tibet also von einem regelrechten «Aufeinanderprallen» zahlreicher Nachrichtenfaktoren aus allen von Schulz beschriebenen Dimensionen Zeit, Nähe, Status, Dynamik, Valenz und Identifikation sprechen.



Eine Nichtthematisierung wäre aus Sicht der Nachrichtenwert-Theorie geradezu eine Nachlässigkeit der Medien gewesen. Der besonders starke Fokus auf Tibet und die relative Dauerhaftigkeit in der Berichterstattung bewirken aber auch eine Diversifizierung von Perspektiven im Sinne von Schulz, der argumentiert: «Überwiegend erscheint die Realität als einfach, eindeutig und klar konturiert; doch einzelne, besonders herausgestellte Ereignisse mit hohem Nachrichtenwert sind komplex, mehrdimensional, vielschichtig»<sup>60</sup>. In Kapitel 3.1. werden deshalb vertiefend die Diskursstrukturen zum Tibet-Konflikt näher untersucht.

Andere Themen, die sich ebenfalls dem dem Tibet-Konflikt übergeordneten Topos der *Minderheitenpolitik Chinas* zuordnen lassen, erfahren deutlich weniger Beachtung (2,2%). Das Thema *Falun Gong* kommt während des Jahres 2008 nur in einem Artikel in der taz vor.<sup>61</sup> Der Umgang mit den christlichen Minderheiten wird dagegen stärker gewichtet, da die ZEIT mehrere lange Reportagen über Religionen in China bringt, die ARD eine Dokumentation ausstrahlt und auch FAZ und taz sich diesem Themenfeld widmen.<sup>62</sup> Während die taz vor allem auf die Verfolgung von Christen eingeht, weisen FAZ und ZEIT aber auch auf einen zunehmend entspannteren Umgang der kommunistischen Führung mit christlichen Religionen hin.

Die Mehrzahl aller Beiträge zu den Minderheiten dreht sich aber um die Uiguren, eine muslimische Minderheit in der nordwestlichen autonomen Region Xinjiang. Ähnlich wie bei Tibet führt ein konkreter Anlass – ein Anschlag von sogenannten uigurischen «Separatisten» kurz vor den Olympischen Spielen mit mehreren Toten – zu einer verstärkten Berichterstattung über die Uiguren-Problematik in den tagesaktuellen Medien. Zudem induziert die Diskussion in Deutschland um die Aufnahme uigurischer Gefangener aus dem US-Straflager Guantanamo eine zusätzliche Beachtung des Themas.

Allerdings bleibt die Betrachtung hier weit oberflächlicher als hinsichtlich des Tibet-Konflikts und geht kaum über die reine Beschreibung der aktuellen Ereignisse hinaus. Eine gewisse Einordnung der Forderungen der Uiguren, Schilderung ihres Alltags sowie ein Vergleich mit dem Tibet-Konflikt werden vorrangig in SZ und SPIEGEL vorgenommen.<sup>63</sup> Insgesamt spielt die Minderheitenproblematik aber für die Analyse und Beschreibung des politischen Systems Chinas keine wichtige Rolle.

Mit der Berichterstattung zu *Taiwan* (1,7%) wird ein weiterer zentraler Konfliktherd in den Blick genommen, der diesmal territorialer statt ethnischer

<sup>60</sup> Schulz 1976: 115.

<sup>61</sup> «Li Chang», taz, 08.08.2008.

<sup>62</sup> Vgl. «Lage der Christen in China verbessert, aber nicht gut» FAZ, 24.09.2008, «Christ flieht vor Polizei», taz, 13.08.2008, «Pekings Bibel-Show», taz, 19.08.2008, «Das Herz flatterte wie ein Vögelchen», ZEIT, 08.05.2008, «Der Gott aus dem Westen», ZEIT, 21.05.2008, «Kontrollierter Glaube – Religion in China», Dokumentation ARD, 10.08.2008.

<sup>63</sup> «Ein Volk verstummt», SZ, 29.03.2008, «China zeigt sein altes Gesicht», SZ, 01.09.2008, «Das Vaterland spalten», SPIEGEL, 18.08.2008, vgl. aber auch «Uiguren fordern Einsatz wie für Tibeter», taz, 22.04.2008, «Hedin würde Ürümqi nicht wiedererkennen», FAZ, 22.08.2008.

Natur ist. Taiwan wird von der Volksrepublik China als Teil der eigenen Nation verstanden und die Ausbildung eines eigenen politischen Systems auf der Insel als Verletzung der territorialen und politischen Integrität Chinas gesehen. Insofern ist dieser Konflikt zweier Systeme innerhalb einer Nation für die Medien ähnlich interessant wie seinerzeit die Debatte um Hongkong. Zudem wirkt der Konflikt um Taiwan wegen der Reaktionen seiner langjährigen strategischen Partner USA und Japan noch stark in die internationalen Beziehungen hinein. Außerdem sind jegliche militärische Konfliktszenarien zu China im Wesentlichen mit Taiwan verbunden, was dem Thema eine zusätzliche konfliktträchtige Komponente gibt.<sup>64</sup> Die besondere Aufmerksamkeit auf die Auseinandersetzungen oder Annäherungen beider Gesellschaften von Seiten der deutschen Medien ist aufgrund dieser drei Faktoren somit dauerhaft gewiss. 2008 wird sie noch dadurch gesteigert, dass in Taiwan Wahlen stattfinden, die eine Pekingfreundliche Regierung an die Macht bringen; auch erstmals Direktflüge zwischen den beiden Regionen aufgenommen werden und Touristengruppen vom Festland nach Taiwan reisen können. Dies findet aufgrund des historischen Neuigkeitswertes selbst in der Tagesschau Einzug.<sup>65</sup> Die Entspannungspolitik und ihre Implikationen sowohl für Taiwan als auch für die Volksrepublik China werden vielfach, ambivalent und insbesondere auch mit hochrangigen taiwanesischen Politikern diskutiert, so dass bei dieser Berichterstattung ein durchaus perspektivreiches Bild der Auseinandersetzungen und etwaiger Lösungsmöglichkeiten entsteht.<sup>66</sup> Nichtsdestotrotz bleibt eine Verortung des Territorialkonflikts in der Systembeschreibung Chinas marginal.

Dafür wird mit 3,9% ein stärkerer Fokus auf den Kampf um *Menschen- und Bürgerrechte* gelegt, wobei für die taz das Thema am wichtigsten und für den Focus am wenigsten wichtig ist. Es gibt nur sehr selten Beiträge, die sich analytisch mit dem Rechtssystem beschäftigen, stattdessen wird sehr stark auf eine Personalisierung des Themas gesetzt. Nur im Falle der Verhaftungen der Dissidenten Hu Jia und Liu Xiaobo sind die Beiträge wirklich durch konkrete Ereignisse induziert. In der Mehrzahl der anderen Berichte handelt es sich vor allem um personalisierte Beispiele einer generell als problematisch gesehenen Menschenrechtspolitik Chinas. Insofern orientieren sich die Medien bei diesem Themenfeld deutlich weniger an Nachrichtenfaktoren, als dass sie vielmehr einer eigenen Agenda bzw. organisierten transnationalen Öffentlichkeiten wie

<sup>64</sup> Möller 2005: 155.

<sup>65</sup> «China-Taiwan: Abkommen über Direktflüge zwischen China und Taiwan unterzeichnet», Tagesschau, 13.06.2008, «Flüge China/Taiwan: Erster Direktflug zwischen China und Taiwan seit Jahren», Tagesschau, 04.07.2008.

<sup>66</sup> Vgl. «Eigenständig, aber nicht unabhängig», FAZ, 21.05.2008, «Unerfüllbar?», FAZ, 29.05.2008, «Taiwan-Gespräche auf höherer Ebene», FAZ, 11.04.2008, «Der Sieger wendet sich Peking zu», SZ, 25.03.2008, «Wir brauchen mehr gegenseitiges Verständnis», SZ, 12.07.2008, «Pekings Zurückhaltung zahlt sich aus», taz, 14.01.2008, «Ein taiwanischer Dalai Lama fehlt», taz, 22.03.2008, «Die Macht der Sanften», SPIEGEL, 21.04.2008.

Amnesty International folgen. Die Diskursstrukturen werden in Kapitel 3.2. ausführlich beschrieben.

Der Berichterstattung zum Themenfeld *Medien- und Meinungsfreiheit* (2,7%) widmet sich der SPIEGEL besonders intensiv. Viele der Beiträge in diesem Themenfeld sind ohne konkreten äußeren Anlass verfasst und vor allem durch die den Medienproduzenten eigene Erwartungshaltung an mit Olympia einhergehenden Reformen im Bereich der Medienfreiheit verknüpft (vgl. ausführlich Kapitel 3.2.).

Unter *Propaganda* (0,8%) sind wiederum Beiträge subsumiert, die sich damit beschäftigen, wie die chinesische Führung durch Agitation oder nationalistische Stimmungsmache auf (mediale) Kritik aus dem Ausland und insbesondere die Tibet-Berichterstattung reagiert. Die überdurchschnittlich hohe Thematisierung des Feldes in der Tagesschau (1,6%) resultiert daraus, dass chinesische Demonstrationen u.ä. zu diesem Thema konkrete Berichterstattungsanlässe und Bilder liefern.<sup>67</sup> Die Beiträge zu diesem Bereich finden sich im Wesentlichen denn auch in der Hochzeit der Tibet-Unruhen und stellen damit einen neuen, kontroversen und auf Deutschland beziehbaren Aspekt eines bereits bestehenden Themas dar.

Die abschließende Kategorie im Sachgebiet Innenpolitik ist eine Sammelkategorie für alle Beiträge, die zur *Beschreibung des politischen Systems Chinas* im Allgemeinen beitragen. Insgesamt ist dieses inhaltlich breite Themenfeld mit 2,3% aber nicht besonders stark ausgeprägt, bedenkt man, dass es sich hier um alle Beiträge handelt, die eine grundlegende Einordnung eines für den deutschen Rezipienten sehr fremden Systems vornehmen müssten. Schaut man sich zudem die Ausprägung der einzelnen Themen in diesem Feld an, so zeigt sich, dass hier nur in den wenigsten Fällen eine fundierte Betrachtung der durchaus vorhandenen internen Dynamik des politischen Systems Chinas und seiner Träger stattfindet. Viele Beiträge stellen einen eher diffusen Bezug zu China her und nutzen Referenzen auf das politische System Chinas häufig als stereotype Vorlagen. Der immer noch häufige Hinweis auf Mao Zedong knüpft an lang etablierte Images von China an.<sup>68</sup>

Parteitage und Volkskongress-Sitzungen als zentrale Elemente der chinesischen Führung werden von den Tageszeitungen eher pflichtschuldig abgearbeitet.<sup>69</sup> Stattdessen werden allzu häufig der Charakter oder etwaige Veränderungen im System an Anekdoten statt an Analysen festgemacht. So gilt das

67 Vgl. «Chinesische Autoren und Intellektuelle kritisieren Vorgehen in Tibet», Tagesschau, 23.03.2008, «Tibet-Konflikt: Tausende Demonstranten in China unterstützen Tibet-Politik der Regierung», Tagesschau, 20.04.2008, «Wie man einen Feind erzeugt», FAZ, 27.03.2008, «Chinas Blick auf den Westen», SZ, 31.03.2008, «Oh, wie schön ist China!», taz, 21.04.2008, «Einig gegen den Westen», ZEIT, 10.04.2008.

68 Vgl. «China als Wunschland», FAZ, 30.06.2008, «Angst vor der Götzendämmerung», SZ, 20.08.2008, «Politik ohne Pullunder», ZEIT, 06.03.2008.

69 «Mehr für Bildung und Umwelt», FAZ, 06.03.2008, «China bittet zur Politik», SZ, 04.03.2008, «Mahnende Worte auf dem Volkskongress», taz, 06.03.2008.

Entfernen von Maos Konterfei auf neuen Geldscheinen als Beweis für eine «Ent-Maoisierung».<sup>70</sup>

Darüber hinaus nimmt die Korruption im System und unter lokalen Kadern einen größeren Raum in der Berichterstattung ein.<sup>71</sup> Zudem findet sich eine bisweilen erstaunte, essayistisch geprägte Reflexion über den anachronistischen Charakter Chinas zwischen Kommunismus und Kapitalismus, der nicht wirklich zur erwarteten Demokratisierung durch wirtschaftliche Modernisierung passt.<sup>72</sup> Auf der anderen Seite zeigen sich Autoren vor allem der taz und der ZEIT überzeugt, dass Chinas spezifischer Weg und dessen Erfolge zu wenig gewürdigt werden bzw. dem Wandel mehr Zeit gegeben werden muss, und versuchen dies mit politischen Analysen zu untermauern.<sup>73</sup> Insgesamt wird dieses Themenfeld zum politischen System dominiert von Essays, Buchrezensionen und Meinungsbeiträgen, die teilweise mit analytischen Elementen versehen sind, aber insgesamt eine wirklich genuine und fundierte Analyse des Systems vermissen lassen. Das chinesische politische System bleibt insofern ein wenig differenzierter «Block», der sich offensichtlich mit wenigen Floskeln beschreiben lässt («Mao», «Kommunismus», «Raubtierkapitalismus», «Regime» etc.).

Als Erklärung für die Vernachlässigung dieses wichtigen Themenstrangs lässt sich anführen, dass den Medien bei der Berichterstattung über das System offensichtlich der konkrete Nachrichtenwert fehlt, da hier konkrete Ereignisse kaum erkennbar sind. Hinzu kommt, dass die Struktur des Systems eher komplex ist und sie sich aufgrund der Intransparenz und Unzugänglichkeit der chinesischen Führung für Journalisten nur schwer personalisieren lässt. Allerdings haben die Ergebnisse zur Berichterstattung über Medien- und Meinungsfreiheit oder Menschenrechte bereits angedeutet, dass eher abstrakte Themen auch ohne spezifische Nachrichtenfaktoren auf die Agenda der Medien kommen können, wenn diese ihnen Relevanz zubilligen und sie entsprechend aufbereiten.

## 2.4.2 Internationales

Mit 522 Beiträgen ist der Bereich Internationales recht präsent in den deutschen Medien und drückt insgesamt die Zentralität von China innerhalb der internationalen Beziehungen aus, macht aber in der Gewichtung nur 12,1% aus, da es sich zumeist um eher kleine Meldungen handelt. Besonders stark widmet

70 Vgl. «Mao muss weg», SZ, 08.07.2008, «Banknoten ohne Mao», taz, 08.07.2008.

71 Vgl. «Chinesischer Provinzgouverneur zurückgetreten», FAZ, 16.09.2008, «Schauprozess um Korruption», SZ, 12.04.2008, «Weltmeister in der Disziplin «Korruption»», taz, 19.08.2008.

72 Vgl. «Ein-Parteien-Demokratie», SZ, 29.07.2008, «Chinas fataler Systemfehler», taz, 18.03.2008, «Der Boom der Diktatoren», SPIEGEL, 02.06.2008.

73 «Feindbild China», SZ, 04.08.2008, «Chinas vergessener Wandel», taz, 16.04.2008, «China, ein sehr behutsamer Elefant», taz, 19.08.2008, ««China nimmt seine Maske ab»», taz, 20.09.2008, «Das wahre China», ZEIT, 29.05.2008.

sich die FAZ der internationalen Politik, aber auch bei der taz nimmt sie einen überdurchschnittlich hohen Platz ein. Für Tagesschau und Focus sind die internationalen Beziehungen weniger wichtig, den geringsten Platz erhalten sie aber in den Informationsformaten des deutschen Fernsehens. Dort interessieren lediglich die «nahe liegenden» Beziehungen, also die zwischen Deutschland und China oder die zwischen der EU und China. Auch in den anderen Medien sind die Beziehungen zwischen Deutschland und China (4,5%) prägend für die außenpolitische Berichterstattung.

**Tabelle 5: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Internationales**

|                                         | N   | Gesamt | FAZ   | SZ    | taz   | SPIEGEL | Focus | ZEIT  | Tagesschau | TV   |
|-----------------------------------------|-----|--------|-------|-------|-------|---------|-------|-------|------------|------|
| Internationales                         | 522 | 12,1%  | 14,9% | 10,6% | 13,3% | 12,3%   | 10,3% | 11,6% | 8,9%       | 4,3% |
| China in internationalen Organisationen | 21  | 0,6%   | 0,6%  | 0,8%  | 0,4%  | 0,4%    |       | 1,3%  |            |      |
| China-EU-Beziehungen                    | 90  | 1,9%   | 2,5%  | 1,7%  | 2,6%  | 0,1%    | 1,7%  |       | 0,1%       | 2,0% |
| Deutsche Beziehungen zu China           | 190 | 4,5%   | 5,7%  | 3,5%  | 4,9%  | 3,6%    | 4,1%  | 4,1%  | 4,8%       | 2,3% |
| Beziehungen zu USA                      | 53  | 1,1%   | 1,2%  | 0,9%  | 0,9%  | 4,1%    |       | 1,3%  | 2,5%       |      |
| Süd-Süd-Beziehungen                     | 168 | 4,0%   | 4,8%  | 3,7%  | 4,4%  | 4,1%    | 4,5%  | 4,8%  | 1,4%       |      |

Klassische Themen der Außenpolitik wie Abkommen oder Politikerbesuche – sogenannte Protokollnachrichten – kommen bei dem Themenfeld *Deutschland* – *China* eher am Rande als kleinere Meldungen in der Presse oder aber stärker in der Tagesschau vor. Eine Verlagerung von diesen rein abbildenden Berichten hin zu reflektierenden und analysierenden Formaten findet allerdings auch nicht statt, sondern die Abbildung der protokollarischen Außenpolitik wird ersetzt durch die Abbildung der innenpolitischen Debatte über die Außenpolitik (vgl. ausführliche Analyse im Kapitel 3.3.)

Auch im Themenfeld der *Beziehungen zwischen China und der EU* bzw. einzelnen EU-Mitgliedsländern (1,9%) geht es vorrangig um Positionierungsdebatten im Zuge des Tibet-Konflikts und Dalai-Lama-Empfänge. Dabei prägt im Wesentlichen der Zickzackkurs des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy gegenüber China und dem Dalai Lama die Berichterstattung über das gesamte Jahr. Die Medien stellen Sarkozy – zu dieser Zeit EU-Ratspräsident – als hin- und her gerissen zwischen der sehr guten wirtschaftlichen Partnerschaft Frankreichs mit China und den populären Forderungen der französischen Gesellschaft nach einer klaren anti-chinesischen Positionierung in der Tibet- und Menschenrechts-

frage dar.<sup>74</sup> Insgesamt steht der Konflikt Sarkozys in den Medien anstelle einer Berichterstattung über die Beziehungen Chinas zur EU. Die EU hat offensichtlich kaum ein eigenes außenpolitisches Profil zu bieten, mit dem sich die Medien beschäftigen könnten und wollten. So finden auch der Aufenthalt von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in China und die dort angesetzten Verhandlungen im April so gut wie keine Beachtung in den deutschen Medien.<sup>75</sup> Ganz am Rande werden die Empfänge des Dalai Lama durch andere europäische Politiker wie den britischen Premierminister Gordon Brown oder den Polen Lech Walesa erwähnt.<sup>76</sup> Nur der Focus geht in einem Interview mit dem britischen Außenminister David Miliband ausführlicher auf die EU-China-Problematik ein.<sup>77</sup> Insgesamt aber bleibt die Berichterstattung hier beschränkt auf einen kleinen Ausschnitt an EU-Positionen, die festgemacht werden an den besonders konflikthaltigen Beziehungen von Frankreich und China sowie an der Person Sarkozys.

Ähnlich stark von der Positionierungsfrage gegenüber China ist die Berichterstattung zu den *Beziehungen zwischen China und den USA* (1,1%) geprägt. Die ambivalente Haltung der USA gegenüber der Einhaltung der Menschenrechte in China steht auch hier im Vordergrund. So machen die Medien kritisch darauf aufmerksam, dass die USA China aus ihrer Top-Ten-Liste der Menschenrechte verletzenden Staaten gestrichen haben.<sup>78</sup> Zudem wird ähnlich wie bei dem französischen Präsidenten Sarkozy dargestellt, wie schwierig offensichtlich der Spagat zwischen der Wahrung von Wirtschaftsinteressen und der Betonung der Menschenrechtsfrage ist.<sup>79</sup> Darüber hinaus wird von den deutschen Medien noch der diffuse amerikanische Angst-Diskurs vor dem neuen Gegenspieler China transportiert, aber nur selten hinterfragt oder analysiert.<sup>80</sup>

Die Rolle *Chinas in internationalen Organisationen* bleibt abseits von wirtschaftlichen Zusammenhängen und Verbindungen zu «Schurkenstaaten»

- 74 Vgl. «Sarkozy: Zu wenig erklärt», FAZ, 26.04.2008, «Neue Attacke Chinas auf Paris», SZ, 23.04.2008, «Olympische Kakophonie in Paris», taz, 08.04.2008, «China sagt Treffen mit der EU ab», FAZ, 27.11.2008, «Paris: Peking geht zu weit», FAZ, 28.11.2008, «China sagt Gipfel mit EU ab», SZ, 27.11.2008, «Pekinger Nabelschau», SZ, 27.11.2008, «China sagt EU-Gipfel ab», taz, 27.11.2008, «China verschiebt Treffen mit der Europäischen Union», Tagesschau, 26.11.2008.
- 75 «Brückenschlag nach China», SZ, 24.04.2008, «China: Testfall für EU-Rhetorik», taz, 24.04.2008, «Barroso in China», heute in Europa, 25.04.2008.
- 76 «Die anderen über den Besuch des Dalai Lama in Großbritannien», taz, 22.05.2008, «Walesa trifft Dalai», taz, 29.11.2008.
- 77 «Chinas Demokratie ist anders», Focus, 31.03.2008.
- 78 «Rice: China ist nicht wie Burma», FAZ, 14.03.2008, «Falsches Signal aus Washington», SZ, 13.03.2008, «Perfides Spiel mit Menschenrechten», taz, 13.03.2008.
- 79 «Bush fordert mehr Freiheit in China», FAZ, 09.08.2008, «China kritisiert Bushs Empfang für Dissidenten», SZ, 01.08.2008, «Der Chinaversteher», taz, 08.08.2008, «Bush trifft Hu in Peking: Bush traf sich heute mit Chinas Staatspräsident Hu zu politischen Gesprächen», Tagesschau, 10.08.2008.
- 80 Allenfalls in «Dann müssen wir offensiver sein», ZEIT, 17.01.2008, «Mittelweg über Washington», SZ, 22.03.2008.



wie Iran, Nordkorea und Sudan (siehe Süd-Süd-Beziehungen) mit einem Anteil von 0,6% an der Gesamtberichterstattung eher unterbeleuchtet. Dies verwundert umso mehr, da in Artikeln mit schwachem Bezug zu China einerseits oft angemerkt wird, dass China sein Vetorecht im Sicherheitsrat konsequent gebrauche, um die Anerkennung von territorialen Abspaltungen wie dem Kosovo zu verhindern und somit die globale Kontrollfunktion des Gremiums eher unterlaufe. Andererseits wird sehr häufig darauf hingewiesen, dass China aufgrund seiner gewachsenen Bedeutung stärker in weltpolitische Entscheidungen und Gremien wie die G8 einbezogen werden müsse. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit diesen Forderungen oder der Rolle, die China einnehmen sollte und könnte, findet dagegen nur in wenigen Beiträgen statt.<sup>81</sup> Insofern bleibt das häufig verwendete Stereotyp von der wachsenden Wichtigkeit Chinas auf der internationalen politischen Bühne gleichsam unhinterfragt.

**Tabelle 6: Verteilung regionaler Themen im Themenfeld Süd-Süd-Beziehungen**

| <b>Süd-Süd-Beziehungen</b>                                  | <b>168</b> | <b>4,0%</b> |
|-------------------------------------------------------------|------------|-------------|
| Beziehungen zu Japan                                        | 20         | 0,6%        |
| Beziehungen zu Indien                                       | 18         | 0,4%        |
| Beziehungen zu Burma                                        | 5          | 0,1%        |
| Beziehungen zu Nordkorea                                    | 18         | 0,4%        |
| Beziehungen zu Iran                                         | 10         | 0,3%        |
| Beziehungen zu Russland                                     | 18         | 0,3%        |
| Beziehungen zu anderen asiatischen Staaten                  | 12         | 0,3%        |
| Beziehungen zu afrikanischen Staaten                        | 55         | 1,2%        |
| Beziehungen zu lateinamerikanischen und ozeanischen Staaten | 12         | 0,3%        |

Im Vergleich zu anderen Berichterstattungsregionen ungewöhnlich ist der recht hohe Fokus auf die *Süd-Süd-Beziehungen*, also die Beziehungen Chinas zu nichtwestlichen Regionen wie Asien, Afrika und Lateinamerika, die insgesamt 4,0% ausmachen. Schaut man sich aber die konkreten Themen- und Länderbezüge genauer an, so fällt auf, dass sich die Berichterstattung zwischen so klassischen Bezugsländern wie Japan und Indien auf der einen, und einer Vielzahl von sogenannten Schurkenstaaten wie Iran, Burma, Nordkorea, Kuba, Venezuela, Simbabwe, Sudan und Russland auf der anderen Seite aufteilt. Beim letzten Punkt gehen lediglich die Beziehungen zu Nordkorea, Iran und Afrika über reine Meldungen hinaus und erfahren auch eine gewisse Betrachtung in den Wochenzeitungen. Südkorea, Vietnam, andere asiatische Staaten sowie Länder aus Lateinamerika finden nur ganz vereinzelt Erwähnung, und eine Einordnung der außenpolitischen Strategien Chinas in Asien und Lateinamerika kommt gar

<sup>81</sup> Vgl. «Den Kreis der G8 erweitern», FAZ, 10.07.2008, «Gipfel der Ratlosigkeit», SZ, 07.07.2008, «Die nächste Welt», ZEIT, 03.07.2008.

nicht vor. Über den langjährigen strategischen Partner Pakistan wird nur einmal berichtet, als es um den Ausbau von pakistanischen Atomkraftwerken mit chinesischer Hilfe geht.<sup>82</sup>

Insbesondere bei der vertiefenden Analyse der Berichterstattung über die chinesisch-afrikanischen Beziehungen (1,2%, vgl. ausführlich in Kapitel 3.4.) wird deutlich, dass die Medien China deshalb thematisieren, weil sie es als neuen Konkurrenten für die Durchsetzung europäischer Interessen betrachten und dessen Erfolg mit der chinesischen Skrupellosigkeit gegenüber diktatorischen Systemen in Afrika zu erklären versuchen. Dieselbe Sichtweise findet sich über Afrika hinaus auch bei den meisten anderen Ländern wieder. Gerade Beiträge mit schwachem Bezug greifen sehr häufig die Argumentation auf, dass China das Mullah-Regime im Iran (0,3%) genauso wie das Militärregime in Burma (0,1%) stützt und auch Kuba in seiner Krise beisteht. Bei annähernd gleicher Verteilung auf die Unterthemen, aber in quantitativ geringerem Maße spiegelt sich das auch in der dezidierten Berichterstattung zu China wider.<sup>83</sup> Gerade das Stimmverhalten gegen UN-Sanktionen und -Resolutionen vor allem hinsichtlich Sudans und Simbabwe, aber auch hinsichtlich Burmas und Irans wird herausgestellt und kritisiert.<sup>84</sup> Implizit wird damit noch einmal deutlich gemacht, dass China nicht wirklich eine konstruktive Rolle in internationalen Organisationen einnimmt.

Anders aber als bei den afrikanischen Staaten wird mit Bezug zu Nordkorea (0,4%) und auch zum Iran durchaus darauf hingewiesen, wie wichtig China für die Aufnahme bzw. Aufrechterhaltung von Entspannungsverhandlungen mit diesen Ländern ist.<sup>85</sup> Genauso wird anhand dieser beiden Länder gezeigt, dass China nicht uneingeschränkt autoritäre Regime stützt, sondern dezidiert interessenorientiert vorgeht und vor allem die Stabilität in der Region und seine territoriale Integrität im Blick habe.<sup>86</sup> Auch bei der Berichterstattung zu den Russland-China-Beziehungen (0,3%) wird von den Medien deutlich gemacht, dass China mit dem autoritären Russland zwar häufig auf einer Linie liege, aber ein antirussisches Stimmverhalten Chinas bei einer UN-Resolution zum Abchassien-Feldzug zeige, dass es das russische Regime nicht per se unterstütze.<sup>87</sup> In

<sup>82</sup> «Nukleartechnik für Pakistan», FAZ, 20.10.2008, «Nukleare Hilfe für Pakistan», SZ, 20.10.2008, «China hilft Pakistan», taz, 20.10.2008.

<sup>83</sup> Vgl. «Wirkungslos», FAZ, 17.11.2008, «Geschäfte nach dem Sturm», SZ, 11.07.2008, «China investiert in Nordkorea», FAZ, 19.06.2008, «Alles schläft, einsam wacht», Focus, 07.07.2008.

<sup>84</sup> Vgl. ausführlich Kapitel 3.5. zu Sudan/Simbabwe sowie «Peking verzögert Iran-Gespräche», FAZ, 18.10.2008, «Burma, himmelschreiend», FAZ, 17.05.2008.

<sup>85</sup> Vgl. «Rice appelliert an Peking», FAZ, 27.02.2008, «Rice zählt auf China», SZ, 27.02.2008, «China legt Entwurf vor», taz, 10.12.2008, «Unverhoffte Bewegungen», SPIEGEL, 30.06.2008, «Einigung über neue Iran-Resolution», FAZ, 23.01.2008.

<sup>86</sup> Vgl. «Niemand weiß», FAZ, 24.01.2008, «China drosselt Iran-Handel», SZ, 04.02.2008, «Iran orientiert sich gen Osten», SPIEGEL, 24.04.2008.

<sup>87</sup> Vgl. «China und das Übel des Separatismus», FAZ, 29.08.2008, «Distanz zu Moskau», SZ, 30.08.2008, «Abfuhr für Russland», taz, 30.08.2008.



gewissem Maße lässt sich hier durchaus eine ambivalente Sichtweise auf Chinas Außenpolitik feststellen.

Bezüglich der für China bedeutenden Nachbarländer und politökonomischen Konkurrenten und Partner Indien (0,4%) und Japan (0,6%) spielen Berichte die größte Rolle, die sich zwischen Entspannung und traditionellen Auseinandersetzungen bewegen. So wird der Streit um die Grenzziehung zu Japan oder Indien in den deutschen Medien thematisiert, genauso wie der Dauerstreit um die von China als Affront empfundenen Politikerbesuche an dem japanischen Yasukuni-Schrein, in dem auch Kriegsverbrecher geehrt werden.<sup>88</sup> Neben diesen bekannten Konfliktfeldern ist aber die jeweils bessere Zusammenarbeit der überraschendere, durch Treffen der Staatschefs als Ereignis klar erkennbare und damit auch von den tagesaktuellen Medien stärker thematisierte Aspekt. Allerdings werden bei der Berichterstattung über diese Ereignisse eher Floskeln bemüht als fundiertere Analysen geliefert. Für die japanisch-chinesischen Beziehungen wird bspw. von allen Zeitungen mit Blick auf Nixons Annäherungsstrategie aus den 1970ern von «Pingpong-Diplomatie» gesprochen<sup>89</sup>, bei Indien und China wird über «Giganten», «Drachen» und «Elefanten» geschrieben, die sich wahlweise einen «Wettlauf» liefern oder den «Schulterschluss» der Schwellenländer vollziehen.<sup>90</sup>

Die auf den ersten Blick recht umfangreiche und vielseitige Betrachtung der internationalen Beziehungen Chinas hat bei näherem Hinsehen recht starken Meldungscharakter, der sich auf zentrale westliche Länder, in geringem Maße auf die traditionell wichtigen Nachbarn Chinas und ansonsten auf die sogenannten «Schurkenstaaten» bezieht. Im Hinblick auf Deutschland, die USA und die EU orientiert sich die Berichterstattung vorrangig an der Agenda der westlichen Politik(er) und kolportiert deren Themen und Diskurse. Die Berichterstattung über die Süd-Süd-Beziehungen ist wiederum eher von oberflächlichen Meldungen statt tiefer gehenden Analysen geprägt und bezieht sich auf einige wenige, eher für den Westen besonders wichtige Länder, da diese für strategische Weltordnungsüberlegungen relevant sind (Afrika) oder als Bedrohung für den Westen gelten (Iran, Nordkorea).

<sup>88</sup> Vgl. «China und Japan im Meer der Freundschaft», SZ, 19.06.2008, «Taro Aso meidet Yasukuni-Schrein», taz, 18.10.2008, «Von Felsen und Fischen», Focus, 03.11.2008 «Hitzköpfe im Land der Sonne», SZ, 07.02.2008, «Umstrittene Grenzen», SPIEGEL, 02.02.2008.

<sup>89</sup> Vgl. «Pingpong-Diplomatie in Tokio?», FAZ, 07.05.2008, «Hoffnung auf Pingpong und Panda-Diplomatie», SZ, 06.05.2008, «Peking und Tokio spielen Pingpong», taz, 06.05.2008, «China – Japan: China und Japan planen engere Zusammenarbeit», Tagesschau, 07.05.2008.

<sup>90</sup> Vgl. «Wettlauf der Giganten», SZ, 15.01.2008, «Respekt vor dem Elefanten», SZ, 16.01.2008, «Schulterschluss von Tiger und Drache», taz, 15.01.2008.

### 2.4.3 Militär, Rüstung & Verteidigung

Das Sachgebiet Militär, Rüstung & Verteidigung ist bei vielen Ländern der Auslandsberichterstattung ein relativ stark beachtetes Teilgebiet der internationalen Beziehungen gerade wenn es sich um Atommächte handelt, wie z.B. Israel, Iran, Indien, Pakistan oder Russland. Bei China fällt die Betrachtung mit 0,7% aber besonders gering aus. China wird zumindest 2008 von den deutschen Medien kaum als Militärmacht wahrgenommen.

In einigen wenigen, dafür aber recht ausführlichen Artikeln in den Tageszeitungen und im SPIEGEL wird nichtsdestotrotz auf eine zunehmende Aufrüstung hingewiesen, was die Befürchtung aufkommen lässt, dass China nunmehr eine aggressivere Politik betreiben könnte. Offensichtlich basieren alle diese Artikel auf einer Ankündigung des Volkskongresses und einem gleichzeitig erscheinenden Report des Pentagons, der vor Chinas Aufrüstung warnt und dessen Tenor weitgehend übernommen wird.<sup>91</sup> Die kurze Berichterstattung über die scharfe Verurteilung der USA durch China für den Abschuss eines Spionagesatelliten und den Ausbau des Raketenabwehrschildes zeugt ebenfalls davon, dass das Sachgebiet Militär, Rüstung & Verteidigung vor allem aus der Perspektive einer *Konfrontation zwischen USA und China* beschrieben wird.

**Tabelle 7: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Militär, Rüstung & Verteidigung**

|                                                                                    | N  | Gesamt | FAZ  | SZ   | taz  | SPIEGEL | Focus | ZEIT | Tages-schau | TV |
|------------------------------------------------------------------------------------|----|--------|------|------|------|---------|-------|------|-------------|----|
| Militär, Rüstung & Verteidigung                                                    | 31 | 0,7%   | 0,7% | 0,8% | 0,7% | 0,7%    | -     | -    | 1,5%        | -  |
| China rüstet eigene Armee auf, ist großer Absatzmarkt für Waffen v.a. für Russland | 11 | 0,2%   | 0,4% | 0,2% | 0,1% | 0,7%    |       |      |             |    |
| Wettrüsten in der Region mit Indien und Japan                                      | 1  | 0,0%   |      |      | 0,1% |         |       |      |             |    |
| Protest Chinas gegen Abschuss eines Spionagesatelliten durch USA                   | 4  | 0,1%   |      | 0,1% | 0,2% |         |       |      | 1,0%        |    |
| China gegen Waffen im Weltraum                                                     | 3  | 0,1%   | 0,1% | 0,1% | 0,1% |         |       |      |             |    |
| Chinesische Beteiligung am Anti-Piraten-Einsatz vor Somalia                        | 12 | 0,3%   | 0,2% | 0,4% | 0,3% |         |       |      | 0,4%        |    |

<sup>91</sup> Vgl. «17,6 Prozent mehr für Verteidigung», FAZ, 05.03.2008, «Der lange Marsch zu militärischer Macht», FAZ, 26.03.2008, «China baut riesigen U-Boot-Stützpunkt», SZ, 05.03.2008, «Militäretat steigt», taz, 05.03.2008, «Abschreckung ist unser Ziel», SPIEGEL, 17.03.2008, «Großer Knüppel», SPIEGEL, 17.03.2008.

Ausschließlich im Bereich der nur schwach auf China bezogenen Artikel wird China immer wieder erwähnt als einer der Staaten, die das internationale Abkommen gegen Streubomben, die Anti-Minen-Konvention und das Atomversuchsverbot nicht unterzeichnet haben. Einer genaueren Betrachtung wird diese Verweigerungshaltung jedoch nicht unterzogen. Hinweise oder Berichte über die recht hohe Beteiligung Chinas an UN-Blauhelm-Einsätzen fehlen ebenfalls völlig.

Allerdings gibt es etliche fokussierte Beiträge, die die chinesische Beteiligung am *Anti-Piraten-Einsatz* vor Somalia thematisieren. Häufig wird auch dies als bewusste Ausweitung des außenpolitischen Spielraums Chinas verstanden, das damit seine neue Rolle als Großmacht allmählich auszubauen versuche.<sup>92</sup>

Insofern lässt sich beim Bereich Militär, Rüstung & Verteidigung zwar von einem wenig thematisierten Bereich sprechen. Sobald aber kleinere Ereignisse auftreten, werden diese von den Medien zumeist in dem stark durch eine amerikanische Sichtweise vordefinierten Rahmen einer möglichen Bedrohung durch eine zukünftige Großmacht präsentiert. Die Zentralität des Staates China in den internationalen Beziehungen wird hier also mit einem nicht offensichtlichen, aber scheinbar voraussehbaren Konflikt gepaart, um Beiträge nachrichtenwert zu machen.

#### 2.4.4 Soziales & Sozialordnung

Im Sachgebiet Soziales & Sozialordnung sind mehrere gesellschaftlich relevante Themen zusammengefasst wie Sozialsystem, Bevölkerungsentwicklung, Familie, Arbeitsbedingungen sowie Behinderung. Insgesamt machen all diese Themen aber nur 1,8% der Gesamtberichterstattung aus. Von den gerade einmal 67 Beiträgen widmen sich zudem 14 der *Situation von Behinderten* (0,5%) in China, das als ereignisinduziertes Thema durch die Paralympics bestimmt ist. Eine Analyse oder dezidierte Betrachtung der mannigfaltigen sozialen Veränderungsprozesse als Ursachen und Ergebnisse zahlreicher interner Konflikte findet dagegen so gut wie nicht statt. FAZ, taz und SPIEGEL gehen zwar im Oktober auf die neuerlichen Pläne zur *Bodenreform* ein, die von den einzelnen Medien sehr unterschiedlich bewertet wird.<sup>93</sup> FAZ und SZ beschäftigen sich zudem noch in je einem Beitrag mit der *Sozial- und Rentenpolitik*.<sup>94</sup> Nichtsdestotrotz bleibt der innere Wandel der Gesellschaft Chinas unterbeleuchtet. Interessiert sind die deutschen Medien allenfalls noch an einer Beschreibung der *Generation von*

<sup>92</sup> Vgl. «Einsatz vor Somalia: China will den Aktionsradius seiner «Braunwasser-Marine» vergrößern», FAZ, 18.12.2008, «China will mehr Macht auf See», SZ, 30.12.2008, «Maritimes Machtspiel mit Piraten», taz, 27.12.2008, «Piraterie-Einsatz China: Chinesische Marine beteiligt sich am Einsatz gegen Piraten», Tagesschau, 26.12.2008.

<sup>93</sup> Vgl. «Chinas Bauern gehen leer aus», FAZ, 18.10.2008, «Die Landreform trägt bis heute Früchte», taz, 14.10.2008, «Der Geist von Xiaogang», SPIEGEL, 03.11.2008.

<sup>94</sup> «Brot und Spiele», FAZ, 21.08.2008, «Grüße an die Alten», SZ, 29.07.2008.

*Neureichen und Mittelklasslern* (0,1%) und des zunehmenden Auseinanderklaffens des *Lebensstandards der Schichten* und zwischen Stadt und Land (0,2%), was insbesondere den Focus beschäftigt,<sup>95</sup> sowie an dem klassischen Thema der *Ein-Kind-Politik* (0,2%).<sup>96</sup>

**Tabelle 8: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Soziales & Sozialordnung**

|                                            | N  | Gesamt | FAZ  | SZ   | Taz  | SPIE-<br>GEL | Focus | ZEIT | Tages-<br>schau | TV   |
|--------------------------------------------|----|--------|------|------|------|--------------|-------|------|-----------------|------|
| Soziales und Sozialordnung                 | 67 | 1,8%   | 1,3% | 1,2% | 3,0% | 1,1%         | 4,5%  | 1,6% | -               | 3,3% |
| Chinas neue Mittel- und Oberschicht        | 5  | 0,1%   | 0,1% | 0,2% |      |              |       | 1,2% |                 |      |
| Schichten- und Stadt-Land-Gefälle          | 8  | 0,2%   | 0,1% | 0,2% | 0,1% |              | 2,4%  |      |                 |      |
| Renten- und Sozialsystem                   | 3  | 0,1%   | 0,1% | 0,1% |      |              |       |      |                 |      |
| Landreformen, soziale Sicherung der Bauern | 5  | 0,1%   | 0,1% |      | 0,2% | 0,7%         |       |      |                 |      |
| Ein-Kind-Politik                           | 9  | 0,2%   | 0,1% | 0,1% | 0,4% |              |       |      |                 |      |
| Ehe, Scheidungen, Zusammenleben            | 5  | 0,1%   | 0,0% |      | 0,4% |              |       |      |                 |      |
| Situation von Behinderten                  | 14 | 0,5%   | 0,6% | 0,3% | 0,7% |              |       |      |                 | 1,9% |
| Arbeitsbedingungen in chin. Unternehmen    | 18 | 0,5%   |      | 0,2% | 1,1% | 0,4%         | 2,1%  | 0,4% |                 | 1,4% |

Erstaunlicherweise kommt ein Thema, das über Jahre hinweg dauerhaft präsent war, nur noch in geringem Maße in der Berichterstattung vor: Die problematischen *Arbeitsbedingungen* (0,5%). Hier sind es vorrangig Focus, die Fernsehformate und die taz, die sich intensiver mit dem als traurig dargestellten Schicksal von Wanderarbeitern auseinandersetzen.<sup>97</sup> Auch die SZ thematisiert in Einzelbeiträgen die Trost- und Rechtlosigkeit der Arbeiter in China, während die ZEIT in ihrem einzigen Beitrag die Verbesserungen von deren Situation heraushebt.<sup>98</sup>

<sup>95</sup> Vgl. «Beim Konsum sind wir modern», SZ, 29.07.2008, «Wenn Mao das wüsste!», Focus, 02.06.2008, «Goldjunge aus Tianjin», 04.09.2008.

<sup>96</sup> Vgl. «Privates Glück, staatlich geregelt», SZ, 29.07.2008, «Chinas Reiche sollen weniger Kinder kriegen», taz, 08.01.2008.

<sup>97</sup> Vgl. «Die Rechtlosen», taz, 05.12.2008, «Das Los von Wu Ying», SZ, 28.06.2008, «Der Moloch der Gier», Focus, 25.02.2008, «Verschleppt und versklavt: Das Schicksal von Zwangsarbeitern in China», auslandsjournal, 23.04.2008.

<sup>98</sup> «Rettet die Globalisierung!», ZEIT, 03.07.2008, vgl. aber auch «Markenklau lohnt nicht mehr», taz, 18.04.2008.

Insgesamt bietet das Thema Soziales für die deutschen Medien offensichtlich kaum nachrichtliche Ansatzpunkte zur Berichterstattung, obwohl sich gerade in diesem langfristig besonders wichtigen und dynamischen Themenfeld Analysen und längere Beiträge lohnen würden, um ein besseres Verständnis für die internen Dimensionen der chinesischen Politik zu bekommen. Allerdings ist der Bereich Soziales ein Sachgebiet, das nicht nur in der Auslandsberichterstattung eine geringe Rolle spielt. Auswertungen von Daten durch News-Watch-Organisationen in Deutschland, den USA und Kanada ergaben, dass auch dort Aspekte wie Arbeitswelt und soziale Ungleichheiten zu den «größten blinden Flecken der Medienwirklichkeit» gehören.<sup>99</sup> So scheinen sich im Bereich Soziales häufig kritisierte Muster der Inlandsberichterstattung auch hinsichtlich Chinas zu reproduzieren.

#### 2.4.5 Wirtschaft & Finanzen

Demgegenüber wird mit durchschnittlich 14,8% sehr stark auf das Sachgebiet Wirtschaft & Finanzen rekurriert. Hier wird deutlich, dass China von den Medien vor allem aus einer wirtschaftlichen Perspektive betrachtet wird, womit sie in weiten Teilen der Agenda deutscher Politik und Ökonomie folgen. Lediglich für die taz mit 7,2% und die Tagesschau mit 1,5% spielt das Sachgebiet Wirtschaft eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Chinas Zentralität als Wirtschaftsmacht ist der ausschlaggebende Faktor für die starke Beachtung und Dauerhaftigkeit der Berichterstattung. Allerdings wird nur in geringem Maße auf die internen Dimensionen der Ökonomie eingegangen. Die Berichterstattung über *binnenwirtschaftliche Entwicklungen* spielt mit 0,3% kaum eine Rolle. In der FAZ und in der SZ finden sich einige wenige Artikel, die sich Entwicklungen in chinesischen Unternehmen anschauen;<sup>100</sup> die ZEIT analysiert einmal im Zuge der Finanzkrise ausführlicher die Binnenwirtschaft<sup>101</sup>.

Stärker wird immerhin auf die *Währungspolitik und den Aktienmarkt* (1,6%) in China eingegangen. Die Problematik der bewussten Unterbewertung des chinesischen Yuan durch seine Kopplung an den Dollar und eine damit einhergehende Inflation wird insbesondere von der FAZ und auch der SZ über das ganze Jahr hinweg beschrieben.<sup>102</sup> Hinsichtlich der internen Wirtschaftsentwicklungen stehen noch Börsen- und Aktienentwicklungen im Blickpunkt einiger Medien, wobei sich hier mehrere Beiträge mit dem Boom des Aktienhandels durch chine-

<sup>99</sup> Simshäuser 2009: 21.

<sup>100</sup> «Harte Arbeit statt Feierstimmung», FAZ, 12.08.2008, «Herr Ho und seine Regenschirme», SZ, 05.01.2008.

<sup>101</sup> «Hoffnung aus dem Hinterland», ZEIT, 30.10.2008.

<sup>102</sup> Vgl. «Chinesischer Yuan wertet kräftig auf», FAZ, 29.02.2008 «Wechselkurs alarmiert», SZ, 15.07.2008, vgl. aber auch «Inflation in China – das große Geheimnis», taz, 05.01.2008, «Rote Planer lenken ein», SPIEGEL, 07.01.2008.

sische Privatpersonen beschäftigen.<sup>103</sup> Ansonsten geht es um Kursverluste oder Börsengänge von chinesischen Unternehmen, die teilweise gekoppelt sind mit impliziten Empfehlungen für deutsche Anleger («Jetzt billig kaufen», «Aufpassen bei China-Wetten», «Anleger fürchten Schäden in Asien»<sup>104</sup>). Von einer wirklich ausführlichen Betrachtung der Wirtschaftsmacht China mit ihren internen Entwicklungen kann also trotz der quantitativen Menge der Berichterstattung zum Sachgebiet Wirtschaft keine Rede sein.

**Tabelle 9: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Wirtschaft & Finanzen**

|                                                   | N   | Gesamt | FAZ   | SZ    | taz  | SPIEGEL | Focus | ZEIT  | Tages-schau | TV    |
|---------------------------------------------------|-----|--------|-------|-------|------|---------|-------|-------|-------------|-------|
| Wirtschaft                                        | 618 | 14,8%  | 18,8% | 17,8% | 7,2% | 17,3%   | 14,1% | 19,0% | 1,5%        | 10,8% |
| Währung, Aktien, Börse                            | 83  | 1,6%   | 2,6%  | 2,2%  | 0,5% | 0,4%    | 0,5%  | 0,7%  |             |       |
| Binnenwirtschaft                                  | 16  | 0,3%   | 0,6%  | 0,4%  |      |         |       | 0,7%  |             |       |
| Chinas Rolle in der globalen Wirtschaft allgemein | 72  | 1,9%   | 2,3%  | 1,6%  | 1,8% | 4,0%    | 2,9%  | 3,1%  |             |       |
| Finanzkrise                                       | 157 | 3,8%   | 5,3%  | 4,4%  | 1,4% | 1,8%    | 2,6%  | 7,6%  | 1,5%        | 2,3%  |
| China als Absatz- und Wachstumsmarkt              | 84  | 2,2%   | 3,3%  | 2,3%  | 1,6% | 2,4%    | 4,3%  |       |             | 0,8%  |
| China als Produktionsstandort                     | 73  | 1,7%   | 1,2%  | 3,0%  | 0,5% | 3,8%    |       | 2,0%  |             | 2,1%  |
| China als Investor                                | 68  | 1,6%   | 1,6%  | 2,2%  | 0,9% | 1,8%    |       | 2,8%  |             | 0,8%  |
| China im globalen Arbeitsmarkt                    | 29  | 0,8%   | 0,9%  | 1,0%  | 0,5% | 0,4%    | 2,1%  | 1,9%  |             |       |
| Wirtschaftskriminalität                           | 36  | 0,9%   | 1,0%  | 0,7%  | 0,1% | 2,6%    | 1,7%  | 0,1%  |             | 4,7%  |

Stattdessen wird mit insgesamt 12,9% auf eine Berichterstattung gesetzt, die Chinas Wirtschaft in Bezug setzt zu deutschen und westlichen Interessen. Die Bedeutung dieses Bereichs wird unterstrichen durch die Masse der Beiträge mit schwachem Bezug zu China. 38,5% aller Beiträge, die China lediglich als Beispiel oder Allegorie nutzen, beziehen sich auf das Themenfeld China in der Globalwirtschaft. Daran lässt sich ablesen, dass die in diesen Beiträgen aufgeworfenen argumentativen Einordnungen bereits diskursives Allgemeingut geworden sind und häufig als stereotype Diskursfragmente erhalten, die sich dann auch in der eigentlichen Berichterstattung zu China wiederfinden. So manifestiert sich

<sup>103</sup> Vgl. «Die Spekulation des Herrn Yang», FAZ, 07.08.2008, «Ersatzdroge Aktie», SZ, 04.01.2008.

<sup>104</sup> In: Focus, 07.04.2008, SZ, 21.08.2008, FAZ, 19.09.2008.

eine ganze Bandbreite an Stereotypen, die sich ebenso aus stiller oder offenkundiger Bewunderung speisen wie aus Angst und Konkurrenzdenken. China wird zunächst hauptsächlich als wichtiger *Absatzmarkt* herausgestellt und in diesem Zusammenhang immer wieder das enorme Wachstumspotential des chinesischen Marktes thematisiert (2,2%). Auch die Verortung Chinas im globalen *Arbeitsmarkt* (0,8%) erfolgt vorrangig unkritisch über nette Porträts einzelner Spitzenmanager wie den neuen Weltbank-Ökonomen Justin Lin Yifu, den Adidas-Manager Li Ning oder aber deutsche Manager in China. Ganze zwei Beiträge beschäftigen sich mit den gegensätzlichen Problemen des Fachkräfteüberschusses in China bzw. deren ungenügender Ausbildung.<sup>105</sup>

Die Diskussionen um China als *Produktionsstandort* (1,7%), um *chinesische Investitionen* im Ausland (1,6%) und die allgemeine *Debatte um Chinas Rolle in der Globalwirtschaft* (1,9%) gestalten sich ambivalenter und changieren zwischen Angst und Abwehr gegenüber China oder Bewunderung von dessen Leistung. Die *Finanzkrise* (3,8%) katalysiert diese Debatten noch einmal und bereitet sie in einem neuen Zusammenhang auf, der nun viel stärker von einer Hoffnung auf die Wirtschaftskraft Chinas als möglicher Retter für die Weltwirtschaft getragen wird. Besonders ZEIT, FAZ und SZ widmen sich überdurchschnittlich stark der Rolle Chinas in der Finanzkrise. Durch dieses Ereignis werden erstmals auch einige Verknüpfungen zwischen internen Dimensionen wie der Währungspolitik und ihren Implikationen für die globale Ökonomie hergestellt (vgl. ausführlich Kapitel 3.6.).

Insgesamt zeigt sich aber, dass bei der starken Berichterstattung im Sachgebiet Wirtschaft die Aktualität oder Ereignisinduzierung nicht so eine große Rolle spielen, wie es auch von journalistischer Seite gern geltend gemacht wird, um Thematisierungsentscheidungen zu rechtfertigen (vgl. Kapitel 4). Zwar führen auch hier konkrete Ereignisse wie die Finanzkrise, die WTO-Runde oder das Übernahmeangebot für die Dresdner Bank zu einer Verstärkung der Berichterstattung. Nichtsdestotrotz prägt offensichtlich vor allem das bestehende Bild von der Zentralität der aufsteigenden Wirtschaftsmacht China mit all seinen Facetten die Thematisierungsentscheidungen der Medien. Dies führt dazu, dass etliche Beiträge in die Medien gelangen, deren intersubjektiv nachvollziehbare Relevanz hinsichtlich Nachrichtenfaktoren nicht unbedingt gegeben ist. und andere wichtige Themenfelder aus dem Schnittbereich zwischen Wirtschaft und Sozialem vernachlässigt werden, obwohl sie nicht weniger Nachrichtenfaktoren aufweisen als bspw. ein ausführlicher Artikel über die Expansion des Unternehmens Knorr-Bremse in China.<sup>106</sup>

<sup>105</sup> «Nicht mehr als ein Jodeldiplom», FAZ, 03.05.2008, «Arbeit nur bei Gehaltsverzicht», SZ, 23.12.2008.

<sup>106</sup> «Knorr-Bremse folgt den Güterströmen», SZ, 02.04.2008.



## 2.4.6 Kriminalität

Der Bereich Kriminalität wird mit 0,4% nur ganz vereinzelt thematisiert. Lediglich in den Informationsformaten des Fernsehens wird das Themenfeld mit 2,5% stärker herausgestellt.

**Tabelle 10: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Kriminalität**

|                              | N  | Gesamt | FAZ  | SZ   | taz  | SPIE-<br>GEL | Focus | ZEIT | Tages-<br>schau | TV   |
|------------------------------|----|--------|------|------|------|--------------|-------|------|-----------------|------|
| Kriminalität                 | 19 | 0,4%   | 0,4% | 0,4% | 0,1% | -            | 0,5%  | -    | 0,7%            | 2,5% |
| Organisierte<br>Kriminalität | 13 | 0,3%   | 0,2% | 0,3% |      |              | 0,5%  |      | 0,7%            | 2,5% |
| Individuelle<br>Straftaten   | 6  | 0,1%   | 0,3% | 0,1% | 0,1% |              |       |      |                 |      |

Dort kommen dann auch die für andere Regionen wie Lateinamerika, Afrika und Osteuropa typischen Themen *organisierte Kriminalität* und Menschenhandel vor.<sup>107</sup> In den übrigen Medien werden in diesem Themenfeld lediglich der Schwarzmarkthandel und ein möglicherweise terroristisch motivierter Anschlag auf einen Bus thematisiert.

Allenfalls das Themenfeld *Wirtschaftskriminalität* (0,9%, erfasst im Sachgebiet Wirtschaft) ist im Zusammenhang mit Kriminalität in China seit längerem eingeführt. Insbesondere die investigativen Informationsformate des Fernsehens wie Frontal21<sup>108</sup> messen diesem Aspekt mit 4,7% ihrer Gesamtberichterstattung eine deutlich höhere Bedeutung bei als alle anderen Medien. Das Thema gefälschter Markenprodukte und deren illegale Einführung nach Deutschland steht dabei im Vordergrund, aber auch die Wirtschaftsspionage spielt eine Rolle. Berichte dazu, die auch ohne aktuellen Aufhänger auskommen, sind entsprechend dauerhaft in den Medien präsent.

Darüber hinaus kommt bei der Thematisierung des «Billigproduzenten» China im Wirtschaftsbereich der Diskurs einer in Teilen kriminellen, weil vorsätzlichen Herstellung von minderwertigen und gefährlichen Produkten zum Tragen, genauso wie wenn es um Fragen von Gesundheit geht. Giftstoffe im

<sup>107</sup> Vgl. «Frau zu kaufen», Weltspiegel, 06.04.2008, «Verschleppt und verkauft – Frauenraub in China», Dokumentation ARD, 29.06.2008, «Reiche Kranke, arme Spender – Organhandel geht weiter», Frontal21, 02.12.2008.

<sup>108</sup> Vgl. bspw. «Klauen und Kopieren – Massenhafte Markenfälschung», Frontal21, 05.02.2008; «Milliardenschäden durch Industriespione – Verfassungsschutz: Chinesen spionieren im Staatsauftrag», Frontal21, 16.09.2008, vgl. aber auch bspw. «Produktpiraterie – EU-Kommission berichtet über illegale Fälschungen», heute in Europa, 19.05.2008, «Produktpiraten», Länderspiegel, 05.04.2008, vgl. aber auch «Wenn der Laptop auf dem Koffer liegt», FAZ, 10.09.2008, «Staatlicher Ideenklau», SZ, 11.06.2008, «Schwachstelle Mensch», Focus, 29.12.2008.



Spielzeug sind dabei ein immer wiederkehrendes Thema<sup>109</sup>, ebenso wie Aspekte der Produktsicherheit<sup>110</sup>. Hinzu kommen punktuelle Ereignisse wie der Skandal um durch Melamin verseuchte Babymilch, bei denen neben der tagesaktuellen Berichterstattung auch die kriminellen Hintergründe des Skandals thematisiert werden.

Insofern hat das eigentliche Sachgebiet Kriminalität zwar einen geringen Stellenwert in der Berichterstattung, nichtsdestotrotz werden aber eher indirekte Aspekte von Kriminalität in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt & Gesundheit dauerhaft thematisiert, da sich mit ihnen an bereits eingeführte Diskursstränge anknüpfen lässt und durch die potentielle eigene Betroffenheit eine höhere Relevanz für deutsche Kommunikatoren und Rezipienten erreicht wird.

#### 2.4.7 Umwelt & Gesundheit

Das Sachgebiet Umwelt & Gesundheit macht 7,5% der Gesamtberichterstattung aus und erfährt damit eine vergleichsweise starke Gewichtung in der Auslandsberichterstattung. Das liegt zum einen an der Relevanz, die chinesische Produkte für deutsche Verbraucher haben und bei denen die eventuelle Gesundheitsgefährdung thematisiert wird. Das Themenfeld *Lebensmittelskandale/Giftstoffe* nimmt mit 2,4% entsprechend breiten Raum ein. Während aber vor allem die Informationsformate des Fernsehens und in Teilen auch die Tageszeitungen eher wiederkehrende Themen wie Giftstoffe in Spielzeugen in den Blick nehmen, widmen sich die Wochenmedien und die Tagesschau ausschließlich dem Thema Melamin-Skandal.

Der Skandal von mit Melamin verseuchtem Milchpulver zeichnet sich durch eine klare Struktur mit eindeutig identifizierbaren Opfern und Tätern aus, durch die sich ein klarer Bezug zu problematischen Feldern der chinesischen Innenpolitik herstellen lässt. Korruption und Vetternwirtschaft zwischen skrupellosen Unternehmen und Kontrollgremien der lokalen Behörden sind ein wesentliches Unterthema bei der Ursachenforschung der Medien.<sup>111</sup> Zudem ist das Ausmaß des Schadens in kurzer Zeit stark gestiegen, so dass die Aufmerksamkeitsschwelle der Medien schnell überwunden wird. Kinder als Opfer geben der Berichterstattung einen zusätzlichen emotionalen Impuls. Hier kommt es also zu einer

<sup>109</sup> Vgl. bspw. «Mühsame Suche nach verseuchtem Puppenhaar», SZ, 09.02.2008, «Mehr gefährliche Produkte in der EU», taz, 18.04.2008, «Giftig: Spielzeug in der EU», heute in Europa, 16.04.2008.

<sup>110</sup> Vgl. bspw. «Hautausschlag durch chinesische Sessel», SZ, 18.09.2008, «Giftige Werbeartikel», taz, 20.03.2008, «Gefährliche Billigprodukte aus China», FAKT, 03.11.2008, «Fehlende Sicherheit – Produkte aus China fallen durch europäische Qualitätsprüfungen», heute in Europa, 18.11.2008.

<sup>111</sup> Vgl. «Die Profiteure gehen über Kinderleichen», FAZ, 18.09.2008, «Milchpulver, Gier und Korruption», taz, 18.09.2008, «Milchpulverskandal China: Misere um verseuchte Babynahrung weitet sich aus», Tagesschau, 17.09.2008.

Ballung von Nachrichtenfaktoren, die sich in der starken Thematisierung des Feldes in den Medien niederschlägt.

**Tabelle 11: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Umwelt & Gesundheit**

|                                           | N   | Gesamt | FAZ  | SZ   | taz  | SPIE-<br>GEL | Focus | ZEIT | Tages-<br>schau | TV    |
|-------------------------------------------|-----|--------|------|------|------|--------------|-------|------|-----------------|-------|
| Umwelt & Gesundheit                       | 326 | 7,5%   | 6,2% | 7,7% | 7,4% | 13,9%        | 11,2% | 5,9% | 4,0%            | 10,8% |
| Lebensmittel-<br>skandale,<br>Giftstoffe  | 118 | 2,4%   | 1,8% | 2,8% | 2,7% | 2,0%         | 1,0%  | 0,6% | 2,8%            | 4,1%  |
| Energie- und<br>Klimapolitik              | 47  | 1,3%   | 0,6% | 1,0% | 2,3% | 2,4%         | 4,1%  | 1,2% |                 | 0,8%  |
| Atomkraft                                 | 5   | 0,1%   | 0,1% |      | 0,1% | 0,9%         |       |      |                 |       |
| Umwelt-<br>verschmutzung,<br>Umweltschutz | 34  | 0,8%   | 0,6% | 1,1% | 0,7% | 1,1%         | 1,2%  |      | 1,2%            |       |
| Rohstoffpolitik                           | 60  | 1,3%   | 2,3% | 1,2% | 0,5% | 3,4%         |       | 1,6% |                 |       |
| Ernährung und<br>Ernährungs-<br>sicherung | 15  | 0,5%   | 0,4% | 0,5% | 0,2% | 2,7%         |       | 1,5% |                 | 1,1%  |
| Umgang mit<br>Flora und Fauna             | 27  | 0,7%   | 0,2% | 0,6% | 0,7% | 1,4%         | 5,0%  |      |                 | 3,2%  |
| Drogen und<br>Rauchen                     | 5   | 0,1%   | 0,1% | 0,0% |      |              |       |      |                 | 0,8%  |
| Krankheiten und<br>Medizin                | 15  | 0,3%   | 0,2% | 0,5% | 0,2% |              |       | 1,0% |                 | 0,8%  |

Ein weiteres stärker beachtetes Themenfeld ist die *Energie- und Klimapolitik* mit 1,3%, in dem vor allem Chinas Rolle als großer CO<sub>2</sub>-Produzent thematisiert wird. Es ist hier die globale Bedeutung Chinas für das Klima – also der Nachrichtenfaktor Zentralität, der dieses Themenfeld gerade in Focus, SPIEGEL und taz recht stark in den Blickpunkt rücken lässt. Konkrete, eher lokal bedeutende Aspekte des *Umweltschutzes und der Umweltverschmutzung* werden mit 0,8% zwar auch häufiger thematisiert, rühren aber vorrangig aus einer punktuell auf die Olympischen Spiele und die Luftverhältnisse in Peking abstellenden Bericht-erstattung (vgl. Kapitel 3.5.).

Zwei andere Themenfelder – *Rohstoffpolitik* mit 1,3% und *Ernährungssiche- rung* mit 0,5% – reflektieren aber wiederum die ereignisunabhängigere Zentra- lität, die China von den Medien beigemessen wird für zukünftige weltweite Verteilungsmechanismen und -kämpfe. Schon 1995 hatte ein viel beachtetes Buch davor gewarnt, dass «in einer integrierten Weltwirtschaft Chinas steigende

Lebensmittelpreise die steigenden Lebensmittelpreise der Welt werden»<sup>112</sup>, und brachte den Diskurs von der weltweiten Relevanz der Versorgung Chinas auf. Enorm steigende Lebensmittel- und Benzinpreise 2008 katalysierten die Beachtung dieser Themen. Auf der Suche nach Ursachen wird der chinesische Rohstoff-, Energie- oder Lebensmittel»hunger« zur griffigen Metapher für eine als konfliktrträchtig dargestellte Beziehung zwischen Industrie- und Schwellenländern. Insbesondere der SPIEGEL widmet sich beiden Themenfeldern überdurchschnittlich stark und stellt die Problematik der Verteilungskämpfe heraus.<sup>113</sup> Auch FAZ, SZ und ZEIT bedienen diesen Diskurs.<sup>114</sup> Auf der anderen Seite wird von den Medien auch das geleistet, was Schulz den »Versuch« nennt, »wenigstens in einem begrenzten Ausschnitt etwas von der prinzipiellen Vieldeutigkeit und Komplexität realen Geschehens aufscheinen zu lassen«<sup>115</sup> und die Eindimensionalität der strukturellen Argumentation zu durchbrechen. So wird vereinzelt aufgezeigt, dass nicht unbedingt der »Hunger« der Schwellenländer – oder zumindest nicht dieser allein – für das rapide Ansteigen der Preise verantwortlich ist, sondern Spekulationen an den Börsen.<sup>116</sup> Nichtsdesto-trotz hat sich das Bild vom »Hunger« Chinas stark in den Mediendiskursen verfestigt.

Darüber hinaus ist insbesondere für den Focus und die Fernsehformate das Themenfeld *Umgang mit Flora und Fauna* relevant, wobei es in den Printmedien vor allem um den obligatorischen Pandabären und den teils fragwürdigen Umgang mit ihm und anderen Tieren geht<sup>117</sup>, während die Fernsehformate eher in schönen Bildern die Exotik der Tierwelt Chinas herausstellen<sup>118</sup>. Auch der Aufkauf von riesigen Mengen afrikanischen Elfenbeins durch China erregt die Aufmerksamkeit insbesondere von taz und SPIEGEL, die dieses Vorgehen konsequent negativ beurteilen.<sup>119</sup> Im *medizinischen Bereich* interessieren sich die Medien noch am ehesten für Vor- und Nachteile auch in Deutschland bekannter chinesischer Heilmethoden wie Akupunktur.<sup>120</sup>

<sup>112</sup> Möller 2005: 145 zit. Brown, Lester R. (1995): Who Will Feed China? Wake-up Call for a Small Planet. Washington DC: Worldwatch Institute.

<sup>113</sup> Vgl. »Der hungrige Planet«, SPIEGEL, 21.01.2008, »Kultur des Todes«, SPIEGEL, 28.04.2008, »Unter Obhut der Partei«, SPIEGEL, 18.02.2008..

<sup>114</sup> Vgl. »Hunger auf Rohstoffe«, FAZ, 20.05.2008, »Jagd auf die knappen Schätze«, SZ, 21.01.2008, »Gefahr aus China«, ZEIT, 21.02.2008.

<sup>115</sup> Schulz 1976: 115.

<sup>116</sup> Vgl. z.B. »Wut im Bauch«, ZEIT, 17.04.2008.

<sup>117</sup> Vgl. »Der Panda: Chinas Goldbär«, Focus, 28.07.2008, »Psychokur für Pandas«, SZ, 28.05.2008, »Chinesische Tiger in Südafrika«, taz, 11.04.2008.

<sup>118</sup> Vgl. »Wildes China I – Von der Seidenstraße ins Reich der Tiger«, Dokumentation ARD, 11.05.2008, »Wildes China II – Vom Dschungel auf das Dach der Welt«, Dokumentation ARD, 12.05.2008, »Das Wunder von Jiuzhaigou«, auslandsjournal, 16.01.2008.

<sup>119</sup> Vgl. »Elfenbein wird wieder gesellschaftsfähig« SPIEGEL, 27.10.2008, »Elfenbein: China darf importieren«, taz, 16.07.2008.

<sup>120</sup> Vgl. »Wie Nadelstiche helfen können«, FAZ, 15.11.2008, »Hauen ums Stechen«, ZEIT, 11.12.2008, »Schätze chinesischer Heilkunst«, auslandsjournal, 28.05.2008.

Insgesamt werden im Bereich Umwelt & Gesundheit also einerseits ereignisinduzierte Themen behandelt, die durch eine starke Identifikation mit den betroffenen Personen sowie eine einfach zu verstehende Struktur gekennzeichnet sind. Daneben gibt es global bedeutende Themen wie die Klima-, Rohstoff- und Ernährungspolitik, bei denen China aufgrund seiner weltpolitischen Zentralität thematisiert wird. Die Anknüpfung an diese Themen erfolgt hier zumeist über die Darstellung einer konfliktträchtigen Haltung Chinas zu diesen Problemen.

## 2.4.8 Unglücke & Katastrophen

Der Bereich Unglücke & Katastrophen ist ein rein durch punktuelle Ereignisse bestimmtes Sachgebiet.

**Tabelle 12: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Unglücke & Katastrophen**

|                                    | N   | Gesamt | FAZ  | SZ   | taz  | SPIEGEL | Focus | ZEIT | Tages-schau | TV   |
|------------------------------------|-----|--------|------|------|------|---------|-------|------|-------------|------|
| Unglücke & Katastrophen            | 217 | 5,3%   | 4,8% | 5,7% | 4,6% | 3,8%    | 2,9%  | 2,6% | 20,4%       | 1,6% |
| Schneestürme                       | 26  | 0,6%   | 0,7% | 0,6% | 0,8% |         |       |      | 2,1%        |      |
| Erdbeben                           | 162 | 4,3%   | 3,9% | 4,4% | 3,5% | 3,6%    | 2,9%  | 2,6% | 17,2%       | 1,6% |
| Unwetter, andere Naturkatastrophen | 15  | 0,2%   | 0,1% | 0,4% | 0,2% |         |       |      | 0,4%        |      |
| Unglücke                           | 9   | 0,1%   | 0,0% | 0,2% | 0,1% |         |       |      | 0,6%        |      |
| Tod von Persönlichkeiten           | 5   | 0,1%   | 0,1% | 0,1% | 0,0% | 0,3%    |       |      |             |      |

Für die Thematisierung solcher Ereignisse aus dem Ausland ist vor allem der Faktor Schaden bestimmend. Auch für die starke Beachtung des Erdbebens in Sichuan im Mai 2008 sind das verheerende Ausmaß und die mit rund 90.000 Toten sehr hohen Opferzahlen ausschlaggebend. Die deutschen Printmedien widmen der Berichterstattung zum *Erdbeben* (4,3%) durchschnittlich fast genauso viel Platz wie den deutsch-chinesischen Beziehungen über das ganze Jahr. Besonders aber in der Tagesschau nimmt das Erdbeben mit 17,2% einen sehr großen Raum ein, alle Katastrophenmeldungen zusammen machen dort über ein Fünftel der Gesamtberichterstattung zu China 2008 aus. Dafür spielt vor allem auch die gute Zugänglichkeit zu Bildern eine Rolle, die bei früheren Katastrophen in China gar nicht oder deutlich weniger gut gewährleistet war.

Allerdings ist über die bestimmenden Faktoren Schaden und Intensität hinaus auch festzustellen, dass die Anknüpfbarkeit an die kurz vorher stattgefundene Katastrophe des Zyklons in Burma die Berichterstattung katalysiert. Die

öffentliche Empörung über den Umgang der burmesischen Junta mit den Opfern und die Zurückweisung von Hilfsangeboten der Weltgemeinschaft befindet sich gerade auf dem Höhepunkt, als das Erdbeben in China geschieht. Die chinesische Führung unterläuft in dieser Situation durch ihr relativ offenes Krisenmanagement die kollektive öffentliche Erwartungshaltung nach Leugnung und Vertuschung. Insgesamt prägt angesichts der Erfahrungen mit Burma und Tibet also die Überraschung über die Solidarität und Offenheit der Führung mit der Bevölkerung die Hauptberichterstattung zum Erdbeben und erzeugt neben der Beschreibung des individuellen Leids einen vorsichtig positiven Tenor gegenüber der Lernfähigkeit und Effizienz der politisch Verantwortlichen.<sup>121</sup> Nur die SZ zeigt sich skeptisch und bedient diesen Tenor kaum. Sie weist durch ihren China-Korrespondenten von Beginn an auf unzureichende Rettungsmaßnahmen und inadäquate Bauweise der später sogenannten «Tofu-Schulen» hin.<sup>122</sup> Aber eine sich durch alle Medien ziehende durchgängig skeptischere Beurteilung der Maßnahmen der chinesischen Führung beginnt erst gegen Ende des Jahres 2008 und findet ihren Höhepunkt zum Jahrestag des Erdbebens 2009.<sup>123</sup> Auch bei der Berichterstattung über das Chaos, das durch die *Schneestürme* zum Neujahrsfest Ende Januar verursacht wird (0,6%), befassen sich vergleichsweise mehr Beiträge mit dem Versagen der Behörden als beim Erdbeben.

#### 2.4.9 Kultur & Gesellschaft

Das Sachgebiet Kultur & Gesellschaft, das sowohl Themen der klassischen Hochkultur als auch Alltagskultur beinhaltet, ist in der China-Berichterstattung der deutschen Medien mit 9,2% im Jahr 2008 recht stark ausgeprägt. Am stärksten widmen sich die Informationsformate des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (23,9%) mit zahlreichen langen Dokumentationen diesem Bereich, aber auch die ZEIT und die SZ berichten überdurchschnittlich stark. Ein Interesse an einem spezifisch kulturellen China ist also abgekoppelt vom Fokus auf das politökonomische System in den deutschen Medien vorhanden.

<sup>121</sup> Vgl. «Es gibt kein falsches Beben im richtigen», FAZ, 21.05.2008, «Erdbeben und Öffentlichkeit», taz, 14.05.2008, «Woge der Solidarität», SPIEGEL, 26.05.2008, «Zeit der Trauer», Focus, 19.05.2008, «Wenn die Macht bebt», ZEIT, 15.05.2008.

<sup>122</sup> Vgl. «Solange die Wut sie wachhält», SZ, 14.05.2008, «Zwischen Lebenden und Toten», SZ, 16.05.2008, «Überlebenskampf unter den Trümmern», 17.05.2008, «Tod in der Tofu-Schule», SZ, 21.06.2008, vgl. aber auch «Die Trauer schlägt um in Zorn», taz, 04.06.2008.

<sup>123</sup> «Die vergessenen Opfer von Beichuan», FAZ, 15.12.2008.

**Tabelle 13: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Kultur & Gesellschaft**

|                               | N   | Gesamt | FAZ  | SZ    | taz  | SPIE-<br>GEL | Focus | ZEIT  | Tages-<br>schau | TV    |
|-------------------------------|-----|--------|------|-------|------|--------------|-------|-------|-----------------|-------|
| Kultur & Gesellschaft         | 342 | 9,2%   | 7,7% | 10,4% | 7,7% | 6,3%         | 6,2%  | 13,3% | 0,3%            | 23,9% |
| Kulturgüter, kulturelles Erbe | 56  | 1,6%   | 1,1% | 1,7%  | 0,3% |              |       | 3,1%  |                 | 10,6% |
| Literatur                     | 12  | 0,3%   | 0,6% | 0,3%  |      | 0,4%         |       |       |                 | 0,7%  |
| Musik                         | 10  | 0,2%   | 0,1% | 0,3%  | 0,3% |              |       | 1,0%  |                 |       |
| Theater                       | 2   | 0,1%   | 0,1% | 0,1%  |      |              |       |       |                 |       |
| Kunst und Architektur         | 72  | 2,0%   | 1,7% | 2,1%  | 1,6% | 3,8%         | 2,4%  | 3,1%  | 0,3%            | 2,6%  |
| Film                          | 17  | 0,5%   | 0,5% | 0,3%  | 0,9% | 0,9%         |       | 0,9%  |                 |       |
| Medien                        | 4   | 0,1%   |      | 0,2%  | 0,1% |              |       | 0,1%  |                 |       |
| Alltagskultur                 | 103 | 2,9%   | 2,1% | 3,1%  | 3,3% | 0,9%         | 3,3%  | 3,8%  |                 | 7,9%  |
| Prominenz und Klatsch         | 28  | 0,6%   | 0,6% | 1,2%  |      | 0,3%         | 0,5%  |       |                 |       |
| Reisen und Tourismus          | 38  | 1,0%   | 0,8% | 1,2%  | 1,2% |              |       | 1,3%  |                 | 2,2%  |

Schaut man sich die entlang einer klassischen Einteilung vorgenommenen Bereiche der Hochkultur an, so spielen jedoch *Musik* (0,2%)<sup>124</sup> und *Theater* (0,1%)<sup>125</sup> so gut wie gar keine Rolle, da auch in der öffentlichen Wahrnehmung der Deutschen diese Bereiche kaum mit China verbunden werden. Selbst das Themenfeld *Literatur* (0,3%) findet 2008 wenig Beachtung, was sich mit der Berichterstattung zum Gastland China der Frankfurter Buchmesse 2009 ändern sollte, obwohl da häufig die Debatte zum politischen Umgang mit China die kulturellen Aspekte überlagerte. Innerhalb dieses Feldes geht es auch nur in drei Artikeln der FAZ und einem der SZ um (exil)chinesische Autoren<sup>126</sup>, ansonsten um das China-Bild des schwedischen Schriftstellers Henning Mankell. Der chinesische *Film* (0,5%) ist dagegen durch verschiedene Genres auch in Europa bekannt und wird entsprechend von den Medien in der Berichterstattung stärker und nicht nur an Ereignissen orientiert wahrgenommen.<sup>127</sup> Im Mittelpunkt der Hochkultur-Berichterstattung stehen jedoch *Kunst und Architektur* (2,0%) in China. Der Hype um zeitgenössische chinesische Malerei und bildende Kunst

<sup>124</sup> Vgl. «Eine andere Art zu denken», SZ, 21.08.2008, «Folk aus China», taz, 03.05.2008, «So singt Tibet», ZEIT, 08.05.2008.

<sup>125</sup> Vgl. «Im Auge des Sturms», ZEIT, 07.06.2008.

<sup>126</sup> «Chinas reichster Dichter», FAZ, 22.02.2008, «Zorneslyrik», FAZ, 03.03.2008, «Zum Himmel mit Konfuzius», FAZ, 12.06.2008, «Das Zwitschern hungriger Lerchen», SZ, 28.03.2008.

<sup>127</sup> Vgl. «Es ist die reine Freude», FAZ, 19.05.2008, «Gute Katzen fangen Mäuse», SZ, 19.08.2008, «Die vierte Generation», taz, 05.02.2008, «Aus dem Bauch», SPIEGEL, 26.05.2008, «Out of Peking», ZEIT, 03.01.2008.

wird von allen Medien thematisiert. Dabei widmet sich insbesondere die FAZ durch ausführliche Berichte ihres Kulturkorrespondenten chinesischen Künstlern und Ausstellungen.<sup>128</sup> Aber auch alle anderen Medien folgen diesem Trend mit teils beschreibenden (taz),<sup>129</sup> teils euphorisch-marktorientierten (Focus und Fernsehen)<sup>130</sup> und teils kritisch-reflexiven Beiträgen (SZ, SPIEGEL und ZEIT).<sup>131</sup> Die Berichterstattung über Architektur und Bauen in China nimmt ebenso einen großen Raum ein, was aus dem massiven vorolympischen Bauboom resultiert, der u.a das Leichtathletikstadion «Vogelnest» und das charakteristische CCTV-Hochhaus hat entstehen lassen. Auch hier wird der Boom mit einer Mischung aus Faszination über das Gigantische und Skepsis hinsichtlich der Nachhaltigkeit dieser Architektur betrachtet.<sup>132</sup> Es ist zudem die federführende Beteiligung europäischer bzw. deutscher Architekten, die die Berichterstattung katalysiert. So kommt auch ein ganzer Themenstrang auf, der anhand dieser Architekten die im politischen Teil geführte Positionierungsdebatte wieder aufnimmt und sich mit der Problematik des «Bauens für Despoten» auseinandersetzt.<sup>133</sup>

Im Themenfeld *Kulturgüter und kulturelles Erbe* (1,6%) sind Themen zu Geschichte und Philosophie sowie zur Tradierung von Werten und Kultur zusammengefasst. Insbesondere das Fernsehen widmet 10,6% seiner Gesamtberichterstattung zahlreichen langen Dokumentationen zu Chinas Kulturschätzen, seinen Kaisern oder dem Boxer-Aufstand.<sup>134</sup> ZEIT und SZ beschäftigen sich recht ausführlich mit chinesischen philosophischen Prinzipien oder dem Kulturdi-

128 Vgl. «Ausgezeichneter Außenseiter», FAZ, 16.01.2008, «Ein Hauch von Macht», FAZ, 16.08.2008, «Sie sprüht vor Energie», FAZ, 13.09.2008.

129 Vgl. «Aus Neu mach Alt», SZ, 19.01.2008, «Die Dinge des Lebens», taz, 15.03.2008, «Scharfe Kanten und andere Kunstwerke», taz, 29.03.2008.

130 Vgl. «Akt aus China», Focus, 08.04., «Chinas Generation X», Focus, 13.10.2008, «Avantgarde in der chinesischen Provinz – Das Museum für zeitgenössische Kunst in Ordos», Titel Thesen Temperamente (ARD), 10.02.2008.

131 Vgl. «Lang lebe die Partei!», SZ, 11.02.2008, «Das London-Leipzig-China-Indien-Phänomen», ZEIT, 17.12.2008, «Fremd in der eigenen Stadt», SPIEGEL, 07.07.2008.

132 Vgl. «Die Macht und das Lächeln der Freiwilligen», 08.07.2008, «Himmelsstürmer aus Karlsruhe», SZ, 07.08.2008, «Die Spiele haben die Stadt sterilisiert», taz, 21.08.2008, «Kampf um die Skyline», SPIEGEL, 02.06.2008, «Vogelnest statt Mao», Focus, 04.08.2008, «Olympiastadion in Peking fertiggestellt», Tagesschau, 16.04.2008, «Bauen für ein neues China – Ole Scheeren und das CCTV in China», Titel Thesen Temperamente (ARD), 20.07.2008.

133 Vgl. «Des Teufels Architekt», SZ, 01.07.2008, «Bauten für Despoten», taz, 26.04.2008, «Nur ein Idiot hätte nein gesagt», SPIEGEL, 28.07.2008, «Wie viel Moral braucht Architektur?», ZEIT, 27.03.2008, «Film über das Olympiastadion in Peking», aspekte (ZDF), 25.04.2008.

134 Vgl. «Chinas Schätze – Konfuzius, Woks und Maobibeln», Dokumentation ZDF, 27.05.2008, «Die verbotene Stadt», Dokumentation ARD, 11.05.2008, «Das Tor des Drachen – Chinas langer Aufbruch», Terra X (ZDF), 13.07.2008, «Gefangen in Peking – Aufstand der Boxer», Terra X (ZDF), 03.08.2008.



alog.<sup>135</sup> Viele Medien stellen im Vorfeld von Olympia auch einfach Bücher zur Geschichte und Kultur Chinas vor.<sup>136</sup>

Neben diesem eher historisierend-reflektierenden Ansatz finden die *Alltagskultur und das moderne Leben* mit 2,9% einen recht starken Eingang in die Berichterstattung und werden wiederum insbesondere von den Fernsehformaten betont (7,9%). Für SPIEGEL und Tagesschau spielt das allerdings keine große bzw. gar keine Rolle. Unter diesem Themenfeld sind vor allem Beiträge zu finden, die sich unter der Perspektive des raschen gesellschaftlichen Wandels mit verschiedenen Phänomenen und Veränderungen im Alltag und der Lebensweise der Chinesen auseinandersetzen. Diese Alltagsthemen resultieren häufig aus einem eher exotisierenden Blick auf das Besondere und vermeintlich Andere der chinesischen Kultur, können aber im Idealfall gerade deshalb für den deutschen Rezipienten einen Beitrag zum Verständnis einer oft als fremd empfundenen Kultur leisten. Insbesondere die taz nutzt den Raum ihrer Olympia-Beilage, um auf ansonsten wenig betonte Aspekte des chinesischen Alltagslebens einzugehen wie neue Haarmoden in China, die Haltung der Chinesen zu Bärten, die Punk-Szene in Peking, Prostitution oder die Annäherung an westliche Sportarten.<sup>137</sup> Der Focus widmet eine ganze Titelgeschichte der Alltagskultur in China, und auch die ZEIT versucht mit verschiedenen Artikeln den Perspektivwechsel in das Innenleben der chinesischen Kultur anhand der Andersartigkeit herzustellen.<sup>138</sup> Die Beiträge dazu stammen zumeist von China-Korrespondenten oder Autoren, die bereits längere Zeit in China leben und die den Blick auf das vom Deutschen Unerwartete richten, es gleichzeitig aber auch angemessen einzuordnen wissen. In FAZ und SZ reichen die Themen allerdings seltener über die Klassiker chinesische Küche<sup>139</sup> oder Aberglauben<sup>140</sup> hinaus. Außerdem wird hier allgemeiner auf die kulturellen Unterschiede zwischen dem Westen und China eingegangen, die sich an der Begegnung von Ausländern und Chinesen (insbesondere bei

<sup>135</sup> Vgl. «Feng-Shui als politisches Prinzip», ZEIT, 15.05.2008, «Frohsinn für alle», ZEIT, 09.10.2008, «China und die Moral», SZ, 12.04.2008, «Das Teedosen-Syndrom», SZ, 12.11.2008.

<sup>136</sup> Vgl. «Vergesst nie die Vergangenheit!», FAZ, 26.06.2008, «Die Hatz in die Zukunft», SZ, 24.07.2008, «Die Geschichte Chinas als visuelles Abenteuer. Porträt einer Nation von Mao bis heute», Titel Thesen Temperamente (ARD), 10.08.2008.

<sup>137</sup> «Pekinger Haarprachten», taz, 13.08.2008, «Annäherung an die Stoppelhöhe», taz, 20.08.2008, «Pekings Punks sagen nein», taz, 18.08.2008, «Die Stadt der Konkubinen», taz, 12.08.2008, «Slam Dunk statt Ping Pong», taz, 22.08.2008.

<sup>138</sup> «So (un-)deutsch ist China», Focus, 16.06. 200, «Hallo Deutschland! – Unser Land wird chinesisch», ZEIT, 17.01.2008, «Maos pragmatische Enkel», ZEIT, 07.08.2008, «Nächstenliebe, ganz nüchtern», ZEIT, 17.12.2008.

<sup>139</sup> «Neuer Sieg für China», FAZ, 16.08.2008, «Wenn die Zunge das Herz berührt», SZ, 24.07.2008, vgl. auch «Die Peking-Ente ist eine Eintrittskarte», taz, 22.08.2008, «Kochbuch des Monats», Focus, 04.08.2008.

<sup>140</sup> «Gib Acht!», FAZ, 08.08.2008, «Die Zahl, die alle Menschen glücklich macht», SZ, 08.08.2008.



Olympia) festmachen lassen.<sup>141</sup> Mithin wird bei der Beschreibung der Alltagskultur in diesen beiden Zeitungen stärker als in den anderen untersuchten Medien eher die deutsche als die chinesische Perspektive angelegt. Die Fernsehformate sind in dieser Hinsicht ambivalent: So werden ebenso Dokumentationen über Deutsche in Shanghai ausgestrahlt wie die Sichtweise des Hutong-Friseurs in Peking auf den Wandel in China eingefangen.<sup>142</sup>

Für FAZ, SZ, SPIEGEL und Focus spielen auch noch Themen zu *Prominenz, Klatsch und Rekorden* (0,6%) eine kleine Rolle, wobei hier vor allem über die hochbezahlten Sportstars wie den Basketballer Yao Ming oder die Turmspringerin Guo Jingjing berichtet wird sowie über die Fehltritte von Schauspielern und Absurditäten.<sup>143</sup> Allerdings scheint es einen Mangel an wirklich über die Grenzen Chinas hinaus bekannten Stars zu geben, über die sich in den Medien berichten ließe.

Das Themenfeld *Reisen und Tourismus* ist mit 1,0% wieder etwas stärker präsent. Die meisten Beiträge widmen sich dabei typischen Reise- und Reisezielbeschreibungen in China,<sup>144</sup> allerdings weist die SZ auch auf die Probleme des Tourismus in einem autoritären Land hin<sup>145</sup>. Neu und interessant ist aber für die Medien der zunehmende Tourismus von Chinesen ins Ausland, wobei insbesondere chinesische Massenhochzeiten in der französischen Stadt Tours mehrfach Beachtung im deutschen Fernsehen finden.<sup>146</sup>

In der Gesamtschau der untersuchten Medien lässt sich also feststellen, dass sowohl Aspekte der Hoch- als auch der Alltagskultur, historische wie gegenwärtige Themen behandelt werden. Themen, die die Eigen- und Fremdartigkeit Chinas im Vergleich zu Deutschland darstellen, dominieren, wobei hier vor allem die taz auch Beispiele abseits schon eingeführter «typisierender» Exotik wie die chinesische Küche präsentiert. Hochkultur wie Literatur und Kunst kommen dagegen zumeist erst dann vor, wenn sich ein konkreter Bezug zu Deutschland herstellen lässt. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen widmet sich besonders häufig der Geschichte Chinas, thematisiert aber auch die Alltagskultur mit ihren verschiedenen Facetten stärker als alle anderen Medien. Dass die FAZ einen spezifischen Kulturkorrespondenten hat,

<sup>141</sup> «Begegnungen in einem fremden Kosmos», FAZ, 16.08.2008, «Zeit und Geduld mitbringen», SZ, 29.07.2008, vgl. auch «Diese Wohlanständigkeit nervt», taz, 09.08.2008, «Zum Abschied eine Ziege», ZEIT, 21.02.2008.

<sup>142</sup> «Deutsche in Shanghai», Dokumentation ARD, 20.07.2008, «Der Hutong-Friseur von Peking», Weltspiegel (ARD), 03.02.2008.

<sup>143</sup> Vgl. «Königin und Leibeigene der Volksrepublik», FAZ, 19.07.2008, «Die Kaiserin von China», SZ, 19.08.2008, «Gong Li», SPIEGEL, 17.11.2008.

<sup>144</sup> Vgl. «Die Bergfee wundert sich nicht mehr», FAZ, 31.01.2008, «Sie waren jung und grillten Entenzungen», SZ, 24.07.2008, «Mit dem Rad die Seidenstraße entlang», taz, 26.07.2008.

<sup>145</sup> «Man kommt als ein Anderer zurück», SZ, 28.03.2008, «Lob der Lüge», SZ, 24.07.2008.

<sup>146</sup> «Traumkulisse – Chinesische Märchenhochzeit in Frankreich», heute in Europa (ZDF), 13.10.2008, «Chinesische Massenhochzeit an der Loire», Weltspiegel (ARD), 09.11.2008, vgl. auch «Romantik en masse», ZEIT, 04.12. 2008.

macht sich hauptsächlich bei der Thematisierung der Hochkultur bemerkbar und schlägt mit einem Anteil von 34% an der Kulturberichterstattung zu Buche. Taz und ZEIT wiederum setzen neben den Korrespondenten (7,1% bzw. 8%) vor allem auf Autoren und Redakteure mit China-Kenntnissen (23,2% bzw. 20%) für die Beschreibung der Alltagskultur. Auch das Fernsehen lässt insbesondere bei Beiträgen zur Alltagskultur die China-Korrespondenten und Asien-Spezialisten berichten (37%).

In der SZ spielen die Auslandskorrespondenten und Asien-Autoren mit einem Anteil von lediglich 6,7% der gelieferten Beiträge für das Sachgebiet Kultur & Gesellschaft dagegen kaum eine Rolle, beim SPIEGEL kommen sie gar nicht vor. Das verstärkte Eingehen auf (alltags)kulturelle Aspekte scheint deshalb insbesondere mit dem Einsatz von Korrespondenten und spezifischen Autoren zusammenzuhängen, durch die auch weniger euro-zentristische Blickwinkel und Themen eingebracht werden.

### 2.4.10 Bildung, Wissenschaft & Technik

Mit nur 1,0% Anteil an der Gesamtberichterstattung erfährt das Sachgebiet Bildung, Wissenschaft & Technik eine sehr stiefmütterliche Behandlung, wobei auch keines der untersuchten Medien eine Ausnahme bildet. Insgesamt mutet die Betrachtung des chinesischen Wissenschafts- und Bildungssystems als eine Mixtur aus kurzen Meldungen im Bereich Vermischtes an. Wenn überhaupt eine Berichterstattung in diesem Bereich stattfindet, wird sie zudem von einer bereits aus dem Bereich Wirtschaft bekannten Ambivalenz zwischen Konkurrenzdenken und Chancen durch Kooperation mit China gerahmt.

**Tabelle 14: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Bildung, Wissenschaft & Technik**

|                                 | N  | Gesamt | FAZ  | SZ   | taz  | SPIEGEL | Focus | ZEIT | Tageschau | TV   |
|---------------------------------|----|--------|------|------|------|---------|-------|------|-----------|------|
| Bildung, Wissenschaft & Technik | 52 | 1,0%   | 0,9% | 1,6% | 0,8% | 0,6%    | 0,2%  | -    | 1,5%      | 0,7% |
| Bildung                         | 19 | 0,5%   | 0,3% | 1,0% | 0,2% |         |       |      |           | 0,7% |
| Wissenschaft                    | 17 | 0,2%   | 0,2% | 0,2% | 0,4% | 0,6%    | 0,2%  |      |           |      |
| Raumfahrt                       | 16 | 0,3%   | 0,3% | 0,3% | 0,3% |         |       |      | 1,5%      |      |

Im Themenfeld *Bildung* (0,5%) werden denn auch sowohl diese Konkurrenz-situation als auch die Chancen aufgezeigt – allerdings in insgesamt sehr geringem Maße. So wird einerseits auf ein zunehmendes Interesse an Hochschulkoope-

rationen hingewiesen<sup>147</sup>, dann aber auch wieder vor der Konkurrenz durch zahlreiche chinesische Absolventen gewarnt.<sup>148</sup> Vorbildhafter Leistungswillen und Förderung der Bildung in China<sup>149</sup> werden auch genannt, herausgestellt werden aber eher Betrug und Probleme im Bildungswesen.<sup>150</sup>

Das Themenfeld *Wissenschaft und Technik* (0,2%) hat für die Medien keine gemeinsamen thematischen Aufhänger, sondern besteht aus einer bunten Mischung aus kurzen Meldungen zu sehr dispersen Themen. Der SPIEGEL meldet, dass man den «Ur-Kiffer» in China gefunden habe, während die SZ und taz über Fossilienfunde berichten und die FAZ über Zelluloseverwertung.<sup>151</sup> Entwicklungen im IT-Bereich erregen das Interesse des Focus.<sup>152</sup>

Für die Tagesschau (1,5%) spielt als nachrichtliche Meldung die erste Außenmission der chinesischen *Taikonauten* im All eine Rolle in der Berichterstattung, die den Tageszeitungen nur kurze Meldungen wert ist.<sup>153</sup> Diese weisen aber darauf hin, dass China in seinem Weltraumprogramm ein Prestigeobjekt sieht, mit dem es den bisher führenden Staaten Konkurrenz machen will.<sup>154</sup>

#### 2.4.11 Olympia

Abschließend soll kurz auf das Sachgebiet Olympia (22,3%) eingegangen werden. Es hat zwar einen breiten Raum in der China-Berichterstattung 2008 eingenommen, stellt aber letztlich eine dezidierte Spezifik nur dieses Jahres dar. Nichtsdestotrotz lassen sich anhand der Olympia-Berichterstattung noch einmal wesentliche Muster des generellen thematischen Bezugs auf China verdeutlichen.

- 
- 147 Vgl. «Schanghai und Berlin kooperieren», FAZ, 27.12.2008, «Pädagogischer Vorfluter», SZ, 16.02.2008, «Deutschland im «War for talents»», taz, 05.11.2008.
  - 148 «Für einen Sack voll Dollar», FAZ, 02.02.2008, «Die Chinesen kommen», SZ, 16.07.2008.
  - 149 «Mathe-Olympiade», FAZ, 22.07.2008, «Aufruf gegen die Gier», SZ, 20.09.2008.
  - 150 «Kaderschmiede im Klassenzimmer», 25.04.2008, «Unterricht im Freien», SZ, 23.12.2008, «Ruhe im Hörsaal», FAZ, 16.05.2008, «Jobbörse Olympia – Chinas Arbeitsmarkt für arbeitslose Akademiker», auslandsjournal (ZDF); 06.08.2008.
  - 151 «Ur-Kiffer in China», SPIEGEL, 20.12.2008, «Mini-Dino», SZ, 13.02.2008, «Vorfahren unserer Schildkröten», taz, 28.11.2008, «Katalysator beschleunigt die Zelluloseverwertung», FAZ, 24.09.2008.
  - 152 «Technik News – Virtuelle Bauern», Focus, 01.09.2008, «China auf dem Weg zur digitalen Supermacht», FAZ, 11.08.2008, «Chinesen holen bei Internetnutzung auf», SZ, 25.04.2008.
  - 153 «Chinesen im All: Erster Chinesischer Astronaut auf Weltraumspaziergang», Tagesschau, 27.09.2008, «China im All: Chinesische Astronauten nach 68 Stunden im All in Mongolei gelandet», Tagesschau, 28.09.2008, «Erster Chinese vor Weltraumspaziergang», FAZ, 08.09.2008, «Erster chinesischer Weltraumspaziergang», SZ, 29.09.2008, «China spaziert ins All», taz, 26.09.2008.
  - 154 «Zum dritten Mal sind Taikonauten ins All gestartet», FAZ, 26.09.2008, «Warnschüsse im All», SZ, 20.02.2008, «China rüstet auf», taz, 20.02.2008.

**Tabelle 15: Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Olympia**

|                                     | N   | Gesamt | FAZ   | SZ    | taz   | SPIEGEL | Focus | ZEIT  | Tages-schau | TV    |
|-------------------------------------|-----|--------|-------|-------|-------|---------|-------|-------|-------------|-------|
| Olympia                             | 826 | 22,3%  | 20,4% | 24,1% | 23,4% | 15,6%   | 28,4% | 19,6% | 30,0%       | 17,1% |
| Olympia, Menschenrechte und Boykott | 474 | 12,8%  | 11,2% | 14,5% | 13,3% | 11,5%   | 18,4% | 12,6% | 13,8%       | 8,1%  |
| Fackellauf                          | 153 | 4,1%   | 3,9%  | 3,7%  | 4,4%  | 1,7%    | 3,8%  | 2,8%  | 13,0%       | 2,5%  |
| Olympia und Atmosphäre              | 168 | 4,6%   | 4,3%  | 5,2%  | 5,1%  | 2,4%    | 3,8%  | 4,2%  | 2,2%        | 4,2%  |
| Doping                              | 31  | 0,8%   | 0,9%  | 0,7%  | 0,6%  |         | 2,4%  |       | 0,9%        | 2,3%  |

Das mit 12,8% dominierende Themenfeld *Olympia, Menschenrechte und Boykott* nimmt im Kern die schon aus den innenpolitischen Themenfeldern Menschenrechte, Tibet-Konflikt und politisches System bekannten Verweise auf das autoritäre und die Menschen- und Minderheitenrechte verletzende System Chinas wieder auf und bringt sie in Zusammenhang mit der Frage des Umgangs des Westens mit China, die wiederum bereits im Sachgebiet Internationales bestimmend war. Hierbei lässt sich ein sehr elitenzentrierter Journalismus feststellen, der sich an den Wortmeldungen von politischen und sportpolitischen Entscheidungsträgern orientiert bzw. deren Wortmeldungen auch einfordert.<sup>155</sup> Insbesondere für Focus und SPIEGEL werden Beiträge mit Aussagen und Positionen von Sportlern und Funktionären zur bestimmenden Berichterstattung (insg. 2,4%).<sup>156</sup> Das Themenfeld dreht sich also durch den Rückgriff auf eine Bandbreite an eingeführten Argumenten zu China um die Positionierung des Westens, die natürlich mit dem Ende der Olympischen Spiele im August jäh abbricht. Allerdings macht die mediale Debatte um China als Ehrengast auf der Frankfurter Buchmesse im Herbst 2009 deutlich, dass die Mechanismen, die dieses Themenfeld prägen, auch konstituierend für andere Ereignisse im Zusammenhang mit China sein können. Immer ist für eine Thematisierung die Frage der Ausgangspunkt, was ein global beachtetes Großereignis mit einem Staat wie China bewirken kann. Im Falle Olympias besteht die Hoffnung auf eine liberale Öffnung des Landes.<sup>157</sup> Insgesamt überwiegt aber die Thematisierung

<sup>155</sup> Vgl. «Richthofen fordert mehr China-Kritik», FAZ, 07.01.2008, «Olympia-Feier boykottieren», SZ, 19.03.2008, «Merkel ist so verlogen wie Berlusconi», taz, 11.08.2008, «Spiele am Abgrund», SPIEGEL, 22.04.2008, «Diskussion über Boykott der Olympischen Spiele hält an», Tagesschau, 25.03.2008.

<sup>156</sup> Vgl. «Uns ist es nicht egal», SPIEGEL, 07.04.2008, «Kleiner Mond, Großes Herz», SPIEGEL, 28.07.2008, «Mit Tibetfahne ins Stadion», Focus, 22.03.2008, «Gesicht zeigen», 05.05.2008.

<sup>157</sup> Vgl. «Olympia soll China ändern», FAZ, 25.01.2008, «Ist die olympische Idee schon bedeutungslos?», SZ, 08.05.2008, «Olympische Reformen», ZEIT, 06.03.2008.

von Einschränkungen von Medien-, Versammlungs- und Reisefreiheit,<sup>158</sup> von Enteignungen für den Bau von Sportstätten<sup>159</sup> und die als opportun empfundene Kumpanei des IOC und der Wirtschaftsunternehmen mit den chinesischen Machthabern<sup>160</sup>, was letztlich zu einer skeptischen bis negativen Darstellung von Olympia in China führt.

Der *Fackellauf* (4,1%) wird zum tagesaktuellen Aufhänger dieser Debatte, die zugleich noch gut bebildert ist. Für die Tagesschau macht die Berichterstattung darüber denn auch 13% der gesamten China-Berichterstattung aus.<sup>161</sup>

Die Berichterstattung über die *Atmosphäre zu den Olympischen Spielen* (4,6%) selbst spiegelt allerdings auch ein gewisses Staunen bzw. eine positive Überraschung seitens der Journalisten wider. Während sich in den Tageszeitungen, im Focus und der ZEIT die Ambivalenz zwischen der wohlwollenden Beschreibung einer gelungenen Show und sich wirklich freuenden Chinesen sowie einem gewissen Kopfschütteln angesichts der gigantomanischen Inszenierung und nationalistischem Eifer die Waage halten<sup>162</sup>, zeigen Tagesschau und Fernsehformate ausschließlich Wohlwollen<sup>163</sup>, während der SPIEGEL nur die Inszeniertheit betont.<sup>164</sup>

Insbesondere im Fernsehen und in der SZ wird aber auch durch Verweis auf den unglaublich harten Drill in chinesischen Sportschulen und die überhöhten

158 Vgl. «China schränkt Visa für Geschäftsleute ein», FAZ, 18.04.2008, «Panzer für die Presse», SZ, 13.08.2008, «Perfide Falle im öffentlichen Park», taz, 22.08.2008, «Sicherheit vor Freiheit», Focus, 28.07.2008, «Strikte Spielregeln», ZEIT, 07.08.2008, «Zensur in China: Olympisches Komitee nimmt Internetzensur für Journalisten in Kauf», Tagesschau, 30.07.2008, «Zensur vor Olympia», Weltspiegel (ARD), 03.08.2008.

159 Vgl. «Kampf um Äcker», taz, 08.08.2008, «Reiches Peking, armes Peking – Chinas arme Bevölkerung ist der Verlierer der Olympischen Spiele», auslandsjournal (ZDF), 20.08.2008, «Countdown in Peking – eine Diktatur macht sich hübsch», Panorama (ARD), 07.08.2008.

160 Vgl. «Makaber», FAZ, 19.07.2008, «Rrrramtata, törööö», SZ, 06.08.2008, «Ein Riss geht durchs Ganze», taz, 25.08.2008, «Politik und Spiele», SPIEGEL, 11.08.2008, «Das IOC verrät die olympischen Ideale», ZEIT, 07.08.2008, «Nach Fackellauf USA: Olympia-Organisatoren geraten durch die Proteste gegen die Tibet-Politik Chinas unter Druck», Tagesschau, 10.04.2008

161 Vgl. «Olympisches Feuer: Tibet-Sympathisanten stören Olympia-Fackellauf in London», Tagesschau, 06.04.2008, «Großaufgebot an Sicherheitskräften begleiten olympische Fackel durch menschenleere Straßen», Tagesschau, 17.04.2008, «San Francisco: Olympia im Kreuzfeuer», auslandsjournal (ZDF), 09.04.2008, «Kein Fackeln um die Fackel – Aufregung um chinesische Sicherheitskräfte», heute in Europa (ZDF), 09.04.2008.

162 Vgl. «China ist reifer geworden», FAZ, 26.08.2008, «Kunstwelt Olympia», FAZ, 25.08.2008, «Lichtspiele in Peking», SZ, 09.08.2008, «Aseptische Spiele», SZ, 16.08.2008, «Lasst die Spiele in Ruhe!», taz, 19.08.2008, «Eröffnungsshow war manipuliert», taz, 13.08.2008, «Füll-Chinesen vor Ort», Focus, 25.08.2008, «Revolution mit Bier», ZEIT, 28.08.2008, «Eine große Maskerade», ZEIT, 21.08.2008.

163 Vgl. «Abschluss Paralympics: Eindrucksvolle Schau beendet die Paralympics in Peking», Tagesschau, 17.09.2008, «Die olympischen Spiele leuchten», Titel Thesen Temperamente (ARD), 03.08.2008, «Peking einen Tag vor Olympia», heute in Europa (ZDF), 07.08.2008.

164 Vgl. «Ein großer Maskenball», SPIEGEL, 21.01.2008.

Erwartungen an die chinesischen Sportstars Systemkritik im Bereich Sport deutlich gemacht.<sup>165</sup>

Diese Systemkritik wird durch die Thematisierung des *Dopings* (0,8%) in und aus China fortgesetzt, die außer für SPIEGEL und ZEIT für alle Medien eine Rolle spielt.<sup>166</sup> Die dominierende Perspektive, dass China aktiv Doping betreibe, wird aber auch durch einige Beiträge relativiert, in denen gezeigt wird, dass die Behörden nunmehr gegen Dopinghandel vorgehen.<sup>167</sup>

Insgesamt ist das Sachgebiet Olympia also geprägt von ereignis-induzierten und elite-zentrierten Berichten, die klar entlang der in den Bereichen Innenpolitik und Internationales aufgemachten Konfliktthematisierung Chinas verlaufen. Nachrichtenfaktoren wie überschaubare Dauer, Zentralität und Einfluss der beteiligten Staaten und Personen sowie die gefühlte Nähe, die innenpolitische Konflikte wie Tibet durch den Fackellauf und die Sportlerbeteiligungen plötzlich bekommen, können hier gepaart werden mit eingeführten Thematisierungen und einer vorhandenen Struktur an unterlegbaren politischen Argumenten. Die diesem Sachgebiet zugeordnete Berichterstattung verdeutlicht also in einer Art Brennglas, welche Stereotype sich aus der Gesamtberichterstattung zu China bilden und verinnerlicht werden und zu konkreten Ereignissen dann vielfach abgerufen werden können.

#### 2.4.12 Rangfolge von Themenfeldern

Eine abschließende Aufschlüsselung der sachgebietsunabhängigen Rangfolge einzelner Themenfelder soll noch einmal verdeutlichen, dass die deutschen Medien zwar eine im Detail durchaus unterschiedliche Schwerpunktsetzung hinsichtlich bestimmter Themen zu China aufweisen, im Kern aber eine recht konsistente Orientierung auf dieselben Themenfelder haben. Die Top-Themenfelder sind in allen Medien mit großem Abstand der Tibet-Konflikt und die damit eng verknüpfte Debatte um Olympia, Menschenrechte und Boykott.

<sup>165</sup> Vgl. «Schläge, Betrug, falsche Versprechen», SZ, 25.08.2008, «Tränen und Träume – Chinas Kinderturnfabrik», Dokumentation (ARD), 06.08.2008.

<sup>166</sup> Vgl. «Zwei Doping-Fälle in China», FAZ, 28.06.2008, «Wiedersehen mit den Wunderkindern», SZ, 06.08.2008, «daily dope (296)», taz, 23.07.2008, «Ein olympischer Albtraum», Focus, 07.04.2008, «Olympia im Reich der Mittel: Doping in China», Dokumentation (ARD), 21.07.2008.

<sup>167</sup> Vgl. «Apotheker in China bestraft», FAZ, 25.06.2008, «Razzia im Labor», SZ, 29.07.2008, «nachgehakt: Doping in China», Frontal21 (ZDF), 24.06.2008.

**Tabelle 16: Rangfolge der Themenfelder**

| Rang | Themenfeld                                      | N   | %     | Rang FAZ | Rang SZ | Rang taz | Rang SPIEGEL | Rang Focus | Rang ZEIT | Rang Tagesschau | Rang TV |
|------|-------------------------------------------------|-----|-------|----------|---------|----------|--------------|------------|-----------|-----------------|---------|
| 1    | Olympia, Menschenrechte und Boykott             | 474 | 12,84 | 1        | 1       | 2        | 1            | 1          | 2         | 3               | 3       |
| 2    | Tibet                                           | 384 | 11,20 | 2        | 2       | 1        | 2            | 2          | 1         | 1               | 1       |
| 3    | Olympia und Atmosphäre                          | 168 | 4,56  | 5        | 3       | 4        | 15           | 8          | 5         | 9               | 6       |
| 4    | Deutsche Beziehungen zu China                   | 190 | 4,48  | 3        | 7       | 5        | 10           | 6          | 6         | 5               | 15      |
| 5    | Erdbeben                                        | 162 | 4,30  | 6        | 5       | 7        | 11           | 13         | 14        | 2               | 22      |
| 6    | Fackellauf                                      | 153 | 4,09  | 7        | 6       | 6        | 22           | 9          | 12        | 4               | 13      |
| 7    | Rechtssystem, Menschenrechte, Zivilgesellschaft | 169 | 3,91  | 8        | 9       | 3        | 3            | 19         | 4         | 6               | 11      |
| 8    | Finanzkrise                                     | 157 | 3,78  | 4        | 4       | 21       | 20           | 14         | 3         | 13              | 16      |
| 9    | Alltagskultur                                   | 103 | 2,89  | 17       | 8       | 9        | 29           | 11         | 7         | -               | 4       |
| 10   | Medien- und Meinungsfreiheit                    | 116 | 2,73  | 12       | 11      | 8        | 4            | 10         | 27        | 14              | 20      |
| 11   | Lebensmittel-skandale, Giftstoffe               | 118 | 2,37  | 18       | 12      | 13       | 19           | 25         | 35        | 7               | 7       |
| 12   | Politisches System Chinas allgemein             | 90  | 2,33  | 19       | 13      | 12       | 5            | -          | 15        | -               | 9       |
| 13   | China als Absatz- und Wachstumsmarkt            | 84  | 2,21  | 9        | 14      | 19       | 17           | 5          | -         | -               | 29      |
| 14   | Umgang mit Minderheiten                         | 91  | 2,15  | 15       | 22      | 10       | 18           | 23         | 8         | 10              | 23      |
| 15   | Kunst und Architektur                           | 72  | 1,96  | 20       | 17      | 18       | 8            | 15         | 10        | 25              | 12      |

Schulz begründet hier aus einer systemtheoretischen Perspektive, dass solch ein Ergebnis «nicht zufällig» zustande komme: «die großen Nachrichtenthemen sind immer Ereignisse mit Krisensymptomen, Vorgänge, die eine manifeste Bedrohung zentraler Werte und Ordnungen des Systems bergen».<sup>168</sup>

Auf den folgenden Plätzen sieht es aber etwas anders aus. Die vorangegangene Analyse hat gezeigt, dass Nachrichtenfaktoren wie Relevanz, Dauer, Zentralität, Elitepersonen, Personalisierung sowie Nähe und Struktur eine große

<sup>168</sup> Schulz 1976: 120.



Rolle bei der Themensetzung spielen. Allerdings weisen diese Faktoren keine eindeutig festlegbare Rolle auf, sondern es obliegt in gewisser Weise der Logik des Mediums, welche(r) Faktor(en) bei welchem Thema besonders gewichtet werden. Das Themenfeld Finanzkrise beispielsweise hat eine vermeintlich hohe Relevanz für deutsche Rezipienten, weist den Faktor Nähe auf, operiert mit Elite-Personen und der Zentralität von Nationen und ist dennoch in taz, SPIEGEL und den Fernsehformaten nicht einmal unter den Top 15, da diese Medien offensichtlich weniger stark an Wirtschaft im Allgemeinen interessiert sind bzw. im Wirtschaftsbereich andere Prioritäten setzen.

Ein Themenfeld wie Alltagskultur wiederum bietet kaum Nachrichtenfaktoren, wird aber außer von FAZ, SPIEGEL und Tagesschau unter den Top 15 gewichtet, da es offensichtlich auch von einigen Tageszeitungen bewusst als Kontrapunkt zu nachrichtlich dominierten Themen gesetzt wird. Selbst ein auf reflektierende Beiträge angelegtes Themenfeld wie zum politischen System Chinas rangiert auf vorderen Plätzen und ist beim SPIEGEL sogar unter den Top 5. Bei den Fernsehformaten rangiert das Themenfeld Kulturgüter auf Rang 2, beim Focus das für die anderen Medien ziemlich abseitige Themenfeld Umgang mit Flora und Fauna auf Rang 3.

Diese Beobachtung lässt die Schlussfolgerung zu, dass es mithin eine auf Konflikthaftigkeit und Negativität rekurrierende Kernagenda der deutschen Medien zu China gibt, diese aber bedingt durch unterschiedliche Medienlogiken um verschieden gewichtete Themenfelder erweitert wird, die ein durchaus ambivalentes Bild Chinas entstehen lassen können.

## 2.5 Handlungsträger/Akteure

Die in einem Beitrag vorkommenden Akteure sind die von den Medien als wichtig erachteten Personen, Institutionen oder Gruppen, die eine Handlung oder ein Phänomen verständlich und fassbar machen sollen.

Hinsichtlich der regionalen Verteilung kommen chinesische Akteure als Handlungsträger in 83,4% aller Beiträge vor, westliche Akteure in 49,0% der Beiträge. Dabei bringen die Tageszeitungen die stärksten Referenzen zu chinesischen Akteuren, während insbesondere die Wochenmedien stärker westliche Akteure in den Vordergrund stellen und demzufolge häufiger *über* China reden oder reflektieren. Auf tibetische Akteure wird noch stärker geachtet als auf Akteure aus nichtwestlichen Weltregionen oder auf internationale Akteure. Insbesondere die Tagesschau setzt in 31,8% ihrer Beiträge auf Tibeter als Handlungsträger.

Die Referenz auf chinesische Akteure ist mithin sehr hoch. Allerdings geht die bisherige Forschung zur Auslandsberichterstattung davon aus, dass mehr noch als bei der Inlandsberichterstattung Handlungen an offiziellen Staatsvertretern als Ausdruck von Macht und Entscheidungsprozessen festgemacht werden.<sup>169</sup> Gerade für eine Berichterstattung über China ist zu erwarten, dass hier aufgrund

<sup>169</sup> Vgl. Hafez 2002a: 74, Schulz 1976.



der Wahrnehmung des Landes als ein zentralisierter Obrigkeitsstaat auch die offiziellen Staatsvertreter die Berichterstattung dominieren werden. In der Tat tritt in 58,8% aller Beiträge das offizielle China auf. Dabei bleibt die Zuordnung von Verantwortlichkeiten aber häufig eher vage, und die unklare Gruppenbezeichnung ist gegenüber der Nennung konkreter Personen prioritär: Vielfach wird von der «Regierung», der «kommunistischen Führung», dem «Re-gime», «Peking» oder einfach «China» gesprochen. Genauso wird öfter pauschal auf «Sicherheitskräfte», die «Polizei» oder «Behörden» verwiesen.

**Tabelle 17: Klassifizierung von Handlungsträgern und deren regionale Verteilung\***

| Handlungsträger                  | China       |              | Westen      |              | Nichtwesten |              | Welt       |              | Tibet      |              |
|----------------------------------|-------------|--------------|-------------|--------------|-------------|--------------|------------|--------------|------------|--------------|
|                                  | N           | %            | N           | %            | N           | %            | N          | %            | N          | %            |
| Offizielle Staatsvertreter       | 2352        | 58,8%        | 843         | 21,1%        | 419         | 10,5%        | 118        | 3,0%         | 383        | 9,6%         |
| gesellschaftliche Organisationen | 252         | 6,3%         | 451         | 11,3%        | 20          | 0,5%         | 90         | 2,3%         | 45         | 1,1%         |
| ...Dissidenten/ Opposition       | 261         | 6,5%         |             |              |             |              |            |              |            |              |
| ...Wirtschaft                    | 406         | 10,2%        | 433         | 10,8%        | 44          | 1,1%         |            |              |            |              |
| ...Sport                         | 188         | 4,7%         | 211         | 5,3%         | 23          | 0,6%         | 262        | 6,6%         |            |              |
| ...Kultur/ Zeitgeschehen         | 200         | 5,0%         | 190         | 4,8%         | 15          | 0,4%         |            |              |            |              |
| Nichtorganisierte Gruppen        | 645         | 16,1%        | 116         | 2,9%         | 47          | 1,2%         |            |              | 239        | 6,0%         |
| <b>Regionale Verteilung</b>      | <b>3334</b> | <b>83,4%</b> | <b>1959</b> | <b>49,0%</b> | <b>538</b>  | <b>13,5%</b> | <b>449</b> | <b>11,2%</b> | <b>578</b> | <b>14,5%</b> |

\*Ein Beitrag kann Akteure in bis zu drei Kategorien aufweisen.

Eine differenziertere Benennung ergibt sich im Wesentlichen nur bei hochrangigen Politikern wie Präsident Hu Jintao oder Ministerpräsident Wen Jiabao und relevanten Ministern wie Außenminister Yang Jiechi. Zudem wird noch stark auf Mao Zedong und in geringerem Maße auf Deng Xiaoping als prägende Akteure des chinesischen politischen Systems eingegangen, obwohl damit lediglich bestimmte Phänomene wie Totalitarismus bzw. Reformpolitik symbolhaft personalisiert werden sollen. Vor allem FAZ (66,8%) und SZ (61,9%) orientieren sich sehr stark an chinesischen staatlichen Eliten, während in den Fernsehformaten (27,2%) und im Focus (39,7%) diese Handlungsträger weniger stark vorkommen. Hier manifestiert sich offensichtlich auch ein journalistisches Verständnis, bei dem hard news mit «großer» Politik assoziiert werden. Auch aus anderen Regionen werden vornehmlich offizielle Akteure als Handlungsträger präsentiert. Vertreter westlicher offizieller Politik prägen in 21,1% aller Beiträge die Handlung mit. Darüber hinaus kommt gerade der Dalai Lama als quasioffizieller Repräsentant der tibetischen Exilgemeinde in 9,6% aller Beiträge vor.

Dagegen sind internationale und supranationale Organisationen wie die UN und ihre Unterorganisationen keine bedeutenden Handlungsträger in Beiträgen mit China-Bezug. Ebenso spielen regionale Organisationen wie der südostasiatische Staatenbund ASEAN bzw. die *Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit* keine wichtige Rolle (insg. 3,0%). Die vorkommenden offiziellen Handlungsträger stehen also eher für einen medialen Fokus auf nationale Interessenlagen.

Neben den Staatsvertretern nehmen aber chinesische zivilgesellschaftliche Akteure durchaus Raum in der Berichterstattung ein. Zwar spielen konkrete chinesische *gesellschaftliche Organisationen* eine eher untergeordnete Rolle als Akteure und kommen in 6,3% aller Beiträge vor. Ihnen wird offensichtlich keine große Bedeutung zubilligt bzw. werden sie als Teil der staatlichen Sphäre verstanden. Nur ganz vereinzelt wird auf lokale Umweltgruppen, Initiativen für Wanderarbeiter oder den Behindertenverband eingegangen. Im Wesentlichen prägen Referenzen auf chinesische Medien und Wissenschaftler diese Kategorie. Wissenschaftler und Intellektuelle, die laut Mark Leonard vor allem in den zahlreichen Thinktanks einen besonderen Einfluss auf die Nomenklatura und die Staatspolitik haben und die Regierungspolitik auch kritisch begleiten<sup>170</sup>, bleiben trotzdem mit durchschnittlich 0,9% eher unterrepräsentiert. In SPIEGEL und taz treten sie allerdings häufiger in Erscheinung.

Statt einer Referenz auf institutionalisierte, aber möglicherweise nicht so staatsferne Organisationen wird in 6,5% aller Beiträge auf *Dissidenten*, Menschenrechtsaktivisten, Opferanwälte oder Minderheiten verwiesen. In den deutschen Medien repräsentieren sie damit eine chinesische Zivilgesellschaft, die in den meisten Fällen der chinesischen Obrigkeit diametral gegenübersteht. Den größten Teil der als Dissidenten bezeichneten Akteure nimmt eine recht überschaubare, namentlich bezeichnete «Gegenelite» ein wie Hu Jia oder Liu Xiaobo. Für die taz (9,7%), den SPIEGEL (8,6%) und die Fernsehformate (8,0%) spielen Dissidenten und Minderheiten in der Berichterstattung eine stärkere Rolle als für die anderen Medien.

Andererseits kommen *wirtschaftliche Akteure* in recht beachtlichem Maße vor, was mit der ökonomischen Bedeutung korrespondiert, die China beigegeben wird. Chinesische Akteure – insbesondere Banken und Unternehmen – sind dabei in insgesamt 10,2% aller Beiträge präsent, westliche Wirtschaftsakteure in 10,8%. In einem Fünftel dieser Beiträge überschneiden sich dabei die Akteursnennungen von westlichen und chinesischen Organisationen. Bei einem weiteren Fünftel werden westliche Unternehmen oder Banken in Verbindung mit dem offiziellen China gesetzt. Neben einer reinen Beschreibung von Aktivitäten einzelner Akteure wird also auch versucht, auf organisationale Beziehungen über Ländergrenzen hinweg einzugehen – etwas, was bei anderen gesellschaftlichen Organisationen wie Verbänden und im Zusammenhang mit Dissidenten kaum vorkommt.

<sup>170</sup> Leonard 2009: 33.

Das starke Auftreten von *Sportlern, Sportfunktionären und -verbänden* stellt im Jahr 2008 eine Besonderheit dar und verdeutlicht vor allem die Intensität der Boykott-Debatte. Hierbei spielen natürlich das IOC und seine Vertreter die größte Rolle und treten in 6,6% aller Beiträge auf. Aber gerade die nationalen Verbände des Westens wie der deutsche DOSB (in 5,3% aller Beiträge) und das chinesische Organisationskomitee BOCOG (in 4,7% aller Beiträge) waren fast ebenso wichtige Handlungsträger für die deutschen Medien. Der Focus verweist besonders oft auf westliche Sportakteure (in 14,1% seiner Beiträge) sowie auf das IOC (10,3%).

Handlungsträger aus *Kultur und Zeitgeschehen* treten in einem erwartbar mittleren Anteil auf. Chinesische Akteure (in 5,0% aller Beiträge) stellen dabei fast den gleichen Anteil wie westliche Akteure (in 4,8% aller Beiträge). Auf beiden Seiten wird stark auf zumeist prominente Einzelpersonen wie Musiker, Schauspieler oder Architekten eingegangen, im Hinblick auf China werden aber oft einfach Referenzen zu historischen Persönlichkeiten wie ehemaligen Kaisern hergestellt.

Schließlich wird insgesamt noch recht häufig auf *nichtorganisierte Gruppen* bzw. Einzelpersonen ohne institutionellen Zusammenhang verwiesen. Dabei ist auffällig, dass diese oft als Kollektivbegriffe für wenig spezifizierte, eher passive Handlungsträger verwendeten Bezeichnungen kaum bei westlichen Akteuren zum Tragen kommen, aber in recht hohem Maße zur Charakterisierung chinesischer (in 16,1% aller Beiträge) und auch tibetischer (in 6,0% aller Beiträge) Handlungsträger genutzt werden. So geht es im Zusammenhang mit dem Melamin-Skandal häufig um «Opfer» oder «betroffene Eltern». Die «Tibeter» werden zu einem Kollektiv zusammengefasst bzw. zeigen sich als «tibetische Demonstranten» oder «tibetische Aktivisten» auch in aktiverer Form. Häufig wird auch einfach nur auf die «Chinesen» oder das «chinesische Volk» Bezug genommen. Hier erfolgen teilweise stereotypisierende Verallgemeinerungen, die den Blick auf mögliche differierende Interessen verstellen können.

## 2.6 Autoren

Eine Aufschlüsselung der Berichterstattung nach Autorenschaft soll zum Abschluss der quantitativen Analyse deutlich machen, durch wen die Medien das China-Bild zu gestalten versuchen und welche Stellung die Korrespondenten haben, denen ja eine besondere Expertise zugeschrieben wird.

**Tabelle 18: Autorenschaft der Beiträge**

| Autor                                 | Gesamt   | FAZ      | SZ       | taz     | SPIEGEL | Focus  | ZEIT    | Tages-schau | TV      |
|---------------------------------------|----------|----------|----------|---------|---------|--------|---------|-------------|---------|
| China-Korrespondent (mit Redakteur)   | 20,6%    | 25,0%    | 19,4%    | 14,8%   | 24,2%   | 18,0%  | 25,5%   | 16,7%       | 23,2%   |
| Asien-redakteur                       | 5,2%     | 3,3%     | 0,8%     | 14,8%   |         | 7,7%   | 11,7%   | 0,8%        | 2,4%    |
| Redakteur, Journalist                 | 30,5%    | 30,2%    | 35,8%    | 14,9%   | 31,3%   | 50,0%  | 49,0%   | 26,5%       | 57,6%   |
| Auslands-korrespondent anderer Region | 7,3%     | 10,5%    | 5,9%     | 5,6%    | 3,1%    | 9,0%   |         | 6,8%        | 11,2%   |
| Externer, Experte                     | 2,2%     | 2,7%     | 1,8%     | 2,2%    | 0,8%    | 1,3%   | 7,6%    |             |         |
| Nachrichten-agentur                   | 20,6%    | 15,5%    | 25,4%    | 35,5%   |         |        |         |             |         |
| Übernahme aus anderem Medium          | 4,8%     | 7,9%     | 3,6%     | 4,6%    | 2,3%    |        |         |             | 3,2%    |
| keine Angabe                          | 8,8%     | 4,8%     | 7,1%     | 7,5%    | 38,3%   | 14,1%  | 6,2%    | 49,2%       | 2,4%    |
|                                       | 100,0%   | 100,0%   | 100,0%   | 100,0%  | 100,0%  | 100,0% | 100,0%  | 100,0%      | 100,0%  |
|                                       | N = 3998 | N = 1259 | N = 1261 | N = 870 | N = 128 | N = 78 | N = 145 | N = 132     | N = 125 |

Alle hier untersuchten Medien leisten sich eigene *China-Korrespondenten*, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und Anstellungsverhältnis (vgl. Kapitel 4.2.2). Im Durchschnitt aller Medien liefern sie – teilweise in gemeinsamer Autorenschaft mit anderen Redakteuren – reichlich ein Fünftel aller untersuchten Beiträge (20,6%). Insbesondere im Focus und im SPIEGEL wird dabei stark auf Autorengemeinschaften gesetzt. In der taz, der Tagesschau, dem Focus und der SZ kommen die China-Korrespondenten nur unterdurchschnittlich zum Einsatz, was besonders bei der SZ verwunderlich ist, die im Jahr 2008 zwei Korrespondenten vor Ort hatte. FAZ, taz, ZEIT und Focus setzen aber mit speziell *für Asien verantwortlichen Redakteuren* über die Korrespondenten hinaus auf eine starke Regionalexpertise in den Redaktionen. Insbesondere in der taz, aber auch in der ZEIT und im Focus schlägt sich diese zusätzliche Expertise stark in der Berichterstattung nieder, während in der FAZ vor allem Meinungsbeiträge vom Asienredakteur stammen. Zieht man den Gesamt-Output dieser Korrespondenten und Redakteure zusammen, so wird die China-Berichterstattung zu rund

einem Viertel von spezifischer Regionalexpertise geprägt, wobei die ZEIT sich mit 37,2% deutlich von allen anderen Medien abhebt. Insgesamt ist die Leistung der untersuchten Medien, eine durch besondere Expertise geprägte Berichterstattung zu China zu betreiben, beachtenswert.

*Auslandskorrespondenten anderer Regionen* spielen in der Berichterstattung mit 7,3% ebenfalls eine gewisse Rolle, wenn bspw. aus den Nachbarländern Singapur, Japan oder Russland berichtet wird. Insbesondere wegen des Tibet-Konflikts fand häufig eine Berichterstattung aus Indien statt, da im dortigen Dharamsala der Dalai Lama und andere exiltibetische Vertreter sitzen. Der besonders hohe Anteil anderer Auslandskorrespondenten in der FAZ (10,5%) erklärt sich dadurch, dass die Wirtschaftsberichterstattung der FAZ zu China von Singapur aus geleistet wird, während in den Fernsehformaten, dem Focus und der Tagesschau auch häufiger Korrespondenten in der EU Bezug zu China nahmen, was wiederum auf die Wichtigkeit der Herstellung geografischer Nähe zum Publikum in diesen Medien hindeutet.

Mit durchschnittlich 30,5% ist es aber der «normale» *Redakteur* oder freie Journalist, der die Berichterstattung der deutschen Medien zu China wesentlich bestimmt, wobei dessen Rolle in den Fernsehformaten, im Focus und der ZEIT besonders ausgeprägt ist. Dabei zeichnen entsprechend der Themen und Sachgebiete sowohl Redakteure aus den Auslandsressorts als auch aus Inland, Wirtschaft, Kultur, Medien oder Wissenschaft verantwortlich für die Berichterstattung. Allein aufgrund einer dadurch gegebenen Dispersität an Vorwissen und Standpunkten zu China kann eine Perspektivenvielfalt im veröffentlichten Chinabild entstehen. Es besteht aber genauso die Gefahr der Verfestigung von Klischeebildern und Stereotypen durch die Wiederholung von wenig fundiertem Halbwissen.

**Tabelle 19: Autorenschaft von Externen**

| <b>Externe Autoren</b>                  | <b>N<br/>89</b> | <b>%<br/>2,2%</b> |
|-----------------------------------------|-----------------|-------------------|
| Deutsche Politiker, NGO, Lobby          | 18              | 0,5%              |
| Deutsche Wissenschaftler                | 28              | 0,7%              |
| Andere Deutsche, z.B. Wirtschaft, Sport | 21              | 0,5%              |
| Chinesische Intellektuelle              | 13              | 0,3%              |
| Tibetische oder taiwanesishe Politiker  | 3               | 0,1%              |
| Ausländische Wissenschaftler            | 6               | 0,1%              |

*Externe Autoren* machen nur 2,2% aller Beitragslieferanten aus. Hier ist es wiederum die ZEIT, die mit 7,6% aller ihrer Beiträge zu China besonders viele externe Autoren Artikel verfassen lässt. Für die anderen Medien außer den Fernsehformaten ist die Autorenschaft durch Externe eine recht gering ausgeschöpfte, aber durchaus genutzte Option. Dabei umfassen externe Autoren hauptsächlich deutsche Wissenschaftler, aber auch deutsche Autoren aus Politik,

Wirtschaft und Sport (s. Tabelle 19). Daneben kommen noch chinesische Intellektuelle – insbesondere Dissidenten – zu Wort, sowie in der FAZ tibetische und taiwanesishe Politiker mit eigenen Beiträgen.

Explizite Übernahmen von *Nachrichtenagenturen* werden nur in den Tageszeitungen auch als solche ausgewiesen und erfahren eine sehr unterschiedliche Gewichtung. In der taz sind es 35,5% aller Beiträge, die von Nachrichtenagenturen stammen, in der SZ noch 25,4% und in der FAZ nur noch 15,5%. Insgesamt ist der Anteil der Agenturen an der China-Berichterstattung der untersuchten Medien aber überraschend gering und spricht für eine hohe Eigenleistung der Medien. Zumeist werden vor allem kleine Faktenmeldungen von Agenturen übernommen. *Dpa* wird dabei von allen Tageszeitungen am stärksten genutzt und verweist *AP*, *Reuters* und *afp* auf die hinteren Plätze. Darüber hinaus spielen noch der *Sportinformationsdienst* (*sid*), *Bloomberg* und *epd-Medien* eine kleine Rolle.

In der Tagesschau sind 49,2% aller Beiträge zu China *ohne Angabe* der Autoren, so dass auch hier davon auszugehen ist, dass es sich um Agenturmaterial oder Übernahmen aus einem Bilderpool handelt. Beim SPIEGEL tragen die vielen kleineren Meldungen keine Autorennkennzeichnung, wobei aber hier zumeist auch Redakteure oder Korrespondenten die Urheber sind. Sie stellen 38,3% aller Artikel zu China.

Für die Tageszeitungen, aber auch für den SPIEGEL und die Informationsformate des Fernsehens spielt die *Übernahme eines Beitrags* aus einem anderen Medium noch eine gewisse Rolle (4,8%), wobei hierunter v.a. die Presseschau oder die Übernahme von Formaten bspw. der *BBC* subsummiert sind. Ohnehin hoch gewichtete Themenfelder wie Olympiaboykott, Tibet und Menschenrechte werden hierbei wieder aufgenommen und erfahren eine intensive Beleuchtung über die redaktionelle Berichterstattung hinaus.

## 2.7 Fazit

Die Analyse des Themenhaushalts deutscher Medien zur China-Berichterstattung hat gezeigt, dass es über alle Medien hinweg eine *Kernagenda* an Themen gibt, die stark auf Konflikte, Gewalt und Schaden orientiert. Dabei dienen häufig klassische Nachrichtenfaktoren als Grundlage für eine Thematisierungsentscheidung wie hinsichtlich des Tibet-Konflikts, des Erdbebens oder beim Melamin-Skandal. Andererseits wird auch deutlich, dass einige dieser konfliktthaltigen Themenfelder wie bspw. zu Menschenrechten, Medienfreiheit oder Rüstung von den Medien aus eigenem Interesse heraus stärker auf die Agenda gesetzt werden. Hier wird offenbar, dass es einen Zusammenhang gibt mit diffus existierenden Stereotypen zu China in der Gesellschaft, die sich entsprechend auch in der medialen Thematisierung wiederfinden. Allein die Analyse der nur schwach auf China bezogenen Artikel hat deutlich gemacht, dass *bestehende negative Images* des Landes in großem Maße als Klischees reproduziert und nicht hinterfragt werden, insbesondere bezüglich der Süd-Süd-Beziehungen Chinas, seiner Rolle

in internationalen Organisationen und bei Umwelt- und Gesundheitsthemen. Die vertiefende Berichterstattung geht dabei nur in wenigen Fällen über eine Wiederaufnahme dieser Stereotypen hinaus.

Allerdings hat sich auch gezeigt, dass über diese Kernagenda hinaus viel stärker als in anderen Regionen der Auslandsberichterstattung wie Afrika oder Lateinamerika eine *Diversifizierung* der Sachgebiete stattfindet und gerade auch wirtschaftliche Aspekte und Kulturthemen überdurchschnittlich häufig einbezogen werden. Hier erfährt das China-Bild allein durch die thematische Dispersität eine ambivalente Betrachtung.

Nichtsdestotrotz gibt es *blinde Flecken* auf der Themenagenda deutscher Medien im Hinblick auf China. Gerade in den dynamischen Bereichen Soziales und Wissenschaft werden Themen so gut wie gar nicht erst aufgegriffen. Durch diese Nichtthematisierung gehen wichtige Hintergrundaspekte für ein Verständnis von Land und Gesellschaft verloren. In anderen stark beachteten Bereich wie Innenpolitik und Internationales fehlen häufig Analysen, die auf langfristige Entwicklungen und Veränderungen hinweisen könnten.

Die *Handlungsträger* in den Beiträgen sind zum überwiegenden Teil chinesische Akteure, wenngleich es sich hier sehr häufig um einen Fokus auf staatliche Entscheidungsträger handelt. Diese werden zumeist auch nicht stark differenziert, sondern als Kollektivbegriffe wie «Regime», «Kommunisten» oder «China» gefasst, was eine nötige Differenzierung vermissen lässt. Die Erweiterung der Akteursperspektive auf die Zivilgesellschaft erfolgt dagegen durchaus, wobei aber auch hier einige wenige Akteure – insbesondere Wirtschaftsakteure und Dissidenten – dominieren und andere organisierte Kräfte und Intellektuelle weitgehend außen vor bleiben.

Die *Eigenleistung* und relativ geringe Agenturabhängigkeit bei der Thematisierung von China ist über alle Medien hinweg beachtlich und macht sich insbesondere bei dem stark ausgebauten Themenfeld Kultur bemerkbar. Allerdings führt der Einsatz von Korrespondenten bei den klassischen Sachgebieten Innenpolitik und Internationales aber auch nicht zu einer stärkeren Thematisierung von Aspekten, die außerhalb der konflikthaften Kernagenda stehen, sondern allenfalls zu deren diskursiver Erweiterung.



### 3 Qualitative Analyse: Diskurs- und Argumentations- strukturen

Nach Sichtung und Diskussion des Gesamt-Themenhaushalts der untersuchten Medien im Jahr 2008 werden nun im Folgenden sechs der zentralen Themenfelder vertiefend analysiert. Es sollen insbesondere die Diskurs- und Argumentationsstrukturen sowohl in ihrer medieneigenen Spezifik als auch in der Gesamtberichterstattung herausgearbeitet werden. Zudem soll die Benennung der Quellen und Handlungsträger dabei helfen, die Tiefe der Berichterstattung zu bewerten.

Die Auswahl erfolgte entlang der in Kapitel 1.4.2. aufgestellten strukturellen, inhaltlichen und forschungsökonomischen Kriterien. Im Bereich der Innenpolitik sind die Berichterstattung zum Tibet-Konflikt sowie zu Menschenrechten/Zivilgesellschaft die am stärksten gewichteten Themenfelder, die zudem eine gewisse Kontinuität in der deutschen Berichterstattung aufweisen. Beide Felder werden deshalb in die Analyse einbezogen. Der Bereich Menschenrechte/Zivilgesellschaft wird dabei um das Thema Medien- und Meinungsfreiheit erweitert, da dieses Thema häufig als Ergänzung zu dem Menschenrechtsdiskurs und dem Diskurs um bürgerliche Freiheiten fungiert.

Aus dem Sachgebiet Internationales werden zum einen die Deutschen Beziehungen zu China ausgewählt. Das Bild von China in Deutschland wird wesentlich durch die deutsche Politik geprägt und durch deren Vermittlung in den Medien. Die Bewertung Chinas und des Umgangs mit China im Berichterstattungsland ist somit ein wesentlicher Aspekt der Auslandsberichterstattung. Überraschend stark werden auch die Süd-Süd-Beziehungen zwischen China und nichtwestlichen Ländern von den deutschen Medien thematisiert. Aus der Vielzahl an beschriebenen Relationen (bspw. zu Nordkorea oder Iran) werden exemplarisch die chinesisch-afrikanischen Beziehungen vertiefend analysiert. Dies hat vor allem forschungsökonomische Gründe, aber durch die Beschränkung auf eine Region lassen sich in stringenter Form konkrete Diskurs- und Argumentationsmuster aufzeigen, die sich auch hinsichtlich anderer Südregionen manifestieren.



**Tabelle 20: Verteilung der qualitativ untersuchten Beiträge nach Themen**

| Thema                                                                                      | Anzahl Beiträge |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| Tibet-Konflikt                                                                             | 273             |
| Menschenrechte/Zivilgesellschaft/Meinungsfreiheit                                          | 185             |
| Deutsche Beziehungen zu China                                                              | 139             |
| Chinesisch-afrikanische Beziehungen                                                        | 42              |
| Umwelt- und Klimapolitik                                                                   | 58              |
| Chinas Rolle in der globalen Wirtschaft – Auswahl Febr.–Apr. + Sept.–Nov. [von Gesamtjahr] | 180<br>[370]    |
| Gesamt                                                                                     | 877             |

Darüber hinaus werden die Sachgebiete Wirtschaft und Umwelt/Gesundheit mit einbezogen. Die Auswahl des Themenfeldes Umwelt- und Klimapolitik entspricht eigentlich nicht dem Kriterium der starken Gewichtung, da es nur wenige Beiträge umfasst. Allerdings ist dieses Themenfeld in unfokussierten Beiträgen sehr präsent. Auf Chinas bedeutende Rolle in der Klimapolitik sowie auf die problematische Umweltsituation im Land wird immer wieder in Nebensätzen hingewiesen. Interessant erscheint deshalb, ob und wie sich die Medien in vertiefter Form mit diesem Themenfeld auseinandersetzen.

Der Bereich Wirtschaft ist eine tragende Säule der deutschen China-Berichterstattung. Allerdings ist die Gesamtberichterstattung aufgrund ihrer Menge aus forschungsökonomischen Gründen schwer bearbeitbar. Deshalb wird zunächst der – ohnehin sehr gering ausfallende – Part der inner-chinesischen Wirtschaftsberichterstattung ausgeklammert und auf Beiträge fokussiert, die Chinas Rolle in der globalen Wirtschaft thematisieren. Dann wurden die zwei Zeiträume Februar–April und September–November 2008 ausgewählt und nur die Beiträge dieser Zeiträume vertiefend analysiert. So soll sowohl ein «normaler» Zeitraum eingefangen werden als auch ein Zeitraum, in dem die Berichterstattung durch die globale Finanzkrise bestimmt wird. Wie aus Tabelle 20 ersichtlich ist, handelt es sich insgesamt um 877 analysierte Beiträge.

### 3.1 Tiefenschnitt: Tibet-Konflikt

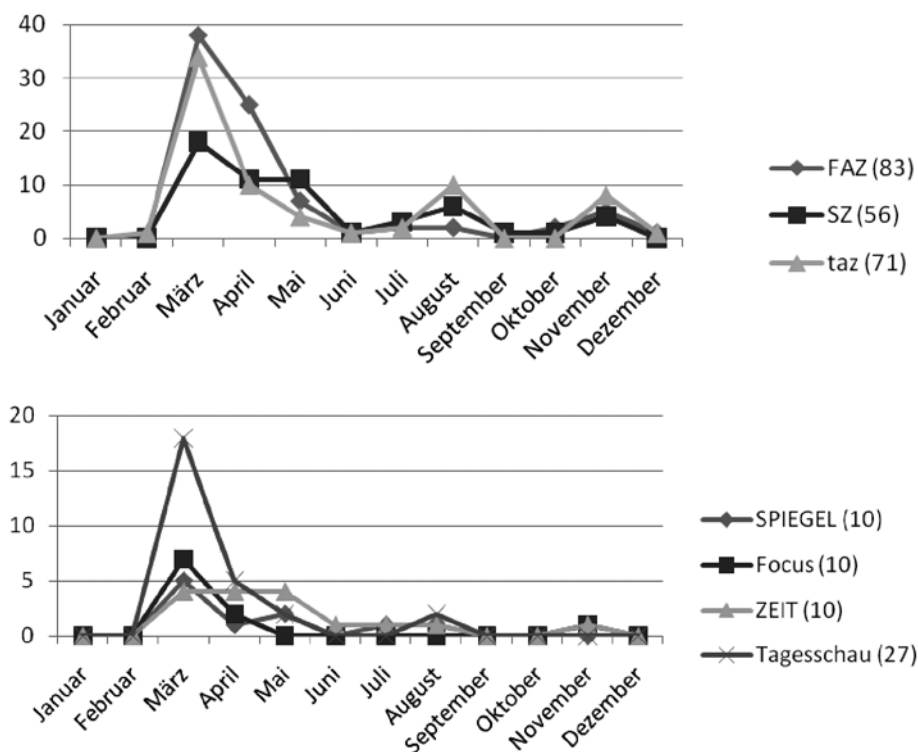
In den untersuchten Medien machen Beiträge zum Tibet-Konflikt knapp die Hälfte des Sachgebiets Innenpolitik und 11,2% der Gesamtberichterstattung über China aus. Somit wurde dem Themenkomplex Tibet von deutscher Medienseite bereits quantitativ eine sehr große Bedeutung zugesprochen.

Für die inhaltliche Analyse der Berichterstattung zu Tibet wurden alle Beiträge einbezogen, die sich maßgeblich mit den Unruhen in der Autonomen Region Tibet und den angrenzenden Provinzen im Frühjahr 2008, dem Hintergrund des schwelenden Tibet-Konflikts, der kulturellen, religiösen und sozioökonomischen Situation der in China lebenden Tibeter, der Person und Rolle des Dalai Lama und dem Verhandlungsangebot Chinas an Vertreter des Dalai Lama

auseinandersetzen. Beiträge, die vor allem die Deutschlandreise des Dalai Lama und die in diesem Zusammenhang geführte innenpolitische Debatte thematisieren, wurden in diesem Abschnitt nicht mit berücksichtigt, sondern im Tiefenschnitt *Deutsche Beziehungen zu China* behandelt.

Insgesamt wurden entsprechend der Auswahlkriterien 273 Beiträge in die Untersuchung einbezogen. Die Tageszeitungen FAZ, SZ und taz sind hierbei mit jeweils 83, 56 und 71 Beiträgen vertreten. Auf die Wochenzeitungen SPIEGEL, Focus und ZEIT entfallen 10, 10 und 16 Artikel. Die Tagesschau berichtete mit insgesamt 27 Sendebeiträgen ausgesprochen häufig zu Tibet und brachte in den zwei Wochen der Unruhen nach dem 14. März täglich einen Beitrag zum Thema.

**Abbildung 7: Verlauf der Berichterstattung zum Tibet-Konflikt**



Quelle: Eigene Erhebung

Zwei Drittel der Beiträge des Tiefenschnittes entfallen auf die Monate März und April, in denen besonders ausgiebig über die Unruhen in den tibetischen Gebieten und die Reaktionen der chinesischen Behörden berichtet wird. Gegen Ende April sorgen Neuigkeiten über eine von der deutschen Presse als überraschend wahrgenommene Dialogbereitschaft der chinesischen Führung für eine intensivierte Berichterstattung. Auch Anfang Mai bleiben die Gespräche

zwischen Vertretern des Dalai Lama und der Peking-Regierung ein präsent-  
 Thema. Allerdings beginnt die Medienaufmerksamkeit gegenüber Tibet bereits  
 spürbar nachzulassen. Im August setzen die untersuchten Medien Tibet erneut  
 auf die Agenda. Hintergrund sind hier aber vor allem die Olympischen Spiele und  
 die in diesem Zeitraum stattfindenden Proteste deutscher Tibet-Aktivist-  
 in Peking. Der eigentliche Tibet-Konflikt ist nunmehr wenig präsent. Im November  
 führten das erklärte Scheitern der Gespräche zwischen Peking und den Exil-Ti-  
 betern und die innertibetische Debatte über eine Neuausrichtung ihrer China-  
 politik dazu, dass das Tibet-Thema noch einmal Einzug in die Berichterstattung  
 hält. In den übrigen Monaten des Jahres 2008 taucht Tibet nur vereinzelt in den  
 untersuchten Medien auf.

### 3.1.1 Beschreibung der Diskurs- und Argumentationsstruktur

#### *Diskursstrang I: Die Unruhen im Frühjahr 2008 und die Frage der Gewalt*

Die Tibet-Berichterstattung in den untersuchten Medien beginnt im Wesentli-  
 chen mit dem Einsetzen der Unruhen unter tibetischen Mönchen und Jugendli-  
 chen in Lhasa und in den angrenzenden Gebieten der Autonomen Region Tibet,  
 wobei zunächst weitgehend unklar bleibt, was tatsächlich geschehen ist. «Es sind  
 die größten Proteste in Tibet seit den Unruhen von 1989, die von den Sicher-  
 heitskräften niedergeschlagen wurden», mutmaßt aber die FAZ schon am 13.  
 März.<sup>171</sup>

Die deutschen Medien konzentrieren sich zunächst überwiegend auf das  
 vermutete repressive Vorgehen der chinesischen Führung und Sicherheitskräfte.  
 Die SZ glaubt schon sehr früh, die Reaktion der chinesischen Führung zu ahnen:  
 «Den Aufstand wird Peking in gewohnter Manier niederknüppeln, und in die  
 Gefängniszellen, schon jetzt voller Mönche und Nonnen, dürften in den nächsten  
 Tagen und Wochen noch mehr Menschen gebracht werden. All dies ist traurig,  
 aber für Tibet nicht wirklich neu.»<sup>172</sup> Auch der SPIEGEL ist sich am 17. März  
 sicher, den Ausgang der Unruhen zu kennen: «Die tibetischen Mönche dürften  
 sich deshalb wenig Illusionen machen über die Entschlossenheit der Truppen,  
 denen sie sich gegenübersehen. Die schossen auch 1989 auf das Volk – in Lhasa  
 wie in Peking auf dem Platz des Himmlischen Friedens.»<sup>173</sup> «Man muss den Mut  
 der Tibeter bewundern», schreibt die FAZ in einem Meinungsbeitrag, «denn sie  
 haben die ganze Härte eines Regimes zu gewärtigen, das im Falle Tibets (und  
 dem von Taiwan) keinen Spaß versteht.»<sup>174</sup> Auch die Tagesschau prophezeit am  
 14. März mit den Worten «meist wurden diese [Aufstände] von Peking mit Gewalt  
 beendet», dass hier eine blutige Lösung des Konflikts bevorsteht.<sup>175</sup>

<sup>171</sup> «Hunderte Mönche demonstrieren in Tibet», FAZ, 13.03.2008.

<sup>172</sup> «Chinas Polizei erstickt das olympische Feuer», SZ, 15.03.2008.

<sup>173</sup> «Großer Knüppel», SPIEGEL, 17.03.2008.

<sup>174</sup> «Mutig in Tibet», FAZ, 15.03.2008.

<sup>175</sup> «Tibet: Schwerste Ausschreitungen seit knapp 20 Jahren», Tagesschau, 14.03.2008.

Entgegen den Vermutungen reagierten die chinesischen Sicherheitskräfte in Lhasa zunächst jedoch eher zögerlich, was sich in den untersuchten Medien kaum wiederfindet. Eine Ausnahme stellt ein Interview der taz dar, in dem deren deutscher Auslandskorrespondent mutmaßt, die chinesischen Sicherheitsbehörden hätten den Demonstranten bewusst Raum gelassen, damit «deren Ausschreitungen dann um die Welt gehen».<sup>176</sup>

Nichtsdestotrotz sind es nicht die Bilder von randalierenden Mönchen, sondern die von hart durchgreifenden Sicherheitskräften, die von westlichen Medien transportiert wurden. In der Tagesschau werden zwar in einer Spiegelung der Bilder aus dem chinesischen Fernsehsender CCTV auch tibetische Demonstranten beim Eintreten von Türen gezeigt, dann wird allerdings im Kommentar herausgestellt, dass die chinesische Führung hart dagegen angehen will und Hu Jintao bei ähnlichen Ausschreitungen 1989 bereits «den Schießbefehl» gegeben habe. Demnach hatten die tibetischen Proteste «nie eine Chance».<sup>177</sup> Ausführlich berichten die untersuchten deutschen Printmedien von der angespannten Atmosphäre in der «Hauptkampfzone»<sup>178</sup> Lhasa. Peking fürchte offenbar, «dass es jetzt erntet, was es mit seiner Jahrzehnte währenden Unterdrückung in Tibet gesät hat: den geballten Zorn der Unterdrückten» (FAZ).<sup>179</sup> «Es herrscht Pogromstimmung», schreibt die ZEIT<sup>180</sup>, und die Tibeter schauten so verängstigt, «als kämen die Chinesen, um ihre Kinder zu holen».<sup>181</sup> Das gesamte tibetische Hochland gleiche «einem Pulverfass» (SZ).<sup>182</sup> Auch die taz beschreibt Razzien, Bespitzelung und den Aufmarsch der Militärpolizei «mit kilometerlangen Fahrzeugkolonnen, die tausende schwerbewaffneter Polizisten transportieren».<sup>183</sup> Mit großer Militärpräsenz auch in den Nachbarprovinzen solle nun sichergestellt werden, dass sich die Proteste nicht zu einem Flächenbrand ausweiten (FAZ).<sup>184</sup> Mit Kampagnen der «patriotischen Erziehung» versuche die Führung die tibetische Bevölkerung wieder auf Linie zu bringen. Chinesische Arbeitsgruppen besuchen im Rahmen dieser Kampagne die Klöster und «verhören und quälen die Mönche», wie die SZ von tibetischen Augenzeugen per Telefon erfahren habe.<sup>185</sup> Willkürlich gehe der Sicherheitsapparat gegen die tibetische Zivilbevölkerung vor. «Die chinesischen Polizisten greifen uns einfach auf und schlagen uns», berichtet eine Tibeterin dem SPIEGEL.<sup>186</sup>

176 «Die Mönche werden sich radikalisierten», taz, 22.03.2008.

177 «Lage in Tibet: China will weiter mit Härte gegen Ausschreitungen in Tibet vorgehen», Tagesschau, 15.03.2008.

178 «Ein unheimliches Weltereignis ganz ohne Welt», FAZ, 22.03.2008.

179 «Saat der Unterdrückung», FAZ, 20.03.2008.

180 «SMS ins Kloster», ZEIT, 27.03.2008.

181 «Die Zornigen und die Frommen», ZEIT, 20.03.2008.

182 «Im Tempel der Bedrängten», SZ, 25.03.2008.

183 «Entsetzen in der Götterstadt», taz, 19.03.2008.

184 «Wie nennen die Chinesen das noch? Ein Land, zwei Systeme», FAZ, 08.04.2008.

185 «Patriotische Erziehung», SZ, 17.03.2008.

186 «Die Wut der Hirten», SPIEGEL, 31.03.2008.

Die Gewalt auf tibetischer Seite findet anfangs kaum Einzug in die deutsche Berichterstattung. Lediglich der China-Korrespondent der ZEIT und der taz, der mit einer Kollegin als einziger deutscher Medienvertreter während der Unruhen vor Ort in Lhasa ist, berichtet ausführlich auch von den Übergriffen der Demonstranten: «Sie begannen, mit Steinen auf chinesische Geschäfte zu werfen. Manchmal wussten sie nicht, ob ein Geschäft Chinesen oder Tibetern gehörte. Im Zweifel schlugen sie trotzdem zu. [...] Viele Demonstranten hatten sich in der Zwischenzeit Messer oder Werkzeug besorgt. Viele Polizisten wurden verletzt. Auch Mönche und Lamas nahmen am Protest teil, auch sie warfen mit Steinen.»<sup>187</sup> In den weiteren Medien wird das Vorgehen der tibetischen Seite zunächst eher als angemessen eingeschätzt. So berichtet der SPIEGEL sogar, dass zwar einige Mönche in chinesische Geschäfte einbrachen und diese verwüsteten, bewusst «schonten sie dabei allerdings die Ladenbesitzer».<sup>188</sup> Man könne den Unmut der Tibeter verstehen, schreibt die FAZ in einem Meinungsbeitrag. Allerdings spielten sie ihren «Unterdrückern» in die Hände, wenn sie Gewalt anwenden.<sup>189</sup> Erst mehrere Tage nach dem Ausbruch der Unruhen in Lhasa gibt die SZ zu bedenken, dass das «von Exil-Tibetern und ihren Unterstützern im Ausland gezeichnete Bild friedfertiger Tibeter, die zu Opfern chinesischer Staatsgewalt geworden sind», offenbar nur einen Teil der Wahrheit widerspiegele.<sup>190</sup> Mit einiger Verwunderung konstatiert auch die FAZ mit mehreren Tagen Verspätung, dass nicht nur Han-Chinesen, sondern auch Angehörige der Hui-Minderheit Opfer der Übergriffe geworden seien.<sup>191</sup> Allerdings, so weisen die untersuchten Medien darauf hin, sei es nur eine begrenzte Zahl von Menschen gewesen, die Gewalt angewendet haben – die «meisten Tibeter, einfache Bürger ebenso wie Mönche, billigen dies nicht» (SZ).<sup>192</sup>

## *Diskursstrang II: Der Kampf um die Meinungshoheit*

Als Hinderungsgrund für eine adäquate Berichterstattung und Steilvorlage für die anfangs dominierenden stereotypen Vermutungen wird von den deutschen Medien immer stärker der massiv eingeschränkte Zugang zu den tibetischen Gebieten herausgestellt. Dies dient vor allem dazu, dem Leser die Intransparenz der Quellenlage zu vermitteln. Problematisch sei, dass «jedes Bild, jedes Video manipuliert sein kann, von Berichten angeblicher Zeugen ganz zu schweigen».<sup>193</sup> Von beiden Seiten würden sie «mit Propaganda eingedeckt», schreibt auch die

<sup>187</sup> «Unorganisiert und voller Hass», taz, 20.03.2008, vgl. «Tibet in Aufruhr», taz, 15.03.2008, «Die Zornigen und die Frommen», ZEIT, 20.03.2008.

<sup>188</sup> «Hass und Heiligkeit», SPIEGEL, 22.03.2008.

<sup>189</sup> «Saat der Unterdrückung», FAZ, 20.03.2008.

<sup>190</sup> «Im Tempel der Bedrängten», SZ, 25.03.2008.

<sup>191</sup> «Vom Fluch des Phantasmas», FAZ, 03.04.2008.

<sup>192</sup> «Im Tempel der Bedrängten», SZ, 25.03.2008.

<sup>193</sup> «Ein unheimliches Weltereignis ganz ohne Welt», FAZ, 22.03.2008.

SZ.<sup>194</sup> Für die deutschen Journalisten sei die Berichterstattung über Tibet deshalb ein «frustrierendes Erlebnis». Die Tagesschau dokumentiert mit einer durch die chinesische Polizei abgebrochenen Überlandfahrt in die tibetischen Gebiete die Schwierigkeit der Berichterstattung.<sup>195</sup>

Die Gemengelage aus widersprüchlichen Informationen, der erhöhten Militärpräsenz in den tibetischen Gebieten und der aus westlicher Sicht mangelhaften Öffentlichkeitsarbeit der chinesischen Behörden erschwert die Arbeit der deutschen Journalisten enorm und führt zu erhöhtem Misstrauen gegenüber den Angaben der Chinesen. Über die komplette Abriegelung der Autonomen Region Tibet vermutet die FAZ denn auch, dass die chinesische Führung für «ihre Art der Konfliktregelung keine Zeugen zu haben» wünscht.<sup>196</sup> Der SPIEGEL nennt Tibet eine «PR-Katastrophe»<sup>197</sup>, einen «GAU», ein «PR-Desaster»<sup>198</sup>. Diesbezüglich falle es zunehmend schwer, «das auch nur annähernd ernst zu nehmen, was aus Peking herübertönt» (FAZ).<sup>199</sup> Die hohe Unglaubwürdigkeit chinesischer Informationen wird auch in der Tagesschau betont. So werden dort die Bilder des chinesischen Staatsfernsehens als «Propagandafernsehen, das die Proteste in Lhasa zur Randalie umwidmen soll,» gekennzeichnet und mit heimlich aufgenommenen Bildern eines Hongkonger Kameramanns konterkariert, denn «so sieht es wirklich aus».<sup>200</sup>

Die in der Tat schwer zugänglichen bzw. nachrecherchierbaren Informationen aus Tibet und das Wissen um häufig durch Zensur geprägte Berichte von chinesischer Seite verleiten deutsche Journalisten neben der notwendigen Einordnung für das deutsche Publikum aber auch hin und wieder zu vorschnellen, äußerst überspitzten oder pauschalisierenden Kommentaren. Ein Kommentator in der FAZ äußert etwa die Vermutung, die «tief verunsicherte Führung» in Peking führe nun offenbar «eine Art Endkampf gegen die nationalen Minderheiten in China».<sup>201</sup> Zudem unterlief unter anderem dem deutschen Sender *n-tv* der Fauxpas, Nachrichtenmeldungen zu den Geschehnissen in Tibet mit Bildern von gewaltsamen Sicherheitskräften in Nepal zu zeigen. Auch in der Tagesschau werden Bilder von auf tibetische Demonstranten einschlagenden

194 «Bild schwarz, Ton aus», SZ, 28.03.2008.

195 «Kritik in China: Chinesische Autoren und Intellektuelle kritisieren Vorgehen in Tibet», Tagesschau, 23.03.2008, vgl. ähnlichen Hinweis in «Proteste Exil-Tibeter: Exil-Tibeter protestieren in zahlreichen Ländern gegen Vorgehen Chinas», Tagesschau, 22.03.2008

196 «Ein unheimliches Weltereignis ganz ohne Welt», FAZ, 22.03.2008.

197 «Hass und Heiligkeit», SPIEGEL, 22.03.2008.

198 «Der Irrtum des Drachen», SPIEGEL, 07.04.2008.

199 «Verblendet», FAZ, 03.04.2008.

200 «Unruhen in Tibet: Dalai Lama wirft China kulturellen Völkermord vor», Tagesschau, 16.03.2008, vgl. auch «Tibet-Konflikt: China versucht die Lage in Tibet mit Militärpräsenz in den Griff zu bekommen», Tagesschau, 17.03.2008, «Lage in Tibet: Dalai Lama bittet internationale Gemeinschaft um Hilfe zur Lösung des Tibet-Konflikts», Tagesschau, 19.03.2008, «Olympia-Boykott: Diskussion über Boykott der Olympischen Spiele hält an», Tagesschau, 25.03.2008.

201 «Verblendet», FAZ, 03.04.2008.

Polizisten gezeigt, die in Nepal oder Indien aufgenommen sind.<sup>202</sup> Dazu kommen Beiträge über Demonstrationen von Exil-Tibetern in Europa, Japan und Australien.<sup>203</sup> Sie sind aber klar mit Ortsangaben gekennzeichnet und sollen mangels anderer Bilder als Illustration für die Unruhen der Tibeter gegen chinesische Unterdrückung dienen. Ungenauigkeiten und handwerkliche Fehler, wie falsche Bildzuordnungen oder die Unterschlagung relevanter Details in einigen westlichen Medienberichten, werden jedoch bereitwillig von der chinesischen Seite aufgegriffen und genutzt, um ihrerseits dem Westen antichinesische Propaganda vorzuwerfen. SPIEGEL und SZ weisen diese Kritik jedoch rundheraus zurück und betonen, dass etwaige Unregelmäßigkeiten in der ausländischen Berichterstattung vor allem der chinesischen Informationspolitik geschuldet seien. Der SPIEGEL nennt die Behinderung ausländischer Berichterstatter deshalb «zweckdienlich» – «Die Journalisten mussten sich mit zum Teil kaum überprüfbaren Fakten begnügen, mit mehrdeutigen Bildern, so dass das Risiko von Fehlern und Irrtümern zwangsläufig stieg. Die können ihnen nun als Manipulation ausgelegt werden.»<sup>204</sup> Auch die SZ weist Peking die Schuld zu: «Dermaßen mit Lügen eingedeckt und an sinnvoller Arbeit gehindert, werden die ausländischen Medien nun obendrein in schrillen Tönen für ihre Fehler angeprangert.»

Die taz suggeriert dagegen in einem Interview mit ihrem Korrespondenten, der als letzter westlicher Journalist während der Unruhen nach Tibet reiste, dass zumindest in den ersten Tagen des Konfliktes die deutschen Medienvertreter ihre Chance zur Recherche offenbar nicht gut genug genutzt hätten: «Es hat mich vor allem erstaunt, dass ich der Einzige [in Tibet] war. Denn es war ja überhaupt kein Problem, hierher zu kommen. Es ist eigentlich völlig absurd, warum kein anderer mehr da war.»<sup>205</sup> Auch die FAZ übt in einem Artikel eine Medien(selbst)kritik, wenn sie sich wundert, dass westliche Medien die ersten Bilder aus Lhasa sofort mit dem Tiananmen-Massaker von 1989 verglichen, obwohl die vorhandenen Bilder und Augenzeugenberichte diese Schlussfolgerung nicht stützten. Allerdings, so gibt die FAZ zu bedenken, hatte das chinesische Regime anschließend «nichts Eiligeres zu tun [...], als das desaströse Urteil, das sich der Westen in diesem Fall vorseilend von ihr gemacht hatte, nachträglich zu bestätigen».<sup>206</sup>

**202** Vgl. «Tibet-Konflikt: Dalai Lama ruft seine Landsleute zum Gewaltverzicht auf», Tagesschau, 18.03.2008, «Proteste in Nepal: Polizei in Nepal nimmt bei Demonstration 250 Menschen fest», Tagesschau, 24.03.2008, «Proteste in Nepal: Polizei löst Versammlung von Exil-Tibetern mit Schlagstöcken auf», Tagesschau, 31.03.2008, «Proteste Nepal: Exil-Tibeter demonstrieren für Unabhängigkeit», Tagesschau, 16.04.2008.

**203** «Weltweite Proteste: Exil-Tibeter protestieren weltweit gegen die chinesische Herrschaft in ihrer Heimat», Tagesschau, 15.03.2008, «Proteste Exil-Tibeter: Exil-Tibeter protestieren in zahlreichen Ländern gegen Vorgehen Chinas», Tagesschau, 22.03.2008, «Tibet-Konflikt: Der Dalai Lama begrüßt das Gesprächsangebot der chinesischen Regierung», Tagesschau, 26.04.2008.

**204** «Knallhart zur Sache», SPIEGEL, 31.03.2008.

**205** «Die Mönche werden sich radikalieren», taz, 22.03.2008.

**206** «Ein unheimliches Weltereignis ganz ohne Welt», FAZ, 22.03.2008.



Dies bleibt trotz einiger weniger selbstkritischer Artikel auch der allgemeine Tenor der deutschen Medien.

### *Diskursstrang III: Ursachen und Hintergründe des Tibet-Konflikts*

Doch wo liegen die eigentlichen Ursachen für den offenbar seit Jahren schwellenden Konflikt zwischen Teilen der tibetischen Bevölkerung und dem chinesischen Regime? Dieser zentralen Frage versuchen alle Medien im weiteren Verlauf des Konflikts in Hintergrundbeiträgen und Analysen nachzugehen. Sie identifizieren dabei vier Hauptaspekte, die zu dem Ausbruch der Unruhen geführt haben sollen. Diese sind erstens eine sozioökonomische Benachteiligung der Tibeter durch die Han-Chinesen; zweitens der Verlust der kulturellen Identität der Tibeter; drittens die ohnehin bestehenden historischen Feindseligkeiten und viertens eine schikanöse Politik seitens der Behörden, die sich im Vorfeld der Olympiade verschärft habe.

Die sozioökonomische Benachteiligung der Tibeter gegenüber den Han-Chinesen wird von allen Medien gleichermaßen beachtet und kritisiert. Die FAZ argumentiert, dass die erheblichen Transferzahlungen, die die Volksrepublik im Zuge ihrer Tibet-Politik leistete, ihr Ziel weitgehend verfehlt haben – nämlich die Stabilität in Chinas Westen zu sichern. Zwar bemühe sich Peking finanziell um die Autonome Region Tibet, baue die Infrastruktur aus, restauriere Tempel und errichte Schulen – an der einheimischen Bevölkerung gingen diese Bestrebungen jedoch vorbei.<sup>207</sup> «Geblendet von ihren eigenen Zahlen» habe die chinesische Regierung nicht erkannt, dass das Wachstum in Tibet den meisten Tibetern keinerlei Vorteile brachte.<sup>208</sup> So seien es vor allem die tibetischen Jugendlichen, denen es an beruflichen Perspektiven mangle, die zur Eskalation der Proteste beigetragen hätten. «Desolat» sei die wirtschaftliche und soziale Lage der tibetischen Bevölkerung laut Focus.<sup>209</sup> Die «massenhafte Ansiedlung» von Han-Chinesen werde von vielen Einheimischen als «Katastrophe» wahrgenommen. Die Wohnungsbauprogramme, an denen sich die tibetischen Bauern beteiligen und dafür hoch verschulden müssten, bedeuteten für die traditionell nomadisch lebenden Volksgruppen «den Verlust ihrer Eigenständigkeit und wirtschaftlichen Existenz». Gerade die ländliche Bevölkerung werde vom neuen Wohlstand nicht erfasst.<sup>210</sup> Die taz vermutet, dass chinesische Arbeitgeber ihren tibetischen Angestellten oft niedrigere Löhne als han-chinesischen Angestellten zahlten, hätte bei den Unruhen eine größere Rolle gespielt als der alte Religions- und Kolonialkonflikt.<sup>211</sup> Miserable Bildungschancen für junge Tibeter werden als weiterer Knackpunkt in der sich verschärfenden sozialen Segregation zwischen Tibetern und Han-Chinesen identifiziert. Zwar habe der chinesische Staat große

<sup>207</sup> «Tibet spürt von Chinas Wirtschaftswunder nichts», FAZ, 17.03.2008.

<sup>208</sup> «Wenig Hoffnung auf Wandel», FAZ, 01.07.2008.

<sup>209</sup> «Bedrohte Welt», Focus, 31.03.2008.

<sup>210</sup> «China fürchtet die Balkanisierung», Focus, 31.03.2008.

<sup>211</sup> «Von Angst und Aufstand», taz, 17.03.2008.



Summen in den Straßen- und Schienenbau investiert, den Bildungssektor aber sträflich vernachlässigt (ZEIT).<sup>212</sup> Ohne entsprechende Kenntnisse in der chinesischen Sprache hätten es tibetische Jugendliche schwer, auf eine weiterführende Schule zu kommen und letztendlich den sozialen Aufstieg zu schaffen. Viele Jugendliche, die vom Land in die Stadt gewandert sind, könnten keine Arbeit finden, weil sie nicht gut genug Chinesisch sprechen (taz).<sup>213</sup> Fast die Hälfte aller Tibeter seien nach wie vor Analphabeten, konstatiert die FAZ.<sup>214</sup>

Weiter wird aber auch argumentiert, dass der Verlust kultureller Identität bei vielen Tibetern schwerer wiege als der materielle Gewinn, wobei hier vor allem ZEIT und taz eher Kontrapunkte setzen. Der SPIEGEL aber hebt hervor, den Tibetern gehe es heute zwar «so gut wie noch nie», doch seien sie «spirituell ausgehungert».<sup>215</sup> Zudem fühlten sie sich mittlerweile in ihrer eigenen Heimat durch Han und Hui überfremdet und sehen sich ihrer kulturellen Identität beraubt, «denn mit dem Tempo des Wirtschaftsaufbaus können die tibetischen Hirten nur mitziehen, wenn sie ihren Lebensstil ändern. Doch dazu sind viele nicht bereit» (SPIEGEL).<sup>216</sup> Auch der in Amerika lebende Asienexperte Ian Buruma konstatiert in einem Gastbeitrag für die SZ, die Tibeter könnten «sich nicht beschweren, dass sie beim Wandel Chinas von einem Dritte-Welt-Wrack zu einem Entwicklungs-Turbo vernachlässigt worden wären», allerdings würden regionale Identität, kulturelle Vielfalt und traditionelle Künste und Gebräuche – wie überall in China – als Preis dieser Entwicklung «unter Beton, Stahl und Glas begraben».<sup>217</sup> In der taz wird unter Bezugnahme auf einen Bericht der Tibet-Lobbygruppe *International Campaign for Tibet* die von Chinesen errichtete Eisenbahnstrecke kritisiert und gezeigt, dass sie «weder zur traditionellen Lebensweise der Tibeter noch zum hochsensiblen Ökosystem ihrer Heimat» passe.<sup>218</sup> Zudem sei es der Verlust ihrer Sprache, der von vielen Tibetern beklagt werde.<sup>219</sup>

Dass Han-Chinesen und Tibeter neben all den Problemen durchaus vielfach harmonisch zusammenleben und einige Tibeter den Fortschritt begrüßen, wird ganz vereinzelt zur Sprache gebracht. Es gebe «nicht wenige Dörfer, in denen sich Tibeter und Chinesen inzwischen zusammengerauft haben», berichtet die ZEIT.<sup>220</sup> Auch offenbart ein Tibeter einer taz-Journalistin scheinbar positiv gestimmt, dass sein Kind bald besser Chinesisch als Tibetisch spreche, sei für ihn ein Teil der Modernisierung Tibets.<sup>221</sup>

<sup>212</sup> «Die Partei baut ein Paradies», ZEIT, 05.06.2008.

<sup>213</sup> «Entsetzen in der Götterstadt», taz, 19.03.2008.

<sup>214</sup> «Tibet spürt von Chinas Wirtschaftswunder nichts», FAZ, 17.03.2008.

<sup>215</sup> «Hass und Heiligkeit», SPIEGEL, 22.03.2008.

<sup>216</sup> «Die Wut der Hirten», SPIEGEL, 31.03.2008, «Der Irrtum des Drachen», SPIEGEL, 07.04.2008.

<sup>217</sup> «Die Apachen von heute», SZ, 09.04.2008.

<sup>218</sup> «Tibets Zwangsmodernisierung per Bahn», taz, 29.02.2008.

<sup>219</sup> «Bedrohte Welt», Focus, 31.03.2008, «Lebendig begraben», SZ, 19.03.2008.

<sup>220</sup> «SMS ins Kloster», ZEIT, 27.03.2008.

<sup>221</sup> «Peking kontrolliert Tibet – aber nur fast», taz, 25.03.2008.

Dass der chinesische Staat in den letzten Jahren zahlreiche tibetische Tempel wieder hat restaurieren lassen, wird in den untersuchten Medien zwar vermittelt. Jedoch geschehe der Aufbau meist nicht im Interesse der Tibeter. Die Klöster und Tempel werden von den Han-Chinesen «als Touristenziele ausgebeutet» (SZ)<sup>222</sup>. «Für die Chinesen ist die tibetische Kultur ein Ausstellungsgegenstand, sie wird folklorisiert und musealisiert», sagt denn auch der Tibetforscher Peter Schwieger in der ZEIT. Sie sollen sich als Teil einer Völkerfamilie verstehen, deren Oberhaupt die Han-Chinesen sind.<sup>223</sup> Die interessieren sich offenbar kaum für die Befindlichkeiten der Tibeter. Die ZEIT berichtet in einem weiteren Artikel über den Kreis Zhongdian, welcher 2001 in «Shangri-La» umbenannt wurde, obwohl das eigentliche mystische Shangri-La nach Erzählungen ganz woanders liegen müsste. Aber das sahen die Beamten wohl «nicht so eng. Sie waren hanchinesische Atheisten, was sollten sie sich mit tibetischen Feinheiten belasten? Das Paradies hat dort zu sein, wo das Geld hin soll.»<sup>224</sup> Kaum vorstellbar sei deshalb, so der Experte Ian Buruma in der SZ, dass die «unverwechselbare kulturelle Identität» der Tibeter überleben kann, solange Tibet ein Teil von China bleibe. Es scheine immer wahrscheinlicher, dass die Tibeter das gleiche Schicksal wie die Indianer in Nordamerika ereilt, dass «auch sie auf das Niveau einer bloßen Touristen-Attraktion reduziert [werden] und billige Andenken an eine einst große Kultur verhökern».<sup>225</sup> Lhasa sei ein «Themenpark für Chinesen», zitiert die FAZ die tibetische Exilregierung unter dem Dalai Lama.<sup>226</sup> In der Tat habe die chinesische Kulturpolitik in den letzten Jahren aus Tibet «eine Marke» gemacht, so die FAZ weiter, ein «hoch profitables Museum» für die neue Mittelschicht des Landes.<sup>227</sup> Die heutige offizielle Kultur in Tibet sei ein «künstliches Konstrukt, das von Kulturwissenschaftlern und Religionsgelehrten der Partei entworfen und überwacht wird».

Die taz jedoch hinterfragt auch die Kulturdebatte: «Welche tibetische Kultur aber meint der Dalai Lama [...]? Geht es noch um die Klöster, die einst die Kulturrevolutionäre zerstörten? Oder geht es auch um die moderne, mit dem Tourismus und dem chinesischen Privatkapitalismus verwobene tibetische Lebenskultur in einer Stadt wie Lhasa?»<sup>228</sup> Die Ambivalenz der Tibeter gegenüber den Chinesen und eine Widerlegung kulturalistischer Vorstellungen auf europäischer Seite vom Leben in Tibet wird auch in einer Reisereportage der ZEIT deutlich, die ein wenig sarkastisch schildert, dass «die jungen Tibeter in der Hauptstadt Lhasa alles andere als weltfremd und asketisch» sind. Vielmehr habe sich eine hybride Popkultur im Zuge von Verwestlichung und Globalisierung herausgebildet, die durchaus von Han-Chinesen und Tibetern gemeinsam getragen und akzeptiert

222 «Die Apachen von heute», SZ, 09.04.2008.

223 «Das buddhistische Freilichtmuseum», ZEIT, 03.04.2008.

224 «Die Partei baut ein Paradies», ZEIT, 05.06.2008.

225 «Die Apachen von heute», SZ, 09.04.2008.

226 «Tibet spürt von Chinas Wirtschaftswunder nichts», FAZ, 17.03.2008.

227 «Museum des Hasses», FAZ, 18.03.2008.

228 «Von Angst und Aufstand», taz, 17.03.2008.

wird.<sup>229</sup> In der ZEIT wirft Ex-Kanzler Helmut Schmidt den Mönchen auch vor, sie «kämpfen nicht für Menschenrechte, sondern vielmehr für die Interessen ihrer Klöster – und für den tibetischen Nationalismus»<sup>230</sup>, und der Tibetforscher Peter Schwieger unterstellt ebenfalls in der ZEIT auch «eine gewisse Bockigkeit als Reaktion auf die chinesische Herrschaft» als Hindernis für eine Anpassung an neue Lebensgewohnheiten bei den Tibetern.<sup>231</sup> Diese Argumentation bleibt jedoch angesichts der überwiegenden Schilderung von ökonomischer Marginalisierung und bewusster Ent-Kulturalisierung durch die Chinesen nur Randbemerkung.

Das bestehende Tibet-Problem wird auch aus der Perspektive historischer Feindseligkeiten betrachtet. Ob Tibet ein rechtmäßiger Teil Chinas ist oder nicht – darüber bestehen einige Kontroversen. Tibet sei schon immer ein Teil Chinas gewesen, lautet die offizielle chinesische Argumentation. Tibet sei bis zum Einmarsch der chinesischen Truppen 1950 ein eigenständiger Staat gewesen, sagen die Tibet-Unterstützer. Fakt ist, dass Tibet sich 1913 selbst als von China unabhängig erklärte, aber von keinem Land der Welt als eigenständiger Staat anerkannt wurde. Fakt ist auch, dass Tibet und China seit Jahrhunderten eine sehr wechselhafte Geschichte durchlebten, in der Tibet mal mehr und mal weniger unter chinesischer Herrschaft gestanden hatte und in der zeitweise die tibetischen Herrscher sogar ihre Macht bis weit in das chinesische Kaiserreich haben ausweiten können. Dass es über diese Faktenlage eine emotional sehr aufgeladene Debatte gibt, dass die Argumentation beider Seiten ihre Schwächen hat, dass man in der Bewertung der Rechtmäßigkeit der chinesischen Herrschaft in Tibet mit vielen geschichtlichen Widersprüchen zu kämpfen hat – diese Punkte fallen in einigen untersuchten Beiträgen völlig unter den Tisch. China habe sich Tibet «gewaltsam eingemeindet»<sup>232</sup>, das «jahrhundertlang autonome Tibet wurde 1951 von China besetzt und annektiert»<sup>233</sup>, die chinesische Führung stelle in Tibet ein «Besatzungsregime»<sup>234</sup> – so die stellenweise sehr vereinfachte Darstellung.

Einige Beiträge in denselben Medien verweisen aber durchaus auf die wechselhafte Geschichte zwischen den beiden früheren Reichen. So gibt beispielsweise der SPIEGEL zu bedenken, dass die Argumentation der Tibeter, Tibet sei «seit Menschengedenken ein unabhängiges Reich gewesen», ebenso wie die offizielle chinesische Version der Geschichte «höchst einseitig und unter Wissenschaftlern umstritten» sei.<sup>235</sup> In einem analytischen Beitrag zur «bewegten» chinesisch-tibetischen Geschichte macht die FAZ die Komplexität und Wechselseitigkeit der Machtverhältnisse der beiden früheren Reiche

<sup>229</sup> «Das Karma des Westens», ZEIT, 14.08.2008.

<sup>230</sup> «Tibet als Prüfstein», ZEIT, 15.05.2008.

<sup>231</sup> «Das buddhistische Freilichtmuseum», ZEIT, 03.04.2008.

<sup>232</sup> «Der Irrtum des Drachen», SPIEGEL, 07.04.2008.

<sup>233</sup> «Exil-Tibeter in Indien im Hungerstreik», FAZ, 14.03.2008.

<sup>234</sup> U.a. «Die Wut der Hirten», SPIEGEL, 31.03.2008.

<sup>235</sup> «Die Stunde des Wolfs», SPIEGEL, 10.05.2008.

klar.<sup>236</sup> Auch der Focus versucht eine ausgewogene Schilderung der Geschichte der chinesisch-tibetischen Beziehungen in mehreren Artikeln.<sup>237</sup> In einem Interview zeigt die Sinologin Heike Holbig zudem auf, dass Tibets Theokratie über Jahrhunderte unter wechselnder Herrschaft von Mongolen und Chinesen gestanden, aber stets die innere Autonomie bewahrt habe. Die Unabhängigkeitserklärung 1913 habe keine internationale Anerkennung zur Folge gehabt. Mao habe «nach chinesischer Lesart lediglich die frühere territoriale Integrität wieder hergestellt».<sup>238</sup> Die SZ aber argumentiert in eine andere Richtung: «Wenn die Tibeter nur wollten, könnten sie die Behauptung auch umdrehen» – schließlich sei Tibet einst so stark gewesen, dass es die damalige chinesische Kaiserstadt Chang'an besetzt hielt.<sup>239</sup>

Kommen die Autoren auf die Geschichte Tibets nach dem Einmarsch chinesischer Truppen 1950/51 zu sprechen, so zeichnen einige von ihnen ein sehr düsteres Bild. Schon sehr bald habe sich gezeigt, dass «die Chinesen in Tibet nicht wohlwollend herrschen wollten» (FAZ).<sup>240</sup> Nachdem erste Aufstände 1956 von den Chinesen «brutal niedergeschlagen» wurden, habe man Mönche und Nonnen «öffentlich zum Sex und zum Mord gezwungen. Manche wurden lebendig begraben, andere gekreuzigt», schildert die SZ überaus dramatisch.<sup>241</sup> Andere versuchen zu relativieren: Während der Kulturrevolution, so gibt der Asienexperte Ian Buruma in vergleichsweise nüchternen Worten in der SZ zu bedenken, seien die Zerstörung von Tradition und eine strikte kulturelle Reglementierung nicht nur auf Tibet beschränkt gewesen – ganz China hätte unter den Auswüchsen des im Kommunismus begründeten Atheismus und der gewalttätigen Abkehr althergebrachter Traditionen zu leiden gehabt.<sup>242</sup>

In den letzten Jahren sei die verstärkte Schikane durch die chinesischen Behörden ein weiterer Grund und der eigentliche Auslöser für die Unruhen gewesen, argumentieren die Medien weiter. Im Vorfeld von Olympia habe Peking mit «sinnlosen Verhaftungen von Tibetern, die auf einem Marktplatz lediglich ein paar antichinesische Slogans gerufen haben, mit dem Drangsalieren der Mönche und der Verweigerung eines echten Dialogs mit dem Dalai Lama [...] das Feuer selber geschürt, das nun auflodert» (SZ).<sup>243</sup> Die Proteste der tibetischen Mönche seien somit auch eine Reaktion «auf diese paranoide, vorolympische Kraftmeierei der Chinesen». Dass es in Lhasa zu Gewalttaten kam, sei eine Folge der «Drangsalierung» vor allem der buddhistischen Mönche gewesen, so die FAZ, nicht

236 «Reich der Wiedergeburten», FAZ, 28.03.2008.

237 «Kampf auf Leben und Tod», Focus, 22.03.2008, «Im Würgegriff des mächtigen Nachbarn», Focus, 31.03.2008.

238 «China fürchtet die Balkanisierung», Focus, 31.03.2008.

239 «Lebendig begraben», SZ, 19.03.2008.

240 «Der Dalai Lama hält sich nicht mehr zurück», FAZ, 15.03.2008.

241 «Lebendig begraben», SZ, 19.03.2008.

242 «Die Apachen von heute», SZ, 09.04. 008.

243 «Chinas Polizei erstickt das olympische Feuer», SZ, 15.03.2008, vgl. auch «Museum des Hasses», FAZ, 18.03.2008.

jedoch ein Anzeichen sezessionistischer Bestrebungen.<sup>244</sup> Mitverantwortlich für die Ausschreitungen in Lhasa und den umliegenden Gebieten sehen alle untersuchten Medien den KP-Chef Tibets Zhang Qingli, der die «schärfste Politik seit Jahren» durchsetze (SZ) und «seit seiner Berufung für böses Blut gesorgt habe».<sup>245</sup> Der bekannte Südtiroler Alpinist Hans Kammerlander weiß in einem FAZ-Interview auch von Ressentiments unter den chinesischen Soldaten zu berichten: Die in Tibet stationierten Militärs würden die tibetischen Träger als «Menschen zweiter Klasse» behandeln.<sup>246</sup> Sie seien «Schlächter» in Tibet, «Meister der Zerstörung», an denen er nichts Gutes sehe. «Wir hassen die Chinesen nicht, aber sie behandeln uns nicht wie Menschen», zitiert der SPIEGEL eine Tibeterin.<sup>247</sup> Der SPIEGEL konstruiert zu den Unruhen im März zudem eine Verbindung zwischen neuerlicher nationaler Aufrüstung und dem Vorgehen in Tibet: «Ist der rabiate, unnachgiebige Umgang mit Tibet bezeichnend für die Politik eines aggressiven Staates, der schon die Roten Khmer in Kambodscha unterstützt, das sozialistische Vietnam angegriffen und einen Grenzkrieg mit Indien entfesselt hat?»<sup>248</sup>

Bei der Ursachenforschung wird also durchaus nach unterschiedlichen Motiven und Erklärungsmöglichkeiten gesucht, die von kulturellen über historische bis zu sozioökonomischen Aspekten reichen. Während sich die Medien hinsichtlich der sozioökonomischen Benachteiligung der Tibeter weitgehend einig sind, wird insbesondere hinsichtlich des kulturalistischen Erklärungsstrangs auch ein Binnenpluralismus vor allem in taz und ZEIT und hinsichtlich des historischen Erklärungsstrangs in allen Medien deutlich. Vereinfachungen und unzulässige Pauschalisierungen kommen dabei genauso vor wie kompetente und ausgewogene Schilderungen möglicher Ursachen. Allerdings wird der Konflikt insgesamt viel zu selten auch aus der chinesischen Perspektive beleuchtet, was zu einer wichtigen Perspektiverweiterung beitragen kann, wie gerade die Tageszeitungen und der Focus zeigen.

Denn auch für Peking steht in diesem Konflikt viel auf dem Spiel. China fürchte offensichtlich eine Balkanisierung, sagt die promovierte Sinologin Heike Holbig im Focus-Interview.<sup>249</sup> Gerade der «Eckstein» Tibet ins Wanken, drohe auch das Auseinanderbrechen anderer von Minderheitenvölkern bewohnten Regionen. «Das Prinzip der nationalen und territorialen Einheit wird mit Zähnen und Klauen verteidigt – notfalls auf Kosten des internationalen Images.» Holbig

<sup>244</sup> «Mutig in Tibet», FAZ, 15.03.2008, vgl. «Der Dalai Lama hält sich nicht mehr zurück», FAZ, 15.03.2008.

<sup>245</sup> «Patriotische Erziehung», SZ, 17.03.2008, «Der Statthalter», FAZ, 27.03.2008, vgl. auch «Verschärfte Personenkontrollen in Peking», taz, 31.03.2008, «Videos für die Tibeter», FAZ, 22.04.2008.

<sup>246</sup> «Meister der Zerstörung», FAZ, 19.03.2008.

<sup>247</sup> «Mönche lügen nicht», SPIEGEL, 22.03.2008.

<sup>248</sup> «Großer Knüppel», SPIEGEL, 17.03.2008.

<sup>249</sup> «China fürchtet die Balkanisierung», Focus, 31.03.2008.

begründet dieses Verhalten vor allem mit den «sehr schmerzhaften Gebietsabtrennungen», die China im 19. Jahrhundert erfahren habe. Auch die SZ bestätigt, China fürchte sich davor, Tibet mehr politische Autonomie zuzugestehen, «weil es in China wenig Erfahrung gibt mit der Freiheit jenseits des Zentralstaates und weil die Furcht wabert vor einem Auseinanderbrechen des Landes wie einst bei der Sowjetunion».<sup>250</sup> Die FAZ argumentiert weiter, dass schlimmer als der weltweite Imageschaden, den China durch die Unruhen befürchten muss, die Gefahr der Inspiration anderer unzufriedener Volksgruppen wiege, sich ebenfalls gegen ihre Herrscher aus Peking aufzulehnen.<sup>251</sup> In der taz wiederum wird das Argument des Sezessionismus kontrovers debattiert. Ein Kommentar geht davon aus, dass in China das «Ansinnen auf eine Unabhängigkeit Tibets als ethnische Kriegserklärung empfunden» wird. Noch dazu sei «die Vorstellung, 0,5 Prozent der chinesischen Bevölkerung (so groß ist der Anteil der Tibeter) eine Autonomie zu gewähren, der bevölkerungsreiche Provinzen wie Sichuan oder Yunnan ihre größten Flächen opfern müssten, [sein] in China völlig indiskutabel».<sup>252</sup> Ein anderer aber setzt dagegen, die Angst, bei Gewährung von «echter Autonomie» eine Art Dominoeffekt nach Unabhängigkeitsforderungen bei anderen Minderheiten in China zu erzeugen, sei «Angst in den Köpfen mancher Funktionäre [...], doch eine reale Basis hat sie nicht». Beispiele wie Kurdistan, Baskenland, Aceh und Südtirol belegten doch, dass «echte Autonomie das sicherste Mittel gegen Sezessionsbestrebungen ist».<sup>253</sup> Diese Art von kontroverser Debatte über mögliche Ursachen findet aber nur selten wirklich ausführlich statt.

#### *Diskursstrang IV: Chinesisch-tibetische Dialoge und zukünftige Perspektiven*

Die deutschen Medien versuchen im Verlauf ihrer Berichterstattung auch zunehmend, eventuelle Lösungsmöglichkeiten und deren Risiken auszuloten. Dabei geht es zunächst um die Rolle Deutschlands bzw. des Westens in diesem Prozess.

SZ und ZEIT lassen dabei verschiedene deutsche Politiker zu Wort kommen. In einem Gastbeitrag in der SZ argumentiert die Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen Antje Vollmer, dass die Forderungen nach mehr Druck auf China die Reformer in China schwächen und diejenigen Nationalisten stärken, «die schon immer auf die Weltmeinung gepfiffen haben».<sup>254</sup> Sie kritisiert, dass Europa die Tibet-Frage nur unter dem Gesichtspunkt «innenpolitischen Applauses», nicht aber unter dem Aspekt einer politischen Lösung behandle. Wem wirklich am Erhalt der tibetischen Kultur gelegen sei und wer die Rückkehr des Dalai Lama anstrebe, der solle keine Illusionen schüren. Eine leise Politik der Annäherung, eine Intensivierung der geheimen Gespräche zwischen

<sup>250</sup> «Schwebend über den Niederungen der Tagespolitik», SZ, 20.05.2008.

<sup>251</sup> «Unruhiges Jahr», FAZ, 17.03. 2008.

<sup>252</sup> «Luftschlösser im Himalaja», taz, 24.11.2008.-

<sup>253</sup> «Tibet nach Olympia», taz, 26.08.2008.

<sup>254</sup> «Droht der nächste kalte Krieg?», SZ, 15.04.2008.



Vertretern der chinesischen Führung und Gesandten des Dalai Lama hätte eine weitaus größere Aussicht auf Erfolg. Auch der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt mischt sich in einem Beitrag für die ZEIT in die Debatte ein und rät der deutschen Regierung dazu, sich nicht an einer «Verschärfung» der Situation zu beteiligen: «Unserer Regierung ist Abstand und Respekt anzuraten – vor China und vor jeder Religion.» Schmidt sieht «Tibet als Prüfstein» und in den «antichinesischen Protesten und Propaganda» im Westen vor allem eine Mischung aus «idealistischen Motiven mit Antikommunismus und mit Angst vor dem aufstrebenden Konkurrenten China».<sup>255</sup>

Andere Stimmen wünschen sich dagegen von der Bundesregierung und dem Westen insgesamt ein entschlosseneres Auftreten. So schreibt die FAZ in einem Beitrag, der Tibet-Konflikt sei nicht allein eine innere Angelegenheit Chinas: «Warum erkennt der Westen nicht die Unabhängigkeit Tibets an?»<sup>256</sup> Dies wäre schließlich die Konsequenz aus der westlichen Politik gegenüber dem Kosovo. In einem anderen Beitrag heißt es, in der Bewunderung für den Aufstieg Chinas zur Großmacht habe der Westen den Charakter des chinesischen Herrschaftssystems gern übersehen.<sup>257</sup> Das westliche Ausland werde zudem zum «unfreiwilligen Verbündeten der Peking-Regierung in ihrem Kampf gegen die eigene Bevölkerung», wenn es nicht sein «betretenes Schweigen» breche und mäßigend auf Chinas Führung einwirke.<sup>258</sup> Die ZEIT meint, China werde den Tibetern zwar ohnehin nicht entgegenkommen und auf seine «souveränen Unterdrückungsrechte» verzichten – aber in diese Verlegenheit komme es auch gar nicht, weil «die Welt viel zu beflissen ist, sich die kommende Supermacht gewogen zu halten».<sup>259</sup>

Im Zusammenhang mit der polarisierten Debatte über öffentlichen Druck auf China oder eine Politik der stillen Verhandlungen setzen sich insbesondere taz und SZ auch kritisch mit den teilweise als überzogen empfundenen öffentlichen Solidaritätsbekundungen zu Tibet auseinander. Die SZ macht im Hinblick auf Tibet im Westen eine Stimmung gegenüber «den Chinesen» aus, die ihnen eine geradezu «volksimmanente Boshaftigkeit» unterstelle.<sup>260</sup> Die Wurzeln für die Legitimierung antichinesischer Ressentiments lägen tief in der europäischen Geschichte begraben. Sowohl in der «Dämonisierung der Chinesen» als auch in der «Verklärung der Tibeter» betrachteten sie dabei das jeweilige Volk als monolithische Einheit. In mehreren Artikeln kritisiert die taz ein westliches Schwarz-Weiß-Denken im Tibet-Konflikt: «Die Regierung in Peking hat ihr wahres Gesicht gezeigt, der Westen tritt ein für Freiheit und Demokratie. [...] Die Welt scheint in Ordnung, Gut und Böse wieder am rechten Platz», urteilt der Asienexperte Klaus

<sup>255</sup> «Tibet als Prüfstein», ZEIT, 15.05.2008.

<sup>256</sup> «Eine Frage der Identität», FAZ, 26.03.2008.

<sup>257</sup> «Selbstachtung», FAZ, 22.03.2008.

<sup>258</sup> «Saat der Unterdrückung», FAZ, 20.03.2008.

<sup>259</sup> «Fackel im Sturm», ZEIT, 03.04.2008.

<sup>260</sup> «Die ewige Suche nach Shangri-La», SZ, 16.05.2008.

Fritsche in einem Gastbeitrag.<sup>261</sup> «Reflexhaft und wenig kreativ» seien deshalb viele Reaktionen im Westen.<sup>262</sup>

Die Debatte über mögliche Lösungen erfährt einen neuen Aufhänger mit einem Gesprächsangebot der KP an die Gesandten des Dalai Lama, das aber einhergeht mit verbalen Verunglimpfungen des Dalai Lama. Die deutschen Medien diskutieren dieses Angebot intensiv, legen dabei aber eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den Motiven der chinesischen Führung an den Tag.

Eine Einwilligung Pekings in einen Dialog entspräche einer «sensationalen politischen Kehrtwende», schreibt die FAZ zwar noch am 22.03. in einem Meinungsbeitrag, ohne jedoch auch darauf hinzuweisen, dass es in den Jahren davor bereits mehrere solcher Dialoge gegeben hat. Doch gleichzeitig konstatiert sie: «Was sollte es zu besprechen geben mit einem Mann, der als Wolf in Mönchskutte verspottet und als Anstifter zum Separatismus beschimpft wird und dessen Aufrufe zur Gewaltlosigkeit systematisch ignoriert werden?»<sup>263</sup> und beurteilt den Vorschlag später als «Propagandacoup».<sup>264</sup> Insofern zweifeln die untersuchten Medien stark an der Aufrichtigkeit des Vorschlags: «Ist es nur ein Propagandatrick oder doch ein ernst gemeintes Verhandlungsangebot?», fragt die ZEIT,<sup>265</sup> denn in «übler stalinistischer Manier» «verteufeln» sie den Dalai Lama als den Drahtzieher der Aufstände, «gar als terroristischen Verschwörer».<sup>266</sup> Der SPIEGEL vermutet eine «Finte» oder ein «taktisches Manöver».<sup>267</sup> Auch die taz gibt zu bedenken, dass die Kommunisten die Hürden für Kompromisse durch den Rückfall in eine «längst überwunden geglaubte Rhetorik» und die «Verteufelung des Dalai Lama» unnötig erhöht hätten.<sup>268</sup> Der Gesichtsverlust wäre für die chinesische Seite bei einem eventuellen zukünftigen Kurswechsel umso größer, schlussfolgert sie daraufhin. Für einen Kommentator in der SZ ist klar, dass «Peking die Tibeter nur hinhält und mit einem Scheindialog auf Zeit spielt».<sup>269</sup> Bei der vermeintlichen «Dialogbereitschaft» Pekings handele es sich lediglich um «Propaganda». Gerade die Diffamierung des Dalai Lama lasse sich gewiss nicht mit einem Dialog vereinbaren: «Für wie dumm halten die Chinesen den Rest der Welt? Oder haben sie angefangen, ihrer eigenen Propaganda zu glauben?»<sup>270</sup> Die Tagesschau präsentiert zwar einen optimistischen EU-Kommissionspräsidenten Barroso, der sogleich den Dalai Lama in die Pflicht nimmt, auf das «überraschende» Angebot einzugehen. Zugleich wird in den Beiträgen aber darauf

261 «Das Böse im fernen Osten», taz, 03.04.2008.

262 «Betonköpfe zu Bambussprossen», taz, 14.04.2008.

263 «Selbstachtung», FAZ, 22.03.2008.

264 «Der zweite Coup», FAZ, 05.05.2008, vgl. auch «Befreiungsschlag», FAZ, 26.04.2008., «Wie nennen die Chinesen das noch? Ein Land, zwei Systeme», FAZ, 08.04.2008, «Des Dalai böse Taten», FAZ, 07.05.2008.

265 «Gespräche mit dem bösen Geist», ZEIT, 01.05.2008.

266 «Druck hilft doch», ZEIT, 01.05.2008.

267 «Die Stunde des Wolfs», SPIEGEL, 10.05.2008.

268 «Betonköpfe zu Bambussprossen», taz, 14.04.2008.

269 «Süß-saure Dialoge», SZ, 22.03.2008.

270 «Pekings Sabotage der Spiele», SZ, 19.03.2008.



hingewiesen, dass aufgrund der bisher fehlgeschlagenen Gesprächsrunden zwischen China und Vertretern des Dalai Lama kaum Vertrauen zwischen den beiden Seiten da ist<sup>271</sup> und chinesische offizielle Medien weiter den Dalai Lama verunglimpfen.<sup>272</sup>

Dass Peking überhaupt Bereitschaft zu einem Dialog signalisiert, erklären die untersuchten Medien vor allem mit dem internationalen Druck auf China und der Sorge der chinesischen Führung um ihr «Prestigeobjekt»<sup>273</sup>, die Olympischen Spiele. Das Pekinger Politbüro habe angesichts des «Fackellauf-Desasters», bei dem es immer wieder zu Störungen von Tibet-Aktivisten kam, offenbar keinen anderen Ausweg mehr gesehen, vermutet die ZEIT.<sup>274</sup> Denn «während China von den Olympischen Spielen reden möchte, redet die Welt von Tibet», konstatiert auch die FAZ.<sup>275</sup> Das Dialogangebot weise darauf hin, dass «die chinesische Regierung also doch nicht bereit ist, gezielt ihre internationale Isolierung zu betreiben».<sup>276</sup> Die taz schreibt: «Jetzt ermöglicht der Schritt Chinas Regierung, den internationalen Druck zu reduzieren und sich positiv darzustellen. Nicht zufällig erfolgte die Ankündigung beim Besuch der EU-Kommission in China.»<sup>277</sup> Ein ZEIT-Herausgeber dagegen sieht die Wirtschaftsorientierung Chinas als die eigentliche Ursache dafür, dass die Pekinger Führung auf westlichen Druck hin einem Dialog zugestimmt hat: China agiere heutzutage weniger wie ein totalitärer Staat, sondern eher «wie Wal-Mart oder Lidl, die auf ihre Reputation achten müssen».<sup>278</sup> Diese Bewertungen stützen die verbreitete Argumentation vom rein taktischen chinesischen Manöver gegenüber den Tibetern und der westlichen Öffentlichkeit.

Nichtsdestotrotz wird trotz dieser Skepsis auch eine Erwartungshaltung an den Dialog aufgebaut. Einige Beitragsautoren sehen nun explizit die chinesische Führung in Zugzwang – schließlich habe der Dalai Lama ja schon vor Jahren von einigen seiner früheren Forderungen Abstand genommen, konstatiert bspw. die SZ.<sup>279</sup> So fordere er heutzutage nicht mehr die Unabhängigkeit Tibets, sondern «lediglich die Selbstbestimmung des tibetischen Volks in «religiösen und spirituellen Fragen»«, womit ja «eigentlich Pekings Hauptforderung erfüllt» wäre.<sup>280</sup> Der hessische Ministerpräsident und Freund des Dalai Lama, Roland Koch, geht in einem Beitrag für die ZEIT und einem Interview im Focus davon aus, dass

271 «EU-China-Gipfel: China stellt Treffen mit Vertreter des Dalai Lama in Aussicht», Tagesschau, 25.04.2008.

272 «Tibet-Konflikt: Nach Gesprächsangebot wieder scharfe Kritik in Chinas Medien am Dalai Lama», Tagesschau, 27.04.2008.

273 «Großer Schritt zu hohen Hürden», FAZ, 26.04.2008.

274 «Gespräche mit dem bösen Geist», ZEIT, 01.05.2008.

275 «Keine Spur vom «harmonischen China»», FAZ, 01.04.2008.

276 «Befreiungsschlag», FAZ, 26.04.2008.

277 «Nur reden reicht nicht», taz, 26.04.2008, vgl. «Peking spricht doch mit dem Dalai Lama», taz, 26.04.2008.

278 «Druck hilft doch», ZEIT, 01.05.2008.

279 «Ein Lauffeuer, das China guttut», SZ, 26.04.2008.

280 «Süß-saure Dialoge», SZ, 22.03.2008.

die Tibeter über Jahre hinweg immer absolut friedlich und voller «religiöser Demut» kulturelle Autonomie eingefordert und gegenüber China in «Vorleistung» gegangen seien – dieses sei jetzt an der Reihe zu handeln.<sup>281</sup>

Einige Beiträge, die vereinzelt in allen Medien vorkommen, weisen aber auch darauf hin, dass die Forderungen des Dalai Lama nach «kultureller Autonomie» sehr vage seien.<sup>282</sup> Die FAZ schreibt, dass der Dalai Lama in seinen Forderungen nicht nur von dem Gebiet der heutigen Autonomen Region Tibet ausgeht, sondern von einem historischen Groß-Tibet, das weite Teile anderer chinesischer Provinzen mit einschließt.<sup>283</sup> Insgesamt wird in den deutschen Medien zwar schon darauf eingegangen, dass der Dalai Lama gerne «im Ungefähren» bleibe – «nahe an Kalendersprüchen» (SPIEGEL) und «eine Gesprächsstrategie pflegt, die genial einfach und unkonkret ist» (SZ).<sup>284</sup> Allerdings ziehen nur wenige Beiträge daraus den Schluss, dass «mehr Pragmatismus auf beiden Seiten» (FAZ) nötig sei bzw. dass «die Tibeter eine China-, keine Anti-China-Strategie» brauchen (ZEIT).<sup>285</sup>

Das Scheitern der Dialoggespräche im November löst trotz der angebrachten Skepsis erneut Enttäuschung in den deutschen Medien aus. Entsprechend der formulierten Erwartungen ist es vor allem die Unbeweglichkeit der chinesischen Führung, die hierfür verantwortlich gemacht wird: «Die jüngsten Äußerungen der chinesischen Regierung legen nahe, dass sie es mit der Kompromissbereitschaft nicht allzu ernst gemeint hat», urteilt die ZEIT.<sup>286</sup> Letztendlich, so die SZ, habe die chinesische Gesprächsbereitschaft von Anfang an nur dazu gedient, die Kritiker im Westen zu beruhigen und «das Thema wenigstens während der Spiele zu verdrängen. Die Peking Führung weiß inzwischen sehr genau, wie flüchtig die Aufmerksamkeit westlicher Mediendemokratien ist.»<sup>287</sup> Kompromissbereitschaft gelte in Peking als Zeichen der Schwäche – und werde deshalb von vornherein abgelehnt, mutmaßt die FAZ.<sup>288</sup>

Offenbar versuche Peking den Konflikt einfach auszusitzen und auf ein natürliches Ende der Dalai-Lama-Frage zu warten, mutmaßten etliche Beiträge schon im Vorfeld der Gespräche und sehen sich nun bestätigt. Die Peking Führung hoffe darauf, «nach dem Tod des jetzt 72-jährigen Dalai Lama selbst

281 «Peking kann Kritik vertragen», ZEIT, 08.05.2008, «Eine Chance, jetzt etwas für die Tibeter zu erreichen», Focus, 14.04.2008.

282 U.a. «Geiseln der eigenen Ansprüche», FAZ, 16.05.2008, «Politiker im Mönchsgewand», SZ, 17.05.2008.

283 «Unterschiedliche Vorstellungen über Tibet», FAZ, 18.03.2008, «Geiseln der eigenen Ansprüche», FAZ, 16.05.2008.

284 «Die Stunde des Wolfs», SPIEGEL, 10.05.2008, «Schwebend über den Niederungen der Tagespolitik», SZ, 20.05.2008.

285 «Geiseln der eigenen Ansprüche», FAZ, 16.05.2008, «Die Zornigen und die Frommen», ZEIT, 20.03.2008, vgl. auch «Nur Reden reicht nicht», taz, 26.04.2008, «Gespräche mit dem bösen Geist», ZEIT, 01.05.2008.

286 «Armer Dalai Lama», ZEIT, 18.11.2008.

287 «Ende der diplomatischen Spiele», SZ, 11.11.2008.

288 «Der Fall Tibet», FAZ, 18.11.2008.

eine Reinkarnation ernennen zu können. So hätte sie den nächsten Dalai quasi «von Geburt an» unter Kontrolle.»<sup>289</sup>

#### *Diskursstrang V: Der Dalai Lama und die exiltibetische Gemeinde*

Die vermeintliche Strategie der chinesischen Führung, auf den Tod des derzeitigen Dalai Lama zu warten, halten die deutschen Medien angesichts der Dynamiken in der exil-tibetischen Gemeinde durchweg für fatal. Der Dalai Lama gilt ihnen als Vertreter eines «mittleren Wegs», der auf einen friedlichen Ausgleich mit China setze. Für die ZEIT ist er einer der «paar Symbolfiguren», die «für den Weg des gewaltlosen Widerstands» stehen wie Gandhi oder Martin Luther King: «Sein Beispiel gehört nicht nur den Tibetern, es gehört der ganzen Welt.»<sup>290</sup> Sein «mittlerer Weg» findet aber laut dem Eindruck der deutschen Medien unter den Exil-Tibetern immer weniger Fürsprecher. Einen «Friedensnobelpreisträger, dem offensichtlich alle Friedenspartner abhandengekommen sind», nennt ihn der SPIEGEL, einen «Gottkönig ohne Land, ein[en] Sisyphus vom höchsten Gebirge der Welt, dem wieder, wie schon sein ganzes tragisches Leben lang, Felsbrocken entgegenrollen».<sup>291</sup>

Nunmehr höre man nämlich auch Stimmen anderer Exil-Tibeter, denen das Vorgehen des Dalai Lama zu moderat ist. Durchgängig alle Medien weisen auf einen Generationenkonflikt unter den Tibetern hin: Der Dalai Lama bleibe zwar seiner Linie der Gewaltlosigkeit treu, erreiche damit aber einen Teil der tibetischen Jugend einfach nicht mehr.<sup>292</sup> Die jungen Tibeter, vor allem die Anhänger des *Tibetischen Jugendkongresses*, wären in ihren Forderungen nach Unabhängigkeit weitaus radikaler als er, der er lediglich Autonomie und Religionsfreiheit erreichen wolle. Nicht ganz auszuschließen sei deshalb, so der SPIEGEL, dass einige von ihnen daran denken, «aus dem pazifistischen Kampf einen à la Palästina zu machen».<sup>293</sup>

Die mögliche Hinwendung der Tibeter zu radikaleren Methoden des Widerstands wird mit Sorge von den deutschen Medien betrachtet und als Mittel im Kampf abgelehnt. Eine solche Radikalisierung würde laut FAZ einen «dramatischen Bruch mit dem bisherigen Idealbild von Tibet in der Welt [bedeuten], das mit dem Gesicht des strikt auf Gewaltfreiheit setzenden Dalai Lama verschmolzen war. Vermutlich war dieses Bild sogar einer der Gründe, weshalb die Nachricht von randalierenden und brandstiftenden tibetischen Jugendlichen es anfangs

<sup>289</sup> «Süß-saure Dialoge», SZ, 22.03.2008, vgl. «Hoffnung auf den Tod», taz, 15.03.2008, «Der Fall Tibet», FAZ, 18.11.2008.

<sup>290</sup> «Armer Dalai Lama», ZEIT, 18.11.2008.

<sup>291</sup> «Hass und Heiligkeit», SPIEGEL, 22.03.2008.

<sup>292</sup> «Saat der Unterdrückung», FAZ, 20.03.2008, «Ohnmächtig oder allmächtig?», FAZ, 19.03.2008, «Gefangen in Sanftmut», ZEIT, 27.03.2008, «SMS ins Kloster», ZEIT, 27.03.2008, «Bedrohte Welt», Focus, 31.03.2008, «Exil-Tibeter unterstützen China-Politik des Dalai Lama», SZ, 24.11.2008, «Mönch und Marxist», taz, 23.03.2008.

<sup>293</sup> «Hass und Heiligkeit», SPIEGEL, 22.03.2008.

schwer hatte, sich in der westlichen Öffentlichkeit durchzusetzen: Das klang so unglaublich, dass man es zuerst eher für eine chinesische Propagandalüge halten wollte», urteilt sie auch ein wenig selbstkritisch.<sup>294</sup> «Das Bild von friedlichen, in sich gekehrten buddhistischen Mönchen ist Teil der einzigartigen PR-Leistung der tibetischen Exilregierung», konstatiert auch die taz.<sup>295</sup> Nun stärke die Ablehnung des Dialogs «jene, die den gewaltfreien Weg für eine Sackgasse halten» und die glauben, «dass gezielte militante Aktionen gegen chinesische Einrichtungen oder Repräsentanten dazu beitragen könnten, politisch ernst genommen zu werden».<sup>296</sup> Dieses «teilweise aggressive Vorgehen im Kampf um Freiheit [würde aber] nur China in die Hände» spielen (FAZ).<sup>297</sup> Damit hätten diejenigen Tibeter, die das Thema Gewalt auf die Agenda setzen, mit Peking gemein, dass «auch sie sich um die real existierenden ethnischen Probleme und deren Lösung wenig kümmern».

In den untersuchten Medien wird allerdings nur sehr wenig dazu gesagt, ob – und wenn ja, wie – sich die Forderungen der Exil-Tibeter von denen der in der Volksrepublik China lebenden Tibetern unterscheiden. An einigen Stellen wird zumindest angedeutet, dass es den in China lebenden Tibetern vor allem um eine Verbesserung ihrer Lebenssituation gehe, weniger um einen Kampf für ein unabhängiges Tibet. Antje Vollmer schreibt dazu in der SZ: «Es ist ein generelles Phänomen, dass aus dem Exil härtere und manchmal unrealistischere Forderungen gestellt werden als innerhalb des Landes.»<sup>298</sup>

### 3.1.2 Quellen und Akteure

Die Autoren der untersuchten Medienbeiträge nutzen zumeist ein Spektrum an häufig parteiischen Sekundärquellen: internationale Menschenrechtsorganisationen, exiltibetische Gruppen, offizielle chinesische Angaben durch die Nachrichtenagentur *Xinhua* oder Regierungssprecher sowie chinesische Zeitungen. Insbesondere die Auslandskorrespondenten versuchen in den ersten Wochen des Konflikts in ihren Beiträgen auf den problematischen Zugang zum Krisengebiet aufmerksam zu machen und den Mangel an neutralen Quellen und dem fehlenden eigenen Augenschein offenzulegen.

So aber stehen vor allem exiltibetische Quellen im Vordergrund wie die *Tibet-Initiative Deutschland* (TID), das *Tibetan Centre for Human Rights and Democracy* (TCHRD), der *Tibetan Youth Congress* (TYC), die *Students for a Free Tibet*, die *International Campaign for Tibet Deutschland* (ICT) sowie etliche Vertreter der Exilregierung wie Tenzin Taklha und Samdhong Rinponche oder gar der Dalai Lama selbst. Dem entgegengestellt werden in der Regel Meldungen und Zitate aus der offiziellen chinesischen Nachrichtenagentur *Xinhua* bzw.

<sup>294</sup> «Vom Fluch des Phantasmas», FAZ, 03.04.2008.

<sup>295</sup> «Friedensheld zwischen den Fronten», taz, 22.03.2008.

<sup>296</sup> «Das Drama von Dharamsala», taz, 25.11.2008.

<sup>297</sup> «Vom Fluch des Phantasmas», FAZ, 03.04.2008.

<sup>298</sup> «Droht der nächste kalte Krieg?», SZ, 15.04.2008.

in der Tagesschau die gespiegelten Beiträge des chinesischen Fernsehens. Die Skepsis gegenüber den chinesischen Quellen überwiegt bei der Darstellung eindeutig, wenngleich auch die exiltibetischen Quellen nicht als unparteiisch gesehen werden. Dennoch erfahren sie in der Präsentation zumeist eine höhere Glaubwürdigkeit oder zumindest deutlich weniger Hinterfragung als die chinesischen. Immerhin versuchen alle untersuchten Medien diese Polarisierung an Akteuren und Quellen aufzuweichen, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln und unterschiedlicher Stärke.

Eines dieser Mittel ist der Einbezug von Experten, denen allerdings nur ZEIT und taz ausführlicher sowie Focus und SZ in geringerem Maße Platz widmen. Der Korrespondent von ZEIT und taz sucht insbesondere zu chinesischen Experten Zugang wie Zhang Lizhong vom Amt für auswärtige Angelegenheiten der Autonomen Region Tibet, Zhu Feng, Professor für Internationale Beziehungen an der Peking-Universität, Professor Jia Qingguo, Vizedekan der Peking-Universität, Shen Jiru, außenpolitischer Experte der *Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften* sowie Wang Lixiong, ein unabhängiger Tibet-Experte und seine tibetische Frau Tsering Woesser, Shang Dewen, emeritierter Professor für Geschichte und Marxismus an der Peking-Universität; Ma Lihua, Leiterin des Chinesischen Verlags für Tibet-Forschung; Wang Hui, Journalist und Vordenker der «Neuen Linken» in China und Yan Xuetong, Direktor des *Instituts für Internationale Studien* an der Peking Tsinghua-Universität. Diese Vielfalt an chinesischen Stimmen ist einzigartig in den untersuchten Medien, die anderen zitieren lediglich ausländische Wissenschaftler, wie die Sinologin Heike Holbig den Hongkonger Politikprofessor Joseph Cheng (Focus), James Mann vom Washingtoner *Center for Strategic and International Studies* oder die Politologin Stephanie Römer (SZ).

Die Medien versuchen auch, das «einfache Volk» zu Wort kommen zu lassen, wobei hier vorrangig in den wenigen Reportagen aus der Region unter konspirativen Umständen mit Tibetern gesprochen wird. Dabei entstehen je nach Reporterperspektive durchaus ambivalente Eindrücke vom Zusammenleben mit den Han-Chinesen (taz, ZEIT, Focus) oder aber die Schilderung des repressiven Klimas überwiegt stark (SPIEGEL, SZ). Focus und SZ versuchen auch, einfache han-chinesische Stimmen mit in die Berichterstattung einfließen zu lassen.

An chinesische Offizielle in Tibet ist offensichtlich besonders schwer heranzukommen, dennoch versuchen immerhin Focus, FAZ und Tagesschau mittels der Darstellung lokaler Politiker wie dem tibetischen Gouverneur Qiangba Puncog und Zhang Qingli, Chinas kommunistischer Parteichef in Tibet, der dortigen Politik zumindest ein Gesicht zu verleihen.

### 3.1.3 Autoren

In den Tageszeitungen und der Tagesschau bestücken hauptsächlich die China-Korrespondenten und Asienredakteure die Berichterstattung zu Tibet. Ihrer Expertise, aber auch ihrer jeweiligen Perspektive wird damit ein relativ breiter

Raum in den einzelnen Medien, gegeben, was in einer unterschiedlichen Akteurskonstellation, der Auswahl von Quellen und dem Tenor von Kommentaren deutlich wird. So sind die Korrespondenten von SZ und Tagesschau besonders skeptisch gegenüber der chinesischen Interpretation der Ereignisse, während in taz und ZEIT eine stärkere Abwägung erfolgt und die Korrespondenten von FAZ und Focus möglichst einen ganz neutralen Stil anlegen wollen. Im SPIEGEL werden die meisten langen Artikel dagegen vom sogenannten «diplomatischen Korrespondenten», einem ehemaligen Hongkong-Korrespondenten und aktuellen Dalai-Lama-Biograf, verfasst, was in einer gewissen argumentativen Eintönigkeit und argumentativen Wiederholungen resultiert.

**Tabelle 21: Thema Tibet – Verteilung der Autorenschaft**

| Autor                                | Gesamt |        | FAZ | SZ | taz | SPIEGEL | Focus | ZEIT | Tagesschau |
|--------------------------------------|--------|--------|-----|----|-----|---------|-------|------|------------|
| China-Korrespondent                  | 98     | 35,9%  | 41  | 20 | 21  | 2       | 1     | 3    | 10         |
| China-Korrespondent mit Redakteur    | 8      | 2,9%   | 3   | 1  |     | 3       |       | 1    |            |
| Asienredakteur                       | 36     | 13,2%  | 7   | 4  | 17  |         | 4     | 3    | 1          |
| Redakteur, Journalist                | 54     | 19,8%  | 13  | 19 | 8   | 4       | 3     | 6    | 1          |
| Auslandskorrespondent anderer Region | 17     | 6,2%   | 4   | 2  | 9   |         | 1     |      | 1          |
| Deutscher Politiker, NGO, Lobby      | 7      | 2,6%   | 1   | 1  | 3   |         |       | 2    |            |
| Deutsche Wissenschaftler             | 2      | 0,7%   |     |    | 1   |         |       | 1    |            |
| Tibetische Politiker                 | 1      | 0,4%   | 1   |    |     |         |       |      |            |
| Ausländische Wissenschaftler         | 1      | 0,4%   |     | 1  |     |         |       |      |            |
| Nachrichtenagentur                   | 24     | 8,8%   | 7   | 8  | 9   |         |       |      |            |
| keine Angabe                         | 25     | 9,2%   | 6   |    | 3   | 1       | 1     |      | 14         |
| Gesamt                               | 273    | 100,0% | 83  | 56 | 71  | 10      | 10    | 16   | 27         |

Anzahl der Artikel je Autor/per Medium, n=273

Alle Medien ergänzen die Korrespondentenberichte aus China und Indien mit redaktionellen Beiträgen, die vorrangig Kommentare sind, sowie mit Beiträgen von Experten wie Ian Buruma vom Bard College in New York (SZ), dem deutschen Tibet-Experten Klemens Ludwig (taz) oder Politikern wie Antje Vollmer (SZ), Roland Koch oder Helmut Schmidt (ZEIT). Dadurch entsteht ein in Teilen recht binnenpluralistischer Diskurs insbesondere bei der Bewertung der Lösungsmöglichkeiten, der Ursachen des Konflikts und der Bewertung der exil-tibetischen Strategien. Der Binnenpluralismus aufgrund der Autorenperspektiven erscheint dabei in ZEIT, taz und SZ am ausgeprägtesten.



### 3.1.4 Fazit

Der Tibet-Konflikt prägt die deutsche China-Berichterstattung in den Monaten März und April. Aufgrund der nahenden Olympischen Spiele wird diesem Ereignis von den deutschen Medien eine besondere Brisanz zugesprochen.

Zunächst überwiegt zwar in allen Medien das Entsetzen über die Geschehnisse in Lhasa im März. Die Akteurskonstellation scheint sehr eindeutig, so dass von allen Medien aus den bisherigen Erfahrungen mit chinesischen Reaktionen auf Proteste stereotyp angenommen wird, dass die Unruhen gewaltsam unterdrückt werden. Dies lässt auf ein **vorgefertigtes Meinungsbild** in den deutschen Medien schließen, das auch in der Wortwahl gegenüber der chinesischen Führung in den Beiträgen so betont wird. Nur taz und ZEIT haben einen Korrespondenten in Lhasa und berichten differenzierter über die Ereignisse, die neben der Repression durch chinesische Sicherheitskräfte auch Gewalttaten von Tibetern umfassen.

Die chinesische Interpretation der Ereignisse wird in allen Medien überwiegend skeptisch gesehen und meist als «Propaganda» Pekings den eigenen Mutmaßungen gegenübergestellt. Viele Autoren weisen aber auch auf die **schwere Verifizierbarkeit jeglicher Informationen** durch die Einschränkung der Zugänglichkeit der tibetischen Gebiete hin und dokumentieren auch ausführlich ihre (häufig scheiternden) Versuche, an akkurate Eindrücke und Informationen zu kommen. Die Abriegelung der tibetischen Gebiete und die rigide Informationspolitik der chinesischen Regierung tragen zu einer Verstärkung der ohnehin vorhandenen Skepsis vieler Journalisten gegenüber der Rolle Pekings in diesem Konflikt bei, die sich in deren Beiträgen deutlich widerspiegelt. Die Schilderungen der Intransparenz und erste Ansätze zur Selbstkritik ob der eigenen vorgefertigten Interpretationen weichen spätestens dann einer Art reflexhaften Verteidigungshaltung, als chinesische Medien ihrerseits dem Westen eine Desinformationskampagne vorwerfen und auf Fehler in der westlichen Berichterstattung verweisen.

Dennoch lässt sich in der Gesamtschau der deutschen Medien **keine einheitliche Bewertung der Ereignisse** oder Interpretation der daraus abzuleitenden Konsequenzen in der Berichterstattung zu Tibet ausmachen, da in allen untersuchten Medien zumindest in Ansätzen auch weniger dominante Sichtweisen der Problemlage und Ursachen mit einfließen. Insbesondere in den drei Tageszeitungen, im Focus und in der ZEIT zeigt sich ein gewisser **Binnenpluralismus** bei der Kommentierung und Bewertung der Ereignisse. Dies wird durch den Einbezug verschiedener Gastautoren aus Politik und Wissenschaft erreicht, durch Interviews mit Experten und Vertretern unterschiedlicher Perspektiven auf Tibet sowie durch eine häufig innerredaktionell ambivalente Kommentierung. Offensichtlich werden zur Analyse der Tibet-Problematik gezielt unterschiedliche Stimmen gesucht, um der Komplexität des Themenfeldes auch gerecht zu werden. Insbesondere die ZEIT und die taz fungieren hier als Debattenmedien. Sie sind es auch, die chinesische Intellektuelle ausführlich zu Wort kommen

lassen, um so eine weitere Perspektive auf Tibet zu eröffnen, die in allen anderen Medien nicht vorkommt.

Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in einer beträchtlichen Zahl der untersuchten Artikel starke **Vorbehalte gegenüber dem diffusen Akteur** «China» oder gar gegenüber Chinesen insgesamt zu Tage treten. Das Gros der Vor-Ort-Reportagen beispielsweise schildert ausführlich und oft ergreifend das Schicksal einzelner Tibeter oder Exil-Tibeter, deren Ausführungen in den Artikeln viel Raum gegeben wird. Han-chinesische Stimmen kommen jedoch praktisch nicht vor und auch die chinesische Perspektive bei der Erforschung der Ursachen des Konflikts ist deutlich weniger ausgebaut als eine kulturalistische Erklärungsweise, die auf (exil)tibetischen Sichtweisen fußt.

### **3.2 Tiefenschnitt: Menschenrechte, Zivilgesellschaft und Medien- und Meinungsfreiheit**

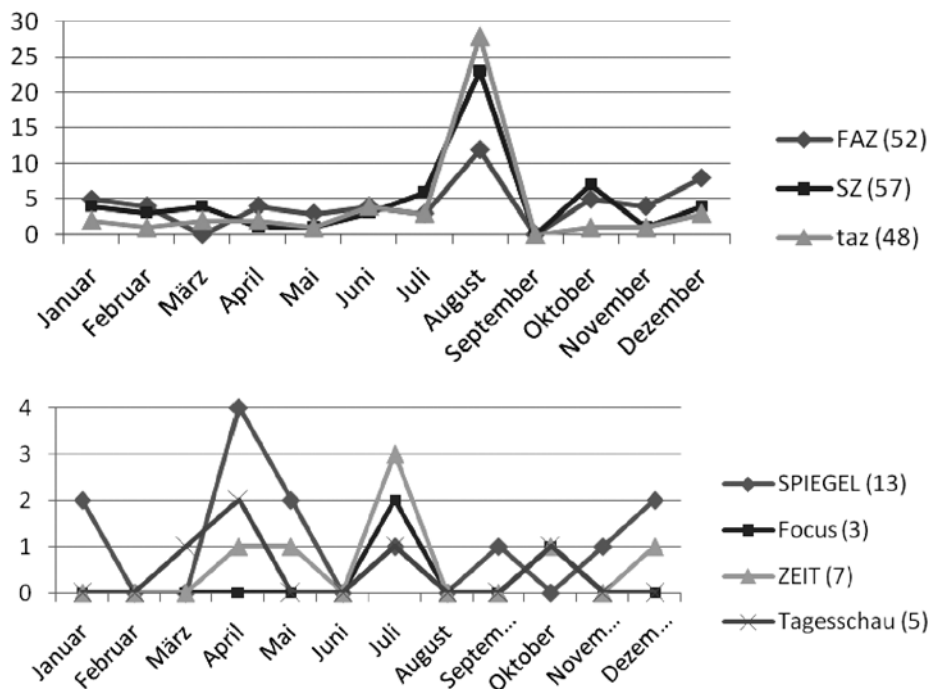
Im Bereich der Innenpolitik wird neben Tibet auf die Betrachtung des Themenkomplexes Menschenrechte und zivilgesellschaftlicher Protest mit 3,9% sowie auf den Komplex Medien- und Meinungsfreiheit mit 2,7% aller Beiträge fokussiert. Diese beiden Komplexe, die häufig auch diskursiv miteinander verwoben sind, sollen hier näher betrachtet werden.

Für die Analyse der Berichterstattung über Menschenrechte wurden alle Beiträge einbezogen, die sich mit Verletzung und Einforderung von Menschen- und Bürgerrechten, der Beschreibung des Rechtssystems in China sowie politischem und sozialem Aktivismus und Protesten beschäftigen. Beiträge, die sich explizit mit dem Tibet-Konflikt oder dem Umgang mit ethnischen Minderheiten auseinandersetzen, wurden gesondert behandelt.

Im Bereich Medien- und Meinungsfreiheit fanden alle Beiträge Eingang, die explizit den Umgang der chinesischen Behörden mit Medien, Meinungsfreiheit und Internet in China thematisieren und auch die typischen Arbeitsbedingungen für ausländische Korrespondenten aufzeigen. Beiträge jedoch, die vor allem auf die Einschränkung der Informationsfreiheit für ausländische Journalisten rund um Olympia abzielen und sich dabei eher mit der Rolle des IOC beschäftigen, wurden in diesem Bereich nicht mit berücksichtigt.



**Abbildung 8: Verlauf der Berichterstattung zu Menschenrechte & Medien- und Meinungsfreiheit**



Quelle: Eigene Erhebung

In den Tageszeitungen kumuliert die Berichterstattung über die beiden Themenkomplexe massiv in den Olympia-Sonderteilen im August. Der SPIEGEL bringt übers Jahr verteilt 13 Artikel zu Menschenrechten und Meinungsfreiheit, wobei neben kurzen Porträts von und Interviews mit Dissidenten vor allem im Nachgang der Auseinandersetzungen in Tibet im April in einer Titelgeschichte in einer Art Übersichtsartikel die Menschenrechtslage behandelt wird. Die ZEIT wiederum setzt in ihren sieben Artikeln zum Thema auf längere Porträts von im Westen weniger bekannten Aktivisten und geht eher unabhängig von konkreten Ereignissen auf Menschenrechts- und Medienproblematik ein. Der Focus mit nur drei und die Tagesschau mit fünf Beiträgen betrachten diese innenpolitischen Themen deutlich weniger.

### 3.2.1 Beschreibung der Diskurs- und Argumentationsstruktur

#### *Diskursstrang I: Kampf um Menschenrechte*

Die einzelnen Medien behandeln die Themenkomplexe Menschenrechte und Meinungsfreiheit im Wesentlichen in ähnlichen Diskursmustern. Grundauffassung aller untersuchten Medien ist, dass es in China eine massive Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten gibt, die es öffentlich zu machen gilt.

Insbesondere im SPIEGEL und der SZ werden die herrschenden Verhältnisse als das Ringen zwischen einer übermächtigen, brutal und willkürlich vorgehenden kommunistischen Führung und einzelnen idealistischen Kämpfern für universale Menschenrechte beschrieben. Beide Medien verurteilen das repressive Vorgehen «des Polizeistaates» (SPIEGEL)<sup>299</sup> gegen jegliche zivilgesellschaftliche Regung scharf. Die SPIEGEL-Autoren scheinen dabei insbesondere enttäuscht über eine im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung erwartete und dann aber ausgebliebene Wandlung des politischen Systems zu sein. Es zeige sich nun, «dass sich die Tyrannei weniger geändert hat, als viele glaubten». Ganz im Gegenteil – die chinesische Führung sei zurückgefallen in längst vergangen geglaubte Verhaltensmuster. «Es ist, als hätte China die Uhr um Jahrzehnte zurückgedreht» und «fast jeder Tag bringt eine neue, bittere Desillusionierung für die eigentlich bewunderungswilligen Ausländer». Der SPIEGEL konstruiert dabei durch seine Wortwahl ein Bild Chinas, das an das Land in den Zeiten der Kulturrevolution erinnert, «in dem es gefährlich ist, seinen Kopf zu heben», und vergleicht Olympia in Peking mit der «Berliner Nazi-Nabelschau 1936».

Für die SZ ist die Situation in China ähnlich prekär und stellt ein System dar, das «keinerlei Dissens dulden und potentielle Störenfriede» ausschalten will.<sup>300</sup> Die Hoffnungen auf Wandel, die der SPIEGEL offensichtlich gehegt hatte, wurden aber in der SZ gar nicht erst angestellt, auch wenn China «bei einigen deutschen Intellektuellen und Politikern zu einer Art Lieblingsdiktatur in Fernost zu werden scheint».<sup>301</sup> Vielmehr sei es an der Zeit aufzuwachen und angesichts eingesperrter Menschenrechtler nicht die Realität in China schönzureden: «Es mag weh tun, sich vom Prinzip Hoffnung zu lösen, aber alles andere wäre Selbstbetrug.» Der Westen wird in die Pflicht genommen, viel stärker Druck auf China auszuüben, denn man habe es bei China mit einem Staat zu tun, der gegenüber westlichen Forderungen mit symbolischen Zugeständnissen taktisch reagiere und gleichzeitig die Verfolgung von Aktivisten intensiviere: «Nach außen wird gelogen, dass sich die Balken biegen, im Inneren wird geprügelt und verhaftet.»<sup>302</sup> Auch mit der Veröffentlichung eines Artikels des chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo legt die SZ den Schluss nahe, dass ein harter Kurs und starke Forderungen gegenüber China angemessen seien. China spiele mit dem Westen bisher nur «Geiseldiplomatie» – ein Spiel, in dem jemand festgehalten wird, damit später eine «Gutschrift» beansprucht werden kann, wenn er freigelassen wird.<sup>303</sup> Im SPIEGEL konstatiert Liu noch einmal, dass ohne den Druck von außen «die Lage der Menschenrechte noch viel schlechter wäre».<sup>304</sup>

Wie schlecht die Menschenrechtslage ist, wird von den deutschen Medien vor allem an Einzelschicksalen idealistischer Aktivisten und an ihrem Kampf

299 «Olympia in Ketten», SPIEGEL, 07.04.2008.

300 «Hu Jia zu Haft verurteilter Dissident in China», SZ, 04.04.2008.

301 «Verneigung vor einem Unbeugsamen», SZ, 24.10.2008.

302 «Olympia? Aus der Traum!», SZ, 04.02.2008.

303 «Geiseldiplomatie der Kommunisten», SZ, 20.03.2008.

304 «Die Menschen wollen Freiheit», SPIEGEL, 07.04.2008.

für Rechtsstaatlichkeit festgemacht. In den Medien wird dabei vorrangig die Perspektive der Opfer dieses Kampfes eingenommen und ihr oftmals ergebnis-, aber zugleich auch furchtloses Anrennen gegen das System herausgestellt. Die Medien versuchen hier fassbar zu machen, dass Dissidententum bedeutet, «einen schwierigeren Lebensweg [zu nehmen], den wahrscheinlich schwierigsten, den man in China beschreiten kann» (FAZ).<sup>305</sup> Auch die taz fokussiert in hohem Maße auf Aktivisten und Dissidenten in verschiedenen Feldern, denn «wer in China gegen Zwangsumsiedlungen protestiert, eigene Berichte über Korruption von Kadern ins Internet stellt, eine unabhängige Partei oder Gewerkschaft gründet, Regierungskritiker vor Gericht vertritt, wer für echte Autonomie oder gar Unabhängigkeit Tibets oder Ostturkestans eintritt oder sich als praktizierender Anhänger der Falun-Gong-Sekte oder einer unabhängigen Hauskirche outet, muss mit politischer Verfolgung, Folter und Haft rechnen.»<sup>306</sup> In einer langen Aufzählung beschreibt die taz in einer Sonderbeilage zur Olympiade denn auch komprimiert ganze 100 «Fälle von politischer Verfolgung in China».<sup>307</sup>

Der Aktivist Hu Jia ist in diesem Zusammenhang für die untersuchten Medien die Symbolfigur schlechthin, anhand dessen Schicksals sich die Brutalität des Systems plastisch darstellen lässt. In allen Tageszeitungen, insbesondere der SZ, und in der Tagesschau nimmt die Berichterstattung über ihn einen hohen Stellenwert ein, in SPIEGEL und Focus dient er neben anderen Aktivisten eher als häufig referiertes Beispiel.<sup>308</sup> Es bieten sich dafür auch immer wieder nachrichtenrelevante Anlässe für eine Berichterstattung, denn seine Verhaftung im Januar, der Prozess gegen ihn und seine Verurteilung im April zu dreieinhalb Jahren Gefängnis wegen «Aufrufs zur Untergrabung der Staatsgewalt» und die

**305** «Aufbegehren in China», FAZ, 10.10.2008.

**306** «Die dunkle Seite der Volksrepublik», taz, 08.08.2008.

**307** «Verfolgt. Verhaftet. Verurteilt.», taz, 08.08.2008.

**308** Vgl. «Polizisten schlafen in der Wohnung», FAZ, 04.01.2008, «Intellektuelle in China protestieren», FAZ, 08.01.2008, «China: Urteil gegen Hu Jia erwartet», FAZ, 03.04.2008, «Gefangenenhelfer», FAZ, 04.04.2008, «Der vernetzte Bürgerrechtler», FAZ, 24.10.2008, «Peking: Grobe Einmischung in unsere Angelegenheiten», FAZ, 24.10.2008, «Ausgezeichnet», FAZ, 24.10.2008, «Kein Treffen mit Bürgerrechtlerin», FAZ, 26.11.2008, «Olympiakritiker in China angeklagt», SZ, 02.02.2008, «Olympia? Aus der Traum!», SZ, 04.02.2008, «Peking stellt Olympiakritiker vor Gericht», SZ, 19.03.2008, «Hu Jia zu Haft verurteilter Dissident in China», SZ, 04.04.2008, «Letzte Zeilen aus Freedom City», SZ, 11.12.2008, «Die Freude, leer auszugehen», SZ, 11.10.2008, «Dissident mangels Alternativen», SZ, 24.10.2008, «EU-Parlament verleiht Sacharow-Preis an Dissidenten», SZ, 24.10.2008, «Verneigung vor einem Unbeugsamen», SZ, 24.10.2008, «Peking klagt bekannten Dissidenten an», taz, 19.03.2008, «Haft für ‚Subversion‘», taz, 04.04.2008, «Ich will kein Feind sein», taz, 08.08.2008, «Hu Jia», taz, 08.08.2008, «Chinas preisgekrönter Häftling», taz, 24.10.2008, «Menschenrechte China: Dissident in China zu langjähriger Haftstrafe verurteilt», Tagesschau, 03.04.2008, «Sacharow-Preis: Europäisches Parlament ehrt chinesischen Bürgerrechtler Hu Jia», Tagesschau, 23.10.2008, «Olympia in Ketten», SPIEGEL, 07.04.2008, «Die Menschen wollen Freiheit», SPIEGEL, 07.04.2008, «Anwalt gegen die Obrigkeit», SPIEGEL, 29.12.2008, «Kollektive Bestrafung», Focus, 20.10.2008.

Verleihung des Sacharow-Preises des EU-Parlaments im Oktober fallen alle in das Jahr 2008.

Hu Jias Aktivismus steht aber laut den deutschen Medien auch stellvertretend für eine neue Generation von Menschen- und Bürgerrechtlern, die sich jahrelang für konkrete zivilgesellschaftliche Anliegen wie die Versorgung von AIDS-Kranken, die Bekämpfung von Korruption oder den Umweltschutz eingesetzt hätten und «zu politischen Akteuren oft erst durch den Druck werden, den chinesische Behörden und Sicherheitsorgane auf unliebsame Warner und hartnäckige Helfer ausüben» (FAZ).<sup>309</sup> Die FAZ schlussfolgert: «Je tiefer Hu die strukturellen politischen Hindernisse für die Lösung der Probleme erkannte, desto weiter wurde der Radius seiner Themen; insbesondere kümmerte er sich nun um politische Gefangene.»<sup>310</sup> Für die Zeitungen stellt sich trotzdem die Frage, warum der Staat so harsch auf die Kritik reagiert, habe sich die Regierung doch sogar selbst der von Hu aufgebrachten AIDS-Problematik angenommen. Sie kommen zu dem Schluss, dass das Regime nicht habe dulden wollen, dass Hu quasi als Nestbeschmutzer die als interne Probleme betrachteten AIDS-Skandale und die Lage politischer Gefangener auch im Ausland bekannt gemacht hatte.<sup>311</sup> Die chinesische Führung fasse dies als Verunglimpfung ihrer Herrschaft auf. Gerade vor Olympia versuche die Führung, jegliche Kritik im Vorfeld zu ersticken. Für die taz ist Hu Jia denn auch das prominenteste Beispiel für eine Abschreckungsstrategie des Staates, die demonstrieren soll, «dass es weiter Tabus und Grenzen gibt, die nicht folgenlos überschritten werden dürfen» und die sich in der Zeit vor Olympia noch verschärft habe.<sup>312</sup>

Hu Jias Engagement und seine offenen Äußerungen zur kritischen Menschenrechtslage in China vor dem EU-Parlament werden gerade deshalb als besonders mutig herausgestellt. Die Ehrung mit dem Sacharow-Preis für Menschenrechte, den er dafür vom EU-Parlament im Oktober bekommt, wird in allen Medien begrüßt. Die SZ spricht überschwänglich davon, dass selten eine Auszeichnung «so berechtigt» gewesen sei.<sup>313</sup> In FAZ, SZ, Focus und Tagesschau wird in diesem Zusammenhang auch als positiv herausgestellt, dass sich das EU-Parlament und die Bundesregierung klar zu Hu Jia und der Verteidigung der Menschenrechte bekennen und sich nicht von China «mit dem drohend-lockenden Verweis auf Geschäfte das Thema Menschenrechte wegdrücken» ließen.<sup>314</sup> Im Gegenteil, man habe «der Regierung in Peking einen Schlag versetzt».<sup>315</sup>

309 «Der vernetzte Bürgerrechtler», FAZ, 24.10.2008.

310 «Gefangenenhelfer», FAZ, 04.04.2008.

311 «Der vernetzte Bürgerrechtler», FAZ, 24.10., «Blanke Nerven», taz, 28.07.2008.

312 «Das Huhn und die Affen», taz, 04.04.2008.

313 «Verneigung vor einem Unbeugsamen», SZ, 24.10.2008.

314 «Ausgezeichnet», FAZ, 24.10.2008, vgl. auch «Sacharow-Preis: Europäisches Parlament ehrt chinesischen Bürgerrechtler Hu Jia», Tagesschau, 23.10.2008, «Verneigung vor einem Unbeugsamen», SZ, 24.10.2008 und «Mutiges Parlament», Focus, 27.10.2008.

315 «Peking: Grobe Einmischung in unsere Angelegenheiten», FAZ, 24.10.2008.

Neben Hu Jia werden vor allem in der taz, der ZEIT und dem SPIEGEL etliche weitere Aktivisten und ihr individueller Kampf vorgestellt oder illustrativ erwähnt, wobei der Zirkel relativ beschränkt bleibt auf herausragende Köpfe der Bürgerrechtsbewegung mit politischem Reformanspruch. So werden insbesondere der Tiananmen-Veteran Liu Xiaobo<sup>316</sup>, der Dissidentenanwalt Li Fangping<sup>317</sup>, Hu Jias Frau Zeng Jinyan<sup>318</sup>, der blinde Anwalt Chen Guangcheng<sup>319</sup>, der «Menschenrechtsanwalt und Todesstrafengegner» Teng Biao,<sup>320</sup> die Anwälte Zheng Enchong<sup>321</sup> und Zhan Sizhi<sup>322</sup> und das ehemalige ZK-Mitglied Bao Tong<sup>323</sup> häufig benannt. Allerdings wird an keiner Stelle aufgezeigt, welche Rolle diese Aktivisten in Politik und Gesellschaft Chinas spielen und wie sie im allgemeinen politischen Diskurs in China zu verorten sind. Es sind wie bei Hu Jia die Leidenschaft für die eigenen Ideale, die dem westlichen Verständnis von Bürgerrechten entsprechen, die durch das Internet global gemachte Bekanntheit ihrer Anliegen und ihre intellektuelle Artikulationsfähigkeit, die diese Menschen so präsent in der Berichterstattung machen. Folgerichtig werden ihre Positionen und Anliegen auch als diejenigen herausgestellt, die ein autoritäres oder totalitäres System konterkarieren und mit deren Hilfe sich China reformieren ließe.

Im Zusammenhang mit diesen bekannten Dissidenten steht auch die Berichterstattung über die sogenannte *Charta '08*, die am Ende des Jahres von 303 Erstunterzeichnern veröffentlicht und insbesondere von FAZ und SZ thematisiert wird. SPIEGEL und taz erwähnen sie nur am Rande im Zusammenhang mit

- 
- 316** Vgl. «Tiefe Kluft zwischen Schein und Sein», FAZ, 08.02.2008, «Bürgerrechtler in China verhaftet», FAZ, 11.12.2008, «Der chinesische Unbeugsame», FAZ, 11.12.2008, «Dissident», FAZ, 22.12.2008, «Geiseldiplomatie der Kommunisten», SZ, 20.03.2008, «Der risikobereite Peking Schriftsteller», taz, 26.03.2008, «Angst vor Repressionen in China», taz, 22.12.2008, «Die Menschen wollen Freiheit», SPIEGEL, 07.04.2008, «Kritiker in Haft», SPIEGEL, 15.12.2008.
- 317** Vgl. «Anwalt gegen die Obrigkeit», SPIEGEL, 29.12.2008, «Kollektive Bestrafung», Focus, 20.10.2008, «Menschenrechte China: Dissident in China zu langjähriger Haftstrafe verurteilt», Tagesschau, 04.04.2008.
- 318** Vgl. «Kein Treffen mit Bürgerrechtlerin», FAZ, 26.11.2008, «Letzte Zeilen aus Freedom City», SZ, 11.08.2008, «Frau Tiananmen 2.0», taz, 11.08.2008, «Chinas preisgekrönter Häftling», taz, 24.10.2008, «Olympia in Ketten», SPIEGEL, 07.04.2008, «Menschenrechte China: Dissident in China zu langjähriger Haftstrafe verurteilt», Tagesschau, 04.04.2008.
- 319** Vgl. «Verfolgt. Verhaftet. Verurteilt.», taz, 08.08.2008, «Das Menschenleben, ein Leichtgewicht», ZEIT, 31.07.2008.
- 320** Vgl. «China will humaner hinrichten», taz, 04.01.2008, «Peking klagt bekannten Dissidenten an», taz, 19.03.2008, «Peking rächt sich an Anwalt», taz, 03.06.2008, «Ein Blick hinter die Kulissen» – Artikel von Teng Biao, taz, 14.08.2008, «Kollektive Bestrafung», Focus, 20.10.2008, vgl. erwähnt in: «Peking stellt Olympiakritiker vor Gericht», SZ, 19.03.2008, «Eine Charta der Freiheit», SZ, 11.12.2008.
- 321** Vgl. «Staatsfeind Nummer eins», taz, 15.08.2008, «Mein Haus, mein Gefängnis», ZEIT, 31.07.2008.
- 322** Vgl. «Das Gewissen der Anwälte», taz, 02.12.2008.
- 323** Vgl. «Das Gewissen der Anwälte», taz, 02.12.2008, «Der Mann in Wohnung 6», SPIEGEL, 01.09.2008.

der Verhaftung eines ihrer Hauptinitiatoren Liu Xiaobo.<sup>324</sup> Die Erstunterzeichner um Liu fordern «die Erfüllung universeller Menschenrechte wie Freiheit und Gleichheit, ein Mehrparteiensystem, freie Wahlen, Gewaltenteilung, Presse- und Versammlungsfreiheit, eine unabhängige Gerichtsbarkeit und eine neue Verfassung» (SZ).<sup>325</sup> Die Strittigkeit einiger Forderungen unter chinesischen Oppositionellen wie bspw. der Ruf nach Föderalismus wird in der SZ nicht thematisiert. Die SZ argumentiert stattdessen, «die Veröffentlichung der Charta widerlegt den fälschlichen Eindruck aus diesem Jahr der Proteste und Aktivisten, dass die Frage der Menschenrechte in China nur ein westliches Anliegen sei. Es sah aus wie ein Kampf der Kulturen, in dem westliche Gutmenschen einer alten Kulturnation «ihre Werte» aufzwingen wollen.» Dabei seien lediglich «all die Schattenseiten eines Regimes [offenbar geworden], dass sich nur mit dauerhaften Menschenrechtsverletzungen an der Macht halten kann» und gegen das jetzt aufbegehrt werde. «Der Versuch der chinesischen Regierung und mancher selbsternannter Helfershelfer im Westen, die Debatte auf einen Kulturkampf zu reduzieren, ist damit gescheitert.»<sup>326</sup>

Die FAZ geht bei der Betrachtung der Charta differenzierter mit den darin enthaltenen Forderungen um und zeigt in einer langen Analyse des China-Korrespondenten die Besonderheit der in der Charta gestellten Forderungen nach Gewaltenteilung, Demokratie und Achtung der Menschenrechte für China auf. So errege die Charta «im Westen vor allem wegen ihres Muts, weniger wegen ihres Inhalts Aufsehen». Denn selbst in China seien die meisten der Forderungen mittlerweile «Standardrepertoire der Diskussionen innerhalb der Kommunistischen Partei». Provozierend sei aber, dass der Führungsanspruch der KP bei diesen Demokratisierungsprozessen in Frage gestellt werde. Die Charta wehre sich demzufolge gegen die Umdefinition von Menschenrechten und Demokratie als «großzügige Gewährung» durch die Partei und propagiere sie stattdessen als universelle Werte, was einen starken Affront gegen die Herrschenden darstelle.<sup>327</sup>

## *Diskursstrang II: Rechtssystem und zivilgesellschaftlicher Protest*

Es ist über die Schicksale der politischen Aktivisten hinaus gerade der restriktive Umgang der chinesischen Obrigkeit mit Protesten von Personen, die eigentlich ganz normale Bürgerrechte einfordern wie einen Schutz vor Enteignung, das Recht auf saubere Umwelt oder Eindämmung der Korruption, der die deutschen Medien besonders empört.

<sup>324</sup> «Kritiker in Haft», SPIEGEL, 15.12.2008 und «Angst vor Repressionen in China», taz, 22.12.2008.

<sup>325</sup> «Eine Charta der Freiheit», SZ, 11.12.2008.

<sup>326</sup> «Druck im chinesischen Kochtopf», 12.12.2008.

<sup>327</sup> «Verhören geht über Diskutieren», FAZ, 19.12.2008.



Das Bild eines repressiven Systems, das laut Focus «besonders unerbittlich (...) die Verteidiger von Bürgerrechten behandelt»<sup>328</sup> und selbst gegen zivilgesellschaftlichen Protest vorgeht, manifestiert sich insbesondere in Porträts über und Interviews mit dem Umweltaktivisten Wu Lihong,<sup>329</sup> dem Gewerkschaftsaktivisten Zhang Shanguang<sup>330</sup> oder dem Aidsaktivisten Wan Yanhai<sup>331</sup> sowie in der Berichterstattung über die beiden alten Frauen, denen bereits nach der Anmeldung von Protesten gegen ihre Enteignung in den offiziellen «Protest-Parks» zu Olympia Arbeitslager drohte.<sup>332</sup> Der Umweltaktivist Wu beispielsweise habe sich wiederholt und selbstlos für eine Verbesserung der Ökologie des Tai-Sees eingesetzt, habe Wasserproben gesammelt, Prozesse gegen Fabriken angestrengt und diese auch gewonnen. Doch spätestens nachdem er Fotografien verödeter Reisfelder und Unterschriftenlisten an Zeitungen geschickt hatte, so die ZEIT, «galt er als gefährlicher Unruhestifter, als Verbreiter demokratischer Ideen». Jetzt sitzt Wu im Gefängnis, seine Frau wird von chinesischen Sicherheitsbeamten überwacht. Der Korrespondent spricht in diesem Zusammenhang von der «Arroganz, mit der die kleine herrschende Schicht der Funktionäre das Volk behandelt».<sup>333</sup>

Andererseits wird anhand der Beschreibung von zivilgesellschaftlichen Protesten auch die Ambivalenz der chinesischen Führung im Umgang mit den legitimen Forderungen der Bürger aufgezeigt. So werden Proteste rund um die sogenannten Tofu-Schulen, die aufgrund von Baumängeln nach dem Erdbeben in Sichuan wie Pappgebäude einstürzten, ebenso beschrieben wie Demonstrationen gegen den Ausbau der Transrapidtrasse und Proteste gegen Enteignungen bei Bauern. Laut einem Artikel der SZ zu den Klagen von Eltern der in Tofu-Schulen umgekommenen Kinder zeige sich ein «Trend» des «erstarkenden Rechtsbewusstseins chinesischer Bürger, die immer häufiger vor Gericht ziehen», um ihre Anliegen vorzubringen. Zwar seien auch dort die Aussichten auf Erfolg gering, aber «noch vor einem Jahrzehnt hätten sich in China lediglich Dissidenten so etwas getraut».<sup>334</sup> Nun jedoch fingen die Bürger an, die Parteiführer und ihre Reden vom Aufbau eines Rechtsstaates beim Wort zu nehmen. «In manchen chinesischen Zeitungen wird das schon als Zeichen der Entwicklung zu einer Zivilgesellschaft gesehen, in der jeder Bürger Zugang zu den wichtigen Informationen hat», schreibt die FAZ, bleibt aber selbst skeptisch.<sup>335</sup>

Während für alle untersuchten Medien sich durchaus allmählich eine neue Qualität der Bürgerkultur ankündigt, steht aber außer Frage, dass das Regime vor allem mit Repression darauf reagiert. Die FAZ konstatiert als einziges Medium

<sup>328</sup> «Kollektive Bestrafung», Focus, 20.10.2008.

<sup>329</sup> «Frau Xu, Herr Wu und ihr See», ZEIT, 10.07.2008, vgl. auch «Wu Lihong», taz, 08.08.2008.

<sup>330</sup> «Zhang Shanguang», taz, 08.08.2008.

<sup>331</sup> «Ich will kein Feind sein», taz, 08.08.2008.

<sup>332</sup> «Lagerhaft für zwei Rentnerinnen», FAZ, 21.08.2008, «Arbeitslager für alte Frauen aus Peking», SZ, 21.08.2008, «Lagerhaft für Protest-Omis», taz, 21.08.2008.

<sup>333</sup> «Frau Xu, Herr Wu und ihr See», ZEIT, 10.07.2008.

<sup>334</sup> «Provokativer Prozess», SZ, 24.12.2008.

<sup>335</sup> «Nachbeben», FAZ, 14.05.2008.



einen vorsichtigen Wandel im Umgang der chinesischen Führung mit Protesten. Neben der Abschreckung durch kurzzeitige Verhaftungen werde zunehmend auf eine Kultur des Kompromisses insbesondere bei sozialen Protesten wie Bauern- und Arbeiteraufständen gesetzt. Oftmals seien es lokale Kader, die entgegen den Anweisungen aus der Zentralregierung in Peking handelten, Land enteigneten und damit der Auslöser für die massiven Proteste seien.<sup>336</sup> Die Einhaltung der Wohlstands- und Wohlfahrtsversprechen stelle die wesentliche Legitimationsgrundlage ihrer Herrschaft dar, und so sei sich die chinesische Führung darüber im Klaren, dass korrupte Kader die Stabilität des Landes gefährden könnten, und leite Maßnahmen der Sensibilisierung ein: «Demnach sollen die örtlichen Behörden sich mehr um Dialog und Ausgleich bemühen. Die Polizei soll mehr Zurückhaltung üben und Aktionen vermeiden, die zu einer Eskalation führen.»<sup>337</sup> Während die SZ solche Maßnahmen lediglich als kurzfristige Ruhigstellung ansieht,<sup>338</sup> betont die FAZ, dass es dabei zwar immer um die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Partei gehe, aber «alle diese Maßnahmen weisen jene Mehrdeutigkeit auf, die für die neuere chinesische Herrschaftsmethode typisch ist: Sie verändern unter der Bedingung, dass alles so bleiben soll, wie es ist; doch unter der vermeintlichen Aufrechterhaltung des Status quo bewegt sich möglicherweise mehr, als man voraussehen kann.»<sup>339</sup> Die Ambivalenz zwischen bewährter Unterdrückung und der beginnenden Anerkennung der Forderungen der Zivilgesellschaft, die in der FAZ aufgegriffen wird, kommt in den anderen Medien nicht vor. SPIEGEL, taz und Tagesschau belassen es bei einer Deskription der großen Probleme im Menschen- und Bürgerrechtsbereich.

ZEIT, Focus und SZ widmen sich in jeweils einem längeren Beitrag über die Deskription hinausgehend noch der Analyse des chinesischen Rechtssystems.<sup>340</sup> ZEIT und Focus gehen dabei auf ähnliche Ambivalenzen ein wie die FAZ in ihrer Beschreibung des Umgangs mit Protesten. So gelte «die Gesetzeslage auf dem Papier als gar nicht so schlecht».<sup>341</sup> Das Problem sei die Durchsetzungsfähigkeit rechtsstaatlicher Prinzipien auf der entscheidenden lokalen Ebene: «Lokale Funktionäre sind über Steuereinnahmen und oft auch Korruption an wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt, es ist oft nicht in ihrem Interesse, es mit Umwelt- oder Arbeitsschutzgesetzen allzu genau zu nehmen. Wer sollte sie daran hindern? Ein Richter, den sie selbst mitausgesucht haben, dessen Budget sie kontrollieren?» Dies werde in der Zentrale in Peking durchaus als Gefahr wahrgenommen, allerdings fürchte auch sie eine unabhängige Justiz, «die sich mit rebellischen Bauern, Arbeitern und Bürgern verbünden könnte, um zum Sturm gegen die Regierung zu blasen. Und so nimmt sie das aus ihrer Sicht

<sup>336</sup> «Mit Ziegeln, Blumentöpfen, Ketten und Haken», FAZ, 20.11.2008.

<sup>337</sup> «Neue Nachrichtenlage», FAZ, 25.11.2008.

<sup>338</sup> «Peking fürchtet Unruhe im Volk», SZ, 06.03.2008, «Polizei verhängt Ausgangssperre», SZ, 20.11.2008.

<sup>339</sup> «Randale und Reform», FAZ, 10.12.2008.

<sup>340</sup> «Das Menschenleben, ein Leichtgewicht», ZEIT, 31.07.2008.

<sup>341</sup> «Kollektive Bestrafung», Focus, 20.10.2008.

kleinere Übel in Kauf: Dass vieles im Land möglich ist, was es dem Gesetz nach gar nicht geben dürfte.»

In der SZ beschreibt die ehemalige chinesische Staatsanwältin und heutige Dissidentin und Buchautorin Xiao Rundcrantz das Rechtssystem weniger abwägend: Es sei generell «inhuman» und dem Willen der Partei untergeordnet. Die KP reserviere «jede Woche einen halben Tag für politische Gehirnwäsche» der Justizbeamten, damit diese gegebenenfalls das geschriebene Recht gegenüber den höherrangigen Interessen der Partei abwägen.<sup>342</sup> Durch zunehmende Korruption habe die Ungerechtigkeit im Justizwesen sogar noch zugenommen. Die SZ spricht in einem anderen Kommentar sogar von einer «chinesischen Betrugsgesellschaft», die in vielen Bereichen zum Nachahmen anrege und so die Gesellschaft immer mehr korrumpiere.<sup>343</sup>

Über diese drei Analysen hinaus setzen sich die Medien lediglich mit Artikeln zur Anwendung der Todesstrafe weiter mit dem Rechtssystem auseinander. Die Todesstrafe, die nicht nur für Kapitalverbrechen, sondern u.a. auch für «Steuerhinterziehung, Drogenschmuggel und Bestechung»<sup>344</sup> verhängt werden kann, ist aus Sicht der Medien ein weiteres Indiz für Unrecht im chinesischen Justizsystem und gleichzeitig ein immer wiederkehrendes Thema in der Berichterstattung zu Menschenrechten. So berichtet der SPIEGEL mit Berufung auf einen Bericht des Auswärtigen Amts, dass «Todesstrafen »exzessiv verhängt und vollstreckt« würden, und untermauert dies mit einem Bild, auf dem vier Chinesen kurz vor ihrer Hinrichtung in einem mit Schaulustigen gefüllten Sportstadion von Polizisten festgehalten werden.<sup>345</sup> SZ und taz berichten aber auch über die Ankündigung der chinesischen Justiz, man wolle Todesstrafen bald nur noch mit Giftspritzen vollstrecken. Mittelfristig sei es das Ziel, die Zahl der Todesstrafen zu reduzieren, was nach einer letzten Welle von Hinrichtungen nun zu einer Reduktion geführt habe.<sup>346</sup>

Insgesamt manifestiert sich in der Darstellung der Menschenrechte, Zivilgesellschaft und des Rechtssystems in China ein recht düsteres Bild der willkürlichen Unterdrückung jeglichen Engagements, das vor allem vom SPIEGEL und der SZ konsequent geschildert und angeprangert wird. Taz und Tagesschau verlassen sich stärker auf die eindrückliche Beschreibung der vorhandenen Probleme, ohne den anklagenden Tenor zu übernehmen. FAZ, ZEIT und Focus nehmen sich ebenso der Deskription der Problemlagen an, beleuchten aber stärker als die anderen Medien auch die Ambivalenzen und einen vorsichtigen Veränderungsprozess im Rechtssystem.

<sup>342</sup> «Geschult von der Partei», SZ, 04.08.2008.

<sup>343</sup> «Chinesische Betrugsgesellschaft», SZ, 15.01.2008.

<sup>344</sup> «China will »humaner« hinrichten», taz, 04.01.2008.

<sup>345</sup> Vgl. «Vorwürfe gegen China», SPIEGEL, 28.04.2008. Insgesamt werden auch in Artikeln ohne dezidierten China-Bezug oft beiläufig Bemerkungen gemacht wie «nur in China gibt es mehr Hinrichtungen als in Iran» oder «China hat die höchste Zahl an Hinrichtungen».

<sup>346</sup> «Giftspritze statt Genickschuss», SZ, 04.01.2008, «China will »humaner« hinrichten», taz, 04.01.2008.

Der Bereich der Medien- und Meinungsfreiheit vermittelt stärker diese Ambivalenzen und setzt sich aus Beiträgen zusammen, die wiederum einerseits das Bild von repressiver Kontrolle und Zensur in China vermitteln, aber andererseits auch die Feinheiten und Dynamiken innerhalb dieses Systems aufzeigen.

Dass chinesische Behörden das Internet und andere Medien zensurieren, steht in den behandelten Medien außer Frage. Unterschiedlich werden nur die Intensität und Effektivität der Kontrolle sowie der Grad möglicher Öffnung des Systems eingeschätzt. Alle Printmedien außer der ZEIT stellen in nahezu identischen Artikeln klar, dass durch Filtersoftware, den Einsatz von 30.000 «Cyberpolizisten», die Förderung freiwilligen Denunziantentums und die auf Geschäftsinteressen beruhende Kooperation durch westliche Firmen wie Google die erhoffte Ausweitung der Meinungsfreiheit durch das Internet ad absurdum geführt wird.<sup>347</sup> Die SZ nennt die Abschirmung des Internets selbst während Olympia «einen bewussten Akt, mit dem die heilige Stabilität aufrechterhalten werden soll. Die manchmal chaotische Freiheit des Netzes bedroht gerade jene Systeme ungeheuer, in denen die Einheitspartei oder ein geliebter Führer die Wahrheiten befiehlt und angebliche Lügen fernhalten will.»<sup>348</sup>

Zwar wird verschiedentlich betont, dass sich die technischen Maßnahmen der Zensur leicht umgehen ließen.<sup>349</sup> Der SPIEGEL dagegen argumentiert, die Stärke der Zensur liege gerade in ihrer Subtilität und Unberechenbarkeit durch die «Wendigkeit und Flexibilität der kommunistischen Kontrolleure». Das Internet sei «flächendeckend in eine regimetreue Zone verwandelt».<sup>350</sup> Zudem, so merkt die SZ an, sei das Problem für die Chinesen «keine technische Frage einiger blockierter Webseiten [...]. Sie ist eine sehr physische Angelegenheit: Polizisten klopfen an ihrer Tür, oft nachts, und dann werden sie abgeholt.»<sup>351</sup> So habe die Kontrolle dazu beigetragen, «erfolgreich wichtige Themen aus dem öffentlichen Gedächtnis zu löschen. Im gesäuberten Netz findet sich nichts über die Rolle Chinas im Sudan, nichts über den verhafteten Hu Jia, nichts über die Geschichte Taiwans oder Tibets, was von der nationalistischen Propaganda abweicht.» Und weil durch Abschreckung «Zensur zu Selbstzensur» werde und Informationsfreiheit durch Masse vorgegaukelt wird, funktioniere diese «Gehirnwäsche» auch.<sup>352</sup> Um diese Gehirnwäsche zu perfektionieren, werden, so der SPIEGEL, zudem «linientreue Chatter» eingesetzt, die gegen Bezahlung «Anleitungen für

<sup>347</sup> «Das World Wide Web und die große chinesische Firewall», FAZ, 01.08.2008, «Löcher in der Großen Mauer», SZ, 19.03.2008, «The Great Firewall of China», taz, 08.08.2008, «Chinesische Mauer 2.0», SPIEGEL, 28.04.2008, «Aktion 'goldener Schutzschild'», Focus, 28.07.2008.

<sup>348</sup> «Olympische Mauer», SZ, 01.08.2008.

<sup>349</sup> «Die Mauer bröckelt extrem», taz, 02.08.2008.

<sup>350</sup> «Chinesische Mauer 2.0», SPIEGEL, 28.04.2008.

<sup>351</sup> «Gute Zeiten für Denunzianten», SZ, 01.08.2008.

<sup>352</sup> «Diktatur digital», SZ, 30.10.2008, vgl. ähnliche Argumentation in «Die große digitale Mauer», SZ, 01.08.2008.

Meinungen im Internet geben, also auch Diskussionsthemen aufwerfen, die im Sinne der Führung sind».<sup>353</sup>

Neben der Zensur und Gängelung im Internet thematisieren die deutschen Medien auch Beschränkungen im chinesischen Journalismus. Die SZ berichtet ausführlich und mit einem meist zynischen Unterton über die Instruktionen, die chinesische Behörden durch das Propagandaministerium bekämen. Demnach stünden selbst so unverfängliche Worte, wie «Selbstzensur» oder «Internetzensur» mittlerweile auf dem Index – «Radio Eriwan lässt grüßen».<sup>354</sup> Ein Reporter, der zu den Olympischen Spielen angereist ist, berichtet sarkastisch über zusätzliche 21 Richtlinien rund um Olympia, die vorgeben «wie weltpolitische Themen oder kritische Fragen zu den Spielen auszublenden sind. Zu den Tabus zählten neben Tibet, Falun Gong und kontaminierten Nahrungsmitteln [...] auch die drei Protestparks.»<sup>355</sup> Wieder wird auch hier von der SZ die immanente persönliche Gefahr für Leib und Leben der chinesischen Journalisten betont, denn «die wahre Zensur wird in der Volksrepublik vor allem durch Einschüchterung erreicht, nicht durch das Verteilen von Listen».<sup>356</sup>

Die FAZ schildert die Mechanismen der Zensur als eher subtil: «Das Propagandaministerium verlässt sich auf die verantwortlichen Redakteure, die mit seiner Zustimmung ernannt werden. Die wiederum verlassen sich vor allem auf die Schere im Kopf.» Zudem dürften «über außenpolitische Fragen im Zweifelsfall nur die Berichte der Nachrichtenagentur *Xinhua* verwandt werden».<sup>357</sup> Der SPIEGEL kolportiert konkrete Anweisungen des Nationalen Volkskongresses an Website-Betreiber, in denen u.a. gefordert werde: «Bekommen Sie Nachrichten, Beiträge, Foren und Blogs in den Griff. [...] Jene Beiträge, die den Geist der NVK-Entscheidung negieren und unser politisches System kritisieren, müssen absolut blockiert oder gelöscht werden.»<sup>358</sup> Die in Amerika ansässige Dissidentin Qinglian He betont denn auch im Interview mit der FAZ, die Meinungsfreiheit «bewegt sich genau in die entgegengesetzte Richtung, das heißt: mehr Zensur und mehr und mehr Lügen in den offiziellen Medien».<sup>359</sup>

Dies wird auch dadurch bestätigt, dass die als kritisch angesehenen ausländischen Fernseh- oder Radiosender wie die Deutsche Welle oder Radio Free Asia gezielt gestört werden.<sup>360</sup> Die FAZ schildert, dass es «tatsächlich schon vorgekommen ist, dass etwa der SPIEGEL oder die *International Herald Tribune* mit fehlenden Seiten verkauft wurden. Irgendwo sitzt also ein Zensor und schneidet eigenhändig aus Hunderten Zeitungen missliebige Artikel aus.»<sup>361</sup> Als besonders

353 «Linientreue Chatter», SPIEGEL, 24.11.2008.

354 «Tofu-Schulen sind tabu», SZ, 14.08.2008.

355 «Verbotene Fragen», SZ, 21.08.2008.

356 «Tofu-Schulen sind tabu», SZ, 14.08.2008.

357 «Die Schere am Schreibtisch des Ministeriums für Öffentlichkeitsarbeit», FAZ, 13.08.2008.

358 «Fest im Griff», SPIEGEL, 28.01.2008.

359 «Was will die Deutsche Welle?», FAZ, 04.11.2008.

360 «US-Sender unerwünscht», SZ, 20.08.2008, «daily dope», taz, 02.08.2008, «Wir sind keine PR-Agentur», taz, 04.06.2008.

361 «Die Schere am Schreibtisch des Ministeriums für Öffentlichkeitsarbeit», FAZ, 13.08.2008.

perfade wird in FAZ und SZ die Abschaltung des chinakritischen und *Falun Gong* nahestehenden Satellitensenders *New Tang Dynasty TV* durch den französischen Betreiber *Eutelsat* empfunden und in drei Beiträgen thematisiert. *Eutelsat* habe unter dem Vorwand technischer Probleme den kritischen Sender von seinem Satelliten genommen und reagiere damit auf wirtschaftlichen Druck durch China, denn «Chinas Arm reicht weit».<sup>362</sup>

In wenigen Artikeln in der SZ, der FAZ und der ZEIT wird auch die Allgegenwärtigkeit von Zensur in der Kunst und im Film thematisiert. Die FAZ ordnet das Verbot des Berlinale-Beitrags «Lost in Beijing» als das Opfer der «kürzlich erlassenen Kampfansage der chinesischen Zensurbehörden gegen Erotik in Film und Medien» ein, unter dessen Vorwand aber auch ungewollte Interpretationen von Chinas Gesellschaft ausgeschlossen werden.<sup>363</sup> Gerade von nicht mit China vertrauten Autoren werden Hinweise auf die chinesische Zensur aber auch überstrapaziert, wenn etwa in der ZEIT in chinesische Comics eine subversive politische Botschaft hineininterpretiert wird<sup>364</sup> oder ein nicht chinesisch sprechender Surfer beim Surfen auf chinesisch-sprachigen Internetseiten behauptet: «Ich habe heute gelernt, dass Chinas Internet umzäunt ist. Und dass Links Zeichen der Freiheit sind», weil er keine zu englischsprachigen Websites gefunden hat.<sup>365</sup>

#### *Diskursstrang IV: Positive Entwicklungen bei Medien- und Meinungsfreiheit*

Neben diesen Artikeln, die ein sehr uniformes und repressives Bild der Medienfreiheit in China zeichnen, wird aber in allen untersuchten Medien außer dem Focus und der Tagesschau auch eine differenziertere Sichtweise auf die Möglichkeiten von Meinungsäußerungen in den Medien gegeben. Hier kommt durchaus ein Diskurs zum Tragen, der Prozesse im chinesischen Mediensystem von innen heraus zu erklären versucht und damit mögliche Dynamiken besser erkennbar macht. Dieser Versuch, statt einer «Draufsicht» eher Einblicke zu liefern, findet im Vergleich zur Berichterstattung über Menschenrechte im Medienbereich schon deutlich stärker statt, steht aber nichtsdestotrotz nicht im Vordergrund.

Allerdings kommen Reportagen und Berichte aus dem Innenleben des chinesischen Mediensystems angesichts der ansonsten dominierenden Schilderung von Zensur und Kontrolle zu überraschend ambivalenten Ergebnissen. So findet eine Veranstaltung mit chinesischen Journalisten und dem Medienwissenschaftler Zhan Jiang in Deutschland einen positiven Widerhall in der SZ und dem SPIEGEL. In selbstreflektierender Haltung wird in beiden Medien beschrieben, dass das Aufeinandertreffen von kritischen chinesischen Medienexperten und einer überkritischen deutschen Öffentlichkeit gezeigt habe, dass die westlichen

<sup>362</sup> «Satellit W5 sendet nicht mehr», FAZ, 07.08.2008, «Peking und die Frage, wer auf den Satelliten kommt», FAZ, 28.08.2008, «Schatten unterm Sonnensegel», SZ, 23.08.2008.

<sup>363</sup> «Zu vulgär oder zu depressiv? «Lost in Beijing» verboten», FAZ, 07.01.2008.

<sup>364</sup> «Gemalter Unmut», ZEIT, 24.04.2008.

<sup>365</sup> «Internetreisen bildet», ZEIT, 08.05.2008.

Forderungen nach Medienfreiheit offensichtlich über das Ziel hinausschießen. Im SPIEGEL wird auf Grundlage der Ausführungen von Zhan Jiang eine unvoreingenommene Beurteilung der Entwicklungen in China angemahnt: «Vielleicht ist deshalb der Zeigefinger das Hauptproblem im Umgang des Westens mit China. Man läuft ständig Gefahr, das Gute zu wollen und das Gegenteil zu erreichen.»<sup>366</sup> Die SZ argumentiert, dass gerade die allmählichen Verbesserungen in China und die dort gewagte Kritik vom Westen häufig übersehen würden: «Was Sie sehen, sind die Probleme, die wir jetzt haben. Was wir sehen, sind die Probleme, die wir jetzt nicht mehr haben», zitiert die SZ Zhan.<sup>367</sup>

Die SZ bringt außerdem einen Beitrag über die weltweit größte Nachrichtenagentur *Xinhua*, die zwar als «Mundstück der chinesischen Regierung» gelte, aber dennoch einen «komischen Spagat» zwischen den Funktionen als «unabhängiger Nachrichtenlieferant und Propagandamaschine der KP» versuche. Gerade im internationalen Bereich berichte *Xinhua* «oft nicht schlecht. Es darf eben nicht um chinesische Politik gehen.»<sup>368</sup> Eine Reportage über chinesische Sportreporter in der SZ zeigt zudem, dass es durchaus einen lebendigen Boulevard und private Fernsehsender in China gibt, aber auch, dass eine Karriere ohne politische Beziehungen oder Mitgliedschaft in der KP im staatlichen Fernsehen nicht möglich ist.<sup>369</sup> Auch die FAZ interviewt einen chinesischen Sportreporter, der die Auffassung vom totalitären China zu relativieren versucht. Er argumentiert, dass die Entwicklung zu Pressefreiheit nicht von heute auf morgen vonstatten gehe: «Gebt uns noch ein paar Jahre Zeit, dann sind wir auf demselben Level wie ihr.»<sup>370</sup>

In der taz wird die Dynamik des chinesischen Buchmarktes im Kontext von Zensur und Gängelung, aber auch im Hinblick auf die neuen Chancen der Privatisierung beleuchtet.<sup>371</sup> Informell habe sich bereits eine weitgehende Privatisierung durchgesetzt, denn die alten Staatsverlage «verkaufen ihre Publikationsnummern an Herausgeber weiter, die sich offiziell Medienagenturen oder Kulturstudios nennen, in Wahrheit aber sehr erfolgreiche und kreative Privatverlage sind».

Auch in der FAZ wird geschildert, dass «trotz der vielen Zensurmaßnahmen die Presselandschaft in China so vielfältig wie noch nie ist. [...] die Zeitungen haben genau erkannt, dass man mit langweiliger Hofberichterstattung und Wiederholung von Parteiparolen im Stil der ›Volkszeitung‹ keine Leser lockt». Einige Zeitungen versuchten dabei auch Missstände aufzudecken und sich am «Rand der Zensurverbote durchzumogeln».<sup>372</sup> In der taz wird dagegen behauptet, «bis heute ist ein Engagement rein privatwirtschaftlicher Verleger verboten, alle

<sup>366</sup> «Chinas Chefredakteur», SPIEGEL, 26.05.2008.

<sup>367</sup> «Gegen die Wand», SZ, 24.05.2008.

<sup>368</sup> «Schöne neue Nachrichtenwelt», SZ, 09.08.2008.

<sup>369</sup> «Stars auf Abruf», SZ, 19.08.2008.

<sup>370</sup> «Hoffen auf Olympia», FAZ, 08.08.2008.

<sup>371</sup> «Lesehung und die Schere im Kopf», taz, 13.08.2008.

<sup>372</sup> «Die Schere am Schreibtisch des Ministeriums für Öffentlichkeitsarbeit», FAZ, 13.08.2008.



Zeitungen sind in staatlicher Hand» und dass sich die Zensur mit den bunten Blättern am Kiosk nur «tarne».<sup>373</sup>

Eine vorsichtige Öffnung des Mediensystems, die über die bisher beschriebenen informellen Prozesse hinausgehen könnte, deutet aber lediglich die FAZ in drei Beiträgen an. Demnach habe sogar Hu Jintao einem neuen Trend «nun einen offiziellen Segen» gegeben, wonach es in den Medien «mehr Reportagen über soziale Themen und Diskussionen über Tabuthemen wie Abschaffung der Todesstrafe, Umerziehungslager oder die Frage des Eigentumsrechtes für Land» geben könne.<sup>374</sup>

Trotzdem bleibt Skepsis gegenüber dem Regime der dominierende Tenor, wie auch beim Lackmustest für die allmähliche Öffnung – der Reaktion auf das Erdbeben in Sichuan – deutlich wird. Von FAZ und taz wird zwar die größere Transparenz der chinesischen Medien als eine positive Entwicklung gewertet. Bisher galt «negative Nachrichten zu verbreiten als subversiv. Not galt als Schwäche.» (taz)<sup>375</sup> «So etwas» aber wie nach dem Erdbeben, konstatiert die FAZ, «hat China noch nicht erlebt. Es ereignet sich eine schreckliche Katastrophe, und die Öffentlichkeit wird ausführlich informiert.»<sup>376</sup> Nichtsdestotrotz sei die neue Offenheit zwar beeindruckend, aber wohl ein polittaktisches Manöver der Partei, meint die FAZ, das vor allem einem Lerneffekt über die Unkontrollierbarkeit der neuen Medien geschuldet sei. Noch sei außerdem nicht klar, wie nachhaltig solch eine Öffnung sein kann, denn «freilich heißt offene Berichterstattung in China noch immer nicht, dass auch kritische Berichterstattung gefragt ist».<sup>377</sup> Die SZ berichtet dagegen, dass die Regierung einen Monat nach dem Beben das Gebiet wieder für Journalisten abriegelt habe, denn «nach dem Erdbeben fürchtet die Staats- und Parteiführung jetzt offenbar das politische Nachbeben».<sup>378</sup>

#### *Diskursstrang V: Umgang mit Auslandskorrespondenten*

Die Ambivalenz zwischen dominierender Zensur und skeptisch beurteilter vorsichtiger Öffnung wird zugespitzt noch einmal an einem selbstreferentiellen Diskurs zu den Arbeitsbedingungen der Auslandskorrespondenten deutlich. Es wird in allen Tageszeitungen und dem SPIEGEL herausgestellt, dass es seit 2007 neue Regelungen für Auslandskorrespondenten in China gebe, die die Arbeit prinzipiell erleichtern würden. Genehmigungen für Reisen in die meisten Provinzen und Gesprächspartner müssten nun nicht mehr eingeholt werden. Der SPIEGEL hält dieses «Dekret Nr. 477 des chinesischen Staatsrats» zunächst für «so

373 «Die Presse und ihre Fesseln», taz, 08.08.2008.

374 «Hu Jintao fordert «mehr Volksnähe» der Propaganda», FAZ, 24.01.2008, «Drohendes Chaos und drei Kontrollen», FAZ, 04.08.2008, «Neue Nachrichtenlage», FAZ, 25.11.2008.

375 «Not gilt nicht mehr als Schwäche», taz, 19.05.2008.

376 «Selbst die Generäle beantworten Fragen», FAZ, 19.05.2008.

377 «Selbst die Generäle beantworten Fragen», FAZ, 19.05.2008.

378 «Die Rückkehr der Riegel-Politik», SZ, 05.06.2008, «Kritische Autorin in China verhaftet», SZ, 21.06.2008.



etwas wie ein kleines Freiheitsversprechen».<sup>379</sup> Die taz argumentiert vor Olympia auch, dass diese «Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ausländische Journalisten (allerdings nur für diese) bis zu den Unruhen in Tibet unbestritten» sei. Mittlerweile verlagere sich der Druck aber von den Journalisten auf die Interviewpartner.<sup>380</sup> Die Reporter erleben während Olympia, dass «Polizisten in Uniform und in Zivil und ‹freiwillige Helfer› von den Nachbarschaftskomitees in den letzten Tagen immer wieder Chinesen bei Straßeninterviews eingeschüchtert haben, selbst wenn es sich nur um harmlose Themen wie Olympia-Maskottchen oder das Wetter handelt. [...] Zuweilen wurden Interviewpartner zusammengeschlagen oder in Hausarrest gesteckt.» (taz)<sup>381</sup> Schon im März und April berichtet die Tagesschau zwei Mal von geführten Reisen durch Tibet, wobei keine freien Gespräche mit der Bevölkerung möglich seien und nur Phrasen gedroschen würden und «es ist schwierig einzuschätzen, wo Unwissenheit [bei der Bevölkerung] aufhört und Propaganda beginnt».<sup>382</sup>

Darüber hinaus seien ausländische Journalisten trotz Erleichterungen auf dem Papier in der Praxis offensichtlich bespitzelt worden<sup>383</sup> oder sogar selbst ins Fadenkreuz von Behörden oder Schlägern geraten.<sup>384</sup> Der SPIEGEL konstatiert nach der Einbestellung seines China-Korrespondenten ins chinesische Außenministerium und einer regelrechten Hasskampagne gegen ihn auf chinesischen Internetseiten: «eine kritische Berichterstattung über die Wirklichkeit im Land verhindern zu wollen, zählt zu den elementaren Wesenszügen von Diktaturen».<sup>385</sup>

Im Hinblick auf diese Erfahrungen thematisieren und begrüßen die FAZ und SZ im Oktober zwar die Verlängerung der verbesserten Regelungen für ausländische Journalisten über Olympia hinaus, merken aber kritisch an, dass sie «an der Praxis der Berichterstattung wenig verändern, denn gleichzeitig haben Chinas Behörden ihre Überwachung ausländischer Journalisten spürbar verschärft. Die Staatssicherheit ist dazu übergegangen, Telefonate noch intensiver abzuhören und chinesische Interviewpartner einzuschüchtern, noch bevor politisch sensible Interviews überhaupt stattfinden können» (SZ).<sup>386</sup> Insgesamt artikulieren gerade

<sup>379</sup> «Betr.: China», SPIEGEL, 21.01.2008.

<sup>380</sup> «Chinesische Mauer», taz, 10.06.2008.

<sup>381</sup> «Blanke Nerven», taz, 28.07.2008, vgl. auch «Peking-Enten», SPIEGEL, 28.07.2008.

<sup>382</sup> «Tibet-Konflikt: Nach Gesprächsangebot wieder scharfe Kritik in Chinas Medien am Dalai Lama», Tagesschau, 27.04.2008.

<sup>383</sup> Vgl. «Sicherheitskräfte bespitzeln Reporter», SZ, 12.08.2008, «Geklaute Notizblöcke», taz, 12.08.2008.

<sup>384</sup> «Ich dachte, sie würden uns umbringen», SZ, 03.12.2008, «Polizei greift britisches TV-Team an», SZ, 14.08.2008, «Die Schere am Schreibtisch des Ministeriums für Öffentlichkeitsarbeit», FAZ, 13.08.2008, «Blanke Nerven», taz, 28.07.2008, «Beobachtet und bedroht», Focus, 14.07.2008.

<sup>385</sup> «Betr.: China», SPIEGEL, 26.05.2008, auch «Betr.: China», SPIEGEL, 21.01.2008.

<sup>386</sup> «Mehr Öffnung, mehr Überwachung», SZ, 20.10.2008, «Peking verlängert Presse-Regeln», FAZ, 21.10.2008.

die langjährigen Korrespondenten große Skepsis gegenüber dem Umgang der chinesischen Behörden mit der Pressefreiheit.

### 3.2.2 Quellen und Akteure

Beim Thema Menschenrechte und Meinungsfreiheit wird von allen Medien vorrangig auf Berichte von den international agierenden und renommierten NGOs *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und *Reporter ohne Grenzen* zurückgegriffen. Aber auch speziell auf China fokussierte Organisationen mit Sitz im Westen wie *Human Rights in China* oder die amerikanische Stiftung *Dui Hua* werden zitiert. Diesen Organisationen gelingt es trotz Restriktionen auch aus Ländern wie China akkurate Informationen über Verhaftungen, Folter oder Tötungen von Individuen zu erhalten, die sie der globalen Öffentlichkeit zugänglich machen. Ihre bisherige Informationsarbeit und ihre Unabhängigkeit von sämtlichen staatlichen Institutionen machen sie auch für die deutsche Öffentlichkeit besonders glaubwürdig.

Darüber hinaus nutzen die untersuchten Tageszeitungen häufig die amtliche chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* als Quelle für Regierungsinformationen und einige – zumeist englisch-sprachige – chinesische Zeitungen wie die offizielle *China Daily* oder die unabhängigere Hongkonger Zeitung *Ming Pao*. Die FAZ ist die einzige Zeitung, die auch chinesische Studien als Quelle heranzieht, so einen Bericht von Wissenschaftlern der *Zentralen Parteihochschule* in Peking und eine Studie der Regierung zu Landverkäufen. Darüber hinaus wird die Charta 08 als Referenz einbezogen, aber nur in der FAZ wirklich diskutiert.

Zudem kommen Dissidenten, die teilweise im Exil leben, in eigenen Artikeln oder längeren Interviews zu Wort, wie die ehemalige Staatsanwältin Xiao Rundcrantz in der SZ oder Mia Jian und Qinglian He in der FAZ, aber auch der Anwalt Teng Biao in der taz sowie der Dissident Liu Xiaobo in SZ und SPIEGEL.

Abseits von Dissidenteninterviews sind nur wenige chinesische Stimmen zum Thema Menschenrechte und Meinungsfreiheit vorzufinden. Wenn jedoch mit Akteuren vor Ort direkt gesprochen wird, wie mit dem Umweltaktivisten Wu Lihong und seiner Frau Xu Jiehua, dem Anwalt Zheng Enchong, den Regisseuren Lou Ye und Jia Zhang Ke, Journalisten wie dem *Xinhua*-Chef Liu Jiang und dem Sportjournalisten Jiang Yi, entsteht zumeist ein sehr eindringliches, kritisches, aber auch sehr differenziertes Bild von den Problemen und Möglichkeiten der Wahrnehmung von Bürgerrechten und Meinungsfreiheit.

Neben diesen im Westen weniger bekannten Akteuren werden viele weitere Aktivistennamen genannt, die zumeist aus einem recht kleinen Zirkel stammen – allen voran stehen Hu Jia, seine Frau Zeng Jinyan und der Kritiker und Charta-Initiator Liu Xiaobo sowie die Anwälte Chen Guangcheng, Li Fangping und Teng Biao.

Daneben fungieren Einzelpersonen als Beispiele, um bestimmte Vorgänge personalisieren zu können wie anhand der Rentnerinnen Wu Dianyuan und Wang Xiuying den Anachronismus der Protestparks oder anhand des Lehrers

Liu Shaokun die Proteste gegen Korruption bei den Tofu-Schulen oder durch die Journalisten Cheng Xiang, Qi Chonghuai, Li Datong und Zhang Ping die prekäre Lage der Medien.

Auf der Seite der KP und der chinesischen Behörden bleiben die Akteure zumeist namenlos. Handlungen werden häufig lediglich an brutal auftretenden Sicherheitskräften, Polizisten und Gefängniswärtern festgemacht. Ansonsten wird im Wesentlichen von der «Partei», der «Regierung» oder wahlweise dem «kommunistischen Einparteiensstaat», dem «Regime» oder dem «Polizeistaat» geredet. In einigen wenigen Fällen werden Hu Jintao und Wen Jiabao sowie der Polizeiminister Meng Jianzhu, der Wissenschaftsminister Wan Gang und einige lokale Parteikader namentlich benannt. Eine tragende Rolle spielen Regierungsakteure aber nur in ihrer Funktion als undifferenzierbare Gegenspieler der Aktivisten.

### 3.2.3 Autoren

Die Beiträge zu den Themenkomplexen Menschenrechte und Meinungsfreiheit kommen zum großen Teil aus der Feder der China-Korrespondenten bzw. der Asienredakteure. Auffällig ist, dass auch sie häufig auf leicht zugängliche westliche Quellen zurückgreifen. Es sind dann vor allem das jeweils unterschiedliche strukturelle Wissen um die systemischen Zusammenhänge in China und oftmals auch die persönliche Stellung zu Land und Gesellschaft, die den Tenor der Berichterstattung des Mediums prägen und stärker auf Ambivalenzen eingehen oder eher anklagend formulieren.

**Tabelle 22: Thema Menschenrechte & Meinungsfreiheit – Verteilung der Autorenschaft**

| Autor                                | Gesamt |       | FAZ | SZ | taz | SPIEGEL | Focus | ZEIT | Tageschau |
|--------------------------------------|--------|-------|-----|----|-----|---------|-------|------|-----------|
| China-Korrespondent                  | 74     | 40,0% | 31  | 28 | 9   | 4       |       | 1    | 1         |
| China-Korrespondent mit Redakteur    | 5      | 2,7%  | 1   |    |     | 1       | 2     | 1    |           |
| Asienredakteur                       | 29     | 15,7% | 4   | 1  | 21  | 1       |       | 2    |           |
| Redakteur, Journalist                | 35     | 18,9% | 11  | 14 | 4   |         | 1     | 3    | 2         |
| Auslandskorrespondent anderer Region | 5      | 2,7%  |     | 4  |     |         |       |      | 1         |
| Chinesische Intellektuelle           | 3      | 1,6%  |     | 2  | 1   |         |       |      |           |
| Nachrichtenagentur                   | 17     | 9,2%  | 2   | 8  | 7   |         |       |      |           |
| keine Angabe                         | 17     | 9,2%  | 3   |    | 6   | 7       |       |      | 1         |
| Gesamt                               | 185    | 100%  | 52  | 57 | 48  | 13      | 3     | 7    | 5         |

Anzahl der Artikel je Autor/per Medium, n=185

### 3.2.4 Fazit

Insgesamt ist auffällig, dass die Berichterstattung zu den Themenfeldern Menschenrechte sowie Medien- und Meinungsfreiheit in allen untersuchten Medien auf einem recht **eingeschränkten Quellenzugang** basiert. Bezug genommen wird durch die deutschen Medien vor allem auf die als sehr glaubwürdig geltenden Berichte und Informationen der NGOs *Amnesty International* (ai) und *Human Rights Watch* (HRW) sowie im Bereich Medien auf *Reporter ohne Grenzen* (ROG).

In der Berichterstattung im Jahr 2008 werden aber nicht nur die Informationen von ai und HRW in den deutschen Medien wiedergegeben, sondern es wird auch der **anwaltschaftliche Tenor** dieser Organisationen vielfach von den Journalisten übernommen. Darüber hinaus kommen in FAZ und SZ auch etliche Exildissidenten zu Wort (u.a. Xiao Rundcrantz, Qinglian He), die zumeist eine besonders kritische Position gegenüber der chinesischen Führung einnehmen und denen durch ihre persönliche Biografie besondere Authentizität zugebilligt wird. Die prioritäre Verwendung dieser Quellen kann zu einer gewissen Voreingenommenheit bei der Bewertung von Informationen führen. Dies zeigt sich bei der Berichterstattung über die Abschaltung des china-kritischen Fernsehsenders *New Tang Dynasty TV* in FAZ und SZ, die die Informationen von ROG und den Betreibern des Exilsenders ohne weitere Recherche als deutlich glaubwürdiger gewichten als die des Satellitenbetreibers.

Insgesamt bringt diese anwaltschaftliche Auffassung im Bereich Menschenrechte einen Fokus auf die Opferperspektive mit sich, der zuweilen den **Blick auf Veränderungen und Dynamiken im Gesamtsystem verstellt**. In Ansätzen lassen sich in der FAZ und der ZEIT über die individuelle Opferperspektive hinausgehende Analysen finden, die mit einer sehr differenzierten Kritik den allmählichen Wandel im Rechtssystem Chinas berücksichtigen und bewerten. Diese kritische Einordnung, die in keinsten Weise Unrecht und Menschenrechtsverletzungen negiert, wird in SZ und SPIEGEL konterkariert durch eine durchgängig negative Beurteilung des Regimes in Peking, bei dem mögliche positive Veränderungen von vornherein ausgeschlossen oder als Taktik interpretiert werden. Die SZ weist auch mehrfach darauf hin, dass dies eine positivierende Darstellung der Verletzungen universaler Menschenrechte vor dem Hintergrund kultureller oder entwicklungspolitischer Überlegungen sei, die sie nicht mitzutragen gedenke.

In Bezug auf Medien- und Meinungsfreiheit kommt stärker zum Ausdruck, dass die Situation der Medien in China von allgegenwärtiger Kontrolle, aber auch kleinen Verbesserungen gekennzeichnet ist. Zum einen berichten alle Medien in fast uniformen Artikeln über die massive Zensur und Kontrolle des Internets, zum anderen aber gibt es überall zumindest eine längere Reportage, in der anhand von verschiedenen chinesischen Akteuren das Innenleben des chinesischen Mediensystems beleuchtet wird. Die dadurch erfolgte Einordnung von Zensur und Kontrolle dient dabei in keinem Fall der Verharmlosung der Restriktionen. Durch die Vorstellung von **Perspektiven von handelnden Personen innerhalb**

**des Systems** werden jedoch auch allmähliche Veränderungen im Mediensystem bewusst gemacht, die nicht unbedingt den westlichen Vorstellungen von Pressefreiheit entsprechen, aber im chinesischen Kontext erste kleine Schritte zu mehr Freiheit darstellen. Bei diesen Reportagen oder Analysen zeigt sich insbesondere die Kompetenz der China-Korrespondenten, die auf Feinheiten und Ambivalenzen in der Entwicklung der Medien- und Meinungsfreiheit aufmerksam machen können.

Der starke Einbezug der China-Korrespondenten und der Redakteure mit Asien-Schwerpunkt in die Berichterstattung über Menschenrechte trägt dagegen nur wenig dazu bei, die **Akteursperspektive zu diversifizieren**. Im Gegenteil – in SZ, taz, SPIEGEL und ZEIT sind sie es, die den Fokus auf einige wenige Dissidenten noch stärken. Sicherlich ist der Zugang zu Akteuren in diesem heiklen Sektor Menschenrechte problematisch, und gerade die China-Korrespondenten wissen um die Gefahren für Leib und Leben, die kritischen Interviewpartnern drohen können, und rekurren deshalb möglicherweise hauptsächlich auf ohnehin im Fokus der Sicherheitskräfte stehende Akteure. Personen wie Hu Jia und Liu Xiaobo suchen auch gezielt den Kontakt zu westlichen Medien und sind somit besonders leicht zugänglich für Journalisten.

Trotz der Tragik dieser Dissidentenschicksale ist zu fragen, warum gerade die **sozialen Proteste**, die ja in der chinesischen Realität und gerade in den Provinzen die Auseinandersetzungen zwischen Zivilgesellschaft und Regime im Wesentlichen ausmachen, in so geringem Maße in die Berichterstattung eingehen. Soziale Proteste wurden außer in der FAZ nur im Zusammenhang mit deutschen Interessen (Proteste gegen den Ausbau des Transrapid) oder ohnehin virulenten Ereignissen (Proteste gegen die Tofu-Schulen, Proteste gegen Melamin-Milch) wahrgenommen. Bis auf einen Bericht in der ZEIT über einen Umweltaktivisten vom Tai-See, sind auch die China-Korrespondenten nicht wesentlich über die Zentren Peking und Shanghai hinaus auf zivilgesellschaftlichen Protest und Auseinandersetzungen um Menschen- und Bürgerrechte eingegangen.

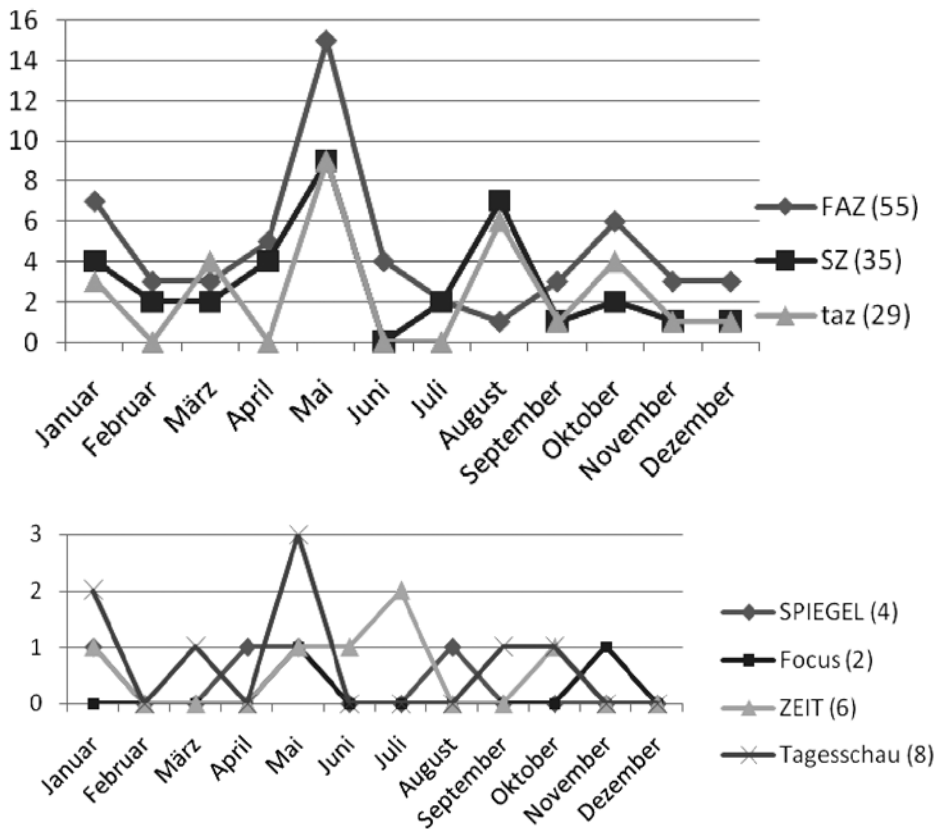
Die **Genauigkeit der Faktendarstellung** lässt insbesondere bei Artikeln rund um die Internetzensur zu wünschen übrig. Offensichtlich haben dabei alle Medien auf einen schnell nachrecherchierbaren Pool an Fakten zurückgegriffen wie bspw. auf die immer wieder kolportierte Zahl von 30.000 «Cyber-Polizisten». Diese Fakten werden möglicherweise allein deshalb zu Fakten, weil alle Medien sie mangels gesicherterer Erkenntnisse gleichermaßen übernehmen. Ebenso werden außer in der FAZ häufig die Unterschiede zwischen der reinen Androhung von Strafen, der tatsächlichen Verhängung einer willkürlichen Administrativhaft und der Verurteilung nicht deutlich. All diese Maßnahmen sind definitiv Restriktionen der Bürgerrechte, aber die wenig differenzierte Benennung der konkreten Maßnahmen führt zu dem Eindruck massenhafter justiziabler Bestrafungen, die so nicht stattfinden. Auch weitere Ungenauigkeiten und kleine Fehler können die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung angreifbar machen, wie wenn bspw. in der taz behauptet wird, es gäbe keine privaten Zeitungen in China, was nicht der Realität entspricht.

### 3.3 Tiefenschnitt: Deutsche Beziehungen zu China

Die deutsch-chinesischen Beziehungen bzw. die Diskussion um das deutsche Verhältnis zu China auf politischer Ebene werden in 4,5% aller untersuchten Beiträge thematisiert. Dieser Anteil erscheint relativ gering angesichts der zunehmenden Bedeutung Chinas für Deutschland als Wirtschaftspartner und als neue Kraft in der internationalen Politik. Die 139 Beiträge, die in diesem Themenfeld identifiziert wurden und hier vertiefend untersucht werden, erfuhren aber über die politische Berichterstattung hinaus eine ebenso starke Flankierung in der Sport- und Wirtschaftsberichterstattung, die in ihrem Tenor zwischen Kritik an und Bewunderung für China schwankte.

Die untersuchten Beiträge lassen sich im Wesentlichen in drei große Diskursstränge gruppieren. Über das Jahr verteilt und intensiviert rund um Olympia geht es erstens immer wieder um den «richtigen» Umgang mit China auf verschiedenen Ebenen, die von Boykottforderungen der Politiker bis zu einer Diskussion über die Weiterführung der deutschen Entwicklungshilfe für China reichen. Die als mehr oder wenig gelungen empfundene Reparatur des deutsch-chinesischen Verhältnisses, das nach dem Empfang des Dalai Lama durch Kanzlerin Merkel im September 2007 zerrüttet war, ist dafür im Januar und Februar 2008 ein wesentlicher Anker für die Berichterstattung. Besonders intensiv wird zweitens die Auseinandersetzung um die Positionierung gegenüber China beim neuerlichen Dalai-Lama-Besuch im Mai 2008 in Deutschland von den Medien aufgegriffen. Innerhalb dieser Debatte werden vor allem die unterschiedlichen Positionen der deutschen Parteien bzw. Politiker gegenüber China aufgezeigt und die so erfolgende Polarisierung kommentiert. Ein dritter Diskursstrang ab September 2008 lässt sich als «Deutsche-Welle-Skandal» beschreiben, den die Medien vorrangig als eine neue Dimension der Positionierungsdebatte behandeln.

**Abbildung 9: Verlauf der Berichterstattung betreffs Deutsche Beziehungen zu China**



Quelle: Eigene Erhebung

Die Tageszeitungen (FAZ 55 Artikel, SZ 35, taz 29) widmen sich allen drei Diskurssträngen ausführlich, die Wochenmedien (SPIEGEL 4, Focus 2, ZEIT 6) jedoch picken sich lediglich bestimmte Aspekte heraus. Die Tagesschau berichtet in acht Beiträgen vergleichsweise häufig über die deutschen Beziehungen zu China, wobei hier der Dalai-Lama-Besuch im Mai 2008 im Mittelpunkt steht und daneben Treffen hochrangiger deutscher Politiker mit chinesischen Politikern aufgegriffen werden.

### 3.3.1 Beschreibung der Diskurs- und Argumentationsstruktur

#### *Diskursstrang I: Debatte um den richtigen Umgang mit China*

Der Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im September 2007 hatte eine Krise in den Beziehungen zwischen China und Deutschland ausgelöst. Mitte Januar 2008 aber bahnt sich eine durch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) vorangetriebene Entspannung des Verhältnisses an. Die Tagesschau geht in einem Beitrag, der die Außenmi-



nister Yang und Steinmeier beim Händeschütteln zeigt, hauptsächlich auf das positive Ergebnis dieser Verhandlungen ein.<sup>387</sup> Die Printmedien interessieren sich aber vor allem für den Ablauf und die Perspektiven dieser Verhandlungen. Der SPIEGEL beschreibt in einem längeren Beitrag ausführlich, wie es durch stille Verhandlungen zu diesem «klassischen Stück Diplomatie»<sup>388</sup> kommen konnte, bei dem die Deutschen offensichtlich keinen «Kotau» hinsichtlich ihrer Positionen vollziehen mussten: «Weder versprach man «Nichteinmischung» noch den Verzicht auf Kritik in Menschenrechtsfragen, beteuern Steinmeiers Unterhändler.»<sup>389</sup> Auch die ZEIT spricht davon, dass Steinmeier die Chinesen besänftigt habe, «ohne den Kotau zu machen. Mehr als altmodische Diplomatie – vertrauliche Gespräche, Briefwechsel, das Repetieren besänftigender Formeln (Ein-China-Politik) – war nicht nötig. Zweifellos ein Punktsieg für Steinmeier.» Allerdings könne sich auch Merkel «bestätigt sehen: Die deutsch-chinesischen Beziehungen halten auch deutliche Meinungsverschiedenheiten aus».<sup>390</sup>

Während diese Medien also eine Glanzleistung der deutschen Diplomatie aufzeigen, fällt die Bewertung der FAZ und der SZ ganz anders aus. Die FAZ spricht China in ihren Kommentaren einen «diplomatischen Sieg über Deutschland»<sup>391</sup> zu und hält es für die Dauer der Krise verantwortlich, «auch wenn das im zur Selbstgeißelung neigenden Berlin kaum jemand so sehen will»<sup>392</sup>. Regelrecht «hysterisch war die Reaktion auf den Empfang des Dalai Lama im Kanzleramt – als ob Frau Merkel im vergangenen September dem tibetischen Separatismus den Segen erteilt hätte.»<sup>393</sup> China habe sich daraufhin geziert, die Beziehungen wieder aufzunehmen, und Bedingungen gestellt, obwohl die deutsche Regierung nie Zweifel an ihrer Befürwortung der Ein-China-Politik aufkommen lassen habe. Sprachlich wird China als emotional und theatralisch handelnd dargestellt. Im weiteren Verlauf der Berichterstattung wird davon gesprochen, dass man vor allem auf chinesischer Seite wieder froh über die Entspannung ist: «Aus dem chinesischen Außenministerium hört man Erleichterung darüber, dass die deutsch-chinesischen Beziehungen sich wieder auf festerem Terrain bewegen.»<sup>394</sup> Auch die SZ hält die Verstimmung der chinesischen Führung für aufgesetzt: «Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass vor allem die chinesische Regierung in diesem Konflikt übertrieben hat, dann liefert ihn Peking nun mit seiner Beschwichtigung: Die Bundesregierung habe sich zur Ein-China-Politik bekannt, heißt es zur Begründung für jüngste Freundlichkeiten. Die aber hat nie irgendeiner in Berlin in Zweifel gezogen, auch Merkel nicht.»<sup>395</sup>

387 «Treffen Steinmeier–Yang: Deutschland und China räumen Spannungen in ihren diplomatischen Beziehungen aus», Tagesschau, 22.01.2008.

388 «Schwierige Übung», SPIEGEL, 21.01.2008.

389 «Schwierige Übung», SPIEGEL, 21.01.2008.

390 «Tauwetter», ZEIT, 24.01.2008.

391 «Chinas Regierung lässt jubeln», FAZ, 26.01.2008.

392 «Zurück zur Vernunft», FAZ, 21.01.2008.

393 «Wieder gut», FAZ, 23.01., vgl. «Annäherung an China», FAZ, 21.01.2008.

394 «China erstaunlich offen», FAZ, 08.09.2008.

395 «Sanfte Töne aus Peking», SZ, 22.01.2008.

Die FAZ weist als einziges Medium explizit darauf hin, dass mit dem Ziel der Beendigung der diplomatischen Eiszeit tatsächlich weiter reichende Zugeständnisse an China als bisher gemacht wurden: «In der Erklärung [Steinmeiers] steht auch [...], dass Taiwan und Tibet ›Teil des chinesischen Territoriums‹ seien. Eine solche Präzisierung der ›Ein-China-Politik‹ hatte man bislang vermieden, die genaue Definition des Begriffes wurde öffentlich bewusst vage gehalten. [...] Für Peking geht die Erklärung über das ›chinesische Territorium‹ über das hinaus, was sie üblicherweise vor allem im Hinblick auf Taiwan hört. Es ist mehr als nur eine symbolische Versicherung.»<sup>396</sup> Die FAZ vermutet über die Intention des Abpressens von Zugeständnissen hinaus, China habe möglicherweise mit der Konstruktion dieser Krise und seinem «Zorn» versucht, «Steinmeier und Frau Merkel gegeneinander auszuspielen»<sup>397</sup>.

Mit der Beendigung der Krise beginnt denn auch eine umfangreiche Debatte darüber, wie mit China im Allgemeinen umgegangen werden sollte, die von deutschen Politikern in Interviews und eigenen Beiträgen geprägt wird. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder debattiert mit Eckart von Klaeden, dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der ZEIT, Außenminister Frank-Walter Steinmeier schreibt in der FAZ und wird im SPIEGEL interviewt, von Klaeden und Karl-Theodor zu Guttenberg, zu diesem Zeitpunkt Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, äußern sich in der FAZ, der Grünen-Politiker Omid Nouripour und der SPD-Ostpolitiker Egon Bahr werden in der taz interviewt. In der Gegenüberstellung der Positionen wird deutlich gemacht, dass die Vertreter der SPD zur Durchsetzung der Interessen Deutschlands eher einen sensibleren Umgang mit dem wichtiger werdenden Partner China anmahnen, während die anderen Standhaftigkeit bei der Durchsetzung demokratischer Prinzipien mit China einfordern.

Diese Debatten mit polarisierenden Ansichten der in die Ausgestaltung der Außenpolitik involvierten politischen Akteure werden im Wesentlichen nur in der FAZ, taz und der ZEIT geführt – in der ZEIT stellen sie sogar fast die einzigen großen Artikel in der Berichterstattung über die deutsch-chinesischen Beziehungen.

In der FAZ wirbt Steinmeier für eine «globale Verantwortungspartnerschaft – mit China». Diese könne man aber «nicht durch Konfrontation, sondern durch Kooperation und Dialog» erreichen.<sup>398</sup> Während Steinmeier dabei auch kritische Fragen ansprechen möchte, will Gerhard Schröder diese dagegen gar nicht thematisieren und plädiert in einem langen Beitrag für die ZEIT für eine Politik auf Augenhöhe mit China ohne «Belehrungen oder Bloßstellungen».<sup>399</sup> Deutschland und der Westen müsse China zum Partner machen, denn «Fakt bleibt, dass wir China zur Bewältigung der großen internationalen Herausforderungen brauchen». China habe ungeheure Fortschritte bei der wirtschaftlichen

<sup>396</sup> «Chinas Regierung lässt jubeln», FAZ, 26.01.2008.

<sup>397</sup> «Annäherung an China», FAZ, 21.01.2008, «Peking lobt Steinmeier», FAZ, 01.02.2008.

<sup>398</sup> «Was wir uns von China wünschen», FAZ, 28.07.2008.

<sup>399</sup> «Warum wir Peking brauchen», ZEIT, 17.07.2008.

und gesellschaftlichen Modernisierung gemacht und gleichzeitig seine Stabilität wahren können – wer in dieser Situation China Versäumnisse bei der Demokratisierung vorwirft und sich zum «Lehrmeister aufschwingen» will, sollte bedenken: «Auch Deutschland hat erst nach einem langen und beschwerlichen Weg zur Demokratie gefunden.» Mit einem Seitenhieb gegen den von chinesischer Seite als Affront empfundenen Empfang des Dalai Lama durch Merkel betont er, «in meiner Politik gegenüber China habe ich auf ritualisierte, symbolhafte und nur für die deutsche Öffentlichkeit gedachte Aktivitäten verzichtet». Schröder greift zugleich massiv die Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an, die diese in einem Papier im Oktober 2007 vorgestellt hatte. Nach seinem Dafürhalten hat dieses Papier «mit seiner aggressiven antichinesischen Rhetorik die Politik und die Gesellschaft in China irritiert, man kann durchaus auch sagen: brüskiert» und zu «großem außenpolitischen Schaden» geführt.

Die Unionspolitiker von Klaeden und zu Guttenberg stellen dagegen in ihrer Replik auf die SPD-Vertreter in FAZ und ZEIT die normative Komponente in der deutschen Außenpolitik zu China heraus. Für von Klaeden sind «Werte und Interessen nicht so scharf voneinander zu trennen, wie es auf den ersten Blick zu sein scheint. Was zunächst allein als Wertefrage daherkommt, ist tatsächlich oft zugleich die Sicherung langfristiger Interessen» (FAZ).<sup>400</sup> Gerade Menschenrechte und Demokratie «sind universale Prinzipien, die nicht nur inner-, sondern auch zwischenstaatlich für nachhaltige Stabilität sorgen». Es gehöre deshalb zu einer guten Außenpolitik, sich zu diesen Werten und ihrer Durchsetzung öffentlich zu bekennen. In der Beziehungskrise zu China habe die Kanzlerin deshalb Haltung gezeigt, und China habe klein begeben müssen. Hier setzt von Klaeden einen Seitenhieb auf Schröder, denn «die Verstimmung wäre allerdings noch kürzer ausgefallen, hätte die chinesische KP nicht so prominente Unterstützung in Deutschland erfahren». In der ZEIT argumentiert von Klaeden weiter, dass es «naiv» sei, allein einen demokratischen Wandel durch wirtschaftliche Öffnung zu erwarten, schließlich ziehe die chinesische Führung daraus vor allem ihre autoritäre Herrschaftslegitimation.<sup>401</sup>

In einer ähnlichen Argumentation hält es Karl-Theodor zu Guttenberg in der FAZ für nötig, die Außenpolitik Deutschlands an die neue weltpolitische Rolle Chinas anzupassen.<sup>402</sup> Eine reine Schaufensterpolitik für Wirtschaftsinteressen zu betreiben sei nicht mehr ausreichend, denn «man darf auch unterstellen, dass beispielsweise die Tibeter, Demokraten in Hongkong oder Katholiken in Schanghai an mehr interessiert sind als an der Modellpalette deutscher Automobilhersteller».

Während in der ZEIT diese Debatten lediglich abgebildet werden, belässt es die FAZ nicht bei der Darstellung, sondern macht in redaktionellen Kommentaren eher Kritik an der Position der SPD deutlich: «Immerhin hat aber die

<sup>400</sup> «Werte und Interessen», FAZ, 08.02.2008.

<sup>401</sup> «So wird China keine lupenreine Demokratie», ZEIT, 24.07.2008.

<sup>402</sup> «Jenseits des Wunschdenkens», FAZ, 04.08.2008.

öffentliche Empörung dazu geführt, dass China mit Vertretern des Dalai Lamas spricht. So ganz falsch kann das also nicht sein. Die SPD hatte sich schon mit den Oppositionellen im Ostblock schwergetan. Warum sollte es in China eigentlich anders sein?»<sup>403</sup> Auch die SZ, die selbst keine Interviews oder Analysen von Politikern zu diesem Thema bringt, kritisiert Schröder ob seiner überbordenden China-Freundlichkeit und unkritischen Position angesichts des harten Durchgreifens der chinesischen Machthaber zu Olympia bissig-ironisch als einen der «Chinaversteher» und «Experten für lupenreine Demokratie»<sup>404</sup>.

Über Reisen deutscher Minister wie Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Annette Schavan oder Wolfgang Schäuble nach China oder Treffen von Justizministerin Brigitte Zypries mit ihrem chinesischen Amtskollegen in Deutschland wird angesichts dieser Debatte denn auch kaum auf inhaltlicher Ebene berichtet, sondern lediglich eine Art Politikerbeobachtung im Kontext des Balanceakts zwischen Entspannungspolitik und der Kritik an chinesischer Menschenrechts- und Tibet-Politik durchgeführt. Lediglich die Tagesschau berichtet auf inhaltlicher Ebene, dass Umweltminister Gabriel in Gesprächen mit hochrangigen chinesischen Politikern eine Sensibilisierung Chinas für Umweltprobleme ausgemacht habe und eine Kooperation durch deutschen Technologietransfer anbieten könne.<sup>405</sup>

In den Tageszeitungen wird allenfalls am Rande erwähnt, was auf dem konkreten Besuchsprogramm der Minister steht. Stattdessen wird auf die Positionierung gegenüber China geachtet. So wird kolportiert, Schäuble empfehle der chinesischen Führung im April «mehr Offenheit im Umgang mit Konflikten (FAZ)»<sup>406</sup>, doch schon bei seinem Besuch zu Olympia «lobte [er] Freundlichkeit und Unaufgeregtheit der Chinesen» (SZ)<sup>407</sup>. Schavan hält es bei ihrem Besuch im April für wichtig, «auch in schwierigen Zeiten im Gespräch zu bleiben» (FAZ).<sup>408</sup> Und Zypries, die im April im Rahmen des Rechtsstaatsdialogs, der ein wesentliches Instrument der deutschen Außenpolitik gegenüber China ist, mit ihrem chinesischen Amtskollegen Cao redet, wird vor allem daran gemessen, dass sie «nach eigener Auskunft auch mit Cao über Menschenrechte und die friedliche Lösung von Konflikten diskutiert» (SZ).<sup>409</sup> Die FAZ begleitet Außenminister Steinmeier auf seiner China-Reise im Juni und geht dabei dem Vorwurf nach, er «biedere sich China auf seiner Reise an».<sup>410</sup> Offensichtlich gelingt es hier weder

<sup>403</sup> «Wohllwollen», FAZ, 20.06.2008.

<sup>404</sup> «Ein Wort zu China», SZ, 22.08.2008, vgl. auch «Schröder reist zu Olympia-Eröffnung», SZ, 17.07.2008, «Schröder kritisiert Politik und Medien», SZ, 11.08.2008.

<sup>405</sup> «Gabriel in China: Gespräche über Klimaschutz und Umweltthemen», Tagesschau, 31.01.2008.

<sup>406</sup> «Schäuble fordert von China Offenheit», FAZ, 30.04.2008.

<sup>407</sup> «Innenminister Schäuble in Peking», SZ, 23.08.2008.

<sup>408</sup> «Schavan ruft China zum Dialog auf», FAZ, 15.04.2008.

<sup>409</sup> «Zypries äußert Verständnis für Chinas strenge Visa-Politik», SZ, 22.04.2008.

<sup>410</sup> «Steinmeier: Mehr Sympathie für China», FAZ, 14.06.2008, vgl. auch «Und zum Dank ein Netz voller Fußbälle», FAZ, 16.06.2008.

den Politikern, die Sachebene ihrer Besuche herauszustellen, noch haben die Medien ein Interesse an der Thematisierung dieser eher trockenen Politikfelder.

Im Kontext dieser Positionierungsdebatte kommt aber immerhin eine kurze Diskussion über das Einstellen der deutschen Entwicklungshilfe für China in der FAZ und der SZ auf. Ausgangspunkt dafür war die Entscheidung der Politiker, «nach der blutigen Niederschlagung der Unruhen in Tibet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit China»<sup>411</sup> auszusetzen. Dieses normative Argument wird aber später gar nicht mehr aufgegriffen, sondern weicht eher konkreten wirtschaftspolitischen Überlegungen, die die beiden Medien in wenigen, aber dafür recht fundierten und abwägenden Beiträgen präsentieren. Während die SZ dabei eher auf Studien und Stimmen aus China und der deutschen Wirtschaft zurückgreift, orientiert sich die FAZ wiederum stark an Aussagen von Politikern.<sup>412</sup> Sie gibt aber auch einer eigenständigen Analyse zweier China-Wissenschaftler Raum, die sich für eine Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit mit China aussprechen und sie als ein strategisches Instrument der Einflussnahme durch «bilaterale Vertrauensbildung» sehen.<sup>413</sup>

Ansonsten setzen die Medien in der Debatte über den politischen Umgang mit China kaum konkrete Themen, sondern beschränken sich auf Berichte über Sitzungen der Menschenrechts- und Sportausschüsse des Bundestages<sup>414</sup> oder die Olympia-Boykott-Diskussion<sup>415</sup>, die im Wesentlichen die verschiedenen Argumente zu den beiden politischen Linien der interessengeleiteten stillen Diplomatie gegenüber der offensiven Thematisierung von Menschenrechten immer wieder aufgreifen. Im Hinblick auf Olympia versucht die deutsche Regierung zwischen diesen beiden Linien einen wenig konfrontativen Mittelweg zu finden, wobei das Lavieren zwischen dem Propagieren von Werten und außenpolitischem Pragmatismus immer wieder in den Medien anklingt.<sup>416</sup> Insgesamt stellt die FAZ dabei einen Konflikt zwischen Union und SPD in diesen Fragen heraus, während die SZ weniger auf die innenpolitische Konfrontation eingeht, sondern vor allem die Position Merkels übermittelt. Auch die Tagesschau stellt in einem Beitrag über die deutschen Reaktionen zur Tibet-Krise lediglich State-

411 «Deutschland ist Chinas zweitgrößter Geldgeber», FAZ, 11.07.2008.

412 «Deutschland stellt Direktzahlungen an China ein», SZ, 23.09.2008, «Deutschland ist Chinas zweitgrößter Geldgeber», FAZ, 11.07.2008

413 «Warum die Entwicklungshilfe fortgesetzt werden sollte», FAZ, 26.05.2008.

414 «Einsam mit Tibet», FAZ, 20.06.2008, «Wohlfühlen», FAZ, 20.06.2008, «Berliner Ausschüsse kritisieren China», SZ, 23.01.2008, «Die Realität ist frostig», SZ, 20.08.2008, «Freiheit und Spiele», taz, 26.01.2008.

415 Vgl. «Deutsche Politiker gegen Boykott der Spiele», FAZ, 17.03.2008, «China schlägt den Aufstand in Tibet nieder – Festnahmen, Proteste und Boykott-Diskussion», FAZ, 20.03.2008, «Köhler und Merkel nicht nach Peking», FAZ, 29.03.2008, «BERLIN», taz, 27.03.2008, «Olympia ohne Merkel», taz, 29.03.2008.

416 «Köhler und Merkel nicht nach Peking», FAZ, 29.03.2008, sowie «Köhler fährt nicht zu den Olympischen Spielen», SZ, 29.03.2008, «BERLIN», taz, 27.03.2008.

ments von Merkel und Claudia Roth heraus, die Druck auf China fordert, um «die brutale Unterdrückung der Tibeter zu beenden».<sup>417</sup>

Die drei Tageszeitungen nehmen auch im Rahmen der Finanzkrise und der damit verbundenen Annäherung zwischen Merkel und der chinesischen Führung den Diskurs über die Ausgestaltung der Beziehungen zu China wieder auf. Sie verorten aber die Interessenlagen der beiden Länder und das Auftreten Merkels, die im Herbst nach China reist, sehr unterschiedlich.

Die FAZ stellt heraus, dass angesichts der Krise insbesondere China an guten Beziehungen zu Deutschland interessiert sei und so auch die kritische Haltung der Kanzlerin akzeptiere: «Für wie wichtig China den Besuch der Bundeskanzlerin halte, sei daran zu erkennen, dass Frau Merkel eine der wenigen Staatsgäste sei, die von der chinesischen Führung vor dem Asien-Europa-Gipfel auch zu bilateralen Gesprächen empfangen wird.»<sup>418</sup> Sie sei «warm» begrüßt worden, habe aber gleichzeitig mit chinesischen Intellektuellen über die ihr wichtige Tibet-Frage diskutieren können.<sup>419</sup> Aus Sicht der SZ sind «Reisen nach China für Merkel immer ein Sowohl-als-auch. In den politischen Gesprächen wirbt sie einerseits für Kooperation und drängt Peking, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Andererseits spricht sie auch Probleme wie den Tibet-Konflikt an.»<sup>420</sup> Die Tagesschau nimmt die Position der FAZ und SZ auf und zeigt, dass mit der Reise Merkels nach China zwar «nun die Rückkehr zur Normalität besiegelt» werde, Merkel aber trotzdem Fragen zu Tibet und Menschenrechten nicht ausklammere. Gleichzeitig ruhten aber jetzt die «Wachstumshoffnungen» der Kanzlerin auf China und deshalb hoffe sie auf eine Ankurbelung der Geschäfte durch ihren Besuch.<sup>421</sup>

Ganz anders argumentiert dagegen die taz, die angesichts der Problemlage in Europa Merkel selbstkritisch auf die Chinesen zugehen sieht. Merkel wollte die chinesische Führung für ihren Plan einer internationalen Finanzaufsicht mobilisieren, aber «die Ausgangsbedingungen waren dafür [bisher] nicht günstig, denn Merkel verfügte in Peking über kein hohes Ansehen». Nun aber «gab sie den Chinesen zu verstehen, dass ihre Kritik am Dalai-Lama-Empfang in Berlin nicht spurlos an ihr vorbeigegangen ist. Sie präsentierte sich in der Rolle des lernenden Kindes und gestand den Chinesen ihre Empörung zu, ohne sich selbst zu rechtfertigen. Das war nicht einfach.»<sup>422</sup> Die taz äußert angesichts der Äußerungen Merkels die Hoffnung, dass China und Deutschland konstruktiv zusammenarbeiten könnten, denn «sie, die bisher immer auf ideologische Distanz zur

<sup>417</sup> «Reaktionen Berlin: Die Bundesregierung ruft zum Dialog zwischen China und der tibetischen Exil-Regierung auf», Tagesschau, 15.03.2008.

<sup>418</sup> «Merkel zu Gesprächen in Peking», FAZ, 23.10.2008.

<sup>419</sup> «Warmer Empfang für Merkel», FAZ, 25.10.2008.

<sup>420</sup> «Harmonie unter dem roten Stern», SZ, 25.10.2008.

<sup>421</sup> «Merkel in China: Deutschland und China wollen Handelsbeziehungen vertiefen», Tagesschau, 23.10.2008.

<sup>422</sup> «Merkel übt Selbstkritik in China», taz, 27.10.2008.



chinesischen KP gegangen ist, kommt jetzt den Kommunisten zum ersten Mal entgegen». <sup>423</sup>

Insgesamt bleibt bei dieser vordergründig an für Deutschland relevanten Symbolereignissen orientierten Berichterstattung weitgehend außen vor, dass sich Deutschlands Rolle in der chinesischen Außenpolitik in den letzten Jahren merklich verändert hat. Wurde Deutschland lange Zeit eine Sonderrolle innerhalb westlicher Staaten zugebilligt, so ist es mittlerweile nur noch ein möglicher Partner unter vielen. Die chinesische Dimension der Ausgestaltung der Beziehungen zu Deutschland und die sie bestimmenden Einflussfaktoren werden genauso aus der Berichterstattung ausgeklammert wie eine Analyse dessen, was die deutsche Außenpolitik gegenüber China in der dortigen Gesellschaft und Nomenklatura auslöst. Lediglich die ZEIT befragt als einziges Medium auch chinesische Diplomaten und Wissenschaftler zu ihren Ansichten und fängt ein wenig verständnisvolles Stimmungsbild ein: «Die Heftigkeit der westlichen Kritik verunsichert die Chinesen. Warum dieses plötzliche China-*bashing*? Wo bleibt der Beifall für die gigantische Aufbauleistung? Jahr für Jahr ein Wachstum von durchschnittlich zehn Prozent. 300 bis 400 Millionen Menschen aus der Armut geholt. Eine Mittelschicht, die ihre Kinder zum Studium nach Amerika und Europa schickt. Mehr Internetbenutzer als in den USA. Dies alles nach dreißig Jahren. Was wollt ihr mehr?». Der Beitrag konstatiert, dass die ganze Debatte in Deutschland die Chinesen selbst auf der diplomatischen Ebene befremdet habe: «Auf Deutschland habe China immer bauen können. Heute aber sei sogar das Verhältnis zu Bush besser als das zu Merkel.» <sup>424</sup>

## *Diskursstrang II: Innenpolitischer Streit um den Dalai-Lama-Besuch im Mai 2008*

Den Höhepunkt der Debatte über den adäquaten Umgang mit China und den großen politischen Konfliktfeldern wie Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Minderheitenrechte markiert der Besuch des Dalai Lama in Deutschland im Mai 2008. Alle Medien außer der ZEIT <sup>425</sup> und dem Focus widmen sich nun aus der bestehenden allgemeinen Debatte heraus besonders intensiv der innenpolitischen Diskussion um die richtige Positionierung gegenüber China.

Erste Meldungen in den Tageszeitungen im März und April kennzeichnen bereits grob die Konfliktlinien als eine neuerliche Auseinandersetzung zwischen CDU und den meisten Parteien auf der einen sowie der SPD auf der anderen Seite. Merkel könne den Dalai Lama wegen einer Auslandsreise zwar nicht selbst empfangen, würde es aber prinzipiell wieder tun. Steinmeier jedoch ist strikt

<sup>423</sup> «Starker Partner gesucht», taz, 25.10.2008.

<sup>424</sup> «Das Volk und seine Feinde», ZEIT, 12.06.2008.

<sup>425</sup> Die ZEIT behandelt das Thema zwar stark auf der Website der Zeitung, allerdings nur als Nebenthema in der hier analysierten gedruckten Fassung.



dagegen.<sup>426</sup> Die beiden schon vorher herausgearbeiteten Linien der offensiven Einforderung der Einhaltung von Menschen- und Minderheitenrechten gegenüber dem Plädoyer für stille Diplomatie lassen sich nun in zugespitzter Form an einem konkreten Beispiel plastisch darstellen. Die SZ kann denn auch die Absage Steinmeiers an einen Empfang des Dalai Lama als Teil seiner langfristigen Strategie gegenüber China einordnen, empfindet es aber als harsch und ohne Feingefühl, wie sie «sein Amt trocken und ohne diplomatischen Hinweis auf terminliche Schwierigkeiten mitteilte».<sup>427</sup> Auch FAZ und taz verbreiten das Zitat eines Mitarbeiters des Dalai Lama, der die Absage «angesichts der tragischen Situation in Tibet» für «das falsche Signal und eine »sehr unglückliche Entscheidung« halte.<sup>428</sup> Die SZ findet, dass er mit dieser Aussage «wohl recht» habe. Vielfach zitiert sie Kritiker an Steinmeier, wie beispielsweise die Grünen-Chefin Claudia Roth, die Steinmeier «Leisetreterei» und vorausseilenden Gehorsam vorwirft oder Rüdiger Polenz von der CDU, der «wenig Verständnis» für die Absage habe.<sup>429</sup> Auch die anderen Medien nehmen diese ausdrucksstarken Zitate der Politiker gern auf. Laut FAZ erwartet CSU-Chef Erwin Huber «von Steinmeier »mehr Courage« und für den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder «sei es selbstverständlich, das Streben der Tibeter nach Freiheit zu unterstützen».<sup>430</sup>

Die taz stellt jedoch als einzige Zeitung Aussagen wie der von Roland Koch, wonach «die Absage in China den Eindruck erwecken könne, »die Menschenrechtsfrage sei doch nicht so ein zentrales Anliegen der Bundesregierung« auch Zitate von SPD-Politikern gegenüber. Demnach «instrumentalisiere die Union den Besuch des Dalai Lama, um in der innenpolitischen Debatte zu punkten»<sup>431</sup>. Die taz geht diesem Vorwurf auch in einem Kommentar nach, der mit Blick auf die Position der Kanzlerin zu Lateinamerika feststellt, dass «Merkmels Begeisterung für die Menschenrechte ziemlich enge ideologische Grenzen» hat. Die Kritik an China wird deshalb eher als opportunistisch und populistisch empfunden, denn «glaubwürdig ist eine Außenpolitik, die sich Demokratie und Menschenrechte auf die Fahne schreibt, nur, wenn sie diese Ziele überall verfolgt. Und nicht nur da, wo es politisch passt.»<sup>432</sup> Andererseits zeigt die taz bei dieser Frage Meinungspluralismus, denn ein weiterer Kommentar wirft der SPD-Spitze «Versagen» im Umgang mit dem Dalai Lama und der öffentlichen Meinung in Deutschland vor: «Während zahlreiche Unionspolitiker die Chance genutzt haben, sich im Licht einer guten Sache zu sonnen, indem sie den Dalai Lama während seiner

<sup>426</sup> «Merkel will den Dalai Lama wieder treffen», FAZ, 14.04.2008, «Merkel will Dialog mit Dalai Lama», SZ, 14.04.2008, «Dalai Lama in Deutschland», taz, 25.03.2008.

<sup>427</sup> «Einsam in Berlin», SZ, 09.05.2008.

<sup>428</sup> «Exil-Tibeter und China einigen sich auf weitere Konsultationen», FAZ, 09.05.2008, «Dalai Lama vor dem Tor», taz, 09.05.2008.

<sup>429</sup> «Einsam in Berlin», SZ, 09.05.2008.

<sup>430</sup> «Streit über Deutschland-Besuch des Dalai Lamas», FAZ, 13.05.2008.

<sup>431</sup> «Dalai Lama: Nur Absagen aus der ersten Reihe», taz, 13.05.2008.

<sup>432</sup> «Dalai Lama und deutsche Interessen», taz, 15.05.2008.

Deutschlandvisite empfangen haben, stehen die Sozialdemokraten als herzlose Bürokraten da, denen ein gutes Verhältnis zu China vor den Menschenrechten geht.»<sup>433</sup>

Die FAZ kritisiert Steinmeier konsequent, obwohl sie die Debatte um den Dalai-Lama-Empfang für aufgesetzt hält. Aber «wo Peking den Friedensnobelpreisträger zum Terroristen stempelte, wäre auch ein lautes Wort des deutschen Außenministers angebracht gewesen» und nicht nur der Verweis auf die stille Diplomatie.<sup>434</sup> In einem weiteren Kommentar heißt es: «Steinmeier liebt es leise. Dass dies gegenüber China leicht zu Leisetreterei führt, nimmt er billigend in Kauf. Faktisch macht sich Steinmeier die Haltung Pekings zu eigen, das den Dalai Lama zu einem gefährlichen ›Spalter‹ des Vaterlands erklärt hat. Dass er das nicht ist, wissen alle Verständigen.»<sup>435</sup>

Der Focus-Herausgeber Helmut Markwort macht in einer Kolumne auch ganz klar, dass Steinmeier nicht den richtigen Weg beschreitet, denn «Kenner der chinesischen Mentalität widersprechen ohnehin der übervorsichtigen Position von Außenminister Steinmeier. Die chinesischen Spitzenpolitiker, so meinen sie, würden eine klare ehrliche Haltung respektieren.»<sup>436</sup> Die SZ zeigt neben der expliziten auch implizite Kritik an Steinmeier anhand eines Berichts über das Treffen von Roland Koch mit seinem langjährigen «Freund», dem Dalai Lama. Demnach lasse sich mit einer stringenten kritischen Haltung gegenüber China – wie Koch sie vertrete – durchaus etwas erreichen. Koch sei sogar von der chinesischen Regierung nach Tibet eingeladen worden und «gab sich dort souverän, blieb so diplomatisch wie notwendig und wurde so kritisch wie möglich».<sup>437</sup> In einem Leitartikel in der SZ wird aber auch deutlich gemacht, dass sich deutsche Politiker durch ein Treffen mit dem Dalai Lama, das «wie ein Nachweis der edlen Absichten» zu sein scheint, kaum mit der Komplexität des Tibet-Problems auseinandergesetzt hätten: «Tibet wurde zur Chiffre für eine mit humanitären Motiven betriebene Außenpolitik – und Tibet ist für die Union die ideale Waffe geworden, um der Sozialdemokratie und ihrem zuständigen Minister die moralische Lufthoheit in der Außenpolitik zu nehmen. Ob es am Ende den Tibetern nutzt, ist Nebensache.»<sup>438</sup>

Insgesamt verbreiten insbesondere FAZ, SZ, SPIEGEL und Focus vielfach von der Union und den Grünen vorgebrachte Positionen. Während aber SZ und taz im Kommentarteil deren Politik unterschiedlich einschätzen, unterstützen FAZ und Focus diese ausdrücklich in ihren Kommentaren. In einem ersten Beitrag zur Dalai-Lama-Reise kommt diese Konzentration auf die Unionspositionen auch in der Tagesschau zum Tragen, indem die jeweiligen Treffen der CDU-Politiker

<sup>433</sup> «Am Zeitgeist vorbei», taz, 19.05.2008.

<sup>434</sup> «Eiertanz», FAZ, 13.05.2008.

<sup>435</sup> «Treffen», FAZ, 15.05.2008, vgl. auch «Tausende jubeln in Berlin dem Dalai Lama zu», FAZ, 20.05.2008.

<sup>436</sup> «Schlaue Frau mit Hintergedanken», Focus, 26.05.2008.

<sup>437</sup> «Ein Freund als Wegbereiter», SZ, 13.05.2008.

<sup>438</sup> «Die Sache Tibets», SZ, 15.05.2008.

Koch, Lammert und Rüttgers aneinandergereiht und von der Aussage Roland Kochs untermalt werden: «Es ist nämlich heute eine Normalität, sich mit dem Dalai Lama zu treffen.»<sup>439</sup> In einem späteren Beitrag wird aber durch ein Statement auch Steinmeiers Position deutlich gemacht, wonach eine Verärgerung Chinas kontraproduktiv sei und es nicht zu Autonomie-Verhandlungen kommen werde «ohne einen geordneten, regelmäßigen Dialog mit China selbst».<sup>440</sup>

Die mediale Berichterstattung zum Dalai-Lama-Besuch und dem Umgang mit China geht mehr und mehr in eine Berichterstattung zum parteipolitischen Geplänkel über, als sich die SPD-Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul entgegen der Linie ihres Parteikollegen Steinmeier entschließt, den Dalai Lama in ihrer Funktion als Regierungsmitglied zu treffen. Der SPIEGEL vermutet, dass «zahlreiche Genossen das Rendezvous der ›Roten Heidi‹ mit dem Mönch aus Fernost als schweren Verstoß gegen die sozialdemokratische China-Politik empfinden», und diagnostiziert einen Bruch in der SPD. Dieser Konflikt sei zudem von Merkel, die dem Ansinnen Wieczorek-Zeuls ihre Zustimmung gegeben hatte, erhofft worden.<sup>441</sup> Auch die SZ deutet als Erklärung für das Verhalten Merkels unterschwellig ein parteipolitisches Kalkül an, denn «Unmut gibt es in der SPD auch über Kanzlerin Angela Merkel, die Wieczorek-Zeul zu dem Treffen ermuntert hat», und immerhin musste «Merkel am Freitag dem Eindruck entgegentreten, sie habe das Treffen vermittelt, um Zwist in die SPD zu tragen».<sup>442</sup> Die FAZ spricht dagegen lediglich von «offenkundigen Informationspannen» zwischen Regierung und Auswärtigem Amt.<sup>443</sup>

Stattdessen verbreitet die FAZ, aber in Teilen auch die SZ, den Eindruck, dass Merkel zwar zugleich diplomatisch vorsichtig gehandelt, aber trotzdem ihrer kritischen Haltung gegenüber China und der öffentlichen Meinung verpflichtet geblieben sei, denn es «habe der Kanzlerin nicht behagt, dass überhaupt kein Mitglied der Bundesregierung den Dalai Lama treffen würde, hieß es in den Regierungskreisen.»<sup>444</sup> Die FAZ bleibt ihrer Linie der Dichotomisierung zwischen chinakritischen CDU- sowie Grünen-Positionen und chinafreundlichen SPD-Positionen treu und stellt Wieczorek-Zeul als «von führenden [SPD]Parteifreunden kritisiert» dar, während CDU-Politiker sie mit den Worten lobten: «Wenigstens eine Frau steht in der SPD ihren Mann.»<sup>445</sup>

Die taz spricht von einer «öffentliche Selbstzerfleischung der SPD». Zwar habe Wieczorek-Zeul mit ihrem Schritt die Regierung, «insbesondere aber ihre

<sup>439</sup> «Dalai Lama-Besuch: Der Dalai Lama auf Vortragsreise in Deutschland», Tagesschau, 15.05.2008.

<sup>440</sup> «Dalai Lama in Berlin: Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul wird wegen Empfang des Dalai Lama kritisiert», Tagesschau, 16.05.2008.

<sup>441</sup> «Aufstand der Idealisten», SPIEGEL, 19.05.2008.

<sup>442</sup> «Ministerin Wieczorek-Zeul trifft Religionsführer», SZ, 17.05.2008.

<sup>443</sup> «China protestiert gegen Gespräch mit Dalai Lama», FAZ, 17.05.2008.

<sup>444</sup> «Merkel arrangierte Treffen mit Dalai Lama», SZ, 16.05.2008, vgl. ähnlich lautend «Die Kanzlerin war informiert», FAZ, 15.05.2008.

<sup>445</sup> «Wieczorek-Zeul setzte sich gegen Steinmeier durch», FAZ, 16.05.2008, vgl. auch «SPD-Streit über Tibet», FAZ, 19.05.2008.

Partei, vorläufig vor der Empörung»<sup>446</sup> der öffentlichen Meinung gerettet. Die SPD-Spitze aber verärgere sie und «erschwert dem Außenminister etwas das Handwerk»<sup>447</sup>. Auch die SZ berichtet, dass Steinmeier nun seine Errungenschaften der stillen Diplomatie durch «unbedachte Aktionen» gefährdet sieht<sup>448</sup>, während Wieczorek-Zeul sagt, «es könne nicht sozialdemokratische Position sein, mit dem Dalai Lama nicht zu reden».<sup>449</sup> Die ZEIT berichtet von einem «genervten» Steinmeier, der in der ganzen Debatte «scheinheiliges Getue» sehe. Nichtsdestotrotz sei aber das Ergebnis, «dass am Ende die Union als Lordsiegelbewahrer der Menschenrechte dasteht – und die SPD als Sammelbewegung kaltherziger Realpolitiker, die lieber mit den Machthabern in Peking kuscheln, als für die Unterdrückten in Tibet zu streiten. Den Wettlauf um die Frage ›Wer ist der beste Menschenrechtler?‹ haben die Sozialdemokraten gegen die Union verloren. Dass dieser Eindruck entstehen konnte, dafür trägt die SPD allein die Verantwortung.»<sup>450</sup>

Die taz merkt aber als einzige an: «Der Streit in der SPD lässt fast vergessen, dass sich auch kein CDU-Minister mit dem Dalai Lama sehen ließ.» Eigentlich sei das Ganze ein innenpolitisches Scharmützel, das – so wird der Unionspolitiker Polenz zitiert – fast vergessen lässt, «dass sich die deutsche Politik in der Substanz der Tibetfrage außerordentlich einig ist».<sup>451</sup>

Dass diese Argumentation und auch die vorhandenen, aber nicht nach außen getragenen innerparteilichen Differenzen in der CDU in der medialen Debatte kaum aufgezeigt werden, spricht für eine erfolgreiche parteipolitische Instrumentalisierung der China-Tibet-Diskussion, der sich die meisten Medien kaum entzogen haben. Auch weist keines der untersuchten Medien darauf hin, dass die deutsche Politik gegenüber China abseits der ganzen innenpolitischen Debatten eigentlich relativ kontinuierlich unter allen Kanzlern einen Weg zwischen den Polen Werteorientierung und Wirtschaftsorientierung darstellt. Selbst die «Arbeitsteilung» zwischen Kanzler und Außenminister, jeweils eher die kooperativen oder eher die kritischen Aspekte herauszustellen, war auch unter der Regierung Gerhard Schröders Alltag. Mithin ist bei der neuerlichen Debatte wenig substanzielle Berichterstattung zur Außenpolitik gegenüber China erkennbar als vielmehr die Tendenz zu deren Skandalisierung durch die Aufwertung innenpolitischer Scharmützel.

446 «Wer hat Angst vorm Dalai Lama?», taz, 13.05.2008.

447 «Ein Dienstgespräch über Autonomie», taz, 20.05.2008.

448 «Ärger über Dalai-Lama-Treffen», SZ, 19.05.2008.

449 «Ministerin Wieczorek-Zeul trifft Religionsführer», SZ, 17.05.2008.

450 «Die verpulverte Macht», ZEIT, 21.05.2008.

451 «Ein Dienstgespräch über Autonomie», taz, 20.05.2008.

Aus der generell polarisierten Debatte um den richtigen Umgang mit China entwickelt sich im Herbst eine ebenso polarisierte mediale Auseinandersetzung über die China-Berichterstattung des deutschen Auslandssenders *Deutsche Welle*, wobei sich hier ZEIT und taz auf der einen und Focus und FAZ auf der anderen Seite nahezu diametral gegenüberstehen. SPIEGEL und Tagesschau thematisieren diesen Diskursstrang gar nicht, die SZ behandelt ihn eher am Rande.

Der Focus nimmt als Erster ohne Quellenangabe einen Bericht der Berliner Zeitung auf und verbreitet im August eine kleine Meldung über «die stellvertretende Redaktionsleiterin des chinesischen Programms der *Deutschen Welle* in Köln, Danhong Zhang, [die] die Kommunistische Partei Chinas hofiert», und prägt dabei eine politische Kontroverse mit, die zur Degradierung von Zhang innerhalb der *Deutschen Welle* führt. Ihr werden vom Focus Aussagen vorgehalten, die sie im Deutschlandfunk gemacht hatte, wonach «die KP ‹mehr als jede politische Kraft auf der Welt› zur ‹Verwirklichung ... der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beigetragen› habe. Die Sperrung kritischer Internetseiten der Organisationen *Falun Gong* und *Free Tibet* durch Peking rechtfertigte sie indirekt mit dem Hinweis, in Deutschland könne man ‹auch nicht Seiten zu Kinderpornografie oder Rechtsextremismus aufmachen›». <sup>452</sup>

Die freien Journalisten Sabine Pamperrien und Jan-Philipp Hein beliefern daraufhin verschiedene Medien mit – laut ZEIT «schlecht recherchierten»<sup>453</sup> – Artikeln, die über eine Kritik an der Person Zhangs hinausgehen und dem gesamten China-Programm der *Deutschen Welle* Propaganda im Sinne Chinas vorwerfen. Es sind dann offensichtlich wechselseitig die hitzigen Debatten aus chinesischsprachigen Internetforen zu diesen Vorwürfen und die massiven Angriffe der chinesischen Medien auf die deutschen Medien sowie der wenig transparente Umgang der Deutschen Welle mit dieser Kritik, die das Thema erst zu einem wirklichen Thema werden lassen und eine Flut von Artikeln in der FAZ und der taz auslösen. Die FAZ widmet von September bis Dezember zehn längere Artikel der Kontroverse – wobei nur einer nicht von Sabine Pamperrien stammt. Sie geht dabei größtenteils von einem Versagen der deutschen Redaktion des China-Programms aus, während die taz in fünf Artikeln die *Deutsche Welle* eher als einen Sündenbock in einem «Kulturkampf» um die Positionierung zu China sieht und die ZEIT es für eine zur politischen Kampagne stilisierte Privatfehde von Auslands-Chinesen hält.

In einem ersten Artikel hält sich die taz zunächst auch gar nicht weiter bei einer Bewertung der Vorgänge innerhalb der *Deutschen Welle* auf, sondern beschreibt vor allem die chinesische Reaktion auf die Abberufung Zhangs von ihrem Posten. Sie diagnostiziert ein Gekränktheitsein der Chinesen ob der vermeintlichen Doppelmoral der deutschen Medien, denen die Chinesen wahlweise

<sup>452</sup> «Expertin lobt Chinas KP», Focus, 11.08.2008.

<sup>453</sup> «Die Phantom-Agentin», ZEIT; 09.10.2008.

vorwerfen, «das Schüren von Ängsten vor dem erstarkenden China» zu vollziehen, einen «Nazi-Geist wiederbelebt» zu haben oder aber behaupten, «die deutschen Medien seien auf Intrigen antichinesischer Kräfte wie Falun Gong hereingefallen».<sup>454</sup>

Diese Vereinnahmung des Konflikts durch die chinesischen Medien ist wiederum die Grundlage für zwei kritische offene Briefe chinesischer Exildissidenten und eines sogenannten «Autorenkreises der Bundesrepublik», die in der China-Berichterstattung der *Deutschen Welle* ein strukturelles Problem sehen. Die FAZ greift insbesondere diese Briefe auf und gründet offensichtlich ihre Berichterstattung auf deren schwere Vorwürfe. Unhinterfragt und ohne weitere Einordnung werden diese Vorwürfe wiedergegeben und auch in späteren Beiträgen häufig wiederholt. So vertrete laut der Dissidenten die Hörerschaft in China «allgemein die Ansicht, dass die China-Redaktion der Deutschen Welle von Seiten der chinesischen Regierung als die zuverlässigste Plattform in Übersee angesehen wird.» Der Autorenkreis wiederum zeige auf, dass «diktatorische Länder wie China wüssten, dass ihre Medien nicht glaubwürdig sind. Daher sorgten sie für genehme Propaganda aus dem Ausland.» Deshalb werde verlangt, «dass alle Redaktionen der Deutschen Welle [die über autoritäre Staaten berichten] geprüft» und «die deutschen Mitarbeiter nochmals auf eine Stastätigkeit überprüft werden».<sup>455</sup> Obwohl die *Deutsche Welle* auf die Vorwürfe nur mit «gestelzten Worten» reagiere, zeigten sich zumindest die deutschen Politiker davon nicht unbeeindruckt, wie die FAZ feststellt: Bundestagspräsident Lammert «hatte mitgeteilt, dass die Kritik einer sorgfältigen Prüfung bedürfe».<sup>456</sup> Die FAZ berichtet über eine Reihe von weiteren offenen Briefen, deren Inhalte sie zumeist ohne Kommentierung oder Einordnung wiedergibt.<sup>457</sup> Auch ein Brief von «neunundvierzig Professoren und Publizisten»<sup>458</sup> wird zitiert, die wiederum «dem Autorenkreis der Bundesrepublik und chinesischen Dissidenten eine Kampagne gegen die Deutsche Welle vorwerfen» und die Auseinandersetzung um die Berichterstattung als «Teil des Disputs über die Frage [empfinden], wie man die derzeitige Entwicklung und den Aufstieg Chinas beurteilen soll». Diese Autoren nähmen die *Deutsche Welle* in Schutz, die angesichts der kaum vorhandenen Differenzierung in großen Teilen der deutschen Medien versucht habe, «hier gegenzusteuern».<sup>459</sup>

Die ZEIT mischt sich an dieser Stelle in einem sehr emotionalen Beitrag in die Debatte ein und will alles als eine Privatfehde zwischen Exil-Chinesen verstanden wissen. Die Vorwürfe gegen Zhang und erst recht gegenüber der Deutschen Welle hält sie für «abwegig», denn «kritische Positionen hat Zhang in den 18 Jahren,

454 «Kleiner Kulturkampf», taz, 08.09.2008.

455 «Chinas zuverlässigste Plattform in Übersee», FAZ, 26.09.2008, Wiederholung der Vorwürfe in «Im Reich der Mitte», FAZ, 27.09.2008.

456 «Im Reich der Mitte», FAZ, 27.09.2008.

457 «West-östliche Propaganda», FAZ, 06.10.2008.

458 Es waren insgesamt jedoch 108 Unterzeichner, vorwiegend aus Akademikerkreisen.

459 «Die Deutsche Welle in China», FAZ, 11.10.2008.



die sie für die Welle arbeitet, oft vertreten.»<sup>460</sup> Zudem bleibe unklar, «was die Pauschalverdächtigungen mit dem chinesischen DW-Programm zu tun haben [...]: Es ist so regimekritisch, dass der Internetauftritt der DW in China immer wieder gesperrt wurde. Der Sender berichtet über die Opfer des Systems, kritische Intellektuelle sind Dauergäste in seinen Sendungen.» Aber «die Kampagne [fiel] offenbar auf fruchtbaren Boden, weil das er-starkte China uns gegenwärtig an allen Ecken und Enden beunruhigt» und brachte gleich Politiker wie Dieter Wiefelspütz von der SPD auf, die «hysterisch» auf «gelebte Meinungsfreiheit» im Zusammenhang mit China reagierten.

Die taz veröffentlicht daraufhin einen längeren Meinungsbeitrag, der die Debatte um die Deutsche Welle als «symptomatisch für das Verhältnis vieler deutscher Medien zur Volksrepublik» empfindet und so in einen größeren Kontext einzuordnen versucht.<sup>461</sup> Die Skepsis etlicher Deutscher gegenüber dem Aufstieg des autoritären Chinas spiegele sich nach Meinung vieler Chinesen auch in den deutschen Medien wider, die sich früher nur gelegentlich und vereinzelt «im Ton vergriffen» haben, angesichts der Tibet-Berichterstattung 2008 aber nun eine regelrechte Kampagne vermuteten. Dieses Empfinden sei von der chinesischen Regierung wiederum zu einer Diskreditierung westlicher Medien genutzt worden. An Zhang, «die sich dem geltenden Konsens der Negativberichterstattung über China verweigerte», hätten nun sowohl die Kritiker Chinas als auch die chinesische Regierung ein Exempel statuieren können, wodurch das chinesischsprachige Programm der *Deutschen Welle* «mitten ins Kreuzfeuer dieser Kontroverse geraten» sei. Auch die taz erachtet die Debatte eigentlich als eine «persönliche Fehde unter Exildissidenten», die durch die Einmischung des wohl kaum mit dem China-Programm der *Deutschen Welle* vertrauten «Autorenkreises» zu einem «Politikum» geworden sei. Deren Forderungen seien aber «weltfremd und gefährlich. Denn statt einer unabhängigen und pluralistischen Berichterstattung über China, die auch unbequeme Meinungen erduldet und diskutiert und damit Pressefreiheit nach innen vorlebt, wäre ein einseitiger Gesinnungsjournalismus die Folge. [...] Zu Recht wehren sich so gut wie alle namhaften Sinologen gegen dieses Vorgehen.»

Auch in der FAZ wird zu diesem Zeitpunkt erstmals ein einordnender Artikel eines Auslandskorrespondenten veröffentlicht, der die Vorwürfe hinterfragt. Die Anschuldigungen von Dissidenten und dem «Autorenkreis», die *Deutsche Welle* betreibe Propaganda für China, seien bisher kaum belegt worden: «Als Beispiele werden [...] vor allem Meldungen der amerikanischen Nachrichtenagentur AP genannt, die Zitate chinesischer Regierungsmitglieder wiedergeben. Außerdem erschienen Leserbriefe auf der Website der Deutschen Welle, die einseitig die Position der chinesischen Führung wiedergeben, hieß es weiter. Da diese allerdings nicht mit der redaktionellen Arbeit gleichgesetzt werden können, dürfte es schwerfallen, diese Äußerungen der Deutschen Welle zur Last zu legen.» Die

<sup>460</sup> «Die Phantom-Agentin», ZEIT, 09.10.2008.

<sup>461</sup> «Kulturkampf um China», taz, 21.10.2008.



FAZ erwähnt aber auch, dass es bis Ende Oktober gebraucht hat, ehe sich die *Deutsche Welle* überhaupt zu den Vorwürfen äußerte, und die ganze Debatte wohl auch «deshalb soviel Aufsehen erregt hat, weil der Sender den Vorwürfen nicht entgegentritt». Den Abzug von Zhang aus ihrer Leitungsposition dürften Kritiker als «Hinweis dafür gewertet haben, dass mit der China-Berichterstattung unter ihrer Leitung etwas nicht in Ordnung war».<sup>462</sup>

Diese fundierte und differenzierte Einordnung der Debatte bleibt aber singulär in der FAZ und wird angesichts eines neuen offenen Briefs chinesischer Dissidenten und eines Berichts des Deutschlandfunks über Verfehlungen bei der *Deutschen Welle* wieder zu einer eher einseitigen Wiedergabe der Vorwürfe. Der *Deutschlandfunk* hatte einige Berichte rückübersetzt und behauptet, «man muss kein Dissident sein, um zu dem Schluss zu kommen, dass das chinesische Programm stark an den Stil sozialistisch-kommunistischer Propaganda erinnert». Diese Enthüllungen empfand zwar DW-Intendant Erik Bettermann als «tendenziös und selektiv», dennoch hätten sie eingeschlagen «wie ein Paukenschlag».<sup>463</sup> Auch der Focus greift den Beitrag des Deutschlandfunks auf, um seine früh geäußerten Vorwürfe gegen die *Deutsche Welle* zu untermauern und behauptet ohne weiteren Hinweis auf die eigene Rolle in diesem kampagnenartigen Vorgang, dass die «China-Redaktion des aus Steuergeldern finanzierten deutschen Auslandssenders seit Monaten kritisiert wird».<sup>464</sup>

Angesichts der Flut von offenen Briefen und gegenseitigen Vorwürfen attestiert die taz der Kontroverse nun immer mehr den «Charakter einer Kampagne samt den Facetten eines Glaubenskriegs». Jetzt würde zwar eine Kommission von Seiten des Bundestags zur Untersuchung der Vorwürfe eingesetzt, aber mittlerweile gehe es wohl schon gar nicht mehr um die eigentliche Berichterstattung. Auffällig sei beispielsweise an dem letzten Brief chinesischer Dissidenten, «dass er weder Stellung zum Inhalt des chinesischen Radioprogramms noch zu dem der Webseite nimmt».<sup>465</sup> Die taz berichtet denn auch im weiteren Verlauf nicht mehr über die Debatte.

Innerhalb dieses «Glaubenskriegs» setzt die FAZ aber ihre Berichterstattung intensiv fort. Auch die Anhörung im Bundestagsausschuss für Medien und Kultur und ein erläuterndes Interview mit Erik Bettermann<sup>466</sup> können dabei die bleibende starke Skepsis gegenüber der Deutschen Welle in der FAZ nicht überdecken.<sup>467</sup> Auch die SZ mischt sich nun erstmals in einem längeren Beitrag in die Debatte ein und stellt anhand konkreter Zitate Kritiker und Verteidiger der *Deutschen Welle* einander gegenüber. Sie teilt letztendlich aber die Skepsis gegenüber der *Deutschen Welle*. So wird die Beweisführung aus dem *Deutschlandfunk*-Beitrag übernommen, wonach «tibetische Proteste» als «gewalttätige Krawalle»

<sup>462</sup> «Chinesische Propaganda in der Deutschen Welle?», FAZ, 23.10.2008.

<sup>463</sup> «Es geht ums Ganze», FAZ, 04.11.2008.

<sup>464</sup> «Die Stimme Pekings», Focus, 03.11.2008.

<sup>465</sup> «Welle von offenen Briefen», taz, 05.11.2008.

<sup>466</sup> «Es geht um plurale Information», FAZ, 20.11.2008.

<sup>467</sup> «Interview mit sich selbst», FAZ, 12.12.2008.

übersetzt oder ein Interview mit Herta Däubler-Gmelin auf Deutsch mit ›Die Menschenrechte müssen auch nach Olympia auf der Agenda bleiben‹ betitelt [war], woraus auf Chinesisch wurde: ›Ich bin gegen den erhobenen Zeigefinger.‹« Zudem bringt die SZ die Vorwürfe gegenüber dem China-Programm in Zusammenhang mit Vorwürfen gegen das arabische Programm, dem islamistische Tendenzen unterstellt werden. Angesichts dieser massiven strukturellen Kritik konstatiert die SZ, dass es letztendlich «um die Qualität eines gebührenfinanzierten Programms für Ausländer geht. Und damit geht es auch um die Qualität des Senderchefs.»<sup>468</sup> Die Entlastung der *Deutschen Welle* durch den Kultur- und Medienausschuss des Bundestages Ende Dezember kann angesichts dieser Beweislage auch die FAZ nicht befriedigen, denn «es geht um nicht weniger als die Frage, ob die Deutsche Welle in ihrem chinesischen Programm – wie in allen anderen fremdsprachlichen Sendungen – den offenen, fairen, handwerklich sauberen Qualitätsjournalismus bietet, den man vom Auslandssender eines freiheitlich und demokratisch verfassten Staates erwarten kann und muss.»<sup>469</sup>

Insgesamt ist die Debatte um die *Deutsche Welle* ein Thema, das wesentlich durch die Medien selbst gesetzt und immer wieder befeuert wird. Dabei lassen sich entlang der einzelnen Medien sehr klare Linien der Positionierung feststellen mit FAZ, Focus und SZ als Kritiker der Chinaberichterstattung der *Deutschen Welle* – weil dahinter chinesische Staatspropaganda vermutet wird – und ZEIT und taz auf der anderen Seite, die die Kampagnenartigkeit der Debatte sowohl durch deutsche als auch chinesische Medien für eine Gefährdung der Meinungsfreiheit im Hinblick auf China halten.

### 3.3.2 Quellen und Akteure

Die handelnden und zitierten Akteure sind im Wesentlichen deutsche Politiker, insbesondere Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Kanzlerin Angela Merkel. Als Adressaten der Handlungen werden zumeist «China», die «chinesische Führung» oder aber auch ein hoher chinesischer Politiker, vor allem Außenminister Yang Jiechi, genannt. Zudem kommt der Dalai Lama als Referenzperson, aber auch als handelnder und zitierter Akteur in einer Vielzahl der Beiträge vor. Er bekommt angesichts seiner offensichtlich zentralen Stellung in den innenpolitischen Debatten auch mehr Raum als chinesische Akteure.

Daneben tauchen in den Berichten etliche Bundes-, Landes- und auch Lokalpolitiker auf, wenn es um eine Positionierung gegenüber China oder damit verbunden dem Dalai Lama und Menschenrechten geht. Die Bundesminister Heidemarie Wiecek-Zeul, Sigmar Gabriel, Wolfgang Schäuble oder Brigitte Zypries stehen allein durch ihre China-Reisen bzw. den Empfang des Dalai Lama im Mittelpunkt. Besonders herausgestellt werden darüber hinaus durch Zitate

<sup>468</sup> «Ein Verfolgungsdings», SZ, 05.12.2008.

<sup>469</sup> «Das chinesische Programm kommt uns spanisch vor», FAZ, 20.12.2008.

und Handlungen die CDU-Politiker Roland Koch, Norbert Lammert, Jürgen Rüttgers, Ruprecht Polenz und Günther Nooke.

Die Aussagen der Politiker und Informationen aus den einzelnen Ministerien, Fraktionen und Ausschüssen sind letztendlich auch die wesentlichen Quellen der Artikel. Um die Reaktionen auf chinesischer Seite abzubilden, wird auf die offiziellen Organe *China Daily*, die *Global Times* oder die Nachrichtenagentur *Xinhua* zurückgegriffen.

Mehr als bei anderen Themenfeldern lässt sich bei den deutsch-chinesischen Beziehungen auch eine Beachtung anderer deutscher Medien aufzeigen – mithin ein Anzeichen für intermediales Agenda-Setting. Der auf Insiderquellen beruhende SPIEGEL-Bertrag zum konkreten Vorgehen Steinmeiers bei der Beilegung der Krise sowie ein Bericht über die versuchte Einflussnahme der chinesischen Botschaft auf CDU-Politiker wird auch in den anderen Medien FAZ, SZ und taz zitiert. Der Beitrag Gerhard Schröders in der ZEIT findet wiederum Wiederhall in der SZ. Beiträge im *Deutschlandfunk* zum *Deutsche-Welle*-Skandal sind Anhaltspunkte für eine Berichterstattung in den hier untersuchten Medien. Hier zeigt sich also auch ein Journalismus, der stärker auf das eigene System zur Generierung und Gewichtung von Informationen setzt denn auf exklusive Informationen bspw. aus chinesischen Quellen.

Strategiepapiere oder Programmatiken von chinesischer oder deutscher Seite werden kaum als Quellen herangezogen. Lediglich in der ZEIT wird das Asien-Strategiepapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwähnt, das als wichtige Referenz für die Politik der Union gegenüber China gelten kann. Chinesische Experten finden genauso wenig Eingang in die Debatte, außer in der ZEIT, wo sich der Autor auf einer geführten Besuchsreise ausführlich mit Politikwissenschaftlern wie Professor Wang Yizhou von der *Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften*, Wissenschaftlern der *Zentralen Parteihochschule* und einem anonymen Berater von Hu Jintao unterhält. In der SZ wird lediglich zum Thema Entwicklungshilfe noch Zhang Jun, Direktor des *China Center for Economic Studies* in Shanghai, als Quelle zitiert. Die taz bringt häufiger als andere Medien Sprecher der Tibet-Initiativen bzw. Vertreter des Dalai Lama in die Debatte ein und zitiert darüber hinaus auch einige deutsche China-Experten wie Eberhard Sandschneider von der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik* und Gudrun Wacker von der *Stiftung Wissenschaft und Politik*.

### 3.3.3 Autoren

Die China-Korrespondenten spielen bei der Berichterstattung zu den deutsch-chinesischen Beziehungen nur eine untergeordnete Rolle.

In der FAZ liefern sie immerhin noch 20% der Beiträge, in SZ, taz, ZEIT und Tagesschau sind es gerade mal ein oder zwei Beiträge. Die anderen Medien nutzen hier ihre Auslandskorrespondenten gar nicht. Bei allen Medien sind es überwiegend Redakteure aus dem Inlandsbereich oder beim Thema *Deutsche Welle* aus dem Medienbereich, die zu Wort kommen. Offensichtlich macht sich

hier die Zentralität der innenpolitischen Ressorts in den meisten Medien besonders bemerkbar. Somit würden redaktionelle Bedingungen dazu führen, dass eine eher deutsch-zentrierte Sichtweise auf die außenpolitischen Beziehungen vorherrscht.

**Tabelle 23: Thema Deutsche Beziehungen zu China – Verteilung der Autorenschaft**

| Autor                                | Gesamt |       | FAZ | SZ | taz | SPIEGEL | Focus | ZEIT | Tages-schau |
|--------------------------------------|--------|-------|-----|----|-----|---------|-------|------|-------------|
| China-Korrespondent                  | 15     | 10,8% | 10  | 1  | 2   |         |       | 1    | 1           |
| China-Korrespondent mit Redakteur    | 3      | 2,2%  | 1   | 2  |     |         |       |      |             |
| Asienredakteur                       | 10     | 7,2%  | 3   | 1  | 6   |         |       |      |             |
| Redakteur, Journalist                | 81     | 58,3% | 34  | 24 | 13  | 3       | 2     | 3    | 2           |
| Auslandskorrespondent anderer Region | 2      | 1,4%  |     | 2  |     |         |       |      |             |
| Deutsche Politiker                   | 5      | 3,6%  | 3   |    |     |         |       | 2    |             |
| Deutsche Wissenschaftler             | 3      | 2,2%  | 3   |    |     |         |       |      |             |
| Nachrichtenagentur                   | 14     | 10,1% | 1   | 5  | 8   |         |       |      |             |
| Keine Angabe                         | 6      | 4,3%  |     |    |     | 1       |       |      | 5           |
| Gesamt                               | 139    | 100%  | 55  | 35 | 29  | 4       | 2     | 6    | 8           |

Anzahl der Beiträge je Autor/per Medium, n=139

Interessant ist die relativ hohe Anzahl von externen Autoren aus Politik und Wissenschaft, die abseits redaktioneller Prozesse für einen gewissen Binnenpluralismus sorgen. Bei der ZEIT kommen zwei der sechs Beiträge von Politikern, in der FAZ formulieren Externe 11% aller Beiträge.

Die Beiträge zur *Deutschen Welle* werden in der FAZ im Wesentlichen von freien Journalisten bestritten, die zu diesem Thema auch in einer Vielzahl von anderen Medien publizieren. Hier findet sich nur ein Beitrag eines Auslandskorrespondenten, der zugleich auch einen anderen Tenor annimmt. In der taz wird das Thema im Wesentlichen vom Asienredakteur bedient, was offensichtlich auch zu einer differenzierteren Sichtweise als in der FAZ führt.

### 3.3.4 Fazit

Die deutschen Medien fassen die deutsch-chinesischen Beziehungen im Wesentlichen als eine Diskussion über die zu präferierenden deutschen Positionen gegenüber China auf. In keinem der untersuchten Beiträge wird einmal umgekehrt auf die Ausgestaltung der Außenpolitik Chinas gegenüber Deutschland Bezug genommen. Deren Mechanismen, Akteure und Aushandlungsprozesse bleiben völlig im Dunkeln, obwohl deren Darstellung gerade in der Diskussion über die Ursache für die lang anhaltende Verstimmung Chinas gegenüber

Deutschland und deren plötzlicher Lösung im Januar 2008 sinnvoll gewesen wäre.

Es zeigt sich stattdessen deutlich, dass die Thematisierungswahrscheinlichkeit der deutsch-chinesischen Beziehungen umso höher ist, je stärker **innenpolitisch gut vermittelbare Konflikte** an der Außenpolitik festgemacht werden können, wie der Positionsunterschied zwischen Union und SPD gegenüber China oder die Debatte über steuerfinanzierte Entwicklungshilfe und steuerfinanzierten Auslandsrundfunk. Interessant dabei ist, dass diese Konflikte häufig nur in wenigen Fällen sinnvoll beleuchtet und mit Hintergrundbeiträgen eingeordnet werden. Stattdessen werden sie durch die ständige Wiedergabe von gut zitierbaren und teilweise polemisierenden Meinungsäußerungen von Politikern oder anderen Elitepersonen erst als Konflikte verfestigt. Die Medien generieren mit dieser Art von wenig analytischer Berichterstattung quasi selbst Berichterstattungsanlässe. Keines der Medien entzieht sich diesem Trend, am intensivsten wird er aber durch die FAZ, den Focus und die ZEIT vermittelt.

Insofern ist bei der hier analysierten Berichterstattung zu kritisieren, dass sie kaum über innenpolitische Konfliktfelder hinausgeht und **thematisch eigene Akzente** setzt, sondern im Wesentlichen entlang der von der deutschen Politik definierten Ereignisse berichtet. Zwar ist es eine wesentliche Aufgabe der Medien, über Vorkommnisse im politischen System zu berichten, nichtsdestotrotz zeigt die fehlende eigene Themensetzung eine eher geringe Autonomie gegenüber der durch Parteipolitik und Diplomatie vorgegebenen Gewichtung außenpolitischer Ereignisse.

Sowohl hinsichtlich der Berichterstattung zur *Deutschen Welle* als auch bei der Debatte um den Dalai-Lama-Besuch muss zudem konstatiert werden, dass insgesamt ein **Zitatejournalismus** einer fundierten Einordnung und überprüfenden Analyse von Vorwürfen und Positionen vorgezogen wird. Gerade die FAZ und der Focus kolportieren in den meisten Beiträgen zur *Deutschen Welle* lediglich Positionen von Akteuren, die nicht verortet oder gar überprüft werden.

Bei der Beleuchtung der Beziehungen zu China stehen denn auch **fast ausschließlich deutsche Elitepersonen**, insbesondere die Kanzlerin, der Außenminister und einige andere Handlungsträger, im Mittelpunkt der Betrachtung. In einigen Fällen kommen auch chinesische Elitepersonen wie Präsident Hu und Außenminister Yang in den Beiträgen vor. Sie sind aber lediglich Objekte, die als Gegenüber eines deutschen Akteurs im besten Fall eine Replik auf dessen Aussagen oder ein beifälliges Zitat liefern. Lediglich die ZEIT fällt hier mit einem Beitrag aus dem Rahmen und zitiert ausführlich chinesische Diplomaten. Alle deutschen Medien stellen bei ihrer Nachrichtenauswahl zu diesem Themenfeld also weniger konkrete Inhalte in den Vordergrund, wie den Status und die Prominenz von einem deutschen Publikum bekannten Handlungsträgern. Ganz besonders deutlich wird das sicherlich bei der Tagesschau, in der jeder Beitrag an den Handlungen deutscher Elitepersonen aufgehängt ist, aber auch alle anderen Medien folgen diesem Trend.

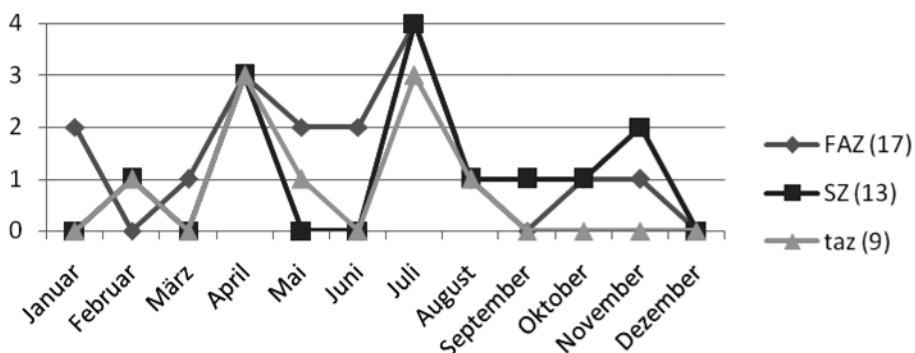
Im Kommentarbereich ist insbesondere in FAZ und Focus kein **Binnenpluralismus** erkennbar. In beiden Medien wird konsequent eine Linie vertreten, die das Handeln Steinmeiers als «Einknicken» vor China darstellt. In SZ und taz kommen in den Kommentaren dagegen verschiedene Positionen zum Tragen.

### 3.4 Tiefschnitt: Chinesisch-afrikanische Beziehungen

Insgesamt widmen sich 1,2% aller untersuchten Beiträge dem Thema chinesisch-afrikanische Beziehungen, was über ein Fünftel der Berichterstattung zu Chinas Süd-Süd-Beziehungen ausmacht. Die deutschen Medien nehmen so das immer stärker werdende Engagement Chinas in Afrika durchaus in den Blick.

Dennoch ist das Thema nicht allen Medien gleich wichtig. Während die untersuchten Tageszeitungen in mehreren (FAZ 17, SZ 13 und taz 9) und die ZEIT in zwei sehr langen Beiträgen dem Thema zwar keinen erschöpfenden, aber zumindest einen gewissen Raum geben, wird ihm in der Tagesschau gerade einmal ein kurzer Beitrag gewidmet. In SPIEGEL, Focus und in den Informationsformaten des Fernsehens kommt das Thema gar nicht vor. Diese Vernachlässigung tiefer gehender Analysen, die gerade in diesen Medien zu dem Themenkomplex zu erwarten gewesen wären, ist umso erstaunlicher, da in allen Medien die chinesischen Beziehungen zu Afrika häufig am Rande erwähnt werden. Dabei wird in Nebensätzen auf den Rohstoffraubbau in Afrika oder die Rolle Chinas als neuer Hegemon Bezug genommen, ohne dieses Bild näher zu hinterfragen.

Abbildung 10: Verlauf der Berichterstattung zu Chinesisch-afrikanische Beziehungen



Quelle: Eigene Erhebung

Die vertiefte Berichterstattung, die insgesamt 42 Artikel ausmacht, widmet sich hauptsächlich Chinas Beziehungen zu den despotischen Herrschern Robert Mugabe in Simbabwe und Omar al-Bashir im Sudan im April und Juli. Die weiteren Beiträge drehen sich um Chinas Investitionen und die wirtschaftliche Hilfe in Afrika im Allgemeinen.

### 3.4.1 Beschreibung der Diskurs- und Argumentationsstruktur

#### *Diskursstrang I: China stützt Despoten in Afrika*

Chinas Engagement in Afrika wird in allen deutschen Medien vor allem mit der finanziellen und materiellen Unterstützung autokratischer Herrscher in Afrika in Verbindung gebracht, die gegenüber ihren Völkern zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begehen und sich nicht an demokratische Prinzipien halten.

Mit großer Empörung werden so die chinesischen Waffenlieferungen an Robert Mugabe in Simbabwe und Omar al-Bashir im Sudan kommentiert. In der Tagesschau und den Tageszeitungen wird gemutmaßt, dass China trotz eines internationalen Embargos illegal Waffen an den Sudan liefere und damit zu dessen Völkermord in Darfur beitrage.<sup>470</sup>

Im Gegensatz dazu seien laut SZ die Waffenlieferungen an Mugabes Regime in Simbabwe zwar «nicht illegal, aber verwerflich».<sup>471</sup> Bereits 2002 hatten die EU und die USA ein einseitiges Waffenembargo gegen Simbabwe verhängt, das aber durch China nicht wahrgenommen werde. So wird denn auch eine Waffenlieferung mit dem Schiff *An Yue Jiang* der staatlichen *China Ocean Shipping Company* von den Medien empört als «Schiff der Schande» bezeichnet.<sup>472</sup> Zudem, berichtet die taz mit Berufung auf die simbabwische Opposition, gebe es über die Waffenlieferungen hinaus sogar bewaffnete chinesische Söldner in Simbabwe, die Mugabe bei der Repression von Andersdenkenden unterstützten.<sup>473</sup>

Offensichtlich – und das wird mit einer Mischung aus Verwunderung und Empörung festgestellt – fühlt sich China in keiner Weise im Unrecht, wenn es Waffen und andere militärische Unterstützung nach Afrika liefert, denn «ausgerechnet in dem Moment, da vielleicht sogar Südafrika seine Haltung zum starrsinnigen Präsidenten Mugabe zu überdenken beginnt, erweist sich Peking wieder einmal mehr als Beschützer derer, die von der zivilisierten Welt mit Recht abgelehnt werden» (FAZ).<sup>474</sup> Stattdessen rede eine chinesische Außenamtssprecherin mit «verständnisloser Miene» von einem «normalen Geschäft, das im Übrigen im vergangenen Jahr abgeschlossen worden sei» und nun nicht künstlich «politisiert» werden solle (taz).<sup>475</sup> Diese Ignoranz gegenüber einer menschenunwürdigen Politik «passt [aber] ins Bild. Im Sudan etwa baut China immer mehr Waffenfabriken auf, während das Regime in Khartum Zivilisten in

<sup>470</sup> «China unterstützt al-Bashir», SZ, 16.07.2008, «China–Sudan: China leistet Sudan offenbar militärische Hilfe», Tagesschau, 13.07.2008.

<sup>471</sup> «Afrikanische Geschäfte», SZ, 19.04.2008, vgl. «China liefert Waffen für Mugabes Regime», FAZ, 18.04.2008.

<sup>472</sup> «Die Irrfahrt der „An Yue Jiang“», SZ, 23.04.2008, vgl. «Neue Morddrohungen in Simbabwe», taz, 19.05.2008.

<sup>473</sup> «China schickt Mugabe Waffen», taz, 18.04.2008.

<sup>474</sup> «Lieferant», FAZ, 18.04.2008.

<sup>475</sup> «Chinas Waffenschiff macht kehrt», taz, 23.04.2008.



Darfur bombardieren lässt.» Und darüber hinaus hat es ja selbst die «Unruhen in Tibet brutal niedergeschlagen» (SZ).<sup>476</sup>

Diese Gemengelage aus langfristiger Unterstützung oder gar «Hofieren» von in der westlichen Welt diskreditierten autoritären Herrschern und den Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land führt zu der Grundannahme, dass Chinas Afrika-Politik «menschenverachtend [ist] und jeglichem Demokratieverständnis [spottet]» (SZ).<sup>477</sup>

Der am Veto Russlands und Chinas gescheiterte Versuch des UN-Sicherheitsrates, Sanktionen gegen Simbabwe zu verhängen, sowie Chinas Ablehnung eines Haftbefehls an den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir durch den Internationalen Strafgerichtshof dienen als Belege für diese allgemeinen Einschätzungen, die in der Berichterstattung ihre entsprechende Berücksichtigung finden. Russland und China hatten ihre Ablehnung von Sanktionen gegen die simbabwische Führungsschicht damit begründet, dass es sich bei der Krise in Simbabwe um eine «innere Angelegenheit» des Landes handle. Dies allerdings wird von den deutschen Medien als inakzeptable Haltung gewertet, denn «dass jene, die auf Kosten der hungernden Bevölkerung ein süßes Leben führen, gestoppt werden, ist moralisch das einzig Richtige» (taz).<sup>478</sup> Besonders enttäuscht seien laut FAZ und SZ die USA und Großbritannien aber über die «Kehrtwende» Russlands in dieser Sache gewesen. Von China hat man offensichtlich sowieso nicht viel anderes erwartet, trage es doch nach Auskunft der Medien das Mantra der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten quasi wie einen Schutzschild vor sich her, um seine Wirtschaftsinteressen in der Region nicht zu gefährden. Auch «die Verbrechen, die in Darfur geschehen, ignoriert die chinesische Regierung. Innere Angelegenheiten, geht uns nichts an, erklärt Peking» (ZEIT).<sup>479</sup>

Nur in der FAZ wird dieses Bild vom unreflektierten Hofieren afrikanischer Diktatoren in Ansätzen hinterfragt. So wird zum einen dargestellt, dass es gegenüber Mugabe durchaus vorsichtige Zeichen der Distanzierung gegeben habe. So hätten Hu Jintao und Wen Jiabao dezidiert Simbabwe auf ihrer Afrika-Reise ausgelassen.<sup>480</sup> Mögliche Gründe für diese leichte Distanzierung werden aber nicht genannt, dabei hat Präsident Hu gerade wegen der problematischen simbabwischen Politik auf seinen zahlreichen Afrika-Reisen Simbabwe noch nie besucht.<sup>481</sup> Zum anderen wird darüber berichtet, dass China «in Zukunft mehr zur Lösung des Konflikts in der sudanesischen Provinz Darfur unternehmen» wolle und deshalb auch 2007 einen Sondergesandten für Darfur ernannt habe. Nach dessen Auskunft «unterscheide sich das Ziel der chinesischen Regierung in der Darfur-Frage nicht von dem der internationalen Gemeinschaft, nur

<sup>476</sup> «Afrikanische Geschäfte», SZ, 19.04.2008.

<sup>477</sup> «Eine Schande im Sicherheitsrat», SZ, 14.07.2008, vgl. auch «Darfur braucht Sicherheit, um Frieden zu finden», FAZ, 06.06.2008.

<sup>478</sup> «Perverseste Diktatur der Welt», taz, 14.07.2008.

<sup>479</sup> «Jagd auf die Helfer», ZEIT, 28.02.2008.

<sup>480</sup> «Mugabe in China «wie zu Hause», FAZ, 18.04.2008.

<sup>481</sup> Grimm/Fues 2007: 10.

die Methoden seien unterschiedlich». Trotzdem beteilige man sich auch im Rahmen der UNAMID-Friedenstruppen mit Ingenieur-Einheiten.<sup>482</sup> Im August wird außerdem bei einem Treffen des deutschen mit dem chinesischen Verteidigungsminister schnell Einigkeit darüber erzielt, mehr internationale Truppen nach Darfur zu senden.<sup>483</sup> Allerdings, so erläutert die FAZ, war es erst der internationale Druck, der China zur Ernennung eines Sondergesandten für Darfur und Zugeständnissen gebracht habe.

Diese Argumentation, die vor allem eine Art Einsicht oder Nachgeben Chinas auf internationalen Druck herausstellt, vernachlässigt allerdings, dass sich China auch realen Zwängen aus sich vervielfältigenden Konflikten innerhalb der afrikanischen Länder gegenüberstellt und auf diese durch neue Strategien wie eben Sondergesandte reagiert. Gerade die Darfur-Politik der sudanesischen Regierung stellt für den politökonomischen Partner China ein Problem dar, da es seinen Ruf auf der internationalen Bühne schädigt und auch die Wirtschaftsinteressen durch mögliche Ölsanktionen oder Rebellenangriffe bedroht. Dass China auch im Rahmen von UN-Friedenstruppen allein in Afrika mit über 3000 Personen in sieben Missionen<sup>484</sup> Verantwortung im Rahmen internationaler Organisationen übernimmt, kommt in den Medien gar nicht vor.

### *Diskursstrang II: Konkurrenzkampf Europas mit China*

Die Feststellung, dass China gegen den politischen Willen der westlichen Staatengemeinschaft Diktatoren und ihre Regime stützt, führt in der SZ zu konkreten Handlungsaufforderungen an den Westen: Wenn «China und Russland ihre geopolitischen und geschäftlichen Interessen über die Menschenrechte» stellen, so «ist es Zeit, dass der Westen gegenüber diesen Ländern eine deutlichere Sprache findet als bisher».<sup>485</sup> Die normative Argumentation, die die Menschenrechtsverletzungen Chinas in den Mittelpunkt stellt, mündet aber nicht in eine kritische Auseinandersetzung mit den neokolonialen Aspekten der westlichen Afrika-Politik. Die skrupellose Kooperation mit Diktatoren wird zwar als unmoralisch abgelehnt, aber zugleich vor allem als ein Wettbewerbsvorteil für die aufsteigende Großmacht China gesehen.

In der SZ, aber auch in der FAZ wird dieser unterschiedliche Umgang von Europa und China mit Afrika als ein wesentliches Element des Konkurrenzkampfes um wirtschaftliche Macht und globalen Einfluss durch die beiden Akteure gesehen. In der SZ wird unter Hinweis auf EU-Kommissar Günther Verheugen der mit fragwürdigen Mitteln erworbene «privilegierte Zugang» chinesischer Firmen zu Rohstoffmärkten in Afrika kritisch beleuchtet: «Die Volksre-

<sup>482</sup> «China will sich in Darfur engagieren», FAZ, 08.03.2008.

<sup>483</sup> «Deutschland und China einig», FAZ, 18.08.2008.

<sup>484</sup> Stand 2007. Berger/Wissenbach 2007: 2.

<sup>485</sup> «Eine Schande im Sicherheitsrat», SZ, 14.07.2008.

publik verhindert nicht nur, dass afrikanische Ressourcen überhaupt noch auf den Weltmarkt kommen, sondern verhilft als Förderland der eigenen Industrie zu zusätzlichen Vorteilen.» Die Lösung dieser Probleme dürfe aber nicht zu einer Verwässerung der moralischen Standards in Europa führen, denn «man wolle und könne jedoch nicht die gleichen Mittel wie China anwenden und beispielsweise die Entwicklungshilfe an Konditionen knüpfen».<sup>486</sup>

Diese Prämissen des moralischen Handelns auf wirtschaftlicher Ebene, die laut der SZ Europa von China unterscheiden, manifestierten sich auch auf politischer Ebene. Der FAZ ist jedenfalls «nicht bekannt, dass die Chinesen eine Vorliebe für freie und faire Wahlen hätten. Noch weniger haben sie sich in Afrika als Förderer der Menschenrechte hervorgetan.»<sup>487</sup> Gerade Europa müsse deshalb den Einfluss der Chinesen, die «gerne mit Machthabern zweifelhafter Legitimität zusammenarbeiten», in Afrika unbedingt eindämmen und Afrika zu «sauberen Verhältnissen» verhelfen. Der so aufziehende Wettbewerb wird wohl «noch viel Geld kosten», aber wie im Kalten Krieg müsse Europa diesen Kampf ausfechten: «Die Volksrepublik China setzt sich in Afrika fest, und Europa erkennt, dass es dadurch auf dem Nachbarkontinent an Einfluss verliert.»<sup>488</sup> Mit demselben Argument von einem China, das sich in Afrika «festgesetzt» habe, lässt die SZ EU-Entwicklungskommissar Louis Michel zu Wort kommen und vor verstärktem Terror aus Entwicklungsländern als Resultat der Auswirkungen der Wirtschaftskrise warnen. China sei dabei eine der Mächte, an die sich «viele arme Länder in ihrer Not» wendeten und deren Einfluss von den Europäern nun eingedämmt werden müssten, um Frieden und Sicherheit in der Welt zu erhalten.<sup>489</sup>

Außer Acht gelassen wird bei dieser Argumentation von allen Medien, dass Chinas Afrika-Engagement und seine Zusammenarbeit mit sogenannten Schurkenstaaten wie Iran, Simbabwe oder Sudan eher aus der Not geboren sind, weil amerikanische und europäische Konzerne in den leichter zugänglichen Ländern bereits den Markt dominieren. Die öffentliche Angst vor chinesischen Investitionen in Europa, Australien oder den USA hat auch dazu geführt, dass China Märkte in weniger scheuen, zugleich aber auch autokratischeren Staaten wie Sudan oder Angola anvisieren musste.<sup>490</sup> Diese Überlegungen spielen aber bei der Debatte um Chinas Investitionen in Afrika keine Rolle, sondern es wird das Interesse Chinas an der Stärkung afrikanischer Autokraten für die eigenen Rohstoffinteressen und zur Abwertung der demokratischen Ambitionen des Westens herausgestellt. Die Kennzeichnung von Chinas Engagement als neokolonial ist hier im Wesentlichen als ein Argument zur moralischen Einhegung der aufsteigenden Macht Chinas gedacht. Gleichzeitig werden damit

<sup>486</sup> «Ungleicher Kampf um Rohstoffe», SZ, 05.11.2008.

<sup>487</sup> «Dumme Idee», FAZ, 05.01.2008.

<sup>488</sup> «Wettbewerb», FAZ, 21.06.2008.

<sup>489</sup> «Dramatische Folgen», SZ, 18.10.2008.

<sup>490</sup> Bader 2008: 34.

die manifesten deutschen Ängste vor dem eigenen wirtschaftlichen Abstieg beim Aufstieg Chinas bedient.

Innerhalb dieser Zuspitzung der chinesischen Afrika-Strategie zu einem Kulturkampf zwischen dem demokratischen Westen und dem autoritären China finden sich in FAZ und SZ auch drei Gegenstimmen, die aber von Externen kommen und eher zufällig oder am Rande auf China in Afrika eingehen. So weist der Bestseller-Autor und Afrika-Kenner Henning Mankell in einem Interview zu seinem neuen Buch darauf hin, dass «es stimmt, dass die chinesische Regierung sich einen Dreck darum kümmert, was in Darfur oder Zimbabwe passiert». Aber eigentlich glaube er, «dass der Westen neidisch auf den Erfolg der Chinesen in Afrika ist. Also kritisieren wir die Chinesen hintenherum. Was für eine Heuchelei. Um mit der Bibel zu sprechen: Wir sollten uns erst um den Balken im eigenen Auge kümmern» (FAZ).<sup>491</sup> Noch deutlicher wird Bundespräsident Horst Köhler, der aus einem Gespräch vom Deutschen Katholikentag zitiert wird. Er wendet sich dabei gegen eine «allzu wohlfeile Verteufelung Chinas» im Zusammenhang mit dessen Afrika-Engagement. Den häufig aufkommenden Neokolonialismusvorwurf an China kontert er mit dem «Hinweis auf die »un glaubliche Arroganz der Europäer», die in Afrika nicht nur ganze Kulturen zerstört hätten». «Ich habe noch keinen europäischen Kontraktor erlebt, der sich in Afrika anders verhalten hätte als Chinesen oder Russen», wird Köhler in der FAZ zitiert.<sup>492</sup> Schließlich führt die SZ eine Buchrezension des US-Politikwissenschaftlers Parag Khanna an, der China neben den USA und der EU als dritte Supermacht sieht. Diese zeichne sich dadurch aus, dass sie die Staaten Afrikas strategisch clever nicht als Empfänger von Gnadenakten behandle, sondern als Partner. Khanna stellt fest, dass China im Gegensatz zum »Abenteurertum« der USA eine große »geopolitische Reife« besäße: »China sei zur Supermacht avanciert, ohne andere zu unterwerfen«; mit einer »Diplomatie des Lächelns«.<sup>493</sup> Interessant ist, dass diese europakritischen Stimmen nicht Teil des journalistischen Diskurses und Kommentierens sind, sondern durch Externe gesetzt werden.

### *Diskursstrang III: Problematische Entwicklungshilfe und Investitionsgebaren Chinas in Afrika*

Diese sehr asymmetrische Darstellung von massiver Kritik am neokolonialen Auftreten Chinas und dem Versuch der Relativierung dieser Kritik durch einen Vergleich mit dem europäischen Engagement wird besonders deutlich in der Problematisierung der chinesischen Form der Entwicklungshilfe und des Investitionsgebarens in Afrika.

Als Grundannahme gilt, dass China »überall in Afrika Hilfe leistet, handelt und investiert ohne lästige politische Vorbedingungen, wie der Westen sie

<sup>491</sup> »Im Gespräch: Henning Mankell«, FAZ, 24.05.2008.

<sup>492</sup> »Mit Gottvertrauen und Sachkunde«, FAZ, 26.05.2008.

<sup>493</sup> »Die großen drei«, SZ, 05.11.2008.

stellt» (FAZ).<sup>494</sup> Da es an die massive infrastrukturelle Hilfe keine politischen Bedingungen knüpfe, halte es Diktatoren geradezu an der Macht und verstärke korrupte Strukturen: «Kritiker monieren deshalb nicht nur die Behinderung demokratischer Entwicklungen in Afrika durch Peking. Sie sprechen auch von einem modernen Kolonialismus» (SZ).<sup>495</sup> Im Kongo hat China laut der taz die korrupte Führungsschicht wohl offensichtlich so weit gebracht, gegen gewaltige Infrastrukturmaßnahmen und ein Geschenk an Präsident Joseph Kabila in Höhe von einer Milliarde Euro zu Sonderkonditionen Minenschürfrechte an chinesische Firmen zu vergeben. Minen seien dafür enteignet und unorganisierte einheimische Bergarbeiter vertrieben worden.<sup>496</sup>

Überhaupt sind die problematischen Arbeitsbedingungen für die einheimische Bevölkerung in chinesischen Betrieben und das als invasionsartig und ausbeuterisch geschilderte Vorgehen der Chinesen bei ihren Projekten in Afrika Hauptpunkte der Kritik. In der SZ wird herausgestellt, dass sich die Chinesen argumentativ zwar «als Verbündete auf Augenhöhe geben, eine Süd-Süd-Achse beschwören. China wird als «größtes Entwicklungsland der Welt» verkauft – und die Invasion chinesischer Firmen zur Fortsetzung der einstigen internationalistischen Bruderhilfe im Unabhängigkeitskampf der sechziger Jahre erklärt». Letztendlich beuteten sie aber den Kontinent nur aus, so dass selbst der damalige südafrikanische Präsident Thabo Mbeki warnt: «Afrika dürfe nicht zum Rohstofflager der Volksrepublik verkommen».<sup>497</sup> Auch ein Mehrwert für die afrikanische Bevölkerung sei kaum zu spüren. Zumeist bringen die chinesischen Investoren ihre Arbeiter und – wie der Schriftsteller Henning Mankell aus eigener Beobachtung anmerkt – «sogar ihren eigenen Zement mit» (SZ).<sup>498</sup> Sollten doch einheimische Arbeiter angestellt werden, so meist zu Hungerlöhnen und niedrigen Sicherheitsstandards.<sup>499</sup> Neben diesem «frühkapitalistischen Gebaren» zerstörten die chinesischen Billigimporte noch die letzten schwachen Reste industrieller Produktion in Afrika: «Beispiel Textilindustrie: Die Schwemme chinesischer Textilprodukte hat ein Sterben der heimischen Industrie verursacht. Erst unterbieten die Staatsfirmen Chinas jeden wettbewerbsfähigen Preis. Wenn die lokale Konkurrenz dann pleitegeht, werden die maroden Betriebe aufgekauft, um mit ihrer Hilfe die Einfuhrquoten für chinesische Textilien nach Amerika und in die EU zu umgehen» (SZ).<sup>500</sup> Bei diesen Einschätzungen werden allerdings so

<sup>494</sup> «Mugabe in China «wie zu Hause»« FAZ, 18.04.2008. Im Afrika-Weißbuch der chinesischen Regierung vom Dezember 2005 ist tatsächlich niedergeschrieben, dass die chinesische Hilfe nicht an Bedingungen geknüpft ist – vgl. Leonard 2009: 131. Leonard enthält sich allerdings einer Bewertung dieser Strategie.

<sup>495</sup> «Falsche Freunde», SZ, 23.08.2008.

<sup>496</sup> «Kritik an Bergbauindustrie», taz, 09.02.2008, «Aufschwung auf Kosten der Menschen», taz, 30.07.2008.

<sup>497</sup> «Falsche Freunde», SZ, 23.08.2008.

<sup>498</sup> «Im Gespräch: Henning Mankell», FAZ, 24.05.2008.

<sup>499</sup> «Aufschwung auf Kosten der Menschen», taz, 30.07.2008.

<sup>500</sup> «Falsche Freunde», SZ, 23.08.2008.

gut wie nie konkrete Beispiele von betroffenen Arbeitern oder Fabriken benannt, die dies belegen oder zumindest illustrieren könnten.

Die Entwicklungszusammenarbeit Chinas mit Afrika wird hier also konsequent als neo-kolonial hinsichtlich der Attitüde, Beschäftigungsbedingungen und auch der inner-afrikanischen Perzeption dargestellt. Diese Vorwürfe zu Defiziten des chinesischen Engagements haben ihre Berechtigung in den deutschen Medien.<sup>501</sup> Bei dieser Argumentation wird aber konsequent außen vor gelassen, dass China bspw. für hunderte Produktkategorien aus den ärmsten Ländern Afrikas die Importzölle abgeschafft hat, Schulden von über einer Milliarde Dollar erlassen und gleichzeitig Investitionen in dieser Höhe getätigt hat.<sup>502</sup>

Dieser Aspekte nehmen sich zwei sehr lange Reportagen desselben China-Korrespondenten in der ZEIT und der taz an, die zwar durchaus auf die kolonialistische Herangehensweise Chinas gegenüber Afrika hinweisen, aber deren spezifische Wirkungen im Vergleich zu den anderen Artikeln wohlwollender bewerten. Beide Reportagen beruhen auf derselben Recherchereise, wobei die Variante in der ZEIT – die in Zusammenarbeit mit einem Afrikareakteur entstanden ist – eine kritischere Bewertung des chinesischen Engagements aufweist als die in der taz. Der Autor begleitet den von offiziellen chinesischen Stellen entsandten Berater Wang, der mittelständische Investitionen nach Afrika vermitteln soll.

Ausgangspunkt für die Reportagen ist der Fakt, dass China mittlerweile einer der größten Investoren in Afrika ist und sich offensichtlich viele afrikanische Länder von westlichen Investoren abwenden und die Chinesen bevorzugen. Dabei stellt der Autor ausführlich dar, dass es nicht vordergründig die viel diskutierte Unterstützung korrupter Diktatoren sei, die China in Afrika so erfolgreich werden lasse, sondern die Afrikaner «fühlen sich von den Chinesen als gleichwertige Partner behandelt, nicht mehr als bloße Almosenempfänger. Das hat sie selbstbewusst gemacht. Sie schauen nach Osten und sagen zu den Emissären des Nordens: «Wir brauchen euch nicht mehr!» (ZEIT).<sup>503</sup> Dabei diene der chinesische Weg der Modernisierung zum einen als Vorbild für Afrika, zum anderen aber auch als einfachere Methode, an den Weltmarkt heranzukommen: «Wer kann von westlichen Unternehmern verlangen, dass sie in Afrika so einfache Produkte wie Ziegelsteine oder Hosen herstellen?», fragt Wang. Genau diese einfachen Investitionen aber benötige Afrika» (taz).<sup>504</sup> Zugleich seien Investitionen in Afrika für chinesische Unternehmen nicht so teuer wie Investitionen im Westen und schafften somit eine «Win-win-Situation» für beide Seiten. Der große Unterschied zwischen dem westlichen und dem chinesischen Engagement in Afrika sei, dass die Chinesen Afrika als Chance sähen, die Europäer aber als Problem. In Kreisen westlicher Diplomaten beispielsweise «lamentiert man gerne über den

<sup>501</sup> Vgl. Berger/Wissenbach 2007: 14.

<sup>502</sup> Grimm/Fues 2007: 9.

<sup>503</sup> «Afrikas neue Freunde», ZEIT, 10.01.2008.

<sup>504</sup> «Chinas McKinsey in Afrika», taz, 12.04.2008.



schwierigen Aufbau der Demokratie, die Folgen des Bruderkrieges, die explosive ethnische Gemengelage, die Hungersnot in den Dörfern. Und über die Chinesen, die ihre Entwicklungsanstrengungen unterlaufen. Der Gegensatz zwischen ihrem finsternen Pessimismus und dem zukunftsfrohen Elan von Wang könnte größer nicht sein» (ZEIT).<sup>505</sup> Das läge sicherlich auch an einer ähnlichen Erwartungshaltung von Afrikanern und Chinesen an das politische System, an dem vor allem Stabilität geschätzt wird: «Keiner in der Runde [der Chinesen] käme auf den Gedanken, Ruanda ein Demokratiedefizit zu attestieren, wie es hier viele Europäer tun» (taz).<sup>506</sup>

Im Artikel der ZEIT merken die Autoren aber auch kritisch an, dass die Ohne-Auflagen-Strategie der Chinesen durchaus zu einer Stabilisierung herrschender autoritärer und krimineller Strukturen beitragen kann, denn, zitieren sie einen angolanischen Politiker, «du kannst Geld stehlen, du kannst korrupt bis auf die Knochen sein, die Chinesen juckt das nicht». Das führe in einigen Regionen dazu, dass «die Machteliten und die Wirtschaftsleute die Offensive der Chinesen begrüßen, die Opposition und das gemeine Volk verdammen sie». Aber, so zitieren die Autoren einen Gewerkschaftsfunktionär, «warum heult der Westen plötzlich so laut auf? [...] Sie bringen zwar viele Leute mit, aber sie schaffen auch Arbeitsplätze für uns. [...] Wir haben versucht, die Weltbank und den IWF zu gewinnen, aber die knüpften an ihre Kredite strikte Konditionen. Der Westen hat uns im Stich gelassen, da haben wir uns im Interesse Angolas für China entschieden.»<sup>507</sup> Insgesamt sieht der Autor in der Aufgeschlossenheit der Chinesen gegenüber Afrika und ihrer Strategie der Direktinvestitionen definitiv die richtige Entscheidung, denn «sie zahlen den Marktpreis, keinen Solidaritätspreis. Sie machen es richtig. Der Westen hat den Schwarzen Kontinent mit seiner Entwicklungshilfe das falsche Wirtschaften gelehrt. Fürs richtige Wirtschaften in den Zeiten der Globalisierung braucht Afrika heute die Chinesen» (taz).<sup>508</sup> Es sei sicherlich in einigen Fällen eine Art Kolonialismus, aber immerhin ein «Kolonialismus im gegenseitigen Einvernehmen».

### 3.4.2 Quellen und Akteure

Diese beiden letztgenannten Artikel in der ZEIT und der taz unterscheiden sich hinsichtlich des Quellenzugangs und der Akteurskomposition massiv von allen anderen Artikeln. Dem Autor ist hier das Kunststück gelungen, sich mit Wang Wenning – laut Artikel Chinas wichtigster Unternehmensberater für Afrika – eine authentische chinesische Quelle zu erschließen, die er auf einer Afrikatour begleiten darf und so Einblick in die Art der Geschäftsgebaren vor Ort bekommt. Die unmittelbare Schilderung der Begegnungen zwischen dem Chinesen und den afrikanischen Eliten und den einfachen Leuten erzeugt beim Leser ein hohes

<sup>505</sup> «Afrikas neue Freunde», ZEIT, 10.01.2008.

<sup>506</sup> «Chinas McKinsey in Afrika», taz, 12.04.2008.

<sup>507</sup> «Afrikas neue Freunde», ZEIT, 10.01.2008.

<sup>508</sup> «Chinas McKinsey in Afrika», taz, 12.04.2008.



Verständnis für die Gegebenheiten vor Ort und gibt sowohl Afrika als auch dem chinesischen Engagement konkrete und zumeist sehr freundliche und einvernehmliche Gesichter. Problematisch ist hierbei allerdings, dass der Leser, der das Thema ja durch Wangs Augen betrachtet, über dessen tatsächliche Position im Unklaren gelassen wird. Die offizielle Autorisierung, ohne die Wang nicht tätig sein kann, wird nicht ausdrücklich betont, und es erscheint zuweilen, als würde Wang als Privatier handeln.

Abgesehen von diesen beiden Reportagen bleibt China sonst weitestgehend ein undifferenzierter Akteur, der vor allem als ein Konstrukt zur Darstellung von ideologischer Abgrenzung und Bedrohungsszenarien gegenüber dem Westen dient. In allen Zeitungen kommen auf chinesischer Seite maximal chinesische Außenamtssprecher oder aber die chinesischen Botschafter im Sudan oder bei der UN als Illustration am Rande vor. Besonders in der SZ und in der Tagesschau geht es nicht über die Benennung von «China» oder «Peking» hinaus. Gerade wenn über die neo-koloniale Ausbeutung und Investitionen in Afrika geklagt wird, werden insbesondere in der SZ und der taz stark polemisierende Aussagen ohne Differenzierung und konkrete Belege aneinandergereiht («China hat freie Bahn in Afrika» oder «die Chinesen stehen für jeden Wunsch [von Diktatoren] bereit»).

Die SZ zitiert dagegen ausführlich konkrete Vertreter westlicher Institutionen wie den EU-Entwicklungskommissar Louis Michel, den EU-Kommissionsvizepräsidenten Günter Verheugen oder Obiageli Ezekwesili, die für Afrika zuständige Vizepräsidentin der Weltbank, die vor einer Verdrängung Europas durch China warnen. Die taz wiederum benennt häufiger afrikanische Akteure als Handlungsträger und Quellen wie etwa Victor Kasongo, Vizeminister für Bergbau der Demokratischen Republik Kongo, Südafrikas Verteidigungsminister January Masilela oder Serge Lekung von der Menschenrechtsorganisation *ACIDH*, anhand derer die afrikanische Perspektive auf China demonstriert werden soll.

Die FAZ hingegen hat eine deutlich umfangreichere und dispersere Akteurs- und Quellenstruktur. Neben Vereinfachungen wie «China» oder «Peking», der Zitation westlicher und afrikanischer Institutionen werden hier der chinesische Außenminister Yang Jiechi, der Verteidigungsminister Liang Guanglie und der Sondergesandte der chinesischen Regierung für Darfur, Liu Guijin, als handelnde Akteure eingeführt und zitiert. Darüber hinaus werden auch untypische Quellen für eine Analyse der chinesisch-afrikanischen Beziehungen genannt, wie der Schriftsteller Henning Mankell, Bundespräsident Horst Köhler und Daoud Hari, ein Übersetzer aus Darfur, die aber nicht explizit zu diesem Thema befragt werden und eher zufällig Zitate beisteuern. Hier handelt es sich also weniger um eine Fachexpertise, als um die Meinungen von Elitepersonen. Dennoch ergibt sich durch die Verbreitung dieser Meinungen ein gewisser Binnenpluralismus in der FAZ.

509 «Kritik an Bergbauindustrie», taz, 09.02.; «Falsche Freunde», SZ, 23.08.2008.

Darüber hinaus werden externe Experten und Quellen nur in wenigen Fällen herangezogen. Hier ist es v.a. die ZEIT, die Studien von *Human Rights Watch* oder *EuropeAid* benennt, den Afrika-Experten Christopher Clapham vom *Centre for African Studies* in Cambridge und den Soziologen Abdel Rahim Belal befragt. In der FAZ wird die *International Crisis Group* einmal als Quelle benannt, in der SZ der Sicherheitsexperte Guy Lamb vom *Institute for Security Studies* in Pretoria. Ansonsten resultieren die Beiträge zumeist offensichtlich aus Nachrichtenagentur-Material oder bei Kommentaren aus dem Einbetten von aktuellen Vorkommnissen in bereits bestehende Interpretationsmuster, die kaum durch das Hinzuziehen von Experten hinterfragt werden.

### 3.4.3 Autoren

Die China-Korrespondenten der einzelnen Medien kommen bezüglich der chinesisch-afrikanischen Beziehungen nur selten zu Wort. Eine Ausnahme stellt dabei die FAZ dar, wo die Korrespondenten offenbar die Funktion haben, zusätzlich zu aktuellen Geschehnissen Hintergrundinformationen über die historischen und gegenwärtigen Beziehungen der betrachteten Staaten zu liefern. In der taz dagegen prägen die Afrika-Korrespondenten bzw. der Afrika-Redakteur die Berichterstattung. Sie betrachten im tagesaktuellen Diskurs die chinesische Politik in Afrika grundsätzlich eher skeptisch. Die taz konterkariert dies aber in einer für ihre Verhältnisse extrem langen Reportage des China-Korrespondenten, die unter einem eher wohlwollenden Blickwinkel das chinesische Engagement in Afrika betrachtet. Die ZEIT weist ebenfalls eine Mischung aus Afrika-Redakteur und China-Korrespondent auf.

**Tabelle 24: Thema Chinesische-afrikanische Beziehungen – Verteilung der Autorenschaft**

| Autor                                | Gesamt |        | FAZ | SZ | taz | ZEIT | Tagesschau |
|--------------------------------------|--------|--------|-----|----|-----|------|------------|
| China-Korrespondent                  | 5      | 11,9%  | 4   |    | 1   |      |            |
| China-Korrespondent mit Redakteur    | 2      | 4,8%   | 1   |    |     | 1    |            |
| Asienredakteur                       | 3      | 7,1%   | 2   |    | 1   |      |            |
| Redakteur, Journalist                | 22     | 52,4%  | 9   | 11 | 1   | 1    |            |
| Auslandskorrespondent anderer Region | 8      | 19,0%  | 1   | 2  | 5   |      |            |
| Nachrichtenagentur                   | 1      | 2,4%   |     |    | 1   |      |            |
| keine Angabe                         | 1      | 2,4%   |     |    |     |      | 1          |
| Gesamt                               | 42     | 100,0% | 17  | 13 | 9   | 2    | 1          |

Anzahl der Artikel je Autor/per Medium, n=42

In der FAZ sind im Gegensatz zu den durchaus nuancierten nachrichtlichen Beiträgen die Kommentare der Redakteure durchgängig sehr chinakritisch gefärbt und warnen vor einem zu starken Einfluss Chinas in Afrika. Auch in der SZ

prangern die beiden Kommentare Chinas Politik in Afrika klar an. Im Gegensatz zur FAZ stehen in der SZ allerdings die Kommentare ganz in der Linie der übrigen Nachrichtenbeiträge, die immer wieder westlichen Druck auf ein sich moralisch falsch verhaltendes China einfordern. In der SZ liegt die Verantwortung für die Beiträge bis auf zwei Artikel eines Afrika-Korrespondenten ausschließlich in den Händen der mit Außenpolitik befassten Redakteure in der Zentrale. China-Korrespondenten, die etwa zur Einbettung der Beiträge in die außenpolitische Strategie der Volksrepublik beitragen könnten, werden hier nicht beteiligt.

### 3.4.4 Fazit

Die deutschen Medien zeichnen nur in einigen Ausnahmen mehr als das Bild des für Europa bedrohlichen und zugleich skrupellosen chinesischen Engagements in Afrika. Es gelingt ihnen so nicht, die komplexen Beziehungen Chinas zu Afrika einzufangen. China ist in Afrika laut den deutschen Medien vor allem ein **Problemverstärker oder gar -erzeuger**. Zum einen wird die chinesische Afrika-Politik als Stärkung von autoritären und korrupten Herrschern verstanden, die der Westen verurteilt, zum anderen wird diese offensichtlich erfolgreiche Strategie der Einflussnahme als scharfe Konkurrenz in einer traditionellen Einflussosphäre Europas gesehen. Gegeißelt wird dabei vor allem auch der Rohstoffhunger Chinas, der das Land dazu bringe, alle moralischen Standards im Umgang mit Despoten fallen zu lassen. Tatsächlich will Chinas wenig transparente offizielle Afrika-Politik «ohne jegliche Auflagen» operieren, was Vorschub leistet für die Unterstützung autokratischer Regimes oder problematische Arbeitsbedingungen. Nichtsdestotrotz hat das massive Engagement in Afrika auch Folgen beispielsweise für die Infrastruktur und eine generelle Aufbruchstimmung, die gerade von Afrikanern als positiv bewertet werden. Der dahingehend sehr skeptischen Argumentation in den untersuchten Medien stehen laut Berger & Wissenbach bereits seit 2006 in der EU und den USA auch differenzierende Meinungen von Politikern und Akademikern entgegen<sup>510</sup>, die aber offensichtlich in den Medien keinen starken Niederschlag finden. Die SZ betont unter Rückgriff auf Politiker und in eigenen Kommentaren immer wieder die Konkurrenzsituation Europas mit China, die sich aus dessen skrupellosem Verhalten in Afrika speist. Die taz kritisiert mit ihren Afrika-Korrespondenten das neokoloniale Verhalten Chinas.

Lediglich die FAZ wartet in Teilen mit einer differenzierteren oder zumindest relativierenden Darstellung auf, und in der ZEIT und der taz wird ein Perspektivenwechsel in jeweils einem, allerdings überdurchschnittlich langen Artikel vollzogen und die offiziöse chinesische Politik an einer Einzelperson eher wohlwollend aufgezeigt, so dass sich hier noch von Ansätzen eines **gewissen Binnenpluralismus** sprechen lässt. Insgesamt wird zu wenig Selbstkritik an der von Afrikanern als abwertend empfundenen «karitativ-paternalistischen

<sup>510</sup> Berger/Wissenbach 2007: 3.

Einstellung»<sup>511</sup> des Westens geübt und herausgestellt, dass Afrika durch China eine Aufwertung als Wirtschaftspartner erfährt, die es – mit Einschränkungen – dankbar honoriert.

Diese Einseitigkeit in der Berichterstattung ist auch auf die **Dominanz von reinen Ereignismeldungen** zu für den Westen relevanten Krisenherden wie Sudan und Simbabwe zurückzuführen. Mindestens die Hälfte aller Beiträge in den jeweiligen Medien – in der Tagesschau die einzige Meldung überhaupt – widmet sich Chinas Beziehungen zu diesen beiden Ländern. Überraschend dabei ist, dass es trotz der Virulenz der beiden Themenaspekte Sudan und Simbabwe und der als eng deklarierten Beziehungen Chinas zu beiden Staaten keine einzige Analyse dazu gibt, sondern gerade einmal zwei kurze Hintergrundbeiträge in FAZ und SZ. So findet an keiner Stelle eine Einordnung chinesischer Handlungen oder Statements in den Kontext der Afrika-Strategie Chinas statt. Interessant wären in diesem Zusammenhang auch differenzierende Aussagen über die unterschiedliche Politik Chinas gegenüber einzelnen Staaten in Afrika gewesen. Ebenso wenig wird eine Differenzierung von offiziellen staatlichen Akteuren und Handlungen und eher privatwirtschaftlichen Aktivitäten vorgenommen, die teilweise miteinander verwoben sind, teilweise aber auch Probleme für die offizielle Politik Chinas aufwerfen.

Insgesamt weist die Berichterstattung zum chinesischen Engagement in Afrika einen Tenor auf, der ein moralisierendes Verständnis von Außenpolitik postuliert. Bedenklich dabei ist, dass das auch in der deutschen und westlichen Außenpolitik vorherrschende politökonomische, an der Maximierung des Eigennutzes orientierte Paradigma gegenüber Afrika nicht in Frage gestellt wird. Dieselben Strategien werden aber für China als nicht angemessen angesehen. Diese **ideologische Tendenz** schlägt sich in allen untersuchten Medien gleichermaßen nieder.

### 3.5 Tiefenschnitt: Umwelt- und Klimapolitik in China

Die Umwelt- und Klimapolitik Chinas wird vertieft in insgesamt 58 Beiträgen in den untersuchten Medien behandelt. Ein Hauptaugenmerk der Berichterstattung konzentriert sich im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen auf die Umweltbedingungen in der chinesischen Hauptstadt. Fast die Hälfte aller Beiträge ist diesem Unterthema gewidmet. Über den Diskurs um Chinas Rolle im internationalen Klimaschutz wird in geringerem Umfang mit 12 Artikeln berichtet. Weitere Beiträge – zu den Inhalten der chinesischen mittel- und langfristigen Umweltpolitik oder zu technologischen Fortschritten auf dem Gebiet der Umwelttechnik in China – sind vergleichsweise selten.

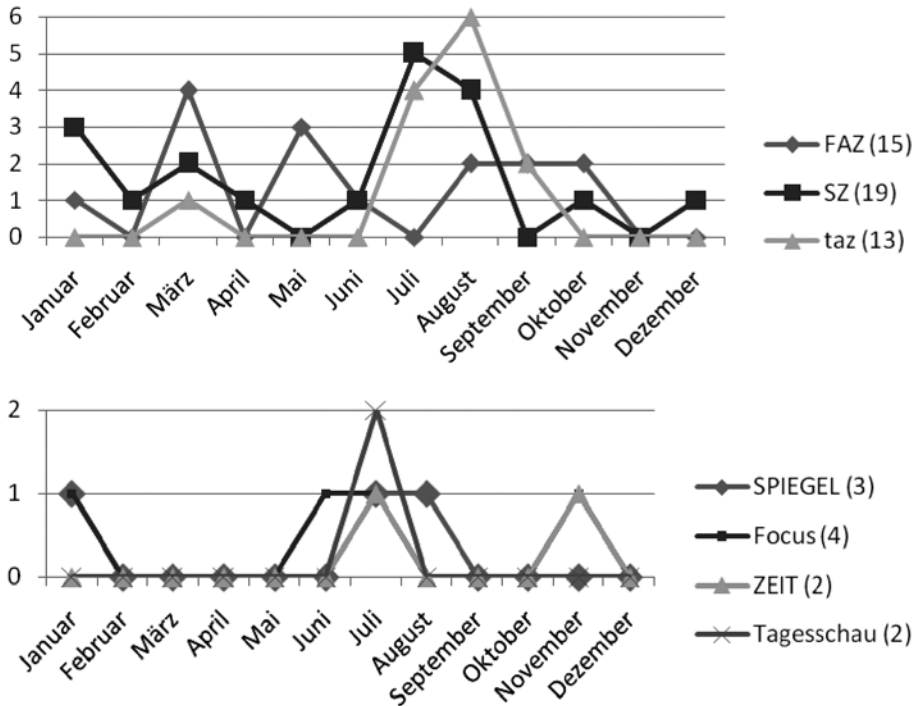
Der Großteil der Beiträge stammt aus der Zeit bis zu den Olympischen Spielen, allein 47% fallen nur in die Monate Juli und August. Nach dem Ende der Olympischen Spiele ist die Umweltsituation in China nur noch selten Thema.

---

<sup>511</sup> Fues et al. 2006: 2.

Die wenigen Beiträge behandeln dann vor allem Chinas Rolle in der internationalen Klimapolitik.

**Abbildung 11: Verlauf der Berichterstattung zu Umwelt- und Klimapolitik**



Quelle: Eigene Erhebung

Das Thema Umwelt in China ist in den Tageszeitungen jeweils in etwa gleichem Umfang präsent (FAZ 15 Beiträge, SZ 19, taz 13). Auch die Wochenzeitungen gleichen sich in der Anzahl ihrer Artikel (SPIEGEL 3, Focus 4, ZEIT 2). Allerdings sind die Beiträge des SPIEGEL ausgesprochen ausführlich. Die Tagesschau widmet der Umweltsituation nur 2 Beiträge: eine kurze Meldung über Algenprobleme vor der olympischen Wettkampfstätte Qingdao (01.07.) und eine etwas längere Meldung zu den Fahrverboten in Peking während der Spiele (20.07.).

### 3.5.1 Beschreibung der Diskurs- und Argumentationsstruktur

#### *Diskursstrang I: Umweltbedingungen in Peking*

Das Interesse der Berichterstattung zum Thema Umwelt kreist vor allem um die Frage nach der Luftsituation in der Olympiastadt Peking. Dabei kommt die Erwartungshaltung des Westens an China zum Ausdruck, im Zusammenhang mit Olympia Fortschritte hinsichtlich der Menschenrechts- und auch der Umwelt-

situation sichtbar zu machen. Die chinesischen Versprechungen von «grünen Spielen» und die in einem Aktionsplan gesteckten Ziele<sup>512</sup> werden dabei aufgegriffen und einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die Situation der Umwelt in Peking und die Bedingungen für die Olympiateilnehmer werden in beinahe allen untersuchten Medien thematisiert. Einzig die ZEIT blendet dieses Thema komplett aus.

In allen Medien herrscht Konsens darüber, dass die Luftverschmutzung katastrophal sei, was in einer dramatisch bis polemischen Wortwahl betont wird. Die Pekingener Luft weise «ein spezielles Mischungsverhältnis aus Kohlenmog, Betonstaub und Auspuffgasen auf», stellt die FAZ fest.<sup>513</sup> Öffnet man sein Zimmerfenster so käme diese Luft dann «hereingerumpelt wie ein gepresster Chemie-Backstein» (FAZ).<sup>514</sup> Die Sicht in Peking sei aufgrund der verpesteten Luft oft auf nur wenige Meter beschränkt. Gebäude seien an solchen Tagen nur schemenhaft zu erkennen. «Alles wirkt gelblich grau» (taz).<sup>515</sup> Die Große Halle des Volkes gleiche in dieser «Dunstglocke aus Smog» dem «Bug eines Öltankers im Nebel» (SZ).<sup>516</sup> Die Sonne schimmere hinter dem «grauen Schleier» als «kleine Kugel in einem gespenstischen Orange» (SZ).<sup>517</sup> Mittags sei das Licht nur schwach und diffus – «wie durch eine dicke Milchglasscheibe gesehen» (SZ).<sup>518</sup> Für Chinesen möge dieser Anblick zwar normal erscheinen, für Gäste trage er aber einen «Hauch von Apokalypse» (SZ).<sup>519</sup> An manchen Tagen sei der Dreck in der Luft nicht nur zu sehen, sondern man «kann ihn auch hören. Die Pekingener packt dann das große Husten und Räuspern» (SZ).<sup>520</sup> Die «dicke Smogdecke» lege sich «auf die Haut, lässt die Augen brennen, reizt die Bronchien und betrübt das Gemüt» (taz)<sup>521</sup>, «in der Nase steckt schwer definierbarer Gestank, das Hemd verklebt, der Atem wird schwer, die Augen brennen» (SZ)<sup>522</sup> «und auf den Straßen sieht man Menschen, die Hustenanfälle bekommen» (SPIEGEL).<sup>523</sup>

Die FAZ konstatiert, die Umweltbelastungen seien in Peking «erheblich größer» als die in früheren Olympiastädten.<sup>524</sup> Die Schadstoffwerte überstiegen regelmäßig alle internationalen Grenzwerte. Die Ursachen sehen die Autoren aller Medien vor allem im Straßenverkehr sowie in den alten Kraftwerken und Fabriken in und um Peking. Aber in einigen Artikeln klingt auch an, dass Topogra-

512 Vgl. eine Zusammenfassung des Aktionsplans in Oberheitmann 2007: 81.

513 «Das Blaue vom Himmel», 24.06.2008, FAZ.

514 «Perfekter Abgang», FAZ, 08.08.2008.

515 «Bessere Luft für Olympioniken», taz, 21.07.2008.

516 «Außer Atem», SZ, 14.07.2008.

517 «Woher der Wind weht», SZ, 05.08.2008.

518 «Außer Atem», SZ, 14.07.2008.

519 «Woher der Wind weht», SZ, 05.08.2008.

520 «Außer Atem», SZ, 14.07.2008.

521 «Bessere Luft für Olympioniken», taz, 21.07.2008.

522 «Woher der Wind weht», SZ, 05.08.2008.

523 «Im Schatten der Schlote», SPIEGEL, 21.07.2008.

524 «Schutz vor schlechter Luft», FAZ, 26.01.2008 und «Olympia überschattet von Staub und Ozon?», FAZ, 14.05.2008.

phie und klimatische Bedingungen zu der «Brühe über Peking» beitragen, vor allem der Wind und die Luftfeuchtigkeit spielten eine Rolle.<sup>525</sup> Ein Problem seien laut taz zudem die Fabriken in benachbarten Regionen, da sich die ökologischen Maßnahmen der Regierung im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen bislang nur auf die Hauptstadt konzentriert hätten.<sup>526</sup>

Um der Welt dennoch saubere und «grüne» Spiele zu präsentieren, haben – und das wird von den Autoren aller Medien bestätigt – die Machthaber in Peking eine Reihe von Maßnahmen ergriffen: Fahrverbote und Fabrikschließungen, Einführung von Abgasstandards, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bei gleichzeitiger Senkung der Beförderungsentgelte, Erneuerung veralteter Heizkessel, Umrüstung von Bussen und Taxen auf einen umweltfreundlicheren Antrieb, Ausbau erneuerbarer Energien etc. Zwar seien nicht alle Projekte sinnvoll, aber «immerhin kehren die Offiziellen die Umweltprobleme nicht mehr unter den Teppich», meint Umweltpexpertin Eva Sternfeld im taz-Interview.<sup>527</sup> Die Verbesserungen der Luftqualität gingen rasch voran, äußert auch der deutsche Klimaexperte Andreas Wahner gegenüber dem Focus und der taz.<sup>528</sup>

Außer in diesen drei Artikeln in taz und Focus, die sich unter Verweis auf deutsche Klimaexperten vorsichtig optimistisch angesichts der Maßnahmen der Chinesen für eine dauerhafte Verbesserung zeigen, werden diese in den übrigen Beiträgen zwar beachtet und auch begrüßt<sup>529</sup>, aber vor allem als Kosmetik oder Effekthascherei verstanden. Dazu trägt auch bei, dass von den deutschen Medien ein umfassenderes Umweltschutzverständnis als in der chinesischen Gesellschaft angelegt wird, die darunter offenbar eher den Aspekt der Verschönerung versteht.

Die SZ konstatiert, die Anstrengungen der Regierung glichen dem Versuch, «einen Flächenbrand mit der Gießkanne zu löschen».<sup>530</sup> Die Abgasstandards seien zwar lobenswert, würden in China jedoch gar nicht durchgesetzt. Zwar wurden die Fahrpreise für die Pekinger U-Bahnen gesenkt, aber seitdem seien diese jeden Tag total überlastet.<sup>531</sup> Die Fahrverbote für einen Teil der PKWs führten zu Problemen bei der Beförderung von Personen und Gütern.<sup>532</sup> Viele kleinere Unternehmen ächzten zudem unter den Einschränkungen, die während

525 z.B. «Woher der Wind weht», SZ, 05.08.2008 und «Die Pekinger mochten es auch schon vorher sauber», taz, 18.08.2008.

526 «Viel getan, wenig verändert», taz, 18.08.2008.

527 «Die Pekinger mochten es auch vorher sauber», taz, 18.08.2008.

528 «Fabrikschließungen bringen mehr», Focus, 28.07.2008, «Saubere bleiben – aber wie?», taz, 25.08.2008.

529 «Außer Atem», SZ, 14.04.2008, «Das Blaue vom Himmel», FAZ, 24.06.2008, «Olympiade China: Fahrverbote und Fabrikenschließungen für Luftverbesserung in Peking», Tageschau, 20.07.2008.

530 «Außer Atem», SZ, 14.07.2008.

531 «Bremsen, husten, weiterfahren», SZ, 08.03.2008.

532 «Notfallplan in Peking», SZ, 29.07.2008.



der Olympischen Spiele für sie gälten, schreibt die taz. Die Arbeiter, die zu Hause bleiben müssen, würden nur gering entschädigt.<sup>533</sup>

Aber für die chinesische Regierung ginge es im Vorfeld der Olympischen Spiele ohnehin nur darum, durch oberflächlich sichtbare Effekte den «Schein zu wahren»: «Mit Sondermaßnahmen wie Fabrikschließungen und Fahrverboten, wie sie nur in einem totalitären System möglich sind, will man nun die Blamage verhindern, dass am Ende Radfahrer oder Geher hustend und keuchend über die Ziellinie taumeln», schreibt der SPIEGEL.<sup>534</sup> Denn einige der internationalen Sportler hätten ihre Teilnahme an den Olympischen Spielen bereits abgesagt, wie Marathonläufer Haile Gebrselassie. «Es ist die erste große Niederlage für die Spiele und den Sport in Peking», wertet dies die FAZ.<sup>535</sup> David Martin, Atmungsexperte des amerikanischen Marathonteams, spricht in der SZ gar von einer «feindlichen Umgebung» – es sei, als würde man die Athleten «mit Gift füttern».<sup>536</sup> Die Spiele drohten, als «Smogolympics» in die Geschichtsbücher einzugehen, befürchtet die taz.<sup>537</sup> «Olympia gefährdet Ihre Gesundheit», warnt denn auch die FAZ.<sup>538</sup> Und die SZ hält sogar ein Szenario für wahrscheinlich, bei dem Wettkämpfe zum ersten Mal in der Geschichte der Olympischen Spiele wegen schlechter Luft verschoben werden müssten.<sup>539</sup>

Die Behörden versuchten jedoch zu beschwichtigen und führten Statistiken und eigene Messungen an. Diese seien jedoch nicht sehr verlässlich, ist in vielen Beiträgen zu lesen. «Der Kampf um die Werte ist eine Propagandaschlacht», urteilt beispielsweise der SPIEGEL.<sup>540</sup> Die Behörden hätten sich «eigene Definitionen dafür gegeben, was gute und was schlechte Luft ist. [...] Und wenn Forscher in Hongkong von «leicht verschmutzter Luft» sprechen, dann meldet Peking bei den gleichen Messwerten «exzellente Luft». Auch die taz weist darauf hin, dass einige internationale Experten Peking vorwerfen, die Messzahlen zu manipulieren, um «das wahre Ausmaß der Malaise zu vertuschen».<sup>541</sup> Seit Jahren versprächen sie «das Blaue vom Himmel» (FAZ).<sup>542</sup> Die SZ ist sich sicher, die Messungen der Pekinger Umweltbehörde seien zumindest «sehr flexibel»: Wenn eine der Messstationen zu viel Dreck registriert, werde sie kurzerhand geschlossen. Auch würden die wichtigsten Gifte ohnehin nicht gemessen. Somit sei es nicht überraschend, dass China immer neue Rekorde im Erreichen von «Blaue-Himmel-Tagen» verkünden könne. Eine «Vogel-Strauß-Politik» nennt die

<sup>533</sup> «Saubere bleiben – aber wie?», taz, 29.08.2008.

<sup>534</sup> «Im Schatten der Schlote», SPIEGEL, 21.07.2008, vgl. auch «Viel getan, wenig verändert», taz, 18.08.2008.

<sup>535</sup> «Olympia gefährdet Ihre Gesundheit», FAZ, 12.03.2008.

<sup>536</sup> «Außer Atem», SZ, 14.07.2008.

<sup>537</sup> «Medaillenregen in dicker Luft», taz, 08.08.2008.

<sup>538</sup> «Olympia gefährdet Ihre Gesundheit», FAZ, 12.03.2008.

<sup>539</sup> «Woher der Wind weht», SZ, 05.08.2008.

<sup>540</sup> «Im Schatten der Schlote», SPIEGEL, 21.07.2008.

<sup>541</sup> «Bessere Luft für Olympioniken», taz, 21.07.2008.

<sup>542</sup> «Olympia gefährdet Ihre Gesundheit», FAZ, 12.03.2008.

SZ dies.<sup>543</sup> Die Bevölkerung bekomme dank «gründlich zensierter Medien» von der Realität nichts mit – im Gegensatz zu den Sportlern. Hier widerspricht aber die FAZ: So naiv seien die «Endverbraucher der Luft» schon lange nicht mehr, dass «das Blaue vom Himmel für sie Beweiskraft hätte».<sup>544</sup>

Mit einem weiteren eklatanten Umweltproblem in China – der Wasserknappheit – beschäftigt sich lediglich die FAZ in einem längeren Beitrag: Damit Peking – und auch die olympischen Wettkampfstätten – stets ausreichend mit Trinkwasser versorgt werden, leite die Regierung das Wasser mehrerer Stauseen aus benachbarten Provinzen einfach um.<sup>545</sup> Dies führe zu einer großen Ungleichheit in der Wasserversorgung der chinesischen Bevölkerung. Dieser Beitrag ist neben einem Artikel zu unterirdisch brennenden Kohleflözen<sup>546</sup> einer der wenigen, der abseits der Pekinger Luftverschmutzung auch einmal andere Umweltprobleme in China in den Blick nimmt.

Wasserverschmutzung, mangelnde Abfallverwertung, Desertifikation, Verlust der Biodiversität sind weitere Felder, die sich für eine kritische Betrachtung angeboten hätten, aber in der Berichterstattung außen vor bleiben. Gerade diese Aspekte sind es aber, die in China gesellschaftliche Konsequenzen haben und soziale Proteste auslösen. Die Kopplung der Umweltproblematik an soziale Belange, die für China typisch ist, wird zugunsten einer auf europäische Eindrücke fokussierenden Berichterstattung vernachlässigt.

Diese Lücke versucht jedoch der SPIEGEL zu schließen und schaut in einer Titelgeschichte auf «ein bröckelndes Reich, das bedroht ist von Kräften, die der ökonomische Aufschwung freigesetzt hat».<sup>547</sup> Die ökologischen Schäden aus diesem ungebremsen wirtschaftlichen Aufschwung seien die «erschütterndsten» innerhalb einer ganzen Folge an Krisenerscheinungen. Im ganzen Land rege sich zudem mittlerweile «Widerstand angesichts des ökologischen Desasters und der Ohnmacht der Regierung. Allein im Jahr 2005 habe die Staatsmacht auf 51000 kleine und große Protestaktionen reagieren müssen.» Der Artikel schlussfolgert, «es geht etwas vor, etwas Unheimliches, für chinesische Verhältnisse Unerhörtes», konstatiert aber auch, dass es «falsch ist anzunehmen, dass die neue Aufmüpfigkeit der Chinesen grundsätzlich gegen Partei und Regierung gerichtet ist». Immerhin würde die Regierung mit verschiedenen Gesetzen versuchen, «kühne Projekte» hin zur ökologischen Wende anzustoßen. Aber «nur zehn Prozent der einschlägigen Gesetze, heißt es, würden wirklich angewandt. Die Vorhaben gehen unter auf dem Weg durch die Apparate; Fabrikanten zahlen lieber Strafen, als in neue Technik zu investieren, und lokale Parteiführer ziehen es vor, sich bestechen zu lassen, statt die richtige Politik ins Werk zu setzen.»

543 «Außer Atem», SZ, 14.07.2008.

544 «Das Blaue vom Himmel», FAZ, 24.06.2008.

545 «Es muss Wasser fließen – das ist ein Befehl», FAZ, 08.03.2008.

546 «Feueralarm unter der Erde», SZ, 17.01.2008.

547 «Chinas gefährlicher Sommer», SPIEGEL, 04.08.2008.

Dieser ausführliche Artikel, der die ökologische Situation in einen größeren Kontext stellt, bleibt aber eine Ausnahme.

*Diskursstrang II: Chinas Rolle im Klimawandel und in der internationalen Klimapolitik*

Der zweite größere Diskurs in den untersuchten Medien thematisiert Chinas Rolle im Klimawandel. Im Zentrum der Betrachtungen stehen vor allem die stark gestiegenen Treibhausgasemissionen der Volksrepublik und die Frage nach einer stärkeren Einbindung Chinas durch die Industrieländer bei Maßnahmen zum Klimaschutz.

China ist deswegen relevant für die Berichterstattung, weil es mittlerweile einen erheblichen Teil zur Klimaerwärmung beitrage. Der chinesische Energiehunger stelle alle anderen Veränderungen in den Schatten, dort lägen die großen Entscheidungen auf dem Tisch, sagt der britische Sondergesandte für den Klimawandel John Ashton laut der FAZ.<sup>548</sup> Diesen Tatbestand vermitteln alle Beiträge mehr oder minder deutlich. So weist die FAZ richtigerweise darauf hin, dass die Kohlendioxidemissionen Chinas in den letzten Jahren noch viel schneller gestiegen sind als von vielen Experten erwartet.<sup>549</sup> Statt der zweieinhalb bis fünf Prozent Zunahme jährlich, wie unter anderem auch vom *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) der UN angenommen, sollen es laut neuesten Erkenntnissen amerikanischer Forscher mindestens elf Prozent sein. Damit übersteige allein der jährliche Emissionszuwachs Chinas die gesamten kraftwerksbedingten Emissionen Deutschlands. Die Richtigkeit dieser Erkenntnisse wird später auch von chinesischen Offiziellen bestätigt: In einem weiteren Nachrichtenbeitrag Ende Oktober meldet die FAZ, die Volksrepublik habe laut dem Leiter der Reformkommission Chinas, Xie Zhenhua, die USA bei der Produktion von Treibhausgasen eingeholt.<sup>550</sup> Allerdings entstünden 20 Prozent der chinesischen Emissionen durch Produktion von Waren für den Export in die Industrieländer, so Xie weiter. Auch sei der Pro-Kopf-Ausstoß weitaus geringer als in den USA. Gleichzeitig werde es aber für China schwer werden, Emissionen einzuschränken, sagt Xie. Auch die SZ greift die brisante Meldung auf, jedoch wird hier der neutrale Nachrichtenstil zugunsten einer etwas polemischeren Wortwahl aufgegeben: «Es ist soweit, China hat die USA eingeholt. Nein, nicht als Wirtschaftsmacht, das muss noch warten. Aber als Klimasünder.»<sup>551</sup> Die Nachricht sei einem «kommunistischen Kader» auf einer Pressekonferenz «entschlüpft» und man dürfe getrost darauf wetten, «dass er seine Worte kurz darauf schon gerne zurückgenommen hätte». Der Autor des SZ-Artikels weist jedoch ebenfalls darauf hin, dass China natürlich die wesentlich größere Bevölkerung habe.

<sup>548</sup> «Britischer Klimaschutz», FAZ, 21.10.2008.

<sup>549</sup> «Chinas Treibhausgase schießen in die Höhe», FAZ, 12.03.2008.

<sup>550</sup> «China holt Amerika bei Emissionen ein», FAZ, 29.10.2008.

<sup>551</sup> «Im Osten geht die Sonne unter», FAZ, 31.10.2008.

Die SZ erwähnt, ebenso wie die FAZ, in ihrem Beitrag das Weißbuch der chinesischen Regierung zum Klimawandel, beurteilt es aber überaus skeptisch: «Während der Himmel in den Industriestädten Nordchinas wie üblich in den Farben Grau und Schwarz erofft – grau von den Abgasen der Autos und schwarz von den Rauchfahnen der Kohlekraftwerke –, präsentierte die Führung in Peking ein ›Weißbuch‹ zum Klimawandel.» Darin sei aber nur davon die Rede, wie verantwortungsvoll sich das Land verhalte, verbindliche Reduktionsziele würden jedoch «mit keiner Zeile» genannt. Sehr «langatmig» rechne der Staatsrat im Weißbuch vor, dass China historisch gesehen und pro Kopf betrachtet gar kein schlimmer Klimasünder sei. Die SZ zieht daraufhin das ernüchternde Fazit: «Die Botschaft aus dem Weißbuch ist somit eindeutig: China ist zwar auf dem Weg zum größten Produzenten von Treibhausgasen, möchte aber keine führende Rolle bei ihrer Eindämmung spielen.» Im Klimaschutz sei China nur dort führend, «wo andere die Zeche zahlen». Lediglich einzelne «mutige» Wissenschaftler scherten aus dem Kreis der «Ja-Sager» aus und mahnten die Regierung zu mehr Verantwortung.

In den weiteren untersuchten Medien findet die Nachricht darüber, dass China beim Ausstoß von Treibhausgasen nun auf gleicher Stufe mit den USA stehe, keinen direkten Widerhall. Dass China allerdings zweifelsfrei einer der größten Treibhausgasemittenten ist und aufgrund dessen eine besondere Rolle in den internationalen Bemühungen für einen erfolgreichen Klimaschutz spielt, zieht sich wie ein roter Faden durch alle weiteren Beiträge dieses Unterthemas. Dabei wird nach Lösungsmöglichkeiten gesucht, bei denen einerseits die Industrieländer, andererseits aber gerade China mehr Verantwortung übernehmen sollen.

So fordert die FAZ in einem Kommentar, die Schwellenländer – insbesondere China und Indien – müssten beim Klimaschutz mehr in die Pflicht genommen werden – auch um eine Deindustrialisierung Europas zu verhindern.<sup>552</sup> Denn wenn Europa einseitig Verpflichtungen zu Emissionsreduktionen eingehe, führe dies zu einem Wettbewerbsnachteil. Chinesen und Inder wollten ihre Bevölkerungen aus der Armut führen, stießen dabei aber Treibhausgase aus, «was das Zeug hält». Der Eifer europäischer Umweltpolitiker, die in Europa CO<sub>2</sub>-Senkungen propagieren, sei nicht nur industriepolitisch zweifelhaft, er habe auch etwas von «missionarischer Realitätsblindheit». In ähnlicher Weiser argumentiert auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. In einem Interview des SPIEGELS zur deutschen und europäischen Klimapolitik sagt er, Tempo 130 auf deutschen Autobahnen würde dem Klima wohl kaum helfen, wenn in Zukunft Millionen Chinesen das Autofahren entdeckten. Allerdings werde Deutschland in Zukunft auch neue Technologien mit Ländern wie China teilen müssen, um etwas im Klimaschutz erreichen zu können.<sup>553</sup>

Anders als FAZ und SPIEGEL appelliert die taz weniger für ein offensiveres Auftreten der Industrieländer gegenüber China und den anderen Schwellenländern sondern vielmehr für deren Anbindung an die G8. Insbesondere China

<sup>552</sup> «China führt», FAZ, 27.09.2008.

<sup>553</sup> «Wir haben alle geschlafen», SPIEGEL, 28.01.2008.

und Indien blieben bei den weltpolitischen Institutionen des Westens außen vor, nachhaltige Lösungen für Entwicklungsprobleme seien somit zunehmend zum Scheitern verurteilt.<sup>554</sup> Auch die ZEIT konstatiert, die USA und die Europäer müssten ebenso stärker an ihrer Klimapolitik arbeiten, denn «während Schwellenländer wie Indien und China Jahr für Jahr mehr emittieren, bescheiden sich die reifen Industrieländer, die pro Kopf deutlich mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen, bisher kaum oder nicht».<sup>555</sup> Chinas Forderung nach Maßnahmen des Westens sei vor dem Hintergrund plausibel, dass «die USA seit 1850 tatsächlich bereits dreieinhalb Mal so viel CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre geblasen» hätten wie China. In einem Focus-Interview glaubt auch Ottmar Edenhofer, Chefökonom des *Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung*, der Westen müsse China und Indien mehr entgegenkommen. Er sieht im Technologietransfer den Schlüssel zum Erfolg.<sup>556</sup> Ohne Technologien zur Abscheidung und Lagerung von CO<sub>2</sub> würden weder die USA noch China oder Indien einem internationalen Klimaschutzabkommen beitreten, da sie auf die Energie aus Kohle angewiesen seien.

Der gesamte Diskurs zur Klimapolitik wird aus einer westlichen Perspektive betrachtet, bei der es um eine Positionierung zu Chinas Vorgehen im Abgleich mit «unserem» Vorgehen geht, wobei FAZ, SPIEGEL und SZ eher mehr Engagement von China fordern und taz, ZEIT und Focus auf der anderen Seite ein stärkeres Zugehen des Westens auf China betonen. Die Rolle Chinas als ein Hauptleidtragender der Klimaerwärmung kommt in den deutschen Medien dagegen kaum vor. Auch die innerchinesischen Debatten werden in den untersuchten Beiträgen weitgehend ausgeblendet. Dabei wird in China z.B. über die Frage, ob die Kosten der Umweltverschmutzung bei der Güterproduktion auf die Exportpreise umgeschlagen werden sollen, teils heftig diskutiert.

### *Diskursstrang III: Chinesische Umweltpolitik*

Der konkreten Umweltpolitik in China werden überhaupt nur wenige Beiträge gewidmet – diese gehen aber durchaus fundiert und differenziert auf einige Gesetze und Maßnahmen ein. So traf Anfang März 2008 in Peking der Nationale Volkskongress zusammen, um unter anderem über eine Aufwertung der State Environment Protection Agency (SEPA) zu einem vollwertigen Ministerium mit weitreichenderen Befugnissen zu beraten. Dieses Ereignis wird sowohl in der SZ als auch in der taz mit jeweils einem Artikel bedacht. Die SZ schreibt, Umweltschützer begrüßten die Überlegung, die SEPA in den Rang eines Ministeriums zu befördern.<sup>557</sup> Allerdings werde dies alleine noch nicht ausreichen, zitiert sie den Chef

<sup>554</sup> «Gipfel ohne Weitsicht», taz, 05.07.2008.

<sup>555</sup> «Wie Blitz und Donner», ZEIT, 27.11.2008, vgl. auch «Staaten ebnen Weg für neuen Klimavertrag», SZ, 13.12.2008.

<sup>556</sup> «New Deal für die Klima-Ökonomie», Focus, 17.11.2008.

<sup>557</sup> «Große Versammlung der Ja-Sager», SZ, 05.03.2008.

von *Greenpeace* China, Lo Sze Ping. Auch die taz gibt mit einem Zitat der Peking *Greenpeace*-Kampagnen-Leiterin Yang Ailun diese Skepsis wieder. Zudem merkt die taz an, dass das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei bereits mit ihrem vor drei Jahren verabschiedeten Fünfjahresplan zur Erhöhung der Energieeffizienz um 20 Prozent bis 2010 weitestgehend gescheitert sei, womit die Regierung ihre Unfähigkeit belege, den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden.<sup>558</sup>

In einem weiteren Beitrag verortet die taz die Maßnahmen der Regierung allerdings fast schon überschwänglich positiv: Wofür im Westdeutschland der 1980er-Jahre viele mühsam gerungen hätten – eine ökologische Neuausrichtung der Politik – das sei in China durch einen ZK-Beschluss 2005 von der chinesischen Führung einfach verordnet worden.<sup>559</sup> Das Umdenken sei nicht von «unten» ausgegangen wie in Deutschland, sondern von «oben». Der ZK-Beschluss sei eine «weitgreifende parteiprogrammatische Palastrevolution in der KP» gewesen – und der Startschuss für die «erste Ökodiktatur der Welt». Zwar gelinge es derzeit wohl nicht, die Ziele zum Beispiel zur Steigerung der Energieeffizienz zu erfüllen, doch würden durchaus große Anstrengungen unternommen, gibt die taz die Meinung der Peking Klimaexpertin von *Greenpeace*, Yu Jie, wider. Die taz deutet an, dass schon in ein paar Jahren womöglich niemand mehr Peking vorwerfen könne, seine Energiesparziele nicht einzuhalten.

Eine der neueren Umweltschutzmaßnahmen der Zentralregierung war das Verbot von kostenlosen Plastiktüten in China, welches aber lediglich in zwei Beiträgen der SZ thematisiert wird. Zum einen wertet die SZ das Verbot als positiv. Damit sei China weiter als Großbritannien, das die kostenlose Verteilung von Plastikeinkaufstüten noch erlaube.<sup>560</sup> Allerdings seien die Plastiktüten besonders auf dem Land noch das geringste Problem. Außerdem klafften, was die Umsetzung lobenswerter Verordnungen betrifft, Anspruch und Wirklichkeit in China oft weit auseinander. Aber «immerhin hat Chinas Regierung das Problem erkannt und will handeln.»<sup>561</sup>

Heutige Maßnahmen im Umweltbereich lassen sich in China zwar vor allem auf die Anstrengungen der Regierung zurückführen. Aber obwohl das Thema Umwelt «von oben gekommen sei», gebe es seit einiger Zeit auch Umweltinitiativen, die von Privatleuten getragen werden. «Auch wenn sie staatlich gelenkt ist – eine chinesische Umweltbewegung existiert», sagt Eva Sternfeld im Interview mit der taz.<sup>562</sup> Das Umweltbewusstsein innerhalb der Bevölkerung habe sich in den letzten Jahren sowohl durch staatliche als auch zivilgesellschaftliche Maßnahmen sehr gesteigert. Es sind vor allem externe Experten, die darauf hinweisen.<sup>563</sup>

558 «Chinas KP will die Regierung umbauen», taz, 05.03.2008.

559 «Die erste Ökodiktatur der Welt», taz, 27.09.2008.

560 «China verbietet Plastiktüten», SZ, 10.01.2008.

561 «Die weiße Gefahr», SZ, 21.01.2008.

562 «Die Pekingern mochten es auch vorher sauber», taz, 18.08.2008.

563 «Viel getan, wenig verändert», taz, 18.08.2008, «Ein verspätetes Umweltparadies», taz, 15.08.2008, «Auf der Suche nach dem Pfad grüner Reformen», FAZ, 26.05.2008.



Diese Experten kommen in FAZ, taz und Focus in drei langen Beiträgen zu Wort. Der Politologe Thomas Heberer äußert sich in der taz zum aktuellen Stand der chinesischen Umweltpolitik<sup>564</sup>, und der Volkswirtschaftler Michael Bohnet, ehemaliges Mitglied im chinesischen Umweltbeirat, analysiert in der FAZ ausführlich die heutigen Umweltbedingungen in China und die umweltpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre.<sup>565</sup> Beide Autoren bewerten das Bemühen der Peking-Regierung überwiegend positiv. Die politische Führung nehme die ökologischen Probleme seit geraumer Zeit als gravierend wahr, auch aufgrund der zahlreichen Konflikte mit erbosten Bauern, so Heberer. Die Bevölkerung sei sich der Situation, in der sich die Umwelt in China befindet, bewusst. Des Weiteren dürfe man China nicht nur als eine Belastung für das globale Ökosystem auffassen, sondern auch als ein Versuchslabor für ökologische Lösungsansätze. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Michael Bohnet in der FAZ: «Auch wenn bei der ökologischen Modernisierung ein großer Nachholbedarf besteht, scheint das Land geradezu prädestiniert zu sein, zu einem Pionier bei der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen zu werden.» Gleichwohl liege derzeit noch viel im Argen. Bohnet macht richtigerweise auch auf das Implementierungsproblem in China aufmerksam – ein Kernproblem, nicht nur der Umweltpolitik. Zwar sei die Umweltgesetzgebung der Zentralregierung «beachtlich», doch stünden auf lokaler Ebene oftmals wirtschaftliche Interessen einer korrekten Anwendung entgegen. Er weist jedoch auch darauf hin, dass Umweltschutzanstrengungen von lokalen Kadern und Beamten zukünftig stärker in deren Leistungsbewertung einfließen sollen.

In etwas verkürzender und vereinfachender Form nimmt sich der Physiker und Soziologieprofessor Rolf Kreibich der jetzigen Zustände und möglicher Maßnahmen in China an und entwirft für den Focus zwei «gleichermaßen realistische Szenarien» für China im Jahr 2030.<sup>566</sup> Im ersten, dem «positiven» Szenario, führen Aufstände unter der zunehmend unzufrieden werdenden Bevölkerung zu einem demokratischen Kurswechsel der chinesischen Machthaber. Damit dieses Szenario erreicht werden kann, sollten Deutschland und die EU China nicht nur als Klima- und Umweltsünder anprangern, sondern auch mit technischem und sozialem Know-how unterstützen, rät der Zukunftsforscher. Im negativen Szenario hält die chinesische Führung am «Turbokapitalismus» fest. Die sozialen Missstände und die ökologische Situation verschlimmerten sich. All dies führe schließlich auch auf der internationalen Ebene zu Spannungen mit den Nachbarn Chinas. Kreibich will mit seinem Beitrag offenbar verdeutlichen, dass die chinesische Umweltpolitik auch zu Rückkoppelungen mit anderen Staaten führen kann und eine wesentliche Komponente von Demokratisierungsbemühungen sein muss.

<sup>564</sup> «Ein verspätetes Umweltparadies», taz, 15.08.2008.

<sup>565</sup> «Auf der Suche nach dem Pfad grüner Reformen», FAZ, 26.05.2008.

<sup>566</sup> «China im Jahr 2030», Focus, 23.06.2008.



### 3.5.2 Quellen und Akteure

Die Akteure bleiben in den untersuchten Medien hinsichtlich der Klimapolitik zumeist abstrakt, werden aber stärker personalisiert und differenziert, wenn es um konkrete Aspekte der Umweltverschmutzung in China geht. In den Beiträgen, die Chinas Rolle im Klimawandel thematisieren, ist China ein monolithisches Gebilde, das vor allem als Bremser in den durch Europa vorangetriebenen Klimaverhandlungen agiert. Auch wird in vielen Beiträgen lediglich am Rande auf China Bezug genommen. In den Artikeln zur Umweltsituation in China sind zumeist ausländische Sportler, Trainer und andere Sportfunktionäre die bestimmenden Akteure, die durch ihre Reaktionen auf die in Peking herrschenden Wettkampfbedingungen für Berichterstattungsanlässe sorgen. Ihnen werden aber auch häufiger als in anderen Themenfeldern der Innenpolitik Vertreter der chinesischen Behörden und der chinesischen Regierung gegenübergestellt. So werden bspw. Zhang Lijun, der stellvertretende Chef der staatlichen Umweltschutzbehörde oder der Verkehrsamtschef Wang Li genannt. Auch Vertreter aus der chinesischen Gesellschaft tauchen als Akteure auf, sind dann aber zumeist Betroffene aus den unteren Schichten wie der Straßenverkäufer Qin Haifeng, die Müllsammlerin Wang Junping oder der Bauer Hong aus der Provinz Hebei. Konkret handelnde zivilgesellschaftliche oder wirtschaftliche Organisationen werden seltener präsentiert, so wie einmal Shi Zhengrong, der Gründer des Solarkonzerns *Suntech* oder Wu Dengming von den *Grünen Freiwilligen* in Chongqing. In der Titelgeschichte des SPIEGELS wird dagegen mit einer Reihe anonymen chinesischer Intellektueller gesprochen, die eine Innenperspektive auf die zivilgesellschaftlichen Folgen der Umweltprobleme zulassen.

Als Quellen in den untersuchten Medien fungieren vor allem kurz- oder langfristig in China tätige deutsche Umwelt- und Klimaexperten wie Eva Sternfeld und Andreas Wahner sowie die Mitarbeiter von Greenpeace China Lo Sze-Ping, Yang Ailun, Tom Wang und Yu Jie. Offensichtlich ist *Greenpeace* eine wichtige Anlaufstelle für deutsche Medien, da hier eine dem westlichen Publikum vertraute und als unabhängig geltende Organisation mit ihrer Expertise präsentiert werden kann. Daneben kommen besonders im Hinblick auf die Luftverschmutzung und die ökologische Modernisierung immer wieder diverse westliche Wissenschaftler und Mediziner als Experten zu Wort, wie etwa Steven Andrews von der amerikanischen NGO *Princeton-in-Asia*, David Martin, Atmungsexperte des amerikanischen Marathonteams, Christian Fischer vom *Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt* und der Geologe Glenn Stracher vom *East Georgia College* in den USA. Aber es werden im Zusammenhang mit der Luftverschmutzung und der allgemeinen Umweltpolitik auch chinesische Behörden wie das Umweltministerium zitiert sowie Behördenvertreter wie der Leiter des Pekinger Wasseramtes, Jiao Zhizhong, der Leiter von Chinas Reformkommission, Xie Zhenhua, oder der Leiter des nordchinesischen Stromkontrollamts, Dai Junliang. Ebenso wird auf chinesische Wissenschaftler bzw. ihre Studien als Quellen zurückgegriffen, wie beispielsweise auf eine Forschergruppe um Wang Wenxing, auf Professor Zhu

Tong von der Peking-Universität, Professor Jiang Gaoming vom Botanischen Institut der *Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften* und den Medizinprofessor Wei Guanghui aus Chongqing. Die untersuchten Medien nehmen zudem Bezug auf diverse chinesische Gesetze und Papiere sowie auf Schadstoffmessungen, die beispielsweise von Sun Weide, dem Sprecher des Organisationskomitees, vorgetragen werden. In einigen Diskursbereichen kann somit von einer recht vielfältigen Quellen- und Akteurskomposition gesprochen werden.

### 3.5.3 Autoren

Insgesamt kommen die China-Korrespondenten, die ja besondere Kenntnisse über gesellschaftliche Entwicklungen und politische Veränderungen in die Berichterstattung einbringen sollen, in geringerem Maße zu Wort als bei anderen innenpolitisch relevanten Themen. In Focus, ZEIT und Tagesschau berichten sie zu diesem Thema überhaupt nicht, in der FAZ liefern sie ein Viertel, in SZ und SPIEGEL knapp ein Drittel der Beiträge. In der taz zeichnen sie für knapp die Hälfte aller Artikel verantwortlich.

Die stärkere Präsenz der China-Korrespondenten in taz und SZ macht sich beispielweise inhaltlich bei der Thematisierung und Quellennutzung bemerkbar. Die Aufwertung der chinesischen Umweltbehörde zum Ministerium wird so nur von SZ und taz bemerkt. Es sind auch die China-Korrespondenten, die Aspekte wie das Plastiktütenverbot oder die Probleme der Wasserversorgung einbringen. Ihnen gelingt es zudem, verschiedene chinesische Behördenvertreter zu zitieren, was neben den sehr subjektiven Eindrücken zu den Umweltproblemen in Peking auch die chinesische Perspektive mit einbezieht.

**Tabelle 25: Thema Umwelt – Verteilung der Autorenschaft**

| Autor                                | Gesamt |        | FAZ | SZ | taz | SPIEGEL | Focus | ZEIT | Tages-schau |
|--------------------------------------|--------|--------|-----|----|-----|---------|-------|------|-------------|
| China-Korrespondent                  | 17     | 29,3%  | 4   | 6  | 6   | 1       |       |      |             |
| Asienredakteur                       | 4      | 6,9%   |     |    | 3   |         | 1     |      |             |
| Redakteur, Journalist                | 27     | 46,6%  | 7   | 10 | 3   | 2       | 2     | 2    | 1           |
| Auslandskorrespondent anderer Region | 1      | 1,8%   |     |    |     |         | 1     |      |             |
| Externer, Experte                    | 4      | 6,9%   | 2   | 1  | 1   |         |       |      |             |
| Nachrichtenagentur                   | 2      | 3,4%   |     | 2  |     |         |       |      |             |
| keine Angabe                         | 3      | 5,2%   | 2   |    |     |         |       |      | 1           |
| Gesamt                               | 58     | 100,0% | 15  | 19 | 13  | 3       | 4     | 2    | 2           |

Anzahl der Artikel je Autor/per Medium, n=58

Der Einbezug von Experten in Interviews oder von Wissenschaftlern mit eigenen Beiträgen wie Michael Bohnet in der FAZ, Thomas Heberer in der taz und Rolf Kreibich im Focus ist bei diesem Thema definitiv eine Bereicherung.

Die weiteren Beiträge stammen von diversen Autoren aus einer Vielzahl von Ressorts von Politik, Sport, Feuilleton, Wirtschaft bis zu Wissenschaft. Gerade Autoren aus dem Bereich Wissenschaft liefern Beiträge zu eher marginalen, aber dennoch interessanten Aspekten wie zum Umweltproblem der brennenden Kohleflöze in China. Allerdings werden auf der anderen Seite durch die Autoren-diversifizierung auch die zentralen Aspekte wie Klimapolitik und Umweltverschmutzung teils mit wenig Sachkenntnis hinsichtlich China behandelt.

### 3.5.4 Fazit

Das Thema «Umwelt» ist in der China-Berichterstattung der untersuchten Medien von nur **nachrangiger Bedeutung**. Die Gesamtbeitragszahl ist mit 58 Beiträgen eher gering. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man berücksichtigt, dass ein Großteil der Beiträge die Umweltbedingungen in Peking lediglich vor dem Hintergrund der Olympischen Spiele thematisiert. Hauptkritikpunkt muss also die einseitige Fixierung der deutschen Berichterstattung auf die Umwelt- und Wettkampfbedingungen in Peking sein, zugunsten derer andere, für die chinesische Gesellschaft wichtigere Aspekte ausgelassen wurden. Weitere umweltrelevante Themen, die häufig auch Auslöser für soziale Proteste und zivilgesellschaftliches Engagement sind wie Wasserknappheit und -verschmutzung, erhalten in den untersuchten Medien praktisch keine Aufmerksamkeit. Den untersuchten Medien gelingt es somit kaum, ein adäquates Bild von der Umweltsituation und der Umweltpolitik in China zu vermitteln. Dies ist umso überraschender, als dass der Klimawandel, seine Ursachen und Lösungsmöglichkeiten in der deutschen Öffentlichkeit ein wichtiges Thema darstellen. Differenziertere Analysen der chinesischen Umweltpolitik beschränken sich auf wenige Beiträge. Diese kommen aber auch in allen untersuchten Medien vor, wobei sich da vor allem die taz hervortut.

Ansonsten werden Umweltthemen von den Medien häufig erst dann auf die Agenda gesetzt, wenn ein **maßgeblicher Bezug zu deutschen bzw. westlichen Interessen** hergestellt werden kann. Dies sind im Falle der Berichterstattung zu Peking vorrangig die Wettkampfbedingungen für die Sportler während der Olympischen Spiele sowie die gesundheitlichen Belastungen für angereiste Besucher und Journalisten. Dies schlägt sich auch in der besonders bilderreichen Beschreibung der mangelhaften Pekinger Luftqualität nieder. Extra zu Olympia angereiste Journalisten geben dabei genauso anschaulich-dramatisierend ihre subjektiven Eindrücke wieder wie die vor Ort ansässigen Auslandskorrespondenten. Letztere reichern ihre Beobachtungen aber noch mit Hintergrundinformationen über Messvorgänge und Verbesserungsmaßnahmen an und weiten so den Blick über das persönliche Empfinden hinaus.

Hinsichtlich der Klimapolitik kommen vor allem Redakteure zu Wort, die **China eher als fernes Objekt denn als handelndes Subjekt** beschreiben. Der Kampf um den Klimawandel werde vor allem in China entschieden, so der Tenor. Es wird im Weiteren vor allem darüber diskutiert, wie sich China vom

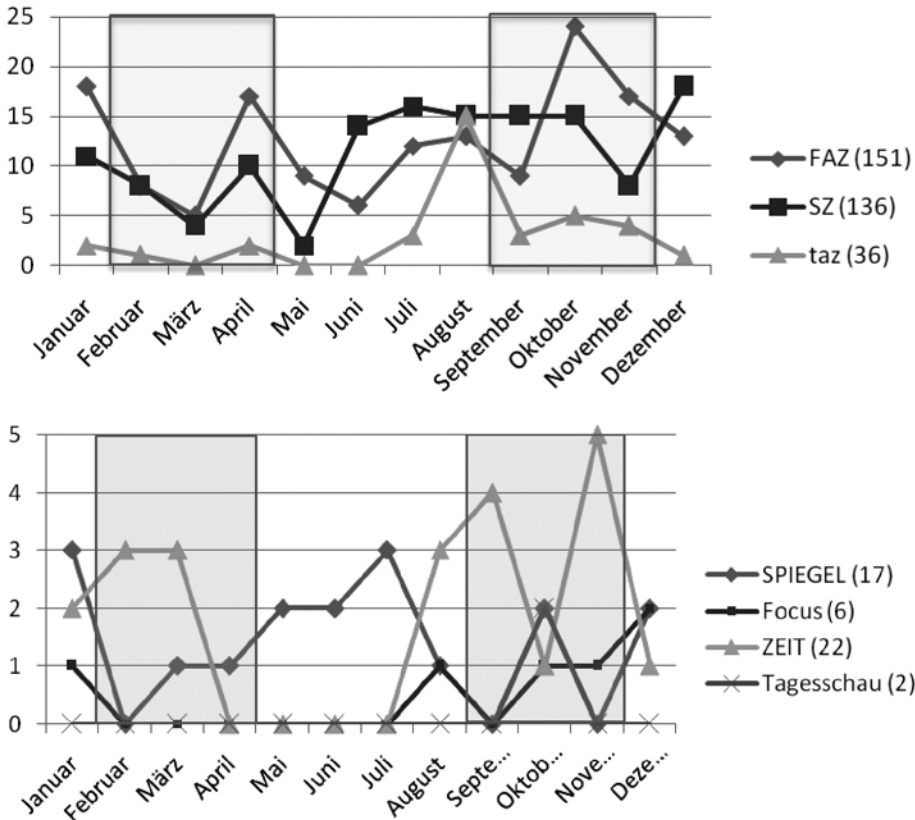
Westen in den Klimaschutz «einbinden» lasse, wobei hier ambivalente Positionen zum Ausdruck gebracht werden. So wird zum einen in der taz über eine stärkere Anbindung an die G8 oder Technologietransfers nachgedacht. In der FAZ dagegen wird über die mögliche Folge der «Deindustrialisierung» Deutschlands spekuliert, die sich bei einseitig zu Lasten des Westens gehenden Emissionsbeschränkungen einstellen würde. Die insgesamt kritische Bewertung Chinas wird allenfalls dadurch abgeschwächt, dass die USA als ebenso großer oder noch stärkerer Klimasünder gegenübergestellt werden. Detailliertere Hintergrundinformationen zu den Ursachen der chinesischen Emissionen oder zur chinesischen Klimapolitik tauchen jedoch kaum auf. Eine fundierte Analyse des chinesischen Energie- oder Transportsektors findet gleichsam nicht statt. Somit bleibt China ein vager Akteur im Diskurs um die Ausgestaltung eines globalen Klimaschutzprogramms. Diese Vagheit wird auch dadurch hervorgerufen, dass in diesem Diskursstrang nur wenige chinesische Quellen genutzt werden, was besonders überrascht, ist doch gerade der Umweltbereich in China relativ gut zugänglich.

Bezüglich der Wortwahl herrscht auch beim Thema Umwelt ein **hohes Maß an Polemik**. Gerade im Hinblick auf die Austragung der «Smogolympics» zeigen sich die Berichtersteller schockiert über die Umweltsituation in der chinesischen Hauptstadt. Das mag zum Teil daran liegen, dass die Pekingener Führung der Welt im Vorfeld «grüne Spiele» versprochen hatte und sich natürlich an diesem Versprechen messen lassen musste. Dennoch zeigen diese Beiträge auch, dass der Westen diesbezüglich überzogene Erwartungen hegte und diese in dramatisierender Form verbreitete.

### 3.6 Tiefschnitt: Chinas Rolle in der globalen Wirtschaft

Chinas Rolle in der globalen Wirtschaft wurde in den untersuchten Medien in 12,9% aller Beiträge thematisiert. Damit war dieses Thema ausgesprochen prominent. Aufgrund des großen Umfangs der Wirtschaftsberichterstattung zu China wurden für die folgende Analysen zwei Zeiträume exemplarisch herausgegriffen, um die Menge der untersuchten Artikel bewältigen zu können: Dies sind zum einen die Monate Februar bis einschließlich April 2008 – ein Zeitraum, in dem die weltweite Finanzkrise noch nicht in voller Deutlichkeit zum Vorschein kam und der mithin die «Normalität» in der Berichterstattung abbilden sollte – und zum anderen die Monate September, Oktober und November – in denen die Finanzkrise die Wirtschaftsberichterstattung maßgeblich bestimmte, mit welcher auch eine forcierte und zugleich ambivalente Betrachtung der Rolle Chinas in der globalen Ökonomie einherging. 180 Artikel wurden nach diesen Kriterien schließlich in die Analyse einbezogen.

Abbildung 12: Verlauf der Berichterstattung zu Chinas Rolle in der globalen Wirtschaft\*



Quelle: Eigene Erhebung

\* graue Hervorhebung der beiden Untersuchungszeiträume Februar–April und September–November 2008

Durch die Begrenzung der Untersuchung auf zwei Zeiträume à 3 Monate tauchen einige wirtschaftsrelevante Themen in der Analyse nicht auf, wie beispielsweise das Scheitern der Verhandlungen zur Doha-Runde im Juli 2008. Auch das Übernahmeangebot der *China Development Bank* an die *Dresdner Bank* im August 2008 kommt nur noch in seinen Ausläufern im September in der vertieften Analyse vor. Von vornherein ausgeklammert wurden Beiträge, die sich mit der chinesischen Währungspolitik, dem chinesischen Aktienmarkt und konkreten Entwicklungen in chinesischen Unternehmen beschäftigten. Trotz möglicher Auswirkungen auf die Globalwirtschaft wurden diese Beiträge als eine Beschreibung der inneren Wirtschaftspolitik bewertet. Insgesamt handelt es sich bei diesen Beiträgen auch häufig nur um kurze Meldungen.

Die Tageszeitungen FAZ und SZ berichten zu allen sechs Diskurssträngen sehr ausführlich (FAZ 81, SZ 60), in der taz ist das Thema mit 15 Beiträgen hingegen wenig präsent. Auch die Wochenzeitungen berichten in unterschiedlichem Umfang. Die ZEIT behandelt das Thema in insgesamt 16 Beiträgen

ausgesprochen ausführlich, während der Focus in zwei und der SPIEGEL in vier längeren Beiträgen dieses gerade einmal streifen. Auch für die Berichterstattung der Tagesschau ist die Rolle Chinas in der globalen Wirtschaft nicht sehr relevant (2 Beiträge). Anlässe zur Berichterstattung sind hier lediglich der ASEM-Gipfel im Oktober 2008 in Peking und die Proteste von Aktienanlegern in Hongkong nur wenige Tage später.

### 3.6.1 Beschreibung der Diskurs- und Argumentationsstruktur

Im Themenbereich der globalen Wirtschaft taucht China in mehreren Rollen auf: als Investitionsstandort und Absatzmarkt für westliche Unternehmen, aber auch als künftiger Konkurrent für die deutsche Wirtschaft. Mit Interesse werden auch die chinesischen Investitionen in Europa und vor allem in Deutschland verfolgt. Daneben gehen die deutschen Medien der Frage nach, wie sich Chinas Stellung in der Welt im Zuge der Finanzkrise verändern wird.

#### *Diskursstrang I: China als Investitionsstandort und Absatzmarkt*

China scheint europäische Firmen als Investitions- und Produktionsstandort geradezu magisch anzuziehen. Zahlreiche Beiträge, allerdings hauptsächlich in den ausführlichen Wirtschafts- und Sonderteilen von FAZ und SZ, widmen sich dem Engagement ausländischer Unternehmen in China. Die Artikel gleichen dabei häufig eher Pressemitteilungen denn journalistischen Beiträgen. Taz, Focus, SPIEGEL, ZEIT und Tagesschau räumen diesem Bereich keinen Raum ein.<sup>567</sup>

Laut SZ habe bspw. das Unternehmen *Knorr-Bremse*, das in China bereits Marktführer mit Anteilen von 90 Prozent bei Nahverkehrszügen und 70 Prozent bei Fernzügen sei, schon 2007 ein Werk in der Volksrepublik eröffnet.<sup>568</sup> Auch über den Bau eines neuen *Audi*-Werkes in Changchun wird geschrieben.<sup>569</sup> Weitere deutsche Firmen, über deren Expansion nach und in China berichtet wird, sind *BASF*<sup>570</sup>, *Volkswagen*<sup>571</sup>, *Evonik Degussa*<sup>572</sup>, *Süd-Chemie*<sup>573</sup> und *Linde*<sup>574</sup>. Auch Investitionen anderer westlicher Unternehmen in China werden

<sup>567</sup> Die taz beschäftigt sich mit diesem Thema nur im Rahmen der Olympia-Berichterstattung im August. Aber SPIEGEL und Focus gehen außerhalb des Untersuchungszeitraums auch regelmäßig auf China als Absatzmarkt ein – so bringt der SPIEGEL eine lange Reportage zu China als Zielmarkt für Alkoholgetränke.

<sup>568</sup> «Knorr-Bremse folgt den Güterströmen», SZ, 02.04.2008.

<sup>569</sup> «Audi baut eigenes Werk in China», SZ, 18.04.2008.

<sup>570</sup> «BASF investiert Milliarden in China», FAZ, 03.04.2008.

<sup>571</sup> «VW prüft Kauf des Fiat-Werks in China», SZ, 09.04.2008.

<sup>572</sup> «Evonik Degussa will Chinas Dynamik nutzen», FAZ, 11.04.2008.

<sup>573</sup> «Süd-Chemie will in China wachsen», SZ, 22.04.2008.

<sup>574</sup> «Linde baut in China aus», SZ, 11.09.2008.



in den Blick genommen, so bspw. *Intel*<sup>575</sup>, *Coca-Cola*<sup>576</sup>, *Airbus*<sup>577</sup>, *EADS*<sup>578</sup> und *MAN*<sup>579</sup>. Dabei dienen viele der Investitionen offenbar dazu, im chinesischen Absatzmarkt Fuß zu fassen oder um die bereits bestehende große Nachfrage nach eigenen Produkten vor Ort besser bedienen zu können. So sei die Produktion der neuen *BASF*-Fabrik nach Firmenangaben nicht für den Export bestimmt, sondern werde einzig den chinesischen Verbrauchern zukommen (SZ).<sup>580</sup> *Airbus* und *EADS* investieren deshalb in China, so die SZ, weil die Unternehmen darauf spekulieren, dadurch bald weitere Großaufträge in der Volksrepublik zu bekommen<sup>581</sup>: «Wer in China Flugzeuge baut, das ist die Hoffnung, der verkauft sie dort auch besser.»<sup>582</sup>

Als Ergänzung zur Besprechung Chinas als Investitions- und Produktionsstandort dient die zumeist euphorische Beschreibung des Absatzmarktes China für westliche Produkte. Die Attraktivität des dortigen Marktes oder die Notwendigkeit einer Ausweitung des Exports nach China wird meist als ein illustratives Beispiel in Nebensätzen eingeflochten.

Von besonderem Interesse für FAZ und SZ ist der chinesische Automobilmarkt. «Automobilhersteller spüren in China keine Krise», titelt die FAZ.<sup>583</sup> Für VW sehe es sogar so aus, als könne China Deutschland als Absatzmarkt Nr. 1 ablösen. Von Zahlen wie in China könnten Autohändler in Europa, Japan und Amerika «nur träumen». Während dort nämlich eine weitgehende Marktsättigung erreicht sei, werden «ihren Kollegen in China die Neuwagen förmlich aus den Händen gerissen». Die medial mitgetragene Euphorie der Autobauer beginnt im zweiten Halbjahr im Zuge der weltweiten Finanzkrise zwar nachzulassen. «Zum ersten Mal seit Jahren zeigen Asiens Automärkte Zeichen von Schwäche», konstatiert die SZ.<sup>584</sup> Grund sei vor allem, dass viele Chinesen einen Großteil ihrer Ersparnisse an den Börsen eingebüßt hätten. Aber auch die Benzinpreiserhöhungen und die hohe Inflation würden die Verbraucher zunehmend belasten. Dennoch seien die Hersteller optimistisch, heißt es weiter. Denn selbst im schlimmsten Fall werde der chinesische Markt immer noch schneller wachsen als beispielsweise der europäische.

In ähnlich schwärmerischer Form wird auch die Absatzmarkteuphorie anderer westlicher Firmen kolportiert. So heißt es etwa: «Die Zukunft von Nivea

575 «Ich bin lieber groß», SPIEGEL, 07.04.2008.

576 «Coca-Cola wagt Milliardenkauf in China», FAZ, 04.09.2008.

577 «Auf Montage», SZ, 29.09.2008.

578 «Die Babylon AG», SZ, 24.10.2008.

579 «MAN arbeitet an einer Lastwagen-Kooperation in China», FAZ, 19.11.2008.

580 «BASF investiert Milliarden in China», FAZ, 03.04.2008.

581 «Auf Montage», SZ, 29.09.; «Die Babylon AG», SZ, 24.10.2008.

582 «Die Babylon AG», SZ, 24.10.2008.

583 «Automobilhersteller spüren in China keine Krise», FAZ, 14.04.2008, vgl. auch «Das Autoland China ist auf dem Sprung nach vorn», FAZ, 19.04.2008.

584 «Spiel mit Grenzen», SZ, 06.09.2008.



liegt in Asien.»<sup>585</sup> In spätestens fünf Jahren werde der *Beiersdorf*-Konzern in China mehr Geschäft machen als in Westeuropa. Denn die westeuropäischen Haut- und Haarpflegemärkte seien weitgehend gesättigt und wüchsen nur noch mit geringen einstelligen Prozentsätzen, während vor allem in China großer Nachholbedarf bestehe und der Markt jährlich um 10 bis 20 Prozent wachse.

Insgesamt bleibt bei diesen in FAZ und SZ in sehr großer Anzahl vorhandenen Artikeln zu China als Absatzmarkt aber eine wirkliche Analyse des Binnenmarktes und des tatsächlichen Bedarfs außen vor. Die Informationen in den Artikeln basieren zumeist auf Meldungen der deutschen Unternehmen oder allgemeinen Floskeln zur Wichtigkeit des chinesischen Marktes, die nicht wirklich hinterfragt werden.

## *Diskursstrang II: China als Konkurrent*

Diesem Euphoriediskurs steht diametral ein Diskurs gegenüber, in dem dieselben Medien China als möglichen Konkurrenten der deutschen Wirtschaft verorten. Der Medientenor schwankt dabei zwischen einer ernsthaften Beurteilung der Chancen und Probleme aus diesem Konkurrenzverhältnis, einem Belächeln der Qualität von Produkten aus chinesischer Fertigung und der Angst vor der eigenen Verdrängung.

So titelt die FAZ beispielsweise «China ante portas» und sieht den deutschen Maschinenbau zunehmend dem Druck durch Unternehmen aus den BRIC-Staaten, vor allem aber aus China, ausgesetzt.<sup>586</sup> Dortige Unternehmen würden mehr und mehr zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt avancieren. Gerade das Heranwachsen der chinesischen Wettbewerber sei in Deutschland aufgrund der außerordentlich guten Entwicklung auf der Absatzseite nahezu unbemerkt geblieben. Wegen der Produktionsvorteile des chinesischen Heimatmarktes und dem geringen Innovationsschutz in der Volksrepublik hätten chinesische Unternehmen ihre Position zunächst bei einfachen Maschinen, z.B. in der Textilindustrie, ausbauen können. Mittlerweile gingen diese Unternehmen sehr expansiv vor und würden sich auch in zahlreiche deutsche Unternehmen einkaufen, um Zugang zum europäischen Markt sowie zu Innovationen und interessanten Marken zu erlangen.

So wird neben dem Expansionskurs anderer chinesischer Firmen<sup>587</sup> vor allem die deutsche Markteinführung des BS4 des chinesischen Autoherstellers *Brilliance* von den Medien mit Spannung und einer Mischung aus Angst und Arroganz verfolgt. «Die Blechbüchsen kommen», titelt die SZ über eine Liefe-

<sup>585</sup> «Nivea-Creme für China», SZ, 29.02.2008, vgl. auch «In China haben wir die größten Schau-  
fenster», FAZ, 11.04.2008, «Fachwerk vom Westerwald nach Qingdao», FAZ, 22.11.2008.

<sup>586</sup> «China ante portas», FAZ, 10.10.2008.

<sup>587</sup> «Chinesische Netzausrüster auf dem Vormarsch», FAZ, 14.02.2008, «Hisense strebt nach  
Europa», FAZ, 20.02.2008, «Mit dem Bus von China nach Hannover», SZ, 27.09.2008,  
«Kleine Taten, große Geschäfte», SZ, 06.02.2008.

rung der BS4 nach Deutschland.<sup>588</sup> Die ersten Lieferungen habe es bereits ein Jahr zuvor gegeben – «als Vorboten einer lang geplanten Invasion». Und eins sei ja bekannt, so die SZ: «Wenn die Chinesen erst einmal irgendwo den Fuß drin haben, dann gibt es für sie kein Halten mehr.» So klingt es fast ein wenig nach Schadenfreude, wenn die Zeitung berichtet, dass das Vorjahresmodell von *Brilliance* mit Pauken und Trompeten durch den ADAC-Crash-Test gefallen sei und somit eine «Vollbremsung» vollzogen habe. Ganz bewusst setze *Brilliance* nun auf das Niedrigpreissegment: «Wir sprechen Leute an, die ihren Status verteidigen wollen, aber feststellen, dass das Budget nicht mehr reicht. Und das werden ja immer mehr», wird der deutsche Geschäftsführer von *Brilliance* im SPIEGEL zitiert.<sup>589</sup>

Des Weiteren findet die Entwicklung neuer Passagierflugzeuge vom chinesischen Konstrukteur AVIC Einzug in die Wirtschaftsberichterstattung von FAZ und SZ. China plane, die Erfahrung aus einer Kooperation mit *Bombardier* zu nutzen, um etwa 2020 einen eigenen 150-Sitzer auf den westlichen Markt zu bringen – «spätestens dann könnte aus dem Reich der Mitte ernsthafte Konkurrenz für die Platzhirsche Airbus und Boeing erwachsen». <sup>590</sup> SZ und FAZ vermuten zwar, dass die Flugzeuge zunächst kaum über den chinesischen Markt hinaus eingesetzt werden können, dennoch sehe man am Kooperationsinteresse westlicher Firmen ein Signal, dass China auch als Produzent immer ernster genommen wird.<sup>591</sup> Die ZEIT konstatiert ebenfalls, dass in Fernost ein «sehr mächtiger Konkurrent entsteht, der zudem unablässig Wertschöpfung und Wissen nach China saugen wird. Schrittweise eignen sich die Chinesen somit westliche Technologien an, um mittelfristig auf eigenen Beinen stehen zu können.»<sup>592</sup> Sie gibt jedoch auch zu bedenken, es sei «ihr gutes Recht, ja sogar ihre Pflicht, denn auch die Chinesen müssen Arbeitsplätze für ihre Leute schaffen, soll der wirtschaftliche Aufschwung weitergehen. Zudem hat das neue Flugzeug eine sozialpolitische Funktion – und wird auch deshalb von der Regierung unterstützt. Es soll das ärmere Hinterland im Westen mit den Boomregionen an der Küste vernetzen.»

Wenn die untersuchten deutschen Medien über die erstarkende Konkurrenz aus Fernost schreiben, dann ist das Problem des Ideenklau ein virulentes Thema. «Da wird auch schon mal dreist geklaut», lautet der Titel eines FAZ-Beitrages zur *Auto Mobil International* in Leipzig.<sup>593</sup> Hintergrund des Titels sind Vorwürfe, der Autobauer *China Automobile* würde die Designs westlicher Marken für seine Produkte kopieren. Auch für *Microsoft* ist China ein schwieriges Terrain – gibt es dort doch an jeder Ecke billige Raubkopien ihrer Produkte zu erstehen. Doch nun gehe *Microsoft* in die Offensive, schreibt die SZ, und zwar mit drasti-

<sup>588</sup> «Die Blechbüchsen kommen», SZ, 20.09.2008.

<sup>589</sup> «Status verteidigen», SPIEGEL, 13.10.2008.

<sup>590</sup> «Wende am Himmel», SZ, 20.09.2008.

<sup>591</sup> «China baut seine Luftfahrt weiter aus», FAZ, 05.11.2008, «China verkauft Amerikanern Jets», SZ, 05.11.2008.

<sup>592</sup> «Bitte anschnallen», ZEIT, 18.09.2008.

<sup>593</sup> «Da wird auch schon mal dreist geklaut», FAZ, 14.04.2008.

schen Preissenkungen.<sup>594</sup> Ebenfalls mit Plagiaten sieht sich offenbar Unternehmensberater Hermann Simon konfrontiert (FAZ).<sup>595</sup> Ein Mann namens Yu Wang betreibe in China unter dem Namen von Simons Firma *Simon Kucher & Partners* Geschäfte, schreibt die FAZ. Selbst das Logo des chinesischen Plagiats gleiche dem des deutschen Unternehmens. Andere Befragte bewerten entgegen der Medienintention das Problem als nicht so gravierend. So fragt beispielsweise der SPIEGEL den *Intel*-Vorstandsvorsitzenden Paul Otellini, ob er denn keine Angst habe, dass «die Chinesen Ihr Wissen klauen?»<sup>596</sup> Ottellini wiegelt ab und gibt zu bedenken, dass China nun einmal der zweitgrößte Computermarkt der Welt sei: «So einfach ist das. Wenn eine Regierung wirklich unser Know-how stehlen will, kann sie das auch bei uns zu Hause in Kalifornien versuchen. Wir müssen unser geistiges Eigentum weltweit schützen.»

Aber nicht nur einzelne Personen und Unternehmen scheinen von Plagiaten betroffen zu sein – chinesische Wirtschaftsspionage, das kann man einigen Beiträgen entnehmen, finde heute im großen Stil statt. So meldet die SZ, der frühere *Boeing*-Ingenieur Dongfan Chung müsse sich in den USA wegen Industriespionage für China vor Gericht verantworten.<sup>597</sup> Er soll vertrauliche Informationen über verschiedene Raumfahrtprogramme an die Volksrepublik weitergegeben haben. Trotz dieser Warnungen gingen viele Unternehmen «fast blauäugig» mit dem Schutz ihrer Daten um, schreibt die SZ weiter.<sup>598</sup> Vor allem China gelte neben Russland als besonders aktiv, «wenn es um die Bespitzelung deutscher Unternehmen und ihres begehrten Know-hows geht». Deren Geheimdienste würden «sich nicht einmal die Mühe machen, eigentlich heimliche Notebook-Durchsuchungen zu verbergen». Von ähnlichen Begebenheiten weiß auch die FAZ in dem Beitrag «Wenn der Laptop auf dem Koffer liegt» zu berichten.<sup>599</sup> Ein nicht namentlich genannter Hamburger Geschäftsmann habe bei Rückkehr in sein Hotel bemerkt, dass sein Laptop, den er aus Vorsicht im Koffer gelassen hatte, nun auf dem Koffer lag. Dieser Vorgang sei typisch, schreibt die FAZ. Deutschen Geschäftsreisenden könne es zudem passieren, dass sie unter einem Vorwand aus einer Konferenz gerufen werden und ihre Laptops derweil angezapft würden. Ein weiteres Beispiel sei der «chinesische Praktikant, der gern auch noch nach Feierabend arbeitet und dann fleißig kopiert», schreibt die FAZ und beruft sich dabei auf Andrea Berner vom Hamburger Verfassungsschutz. Oder die «Gastdelegation aus China, aus der sich ein Mitglied entfernt, das später im Dach einer Werkhalle gefunden wird, wo es von oben alles fotografiert».

Die untersuchten Medien deuten damit teilweise an, dass Chinas wirtschaftlicher Aufschwung auf unlauterem Wettbewerb fuße. Neben den bereits erwähnten Kopier- und Spionagevorwürfen sieht sich China mit dem Vorwurf

<sup>594</sup> «Microsoft bekämpft Raubkopierer in China», SZ, 24.09.2008.

<sup>595</sup> «Hermann Simon gegen Yu Wang», FAZ, 22.03.2008.

<sup>596</sup> «Ich bin lieber groß», SPIEGEL, 07.04.2008.

<sup>597</sup> «Spionage für China», SZ, 13.02.2008.

<sup>598</sup> «Sicherheit», SZ, 08.10.2008.

<sup>599</sup> «Wenn der Laptop auf dem Koffer liegt», FAZ, 10.09.2008.

der Handelsverzerrung konfrontiert. Die SZ schreibt: «Die Liste der Vorwürfe gegen die Volksrepublik ist inzwischen fast so umfangreich wie eine Zitatesammlung von Konfuzius. Sie reicht von Währungsmanipulation über Produktpiraterie bis hin zu illegalen Subventionen. Europäer und Amerikaner haben bei der WTO mehrere Klagen gegen China eingereicht. Die Europäer werfen den Chinesen beispielsweise vor, importierte Autoteile mit unzulässig hohen Zöllen zu belasten.»<sup>600</sup> Darüber hinaus werden auch gelegentlich Fragen der laschen Umweltgesetze und der Skrupellosigkeit beim Zugang zu Rohstoffen in Artikeln zur Wirtschaftskonkurrenz eingeflochten.<sup>601</sup>

Andererseits macht die ZEIT an einem Artikel über die Schließung einer Papierfabrik in den USA deutlich, dass die Chinesen häufig auch nur ein «bequemer Sündenbock» für die eher durch Missmanagement verschuldeten Kündigungen seien.<sup>602</sup> Zwar habe eine Handelskommission der amerikanischen Regierung «keine Anzeichen für eine Schädigung der US-Industrie» durch chinesische Importe feststellen können, aber die Versuchung, «aus populistischen Gründen die Keule zu schwingen und Handelsschranken zu erlassen», bleibe groß in der amerikanischen Politik. Der Beitrag hinterfragt an dieser Stelle das im Westen gängige Klischee einer wirtschaftlichen Bedrohung durch China, macht dies jedoch an den USA und nicht an Deutschland fest.

### *Diskursstrang III: China als Investor*

China ist heute nicht mehr nur Produktionsstandort und Absatzmarkt. Unternehmen aus der Volksrepublik treten seit einigen Jahren immer häufiger selbst als Investoren im Westen auf. In den deutschen Medien wird dieser Sachverhalt in einer Mischung aus den beherrschenden Stimmungen der beiden bisher herausgearbeiteten Diskursstränge – Euphorie und Angst vor Bedrohung – behandelt.

So berichtet der SPIEGEL beispielsweise von dem Einstieg chinesischer Finanziers in die französische Weinherstellung.<sup>603</sup> Das im Beitrag genannte chinesische Unternehmen setze laut SPIEGEL vor allem auf den Marketingeffekt und suche einen «Brückenkopf im renommierten Bordelais». Doch vor Ort ist man vom chinesischen Engagement offenbar gar nicht begeistert. Die Beteiligung der Chinesen nennt ein befragter Winzer eine «Katastrophe». Nicht nur in Frankreich werden chinesische Investitionen mit Sorge betrachtet. Die taz weiß von ähnlichen Vorbehalten auch in Deutschland zu berichten. Die Reportage «Mecklenburg baut Brücke nach China» schildert ausführlich das Investitionsvorhaben der chinesischen Logistikfirma *Link Global* für den Flughafen Parchim in Mecklenburg-Vorpommern.<sup>604</sup> Zusammen mit einem australischen Immo-

<sup>600</sup> «Schwieriger Partner», SZ, 06.02.2008.

<sup>601</sup> «Deutschland ist ein Gewinner», SPIEGEL, 14.07.2008.

<sup>602</sup> «Ab morgen geschlossen!», ZEIT, 21.02.2008.

<sup>603</sup> «Aufgehende Sonne», SPIEGEL, 10.03.2008.

<sup>604</sup> «Mecklenburg baut Brücke nach China», taz, 17.09.2008.

lieninvestor wolle *Link Global* rund 100 Millionen Euro investieren, um aus dem Regionalflughafen einen internationalen Frachtflughafen zu machen. Doch in der Bevölkerung gebe es Vorbehalte. «Ich frage mich, ob es hier wirklich neue Jobs für Deutsche geben wird, oder ob sie nicht eher chinesische Arbeiter herbringen, die für viel weniger Geld arbeiten», zitiert die taz einen der Anwohner. Auch habe es Gerüchte gegeben, dass auf dem Flughafen nicht das deutsche Arbeitsrecht gelten soll. Und so schlussfolgert die taz: «Die Sorge zeigt: Mit ihrer Rolle als Bindeglied nach China tut sich die Region noch schwer.»

Im Wesentlichen zitieren die Medien in ihren Artikeln die Beteiligten vor Ort mit ihren häufig wenig rational begründeten Sorgen und Ängsten, ohne diese aber zu hinterfragen oder mit weiteren journalistischen Recherchen einzuordnen. Hier werden zumeist einfach stereotype Stimmungsbilder vermittelt.

So zitiert auch die SZ die griechische Gewerkschaft der Hafenangestellten, die sich gegen die Übernahme des Containerhafens von Piräus durch die *China Ocean Shipping Company* wehren wollen: «Wir werden nicht erlauben, dass unsere Häfen zu Chinatowns werden.»<sup>605</sup> Auch Heinrich Weiss, Geschäftsführer der *SMS Group*, fragt nach einem gelungenen Rückkauf seiner Firmenanteile von *MAN*: Was «wäre denn gewesen, wenn *MAN* seine 50 Prozent an chinesische Investoren verkauft hätte? Dann wäre es hier mit der Gemütlichkeit zu Ende gewesen. Den Chinesen wäre es doch egal gewesen, ob sie 300, 500 oder 800 Millionen Dollar zahlen. Da hätten wir trotz Vorkaufsrecht nicht mithalten können.»

Ist China also ein gern gesehener Wirtschaftspartner, solange es als Zielland von Investitions- und Handelsströmen dient, nicht aber selbst als Investor auftritt? Dass chinesische Beteiligungen durchaus einen Gewinn für deutsche Unternehmen darstellen können, schildert eindrücklich eine Reportage der FAZ.<sup>606</sup> Mittlerweile hätten etwa 700 deutsche Firmen – Restaurants nicht mitgerechnet – chinesische Eigentümer. Die deutschen Beteiligten lobten insbesondere die langfristige Zielsetzung der Chinesen und deren Rücksicht auf die deutschen Arbeitnehmer. Zwar sei u.a. die bereits länger zurückliegende Übernahme des Fernsehherstellers *Schneider* ein Negativbeispiel, da die Chinesen das Know-how abgezogen und die Produktion verlagert hätten. Doch gerade der chinesische Staat Sorge hier für mehr Nachhaltigkeit und prüfe chinesische Investitionen im Ausland mittlerweile ganz genau. Mit seiner besonders positiven Hervorhebung der Erfolgsgeschichten chinesischer Investitionen stellt dieser Artikel jedoch eine Ausnahme in der Berichterstattung dar.

Dennoch findet dieser positive Tenor gegenüber chinesischen Beteiligungen überraschenderweise seinen Niederschlag auch im Hinblick auf die Aktivitäten des neu gegründeten chinesischen Staatsfonds CIC. Die Medien konstatieren zwar, dass es in Deutschland besonders große Vorbehalte gegen den Staatsfonds

<sup>605</sup> «Chinatown in Piräus», SZ, 26.11.2008.

<sup>606</sup> «Die Chinesen lassen uns alle Freiheiten», FAZ, 22.03.2008.

gebe: «Aus deutscher Sicht hat der chinesische Kapitalismus ein neues bedrohliches Gesicht: die China Investment Corporation (CIC)», schreibt etwa die ZEIT.<sup>607</sup> Die untersuchten Medien greifen die Ängste von Politikern und Unternehmern auch ausführlich in ihren Beiträgen auf, stimmen aber nicht unbedingt in diesen Tenor ein oder sie versuchen gar, Bedenken zu zerstreuen. So schreibt die ZEIT weiter, der Staatsfonds sei als Finanzhai bislang kaum in Erscheinung getreten. Zwar bemängelten auch internationale Finanzexperten wie der US-Ökonom Edwin Truman die mangelnde Transparenz und Rechenschaftspflicht des Staatskonzerns. Dies erkläre jedoch noch nicht die Sorge in Deutschland. Laut Tang Min, dem Vizeregensekretär der Entwicklungstiftung des Chinesischen Staatsrats, handele es sich hierbei um ein «psychologisches Problem», schreibt die ZEIT weiter.

Auch die SZ nennt einen ihrer Beiträge zum CIC «Unheimliche Geldgeber aus dem Osten» und erläutert, dass die Bundesregierung mit Blick auf das «ehrgeizige» China ein neues Außenwirtschaftsgesetz plane, «das den Zugang staatlicher Investoren in Deutschland behindern will». <sup>608</sup> Die SZ kritisiert aber: «Die Politiker in Berlin greifen damit die diffuse Angst in der Öffentlichkeit vor bösen fremden Investoren auf, die angeblich nichts anderes im Sinn haben, als Firmen zu zerstören und Arbeitsplätze zu vernichten. [...] Doch wer so naiv denkt, hat nicht begriffen, wie Wirtschaft funktioniert – und dass internationaler Handel ein gleichberechtigtes Geben und Nehmen ist.» Die Volksrepublik sei einer der «größten Hoffnungsmärkte» der deutschen Unternehmen. «Wer die Chinesen aber als Kunden schätzt, darf sie als Investoren nicht ablehnen», mahnt der Autor des Beitrags.

Zum Testfall für die öffentliche und wirtschaftspolitische Beurteilung des Staatsfonds werden schließlich das Interesse des CIC an der *Deutschen Bahn*, das von den Medien sehr unaufgeregt gemeldet wird,<sup>609</sup> und der staatlichen *China Development Bank* (CDB) an der *Dresdner Bank*. Der letztendliche Verkauf der *Dresdner Bank* an die *Commerzbank* und nicht an die CDB entsprach laut FAZ aber offenbar nicht den Vorstellungen des *Allianz*-Finanzvorstandes Paul Achleitner.<sup>610</sup> Er habe mit viel Argwohn verfolgt, dass der Öffentlichkeit als Lösung für die *Dresdner Bank* der Verkauf an die *Commerzbank* schon wie eine Selbstverständlichkeit vorgekommen sei, obwohl die CDB offenbar das bessere Angebot gemacht habe. Auch die ZEIT spekuliert über die Ablehnung des CDB-Angebots.<sup>611</sup> Politische Hintergründe hätten jedoch keine Rolle gespielt, heiße es aus

<sup>607</sup> «200 Milliarden Startkapital», ZEIT, 13.03.2008 vgl. auch «Die neuen Finanziere», ZEIT, 13.03.2008.

<sup>608</sup> «Unheimliche Geldgeber aus dem Osten», SZ, 28.03.2008, vgl. auch «Die Sorgen vor Chinas Staatsfonds sind unbegründet», FAZ, 22.02.2008.

<sup>609</sup> «Chinesen wollen die Deutsche Bahn», ZEIT, 04.09.2008, «Chinas Staatsfonds ist an der Bahn interessiert», FAZ, 03.09.2008, «China interessiert an Deutscher Bahn», SZ, 03.09.2008, «China an Bahn-Aktien interessiert», taz, 03.09.2008.

<sup>610</sup> «Der Fusionspoker ist zu Ende: Die Commerzbank kauft die Dresdner Bank», FAZ, 01.09.2008.

<sup>611</sup> «Die wahre deutsche Bank», ZEIT, 04.09.2008.



Berlin. Der Verkauf scheiterte nach ZEIT-Informationen letztlich daran, dass die Chinesen der *Allianz* keine konkreten Vertriebsangebote in China als Gegenleistung für einen Zuschlag bieten können.

Investitionen chinesischer Firmen und Fonds in deutsche Unternehmen werden also einerseits mit einer oftmals eher emotional bedingten Sorge über den Verlust einer bestimmten Qualität, der Unternehmenskultur oder der Arbeitsplätze gesehen und in den Medien entsprechend beschrieben. Diese Ängste, die eigentlich eher Ängste vor Auswirkungen der Globalisierung sind, finden in chinesischen Investoren ein konkretes Symbol.

Andererseits berichten die untersuchten Medien auch recht unaufgeregt und teilweise eher beschwichtigend über staatliche Investitionen aus China und stehen damit dem eher aufgeregten politischen Tenor entgegen. Focus und Tagesschau bedienen diesen Diskursstrang gar nicht, aber in allen anderen Medien zeigt sich die beschriebene Ausgewogenheit. Allerdings gehen lediglich 3% der chinesischen Auslandsinvestitionen überhaupt nach Europa, was die Betonung dieses Strangs in der Berichterstattung etwas überdimensioniert erscheinen lässt.

#### *Diskursstrang IV: China als Problem und Lösung der Finanzkrise*

Ab September ist die weltweite Finanzkrise das bestimmende Thema der Wirtschaftsberichterstattung auch zu China.

Auffällig ist, dass alle Medien China keine einseitige Rolle als Mitverursacher oder als alleiniger Retter aus der Krise zuschreiben, sondern diese als sehr ambivalent deuten. Die taz schreibt: «Vor allem auf China richten sich die Blicke. Mit Währungsreserven von fast zwei Billionen Dollar und einem enormen Exportbilanzüberschuss sei China nicht nur Lösung, sondern auch Teil des Problems.»<sup>612</sup> «Die Frage nach Chinas medizinischem Beitrag übersieht, dass die Medizin Teil des Problems und nicht nur Teil der Lösung ist», erinnert auch die SZ.<sup>613</sup> Die ZEIT diagnostiziert dahingehend: «Sie haben zwar ihre Währung nicht dem freien Handel preisgegeben. Und nicht jeden mit Kapital ins Land gelassen. Insofern haben sie sich von der Weltwirtschaft entkoppelt. Aber sie haben das amerikanische System mit Geld gefüttert und davon profitiert.»<sup>614</sup>

Insbesondere FAZ und SZ weisen deshalb schon früh darauf hin, dass auch China nicht von den Auswirkungen verschont bleiben wird und ebenfalls ein Opfer der Finanzkrise werden könnte: «Leider ist der chinesische Arzt nicht gefeit vor der Ansteckung, und diese Ansteckungsgefahr ist akuter denn je, weil auch der Wachstumsweltmeister vor großen hausgemachten Problemen steht. Diese Probleme sind seit langem bekannt. Sie lauten Überhitzung und zuneh-

<sup>612</sup> «Die neue Rolle der Schwellenländer», taz, 15.11.2008.

<sup>613</sup> «Der lange Schatten der USA», SZ, 07.02.2008.

<sup>614</sup> «Peking trumpft auf», ZEIT, 06.11.2008.



mender inflationärer Druck, soziale Spannungen wegen wachsender regionaler wie personeller Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensentwicklung, versteckte Risiken notleidender Kredite im Finanzsystem und Angst vor dem Wertverlust der Dollarreserven», urteilt die SZ bereits im Februar bei den ersten Anzeichen der Krise.<sup>615</sup>

Spätestens im Oktober stellen diese beiden Medien und die ZEIT dann auch stark heraus, dass die Finanzkrise China erreicht habe: «Wie so oft passiert in China alles schneller, als jeder erwartet hat. Erst vor wenigen Tagen hatten chinesische Unternehmer und Ökonomen sich noch über die Finanzkrise und die amerikanischen Gammelkredite lustig gemacht. [...] Inzwischen ist deutlich geworden, wie eng die Volksrepublik mittlerweile mit der Weltwirtschaft verwoben ist. Erste Firmen mussten bereits die Produktion einstellen. Tausende Arbeiter sind entlassen worden. Und sämtliche chinesischen Exporteure klagen über drastische Auftragsrückgänge.»<sup>616</sup> Was dies konkret bedeutet, macht die SZ auch in der Reportage «Der Supermarkt der Welt» deutlich: In Yiwu, einer der wichtigsten chinesischen Handelsstädte für Billigprodukte, fänden chinesische Erzeugnisse keinen Absatz mehr – die Goldgräberstimmung sei vorbei.<sup>617</sup>

Selbst in den Metropolen Shanghai und Peking fielen die Immobilienpreise gewaltig, schreibt die ZEIT.<sup>618</sup> Das Konstruktivste, das die Chinesen tatsächlich tun könnten, sei deshalb, ihre eigene Wirtschaft so gut wie möglich über Wasser zu halten, urteilt die SZ.<sup>619</sup> Damit werde die Volksrepublik in den nächsten Monaten allerdings bereits genug zu kämpfen haben. Denn laut ZEIT würden die Chinesen nicht «über Nacht zu eifrigen Konsumenten und Importeuren» und deshalb nützten sie in der Krise recht wenig – sie sparen zuviel. China müsste deshalb mittelfristig seine sozialen Sicherungssysteme aufbauen, um die Menschen zu mehr Konsum zu bewegen.<sup>620</sup>

FAZ und SZ setzen sich daraufhin auch mit den sozialen Auswirkungen der Krise auseinander. Besonders problematisch sei die Krise deshalb für China, da es dort kein funktionierendes Versicherungs- und Pensionssystem gebe.<sup>621</sup> «Die

<sup>615</sup> «Der lange Schatten der USA», SZ, 07.02.2008, vgl. «Ratten und Olympia», FAZ, 12.02.2008.

<sup>616</sup> «Notwendige Reinigung, SZ, 28.10.2008, vgl. «Finanzkrise kommt in China an», SZ, 18.10.2008, «Wachsen, aber langsamer», SZ, 26.11.2008, «Die Finanzkrise zieht um die Welt: Auch Asien rückt in den Blickpunkt», FAZ, 24.09.2008, «Der Einbruch im Westen erreicht China», FAZ, 08.10.2008, «Chinas Milliardäre leiden in der Krise», FAZ, 08.10.2008, «Die Krise trifft auch China», FAZ, 21.10.2008, «Asien im Abwärtssog», FAZ, 27.10.2008, «Chinas Wachstumsabhängigkeit», FAZ, 30.10.2008, «In China und in Indien wächst die Angst», FAZ, 03.11.2008, «China gehen die Aufträge aus», FAZ, 14.11.2008, «Arbeitslosigkeit in China nimmt zu», FAZ, 21.11.2008.

<sup>617</sup> «Der Supermarkt der Welt», SZ, 13.09.2008.

<sup>618</sup> «China: Wohnung günstig abzugeben», ZEIT, 23.10.2008.

<sup>619</sup> «Chinesische Wechselwirkungen», SZ, 23.10.2008.

<sup>620</sup> «Schöner leben nach dem Crash», ZEIT, 27.03.2008, vgl. auch das Interview mit dem Regierungschef Singapurs Lee Hsien Long, der auch die Konsumkraft Chinas relativiert – in «China wird die Welt nicht retten», ZEIT, 13.11.2008.

<sup>621</sup> «Der Einbruch im Westen erreicht China», FAZ, 08.10.2008, vgl. «Chinesische Wechselwirkungen», SZ, 23.10.2008.

Krise wird Asien hart treffen. [...] In Indien wird sich dies auf dem Wahlzettel niederschlagen. In China gibt es keine Wahlen als Ventil», warnt denn auch die FAZ.<sup>622</sup> China brauche deshalb das Wachstum, um die soziale Stabilität im Lande zu gewährleisten: «Wirtschaftlicher Erfolg ist die wichtigste Machtbasis der chinesischen Kommunisten. Mit ihm steht und fällt die Legitimation ihrer Alleinherrschaft. Wenn der jetzt ausbleibt, könnte sich die Unzufriedenheit der Bauern und der Mittelklasse mit der Wirtschaftslage zu einer politischen Generalabrechnung ausweiten.»<sup>623</sup> Wie «der Teufel das Weihwasser» fürchte Peking eine Vertrauenskrise der Bevölkerung.<sup>624</sup> Selbst die Milliardäre Chinas seien von der Krise betroffen. Der durchschnittliche Milliardär habe innerhalb eines Monats etwa die Hälfte seines Vermögens verloren – und «der Blick auf Chinas Superreiche lässt ahnen, wie schlimm es auch die Millionen Kleinanleger getroffen haben muss, die ihre Altersvorsorge in Wertpapieren angelegt haben».<sup>625</sup>

So versuche denn auch die Regierung in Peking mit zahlreichen Maßnahmen den Auswirkungen der Finanzkrise zu trotzen, die die Medien ansatzweise beschreiben. So habe die *CIC* laut *SZ* in einem «historischen Schritt zur Rettung des Finanzmarkts» Aktienpakete der drei größten Banken des Landes übernommen.<sup>626</sup> Dies sei «das erste Mal in der fast 18-jährigen Geschichte des chinesischen Aktienmarkts, dass die Regierung mit Staatsgeldern Anteile börsennotierter Unternehmen kauft und so den Markt stützen will». Darüber hinaus habe die Regierung den Leitzins mehrfach gesenkt (*taz*)<sup>627</sup>, die Exportsteuern gekürzt (*taz*)<sup>628</sup>, die Steuern für Aktienkäufe gestrichen (FAZ)<sup>629</sup>, und sie halte Staatskonzerne an, eigene Aktien zu erwerben. Mit zwölf weiteren asiatischen Staaten habe Peking zudem die Schaffung eines gemeinsamen Rettungsfonds in Höhe von 80 Milliarden US-Dollar vereinbart (FAZ).<sup>630</sup> Das Konjunkturpaket der chinesischen Regierung in Höhe von fast einer halben Billion Euro, das unter anderem den Ausbau der chinesischen Infrastruktur voranbringen soll, findet in der *taz* großen Zuspruch. Sie lobt das Konjunkturprogramm für seine große Transparenz und nennt es einen chinesischen *New Deal*: «Nicht nur eine beeindruckende Investitionssumme für den begrenzten Zeitraum von zwei Jahren stellen die Kommunisten in Aussicht; wichtiger für die Märkte ist, dass sie auch sagen, was sie damit bezahlen wollen.»<sup>631</sup> Diese Infrastrukturmaßnahmen könnten nicht nur die chinesische Binnenkonjunktur ankurbeln, sondern die Wirtschaft der ganzen Welt, hofft die *taz*.<sup>632</sup> Die FAZ dagegen kritisiert, das Konjunkturpaket treffe zwar

<sup>622</sup> «Asien im Abwärtssog», FAZ, 27.10.2008.

<sup>623</sup> «Chinas Wachstumsabhängigkeit», FAZ, 30.10.2008.

<sup>624</sup> «Chinas Anker», FAZ, 11.11.2008.

<sup>625</sup> «Die armen Milliardäre», *SZ*, 14.11.2008.

<sup>626</sup> «China kauft Aktien von Top-Banken», *SZ*, 24.09.2008.

<sup>627</sup> «Hochwillkommene Japaner», *taz*, 10.10.2008.

<sup>628</sup> «Asiens Hoffnungen ruhen auf China», *taz*, 23.10.2008.

<sup>629</sup> «Peking stützt den Aktienmarkt», FAZ, 20.09.2008.

<sup>630</sup> «EU und Asien für Finanzreformen», FAZ, 25.10.2008.

<sup>631</sup> «Ein chinesischer New Deal», *taz*, 11.11.2008.

<sup>632</sup> «Die neue Rolle der Schwellenländer», *taz*, 15.11.2008.

weltweit auf großen Zuspruch, doch handele es sich letztlich um eine Mogelpackung.<sup>633</sup> Der überwiegende Teil des Paketes sei längst bekannt gewesen. Doch zähle unter dem Strich nur die Summe, meint schließlich auch die FAZ anerkennend. «Mit dem größten Konjunkturpaket aller Zeiten signalisiert China seine neue ökonomische Macht in der Welt», urteilt die ZEIT zusammenfassend.<sup>634</sup>

Dirk Messner, Direktor des *Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik*, sieht in der FAZ in China deshalb auch einen «Stabilitätsanker für die Finanzsysteme in Europa und in Amerika».<sup>635</sup> Aber kann und will die Volksrepublik China der Retterrolle des globalen Finanzsystems gerecht werden? Vor Träumereien müsse gewarnt werden, meint hierzu die SZ: «Von den Kommunisten in Peking die Rettung des Kapitalismus zu erwarten, das hieße, sie klar zu überfordern.»<sup>636</sup> Weder seien die Chinesen reif für eine führende Rolle im internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem, noch wollten sie diese Rolle überhaupt einnehmen, konstatieren die Medien nahezu einhellig.<sup>637</sup> China sei der Auffassung, es leiste den größten Beitrag zur Rettung der Weltwirtschaft, wenn das Land sein stabiles und schnelles Wirtschaftswachstum fortsetze.

Neben dem fehlenden Führungswillen Chinas wird aber auch die strukturelle Benachteiligung in internationalen Finanzinstitutionen als eine Ursache gesehen, warum China sich bisher nicht als Retter geriert habe. Wenn die Chinesen an der Lösung der Finanzkrise mitwirken sollen, so müsse man ihnen im Gegenzug mehr Stimmanteile in den internationalen Organisationen wie *IWF* und *Weltbank* zugestehen. Die Chinesen werden «nicht mitmachen, wenn ihr Stimmenanteil unter dem der Benelux-Länder liegt».<sup>638</sup> In diesen Benachteiligungen spiegele sich nicht zuletzt die Arroganz des Westens wider, die die Chinesen von stärkerem Engagement abhalten würde. So kritisiert insbesondere die taz, die Europäer würden den Chinesen und anderen Asiaten immer noch erzählen wollen, «wo es langgeht».<sup>639</sup> Es sei der «alte Gestus» – auch beim ASEM-Gipfel in Peking werde es wieder so aussehen, «als könnten die Europäer die Asiaten belehren». Dabei könnte man doch annehmen, so die taz weiter, «die Europäer kämen mit hängenden Köpfen, damit die Asiaten ihnen Lektionen halten. Immerhin stehen ihre Finanzwesen in Staaten wie China, Singapur und Japan heute besser da als das europäische. Doch die Ökonomie verändert sich schneller als das Bewusstsein. Deshalb reden die Europäer, als könnten sie immer

<sup>633</sup> «Chinas Anker», FAZ, 11.11.2008.

<sup>634</sup> «Im Notfall gegen Amerika», ZEIT, 13.11.2008.

<sup>635</sup> «China könnte zum Stabilitätsanker werden», FAZ, 18.10.2008, vgl. «Der Godzilla unter den Nationen», FAZ, 21.10.2008.

<sup>636</sup> «Chinesische Wechselwirkungen», SZ, 23.10.2008.

<sup>637</sup> «Der verspielte Kredit», Focus, 20.10.2008, «China könnte zum Stabilitätsanker werden», FAZ, 18.10.2008, «Zahlreiche Bittsteller im Reich der Mitte», taz, 25.10.2008, «Wir tun am besten daran, uns selbst zu helfen», SZ, 14.10.2008.

<sup>638</sup> «China könnte zum Stabilitätsanker werden», FAZ, 18.10.2008, «Asien im Abwärtssog», FAZ, 27.10.2008.

<sup>639</sup> «Der Westen hofft auf Asien», taz, 24.10.2008.

noch die Spielregeln diktieren, [...] als führe der Westen weiter die Geschäfte und die Chinesen müssten nur mitmachen.»

Allerdings werde China aus der Weltfinanzkrise unterm Strich als Gewinner hervorgehen, da ist sich die Mehrzahl der Beitragsautoren und zitierten Quellen sicher. So meint die SZ: «Die Krise ist der Reinigungsprozess, den Chinas Wirtschaft schon so lange braucht: Überkapazitäten werden abgebaut, die Inflation sinkt, der ungesunde Zufluss von Spekulantenkapital ist ausgetrocknet.»<sup>640</sup> Schon deshalb werde das, was China bei der ASEM-Konferenz zu sagen haben wird, Gehör finden, wie vielleicht nie zuvor auf der internationalen Bühne, urteilt die ZEIT.<sup>641</sup> Auch «die heutige Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei China ist viel wichtiger als alles, was gerade in Washington geschieht», zitiert die taz den früheren Chefökonom der Investmentbank *Merril Lynch*, Jesper Koll.<sup>642</sup> Rajat Nag, Geschäftsführer der *Asiatischen Entwicklungsbank*, äußert in einem FAZ-Interview seine Überzeugung, Chinas wachsendes Gewicht als künftig zweit- oder drittstärkste Volkswirtschaft müsse sich dann auch politisch widerspiegeln.<sup>643</sup>

Mit diesen Einschätzungen geht aber teilweise auch eine gewisse Angst vor dem eigenen Abstieg gegenüber China einher. «Die da oben, wir da unten: Selten ist der Niedergang einer Nation – und der Höhenflug einer anderen – so augenfällig dokumentiert worden wie durch die fast parallelen Ereignisse Ende September in Peking und Washington», kommentiert der SPIEGEL die neue Situation durch die Finanzkrise.<sup>644</sup> Was die Währungsreserven angeht, so seien die Schwellenländer schon heute die «Herren der Welt», meint auch die SZ. Diese Reserven würden die «Cash-Kaiser» nun nutzen, «um mehr Einfluss zu gewinnen. Und zwar nicht nur auf Finanzfragen, etwa auf den Internationalen Währungsfonds, den noch immer die Amerikaner dominieren – sondern auf weltpolitische Fragen aller Art.»<sup>645</sup> Der Politikprofessor Kishore Mahbubani geht in der taz ebenfalls davon aus, dass sich der relative Rückgang der Macht des Westens fortsetzen werde.<sup>646</sup> Dies sei allerdings eine Rückkehr zur Norm. Denn bis 1820 seien die beiden größten Volkswirtschaften immer China und Indien gewesen. Die Europäer müssten die neuen Realitäten akzeptieren. Auch die ZEIT meint, hier stehe auf lange Sicht eine «westliche Niederlage von historischer Dimension» an und sieht die Ursache im unterschiedlichen politischen System: «Demokratisch gewählte Regierungen machen oft Schulden, um die nächsten Wahlen wieder zu gewinnen. Die chinesischen Kommunisten planen

---

640 «Notwendige Reinigung», SZ, 21.10.2008.

641 «Peking trumpft auf», ZEIT, 06.11.2008.

642 «Hochwillkommene Japaner», taz, 10.10.2008.

643 «Asien war nie von der Welt abgekoppelt», FAZ, 10.11.2008, ähnliche Argumentation auch in: «Asiaten und Europäer wollen strengere Finanzaufsicht», FAZ, 27.10.2008, «Die Welt wird chinesischer», FAZ, 31.10.2008.

644 «Der White House Blues», SPIEGEL, 27.10.2008.

645 «Die Gewinner der Krise», SZ, 14.10.2008.

646 «Die größten Optimisten der Welt», taz, 11.11.2008.

den langfristigen Machterhalt und sind deshalb vorsichtiger. Sie sind überzeugt, dass sie langfristig mehr Kontrolle über ihr Land haben, wenn sie sich nicht maßlos im Ausland verschulden und den Schwankungen der internationalen Finanzmärkte aussetzen.»<sup>647</sup>

### 3.6.2 Quellen und Akteure

In den untersuchten Beiträgen treten entsprechend des analytischen Anspruchs der Beiträge ganz unterschiedliche Akteure in Erscheinung. Geht es um China als Absatzmarkt und Produktionsstandort, so stehen westliche Unternehmen wie Automobilfirmen, *BASF*, *Coca-Cola* und *Airbus* klar im Vordergrund. China oder chinesische Firmen treten in Beiträgen dieser Art kaum selbst als Akteur in Erscheinung, eher als bloßes Ziel westlicher Investitionen oder Absatzinteressen. Häufig geht es lediglich um den «chinesischen Markt» bzw. den chinesischen Konsumenten, dessen Nachfrage es zu bedienen gilt. Quellen sind hier vor allem Angaben der vorgestellten Unternehmen und deren Vertreter.

Geht es dagegen um China als Konkurrenten oder Investor, verlagert sich der Fokus von den westlichen Unternehmen als zentrale Akteure hin zu chinesischen Unternehmen, chinesischen Banken und dem chinesischen Staatsfonds. Als Quellen fungieren aber weiterhin vor allem deutsche Wirtschaftsexperten und Marktbeobachter, wie der Automobilfachmann Martin Posth, Andrea Berner vom Hamburger Verfassungsschutz, Oxford-Ökonomin Linda Yueh und Datenschutzexperte Markus Bernhammer. In Gesprächen mit Firmenvertretern werden auch in geringem Maße die Standpunkte der chinesischen Akteure dargelegt. So werden beispielsweise der Marketingmanager von *Huawei*, Eric Xu, Lin Cheng von *Zhong Xing Telecommunication Equipment (ZTE)* und Jason Song von *Hisense* in einigen Beiträgen zitiert.

Erst wenn es um eine Analyse von Chinas Rolle in der Finanzkrise geht, kommt eine ausgewogenere Akteurskonstellation zum Tragen. Der Fokus liegt hier jedoch vorrangig auf der Makro-Ebene. Akteure sind dementsprechend «China», «Deutschland», «die Schwellenländer» bzw. deren Regierungschefs. Als Quellen in diesen Diskurssträngen wird zum einen auf Stimmen aus der chinesischen Gesellschaft zurückgegriffen, wie der von Li Bo vom Verband der Möbelhersteller in Shenzhen oder von Chen Xubing, einem Beamten in der von der Krise schwer getroffenen chinesischen Hafenstadt Yiwu. Zum anderen orientierten sich die Medien aber auch verstärkt an Akademikern und Fachleuten wie Dirk Messner vom *Deutschen Institut für Entwicklungspolitik*, dem Historiker Harold James, dem früheren Chefökonom der Investmentbank *Merril Lynch* Jesper Koll, dem Geschäftsführer der *Asian Development Bank* Rajat Nag, und dem Politikprofessor Kishore Mahbubani.

<sup>647</sup> «Die neue Geldmacht», ZEIT, 25.09.2008.

### 3.6.3 Autoren

Die China-Korrespondenten der untersuchten Medien zeichnen in der Berichterstattung zu der Rolle Chinas in der globalen Wirtschaft noch nicht einmal für ein Viertel der Beiträge verantwortlich. Das mag vielleicht daran liegen, dass die Wirtschaftsberichterstattung nicht zum dezidierten Kompetenzbereich der China- und Asienkorrespondenten gehört und hier fundierte Fachkenntnisse fehlen. Am höchsten ist dieser Anteil noch in der ZEIT mit 37,5%. Die FAZ allerdings nutzt einen spezifischen Wirtschaftskorrespondenten für Asien, der in Singapur ansässig ist und ein Drittel der Wirtschaftsberichterstattung in der FAZ bestreitet. In der SZ wiederum ist es der in Shanghai ansässige China-Korrespondent der SZ, der alle Korrespondentenbeiträge im untersuchten Bereich liefert und über reine Meldungen hinaus auch Reportagen beisteuert.

**Tabelle 26: Thema Wirtschaft – Verteilung der Autorenschaft**

| Autor                                       | Gesamt |        | FAZ | SZ | taz | SPIEGEL | Focus | ZEIT | Tageschau |
|---------------------------------------------|--------|--------|-----|----|-----|---------|-------|------|-----------|
| China-Korrespondent                         | 35     | 19,4%  | 6   | 16 | 5   | 1       |       | 6    | 1         |
| China-Korrespondent mit Redakteur           | 4      | 2,2%   | 1   | 2  |     |         | 1     |      |           |
| Asienredakteur                              | 6      | 3,3%   |     |    | 5   |         |       | 1    |           |
| Redakteur, Journalist                       | 74     | 41,1%  | 33  | 28 | 3   | 2       |       | 8    |           |
| Auslands-korrespondent anderer Region       | 32     | 17,8%  | 27  | 5  |     |         |       |      |           |
| Deutscher Politiker, NGO, Lobby             | 1      | 0,6%   | 1   |    |     |         |       |      |           |
| Deutsche Wissenschaftler                    | 4      | 2,2%   | 3   | 1  |     |         |       |      |           |
| andere Deutsche, z.B. aus Wirtschaft, Sport | 3      | 1,7%   | 3   |    |     |         |       |      |           |
| Nachrichtenagentur                          | 16     | 8,9%   | 6   | 8  | 2   |         |       |      |           |
| keine Angabe                                | 5      | 2,8%   | 1   |    |     | 1       | 1     | 1    | 1         |
| Gesamt                                      | 180    | 100,0% | 81  | 60 | 15  | 4       | 2     | 16   | 2         |

Anzahl der Artikel je Autor/per Medium, n=180, Zeitraum: Febr.–Apr. und Sept.–Nov. 2008.

Insgesamt dominieren aber die Redakteure des Wirtschaftsressorts in den jeweiligen Medien, ergänzt durch Agenturmeldungen. Die FAZ bleibt zudem auch bei diesem Tiefenschnitt wieder ihrem Stil treu und lässt auch externe Autoren aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu Wort kommen wie Thomas Speckmann aus der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalens, Prof. Dr. Rolf Langhammer, Vizepräsident des *Instituts für Weltwirtschaft* der Universität Kiel oder Philipp von Sahr, Leiter Vertrieb Deutschland der *BMW Group*.



### 3.6.4 Fazit

Chinas Rolle in der globalen Wirtschaft nimmt in der Berichterstattung der untersuchten Medien großen Raum ein. Maßgeblich hierfür ist die äußerst umfangreiche Berichterstattung von FAZ und SZ und in Teilen auch der ZEIT zu diesem Thema. Allein auf FAZ und SZ entfallen fast 80% aller Beiträge des Tiefenschnittes.

Diese Dominanz der beiden Tageszeitungen wird vor allem im ersten Diskursstrang zu China als Produktionsstandort und Absatzmarkt ersichtlich. Weder die untersuchten Wochenzeitungen noch die taz beteiligen sich stärker an diesen Diskursen. Das liegt vermutlich daran, dass der Großteil der Meldungen dieses Diskursstranges und in der untersuchten Berichterstattung insgesamt **nur eine geringe Nachrichtenrelevanz** besitzt und eher Pressemitteilungen gleicht, weswegen die meisten der untersuchten Medien diese Meldungen zugunsten anderer Themen unterlassen. In diesem Bereich lässt sich so gut wie keine auf journalistischer Recherche basierende Auseinandersetzung mit dem Standort China feststellen, was letztlich in einer Kolportierung von eher subjektiven Einschätzungen der beschriebenen westlichen Firmen resultiert.

Zwar erscheint es durchaus legitim, dass in der Berichterstattung zu Chinas Rolle in der globalen Wirtschaft Bezüge zu deutschen oder europäischen Interessen hergestellt werden. Zu bemängeln ist aber insgesamt, dass eine **Verknüpfung** der dargelegten westlichen Einschätzungen, Ängste oder Erwartungshaltungen **mit konkreten Informationen zur chinesischen Wirtschaftspolitik** und der ökonomischen Performance der Volksrepublik **oftmals nicht hergestellt wird**. Hier fehlt es häufig an einer durch Fakten untermauerten chinesischen Perspektive auf die Rolle des Landes in der globalen Wirtschaft. Ohne den Einbezug dieser Perspektive lassen sich die stereotypen Bilder von Bewunderung der wirtschaftlichen Kraft Chinas einerseits und der Angst vor einem neuen Konkurrenten andererseits kaum fundiert hinterfragen. Erst in der Finanzkrise kommt diese analytische Fähigkeit in den untersuchten Medien zum Tragen, als tatsächlich von internen Problemen und Vorgängen in China auf die Wirkungen im internationalen Rahmen rückgeschlossen wird und umgekehrt. Insbesondere **innerchinesische Diskussionen** werden aber in den untersuchten Beiträgen **kaum wahrgenommen**, wie beispielsweise die Kritik einiger chinesischer Experten an den Beteiligungen der *CIC* an *Blackstone* und *Morgan Stanley* und den daraus resultierenden Verlusten oder der Streit chinesischer Ökonomen gegen Ende des Jahres 2008 über den Anteil des heißen Geldes im Staatshaushalt. Dabei ist China beileibe kein monolithisches Gebilde, das sich unter einer einheitlichen Wirtschaftsstrategie beschreiben ließe.

Dieses Defizit an einordnenden Diskursen mag daran liegen, dass es in den Wirtschaftsressorts der untersuchten Medien womöglich **an Journalisten mit fundierten China- und Chinesischkenntnissen mangelt** und ihnen die innerchinesischen Diskussionen aufgrund der Sprachbarriere verschlossen bleiben. Zudem fehlt es offensichtlich an Expertise vor Ort: Lediglich in der SZ und der



ZEIT stammte ein beträchtlicher Teil der Beiträge von ihren Korrespondenten in Shanghai und Peking. Die Berichterstattung der FAZ hingegen basiert zu großen Teilen auf Beiträgen ihres Wirtschaftskorrespondenten in Singapur, der somit gewissermaßen aus der Ferne über China berichtet. Der größte Teil der Beiträge in den untersuchten Medien stammt jedoch von Redakteuren in Deutschland. Allzu schnell erfolgt deshalb eine Reduktion der Rolle Chinas auf die eigenen (westlichen) Vorstellungen und Erwartungen, was zu einer Wiederholung von Klischees und Ängsten beispielsweise bzgl. des ausspionierten Laptops und der Arbeitsplatzverluste führen kann, aber ebenso eine nicht immer gerechtfertigte Euphorie hinsichtlich Chinas als Absatzmarkt erzeugt.

Während die Berichterstattung zu diesem Thema also in «Normalzeiten» vorrangig durch wenig hinterfragte positive oder negative Klischees beladen ist, zeigt sich in der analytischeren Berichterstattung während der Finanzkrise ein **recht starker Binnenpluralismus**, insbesondere in den Tageszeitungen und der ZEIT, bei dem auch auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Quellen zurückgegriffen wird. Hier zeigen die Medien also durchaus, dass sie zu einer ausgewogenen und analytischen Wirtschaftsberichterstattung fähig sind.

## 4 Befragung von Medienproduzenten: Einflussfaktoren auf die Themenselektion

Die Auswertung der Befragung von Journalisten, die als Korrespondenten bzw. als verantwortliche Redakteure die Berichterstattung wesentlich mitgestalten, soll im Folgenden dazu genutzt werden, die Ergebnisse der vorangegangenen inhaltlichen Analysen in Ansätzen zu erklären. Dabei interessieren insbesondere die Themenselektionsprozesse auf der Meso-Ebene, um die konzeptionellen und strukturellen Bedingungen sowie die Arbeitsorganisation der verschiedenen Medien herauszuarbeiten. Als wichtige Einflussvariablen auf diese institutionelle Ebene werden die Mikro-Ebene und die Makro-Ebene beleuchtet, die sich zum einen auf individuelle Prägungen und Rollenkonzepte der Journalisten beziehen, zum anderen die Umweltsysteme und gesellschaftlichen Diskurse stärker ins Blickfeld nehmen. Es ist davon auszugehen, dass die Einflüsse zwischen gesellschaftlicher Makro-Ebene und institutioneller Meso-Ebene genauso wechselseitig sind wie zwischen individueller Mikro-Ebene und Meso-Ebene (vgl. zur theoretischen Einordnung auch Kapitel 1.1).

Die folgenden Tabellen sollen eine erste Übersicht über die Korrespondentenstruktur der jeweiligen Medien geben und die befragten Personen kennzeichnen und zuordnen helfen.

**Tabelle 27: Korrespondenten der untersuchten Medien**

| Medium     | China-Korrespondenten 2008 |                        |          |                   |                                |
|------------|----------------------------|------------------------|----------|-------------------|--------------------------------|
|            | Anzahl                     | Name                   | Standort | Ressort-Zuordnung | Event. Nachfolge               |
| FAZ        | 3                          | Petra Kolonko          | Peking   | Politik           | <b>Till Fährders</b> (ab 2009) |
|            |                            | Mark Siemons           | Peking   | Feuilleton        |                                |
|            |                            | (Christoph Hein)       | Singapur | Wirtschaft        |                                |
| SZ         | 2                          | <b>Henrik Bork</b>     | Peking   | Ausland           |                                |
|            |                            | Janis Vougioukas       | Shanghai | Wirtschaft        | Marcel Grzanna (Ende 2009)     |
| taz        | 1                          | <b>Georg Blume</b>     | Peking   |                   | <b>Jutta Lietsch</b> (ab 2008) |
| SPIEGEL    | 2                          | <b>Andreas Lorenz</b>  | Peking   | Ausland           |                                |
|            |                            | Wieland Wagner         | Shanghai | Wirtschaft        |                                |
| Focus      | 1                          | <b>Christiane Kühl</b> | Peking   |                   | <b>Anja Obst</b> (ab 2009)     |
| ZEIT       | 1                          | <b>Georg Blume</b>     | Peking   |                   | <b>Frank Sieren</b> (ab 2008)  |
| Tagesschau | 1                          | <b>Jochen Graebert</b> | Peking   |                   |                                |

Die interviewten Korrespondenten sind fett markiert. Zusätzlich wurde Kristin Kupfer befragt, die regelmäßig bzw. als Urlaubsvertretung für die taz schreibt.

**Tabelle 28: Interviewpartner aus den Redaktionen**

| Medium     | Name             | Funktion zum Zeitpunkt der Befragung |
|------------|------------------|--------------------------------------|
| FAZ        | Peter Sturm      | Asienredakteur Politik               |
| SZ         | Stefan Kornelius | Ressortleiter Ausland                |
| taz        | Sven Hansen      | Asienredakteur                       |
| SPIEGEL    | Gerhard Spörl    | Ressortleiter Ausland                |
| Focus      | Gudrun Domiteit  | Asienredakteurin Ausland             |
| ZEIT       | Angela Köckritz  | Asienredakteurin Politik             |
| Tagesschau | Ariane Reimers   | CvD Tagesthemen/Tagesschau           |

## 4.1 Einflussfaktoren der Makro-Ebene: Gesellschaftliche Bewertung & Umweltsysteme

Für alle untersuchten Medien ist die China-Berichterstattung von großer und zunehmender Wichtigkeit, was durchgängig mit der zunehmenden weltpolitischen Bedeutung Chinas begründet wird, die sich in gesellschaftlichen Diskursen und der Wichtigkeit der Umweltsysteme Politik und Wirtschaft manifestiere. Stefan Kornelius, Ressortleiter Ausland bei der SZ, argumentiert stellvertretend für alle anderen: «Ich sehe in der China-Berichterstattung eine absolut wachsende Bedeutung, es ist ein großes Interesse und eine große Nachfrage da, der Informations-, Einordnungs- und Einschätzungsbedarf ist enorm. China

ist nach der Europa-Berichterstattung und der transatlantischen Berichterstattung der wichtigste Teil unserer Arbeit, und er ist vor allem einer, der enormes Wachstum hat. Wir sehen das in allen Ressorts.»<sup>648</sup> Peter Sturm, Asienredakteur der FAZ, ergänzt, China spiele «von Natur aus eine größere Rolle als viele andere Länder, weil es ein Land ist, das in vielen Konflikten in vielen Weltgegenden involviert ist, sei es als Vermittler in Nordkorea, sei es als Quertreiber wie in Iran oder als Konkurrent um Rohstoffe wie in Afrika oder oder oder. Unsere Korrespondenten in Peking haben noch nicht so viel zu tun wie die in Washington, aber es gleicht sich mehr und mehr an.»<sup>649</sup>

Dabei betonen die Journalisten die Mischung aus Faszination von und Angst vor China, die sie in der Gesellschaft als Grundstimmung vermuten und die ihnen dementsprechend auch als Anhaltspunkt für ihre Beachtung Chinas dient. Sven Hansen, Asienredakteur der taz, formuliert es so: «China, da haben die Leute das Gefühl: 'Boah, da passiert was und das fordert uns irgendwie heraus, sei es ideologisch, sei es wirtschaftlich oder sei es von den Werten her.'»<sup>650</sup> Für den SPIEGEL ist es laut Gerhard Spörl, Ressortleiter Ausland, «was China anbelangt das Faszinosum, dass ein totalitärer Staat sich ökonomisch öffnet und damit eine Entwicklung vorantreibt, die es in der Weltgeschichte noch nicht gegeben hat».<sup>651</sup> Laut Gudrun Dometeit, Asienredakteurin des Focus, spielt eine Rolle, dass «es so diffuse Ängste gibt, von denen natürlich die Redaktionen nicht ausgenommen sind. Oder von denen man glaubt, dass sie in der deutschen Bevölkerung vorhanden sind, wie z.B. die Angst vor der Wirtschaftskonkurrenz. Und das versucht man natürlich durch Geschichten zu untersuchen, zu widerlegen oder zu bestätigen.»<sup>652</sup> Angela Köckritz, Asienredakteurin bei der ZEIT, meint auch, dass «in dem Moment, wo die USA und der Westen allgemein historisch an Bedeutung verlieren, es vielen Leuten Unbehagen bereitet, wenn ein so riesiges Land so wahnsinnig erfolgreich ist».<sup>653</sup> Für Frank Sieren, Korrespondent der ZEIT, ist das nur normal: «Natürlich erregt der Aufstieg Chinas Diskussionen, weil das eine Entwicklung ist, die den Menschen in Deutschland Sorgen macht. Einerseits sorgt man sich um den Arbeitsplatz, andererseits geht es um die Überzeugungskraft unserer westlichen Werte, an die wir glauben. Es wäre geradezu verwunderlich, wenn es keine Reaktionen dazu gäbe. Manche reflektieren darüber, andere reagieren eher spontan abwehrend.»<sup>654</sup>

<sup>648</sup> Interview mit Stefan Kornelius am 29.09.2009 in München. Alle im Folgenden aufgeführten Zitate von Stefan Kornelius beruhen auf diesem Interview, ebenso verhält es sich bei den anderen Interviews, bei denen jeweils nur beim ersten Zitat die Quelle in der Fußnote angegeben wird. Die Markierung mit drei Punkten (...) kennzeichnet Auslassungen zwischen zwei Bemerkungen.

<sup>649</sup> Interview mit Peter Sturm am 22.09.2009 in Frankfurt/Main.

<sup>650</sup> Interview mit Sven Hansen am 06.10.2009 in Berlin.

<sup>651</sup> Interview mit Gerhard Spörl am 07.10.2009 in Hamburg.

<sup>652</sup> Interview mit Gudrun Dometeit am 05.11.2009 per Telefon.

<sup>653</sup> Interview mit Angela Köckritz am 15.10.2009 per Telefon.

<sup>654</sup> Interview mit Frank Sieren am 06.11.2009 per Telefon.

In der deutschen Gesellschaft vermutete Bilder von und Assoziationen zu China prägen demzufolge auch die Themenauswahl in den Medien. Dabei sehen etliche Journalisten aber auch einen zeitlichen Wandel in den gesellschaftlichen Diskursen. Laut Frank Sieren, der bereits seit 1994 aus China berichtet, lässt sich die Betrachtung Chinas seitdem in drei Phasen einteilen: «Bis zum letzten Drittel der 1990er Jahre überwog Skepsis: Der Aufschwung Chinas ist eine Blase, die bald platzen wird. Doch als China die Asienkrise 1997 fast unbeschadet überlebt hatte, kam eine klammheimliche Bewunderung dazu, noch immer gepaart mit Ungläubigkeit, ob das denn gutgehen wird. In der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts machte sich dann Ernüchterung breit, die zur Sorge über diesen neuen Wettbewerber anwuchs.» Auch Sven Hansen empfindet das gesellschaftliche China-Bild als «eine totale Achterbahnfahrt. Man hat China völlig übereuphorisiert und irgendwann kam die Ernüchterung, und das war genauso verquer.» Andreas Lorenz, Korrespondent des SPIEGELS, macht aber klar, dass sich der Mediendiskurs diesen Debatten trotz individuell anderer Reporterauffassungen nicht komplett entziehen könne: «Damit spiegeln wir doch die Sorgen der Bevölkerung wider. Das interessiert ja die Leute – diese Angst vor China. Nun können Sie zwar sagen: Das haben die Medien kreiert. Aber ich glaube, dass es bestimmte Wellen gibt. Es gab erst so eine Euphorie. Der SPIEGEL hatte diesen Titel ›Shanghai – Die Stadt der Zukunft‹<sup>655</sup>: ›Mann, China, die sind ja so toll! Die können ja viel schneller reformieren als wir!‹ Das war natürlich nur die eine Seite der Medaille. Und dann stürzte es ab zu: ›Die klauen uns unsere Arbeitsplätze!‹ oder ›Die trinken uns die Milch weg‹, oder so etwas Idiotisches kam da raus. Da entstand sozusagen die Angst. Und das müssen wir doch irgendwie reflektieren und beantworten. Und sagen: Ist die Angst berechtigt oder nicht? Ist die Euphorie berechtigt oder nicht?»,<sup>656</sup>

Die Inhaltsanalyse hat gezeigt, dass bestimmte Themenfelder wie Tibet oder die außenwirtschaftliche Rolle eine hohe Dominanz in den Medien haben, während andere Felder wie beispielsweise zu sozialen Fragen eher unterbelichtet bleiben, obwohl gerade die Korrespondenten ihr Interesse an eben diesen sozialen Konflikten festmachen. Insofern lässt sich vermuten, dass die gesellschaftlichen Diskurse und die Wichtigkeit, die das politische und das Wirtschaftssystem in Deutschland China beimessen, Thematisierungsentscheidungen in den Medien mit beeinflussen: «Das Wirtschaftliche ist gegenwärtig das Bestimmende in der Wahrnehmung Chinas, nicht das Militärische oder gar das Kulturelle. In Deutschland redet man ja nicht darüber, dass die in China so tolle Peking-Opern haben», sagt denn auch Frank Sieren.

Die meisten Korrespondenten verorten entsprechend ihre Hauptthemenfelder in den Bereichen Politik und Wirtschaft. «Politik geht – die geht immer gut, Wirtschaft natürlich, Umwelt auch. An sozialen Themen, aber auch an Literatur, Kino, unabhängigen Filmen, Kunst, Kunstaussstellungen, moderner

<sup>655</sup> Titelthema von SPIEGEL 50/2002.

<sup>656</sup> Interview mit Andreas Lorenz am 20.10.2009 in Peking.

Kunst, da war irgendwie nie so ein großes Interesse bislang», sagt Kristin Kupfer, freie Korrespondentin für die taz, andererseits hätten sich auch auf diesen bisher vernachlässigten Themengebieten mehr Möglichkeiten aufgetan.<sup>657</sup> Aber auch andere, wie Gudrun Dometeit, sehen, dass Alltagsgeschichten zu kurz kommen: «Chinesische Kultur, Mode, alles das, was im Moment neu entsteht und sich erst mal etablieren muss, könnte noch interessant sein, kommt aber ein bisschen zu kurz. Letztlich sind es dann natürlich eher Platzgründe.»

Das Platzargument als Element der institutionellen Rahmenbedingung der Mediumsorganisation wird von allen als ein entscheidendes Argument angeführt bei der Begründung bestimmter Auswahlprozesse. Letztendlich verdeckt dies aber, dass häufig die Vorstellung darüber, was in der Gesellschaft als wichtig empfundene Diskurse und Themen sind, dazu führt, dass bestimmte Themenfelder weiter bevorzugt werden und andere zwar prinzipiell interessieren, aber in einer Mischung aus Inkorporierung von gesellschaftlichen Diskursen und konzeptionellem Selbstverständnis des Mediums ausgeklammert werden.

Die Widerspiegelung der deutschen Interessen an China in den Thematisierungsentscheidungen ist also offensichtlich stark ausgeprägt, was die befragten Journalisten für legitim halten, was insbesondere von den Korrespondenten aber teilweise auch bedauert wird. Nichtsdestotrotz wird die Ausblendung bestimmter Themenfelder vor allem der Aktualitätslogik der Medien zugeschrieben.

Eine dezidierte Einmischung von Seiten politischer Akteure oder anderer Lobby-Gruppen auf die Berichterstattung wird jedoch von allen als absurd negiert. Der ARD-Korrespondent Jochen Graebert meint: «Die Chinesen können sich nur vorstellen, dass ein Journalist auf Kommando und Weisung der Regierung berichtet. Deshalb werde ich immer gefragt, ob ich jetzt, seit Merkel Kanzlerin ist, so kritisch über Tibet berichten muss und China nicht mehr loben darf. Das ist natürlich völlig absurd und auch völlig naiv. ... Ich glaube sogar im Gegenteil, dass Schröder mit seiner ›Ich-sag-denen-das-nicht-ins-Gesicht‹-Haltung in der Menschenrechtsfrage uns eher dazu provoziert hat, dieses Thema gerade in den Vordergrund zu schieben.»<sup>658</sup> Auch Sven Hansen muss über die Vorstellung einer direkten Beeinflussung lachen: «Uns deutschen Journalisten wurde ja von chinesischer Seite vorgehalten, wir würden jetzt alle nach Merckels Pfeife tanzen, so, als würde unsere Berichterstattung im Kanzleramt gemacht.»

Nichtsdestotrotz haben gesellschaftlich dominante Bilder und die Prioritäten der Umweltsysteme wie Politik und Wirtschaft einen indirekten Einfluss auf die Berichterstattung der deutschen Medien. Diese Einflüsse werden wesentlich durch die Meso-Ebene – mithin das Selbstverständnis und die Prozesse innerhalb eines Mediums – katalysiert und damit verstärkt oder entzerrt.

<sup>657</sup> Interview mit Kristin Kupfer am 06.10.2009 per Telefon.

<sup>658</sup> Interview mit Jochen Graebert am 25.10.2009 in Peking.

## 4.2 Einflussfaktoren der Meso-Ebene

### 4.2.1 Selbstverständnis und konzeptionelle Ausrichtung des Mediums

Das postulierte Selbstverständnis und die konzeptionelle Ausrichtung des Mediums sind wesentliche Punkte, die die Themenauswahl und -aufbereitung strukturieren. So prägen die grundsätzliche Gewichtung der Auslandsberichterstattung, das Verständnis von berichtenswerten Nachrichten sowie die Präferenz bestimmter Formate und Ressorts bereits die erste Auswahl von Themen.

Die Beschreibung des Selbstverständnisses orientiert sich bei allen Befragten in den Printmedien am Erklären und Analysieren von Ereignissen und Prozessen mit leicht unterschiedlichen Zielpublika. Die SZ sieht es laut Stefan Kornelius als ihre «Hauptaufgabe, dass wir die großen Bewegungen, Nachrichtengeschichten und Trends in der Welt täglich erfassen und in verschiedenen Formen spiegeln. Die klassische Nachricht, bei der man nur Ereignisse und Zitate kolportiert, wird immer unbedeutender, denn diese Rolle übernimmt das Internet. Wir liefern die Einordnung und die Analyse zu diesen Themen.» Ähnlich fasst es Gerhard Spörl für den SPIEGEL, der das «Welttheater» erklären will, was im Hinblick auf China heißt, «dass da ein weltpolitisches Experiment stattfindet, das man möglichst genau und möglichst umfassend beschreiben muss».

Die FAZ versteht ihre Aufgabe laut Peter Sturm als «politische Bildung. Und zwar sowohl durch Nachrichtenbeiträge als auch durch Meinungsbeiträge. ... Wenn man bei einem Printmedium ist, kann man logischerweise mit der Geschwindigkeit keine Blumentöpfe mehr gewinnen. Und dann muss man einfach über die Breite und Tiefe der Berichterstattung seine Existenzberechtigung nachweisen.»

Sven Hansen definiert den Anspruch der taz als einen «humanistischen, humanitären, vielleicht auch menschenrechtlichen oder bürgerrechtlichen», was bereits darauf hindeutet, dass bestimmte Themen wie Menschenrechts- und Umweltfragen stärker thematisiert werden. Damit hat die taz für Kristin Kupfer «schon einen gewissen kritisch engagierten Anspruch an ihren Blick auf China».

Der Focus fühlt sich laut Gudrun Dometeit eher dem «News-to-use-Konzept» verpflichtet, bei dem man «den Lesern Informationen vermitteln will, mit denen sie unmittelbar etwas anfangen können», was einer ereignisunabhängigen Auslandsberichterstattung eher abträglich scheint. Die Korrespondentin Anja Obst meint denn auch: «Im Gegensatz zum SPIEGEL muss man beim Focus immer noch ein bisschen mehr Hintergrund erklären.»<sup>659</sup>

Die ZEIT ist laut Frank Sieren «die Zeitung der klugen Leute, die reflektieren und Zusammenhänge erfahren wollen», was laut Angela Köckritz weniger für tagesaktuelle Beiträge, sondern stärker für «Reportagen oder Denkstücke» spricht.

---

<sup>659</sup> Interview mit Anja Obst am 20.10.2009 in Peking.



Alle untersuchten Medien gelten allein durch ihre Auflage und Verbreitung als Meinungsführer in der deutschen Medienlandschaft, was sie auch in ihrem Selbstverständnis bezüglich der Auslandsberichterstattung prägt.

Für die drei Tageszeitungen ist die Auslandsberichterstattung sehr wichtig: «Ich würde schon sagen, dass das Auslandsnetz und die Auslandsberichterstattung ein Kernmarktbestandteil der Süddeutschen ist. ...Wir bestreiten den Großteil der Seite drei, wir bestreiten häufig in der Woche die Seite zwei, es gibt Auslandsstoff auf der Eins, die Korrespondenten schreiben für die Panorama-seite, sie schreiben viel in der Wirtschaft», sagt Stefan Kornelius. Ebenso Peter Sturm für die FAZ: «Außerhalb von Wahlzeiten in Deutschland hat eine normale FAZ-Ausgabe im Minimum 50 Prozent Ausland im politischen Teil.» Auch die taz gewichtet laut Sven Hansen trotz finanzieller Schwierigkeiten die Auslandsberichterstattung sehr hoch: «Die Auslandsberichterstattung der taz ist anerkannt, selbst im Auswärtigen Amt.»

Bei den Wochenzeitungen fällt die Bewertung etwas anders aus, da hier die Anschlussfähigkeit für in Deutschland virulente gesellschaftliche Diskurse offensichtlich höher gewichtet wird als in den Tageszeitungen. Der SPIEGEL sieht sich in der Selbsteinschätzung von Gerhard Spörl noch am ehesten als ein Medium, dass dem Ausland stärker Raum gibt: «Der SPIEGEL ist ein deutsches Nachrichtenmagazin, aber in der globalisierten Welt spielt natürlich die Weltpolitik auch eine immer größer werdende Rolle.» Im Focus hat dagegen laut Gudrun Dometeit «die Berichterstattung über deutsche Themen oder die mit Deutschland zusammenhängen eine ganz klare Priorität. Sicherlich haben auch Themen aus dem Forschungs-, Technik- bzw. dem Medizinbereich einen höheren Stellenwert. Die Auslandsberichterstattung rangiert da wahrscheinlich eher im zweiten Drittel. ... Ein Argument bei der Auslandsberichterstattung ist immer, dass man sagt: Das ist zu weit weg. Das interessiert kein Schwein. Da kommt keiner hin.» Während der Focus zwar mit ca. 6 Seiten nur sehr wenige, aber dafür feststehende Auslandsseiten hat<sup>660</sup>, konkurrieren in der ZEIT innen- und außenpolitische Themen um die 12 Seiten des Politikressorts. Angela Köckritz sagt: «Wenn man sich die Zeitung anschaut, dann ist es häufig so, dass die Außenpolitik eher auf den hinteren Seiten zu finden ist. Das ist manchmal einfach dem geschuldet, dass die Mehrheit der Redakteure aus der Innenpolitik sind und mit einer ganzen Reihe von Themen kommen. ... Die vorhandenen Seiten sind dann immer ziemlich schnell auch vergeben.»

Die Tagesschau stellt in ihrem Selbstverständnis die Aktualität und den Deutschland-Bezug noch stärker heraus. Sie ist laut Jochen Graebert «eine Nachrichtensendung, die aus den wichtigsten Ereignissen des Tages besteht. Da konkurriert China mit 197 Ländern um zwei Sendeplätze pro Tag. ... In der Tagesschau sind Nachrichten angesagt, und Nachrichten definieren sich

<sup>660</sup> Seit einem Relaunch Anfang 2010 besteht im Focus keine Festlegung mehr auf die vorgegebenen 6 Seiten, sondern auch hier müssen Auslandsthemen jetzt mit anderen Themen konkurrieren.

dadurch, dass es ein relevantes Ereignis sein muss, es muss neu sein und es muss interessant sein. ... Die Relevanz spiegelt sich darin wider, wie viel Menschen in der Welt es betrifft und wie wichtig es für das Land ist. Aber auch, ob es für deutsche Zuschauer wichtig ist. ... Wenn fünf deutsche Soldaten in Afghanistan ums Leben kommen und es gibt eine Debatte in Deutschland, dann ist das Thema wichtiger, als wenn 80 Menschen in China beim Kohlegrubenunglück ums Leben kommen. In der Konkurrenz verlieren wir dazu, völlig zu Recht, weil die Gestaltungsmöglichkeiten der Deutschen im Hinblick auf das Kohleunglück ja unendlich viel geringer als im Hinblick auf die fünf toten deutschen Soldaten in Afghanistan sind.»

Insgesamt weisen auch viele Befragte aus den Printmedien trotz des postulierten eher rasonnierend-analytischen Ansatzes auf eine an Nachrichtenfaktoren und Aktualität orientierte Ausrichtung der deutschen Medien hin. In etlichen Fällen werden von ihnen Metaphern gebraucht, die dies symbolisieren sollen: Die Nachricht «Hund beißt Mann» sei genauso wenig interessant wie vom Flugzeug, das fliegt, oder von der Feuerwehr, die den Brand löscht. Wenn dagegen der Mann einen Hund beiße, das Flugzeug abstürze oder die Feuerwehr versage – dies seien Nachrichten. Andreas Lorenz argumentiert: «Die westlichen Medien sind kapitalistische Unternehmen und keine Staatsunternehmen. Das kann man beklagen, aber das heißt: Only negative news is good news.»

Dabei meint Sven Hansen aber auch: «Man kann auch den Leser nicht nur mit Kriegen, Anschlägen und Wahlkämpfen zuballern. ... Genauso wie man nicht nur über Menschenrechtsverletzungen und Schweinereien dieser Welt berichten kann. Da muss man eine Balance finden, aber da gibt es trotzdem Grenzen. ... Wenn irgendwo eine Bombe hochgeht, ist das halt die Nachricht des Tages. Wenn man dagegen eine langfristige Entwicklung mal zusammenfassen will, dann kann man das «schieben». Und dann wird das ewig geschoben. Dann gehen schon wieder drei Bomben woanders hoch.»

#### 4.2.2 Redaktionelle Struktur

Der insgesamt recht hohen Relevanz der Auslands- und China-Berichterstattung in den untersuchten Medien wird durch eine redaktionelle Struktur Rechnung getragen, die neben Korrespondenten zumeist auch spezifische Asienredakteure aufweist.

##### *Korrespondenten*

Korrespondenten spielen bei allen untersuchten Medien eine wesentliche Rolle für die China-Berichterstattung und liefern durchschnittlich mehr als ein Fünftel aller Beiträge (vgl. Kapitel 2.6). Allerdings gibt es starke Unterschiede in der Ausstattung mit Korrespondenten, was einerseits dem Stellenwert der Auslandsberichterstattung im Medium allgemein Rechnung trägt, andererseits aber auch die finanzielle Situation der einzelnen Medien widerspiegelt. Die FAZ operiert

mit 3 Korrespondenten, von denen der Wirtschaftskorrespondent allerdings in Singapur angesiedelt ist.<sup>661</sup> Die SZ hatte im Untersuchungsjahr 2008 noch 2 Korrespondenten, die Anfang 2009 aus Sparzwängen wieder auf einen reduziert wurden. Ende 2009 konnte die zweite Stelle aber wieder besetzt werden. Der SPIEGEL hat ebenfalls Mitte der 2000er von einem auf 2 Korrespondenten aufgestockt, was auch die ARD in Zukunft vorhat. Die ZEIT leistet sich einen Korrespondenten, die taz hatte bis Mitte 2009 eine ganze Stelle besetzt, seitdem ist es lediglich noch eine halbe Stelle. Bis 2009 war der Korrespondent der ZEIT gleichzeitig auch der Korrespondent der taz, was Synergieeffekte für die finanziell weniger gut ausgestattete taz mit sich brachte, aber öfter auch den Verlust von Exklusivstorys. Der Focus hatte bis 2009 Pauschalisten, die auch noch für andere Medien arbeiteten, seitdem wird ebenfalls aus Sparzwängen lediglich auf eine freie Korrespondentin zurückgegriffen.

In der Regel sind die Korrespondenten Generalisten und decken vorrangig Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsthemen ab, wobei sich die Gewichtung der Themenfelder je nach Interessenlage des Mediums und des Korrespondenten unterscheidet. Sind mehrere Korrespondenten vorhanden, bearbeitet der zweite in der Regel eher Wirtschaftsthemen. So im SPIEGEL, wo «der Mann in Shanghai je zur Hälfte auf der Payroll des Wirtschafts- und des Auslandsressorts» ist oder in der FAZ, wo der zweite Korrespondent der Wirtschaftsredaktion «gehört». Hier spiegelt sich das gesellschaftliche Interesse an China als Wirtschaftsmacht auch in der Personalstruktur der Medien wider. Die FAZ ist das einzige Medium, dass sich die Besonderheit eines eigenen Feuilletonkorrespondenten leistet.

Durch Sozialisation der Korrespondenten in den Redaktionen wird dafür gesorgt, dass die Arbeitsweisen und redaktionellen Präferenzen verinnerlicht werden, um Aushandlungsprozesse reibungsloser zu gestalten und mediumsspezifische Themeninteressen adäquater bedienen zu können. Peter Sturm von der FAZ erläutert: «Wir haben so unsere Eigenheiten, was einzelne Elemente beim Sprachgebrauch betrifft, aber auch was den kollegialen Umgang angeht. Und dieser Sozialisierungsprozess, der findet eigentlich im ersten Jahr des Hierseins statt und danach weiß man, wie dieses Haus tickt. Und alle Korrespondenten waren vorher hier.» Beim Fernsehen zählt noch stärker die In-house-Kompetenz, sagt Ariane Reimers: «Beim Hörfunk ist es noch eher so, dass sie nach ihrer Landeskompetenz ausgewählt werden, beim Fernsehen nicht, weil die Fähigkeit, Fernsehen zu machen, so hoch bewertet wird. Es nützt mir nichts, wenn ich einen total kompetenten Sinologen nach China schicke, der aber nicht weiß, wie Fernsehen geht.»

Ein anderes Argument bringt Gerhard Spörl vom SPIEGEL, der von einer gewissen Entfremdung und Betriebsblindheit bei zu langer Auslandstätigkeit ausgeht: «Ich wäre dagegen, Leute immer da draußen zu lassen, weil sie dann die Veränderungen nicht mehr mitkriegen, die natürlich auch so ein Zeitungshaus durchmacht.» Auch Ariane Reimers nimmt dies auf, wenn sie über den typischen

<sup>661</sup> Er wird im Codebuch unter «Auslandskorrespondent anderer Region» kategorisiert.

Turnus der Fernsehkorrespondenten von 5 Jahren spricht: «Man kann erst mal denken, dass das nicht wirklich gut ist, weil da Kompetenz verloren geht. Auf der anderen Seite schleift sich der Neugieraspekt, den der Korrespondent hat, wenn er in ein neues Berichtsgebiet kommt, irgendwann ab. Dann werden die Leute solche Experten, dass sie sich gar nicht mehr vorstellen können, dass jemand eben nicht weiß, dass Peking die Hauptstadt von China ist. Man verliert komplett die Distanz zum eigentlichen Nichtwissen der Leute über ferne Länder, und zu diesen Ländern gehört China nach wie vor.» Auch beim Focus thematisiert Gudrun Dometeit diese Gefahr: «Die verlieren ein bisschen aus dem Blick, was den deutschen Leser noch interessieren könnte. ... Wir [in der Redaktion] versuchen dann schon, die Vorgaben zu machen.» Daraus kann allerdings die häufig kritisierte Tendenz erwachsen, aus einer zu eurozentristischen Sichtweise zu berichten und eben gerade die wichtigen Binnenentwicklungen zu übersehen.

Insgesamt sind aber die China-Korrespondenten in der Regel recht lange im Berichterstattungsgebiet. Die im Jahr 2008 für die untersuchten Medien arbeitenden 12 Korrespondenten übten im Durchschnitt bereits mehr als 8 Jahre ihre Korrespondententätigkeit in China aus.<sup>662</sup> Das liegt vor allem auch an den hohen sprachlichen Anforderungen und der kulturellen Anpassungsfähigkeit, die von den Korrespondenten erwartet werden. Kornelius und Spörl betonen einhellig, dass die Sprache ein wichtiges Kriterium ist: «Gerade in solchen Ländern wie China oder der arabischen Welt, wo der Zugang über die Sprache erfolgt und man auch an den zensierten Landesmedien vorbei seine Informationen bekommen muss, da ist es ganz unglaublich wichtig, dass der Korrespondent die Sprache spricht. Wir erwarten schon, dass es Landeskenner sind, die das Land bereist haben, ideal ist ein Studium dort.» Spörl ergänzt: «Und er sollte möglichst vorher schon Interesse für dieses Land entwickelt haben und für seine Geschichte und Kultur ein Grundverständnis haben. Es ist auch nicht schlecht, wenn er das Land, wenn er diese Weltregion mag. Das heißt nicht, dass er das System mag. Dass er sich heimisch fühlt da, das ist auch wichtig.»

### *Mikro-Ebene: Sozialisation und Verhältnis zu China*

Gerhard Spörl spielt dabei auch auf die persönliche Sozialisation und das individuelle Verhältnis zum Berichterstattungsland China an, das neben dem journalistischen Rollenkonzept mit entscheidend ist für die Art der Berichterstattung und persönliche Themenpräferenzen.

Kristin Kupfer greift auch den Spörl'schen Terminus auf, wenn sie sagt, man müsse China «vielleicht nicht unbedingt mögen, aber so eine gewisse Grundsympathie oder Offenheit mitbringen. Ich mag auch nicht alles hier an dem Land, natürlich nicht, aber ich habe eine gewisse Grundsympathie für die Menschen,

<sup>662</sup> Am längsten 15 Jahre, am kürzesten 1 Jahr. Bei 3 Personen war der Aufenthalt in China unterbrochen. Voglreiter errechnet in ihrer Studie, in die 20 auch für andere deutsche Medien akkreditierte Journalisten einbezogen wurden, einen durchschnittlichen Aufenthalt von 5,5 Jahren (2008a: 51).

nicht unbedingt für die Politik oder für die Regierung.» Jochen Graebert sagt: «Ich fand China bis heute wahnsinnig spannend und interessant. Bewundert habe ich China nicht, nein, nein. Bewundert habe ich China allenfalls, als ich wirklich im Land rumgereist bin und mit vielen Chinesen gesprochen habe. Da speist sich das eigentliche Chinaverständnis draus, da ist man einen Moment den Tränen nah, aus fast anbetender Bewunderung für das, was diese Leute unter unglaublich schwierigen Umständen leisten.»

Andreas Lorenz bringt auch wesentliche Konfliktlinien zur Sprache, die das unterschiedliche Verhältnis der Korrespondenten zu China kennzeichnen können: «Was ich persönlich nicht richtig finde, ist die Meinung von Kollegen, die sagen: «Wir müssen die Leistungen der KP anerkennen.» Wir müssen die Leistungen der Leute anerkennen, richtig. Wir müssen aber nicht die Leistung der KP anerkennen. Das ist das Geschichtsbild, das die Partei selbst produziert. ... Wir haben 300 Millionen Bauern aus der Armut geholt, sagen die Befürworter. Ich sage: Pfff, erstens haben sie sich selbst aus der Armut geholt. Die haben selbst gearbeitet wie die Verrückten. ... Zweitens können sie ja froh sein, dass sie überhaupt noch leben. Denn in den ersten 30 Jahren hat die Partei mit ihren Irrsinnskampagnen Millionen Leute umgebracht.»

Diese Ambivalenz aus Sympathie für die Menschen und Kritik am System thematisieren die meisten – wenn auch nicht alle – Korrespondenten für sich als Grundhaltung. Die Inhaltsanalyse hat aber auch gezeigt, dass in der Berichterstattung die als eher kritikwürdig angesehenen systemischen Akteure dominieren und individuelle Schicksale weniger zur Sprache kommen. Häufige Pauschalisierungen über «China» oder «die Chinesen» schaffen es dann auch nicht immer, diese angenommene Ambivalenz zwischen Gesellschaft und System in der Berichterstattung aufzulösen. Dies ist umso unschöner, als die Korrespondenten wie Jochen Graebert sich bewusst sind, dass «China nie eine Wahrheit hat, China hat immer viele Wahrheiten». Die Schwierigkeit besteht darin, diese Vielfalt in der Berichterstattung auch zu vermitteln.

Kristin Kupfer weist neben der nötigen Offenheit des Mediums für die Möglichkeit der Präsentation dieser Vielfalt noch einmal auf die individuelle Offenheit hin, die wichtig sei, um sich China adäquat zu nähern: «Ich glaube, es ist auch schon bei manchen eine Frage des Respekts, die Bereitschaft, China gerade als Journalist erst einmal unvoreingenommen zu betrachten oder vor allem auch die Chinesen nicht nur als gehirngewaschene Masse ohne Meinungen wahrzunehmen. Das vermisste ich so ein bisschen: die Bereitschaft, wirklich auf Augenhöhe mit den Leuten zu sprechen.» Allerdings, so Frank Sieren: «Es gibt, glaube ich, keine koordinierte politische oder journalistische Übereinkunft, China niederzuschreiben oder China schlechtzumachen. Es ist eben ein Strukturproblem und manchmal eine eigenartige Mulmigkeit [gegenüber den Chinesen, die mancher Redakteur empfindet], die sich in vielen einzelnen Entscheidungen wiederholt. Der Kollege hier muss das Mann-beißt-Hund-Thema nach Deutsch-

land verkaufen und dem deutschen Redakteur ist irgendwie unwohl. Und er mag die Chinesen nicht und die werden immer erfolgreicher und da müssen wir jetzt irgendwie mal... Es sind häufig diese beiden Faktoren, die da zusammenkommen, vielleicht manchmal auch mit einer falsch verstandenen kämpferischen Art für unsere Werte.»

### *Mikro-Ebene: Journalistische Rollenkonzepte*

Die journalistischen Rollenkonzepte der einzelnen Korrespondenten variieren ein wenig und tragen in der Regel Züge der Idealtypen neutraler Berichterstatter, kultureller Übersetzer oder Mitgestalter der Außenpolitik.<sup>663</sup> Dies wird wiederum je nach Medium und Format durchaus auch von den Journalisten justiert, was auf eine Anpassung an die redaktionellen Erfordernisse und eine intensive Mediumssozialisation schließen lässt.

Jochen Graebert sagt entsprechend: «Für die Tagesschau bin ich Reporter. Da unterscheide ich mich von niemand anders. Sie können in der Tagesschau keine Handschrift prägen. Die Tagesschau ist von Ereignissen abhängig, von Großereignissen, die setze nicht ich, sondern die setzt die Wirklichkeit.» Insgesamt sei ihm aber wichtig «nicht nur zu wissen, was die Chinesen tun, ich will wissen, was sie denken. Und zwar die Bürger in China. Was die Politiker denken, erfahre ich ja sowieso nicht, reizt mich auch nicht mehr so. Also: Welche Lebensentwürfe haben Chinesen, was erwarten Chinesen von der Welt, welche Sicht auf die Welt haben Chinesen.» Auch Andreas Lorenz versteht sich eher als «Erklärer. China ist ja ein faszinierendes Land. Und China macht ja auch offensichtlich Angst und löst Debatten aus. Und meine Rolle ist, über die Entwicklung zu schreiben und zu erklären: Warum ist das so? Gleichzeitig auch versuchen zu beschreiben: Wie sieht's da aus? Wie denken die Menschen?» Jutta Lietsch, Korrespondentin der taz, möchte entsprechend «das schreiben, was ich als Leserin lesen wollte. Ich möchte das Gefühl haben, wenn ich einen Artikel gelesen habe, mich über Entwicklungen in bestimmten Ländern klüger zu fühlen.»<sup>664</sup> Andreas Lorenz hält dabei aber auch die kritische Herangehensweise gegenüber China für wichtig: «Kritisch hingucken ist eigentlich unsere originäre Aufgabe. .... Man kann nicht unkritisch gegenüber China sein.»

Für ZEIT- und taz-Korrespondent Georg Blume steht zwar auch die Erklärung im Vordergrund, er interpretiert diese Rolle aber ein wenig anders: «Ich habe immer versucht, das Denken der Chinesen zu erklären und nicht mein Denken über China in den Vordergrund zu stellen. ... Das bedeutet, dass man nicht mit vorgefassten Thesen an die China-Berichterstattung herangehen sollte und die dann versuchen zu belegen, sondern es bedeutet, viel hinzuhören auf das, was in China diskutiert wird, wie dort die Menschen denken, Themen empfinden, ihre Prioritäten setzen und versuchen, diese Prioritäten, die die Chinesen selber

<sup>663</sup> Vgl. Typologisierung bei Hafez 2002a: 78ff.

<sup>664</sup> Interview mit Jutta Lietsch am 19.10.2009 in Peking.



haben, auch in der eigenen Berichterstattung einfließen zu lassen.»<sup>665</sup> Gleichzeitig weist er auf einen besonderen individuellen Zugang hin, mit dem er sich seiner Meinung nach auch von den anderen abhebt: «Ich denke immer, der Korrespondent hat eben nicht nur die Aufgabe, wie zu Hause die Mächtigen zu kritisieren, sondern er hat in einer fremden Kultur und noch mehr in einem fremden politischen System auch die Aufgabe, das Geschehen in diesem System und in dieser Kultur zu erklären. Und diese Aufgabe ist sehr viel schwieriger, und die schätze ich deshalb auch höher ein als die Aufgabe, das zu kritisieren. ... Ich finde, die Kritik an China, die ist uns doch bekannt. Das bringt uns oft nicht neue Erkenntnisse. Neue Erkenntnisse finden wir dann, wenn wir merken, warum vieles in China anders ist als bei uns. Das ist ja auch eine Verständigungsaufgabe, die wir als Korrespondenten haben.»

Auch die Focus-Korrespondentin Christiane Kühl spricht von einer «Völkerverständigungsrolle. Da überhöht man sich vielleicht ein bisschen zu sehr. Aber das habe ich schon immer auch als unsere Aufgabe angesehen, China so verständlich zu machen, dass man versteht, wie es auf der chinesischen Seite aussieht. Wenn man immer nur die eigene Seite wiedergibt, dann lernt man ja nichts dabei.»<sup>666</sup> Frank Sieren fühlt sich «eher auch als Übersetzer. Der neutrale Informant – das ist ja sozusagen eine idealisierte Funktion – und ich bin ja keine Maschine! Sondern ich komme aus einer Kultur und lebe in einer fremden Kultur und versuche zwischen diesen beiden Kulturen Widersprüche und Zusammenhänge aufzuzeigen. Und ich habe auch ein ganz klares Ziel: zu helfen, dass es eine möglichst friedliche und stabile multipolare Weltordnung gibt. ... Und das ist das, woran ich im Grunde mit meinen kleinen Artikeln versuche mitzuhelfen, das Verständnis dieser beiden Kulturen füreinander zu erhöhen.»

Der FAZ-Korrespondent Till Fährnders tendiert eher in Richtung des neutralen Informanten und versteht sich als «verlängertes Augenpaar. Man ist sozusagen der verlängerte Arm der Zeitung, der sich vor Ort anschaut, was die Leute nicht selber erfahren können. ... Natürlich gehört dazu auch eine gewisse Einordnung dessen, was man sieht. Mit dem Hintergrund, den man sich erarbeitet hat, kann man viele Dinge sicherlich anders einordnen.»<sup>667</sup> Ähnlich Kristin Kupfer, die sagt: «Ich würde mich schon primär als Berichterstatteerin verstehen, also jemand, der versucht, die Komplexität oder die Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft zunächst einfach darzustellen und dies möglichst facettenreich zu tun. Also möglichst auch mit den unterschiedlichen Gesichtspunkten, unterschiedlichen Meinungen, die es hier zu bestimmten Themen gibt.»

Die individuellen Aussagen konfliktieren nicht mit dem postulierten Selbstverständnis der jeweiligen Medien. Das professionelle Selbstverständnis des Mediums und das des Journalisten sind offensichtlich wechselseitig integrierbar, was einerseits auf eine ideologische Durch-

<sup>665</sup> Interview mit Georg Blume am 03.11.2009 per Telefon.

<sup>666</sup> Interview mit Christiane Kühl am 18.11.2009 per Telefon.

<sup>667</sup> Interview mit Till Fährnders am 20.10.2009 in Peking.



lässigkeit der untersuchten Medien, andererseits auch auf die Anpassungsfähigkeit der Journalisten hindeutet.

Peter Sturm von der FAZ argumentiert allerdings, dass es einen Grundkonsens zwischen Journalist und Medium geben muss: «Jemand, der grundsätzlich eine andere Auffassung von Journalismus hat oder eine grundsätzlich völlig andere politische Grundhaltung vertritt, wird hier nicht arbeiten wollen und auch nicht arbeiten.» Und auch Frank Sieren sieht, dass Korrespondent bzw. Redakteur und Medium vom Berufsverständnis her in gewisser Weise zueinander passen (sollten): «Das hat ja nicht nur mit Haltung zu einem Land zu tun, sondern auch mit der Mentalität des Journalisten. Es gibt eben Menschen, die provozieren gern und hauen gern auf die Pauke und schreiben dann entsprechende Artikel. Und ich sag mal spitz: In anderen Medien [als der ZEIT] sind die besser aufgehoben.»

### *Stellenwert der Auslandskorrespondenten im redaktionellen Prozess*

Da die Auswahl der Korrespondenten und ihre Sozialisation im Medium bei den hier untersuchten Medien recht intensiv verlaufen, wird ihnen von Seiten der Redaktionen auch eine hohe Kompetenz zugebilligt. Ariane Reimers meint: «Wenn mir mein Korrespondent etwas erzählt, dann wertschätze ich das auf eine ebenso hohe Art, wie wenn mir dpa das erzählt.» Bei der Tagesschau würde aber in jedem Fall mit dem Zwei-Quellen-Prinzip gearbeitet, wobei neben dem eigenen Korrespondenten auch noch von anderer Seite eine Bestätigung der Faktenlage oder Einschätzung kommen sollte. Aber im konkreten Fall zähle doch der Korrespondent, so Jochen Graebert: «In der Regel sind das Abstimmungsprozesse, die laufen extrem konzentriert und sachlich, und wenn ich als Korrespondent hier sage, ich gebe euch Brief und Siegel, damit liegt ihr falsch, dann akzeptieren die das.»

Etwas anders verhält es sich beim Focus, sagt Gudrun Dometeit: «Die Expertise des Auslandskorrespondenten gilt beim Focus als nicht so wahnsinnig hoch. Das Auslandsressort ist relativ stark im Vergleich zu den Auslandskorrespondenten. Es wird hier auch viel verändert, zusammengeschrieben, dazu recherchiert und so weiter.»

Insgesamt ist überall das Interesse an einer Diversifizierung der Korrespondentenperspektive da. In der taz sagt Sven Hansen: «Er ist der Korrespondent. Das heißt, das Gros der Texte kommt vom ihm und ich greife in den Tenor seiner Texte nicht ein. ... Ich bin nicht sein Zensor. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass ich manchmal Texte mit einem anderen Tenor schreibe und wir versuchen, beides ins Blatt zu tragen.» Auch im SPIEGEL sagt Andreas Lorenz: «In den letzten zehn Jahren ist China interessant geworden für die Hamburger Reporter. ... Jetzt schicken andere Ressorts auch ihre eigenen Leute her, um bestimmte Themen zu machen, insbesondere aus dem Ressort Gesellschaft, aber auch vom Sport, weniger aus der Kultur ... Sie bereiten Themen anders auf als wir Korrespondenten – und das ist auch teilweise von der Chefredaktion gewünscht.»

Trotz Diversifizierung ist die Stellung des Auslandskorrespondenten in den untersuchten Medien sehr hoch und seine Vor-Ort-Perspektive wird geschätzt. Kaum jemand beklagt sich, dass die eigenen Themenideen nicht durchgesetzt werden könnten. So sagt Till Fährnders über die FAZ: «Dass ein Thema nicht durchkommt, das kenne ich eigentlich überhaupt nicht. Ich habe das Gefühl, dass so viel Interesse an China-Themen ist, dass alles durchkommt, wenn es ein gut überlegtes Thema ist. Vielleicht liegt es auch an meinem Arbeitsprozess, dass ich sehr viel Zeit darauf verwende, mir zu überlegen, was ist eigentlich ein gutes Thema.»

Hier wird aber auch klar, dass das Verständnis des Korrespondenten von einer guten Story und das Verständnis des Mediums von einer guten Story annähernd deckungsgleich sein sollten bzw. ein Anpassungswille auf Seiten der Korrespondenten vorhanden sein muss, um diese Art von Konsens über die Themensetzung herstellen zu können.

Andreas Lorenz deutet zumindest an, dass durchaus Rückkopplungsprozesse durch ein innerdeutsches Inter-Media-Agenda-Setting existieren, die sich auf seine Autonomie und Themenauswahl auswirken und denen er sich gegebenenfalls anpassen muss: «Meine Chefs oder die Kollegen sagen dann: Kannst du nicht darüber was schreiben? Die holen sich meistens ihre Informationen aus der Süddeutschen oder aus dem Abendblatt und sagen: Ach, das ist ja interessant, warum haben wir das nicht? Es gibt aber auch die umgekehrte Reaktion, wenn ich was vorschlage: Nee, das haben wir ja schon in der Süddeutschen gelesen. Es ist so ein bisschen irrational. ... Nachrichtenagenturen sind da meistens nicht die Themensetzer, aber die anderen Zeitungen. Fernsehen ist auch wichtig. Ja, bunte Bilder wirken auch auf die Redaktionen ...»

### *Asienredakteure*

Um solch einem eher erratischen Prozess der Themenauswahl nicht zu viel Raum zu geben und mit eigener Expertise auch eigene Schwerpunkte setzen zu können, organisieren fast alle untersuchten Medien die Auslandsberichterstattung so, dass sie sich neben den Korrespondenten spezifische Politikredakteure leisten, die einzelne regionale Räume betreuen. Für das Berichterstattungsgebiet China ist in der Regel ein/e Asienredakteur/in zuständig, wobei von diesen Journalisten je nach redaktioneller Kapazität weitere regionale Räume mit betreut werden müssen bzw. «Asien» einen unterschiedlichen geographischen Zuschnitt erfährt.<sup>668</sup> Peter Sturm, Asienredakteur der FAZ, erläutert das Modell so: «Wir halten es generell so, dass alle Korrespondenten im Inland und im Ausland feste Ansprechpartner hier in der Zentralredaktion haben. .... Das hat den großen Vorteil, dass der Korrespondent seinem Ansprechpartner am Telefon nicht jeden Morgen die Welt neu erklären muss, sondern dass ein

<sup>668</sup> Teilweise gehören Afghanistan und Pakistan zum Aufgabenbereich Asien, teilweise nicht. Ebenso verhält es sich mit Japan, Südostasien oder Australien/Ozeanien.

gewisses Grundverständnis hier von vornherein vorhanden ist. Dass es also nur bestimmter Stichworte bedarf, um gleich zu wissen, woran man ist. Das fördert weiterhin den Ideenfluss in beiderlei Richtungen. ... Unsere Aufgabe hier ist auch, den Gesamtüberblick über das tägliche Nachrichtenaufkommen zu haben und dann der Begeisterung des Korrespondenten an bestimmten Tagen auch mal kontrollierten Einhalt zu gebieten. .... Gegenüber der Restredaktion bin ich aber sozusagen Lobbyist für Asien.» Till Fähnders, FAZ-Korrespondent, bestätigt denn auch: «Man tauscht sich so viel aus, also mit Herrn Sturm spreche ich fast jeden Tag. ... Es gibt auf jeden Fall ein Verständnis für die Schwierigkeiten, die man teilweise in China hat, wie die Informationsbeschaffung. Das Verständnis ist einfach da.»

Auch in der taz gibt es mit Sven Hansen einen dezidierten Asienredakteur, der diese noch bestehende regionale Aufteilung als «Luxus» bezeichnet.

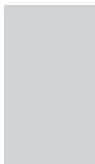
Die SZ hat laut Stefan Kornelius auch eine Aufteilung nach Weltregionen im außenpolitischen Ressort, wobei der asiatische Raum durch Personalfluktuierungen im Untersuchungszeitraum nicht wirklich abgedeckt war. Hier fungiert Ressortleiter Kornelius selbst als Ansprechpartner der Korrespondenten sowie als Kommentator und Analyst zu China-Themen.

Ähnlich verhält es sich im SPIEGEL, wo die Abstimmung der Korrespondenten in der Regel mit dem Ressortleiter Ausland stattfindet, der auch Einfluss auf die an China angelegten Perspektiven nimmt. In der ZEIT und im Focus gibt es wiederum eine regionale Aufteilung. Beim Focus ist die ehemalige Moskau-Korrespondentin Gudrun Domenteit für Osteuropa und Asien zuständig. Auch in der ZEIT wurde die studierte Sinologin Angela Köckritz 2007 als Politikredakteurin mit Asienswerpunkt eingestellt.

In der Tagesschau ist ein Konzept von Regionalredakteuren laut Ariane Reimers «nicht durchhaltbar, durch den Schichtdienst, durch die Vielzahl der Sendungen. ... Klar betreue ich so auch Dinge, von denen ich nicht so viel Ahnung habe, und dann gehe ich die eher aus der Zuschauerperspektive an. ... Gefährlich ist das natürlich auch, weil es kein Korrektiv gibt, das den Korrespondenten sagt: «Entschuldigung, was du da gerade machst ist Murks und das ist nicht richtig.»«

Jutta Lietsch beklagt genau das zunehmende Fehlen dieser Korrekturfunktion bei etlichen Printmedien: «In vielen Redaktionen werden jetzt die Politikredaktion und die Auslandsredaktion zusammengeworfen. Da sind gar keine Fachleute mehr. ... Das Abstruseste, was in Deutschland im Augenblick passiert ist, dass in Zeiten der Globalisierung, wo alle drüber sprechen, dass sich die Welt verändern wird, dass sich die Beziehungen und die Machtverhältnisse verändern werden, dass diese Zeitungen immer mehr Fachleute einsparen und sagen, man kann das mit Generalisten in den Politikabteilungen und Newsdesks abfangen. Das ist ein großes Problem, was auch dazu führt, dass oft einfach Irrtümer und Fehler erscheinen.»

 Insgesamt ergibt sich das Bild, dass zumindest die hier untersuchten Printmedien mit spezifischen Regionalredakteuren versuchen, ihre



China-Berichterstattung zu stärken und zu professionalisieren. Dies bringt zum einen eine kenntnisreichere Behandlung Chinas mit sich, die so bei anderen regionalen Medien nicht zu erwarten ist, und führt durch die unmittelbare Konnektivität in die Redaktionen zu einer Aufwertung und Erleichterung der Arbeit der Korrespondenten.

### 4.2.3 Arbeitsorganisation

Als übergeordnete Variable beeinflusst vor allem das weiter oben beschriebene Selbstverständnis und die konzeptionelle Ausrichtung des Mediums die Vorauswahl von Themen und deren Aufbereitung, was wiederum mit einer spezifischen Redaktionsstruktur einhergeht. Diese prägt auch die täglichen Arbeitsroutinen, die zur letztendlichen Themenauswahl führen und hier beschrieben werden sollen.

In der Tagesschau erfolgt die Auswahl der Themen und deren Aufbereitung nach klar strukturierten Vorgaben entlang von Überlegungen der Nachrichtenrelevanz: «Es gibt ein Planungsteam, das den ganzen Tag überlegt, welche Themen gibt es, wer kann sie realisieren und mit welcher Güte. Die stellen das dann auf einer der zahlreichen Konferenzen vor, und zwar beim Chef ‘Struktur’ der Tagesschau. Und die Chefs haben natürlich auch Agenturen gelesen, orientieren sich daran und fragen natürlich nach. ... Und das Sendeteam kümmert sich dann um die inhaltliche Betreuung des Ganzen. Die Redakteure dort sprechen mit dem Korrespondenten nochmal genau den Film ab.» Das Ziel dieser sehr strukturierten Arbeitsorganisation bei der Tagesschau ist es, die objektiv beste Nachrichtenauswahl zu treffen sowie diese in möglichst neutraler, von subjektiven Einschätzungen freier Form zu präsentieren.

Nichtsdestotrotz ergeben sich manchmal Schieflagen in der Gewichtung von Ereignissen, die laut Ariane Reimers wiederum mit den Arbeitsprozessen zusammenhängen: «Manchmal liegt es an ganz banalen Dingen. ... Warum hat man sich mit einem Thema überproportional heftig beschäftigt? Oft ist die Antwort, weil in der Woche auch nichts anderes los war. Da ist innenpolitisch nichts passiert, es ist z.B. keine Bundestagssitzungswoche, die landespolitischen Ereignisse sind eher mager, in der Wirtschaft passiert auch nichts. Und wenn in so eine Woche zum Beispiel eine Katastrophe fällt, dann richtet sich alle Aufmerksamkeit darauf, auch weil der Platz da ist.»

Im SPIEGEL und Focus erfolgt die Absprache von Themen und Beiträgen in der Regel zunächst bilateral zwischen Korrespondent und Asienredakteur bzw. Ressortleiter, bevor sich die Diskussion dann auf hierarchisch höhere Ebenen verlagert. So sagt Gerhard Spörl: «Der Korrespondent ruft an und sagt, ich hätte da eine Geschichte, und dann erzählt er die Geschichte und dann sage ich, das ist doch prima.» Oder es läuft umgekehrt, wie Anja Obst erläutert: «Ich kriege Anfragen aus allen möglichen Ressorts, bspw. Wirtschaft. Die wollen dann vielleicht eine Gegenüberstellung von einer chinesischen Familie mit einer deutschen hinsichtlich Einkommen und Lebenssituation. Und dann liefere ich

eben etwas zu.» Die geplanten Beiträge werden dann in den Hierarchien der einzelnen Häuser diskutiert, wie beim SPIEGEL: «In diesem Haus sind ja ständig Konferenzen zwischen Ressortleitern und der Chefredaktion, und das ist so wie der Wal, der alles immer durchspült. Blätter werden auch durch Austausch zusammengestellt.»

In den Wochenmedien wird zudem auf redaktioneller Ebene intensiv an den Texten gearbeitet. In der ZEIT, so Angela Köckritz, wird «jeder Text zunächst noch mal von zwei Leuten gelesen. Meistens sagt der erste, das hätte ich gern noch anders und es wird noch mal neu gemacht, dann liest es der zweite. Dann lesen auch noch die Ressortleiter die Texte. Also, wenn jemand wirklich Pech hat, dann kann es sein, dass er noch mal von zwei oder drei Leuten angerufen wird.» Vom SPIEGEL sagt Gerhard Spörl: «Irgendwann gibt es ein Manuskript, das wird vom Ressortleiter bearbeitet und dann wird eine Fahne daraus, dann läuft das durchs Haus. ... Wenn das meinen Schreibtisch verlassen hat, dann hat es eigentlich eine Form angenommen, von der ich meine, dass sie gedruckt werden soll. Aber die Chefredaktion kann immer noch sagen, da fehlt mir noch ein Absatz oder meinen Sie nicht, dass man das noch anscharfen oder abschwächen muss. Das gibt dann einen Diskussionsprozess. Das kann vorkommen. ... Dann bekommen es die Bildredaktion, das Layout und die Dokumentation. Das ist die Magazin-Maschine, die dann in ihre einzelnen Betriebsteile zerfällt. ... Das ist ein ganz normaler Prozess. Den gibt es immer, bei einer Zehn-Zeilen-Meldung genauso wie bei einer 40-Blatt-Geschichte.» Ähnliches gilt auch für den Focus.

Die Korrespondenten bewerten die Ergebnisse dieses Durchlaufs und die redaktionellen Einflüsse generell positiv, was wohl vor allem mit ihrem recht hohen Status im Medium zusammenhängt. Frank Sieren in der ZEIT empfindet die Anfragen der Redaktion oft als «sehr, sehr gute Ratschläge. Die Kollegen der Redaktion kennen manchmal die Erwartungen der Leser besser als der Korrespondent, der wiederum die Zusammenhänge in China besser kennt. Insofern ist das im besten Fall eine fruchtbare Diskussion, aus der ein guter Artikel entsteht.» Jochen Graebert ergänzt: «In 80% der Fälle hat das, was die Redaktion sagt, einen Sinn. Ich gehe nicht immer auf deren Anmerkungen ein; es passiert sogar häufig, dass ich nein sage. Aber in der Regel denke ich darüber nach und komme da manchmal zu noch anderen und vielleicht auch besseren Lösungen.»

In Wochenmedien sind häufig auch mehrere Autoren an einem Beitrag beteiligt: Andreas Lorenz vom SPIEGEL erläutert das mögliche Vorgehen: «Entweder setzt man sich gemeinsam hin und schreibt das Ding zusammen. Und dann diskutiert man aus, was man von der einen Sache hält und wie man die andere Sache gewichtet. Oder es werden Texte an unterschiedlichen Orten geschrieben. Also mein Kollege schreibt seinen Teil und ich schreibe meinen Teil und dann wird verabredet, wer den Teil zusammenschreibt. ... Oder die dritte Möglichkeit ist: Einer liefert zu. Zulieferung heißt, ich schreibe nur auf, was ich weiß. Ich schreibe es nicht in Artikelform, sondern ratter das so runter.» Der Aspekt

der Zulieferung ist beim Focus recht stark ausgeprägt. Bei diesen Texten ist es laut Anja Obst dann auch «ganz selten, dass da mein Wortlaut auch tatsächlich erscheint. Ich könnte das auch in Stichworten schreiben, so dass die in der Redaktion wissen, wie es hier ist. Die schreiben das dann auch zusammen.» Selbst bei eigenen Texten werde «je nach Redakteur da auch immer sehr viel redigiert».

Insgesamt zeigt sich also bei den Wochenmedien und der Tagesschau ein hierarchisierter Arbeitsprozess, bei dem die Asienredakteure bzw. Ressortleiter als wesentliche Instanzen zwischen Korrespondent bzw. Autor und dem fertigen Beitrag fungieren, aber die Chefredaktion ein starkes Mitspracherecht hat.

In den Tageszeitungen laufen Auswahl- und Redigierprozesse sehr viel schneller und weniger hierarchisiert ab. Andererseits sagt auch Stefan Kornelius: «Der Entscheidungsprozess darüber, was im Blatt landet, ist ja ein ganz vielfach gestaffelter, das geht über den Kopf des Korrespondenten, zum Ressort, das eine hohe Affinität hat zu den Themen, über die Konferenzen, die Zwänge, die sich aus Blattgröße und Blattstruktur ergeben, bis hin zu ganz banalen Dingen: Kann es überhaupt einer machen heute, wer hat Zeit, stimmt die Mischung, also da gibt es viele Kriterien, die bei ganz schnellen Entscheidungsabläufen eine Rolle spielen. Das ist der Blattmacherprozess, der täglich stattfindet, für den ich keine goldene Formel habe, sonst könnte man sich den großen Redaktionsapparat sparen.»

In der FAZ läuft die Themenabsprache zumeist über den Asienredakteur, der die Regionalthemen dann in der Redaktionskonferenz verteidigt: «Die Themenabsprache ist meistens zeitlich vor allen Konferenzen, und dann trage ich bei der Konferenz um 11 Uhr vor, was heute aus Asien kommt. ... Und die fertigen Texte, die kommen dann, je nachdem, wie nachaktiv die Korrespondenten sind, zwischen 12 und 15 Uhr, und in der Zwischenzeit sind die Seiten so weit vorgeplant, dass ich sehe, wo steht der Text, wie viel Spalten, und wenn dann nicht zwischenzeitlich noch irgendetwas dazukommt, was unbedingt in die Zeitung muss, dann bleibt das eigentlich auch bei diesen vorbesprochenen Längen.» Sturm meint dazu, es klinge «jetzt furchtbar romantisch», aber die einzige Hürde zwischen dem Auslandskorrespondenten und dem fertigen Artikel sei sozusagen er als Asienredakteur.

Über die taz sagt Kristin Kupfer: «Man macht da im Vorfeld grobe Themenabsprachen, dann ist die Länge immer wichtig und die Art, ob das eher ein Bericht werden soll oder ein Feature oder manchmal auch ein Kommentar. Die einen fragen auch, was ist jetzt das Neue, das sollte man an den Anfang stellen, und wenn man sich darauf geeinigt hat, dann schreibe ich eben den Artikel, und in der Regel kann ich mich nicht daran erinnern, dass irgendwie einmal der Artikel großartig umgestellt wurde oder dass noch einmal angerufen wurde oder dass gesagt wurde, der Ton ist aber nicht so, wie wir ihn uns vorgestellt haben.»

Auch hinsichtlich der Kommentare in den Tageszeitungen, die alle Befragten klar von der Berichterstattung abgegrenzt wissen wollen, gibt es offenbar eher formale als inhaltliche Entscheidungsprozesse. Stefan Kornelius sagt: «Es wird



ein Kommentarthema vorgeschlagen, und wenn es in die Tagesmischung passt, kommt es ins Blatt, und dann wird eigentlich inhaltlich nicht so sehr diskutiert, dazu fehlt meistens die Zeit.» Ähnlich in der FAZ: «Es findet eine eigene Kommentarkonferenz jeden Tag statt, und da trägt der Nachrichtenchef vor, welche Themen am nächsten Tag in der Zeitung stehen werden. Und dann wird in Gruppe entschieden, welche Themen bekommen die vier zur Verfügung stehenden Kommentärplätze. Und mit der Themenvergabe ist, zumindest wenn es um die Auslandsthemen geht, eigentlich die Autorenfrage auch schon geklärt» – da hier vor allem die Regionalredakteure kommentieren.

Es findet zwar offensichtlich keine oder kaum eine inhaltliche Diskussion zu den Kommentaren statt, nichtsdestotrotz sind sich die Redaktionen bewusst, dass mit der Vergabe des Themas an bestimmte Personen häufig bestimmte Sichtweisen vorhersehbar sind. Je nach Interesse und Möglichkeiten der Redaktion kann es so eine relativ einheitliche genauso wie eine sehr pluralistische Linie zu einem Themenfeld geben. Jutta Lietsch meint, dass gerade die taz da eher «ungewöhnlich ist. In anderen Zeitungen geht es stärker ums Prestige: Wer darf einen Kommentar schreiben? Und die Kommentatoren, das sind die großen Denker. In der taz sind die Möglichkeiten tatsächlich durchlässiger.»

Die Redaktionen sind es zumeist, die Überschriften formulieren sowie Bilder und Bildunterschriften zuordnen. So sagt Anja Obst: «Mit diesen Unterschriften habe ich gar nichts zu tun. Ich bekomme immer nur meinen reinen Text. Die Unterschriften werden dann von der Redaktion gemacht.» Zwar meint Gudrun Dometeit vom Focus: «Die Bilder sollten nur das vermitteln, was auch im Text steht, ebenso natürlich die Bildunterschriften. Bei den längeren Titelgeschichten, da kann es zu Arbeitsteilungen kommen. Und da kann es auch mal zu unterschiedlichen Gewichtungen kommen. Das ist aber dann, wenn man so will, ein redaktioneller Fehler, denn das sollte eigentlich aus einem Guss sein.» Problematisch ist dies oft weniger in den Zeitungen, wo Asienredakteure die Texte aufbereiten, als dort, wo Redakteure mit weniger Hintergrundwissen die Texte bearbeiten. So sagt Jutta Lietsch: «Ich schicke einen Artikel an eine Nachrichtenagentur und sehe dann hinterher, dass jemand das redigiert hat, der keine Ahnung von China hat. Der sieht: «die autonome Region Xinjiang» und denkt: Das hört sich immer so komisch an, also macht er Provinz draus. ... Und das ist ja nichts Politisches. Das sind nicht böser Wille oder irgendwelche unerschweligen Dinge. Und der hat auch nichts gegen autonom oder Region. Der findet das nur zu lang. ... Ebenso in einer anderen Zeitung, für die ich 2008 eine Serie gemacht habe. Die Kollegen da wollten die unter die Überschrift «Die gelbe Gefahr» stellen. Ich hab das glücklicherweise noch gesehen. Hab dann schnell angerufen und gesagt: «Meiner Ansicht nach ist das eine ganz schlechte Idee. Die Leute als Gelbe oder gelbe Gefahr zu bezeichnen, da fühlen die Leute in China sich doch sehr beleidigt.» Und da sagten die: «Ach wirklich? Das wussten wir gar nicht.» Die hatten gar kein Gefühl dafür.»



Insgesamt ist die Arbeitsorganisation durch die selbstgegebenen Strukturen bestimmt und steht für eine pragmatische Umsetzung des



postulierten Selbstverständnisses. Die Themenauswahl und -aufbereitung wird durch den Einbezug von Korrespondenten und Asienredakteursexpertise professionalisiert und durch die relative Freiheit der Ressorts diversifiziert. Teilweise hierarchische Elemente wie die Chefredakteurskontrolle oder die Kommentarvergabe können zwar für eine Einheitlichkeit bzw. Perspektivenverengung in der Betrachtung bestimmter Themen oder Diskurse sorgen, treten aber laut Aussage der Interviewten nicht in den Vordergrund der Arbeitsorganisation.

#### 4.2.4 Redaktionelle Aushandlungsprozesse und politische Tendenz

Ideologische Tendenzen oder politische Ausrichtungen für das Gesamtmedium festzulegen, ist zumindest nach Aussage der Befragten nicht wirklich möglich, sondern am ehesten noch an einzelnen Personen festzumachen. So meint Andreas Lorenz über die unterschiedliche Aufbereitung von China-Themen in den untersuchten Medien, dass vor allem die Korrespondenten für eine unterschiedliche Berichterstattung stehen: «Lesen Sie die taz, lesen Sie die ZEIT! In der taz ist es jetzt in 2009 anders, weil eine andere Korrespondentin dran ist. Aber vorher. ... In anderen, in der Süddeutschen ist es sehr viel kritischer. Der SPIEGEL ist da sehr viel kritischer. ... Aber selbst im SPIEGEL haben wir eine Vielfalt, so dass auch einer hierher kommen und «das goldene China» beschreiben kann. Und ich werde gar nichts dagegen tun können. Genauso, wie ich nichts tun kann gegen «Angriff aus Fernost». Auch Peter Sturm argumentiert, dass die FAZ «sicherlich eine, sagen wir mal, konservative Grundtendenz hat, aber die äußert sich dann in der Haltung zu Einzelfragen. ... Und da gibt es dann im Haus auch ein durchaus beachtenswertes Spektrum an Meinungen, was sowohl in den beiden Meinungsartikeln auf Seite eins jeden Tag zum Ausdruck kommen kann als auch in den unterschiedlichen Teilen der Zeitung. Das Feuilleton ist ja sowieso von seiner ganzen Anlage her eigentlich ein Debattenressort, ein Meinungsressort, und da kommt sehr vieles auch von Fremdautoren in die Zeitung.» Ebenso gibt es in der SZ laut Stefan Kornelius: «Keine Zeitungslinie, die Zeitung lebt von ihrem Meinungsspektrum. Trotzdem muss sich die Meinung auch in einem Rahmen bewegen, also wir lassen keine extremistischen Meinungen zu.» Und auch in der taz, sagt Sven Hansen, «gibt es bei einzelnen Redakteuren oder einzelnen Journalisten eine Linie, aber nicht im Blatt oder so. Wenn ich irgendwas schreibe, dann schreibe ich das so, weil ich dieser Meinung bin und nicht weil wir das hier morgens diskutieren.» Die ZEIT sieht es als ihr dezidiertes Selbstverständnis «Debatten anregen zu wollen». Zusammenfassend argumentiert Gerhard Spörl: «die guten Blätter sind politisch unorthodox und nicht so richtig berechenbar. ... Die Blätter müssen eine kraftvolle journalistische Identität haben, nicht eine politische. Das Politische ist ein Nebenprodukt. Wenn Sie Stimmungsblätter machen, dann gehen Sie unter.»

Insgesamt sehen die befragten Korrespondenten denn auch kaum inhaltliche Bevormundung: «Jeder hat das Recht, das so aufs Papier zu bringen, was er

meint», sagt Andreas Lorenz, und Georg Blume ergänzt: «Natürlich gibt es andere Meinungen, auch in den Redaktionen, aber ich habe das Gefühl, dass ich da meine Meinung trotzdem unterbringen konnte.» Die Befragten empfinden eine Kontroverse bzw. Meinungspluralität zudem häufig als Bereicherung, wie Kristin Kupfer sagt: «Ich bin dafür, dass eine Zeitung pluralistische Ansichten abdruckt und man als Leser nicht das Gefühl hat, dass im Kommentar genau das wiedergekaut wird, was auch in dem Bericht steht.» Auch in der ZEIT sei das so gewollt, sagt Frank Sieren und bringt ein Beispiel: «Ein Kollege ist eher der Überzeugung: «Die Leistung des Landes soll man nicht unterschätzen.» Ein anderer wiederum glaubt: «Die transatlantische Wertegemeinschaft wird immer stärker sein als alles, was aus Asien kommt.»«

Der Focus, der außer Helmut Markworts Tagebuch und Harald Schmidts Kolumne keine ausgewiesenen Meinungsbeiträge hat, setzt stärker auf Neutralität als auf Debatte. Gudrun Dometeit betont: «Ich glaube, was das Auslandsressort angeht, sind wir da alle recht neutral und legen kritischere Haltungen gegenüber allen Ländern und keinen, sozusagen, an den Tag. Es gibt möglicherweise von Seiten der Chefredaktion kritischere Haltungen gegenüber einzelnen Ländern. Aber inhaltliche Einmischungen sind selten, sagen wir es mal so. Was China angeht, habe ich persönlich noch keine Einmischung erlebt.»

In der Tagesschau ist es laut Ariane Reimers der dezidierte «Anspruch, ganz neutral zu bleiben, sich nicht von Stimmungen leiten zu lassen». Am ehesten könnten da noch die Korrespondentenbeiträge Stimmungen präsentieren. Aber, so Jochen Graebert: «Die Tagesschau ist eine sehr konservative Redaktion, d. h. es darf keine Kommentierung, keine Wertung usw. drin sein.» Ein Aufsager am Ende des Beitrags sei deshalb «eine gefährliche Angelegenheit für die Tagesschau. Er muss erstens genehmigt sein, zweitens muss der Text abgeglichen sein. Und da ist es in der Regel so, dass die Redaktion ihn abschwächen will. Sowohl in der Tibet-Krise als auch in einigen anderen Fällen war ich der Meinung, eine deutlichere Sprache ist wichtig, einfach weil der Zuschauer das sonst nicht versteht. Irgendwann muss man sich ja entscheiden und dann auch klare Worte finden, und da ist die Tagesschau eher vorsichtiger. Es hat noch nie den Fall gegeben, dass die gesagt haben, mach es doch mal ein bisschen pfeffriger, sondern es war eher so – nicht häufig, nur während der Tibet-Krise ein-, zweimal – dass sie gesagt haben: «Ging das nicht ein bisschen weit?»«

Die organisatorisch bedingten Aushandlungsprozesse werden von den Befragten also im Wesentlichen als harmonisch beschrieben und darauf verwiesen, dass in den untersuchten Medien eine pluralistische bzw. neutrale, professionelle und akkurate China-Berichterstattung stattfinden kann. Ideologische Tendenzen werden allenfalls an Individuen festgemacht, während den eigenen Medien weitestgehend ein Binnenpluralismus attestiert wird, wenngleich es auch Hinweise auf persönliches Unbehagen und ein Fremdheitsgefühl gegenüber China unter den Redakteuren gibt.

### 4.3 Generelle Einschätzungen und Besonderheiten der China-Berichterstattung 2008

Entsprechend der individuellen Rollenkonzepte, des postulierten Verhältnisses zu China und der Stärke der Aushandlungsprozesse in den eigenen Medien schwanken aber die persönlichen Einschätzungen über die China-Berichterstattung der deutschen Medien, gerade 2008, durchaus.

Anja Obst meint, dass «das schon tendenziell so ist: Wenn Nachrichten aus China sind, dann sind sie schlecht. Es ist selten, dass wir zum Beispiel mal über hiesige Forschungsergebnisse geschrieben haben, das wird dann allenfalls so ein kleiner Absatz. Oder wenn hier jemand ein Gerichtsverfahren gewinnen würde, von dem man vorher dachte: Das wird doch nie was. Das wäre wahrscheinlich gar nicht so interessant. ... Aber ich glaube, das ist insgesamt die Tendenz [bei der Auslandsberichterstattung]. Oder lesen Sie viele gute Nachrichten aus Afrika?»

Andere widersprechen. Gerhard Spörl kann thematische Einseitigkeit nicht sehen: «Die großen Veränderungen auch zum Besseren, das Freiwerden von hundert Millionen von Menschen aus Armut, diesen gewaltigen historischen Fortschritt, das haben wir brav gewürdigt.» Auch Andreas Lorenz sagt: «Wir beschreiben ja das moderne China. Es geht den Leuten besser, sie haben mehr private Freiheit. Die Autobahnen, die Flughäfen, die lebendige Kultur – all das wird beschrieben.» Im Vergleich mit anderen Regionen hat Gudrun Dometeit auch eher das «Gefühl, dass die China-Berichterstattung trotz Berichten über Menschenrechtsverletzungen wohlwollender oder ausgewogener und eher von Neugierde geprägt ist als die Russland-Berichterstattung, wo Sie ja fast immer kritische Geschichten haben über Putin, über Regierungsentscheidungen, über die Wirtschaftslage. Wenn dagegen über die chinesische Wirtschaft berichtet wird, klingt das fast immer positiv. Da steckt meist dieser Tenor vom enormen Aufstieg und Fleiß der Chinesen drin. ... Diese Bewunderung, die da mitschwingt, finde ich aber erstaunlich. Ich finde das nun nicht unbedingt gedeckt von den realen Verhältnissen, denn China ist und bleibt ein autoritär regiertes Land. Das sollte man nicht vergessen.»

Georg Blume verweist dagegen darauf, dass er diese Betrachtung für zu wenig an der Lebenswirklichkeit der Chinesen ausgerichtet hält: «Viele Berichte kamen ja gar nicht aus China, sondern wurden einfach über China geschrieben und haben diese allgemeine Kritik, China verletze Menschenrechte und sei sozusagen ein diktatorisches Regime, einfach reproduziert. Ich glaube, dass viele Chinesen darüber eine ganz andere Einschätzung haben als wir und dass dies in der Berichterstattung einfach viel zu kurz kam.» Kristin Kupfer findet, dass die Themenauswahl «eine Frage der Balance ist. Es gibt auch noch andere Themen und Entwicklungen in China, wo sehr viel Dynamisches aus der Gesellschaft heraus passiert, [die vorkommen sollten]. Und wenn man Themen wie Menschenrechte anspricht, ist das immer auch die Frage, wie man das macht. ... Mir fehlt da die Binnenperspektive. Die Art und Weise der Präsentation ist immer noch sehr belehrend.» Frank Sieren wiederum hat manchmal den Eindruck, bei

der aufgeregten China-Berichterstattung «wird so nach dem Motto verfahren: Wenn wir auf diesen Sack draufschlagen, dann trifft es schon den Richtigen. Diese Pauschalkritik führt dazu, dass die Reformer in China, die unseren Werten gegenüber aufgeschlossen sind, enttäuscht und brüskiert werden und sich abwenden. Damit schaden wir der Überzeugungskraft unserer eigenen Werte, weil wir mit zweierlei Maß messen.»

Gerade die vorolympische Berichterstattung hat stereotype Wahrnehmungsmuster auch verschärft. Jochen Graebert sagt: «Olympia hat einen politischen Kontext und wird ja auch entsprechend vergeben. Und deshalb glaube ich, dass es völlig berechtigt war, sich China nun ganz genau zu widmen. ... Ich denke auch an die Olympiade in Sydney 2000. Damals ist Australien viel kritischer unter die Lupe genommen worden – ein Land wie Australien, das im Grunde gar keine politische Relevanz hat! Dass ein Land wie China vor Olympia sich einem ganz anderen TÜV unterziehen muss als zu Normalzeiten, das ist doch völlig logisch. ... Das hat natürlich den Fokus auf die Menschenrechtslage im Land gelenkt. ... Aber allein die Idee, dass wir im Vorfeld von Olympia nicht auch die Schönheiten und Kultur des Landes in vielen Facetten vorgestellt hätten, ist geradezu abwegig.» Graebert und Lorenz weisen auch darauf hin, dass dieser «TÜV», dem sich China in der Berichterstattung unterziehen musste, auf einer Erwartungshaltung beruhte, die von den Chinesen selbst geweckt worden sei: «Die haben im IOC versprochen: politische Reformen. Vielleicht haben wir etwas anderes darunter verstanden, aber es ist ein Wandel nachzuweisen. Und die chinesischen Funktionäre und Wissenschaftler, mit denen wir gesprochen haben, haben selbst gesagt: Vielleicht bringen die Spiele eine Öffnung. Wir haben eigentlich nicht nur unsere, sondern auch die Erwartungshaltung eines Teils der Bevölkerung wiedergegeben.»

Die Journalisten ziehen aus diesem vorolympischen Hype heraus aber eine unterschiedliche Bilanz über die Breite der Themensetzung und deren diskursive Aufbereitung. Kristin Kupfer sagt: «Ich würde jetzt nicht sagen, dass es da nur um Politik und Menschenrechte ging, sondern vielleicht die eine Hälfte Politik und Menschenrechte, die andere Hälfte Sonstiges, wie Alltag, Soziales, Kultur, Sport. Jedenfalls, wenn ich von meiner eigenen Berichterstattung ausgehe.» Ebenso meint Till Fähnders: «Ich habe den Eindruck, dass durch Olympia eher relativ viel berichtet und abgedeckt wurde. Ich habe nicht das Gefühl, dass viel zu kurz gekommen wäre.» Angela Köckritz resümiert: «Ich glaube, das war auf der einen Seite ganz gut, weil man wirklich mal so einen richtig breiten Input hatte, und auf der anderen Seite war aber schon fast wieder eine Übersättigung zu spüren durch die unglaublich vielen Journalisten, die das Terrain durchkämmten. Es gab da so eine komisch aufgeheizte Stimmung: Jeder hat nach jedem Pro-Tibet-Aktivistengeguckt, der auf einen Laternenpfahl raufklettert. ... Zugleich gab es aber auch viele Reisegeschichten und Beiträge im Feuilleton.»

Nichtsdestotrotz meint sie kritisch: «Ich rede jetzt gar nicht über die ZEIT, sondern sage meine persönliche Meinung über die generelle Berichterstattung. Ich finde, die China-Berichterstattung ist gerade in letzter Zeit ein Gespräch mit

uns selbst. Es geht einfach nur noch darum, wie wir China sehen und ob wir jetzt Befürworter oder Gegner sind. ... Da schleift sich so eine Debatte ein.» Und auch Christiane Kühl findet: «Der Fokus auf diese Debatte war so groß, dass man über die normalen Sachen, die sonst am Wegesrand so aufgesammelt werden, nicht mehr berichten konnte, weil jedes der Ereignisse 2008 immer direkt mit dem System an sich in Verbindung gebracht wurde. Zum Teil berechtigt, zum Teil auch nicht. Aber es wurde bei all diesen Ereignissen tatsächlich immer diese Grundsatzfrage aufgeworfen.»

Insgesamt gibt es durchaus Selbstkritik der deutschen Journalisten an der Berichterstattung der deutschen Medien, die aber als differenziert verstanden werden will. Vorwürfe der chinesischen Seite, die deutschen Medien berichteten generell tendenziös und abwertend gegenüber China, werden deshalb von allen Befragten unisono als absurd bezeichnet. Eher werfen die Korrespondenten der chinesischen Regierung vor, nach der kritischen Berichterstattung im Vorfeld der Olympiade wieder verstärkten Druck auf sie aufbauen zu wollen.<sup>669</sup> Diese pauschale Verurteilung von chinesischer Seite führt auch dazu, dass die Selbstkritik innerhalb der deutschen Medien weniger verbalisiert wird. Stattdessen wird verstärkt auf die Abgrenzung des westlichen Journalismusverständnisses gegenüber dem chinesischen und die Problematik der Arbeitsbedingungen in China als Gründe für eine bestimmte Berichterstattung verwiesen.

#### 4.4 Arbeitsbedingungen in China

Bisher wurden die Selektionskriterien näher beleuchtet, die auf gesellschaftlicher und institutioneller Ebene in Deutschland relevant sind. Allerdings spielen gerade bei der Auslandsberichterstattung und noch stärker bei der Berichterstattung aus anderen politischen Systemen die gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen im Berichterstattungsland eine wesentliche Rolle. Für die Korrespondenten selbst haben sich zwar die Arbeitsbedingungen mit neuen Bestimmungen im Vorfeld der Olympischen Spiele verbessert. So sind bspw. Reisen innerhalb des Landes weniger formalisiert möglich. Weiterhin ist aber insbesondere der Zugang zu hochrangigen Quellen, aber auch zu einfachen Leuten schwierig, Reisen in die autonome Region Tibet sind stark eingeschränkt und gerade im Vorfeld von Olympia empfanden die Korrespondenten sich und ihre Arbeit unter ungerechtfertigtem Beschuss seitens der chinesischen Öffentlichkeit. Ohne den Einbezug dieser Variablen bei der Bewertung der deutschen

<sup>669</sup> Siehe z.B. Jutta Lietsch: «Hinausgehen und harmonisieren», taz online, 19.10.2009, URL: <http://www.buchmesse.taz.de/1/leben/buchmessetazde/artikel/1/hinausgehen-und-harmonisieren/> sowie Andreas Lorenz: «China wirft deutschen Medien vulgäre Berichterstattung vor», SPIEGEL online, 22.12.2009, URL: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,668523,00.html>.

Berichterstattung, so Angela Köckritz, erkenne man zwar «die Symptome, aber die Ursache fehlt».

Das Grundproblem sieht Jochen Graebert in der systemimmanenten Verslossenheit der chinesischen Führung: «Das ist etwas, was China meines Erachtens bis heute nicht verstanden hat: Sie erwecken immer den Eindruck, dass die Vorgänge im Land das Ausland nichts angehen. ... So bleiben viele Themen unterbelichtet, und das ist für China nicht gut. China hat ja durchaus interessante Standpunkte zur Friedensfrage, zur Klima- und Umweltfrage. Das habe ich fast in jeder Tagesschau und Tagesthemen immer wieder versucht anzumerken. Aber das sind eben zwei Sätze, mehr kann man sich in der Tagesschau nicht leisten, wenn ich nichts im Bild habe. ... Insofern ist die Erläuterung der chinesischen Politik für die Weltöffentlichkeit aus der Sicht der chinesischen Regierung ein PR-Desaster. ... In China gibt es den Sprecher des Außenministeriums, den kennt aber keiner. Wenn ich jetzt konkurriere in der Tagesschau mit anderen Themen und da tritt Obama vor die Kamera und in China dagegen dieses graue Gesicht, das seinen ewigen Kram runterleiert, dann ist das nicht konkurrenzfähig. Und im Zweifel hat die Meldung aus China nicht die Durchschlagskraft wie diejenige aus Amerika oder aus anderen Ländern.»

Für das Fernsehen bekomme er noch nicht einmal Cleanfeeds<sup>670</sup> vom Staatssender CCTV. «Wir waren auch immer bereit zu zahlen, es ist aber nie etwas daraus geworden, immer aus politischen Gründen. Wir haben also keinen Zugang zu chinesischen Fernsehbildern, was natürlich eine Katastrophe ist, weil 80% des Nachrichtenmaterials aus westlichen Ländern aus Networks kommen. ... China verweigert sich dieser Kooperation und kommt deshalb rüber wie Nordkorea. Man denkt jedes Mal, man ist im Reich des völlig Verschlissenen und Intransparenten.»

Auch außerhalb des Fernsehens, das besonders stark auf Elitepersonen und Bilder angewiesen ist, wird der Zugang zu Politikern und hochrangigen Quellen in China sehr kritisch bewertet. Christiane Kühl sagt: «Politiker kann man völlig vergessen. Ich hab mal ein Interview mit dem Provinzgouverneur von Guangdong gemacht. Das war der höchstrangige Politiker, den ich überhaupt getroffen habe.» Gudrun Dometeit ergänzt: «Ich hatte jetzt gerade das allererste Mal den Unterhändler für die Tibet-Verhandlungen, der war im Range eines Vizeministers und macht das schon seit langen Jahren. Das war etwas ganz Ungewöhnliches, und er selber sagte mir, dass er das allererste Mal ein Interview mit jemandem geführt hat.» Andreas Lorenz vom SPIEGEL meint ebenso: «Ein Hintergrundbriefing, wo der Außenminister oder irgendein Abteilungsleiter sagt: Ich erkläre euch jetzt mal, warum wir mit Burma so oder so umgehen. Oder wie wir zur OECD stehen. Das gibt's nicht. ... Die sagen: «Unsere Haltung zu Afrika? Dann lesen Sie doch die Zeitung, da steht's doch.» Das reicht aber für westliche Journalisten nicht aus, sondern wir wollen mehr wissen. Wir wollen Hintergründe wissen. Wir

**670** Cleanfeed bezeichnet ein Bildsignal, das von jeglichen Grafiken, Kommentaren und sonstigen Einblendungen frei ist.



wollen auch die Leute, die Politik machen, beschreiben. ... Das verstehen sie hier nicht oder wollen es nicht, weil sie glauben, das geht in die Interna. Und wenn es um Interna geht, wird es zu einer Machtfrage.» Meistens bleibe einem tatsächlich nichts anderes übrig als auf offizielle Stellungnahmen aus den Ministerien, der chinesischen Nachrichtenagentur *Xinhua* oder den offiziellen Blättern wie der *China Daily* und *Global Times* zurückzugreifen: «Es ist aber nicht dasselbe, als wenn man mit den Leuten selber gesprochen hat. Gesagt haben die das zwar trotzdem, aber man weiß natürlich nicht, was für Filter da dazwischen sind. Man muss es mit Vorsicht genießen und deswegen auch darlegen, wo das Zitat herkommt. Insofern ist das wirklich sehr oft sehr problematisch,» sagt Christiane Kühl.

Hier geht Angela Köckritz weiter, wenn sie über das generelle Verhältnis der chinesischen Führung gegenüber westlichen Journalisten spricht und gleichzeitig auf die möglichen negativen Implikationen für die China-Berichterstattung hinweist: «Wenn man als Korrespondent nach China kommt, dann merkt man, du bist nicht willkommen. ... Wir machen freie Presse, was dort absolut nicht gewollt ist. Man darf zwar aus diplomatischen Gründen dort trotzdem als Journalist arbeiten, aber es wird einem eigentlich immer wieder mehr oder weniger subtil kommuniziert: Du bist der Gegner. Und das bestärkt natürlich auch den eigenen Bias.»

Bei anderen Quellen wie Wissenschaftlern, Managern oder Künstlern gebe es aber durchaus gute Zugänge. Im Gegensatz zur recht einheitlichen Meinung zur Frage des Kontakts mit Politikern haben die Korrespondenten hier unterschiedliche Positionen. Georg Blume sagt: «Ich fand, dass das eigentlich viel besser funktioniert, als man von außen oft den Eindruck hat. ... Das ganze universitäre Milieu Pekings und anderer Städte steht einem sozusagen offen.» Auch Frank Sieren meint: «Es ist auch in Deutschland schwierig, an einen Manager von Siemens heranzukommen, da muss man auch ein bisschen pfiffig sein. Der Vorteil in China ist, dass es noch keine große PR-Routine gibt, die Informationen kanalisiert. In China erfährt man oft gar nichts und trifft dann wieder jemandem, der einem alles erzählt. China ist unkalkulierbarer als Deutschland, aber in beide Richtungen.»

Christiane Kühl gibt ein Beispiel: «Neulich sollte ich etwas völlig Unkontroverses über die chinesische Autoindustrie machen. Kein Mensch wollte mit mir reden. Das ist so ein Bereich, wo ich völlig überrascht war, dass so gemauert wurde, selbst von Analysten und Experten. Andererseits habe ich mal etwas über Biotechnologie gemacht, was ja ein sehr kontroverses Thema war. Die haben alle mit mir geredet. Überhaupt kein Problem. Auch das war völlig überraschend für mich.» Oder Jutta Lietsch spricht über die Uiguren-Unruhen in der autonomen Region Xinjiang im Sommer 2009: «Wir gehen zum Flughafen, und da steht schon ein Mensch vom Außenministeriums-Pressamt und sagt: Sie sind doch Journalisten? Registrieren Sie sich mal. Dann sitzt man schon wieder und sagt: Oh nein! Und dann waren die Leute unglaublich hilfreich. Es war wirklich gegen jede Erwartung. Das war für die auch nicht immer leicht, weil natürlich die



lokalen Funktionäre in Xinjiang ganz andere Vorstellungen hatten. Das ist ja nicht monolithisch, sondern es ist oft völlig unberechenbar.»

Insgesamt machen die Journalisten die Möglichkeit des Zugangs zu Quellen an den behandelten Themen fest. So sagt Till Fähnders: «Es gibt große Unterschiede zwischen als sensibel empfundenen Themen oder ganz alltäglichen Themen, bei denen man sich aus Sicht der chinesischen Regierung oder der Menschen selber nicht in irgendwelche Schwierigkeiten bringen kann. Bei diesen unheiklen Themen ist es eigentlich kein Problem, Gesprächspartner zu finden.» Was genau heikle und nicht heikle Themen sind, sei dabei aber nicht immer leicht zu durchschauen: «Politisch sensible Themen – das ist in China teilweise recht weit gefasst. Das ist im Grunde alles, wo bei Chinesen das Gefühl entstehen kann, dass man als Nestbeschmutzer dastehen könnte, wenn man diese Dinge nach außen trägt und mit den ausländischen Medien spricht.» So werde zum Beispiel das Thema Umweltschutz und Umweltverschmutzung mittlerweile auch in der chinesischen offiziellen Öffentlichkeit recht offen diskutiert. Dennoch, sagt Andreas Lorenz, «versuchen Sie mal, zu einem Staudamm zu fahren, wo ein Dorf untergeht oder wo Leute protestiert haben.» Genauso sei es bei Kritik an lokalen Missständen, da bestehe bei vielen «trotz dieser relativen Offenheit z.B. bei Umweltfragen die Angst, dass man es sich mit den örtlichen Kadern verscherzt.» Zudem würden neue Anweisungen häufig auch von den Provinzkadern einfach ignoriert: «Da kann man dann sogar nochmal intervenieren. Dann ruft man im Außenministerium an und sagt: Erklären Sie den Provinzleuten mal, wie die Regeln sind. Meistens nimmt der Genosse in der Provinz dieses Telefonat aber nicht an.» Der Druck verlagere sich darüber hinaus zunehmend auf die Gesprächspartner, die gerade im lokalen Bereich den Provinzbehörden eher ungeschützt ausgeliefert seien. Und dadurch könne jedes Thema heikel werden: «Die Gesprächspartner werden schon vorher aus dem Verkehr gezogen oder sie werden hinterher besucht und sie kriegen berufliche Schwierigkeiten oder werden bedroht.» Das resultiere darin, «dass die Leute, die noch Angst haben, was zu verlieren, sich dann zurückhalten.»

Der häufig besonders schwierige Zugang führe teilweise dann auch dazu, dass auf diejenigen als Quellen zurückgegriffen wird, die sich tatsächlich auch freimütig äußern. Das sind dann zumeist Dissidenten und Aktivisten, mithin laut Anja Obst «die Leute, die sowieso schon seit Ewigkeiten in der Öffentlichkeit kämpfen und dafür eben auch vieles in Kauf nehmen, die ihre Familie oder sich selbst in Gefahr bringen. Die sind die offensten. Die reden ohne Punkt und Komma.» Für Jutta Lietsch und Andreas Lorenz ist dies nicht «ehrenrührig»: «Wenn keiner reden will, fragt man eben die, die sprechen wollen. Sorry. Und wenn eine Regierung hier kommt und sagt: Ihr habt nur einen beschränkten Ausschnitt. Dann sage ich: Ja. Change it!»

## 4.5 Themenspezifische Selektionskriterien

Zum Abschluss sollen nun noch die in Kapitel 3 erarbeiteten Ergebnisse der Inhaltsanalyse zu den konkreten Themenfeldern Tibet, Menschenrechte, deutsche Beziehungen zu China sowie chinesisch-afrikanische Beziehungen mit den Aussagen der befragten Journalisten in Beziehung gesetzt werden. Dabei treten die oben beschriebenen, auf der Makro-, Meso- und Mikro-Ebene wirkenden Einflussfaktoren je nach Thema in unterschiedlicher Weise zu Tage und werden hier entsprechend herausgestellt.

### 4.5.1 Tibet

#### *Rolle der gesellschaftlichen Diskurse*

Das Themenfeld Tibet war im Jahr 2008 eines der prominentesten Themenfelder in der China-Berichterstattung. In gewisser Weise spielt für diese starke Thematisierung auch das grundsätzliche öffentliche Interesse der Deutschen eine Rolle, wobei die befragten Journalisten einer Tibet-Euphorie eher skeptisch gegenüberstehen, sie aber dennoch als Thematisierungsentscheidung berücksichtigen. Nichtsdestotrotz weisen sie hauptsächlich auf den Symbolcharakter Tibets für den Umgang Chinas mit Minderheiten hin, der sich dort besonders gut veranschaulichen lasse.

Trotz der Betonung des Symbolcharakters zeigt sich in den Aussagen bereits eine spezifische Vorstellung davon, wie China gemeinhin mit Tibet und Tibetern umgeht, die von gesellschaftlichen Diskursen und persönlichen Einstellungen geprägt ist, wenngleich der journalistische Ehrgeiz und der Ethos nach Auskunft aller auch darin liegen, diese Vorstellungen zu hinterfragen und in gewissem Maße zu konterkarieren.

Jochen Graebert argumentiert: «Tibet ist natürlich ein Großereignis, und zwar nicht nur, weil die Tibeter in der romantischen Vorstellung der Westeuropäer so schützenswert sind, sondern auch, weil es die Stabilität eines so wichtigen Landes wie China betrifft.» Auch Angela Köckritz bezieht sich auf den Symbolcharakter: «Der Tibet-Konflikt war einfach auch ein ganz wichtiger Moment, wo sich sozusagen der politische Mechanismus und der politische Wille der Führung offenbart hat. In Tibet kann man sehen, wie eigentlich Politik in China funktioniert.»

Gerhard Spörl vom SPIEGEL meint: «Wir gehören zu denjenigen, die immer gesagt haben, vergesst nicht, dass die chinesische KP nach der Besetzung dieses Land modernisiert hat. Wenn Sie heute durch Lhasa fahren, da sehen Sie einfach, dass es richtige Straßen und richtige Häuser und eine ärztliche Versorgung gibt. ... Es geht aber immer einher mit Unterdrückung, das ist halt so, so ist der Chinese, er unterdrückt auch gerne. Aber wenn Sie nur der Tibet-Seligkeit in Deutschland nachkommen, dann verfehlen Sie einfach einen wesentlichen

Aspekt der Wirklichkeit.» Ariane Reimers meint: «Natürlich ist Tibet ein Sonderpunkt, die allgemeine Stimmung in Deutschland ist sehr tibetfreundlich. Aber ich glaube, dass in den ARD-Medien sehr wohl rausgekommen ist, dass es auch Gewalt von den Tibetern gegenüber Han-Chinesen gegeben hat. Nichtsdestotrotz passiert das alles in einem Umfeld, in dem die Chinesen eine Provinz mit einem Sonderrecht unterdrücken und Leute, wie in anderen Provinzen in China auch, einfach in Lager gesteckt werden. Es ist eben eine Diktatur und Tibet ist eine Sonderzone innerhalb dieser Diktatur.»

Stefan Kornelius von der SZ sieht in dem Konflikt eine «kulturelle Konfrontation, die da stattfindet zwischen Volksgruppen. Dabei ist in unserer Analyse einer der Hauptpunkte zu ergründen, warum es diese Konflikte gibt. Wir berücksichtigen dabei absolut, dass die chinesische Führung Interesse am Zusammenhalt des Staates hat, wir berücksichtigen genauso, dass es um die Minderheitenrechte geht und die Frage, wie man mit Vielfalt umgeht. Ohne dass ich jetzt behaupte, dass unsere Vorstellung von Vielfalt und Multikulturalität und Minderheitenrechten in Deutschland auf China übertragbar ist. Ich bin da kein Schiedsrichter, es gibt keine globalisierte Moral.»

Für Peter Sturm dagegen erfolgt die Bewertung des Tibet-Konflikts dennoch normativer als andere Nationalitätenkonflikte in China: «Ich glaube, das internationale Echo auf Tibet war intensiver und positiver für das Volk dort, als es [bei den Uiguren-Protesten 2009] in Urumqi der Fall war. ... Und daran sind die Uiguren selber schuld – tut mir leid, das so zu sagen – aber die haben ja schon mal Bomben geworfen. Und da gibt es Leute, die man durchaus auch ins terroristische Spektrum einordnen könnte, und das haben wir in Tibet eben nicht. Der Konflikt in Tibet ist zumindest von tibetischer Seite bis dato weitgehend gewaltfrei ausgetragen worden, und die Tibeter können deswegen auf größere Sympathie hoffen. Das ist, glaube ich, in unseren Kommentaren auch zum Ausdruck gekommen.»

### *Zugang zu Tibet*

Die Möglichkeiten, gerade in der Situation der Unruhen im März und April 2008 an Informationen zu kommen, waren nach Auskunft aller Befragten extrem eingeschränkt. Andreas Lorenz sagt: «Tibet war ja schon immer genehmigungspflichtig. Sie konnten auch außerhalb der Krise nicht nach Tibet fahren. Wenn alles schön ist, müssen Sie als Journalist eine Reise beantragen. Und es wird nicht immer genehmigt. ... Auch wenn Sie zum Flughafen gehen, sehen Sie schon, wenn sie einchecken, domestic und Lhasa ist extra. Da gucken die noch mal ganz besonders hin.» Zwei deutsche Korrespondenten, Georg Blume und Kristin Kupfer, haben es als einzige westliche Journalisten direkt nach den Unruhen dennoch nach Lhasa geschafft. Kristin Kupfer meint dazu: «Wir waren auch überrascht, dass wir reingekommen sind, aber das war offensichtlich nur ein kurzes Zeitfenster, da hatten wir einfach Glück.» Über die differenzierten

Darstellungen, die die beiden aus Lhasa liefern konnten, seien die Redaktionen «natürlich superglücklich» gewesen, so Georg Blume.

Alle Befragten sagen unisono, dass die Berichterstattung zu Tibet anders ausgefallen wäre, wenn der Zugang zur autonomen Region für ausländische Journalisten gewährleistet worden wäre, wie Jutta Lietsch sagt: «Wir saßen hier in Peking. Und das vorgefasste Raster bei solchen Unruhen ist: Wer sind die Opfer? Wer sind die Täter? Und wenn man nichts Genaues weiß, dann nimmt man erst mal an, dass die Opfer die sind, die immer Opfer sind. Und die Täter die sind, die immer Täter sind. Also in diesem Fall: Chinesisches Militär haut auf tibetische Mönche ein. Und dann hängt es davon ab, wie schnell Gegeninformationen und klare Bilder kommen. Bei Tibet war das große Problem: Wir mussten von hier irgendwie gucken, wie wir herauskriegten, was da eigentlich passiert ist.» Jochen Graebert argumentiert genauso: «Warum sind die chinesischen Toten in Tibet kein Medienthema gewesen in den ersten Tagen? Weil sie nicht bekannt waren, d. h. sie waren nicht bestätigt. China hat zugemacht. ... Die Bilder haben die erst nach einer Woche freigegeben. Wir bekamen dann vom Staatsrat ausführlich dokumentierte Bilder. Das ist, wenn man so will, ein Mediengau der Chinesen gewesen, der durch die Intransparenz passiert, die normal ist bei Katastrophen und Unruhen in China.»

Christiane Kühl geht auf die Auswirkungen dieser Intransparenz ein: «Die chinesische Regierung hat halt instinktiv wieder alle Fehler gemacht, die man nur machen kann, und damit sofort den kollektiven Verdacht der gesamten Welt auf sich gelenkt. ... Es entwickelte sich so ein Kreislauf von gegenseitigem Misstrauen und gegenseitiger Verachtung, den ich als sehr traurig empfunden habe. Aber den Fehler hat die chinesische Regierung gemacht. ... Man durfte ja nicht nach Tibet fahren. Man durfte einfach auch mit niemandem reden. Es war einfach gar nicht möglich, an das Thema anders ranzugehen. Und dann wurde das eben vielleicht von manchen in ihrer Wut auch noch negativer dargestellt, als es war. Darüber – das ist auch verständlich – regte man sich in China auch wieder auf, und das war dann so explosiv.»

### *Chinesische Quellen und Akteure*

Insgesamt ist es vor allem die eigene Anschauung, die eingefordert wird und die nach Meinung der Befragten eine objektivere Berichterstattung ermöglicht. Die chinesischen Quellen zu Tibet selbst gelten als nicht sehr glaubwürdig. Kristin Kupfer macht dies an der Präsentation der Informationen fest: «Man hatte dann die Informationen aus Peking und die von den exil-tibetischen Organisationen einander gegenüberstehen. Und allein die Tatsache, dass Peking seine Informationen so martialisch und so unprofessionell präsentiert hat, machte es vielen sehr viel leichter, eher den exiltibetischen Informationen Glauben zu schenken als denen hier aus Peking. Die wurden einfach schon so politisch gefärbt präsentiert, dass man intuitiv dachte, das kann nicht die ganze Wahrheit sein.» Dabei meint Sven Hansen, insgesamt hätte sich beispielsweise die chinesische

Botschaft in Deutschland «sehr stark entwickelt, was ihre Öffentlichkeitsarbeit angeht. Sie haben mich gleich auf den Presseverteiler des Peking Außenministeriums gesetzt nach dem Motto: «Wir können nicht verhindern, dass Sie irgend etwas schreiben, was uns nicht gefällt, aber wir können natürlich dafür sorgen, dass Sie unsere Informationen und Positionen bekommen.» Aber bei Tibet war das völlig gegenläufig. Noch im Februar hatte die Botschaft für März hochrangige Tibetologen aus Peking angekündigt, die uns den Tibet-Konflikt aus Chinas Sicht erklären sollten. Ja, prima. Und dann ging es plötzlich in Tibet los, und als alle Welt gerne gehört hätte, wie China darüber urteilt und wie Fachleute aus Peking, von tibetischen Forschungsinstituten in Peking oder von den Minoritäten-Universitäten das sehen, da haben die den eigenen Leuten nicht mehr getraut ... Es wurde jedenfalls sofort abgesagt.»

Für Jutta Lietsch wird von chinesischer Seite die Debatte zu Tibet denn auch «nicht auf besonders hohem Niveau geführt. ... Da gibt es dann auch mal Vorträge von chinesischen Offiziellen. Ich habe einmal nachgefragt, was wollen denn die Mönche? Und da haben die gesagt: Na, die wollen eine Million Leibeigene und die Sklaverei wieder einführen. Das ist die Debatte! Und dann zitiert man das und ist schon ein bisschen grimmig, weil man sagt: Warum ist es denn nicht möglich in China mit Wissenschaftlern, mit normalen Chinesen, in Zeitungen darüber zu diskutieren, wie sie sich vorstellen, in fünf oder zehn Jahren zusammenzuleben? Was müsste denn passieren, damit das gutgeht. Und zwar für alle Seiten. ... Die offizielle Darstellung verharret aber im Moment auf dem Niveau: Wir zeigen die Errungenschaften.» So meint Sven Hansen denn auch: «Wenn man das Gefühl hat, man ist auf einer dermaßen platten Propagandaveranstaltung, da kann man nur glossierend schreiben. Aber an Pekings Argumentation ist ja auch was dran, nur da muss man in diesen Diskussionen schon einen fundierten Austausch haben und vielleicht auch so etwas wie – sagen wir mal – eine gewisse Selbstkritik spüren können.»

### *Arbeitsorganisation*

Die Gewichtung und Aufbereitung des Themenfelds Tibet resultiert also wesentlich aus der Symbolhaftigkeit, die dem Konflikt beigegeben wird, sowie in starkem Maße auch aus den Arbeitsbedingungen vor Ort, die die eigene Anschauung nur schwer möglich machen und dazu beitragen, dass auch vorgefertigte Raster bedient werden. In dieser heiklen Gemengelage sind es gerade im Falle Tibets die Arbeitsprozesse in den Redaktionen, die diese Raster verstärken oder entzerren können. Die Inhaltsanalyse hat gezeigt, dass in den untersuchten Medien durchaus unterschiedliche thematische Aspekte und Meinungen zu Tibet vorgekommen sind, so dass davon auszugehen ist, dass hier der professionellen Herangehensweise, auch unter schwierigen Bedingungen Seite und Gegenseite zu hören, zumindest Rechnung getragen wurde.

So sagt Stefan Kornelius: «Tibet ist so ein komplexes Problem. ... Da gibt es unterschiedliche Sichten. Wir haben sowohl sehr ausführlich und differenziert über die Exil-Tibeter-Bewegung, ihre politischen Proklamationen und ihren Anspruch wie auch über die politischen Probleme des Dalai Lama berichtet, genauso wie wir uns sehr kritisch mit den sozialen Umwälzungen in Tibet auseinandergesetzt haben.» Auch Gudrun Domteit bekennt sich zum pluralistischen Stil: «Klar, man kann sich natürlich auch immer festlegen und eine Geschichte dann in eine Richtung schreiben. Aber gerade bei Tibet bietet sich das auch an zu sagen: Okay, das sind jetzt wirklich verschiedene Sichtweisen. Da sind die Exil-Tibeter, die das so sehen. Da sind die Menschenrechtler, die es so sehen. Und da sind Experten, die das vielleicht alles ein bisschen relativieren.»

Andererseits kann der Aktualitätsdruck verbunden mit den schwierigen Zugangsmöglichkeiten zu verzerrenden Darstellungen führen. So äußert sich Andreas Lorenz zur Produktion des SPIEGEL-Artikels «Großer Knüppel»<sup>671</sup>: «Das war sozusagen eine nicht gut gelungene Mischung. Ich hatte eine Geschichte über das Militär geschrieben. Und die Unruhen passierten am Donnerstag oder Freitag. Und dann haben wir gesagt: Wir kommen nicht hin, wir wissen nicht richtig, was los ist. Versuchen wir es so: Wir nehmen den Militärartikel und mischen ihn zusammen [mit den neuen Informationen]. Das ist nicht unbedingt eine erfolgreiche Lösung gewesen.»

Ariane Reimers beschreibt den Grenzgang zwischen der Wahrung von Objektivität und dem Versuch der Einordnung dieses komplexen Problems unter schwierigen Bedingungen in der Tagesschau: «Manchmal ist es nicht möglich, beide Seiten zu hören, dann muss man erklären, warum man beide Seiten nicht hören kann. Zum Beispiel: Wir konnten leider mit Tibetern nicht sprechen, wir können es nur mutmaßen. Wir haben die chinesische Sicht der Dinge, die ist so, und die Chinesen hindern uns daran, eine andere darzustellen. ... Und die Kollegen haben dann versucht, irgendwie in die tibetischen Gebiete der Provinz Sichuan oder der anderen Provinzen wie Gansu zu fahren, und dann stößt man auf Straßensperren und filmt das. Das sind dann Krücken, um dem Zuschauer einfach zu zeigen, es ist tatsächlich schwierig dahin zu kommen ... Das ist ein Versuch von Objektivität, der sehr schwer ist in so einem Umfeld, und Tibet ist ein Sonderfall. Ich denke aber, für Tibet ist es gelungen, das zu zeigen, was man unter erschwerten Bedingungen objektiv nennen kann.»

#### 4.5.2 Menschenrechte

Beim Themenfeld Menschenrechte, Zivilgesellschaft und Meinungsfreiheit ist auf Seiten der befragten Journalisten eine deutlich stärkere Uneinheitlichkeit über den richtigen Ansatz und die Gewichtung dieses Themenfeldes zu finden als beim Thema Tibet, das durch seinen Symbol- und Ereignischarakter alle für herausragend halten. Im Bezug auf die Menschenrechtsdebatte, die eher latent

<sup>671</sup> «Großer Knüppel», SPIEGEL, 17.03.2008, Freitags ist Redaktionsschluss beim SPIEGEL.



auftritt als wirklichen Ereignischarakter hat, rührt die Thematisierung häufiger aus einem spezifischen journalistischen Selbstverständnis der Medien und Journalisten. In ihren individuellen Rollenkonzepten hat zwar keiner ein anwaltschaftliches Verständnis seines Berufs betont, dennoch halten die meisten Befragten die Thematisierung von Dissidenten, Aktivisten und Menschenrechtsverletzungen für besonders wichtig. Hier kommt in gewisser Weise das Motto «Wer, wenn nicht wir, sollte das thematisieren» zum Tragen, in dem die befragten Journalisten auch einen Teil ihrer Aufgabe bei der China-Berichterstattung sehen.

### *Journalistisches Selbstverständnis*

Peter Sturm von der FAZ meint denn auch, «vom Anteil am realen Gesamtbild ist das Thema Menschenrechte natürlich überrepräsentiert in der Berichterstattung. Aber es ist halt wichtig. Sorry.» Er findet die Kritik an dieser starken Thematisierung häufig für opportunistisch: «Diese Art Kritiker, die ... na, es klingt jetzt abwertend ... die China-Versteher, die NUR-Versteher, die sagen: «Ja, sicherlich. Da gibt's Probleme, aber ...» Man soll nicht einseitig nur «Problem» sagen im Journalismus, man soll aber auch nicht nur «aber» sagen, wie es nach meinem Gefühl von dieser Seite gerne gemacht wird.»

Jutta Lietsch erinnere die Kritik an der starken Thematisierung der Menschenrechtsproblematik an ihre Zeit in Burma, wo «ein Kaufmann sagte: Also ich kann es nicht mehr ertragen, immer wird diese Straße gesperrt. Wenn diese Aung San Suu Kyi doch mal endlich Ruhe geben würde». Das war ihm unbequem, weil er da von seiner Arbeit nach Hause einen Umweg fahren musste. Sorry, aber genauso verhalte es sich mit der Menschenrechtsberichterstattung – sie sei vielleicht manchmal nervig in ihrer Masse und für einige Interessen unbequem, aber sie müsse angesichts der Lage in China auch sein. Und «in Menschenrechtsfragen», so Peter Sturm, «sehe ich keinen Unterschied zu den Konkurrenzmedien, denn da gibt es im Westen keine zwei Meinungen, wenn man nicht gerade Gerhard Schröder heißt.» Und anders als Regierungen unterliege Journalismus ja nicht diplomatischen Restriktionen: «Von daher können wir dann natürlich die Dinge auch deutlicher benennen.» Es sei doch auch so, sagt Jochen Graebert: «Jedes Jahr werden von den Bürgerrechtlern Hunderte eingesperrt, viele von denen auch verurteilt. Insofern berichten wir über neun von zehn nicht.» Letztendlich seien 2008 nur «ein oder zwei Bürgerrechtler in der Tagesschau zur Aufführung gebracht worden, das ist unglaublich wenig im Verhältnis zu den extrem vielen Fällen, die in China stattfinden».

### *Aushandlungsprozesse*

Dennoch gibt es über die Art der Aufbereitung dieser Themen Brüche oder unterschiedliche Sichtweisen innerhalb der Redaktionen, die die Journalisten auszuhandeln versuchen. Sven Hansen beschreibt diesen Prozess für sich und die taz



so: «Wir haben ja die Olympia-Sonderseiten-Berichterstattung aufgemacht mit sieben Seiten Einzelschicksalen von Menschen.<sup>672</sup> Der verantwortliche Redakteur, der die Seiten insgesamt geplant hat, sagte, er wolle am Anfang einen großen Auftritt haben und hatte das vorgeschlagen. Und da hatten wir im Vorfeld eine Debatte, und da dachte ich mir: Da hauen wir jetzt wieder in diese Kerbe. Ich finde es ja richtig, die Menschenrechtsproblematik zu thematisieren. Ich finde es aber verquer, China auf Menschenrechtsverletzungen zu reduzieren. Da war ich selber im Vorfeld extrem unglücklich. So, und dann war es an mir, einen anderen Vorschlag zu machen oder Argumente dagegen zu finden. Ich habe mich dann bemüht, Listen zu finden, und wenn man sich dann diese Einzelfälle auf der Zunge zergehen lässt – puh, da wird einem schon ganz schön anders. Und dann denkt man: «Ja, es ist jetzt vielleicht overkill, aber das sind alles reale Fälle». Und sie verdienen, dass sie mal zur Kenntnis genommen werden. ... Und soll man die jetzt untern Teppich kehren? ... Je mehr ich mich damit beschäftigt habe, desto mehr fand ich es okay, das zu machen.»

Auch um den Text von Angela Köckritz in der ZEIT über das Rechtssystem in China<sup>673</sup> habe es Auseinandersetzungen gegeben: «Es gab da wirklich eine politische Diskussion in der Redaktion. ... Da gab es auf der einen Seite den Wunsch, sozusagen so ein Gulag-Bild zu zeichnen, so einen Anklagetext zu machen, und das fand ich in dem Moment einfach nicht richtig. Ich wollte eigentlich eher so ein bisschen die Strukturen, in denen das passiert, zeigen, was sind sozusagen die Mittel der Repression oder warum ist das Ganze so aufgebaut. ... Das ist meiner Meinung nach kein ganz gelungener Artikel, weil sich darin unterschiedliche Motivlagen wiederfinden von Leuten, die unterschiedliche Dinge wollten.»

Auch die Diskussion über die grafische Symbolisierung der Thematik, die Sven Hansen und Angela Köckritz für ihre Medien taz und ZEIT schildern, lässt Rückschlüsse auf den kontroversen Diskursverlauf in den Redaktionen zu: «Es gab da so einen Titelvorschlag [für die ZEIT] mit zwei Galgen als olympische Ringe, aber da habe ich interveniert.» In der taz hatten sie dann «das Vogelnest sozusagen als Gefängnis. ... Und dann ist man natürlich wieder ganz schnell bei diesem unsäglichen SPIEGEL-Titelbild mit den Olympischen Ringen aus Stacheldraht oder genau wie Reporter ohne Grenzen mit den Ringen aus Handschellen.<sup>674</sup> Also, wo dann quasi ein ganzes Land zu einem Gefängnis erklärt wird, was China heute natürlich viel weniger ist als vor 30 oder 50 Jahren. Das ist dann extrem simplifiziert.»

Die Befragten der anderen Medien schildern keine so intensiven Aushandlungsprozesse, was möglicherweise auch an einer starken Übereinstimmung

<sup>672</sup> Es handelt sich um den Beitrag «Verfolgt. Verhaftet. Verurteilt.», taz, 08.08.2008, in dem 100 Einzelschicksale chinesischer Aktivisten dargestellt wurden.

<sup>673</sup> «Das Menschenleben, ein Leichtgewicht», ZEIT, 31.07.2008.

<sup>674</sup> Gemeint ist der SPIEGEL-Titel «Die Herren der Ringe» mit dem Beitrag «Olympia in Ketten», SPIEGEL, 07.04.2008, Titelblatt einsehbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-56479860.html>. Reporter ohne Grenzen wählte ineinander verschlungene Handschellen in Form der Olympischen Ringe für ihre Kampagne zu den Olympischen Spielen 2008.

der Bewertung von Wichtigkeit und nötiger Strukturierung dieses Themenfeldes zwischen Redaktion und Korrespondenten liegt. Gerhard Spörl verteidigt bspw. den erwähnten SPIEGEL-Titel genauso wie Andreas Lorenz: «Es war ja so, dass zu diesem Zeitpunkt der umfassende Verdacht auftrat, dass sich das Regime ohne Rücksicht auf Verluste propagandistische Erfolge von dem Ereignis Olympia erhofft und dafür Regimegegner wegschafft, die Leute in Haft nimmt usw. Ich fand ›Olympia in Ketten‹ ein gutes Bild dafür. Das bringt eine Entwicklung auf einen Punkt.» Auch für die SZ formuliert Stefan Kornelius in Übereinstimmung mit dem China-Korrespondenten: «Transparenz und Menschenrechte. Das ist das überwältigende Motiv, das über vielem schwebt, was wir bei der Berichterstattung sehen, weil auch immer der Verdacht mitschwingt, dass da viel Propaganda stattfindet.» Dass das Thema Menschenrechte ein überwältigendes Motiv des gesellschaftlichen und medialen Diskurses war, wurde auch im Focus so wahrgenommen. Dort führte dies aber laut Gudrun Domenteit in Teilen zu einer gegensätzlichen Reaktion als bei anderen Medien: «Wir haben ja in unserer China-Serie<sup>675</sup> ganz bewusst weitgehend auf Menschenrechtsthemen verzichtet, weil wir im Grunde ein bisschen weg wollten von dem, was ohnehin schon auf die Agenda gesetzt wurde, bspw. von NGOs oder von den Tibetern. Wir wollten ja eigentlich eher Hintergrundgeschichten liefern, die halt nicht jeden Tag drin stehen.» Nichtsdestotrotz findet sich auch in dieser Geschichte ein Abschnitt darüber, wie die Polizei Anwälte schikaniert. Trotz unterschiedlicher individueller Gewichtungen wird deutlich, dass die Thematisierung des problematischen Umgangs mit Menschen- und Bürgerrechten in allen Medien als ein wichtiger Teil der Berichterstattung angesehen wird.

### 4.5.3 Deutsche Beziehungen zu China

Die Inhaltsanalyse hat klar herausgearbeitet, dass es hinsichtlich der deutschen Beziehungen zu China eher um eine Positionierungsdebatte der Deutschen als um eine Analyse der außenpolitischen Strategien beider Länder ging. Ganz besonders der Wechsel von Anspannung und Entspannung der deutsch-chinesischen Beziehungen aufgrund der Dalai-Lama-Empfänge durch deutsche Politiker war bestimmend für die Debatte.

#### *Selbstverständnis des Mediums und der Journalisten*

Hier manifestierte sich das, was Angela Köckritz bereits als ein «Gespräch mit uns selbst» in der China-Berichterstattung bezeichnet hat. Dabei spielt sicherlich eine Rolle, dass bei einigen Korrespondenten und Asienredakteuren, die dieses Gebiet mit Expertise beleuchten könnten, das Interesse eher gering ist. So sagt

<sup>675</sup> Gemeint ist die Serie: «So ist China!», die in vier Teilen ab dem 02.06.2008 im Focus erschien. Teil 1: «Wenn Mao das wüsste», Focus, 02.06.2008, Teil 2: «So läuft's Business», Focus, 09.06.2008, Teil 3: «So (un)deutsch ist China!», Focus, 16.06.2008, Teil 4: «China im Jahr 2030», Focus, 22.06.2008.

Georg Blume: «Für die Chinesen sind die deutsch-chinesischen Beziehungen auch nicht sehr wichtig. Das ist eine Pointe der Außenpolitik, aber nicht mehr. Insofern gibt es immer zu Hause in der Redaktion Leute, die für die deutsche Außenpolitik zuständig sind und diese bilateralen Geschichten machen.» Auch Gudrun Dometeit vom Focus sagt: «Ich persönlich mag solche Dinge eigentlich gar nicht. Darüber kann sich das Außenministerium Gedanken machen, aber ich weiß nicht, ob das wirklich für den Leser so ausschlaggebend ist. ... Wir im Auslandsressort wollen ja eigentlich eher das Land transparent machen, wollen nachvollziehen, wie es kommt, dass China sich so und so verhält. Aber die deutsch-chinesischen Beziehungen ... Das ist irgendwie der Job der Tageszeitung. Hier können die sich dann die diversen Äußerungen der Politiker um die Ohren hauen.»

FAZ, SZ und Tagesschau nehmen hier in der Tat eine stärkere Chronistenpflicht für wichtige Ereignisse wahr, die für sie durch deutsche Elitepersonen induziert sind. Ariane Reimers sagt: «Für mich sind es zwar oft Protokollnachrichten, aber der Staatsbesuch von Frau Merkel in China ist ein Ereignis, über das man berichtet. Und im Olympia-Jahr war alles, was mit China zu tun hatte, schnell ein A-Thema. ... Die ganzen Komplexitäten mit dem Dalai Lama und ob die Politiker ihn einladen war deshalb natürlich immer unter besonderer Beobachtung.» Für Peter Sturm von der FAZ ist «die Berichterstattung ja dann wirklich nur Reaktion auf Dinge, die innerhalb der Koalition abgelaufen sind. Und wenn die Herrschaften es für richtig halten, einander zu beschimpfen oder einander unkluges Handeln vorzuwerfen, dann ist der Streit in der Welt und dann wird darüber berichtet. ... Dann gilt es, in der nachrichtlichen Zusammenfassung eben alle geäußerten Standpunkte irgendwie zu berücksichtigen.» Anders als die Tagesschau, die hier entlang von Elitepersonen lediglich berichtete, haben FAZ und SZ ihrer Analyse- und Kommentarfunktion stark Ausdruck verliehen und Positionen bezogen. Die FAZ hatte dabei eine klare Linie, was für Peter Sturm aber eher Zufall ist: «Die Grundhaltung war eben: ›Ja, wie kommen wir denn eigentlich dazu, uns gegenüber einer ausländischen Regierung dafür zu rechtfertigen, dass die Bundeskanzlerin einen Menschen empfängt, der kein Terrorist ist, und wenn die andere Regierung dann über dieses Treffen nicht erfreut ist, dann ist das ihr gutes Recht, dann kann sie auch auf diplomatischen oder von mir aus auch auf öffentlichem Wege protestieren. Aber ›Wer sind wir denn?‹. Das war die Grundhaltung. ... Und das waren Meinungsbeiträge und die geben die Meinung des Schreibers wider. Bei anderen Themen da sagt der Eine so und der Andere so, und beides ist dann sozusagen Meinung der Zeitung. In dem konkreten Fall hat sich aber kein Widerstand gegen diese Haltung geregt.» Die SZ hatte in diesem Feld vielfältigere Haltungen in ihren Kommentaren. Stefan Kornelius meint denn auch: «Ich bin da absolut emotionslos, wie sich ein Politiker positioniert. Ich möchte nur, dass er sich der Tragweite all der Positionierung bewusst ist und auch die Konsequenzen begründen kann und mit zu tragen bereit ist.»

Die Berichterstattung über das deutsche Verhältnis zu China orientiert sich also insbesondere in letztgenannten Medien entlang von Politikern, aber es handelt sich hier zunächst um ein journalistisches Verständnis der Ausrichtung an Elitepersonen. Insofern stehen die Medien gerade bei diesem für die Gesellschaft aufgrund des Bezugs zu Deutschland «nahen» Thema in intensiven Wechselbeziehungen mit den Umweltsystemen, vor allem mit den deutschen Politikern. Dies resultiert in einer entsprechenden Auseinandersetzung mit den von diesen Politikern postulierten Positionen, die aber durchaus unterschiedlich kommentiert werden. So meint Jochen Graebert: «Als Merkel das erste Mal nach China kam, da war interessant für uns wie sie auftritt, wie sie sich verkauft, wie sie ihre Vorstellung von Menschenrechten präsentiert – gerade als Ostdeutsche, die selber unter einer Diktatur gelitten hat. Da stand natürlich Merkel im Vordergrund, weil das auch eine innenpolitische Rückkopplung hat.»

Gerhard Spörl weist auch auf die Zugänglichkeit von deutschen Politikern hin, die sich massiv von der Zugänglichkeit chinesischer Politiker unterscheidet, was dazu führe, dass man sich eben auf die deutschen Haltungen konzentriere: «Die chinesische Perspektive? Sie können mit der Bundeskanzlerin darüber reden, aber nicht mit dem chinesischen Staatspräsidenten. Da sind die selber schuld, also das muss man mehr erraten oder aus den Handlungen herauslesen.»

Für einige ist der Elitefokus aber eher ein Korsett, das den analytischen Blick auf substantielle inhaltliche Änderungen verstellt. Sven Hansen bspw. kann inhaltliche Veränderungen hinsichtlich der deutsch-chinesischen Beziehungen nicht wirklich erkennen: «Ich glaube überhaupt, von chinesischer Seite wird in Frau Merkel viel zu viel hineininterpretiert. Kohl und Schröder haben mit ihrer China-Politik dieses Euphorische bedient. Und Merkel bedient es nicht mehr so und verkauft sich vielleicht anders, macht aber in der Substanz eigentlich überhaupt keine andere Politik als Schröder. Überhaupt nicht.»

Die Gewichtung des Elitefokus ist hier also häufig ausschlaggebend dafür, ob und wie stark bestimmte Positionen von Parteien und Funktionären in den jeweiligen Medien betont werden.

### **4.5.4 Chinesisch-afrikanische Beziehungen**

Über die chinesisch-afrikanischen Beziehungen wurde in den deutschen Medien durchaus angeregt berichtet, allerdings ergab die Inhaltsanalyse, dass dabei vor allem die Perspektive angelegt wurde, dass in einer traditionell westlichen Einflussphäre China als ein neuer Konkurrent um politische Werte und Rohstoffe auftritt. Diese Konkurrenz wird aufgrund ihrer scheinbaren Skrupellosigkeit von den Medien als verwerflich oder gar bedrohlich dargestellt.

Der Rückbezug auf die eigenen westlichen Interessen ist für Stefan Kornelius nur normal. «Das ist ein ganz natürlicher Reflex, der journalistisch legitim ist und der die Menschen auch interessiert. Wir sind ja nicht in der Übung von akademischer Ausgewogenheit, sondern es geht hier um ein journalistisches Produkt, das natürlich objektiv und fair berichten kann und sollte.» Insofern zeigt er auf, dass die gesellschaftlichen Diskurse einer gewissen Angst vor China gerade bei diesem Thema auch in die Medienagenda inkorporiert werden.

Kornelius weist aber zugleich darauf hin, dass hinsichtlich der Afrika-Strategie von Seiten Chinas eine große Intransparenz herrsche, die die Berichterstattung erschwere: «Es kann nur objektiv und fair berichtet werden, wenn man auch informiert wird. Es ist ja nicht so, dass die chinesische Parteistrategie zu Afrika auf der Straße liegt oder man darüber in einer befriedigenden Form informiert würde, was tatsächlich die Absichten sind.» Jochen Graebert weist auch explizit darauf hin, dass hier ein Informationsdefizit durch die chinesische Führung vorliege. Er finde die Diskussion über das Afrika-Engagement oder den Rohstoffzugang Chinas teilweise «unfair. Da sind die Amerikaner und wir Europäer seit ewigen Zeiten in Afrika. Jetzt endlich hievt sich ein Land wie China aus der Armut, und wir verweigern ihnen die Zugänge zu den Rohstoffressourcen, weil wir die Ersten waren. Das ist doch absurd. Die Tatsache, dass China jetzt im Sudan und in den ganzen Schmutz-Drittwelt-Diktaturen sich die Rohstoffe zusammensucht, kann man ihnen nicht vorwerfen, weil sie woanders nicht Fuß fassen können. Und da vermischt sich dieses 'China saugt die Rohstoffe der Welt ab' mit einer verquastenen Menschenrechtsideologie. Aber das ist auch ein Punkt, den die chinesische Regierung nicht kommuniziert. Das sagt von der chinesischen Regierung niemand, und was soll ich dann machen?»

Georg Blume, der mit einem chinesischen Unternehmensberater selbst nach Afrika gereist war, verweist aber darauf, dass sich die wenigsten die Mühe machten, nach kompetenten Gesprächspartnern zu suchen: «Es gab viele Berichte über China und Afrika. Allesamt von Journalisten geschrieben, die nie mit Chinesen dort gesprochen hatten. Das war sehr deutlich. Quellen waren immer die Afrikaner oder die Westler, die über die Chinesen redeten.» Daraus entstehe dann zwangsläufig ein Bild, bei dem «über Chinas Vormarsch in Afrika auf eine sehr dramatische Weise berichtet wurde mit dem Vorwurf des Neokolonialismus». Er sieht den Quellenzugang nicht so problematisch, um dieses Bild auch hinterfragen zu können: «In dem Moment, wo sie anfangen zu recherchieren in China und sich da mit Leuten bekannt machen, dann geht das eben. Dann kommen sie auch an diese Strategie-Leute ran. Das ist alles nicht außer Reichweite.»

Insgesamt ergibt sich aus den wenigen Informationen zur Berichterstattung über die chinesisch-afrikanischen Beziehungen das Bild, dass bei Teilen der Journalisten eine Sensibilität für die Einseitigkeit der Präsentation dieses Themenfeldes da ist, aber ihnen der Zugang



zu gegenteiligen Informationen kaum möglich erscheint und die Medien deshalb in der Mehrzahl auf eine wenig differenzierte Darstellung dieses Engagements zurückgreifen, bei der sie auch im Publikum davon ausgehen können, dass sie auf Verständnis trifft.

## 4.6 Fazit

Die Medienproduzenten unterliegen verschiedenen Einflüssen auf die Themensetzung, die aus den gesellschaftlich inkorporierten Wahrnehmungen, Organisationsbedingungen und persönlicher Sozialisation resultieren.

Gesellschaftliche Diskurse werden dabei entsprechend des angenommenen Selbstverständnisses der **Medien als Unternehmen**, die das Publikum vor Augen haben sollen, auch in unterschiedlicher Weise aufgenommen und gespiegelt. Der Diskurs einer Angst vor der Wirtschaftsmacht China und die Sichtweise auf China als repressiver Staat werden insbesondere bei den Thematisierungsentscheidungen in den Bereichen der Süd-Süd-Beziehungen und Wirtschaft bzw. Tibet und Menschenrechte von den Journalisten offensichtlich auch berücksichtigt.

Gleichzeitig zeigt sich bei allen aber eine starke Reflexion über das Anlegen dieser Diskurse an ihre Berichterstattung. Diese Reflexion wird katalysiert durch die **individuelle Sozialisation** und ein spezifisches Rollenverständnis, was bei den Befragten von einem kritischen Erklärer bis hin zu dem Versuch einer konstruktiven Übersetzerrolle reicht. Entsprechend unterschiedlich fallen sowohl die persönlichen Zugänge zu China als auch die Einschätzungen zur Bewertung der China-Berichterstattung in der gesamten deutschen Medienlandschaft aus – während die einen keinerlei thematische Einseitigkeit feststellen können und Kritik als ihre berufsethische Grundlage auffassen, finden andere insbesondere die innerchinesische Perspektive zu wenig berücksichtigt oder wünschen sich mehr Respekt vor der chinesischen Gesellschaft.

Die Meso-Ebene der Medienorganisation, die hier im Mittelpunkt stand, kann diese Prozesse moderieren oder verstärken. Die Befragten postulieren durchweg, dass ihr Medium den Anspruch habe, entweder debattenhaltig und damit binnenpluralistisch aufzutreten oder aber weitgehend ausgewogen-neutral zu erscheinen. Die redaktionelle Struktur der untersuchten Medien ist durch den Einsatz spezifischer Korrespondenten und Asienredakteure zumindest so angelegt, dass **Regionalexpertise** in hohem Maße gewürdigt wird und zumindest die doppelte Perspektive dieser beiden Produzenten einfließen kann – die aber offensichtlich in den untersuchten Medien weitgehend deckungsgleich ist, was zwar eine stärkere «Lobby» für eine allgemeine Thematisierung Chinas innerhalb des Mediums bewirkt, aber wiederum die Perspektivenvielfalt einhegen kann. Darüber hinaus zeigen allerdings auch über das klassische Politikressort hinaus andere Ressorts Interesse an China-Themen, so dass hier wiederum durch andere Autoren eine Perspektivenvielfalt in die Berichterstattung einfließen kann. Die geschilderten und teilweise auch nur angedeuteten

**Aushandlungsprozesse** innerhalb der Redaktionen verdeutlichen aber auch, dass mit dieser Vielfalt an Produzenten unterschiedliche Motive und persönliche Befindlichkeiten in den Mediendiskurs eintreten, der zu einer Relativierung der eigentlich starken Regionalexpertise führen kann.

Bei den Aussagen der Korrespondenten wiederum zeigt sich ein hohes Maß an Frustration über die eingeschränkten Arbeitsbedingungen in China und die ihrer Ansicht nach ungerechtfertigte Kritik an ihrer Berichterstattung von chinesischer Seite. Der problematische Zugang zu Quellen gerade im Hinblick auf heikle und konflikträchtige Themen erschwere die Akkuratheit der Berichterstattung enorm, was bei der Tibet-Berichterstattung gezeigt hat, dass sich auch bei den Korrespondenten **stereotype Vorstellungen** über chinesische Handlungen in den Beiträgen niederschlagen können und einem möglichen eigenen Bias gegenüber der chinesischen Führung Raum gegeben wird.

Die Aussagen erlauben den Schluss, dass einerseits die individuellen Zugänge zu und Images von China in den Redaktionen noch stärker reflektiert und hinterfragt und auf eine durchgängig mit Regionalexpertise gepaarte Perspektivenvielfalt geachtet werden sollte, andererseits aber auch die chinesische Seite gefordert ist, dem in großem Umfang vorhandenen Interesse deutscher Journalisten an China auch entsprechenden Raum zu geben, indem die Möglichkeiten für Recherchen verbessert und Zugänge zu Quellen erleichtert werden.



# Das Chinabild deutscher Medien aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive

Carola Richter und Sebastian Gebauer haben für die Universitäten Erfurt und Duisburg und im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung das Chinabild deutscher Massenmedien erforscht. Die Studie bietet neben der bislang wohl umfangreichsten Inhaltsanalyse von Printmedien und Fernsehen auch weitgehende Einblicke in die journalistische Praxis, die durch vertiefende Interviews mit Redakteuren und Korrespondenten gewonnen wurden. Das Forschungsprojekt hat sich in Theorie und Methode eng an die in der Vergangenheit geleistete Forschung dieses Autors zum Nahost- und Islambild deutscher Medien angelehnt,<sup>1</sup> sie ist aber dennoch eine eigenständige Leistung von Richter und Gebauer. Der nun folgende Beitrag versteht sich als ergänzende Kommentierung, die der Frage nachgeht, wie das Chinabild deutscher Massenmedien aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht zu bewerten ist.

Besonderer Nachdruck wird dabei auf die Schärfung medientheoretischer Erkenntnisse gelegt, die sich aus der Sicht des Autors bei der Lektüre des umfangreichen empirischen Belegmaterials der Studie ergeben. In Anlehnung an den Aufbau der Studie wird die folgende Darstellung in drei Teile gegliedert werden. Zunächst sollen die thematischen Präferenzen diskutiert werden, die die Studie mit Hilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse ermitteln konnte. Nach diesem eher grob orientierten Einstieg in eine Debatte über die gesamte Beachtungsökonomie der Berichterstattung folgt im zweiten Teil eine vertiefende Erörterung der umfang- und materialreichen thematischen Tiefenschnitte zu den unterschiedlichen Themen, wobei es darum gehen wird, nach dem «Was» nunmehr das «Wie» der Berichterstattung einer näheren Reflexion zu unterziehen. Den Abschluss des Kommentars bildet eine Auseinandersetzung mit den Entstehungsbedingungen des zuvor diskutierten Chinabildes, wie sie sich gemäß Richter und Gebauer durch die Interviews mit Journalisten ermitteln ließen.

Der Autor hegt die Hoffnung, dass mit der vorgelegten Studie sowie den Kommentierungen aus kommunikationswissenschaftlicher sowie aus politikwissenschaftlicher (vgl. Beitrag von Thomas Heberer) Sicht ein differenziertes

---

1 Hafez 2002a und 2002b.

Verständnis der Leistung und Defizite der deutschen China-Berichterstattung geschaffen werden kann. Das Forschungsprojekt bettet sich in ein dynamisches Forschungsfeld ein. In jüngeren Jahren sind immer mehr Publikationen über das Chinabild westlicher Massenmedien entstanden, die allerdings mit sehr unterschiedlichen Theorien und Methoden operieren. Miriam Meckel beispielsweise kommt in ihrer Analyse der China-Berichterstattung des deutschen Fernsehens im Jahr 1999 zu der Erkenntnis, dass technische und logistische Rahmenbedingungen der Auslandsberichterstattung sowie die historische und interkulturelle Komplexität des Gegenstandes dazu führten, dass öffentlich-rechtliche und private Fernsehanstalten China lediglich als «Inszenierung von Aktualität» und wenig hintergründig vertieft wahrnehmen würden.<sup>2</sup> Gerald C. Stone und Zhiwen Xiao kommen fast zehn Jahre später bei ihrer Untersuchung der amerikanischen China-Berichterstattung zu dem Ergebnis, dass sich sowohl die Themenauswahl als auch die Art der inhaltlichen Gestaltung der Berichterstattung über China im Laufe der Jahre deutlich zum Negativen gewandelt haben.<sup>3</sup> Die im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung geleistete Studie möchte entsprechenden Trends für die deutschen Medien nachgehen, ohne sich dabei vorschnell festzulegen und mögliche Differenzierungen des Chinabildes, sollten sie vorhanden sein, außer Acht zu lassen.

## 1 Quantitative Themenanalyse

Welche Themen wurden bei der China-Berichterstattung von der deutschen Presse bearbeitet? In der Kommunikationswissenschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten die Erkenntnis durchgesetzt, dass Massenmedien weniger durch die inhaltlichen Tendenzen ihrer Artikel und Beiträge Meinungen beeinflussen können, dass ihre Berichterstattung aber in hohem Maße darüber entscheidet, *worüber* Menschen nachdenken. Ausgehend von dieser Prämisse kann die Themenauswahl der China-Berichterstattung als in hohem Maße bildprägend gelten. Die Struktur der thematischen Beachtung beeinflusst die Beachtungs- oder auch Aufmerksamkeitsökonomie der Rezipienten ebenso wie thematische Auslassungen und das Nichtberücksichtigen von Themen. Was nicht von den Medien beachtet wird, kann auch von den meisten Mediennutzern, sofern sie nicht über einen privilegierten Zugang zu Wissen über China verfügen, nicht bedacht und berücksichtigt werden. Ein Nachdenken über den Themenhaushalt der China-Berichterstattung ist also letztendlich eine Reflexion über die Sinnhaftigkeit der aktuellen medialen Wahrnehmungsstruktur. Welche Ereignisformen und Sachzusammenhänge werden stärker beachtet, welche sind für den Journalismus weniger attraktiv oder werden sogar gänzlich ignoriert?

Es liegt in der Natur der Sache, dass es keinen absoluten Beurteilungsmaßstab und damit auch kein letztlisches Qualitätskriterium für die Frage gibt, was

<sup>2</sup> Meckel 1999.

<sup>3</sup> Stone/Xiao 2007.

eine «objektive» Medienagenda eigentlich ist. Medienbilder sind keine einfachen Abbildungen der Realität, sondern sie werden von Menschen konstruiert, «Verzerrungen» sind damit der Regelfall und nicht die Ausnahme. Dennoch lassen sich relative Kriterien bilden, die eine Diskussion und Auseinandersetzung über die Qualität von Themenhaushalten ermöglichen. Kommunikationswissenschaftler fragen z.B., wo eine bestimmte Bildkultur von anderen Bildkulturen, also der Berichterstattung über andere Länder und Regionen, markant abweicht. Man kann untersuchen, ob bestimmte Grundtatbestände des menschlichen Lebens, also etwa das Vorhandensein von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensrealitäten, in den Medien widergespiegelt werden, oder ob sich eklatante Schieflagen ergeben, die sich, wenn überhaupt, nur mit einem spezifischen journalistischen Rollenbild begründen ließen. Man kann schließlich überlegen, ob eine thematische Agenda eher positiv, neutral oder negativ geprägt ist, was bedeutet, dass man bestimmte Themenbereiche allgemeinen und gesellschaftlichen Wertentscheidungen zuordnet. Die Berichterstattung über ein Land, sofern sie überwiegend von Kriegs- und Terrorismusberichten geprägt ist, wäre in diesem Sinne negativer ausgerichtet als andere Medienagenden.

Die Kommunikationswissenschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten vor allen Dingen die Frage gestellt, welche Nachrichtenfaktoren die thematische Selektivität von Medienberichterstattung steuern, und diese Diskussion hat viele der gerade genannten Erwägungen gebündelt und ist weit darüber hinausgegangen. In der Auslandsberichterstattung hat sich erwiesen, dass insbesondere Faktoren wie gesellschaftliche Relevanz, politische und ökonomische Zentralität eines Landes im Weltsystem, aber auch der Faktor Konflikt und Gewalt sowie kulturelle Nähe, aber auch besondere kulturelle Ferne (Exotismus) einflussreiche Faktoren sind, die die Themenstruktur der Auslandsberichterstattung steuern. Je mehr dieser Faktoren zusammentreffen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Thema vom Journalismus als attraktiv und berichtenswert eingeordnet wird. Für die Beurteilung dieser Mechanismen gibt es, wie gesagt, letztendlich keinen absoluten Qualitätsmaßstab, aber es gibt sowohl innerhalb des Journalismus als auch zwischen Journalisten und Wissenschaftlern immer wieder Diskussionen über die Sinnhaftigkeit bestimmter Selektionsvorgänge. Die Qualitätsdebatte im Journalismus sollte nicht auf philosophischer Höhe im Sinne eines Widerspruchs zwischen Wahrheit und Verzerrung geführt werden, sondern sie sollte als legitime Form des Meinungsstreits zwischen Menschen mit unterschiedlichen thematischen Präferenzen und Realitätsentwürfen betrachtet werden.<sup>4</sup>

## Globale Sachgebietsanalyse

Die Streuung der Sachgebiete, denen sich die Themen der China-Berichterstattung zuordnen lassen, ist relativ ungewöhnlich. Auf der einen Seite dominiert,

4 Vgl. den Rekonstruktions-Dekonstruktions-Ansatz in Hafez 2002a: 15–23.

wie traditionell in der Auslandsberichterstattung, vor allen Dingen das Ressort Politik, Innenpolitik wie auch internationale Politik, wobei in diesem Segment auch der Tibet-Konflikt eingegangen ist, der im Jahr 2008 sehr starke Beachtung gefunden hat. Ebenfalls zu den Klassikern der Beachtungsökonomie von Auslandsberichterstattung gehört die Berichterstattung über Naturkatastrophen, die auch im Fall Chinas eine signifikante Größe erreicht. Die sehr geringe Beachtung sozialer Fragen (1,8%) sowie wissenschaftlicher Entwicklungen (1,0%) ist ebenfalls vergleichbar mit vielen anderen Werten, die Untersuchungen von Auslandsberichterstattung ergeben haben.

Ungewöhnlich allerdings ist das relativ große Gewicht, das die Sachgebiete Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit sowie Kultur und Gesellschaft erfahren. Es lässt sich ohne Weiteres erkennen, dass die stärkere Beachtung Chinas ein *umfassendes* Bildinteresse auf Seiten der Medien aktiviert hat. Man muss sicher berücksichtigen, dass das Jahr 2008 durch die Olympischen Spiele und die Tibet-Unruhen in vielerlei Hinsicht ein ungewöhnliches Jahr war und dass sich die China-Berichterstattung in anderen Jahren anders gestaltet. Dennoch ist nicht zu erwarten, dass sich das Gepräge der Sachgebietsverteilung in anderen Jahren völlig verändert.

Wer bisher geglaubt hat, dass Kultur in der Auslandsberichterstattung über Asien, Afrika und Lateinamerika ein Nebenschauplatz ist, der wird im Fall Chinas durchaus eines Besseren belehrt, denn hier ist die Beachtung kultureller Prozesse relativ hoch. Und wer bisher geglaubt hat, dass die wirtschaftliche Zentralität eines Landes nicht unbedingt ein starker Faktor für eine Größe in der Medienberichterstattung ist (Beispiel Japan), der wird im Fall Chinas erkennen müssen, dass die chinesische Wirtschaft für die deutschen Medien ein hochattraktives Thema zu sein scheint.

## Thematische Einzelanalyse

Nur durch die nähere Analyse des thematischen Aufbaus der einzelnen Sachgebiete lassen sich Rückschlüsse darüber anstellen, warum bestimmte Bereiche stärker beachtet werden als andere.

Die starke Stellung des Bereichs *Innenpolitik* speist sich vor allen Dingen aus zahlreichen Berichten über den Tibet-Konflikt sowie über zivilgesellschaftliche Fragen wie Menschenrecht etc. Die Analyse des chinesischen politischen Systems hingegen erweist sich als von untergeordneter Bedeutung für die deutsche Medienlandschaft. Zwei Beobachtungen sind aus meiner Sicht hier bedeutsam:

*Erstens:* Für das politische Interesse ist der Nachrichtenfaktor Konflikt/Gewalt von erheblicher Bedeutung. Es darf als gewiss gelten, dass die tibetischen Aufständischen diese Neigung westlicher Medien kannten und daher den Zeitpunkt ihres Aufstandes einige Monate vor den Olympischen Spielen bewusst gewählt haben, um internationale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Gewalt und Gegengewalt erweisen sich also im Chinabild, wie andernorts auch, als

aufmerksamkeitssteigerndes «außergewöhnliches Verhalten» (Wolfsfeld)<sup>5</sup>, das die Chance erhöht, beachtet zu werden. Das Zusammenspiel eines Weltereignisses ersten Ranges wie Olympia mit politischen Unruhen in Tibet erzeugte für die deutschen Medien eine unwiderstehliche Mischung. Die Frage ist allerdings, ob sich hieraus ein dauerhaft gesteigertes Interesse an der Tibet-Frage ableiten lässt. Möglicherweise war die Aufmerksamkeit für Tibet lediglich von der Olympiabeachtung «geliehene Aufmerksamkeit». Allerdings ist durchaus denkbar, dass solche historischen Markierungen Nachrichtenfaktoren der Medien auch dauerhaft verschieben können. Die grundsätzlichere Frage allerdings stellt sich, ob es ratsam ist, dass Medien Konflikte erst dann nachhaltig beachten, wenn sie gewaltsam ausufern. Eine gewaltlose Opposition würde demnach mit geringerer Beachtung bestraft, die bevorzugte Beachtung von Gewalt hingegen ist ein negativer Faktor für Nationenbilder.

*Zweitens:* Ein weiterer Aspekt, der die Nachrichtengebung über den Tibet-Konflikt beeinflusst haben dürfte, ist der Faktor Prominenz (Dalai Lama). Ist Aufmerksamkeit in deutschen Medien davon abhängig, dass eine prominente Figur wie der Dalai Lama zur Verfügung steht, die man dem Medienkonsumenten präsentieren kann? Was ist mit den Uiguren, die ähnliche Probleme haben, aber keine im Westen so prominente Führungsfigur? Auch der Uiguren-Konflikt wurde im folgenden Jahr 2009 von den deutschen Medien relativ stark beachtet, aber sicherlich nicht im selben Maße wie der Tibet-Konflikt. Spielt hier möglicherweise sogar der Aspekt – ein weiterer Nachrichtenfaktor – einer gefühlten größeren kulturellen Nähe zum buddhistisch geprägten Tibet im Vergleich zum islamisch geprägten uigurischen Raum eine Rolle?

Neben der starken Beachtung des Tibet-Konflikts ist im Bereich der Innenpolitik Folgendes bemerkenswert: Für das politische Interesse deutscher Medien ist die zivilgesellschaftliche Perspektive wichtiger als die politische Systemanalyse. Deutsche Medien scheinen sich relativ wenig für ein näheres Verständnis des politischen Systems in China zu interessieren, obwohl sich dieses in den letzten Jahrzehnten doch sehr stark gewandelt hat. Zwar gilt China immer noch als harter autoritärer Staat, aber die ideologische Ausrichtung des Parteiapparates hat sich in vielen Bereichen gravierend geändert. Der frühere Parteivorsitzende Mao, von dem in den deutschen Medien noch immer viel die Rede ist, spielt im chinesischen politischen Diskurs kaum noch eine Rolle. In der Politikwissenschaft wendet man sich in den letzten Jahren langsam stärker einer intensivierte Autoritarismus-Analyse zu, die auch hier von der zivilgesellschaftlichen Betrachtungsweise politischer Prozesse einige Jahrzehnte lang geradezu verdrängt worden ist.<sup>6</sup> Nicht so in den Medien? Natürlich ist es richtig, dass die Massenmedien keine Abspielstätte für autoritäre Rituale wie Staatsbesuch und Parteitage sein können. Aber ist der weitgehende Verzicht auf eine Analyse des

<sup>5</sup> Wolfsfeld 1997.

<sup>6</sup> Hafez 2009: 161ff.

politischen Systems die korrekte Antwort auf die staatsorientierten Medienprotokolle früherer Jahrzehnte?

Positiv zu bewerten ist natürlich die starke Abbildung der Zivilgesellschaft in den deutschen Medien. Auslandsberichterstattung ist heute auch beim Thema China mehr als eine reine Berichterstattung über politische Eliten. Aus meiner Sicht ist diskutabel, ob die China-Berichterstattung bereits die richtige Mischung aus einer kritischen Beobachtung des politischen Systems und der Zivilgesellschaft in China gefunden hat. Die Vorstellung von einem autoritären politischen System, dessen Monolithismus man voraussetzen kann, führt in die Irre. Auch für die Einschätzung der Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft scheint es mir wichtig, deren Verhältnis zum chinesischen Staat sinnvoll einzuordnen. In diesem Zusammenhang weisen z.B. verschiedene NGOs darauf hin, dass es neben eklatanten Problemen mit Peking vor allen Dingen in der Lokalpolitik auch zu engen Kooperationen mit staatlichen Organen kommen kann; Kooperationen, von denen westliche Nichtregierungsorganisationen nur träumen könnten.<sup>7</sup>

Die Berichterstattung über *internationale Politik* zeichnet sich dadurch aus, dass hier in hohem Maße zwei Bereiche dominieren, zum einen die Berichterstattung über die deutschen Beziehungen zu China und zum anderen die Berichterstattung über Süd-Süd-Beziehungen. Die Berichterstattung der chinesisch-europäischen Beziehungen bzw. chinesisch-amerikanischen Beziehungen fällt demgegenüber relativ geringfügig aus. Der starke Fokus einer Beachtung der Beziehungen, die China zu den Staaten der südlichen Hemisphäre bzw. zu Entwicklungs- und Schwellenländern pflegt, ist außergewöhnlich in der deutschen Auslandsberichterstattung, die sich sonst häufig wenig um diese Fragen gekümmert hat. Begrüßenswert ist, dass China nicht mehr nur in Relationen zum Westen gesehen wird, sondern als Weltmacht *sui generis*.

Allerdings muss man dieses Lob mit zwei gravierenden Einschränkungen versehen. In den Süd-Süd-Beziehungen setzt die Berichterstattung stark auf Chinas Verhältnis zu sogenannten Schurkenstaaten (mehr Sudan als Vietnam etc.), was anzeigt, dass nicht zuletzt der Ressourcenwettlauf zwischen den westlichen Staaten und China und deren außenpolitische Konkurrenz bildprägend sind. Weiter gedacht bedeutet dies allerdings, dass das Interesse für China nicht unbedingt ein Interesse an China und vielmehr ein Interesse an Chinas Rolle für die westliche Welt ist.

Wenn dies allerdings das treibende Motiv ist, so wundert man sich, warum die Beziehungen Chinas zu den USA und zur europäischen Union vergleichsweise wenig thematisiert werden. Dies liegt aus meiner Sicht nicht nur an der fehlenden Kohärenz der EU-Außenpolitik, die man ja durch eine stärkere Beachtung bilateraler Beziehungen zwischen einzelnen großen Westmächten und China ersetzen könnte. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Agenda der deutsch-chinesischen Beziehungen, wie sie sich in den Medien darstellt,

<sup>7</sup> Dinges 2008.



einmal näher, so erkennt man schnell, dass die deutsch-chinesischen Beziehungen vor allen Dingen deswegen im Jahr 2008 stark beachtet wurden, weil dieser Sektor durch politische Skandale (Dalai Lama-Besuch und *Deutsche-Welle*-Kontroverse) aufgewertet wurde. Für die deutsch-chinesische Tagespolitik gilt, was sich auch für die meisten anderen Felder der Außenpolitik sagen lässt: Der größte Teil der deutschen Außenpolitik wird von den Medien gar nicht beachtet, er kommt in den Medien nicht vor. Beachtung finden eher krisenhafte Ausnahmen als die Regelformen des außenpolitischen Handelns. Die thematische Diversität des Themenfeldes der deutsch-chinesischen Beziehungen ließe sich also möglicherweise verbessern, wenn man zwar nicht extrem attraktive, aber dennoch wichtige Routinefelder der deutsch-chinesischen Beziehungen (z.B. Entwicklungshilfezahlungen, europäisch-chinesischer Menschenrechtsdialog etc.) stärker gewichten würde.

Fragen des *Sozialen* und der *Sozialordnung* werden von den deutschen Medien nur sehr geringfügig beachtet. Hiermit liegt die China-Berichterstattung im Trend der Auslandsberichterstattung über andere Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, deren soziale Entwicklungen ebenfalls wenig in den Medien abgebildet werden. Ein Primat des Politischen, zum Teil auch ein Primat des Wirtschaftlichen herrscht vor. Dies ist nicht nur an sich kritikwürdig, da die rapide vonstatten gehende Modernisierung Chinas gerade im sozialen Bereich unglaubliche Dynamiken entfaltet, die manchmal wichtiger erscheinen als Fragen der politischen Freiheit und der politischen Ordnung. Gerade aber dann, wenn man die Bereiche nicht gegeneinander aufrechnen möchte, müsste ein journalistischer Ansatz gefördert werden, der sich im Bereich der Innenpolitik nicht nur auf Fragen der Menschenrechte konzentriert, sondern das Soziale stärker hervorhebt. Freiheitsrechte ohne soziale Rechte: Ist das möglich?

Auf dem Sachgebiet *Wirtschaft und Finanzen* liegt erwartungsgemäß ein Schwerpunkt der Berichterstattung, durchschnittlich 14,8%. Dieser Wert liegt erheblich über den Durchschnittswerten etwa für die Nah- und Mittelostberichterstattung, vor allen Dingen, wenn man in Rechnung stellt, dass der Prozentanteil in Jahren, in denen Olympia und Tibet als Sonderereignisse wegfallen, noch deutlich höher sein wird. Zwischen den Medien lassen sich erwartbare Unterschiede erkennen, z.B. ein stärkerer Akzent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auf der Wirtschaftsberichterstattung als bei manchem anderen Medium.

Bei näherer Betrachtung der Daten allerdings erkennt man rasch, dass das Interesse an der chinesischen Wirtschaft nicht ein Interesse an der chinesischen Wirtschaft per se ist, sondern dass es sich vor allen Dingen aus der Bedeutung Chinas für die globale Wirtschaft speist. China als Absatzmarkt für deutsche Produkte, China als Standort für deutsche Direktinvestitionen, China als Investor im Westen und Chinas Rolle in der Finanzkrise: Das ist der Stoff, von dem die Wirtschaftsberichterstattung primär lebt. Die Binnenwirtschaft, insbesondere Sektoren ohne Bedeutung für globale Wirtschaft (z.B. der Agrarsektor?), mögen sie auch für mehr als 1,4 Milliarden Chinesen noch so wichtig sein, spielen für die deutschen Medien kaum eine Rolle. Die wirtschaftliche Zentralität Chinas für



die globale Wirtschaft und die Relevanz von Wirtschaftsnachrichten für deutsche und westliche Wirtschaftskräfte stehen im Vordergrund.

Der Anteil der Berichterstattungen über Fragen von *Umwelt und Gesundheit* erscheint zunächst mit 7,5% relativ hoch zu sein. Die intuitive Annahme wäre, dass China durch ein gewachsenes Bewusstsein im westlichen Journalismus für Umweltfragen möglicherweise auch in diesem Kontext stärker thematisiert wird. Bei näherer Betrachtung stellt man allerdings fest, dass es sich um eine kombinierte Kategorie handelt, wobei nicht Fragen der Umweltverschmutzung und der Energie- bzw. Klimapolitik im Vordergrund stehen, sondern Fragen der Rohstoffpolitik, Lebensmittel- und Giftstoffskandale. Man könnte also geneigt sein zu behaupten, dass auch in der China-Berichterstattung die traditionelle Unterbelichtung von Umweltfragen eine Fortsetzung findet. Sinnvoll wäre eine Diskussion über die Frage, ob Chinas Umweltaktivitäten nicht einer stärkeren Würdigung wert wären.

Relativ ausgeprägt ist die Beachtung des Bereichs *Kultur*, der mit 9,2% einen im Vergleich mit der Auslandsberichterstattungen über andere Teile Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hohen Stellenwert einnimmt. Beachtet werden sowohl Entwicklungen der Hoch- als auch der Alltagskultur. Im Interesse der Medien liegen scheinbar sowohl die historische als auch die zeitgenössische Kultur Chinas. Möglicherweise lässt sich im kulturellen Berichterstattungssektor am ehesten so etwas wie eine echte und nicht durch eigene Interessen getriebene Faszination an der modernen Entwicklung Chinas erkennen.

Insgesamt weist der Themenhaushalt der deutschen China-Berichterstattung auf ein Faktum hin, das später noch ausführlich diskutiert werden wird: Die Aufwertung Chinas in den deutschen Medien erfolgt nicht allein vor dem Hintergrund der Bewunderung und des Interesses für die Umbrüche in diesem großen Land, sondern es existiert eine egozentrierte Matrix, die die Beachtungsökonomie steuert. Ob es sich hierbei auch um ein Negativ- bzw. Feindbild Chinas handelt, hat die Studie zumindest im Bereich der thematischen Analyse nicht explizit aufzeigen können, denn eine Zuordnung der einzelnen Themen zu negativen Wertebereichen ist nicht durchgeführt worden. Es ist allerdings auch ohne solch eine Analyse zu erkennen, dass es thematische Strukturen gibt, die sich einer feindbildartigen Beachtungsökonomie zuordnen lassen, während andere Strukturen sich einer solchen Definition widersetzen. Die starke Beachtung des Tibet-Konflikts, die Konzentration auf die Beziehung zu Schurkenstaaten und die Kritik Chinas als Verletzer von Menschenrechten lassen China eher in einem negativen Bild erscheinen. Wesentliche Teile der Chinaberichterstattung allerdings, die Olympiaberichterstattung, weite Bereiche der Wirtschaftsberichterstattung oder die Kulturberichte wären nicht einfach in dieser Richtung zu verorten.

### Autoren-/Quellenanalyse

Die deutschen Medien erbringen bei der China-Berichterstattung im Durchschnitt eine ungewöhnlich hohe Eigenleistung durch Redakteure und Korrespon-

dentem. Während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auch in anderen Weltregionen eine außergewöhnlich niedrige Rate bei der Verwendung von Nachrichtenagenturmaterial aufweist (um 20%), liegt der Agenturanteil bei Tageszeitungen wie der *Süddeutschen Zeitung* oder der *tageszeitung* im Bereich der Auslandsberichterstattung in der Regel um 50%, bei der China-Berichterstattung aber verringert er sich in beiden Medien stark. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass deutsche Medien heute die Berichterstattung über China hoch einschätzen und bereit sind, hierfür Ressourcen zu investieren. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass etwa im Vergleich zur Auslandsberichterstattung über Nordafrika sowie Nah- und Mittelost im Falle Chinas nur ein einziges Land betroffen ist, so dass die Daten nicht unmittelbar vergleichbar sind. Berichterstattung über einen gesamten Weltteil mit zahlreichen Ländern greift zwangsläufig in höherem Maße auf Nachrichtenagenturen zurück, da die Präsenz von Auslandskorrespondenten nicht einmal in allen Hauptstädten möglich erscheint.

Der hohe Eigenleistungsanteil könnte auch die ungewöhnlich gute Streuung der Berichterstattung über die verschiedenen Sachgebiete erklären, da insbesondere die Präsenz von Korrespondenten vor Ort die Berichterstattung über gesellschaftliche und kulturelle Fragen erleichtert. An dieser Stelle erweist sich deutlich, dass eine Investition in Ressourcen der Auslandsberichterstattung lohnend ist. Dabei sollte man allerdings auch im Blick behalten, dass eine hohe Eigenleistung nicht nur inhaltlich Diversität fördern kann, sondern es Medien auch erleichtert, Inhalte an die jeweilige weltanschauliche Ausrichtung des Mediums anzupassen. Aussagen darüber lassen sich jedoch erst bei einer näheren Diskussion der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse treffen.

## 2 Qualitative Inhaltsanalyse

Nachdem wir uns bisher vor allen Dingen mit der Frage beschäftigt haben, welche Themen von den Medien beachtet werden, steht jetzt das Problem im Vordergrund, wie die einzelnen Themen von den Medien bearbeitet worden sind. Pluralismus, Diversität und journalistische Qualität der Textgestaltung sind ebenso schwierig zu definieren wie die Qualität einer Beachtungsökonomie. Erneut muss man darauf hinweisen, dass Texte Konstrukte einer spezifischen Realitätsinterpretation sind, die in hohem Maße relative Meinungen widerspiegeln. Auf der anderen Seite ist das Konzept der «Objektivität» bei aller Kritik an seiner Nichterreichbarkeit nie ganz aus der journalistischen Ethik verschwunden, und das mit Recht, denn Annäherungen an die Frage der Objektivität sind im Journalismus durchaus möglich. Sieht man einmal von der philosophischen Position sogenannter radikaler Konstruktivistinnen ab, so basiert die journalistische Ethik, wie sie von den meisten europäischen und westlichen Journalistenverbänden heute gelehrt wird, auf zwei zentralen Säulen: Faktengenauigkeit und Pluralität von Meinungsbildern. Fakten lassen sich in der Regel als intersubjektive Annahmen von «richtig» und «falsch» recherchieren, verifizieren und erhärten.

Faktengenauigkeit und die Überprüfung von Ereignissen gehören daher zum A und O des seriösen Journalismus.

Schwieriger ist eine genaue Definition von «Pluralismus» im Bereich der Meinungsbildung, also die Frage der Kontextualisierung von Fakten. Zentral ist hier ein Nachdenken darüber, welche Meinungen zu einem Sachverhalt als legitim und bedeutsam eingeschätzt und für berichtenswert erachtet werden. Hierbei muss man etwa das Konzept der «politischen Ausgewogenheit», das im Wesentlichen darauf abzielt, die zentralen Positionen aus der politischen Arena zu versammeln, von weitergehenden Objektivierungsansprüchen unterscheiden. Die Darstellung aller in einer politischen Arena geäußerten Meinungen bedeutet nicht automatisch, dass dieses Meinungsbild auch Realitäten genau abbildet. Es stellt sich nicht nur die Frage, welchen Teil der weltweiten Politik man berücksichtigen möchte, sondern auch, ob das Meinungsbild politischer Eliten an sich hinreichend für Pluralität ist oder in welcher Weise es einer Erweiterung des Meinungsbildes durch Einbeziehung weiterführender gesellschaftlicher Positionen bedarf. Hier ist auch die Frage zur erwägen, welche Akteure eines Geschehens in der Berichterstattung repräsentiert sein sollten, welcher Sprachgebrauch und welche Metaphorik erforderlich sind, um die oberflächliche kognitive Ausgewogenheit eines Textes nicht durch emotionale Subtexte zu konterkarieren, und wie das Verhältnis von Bild und Text zu gestalten ist. Nicht selten sprechen Bilder im Journalismus eine andere Sprache als Texte, sie verändern die journalistische Botschaft.

Der deutsche Journalismus kennt zwei grundlegende Richtlinien für den Pluralismus, die sich auch im deutschen Medienrecht wiederfinden. Als Binnenpluralismus wird Pluralismus innerhalb der Berichterstattung *eines* Mediums bezeichnet; als Außenpluralismus der Pluralismus innerhalb einer Mediensparte (z.B. Tageszeitungen). Binnenpluralismus gilt im Bereich der politischen Berichterstattung als überwiegender Maßstab für den Radio- und Fernsehbereich, Außenpluralismus als Richtschnur für das private Zeitungswesen.

## Faktengenauigkeit

Es lässt sich sicherlich kein generelles Urteil über mangelnde Faktengenauigkeit des deutschen Journalismus bei der China-Berichterstattung fällen, da die Berichterstattung ganz überwiegend unauffällig und korrekt agiert zu haben scheint. Dennoch muss man sich die Frage stellen, ob es nicht an einigen Stellen zu bisweilen gravierenden Verzerrungen von Faktenlagen gekommen ist. Die Studie von Richter und Gebauer hat hierzu mehrere Anhaltspunkte ermittelt. Im Fall der Tibet-Unruhen etwa gewichteten *die tageszeitung* und *Die ZEIT* den tibetischen Anteil an den Gewalttaten zumindest anfangs höher als andere Medien. Auffällig ist an dieser Stelle, dass lediglich die beiden Medien einen Korrespondenten vor Ort hatten, so dass andere Medien möglicherweise über die Geschehnisse vor Ort nicht völlig im Bilde waren. Aus meiner Sicht wäre es wichtig zu diskutieren, ob und inwieweit in dieser Situation von immerhin

weltpolitischer Bedeutung gerade in der Frühphase der Berichterstattung über die Tibet-Unruhen eine notwendige Transparenz geherrscht hat, die auch an den Rezipienten vermittelt worden ist. «Transparenz» bedeutet, dass man in einer Situation unübersichtlicher faktischer Tatbestände die Unsicherheit der eigenen Quellen auch an den Rezipienten weitervermittelt, um ihn vor vorschnellen Einschätzungen zu warnen.

In einem weiteren Fall beklagt der Forschungsbericht, dass es für die häufig berichteten 30.000 Internetpolizisten keine solide Quellenbasis gebe, und dass Journalisten in diesem Bereich häufig zu wenig zwischen der Androhung und der tatsächlichen Verhängung von Strafen unterschieden. Im Fall des *Deutsche-Welle*-Skandals haben vor allen Dingen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, der *Focus* und die *Süddeutsche Zeitung* früh den Eindruck erzeugt, die chinesische Sparte der *Deutschen Welle* sei regimeorientiert. Wenn eine spätere Untersuchungskommission unter Leitung von Ulrich Wickert im Wesentlichen zu einer Entlastung der *Deutschen Welle* kam, so muss man die Frage stellen, ob hier nicht ungeprüft falsche oder ungenaue Fakten kolportiert wurden. Natürlich ist es richtig und weithin bekannt, dass selbst die Chefetage der *Deutschen Welle* nicht immer vollständige Kontrolle über die Berichterstattungen der zahlreichen fremdsprachlichen Sparten des eigenen Hauses hat und dass in der Vergangenheit etwa in der iranischen Rundfunkabteilung auch politische Propaganda betrieben worden ist. Auf der anderen Seite haben Untersuchungen etwa über das Nah- und Mittelostprogramm der *Deutschen Welle* ungeachtet zahlreicher ermittelter Probleme immer wieder die relative politische Neutralität des Senders gelobt.<sup>8</sup>

Ein recht zweifelhafter Umgang mit faktischer Genauigkeit scheint mir auch in einigen Beiträgen über chinesische Wirtschaftsspionage zu erkennen zu sein. Deutsche Geschäftsleute, deren Laptops in Hotelzimmern angezapft wurden, Unternehmer, denen Gleiches auf Tagungen geschehen ist oder chinesische Praktikanten, die Überstunden zu Spionagezwecken nutzten: Nicht selten sind hier Aussagen kolportiert worden, deren Überprüfung nicht erfolgt ist oder gar nicht möglich erscheint. Der Journalismus hat sich hier zum Teil recht einseitig auf Aussagen von deutscher Seite verlassen. Es bedürfte eines größeren investigativen Engagements, um hier Fakten zu sichern und dem Vorwurf zu entgehen, man verbreite leichtfertig eine negative Stimmung gegenüber China.

## Meinungspluralismus

Im Folgenden soll die Frage der Diversität der Medieninhalte anhand der einzelnen in der Studie von Richter und Gebauer analysierten Fallstudien reflektiert werden.

Mit Blick auf die Berichterstattung über die Tibet-Unruhen kommen Richter und Gebauer zu dem Schluss, es habe insgesamt keine einheitliche Bewertung

<sup>8</sup> Hafez et al. 2003.

der Ereignisse in den deutschen Medien gegeben. Dies ist ein Hinweis auf eine gewisse Pluralität im Gesamtbild der Berichterstattung, eine Pluralität, die in einzelnen Beiträgen durchaus außer Kraft gesetzt worden ist (siehe Beitrag Heberer), die aber insgesamt durchaus vorhanden gewesen zu sein scheint. Die These einer Verdrängung der tibetischen Kultur und Religion durch den chinesischen Zentralstaat ist in allen deutschen Medien sehr präsent gewesen, und diese Annahme ist auch das Hauptargument der Exilregierung um den Dalai Lama, der wiederholt von einem «kulturellen Genozid» gesprochen hat. Ebenfalls präsent war die Sichtweise, wonach die prekäre sozioökonomische Lage der tibetischen Bevölkerung zu den Ursachen der Aufstände zählte. Eine Tendenz der Kulturalisierung und Ethnisierung der Konfliktanalyse, wie sie in manchen anderen Bereichen der Auslandsberichterstattung immer wieder festzustellen ist (z.B. Afrika-Berichterstattung), ist in diesem Fall also offensichtlich bewusst vermieden worden. Richter und Gebauer sprechen davon, dass «in allen untersuchten Medien zumindest in Ansätzen auch weniger dominante Sichtweisen» einfließen. Dies ist insofern bedeutsam, als die Art der Ursachenanalyse hier ein Hinweis auf mögliche Lösungen des Tibet-Problems ist: Sozioökonomische Unterprivilegierung kann durch erfolgreiche Assimilation der Tibeter behoben werden; kulturelle Verdrängung hingegen erfordert mehr Autonomie und Eigenständigkeit, mithin das Gegenteil von Assimilation. Indem die Medien beide Ursachenkomplexe ins Spiel gebracht haben, haben sie also offensichtlich tatsächlich binnenplural agiert. Ob es allerdings noch andere zentrale Argumentationsmuster gibt, die die Medien nicht gewürdigt haben, wird in dem Bericht von Richter und Gebauer insofern nicht reflektiert, als ihre Aufgabe darin bestand, existierende Inhalte der Medien aufzuarbeiten und zu systematisieren.

In der Gesamtschau bleibt festzustellen: Angesichts der zahlreichen Minderheitenproblematiken in China (siehe Beitrag von Heberer) war die vehemente Thematisierung der Tibet-Unruhen Ausweis für eine konfliktorientierte Selektivität der Medienagenda vor den Olympischen Spielen; die Faktengenauigkeit gerade in der Frühphase der Berichterstattung steht stellenweise in Zweifel; die Inhalte der Tibet-Berichterstattung in den deutschen Medien aber waren im Ansatz divers.

Der Tiefenschnitt *Menschenrechte* hat deutlich gemacht, dass die Menschenrechtssituation in China heute ein zentrales Thema für konservative, liberale und linke Medien ist. Während Menschenrechte in früheren Jahrzehnten im linken und liberalen Sektor häufig größere Beachtung fanden als im konservativen Pressesektor, in dem Fragen der Staatsräson stärker gewichtet wurden, wird an dieser Stelle ein Trend zur Entideologisierung der Medien deutlich. Menschenrechtsverletzungen wie in China werden heute in den Medien unterschiedlicher weltanschaulicher Prägung kritisiert. Allerdings lassen sich Überbleibsel alter ideologischer Muster dort erkennen, wo etwa konservative deutsche Zeitungen gewisse Fortschritte im chinesischen Rechtssystem stärker beachten als andere. Insgesamt scheint sich aber eine Sichtweise durchgesetzt zu haben, wonach Menschenrechte als vorstaatliches Recht eine höhere Bedeut-

samkeit genießen als staatliche Interessen. Dass Menschenrechtsprobleme in China heute Gegenstand der Berichterstattung im gesamten Meinungsspektrum der deutschen Medien sind, lässt sich durchaus als Fortschritt im Bereich des Binnenpluralismus deutscher Medien betrachten. Erneut bestehen aus meiner Sicht Probleme weniger in der inhaltlichen Gestaltung des Themenfeldes als in der selektiven Hervorhebung der Thematik. Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht nur gegenüber China geltend gemacht werden, sondern stärker auch gegenüber anderen Staaten (z.B. Tunesien), um sich nicht des Vorwurfs der Funktionalisierung des Menschenrechtsdiskurses auszusetzen, die im Westen seit der Kolonialzeit durchaus eine längere Tradition hat.<sup>9</sup>

Der Tiefenschnitt zu den *deutsch-chinesischen Beziehungen* hat ebenfalls ergeben, dass deutsche Medien sich heute nicht mehr zwangsläufig auf bestimmte ideologische oder politische Richtungen festlegen lassen. Gerade der Besuch des Dalai Lama bei Kanzlerin Merkel wurde in allen Medien recht kontrovers diskutiert, auch wenn im Kommentarbereich die konservativen Zeitungen, anders als ihre linken und liberalen Pendanten, Frau Merkel einhellig gegen Kritik verteidigten. Ein anderer Aspekt allerdings scheint mir mit Blick auf die Frage des Pluralismus bemerkenswerter: die von Richter und Gebauer monierte starke Orientierung der Medien am politischen Schlagabtausch um den Besuch des Dalai Lama. Die Autoren beklagen eine »geringe Autonomie gegenüber der durch Parteipolitik und Diplomatie vorgegebenen Gewichtung außenpolitischer Ereignisse«. Der sogenannte »Zitate-Journalismus«, auf den die Autoren verweisen, kennzeichnet ein beschränktes Verständnis journalistischer Objektivität, das vor allem bestrebt ist, politischen Akteuren in den Medien größtmöglichen Raum zu geben. Natürlich ist die Vermittlung politischer Positionen alternativlos, dennoch sollte sich der Journalismus nicht von den Einschätzungen von Politikern abhängig machen. Mögliche Schieflagen politischer Debatten, die allzu oft von egoistischen Motiven von Politikern und Parteien getragen sind, müssen durch die Hintergrundanalysen vertieft und wenn nötig argumentativ erweitert werden. Es geht darum, nicht nur die in einem Konflikt geäußerten Meinungen zu kolportieren, sondern Informations- und Meinungsvielfalt an der Sache selbst zu messen. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der Aufgabe eines Journalismus, der sich um die Meinungsbildung der Bürger bemüht. Natürlich gilt, was Elisabeth Noelle-Neumann in den 1990er Jahren über den Mangel an außenpolitischen Debatten in Deutschland sagte, auch heute noch, und insofern ist es im Nachhinein zu begrüßen, dass die deutschen Medien die Diskussion über den Dalai Lama-Besuch auch abbildeten. Nach der Lektüre der Studie von Richter und Gebauer stellt sich allerdings die Frage, ob die Medien in gleicher Weise ihrer Aufgabe gerecht wurden, die Debatte zu kontextualisieren, sie zu systematisieren und zu ordnen, wofür es unter anderem einer Einführung in außenpolitische Konfliktstrategien bedurft hätte (Konfrontation oder Entspannungspolitik

---

9 Gong 1984.



etc.). Nur in einem solchen Kontext sind Sinn und Unsinn der Ereignisse sinnvoll zu verorten.

Der Tiefenschnitt zu den *chinesisch-afrikanischen Beziehungen* zeigt, dass China als Ausbeuter und Freund von Diktatoren in vielen Medien präsent ist. Lassen wir einmal die Frage außen vor, ob China nicht auch einen Beitrag zur sozioökonomischen Entwicklung afrikanischer Staaten leistet (s. Beitrag von Heberer), so ist es sicherlich richtig festzustellen, dass China in Afrika häufig engen Umgang mit despotischen Regimes pflegt, um seine Interessen durchzusetzen. An dieser kaum zu bestreitenden Faktenlage kann man nicht aussetzen, dass sie in deutschen Medien transportiert wird. Der Fall Darfur/Sudan macht zudem deutlich, dass Kontakte zu China häufig für menschenrechtsfeindliche Regimes eine Art letzter Ausweg der autoritären Stabilisierung darstellen. Problematisch ist nicht die Berichterstattung über diese Fakten, sondern der in vielen Medien zumindest indirekt erzeugte Eindruck, bei China handele es sich um einen besonders skrupellosen Fall eines internationalen Akteurs und einer aufstrebenden Weltmacht, die quasi über Leichen ginge, indem sie insbesondere den Rückzug des Westens aus den sogenannten Schurkenstaaten ausnutzt, um ihre Ressourceninteressen zu wahren. Hier rächt sich aus meiner Sicht, dass die meisten deutschen Medien gegenüber den konservativen und bisweilen reaktionären Tendenzen westlicher Außenpolitik in der Regel viel zu gleichgültig sind. Dass die USA, Europa und auch Deutschland letztlich ähnlich enge Beziehungen zu vielen Diktatoren weltweit pflegen (Saudi-Arabien, Tunesien, Jordanien, die Liste ist lang) und dass Debatten über Menschenrechtslagen in diesen Ländern in den Medien gelegentlich recht willkürlich aktualisiert oder eben auch ignoriert werden, ist die eigentliche Problematik der Berichterstattung über Chinas Aktivitäten in Afrika. Um es auf den Punkt zu bringen: Die USA, Frankreich und auch der Rest Europas agieren in Afrika nicht zwangsläufig moralischer als China. Deutsche Unternehmen, insbesondere deutsche Waffenlieferanten, kümmern sich wenig um menschenrechtliche Verhältnisse. Westliche Demokratien mögen im Inneren relativ friedfertig sein, im Bereich der Außenpolitik und der Außenwirtschaft sind sie es mitnichten. Bei der Frage, ob über das chinesische Engagement in Afrika pluralistisch berichtet wird, wäre also zu überlegen, ob zu der erforderlichen Kritik an China nicht auch ein höheres Maß an Selbstkritik gehören würde. Die Afrika-Berichterstattung erscheint mir ein Beispiel dafür zu sein, dass systemkritische Perspektiven, die auch gegenüber westlichem außenpolitischen Handeln noch in den 1970er Jahren und während des Kalten Krieges ausgeprägt auch in den Medien vorhanden waren, nach der Wende von 1989 weitgehend verschwunden sind. Grundsatzkritik an westlicher Außen- und Militärpolitik wird zwar noch gegenüber einzelnen Akteuren (George W. Bush), nicht aber am westlichen politischen System insgesamt geäußert. In der Studie von Richter und Gebauer wird Bundespräsident Horst Köhler mit einem ähnlichen Vorwurf gegenüber der westlichen Arroganz in diesem Bereich zitiert. Strukturfragen der internationalen Politik werden viel zu wenig beachtet, was bei



allem Lob der Entideologisierung von Medien durchaus auch einer der Nachteile dieser Tendenz sein kann.

Beim Fallbeispiel *Umwelt* kommen Richter und Gebauer zum Befund einer negativen Grundtendenz der deutschen Berichterstattung gegenüber China. Im Vordergrund steht die Kritik an China als «Umweltverschmutzer Nummer 1», während nur wenige Beiträge Fortschritte in der chinesischen Umweltpolitik würdigen. Ist man intuitiv geneigt, dieses Beispiel erneut als Ausweis einer gewissen negativen Tendenz gegenüber China zu betrachten – China ist zwar in manchen Bereichen heute tatsächlich der größte Umweltverschmutzer, allerdings liegt die Pro-Kopf-Umweltverschmutzung der Chinesen weit unter der des durchschnittlichen Europäers und Amerikaners –, so stellt sich mir allerdings die Frage nach den exakten Maßstäben für die Beurteilung einer pluralistischen Berichterstattung. Wäre eine Mischung aus Kritik und Lob Chinas im Bereich der Umweltpolitik pluralistischer? «Ja», wenn man Ausgewogenheit als Mischung von Fremdkritik und Selbstdarstellung der chinesischen Regierung betrachtet. «Ebenfalls ja», wenn man die Gleichzeitigkeit von Umweltzerstörung und derzeit praktizierter Umweltpolitik für das Maß der Dinge hält. «Eindeutig nein», wenn man eine radikalere Deutung von Umweltproblemen verfolgt, wonach das heute in allen Staaten praktizierte kapitalistische Wachstumsmodell die Umwelt zerstört. Vor diesem Hintergrund sind die derzeitigen Umweltanstrengungen *aller* Staaten viel zu gering (Stichwort Kopenhagen-Gipfel). Demnach wäre auch eine überwiegende Kritik an einem Land wie China, das im Zuge seiner nachholenden Entwicklung immer stärker die Umwelt belastet, durchaus «objektiv». Allerdings stellt sich auch hier die Frage, ob westliche Umweltzerstörung in gleichem Maße kritisiert wird. Anders als im Bereich der aus meiner Sicht zu wenig kritisierten Strukturen der internationalen Politik und der westlichen Außenpolitik kann man in den letzten Jahren sehr wohl eine gesteigerte Kritik an westlicher Umwelt- und Klimapolitik in den Medien erkennen, so dass auch hier die Balance gewahrt wäre. Zu untersuchen wäre allerdings, inwieweit sich in diesem Punkt nicht doch noch Richtungsunterschiede innerhalb der Medien bemerkbar machen: Radikale Kritik an kapitalistischer Wachstumsideologie findet sich überwiegend in linken Medien, weniger aber in konservativen. Von diesem Gesamtbild aber hängt aus meiner Sicht auch die Bewertung der Berichterstattung über chinesische Umweltzerstörung in deutschen Medien ab.

## Repräsentanz

Die Repräsentation von gesellschaftlichen Akteuren ist ein wichtiger Indikator für Pluralismus in den Medien. Die Studie von Richter und Gebauer bemängelt, dass etwa im Bereich der Menschenrechte lediglich ein kleiner Kreis von chinesischen Dissidenten und Aktivisten, zu denen die Medien oft individuelle Kontakte pflegen, das Medienbild prägt. Die Autoren sprechen von einem «recht eingeschränkten Quellenzugang» und von der Gefahr einer «gewissen Voreingenommenheit», die hierdurch entstehen könnten. Die chinesische staat-

liche Perspektive hingegen sei unterrepräsentiert. Ist Pluralismus demnach, wenn man zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren bei Problemen der Menschenrechte gleichen Raum gibt? Es ist aus meiner Sicht ohne Zweifel so, dass der Staat und das chinesische politische System insgesamt besser analysiert werden müssen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass in einzelnen Themenfeldern nicht auch ein anwaltschaftlicher Journalismusansatz einer stärkeren Präsentation von marginalisierten Gruppen oder Minderheiten legitim sein kann. Wenn man Menschenrechte als vorstaatliches Gut betrachtet, so ist es, wie oben bereits erwähnt, schwierig, Staat und Bürger als gleichberechtigte Repräsentanten eines Diskurses zu betrachten. Opfer-Täter-Beziehungen können nicht beliebig gedeutet werden, da sie im Grunde klar sind: Der Staat unterdrückt, Menschen werden unterdrückt, nicht umgekehrt. Die Herausforderung für den Journalismus liegt also nicht darin, offiziöse Menschenrechtsverklärungen in die Medien zu heben.

Eine andere Frage allerdings ist, ob die in deutschen Medien präsentierten Aktivisten und Dissidenten in jedem Fall legitime Repräsentanten der Opfer sind. Auch deutsche Journalisten haben bereits eingeräumt, dass beim Thema China immer derselbe kleine Kreis von Dissidenten in deutschen Medien auftaucht.<sup>10</sup> Also liegt eine mögliche Verzerrung deutscher China-Berichterstattung möglicherweise nicht darin, staatliche Stimmen im Bereich der Menschenrechtsdebatte verschwiegen, sondern «die falschen Dissidenten» gesucht zu haben? Fragen dieser Art müssen diskutiert werden, denn dass solche Tendenzen gefährlich sein können, hat der Fall Ahmed Chalabi vor dem Irakkrieg gezeigt: ein irakischer Oppositioneller, der, wie sich nicht erst im Nachhinein herausgestellt hat, persönliche Interessen verfolgte und von der US-Regierung für die Rechtfertigung des Irak-Krieges instrumentalisiert wurde. Die Studie von Richter und Gebauer hat keinen parallelen Fall für China aufdecken können, aber sie verweist im Grunde prophylaktisch auf mögliche Voreingenommenheiten, die aus einer Konstellation entstehen können, wobei ein sehr begrenzter Kreis von Dissidenten eine Bevölkerung von 1,4 Milliarden Chinesen repräsentiert.

Die Fallbeispiele der *deutsch-chinesischen Beziehungen* und der *globalen Wirtschaft* zeigen, dass die im statistischen Durchschnitt im Grunde recht ausgewogene Streuung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der deutschen China-Berichterstattung bei einzelnen Themen doch sehr asymmetrisch sein kann. In der Auseinandersetzung über deutsch-chinesische Beziehungen, so sagt die Studie, waren fast nur deutsche Akteure präsent. Ähnliches war zum Teil bei der Berichterstattung über deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen zu beobachten. Eine außenpolitische oder außenwirtschaftliche Berichterstattung aber, in der man wenig über chinesische Akteure, ihre

10 Vgl. die Äußerungen von Stefan Niemann (ARD) anlässlich der Podiumsdiskussion der Heinrich-Böll-Stiftung «Nachrichten aus dem ›Reich des Bösen‹? Das China-Bild deutscher Medien», Frankfurter Buchmesse, Frankfurt 14. Oktober 2009.

Handlungsmotive, Strategien etc. erfährt, kann man wohl als unausgewogen betrachten.

### 3 Entstehungsbedingungen der China-Berichterstattung

Theoretisch unterscheidet man mehrere Einflussgrößen, die auf die Auslandsberichterstattung wirken können. Das vielleicht umfassendste Konzept hat der Autor selbst in seiner «Theorie internationaler und interkultureller Darstellungsprozesse in den Massenmedien» dargelegt.<sup>11</sup> Die Studie von Richter und Gebauer lehnt sich an dieses Konzept an, wenngleich nicht alle dort genannten Prozesse berücksichtigt werden. Insgesamt wird man ohnehin sagen müssen, dass der Schwerpunkt der Studie von Richter und Gebauer auf der – beeindruckenden – Inhaltsanalyse deutscher Medien liegt, während die Untersuchung zu den Entstehungsbedingungen dieser Inhalte aus forschungsökonomischen Gründen eher nachgeordnet und ergänzend ist. Richter und Gebauer ging es bei den Interviews im Wesentlichen darum, den wichtigsten Autoren der China-Berichterstattung die Möglichkeit zur Selbsterklärung zu bieten. Die Befragung wurde nicht mit anderen Methoden, etwa der teilnehmenden Beobachtung, kombiniert, was wichtig wäre, um mediale Produktionsprozesse zu beleuchten. Ein solcher Methodenmix aber hätte den Finanz- und Zeitrahmen des Projekts gesprengt.

Entstehungsbedingungen der Auslandsberichterstattung lassen sich auf drei Ebenen ansiedeln: der Mikro-Ebene des Einflusses einzelner Journalisten, der Meso-Ebene, die a) die Medienorganisation und die Redaktion als organisiertes Sozialsystem und b) das weitere Mediensystem beleuchtet (vor allen Dingen Nachrichtenagenturen und innerjournalistische Meinungsführerschaften) sowie der Makro-Ebene, auf der Wechselbeziehungen zwischen Medien und Gesellschaft (also Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) untersucht werden. Im Folgenden werden vor allem Einflussfaktoren auf der Makro- sowie auf der Meso-Ebene herausgearbeitet und kommentiert.

#### Makro-Ebene

Die befragten Journalisten – China-Korrespondenten sowie andere Fachredakteure deutscher Medien – haben einhellig hervorgehoben, dass die Medienbeachtung Chinas in den letzten Jahren aufgrund der gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Landes zugenommen hat. Diesen Aussagen liegt allerdings ein journalistisches Verständnis zugrunde, über das man diskutieren kann. Im deutschen Journalismus herrscht offensichtlich die Idee vor, Auslandsberichterstattung habe die Aufgabe, vor allem über Sachverhalte zu berichten, die von grenzüberschreitender globaler oder zumindest internationaler Bedeutung sind. Damit wird die Bedeutsamkeit der Nachrichtenfaktoren

«Relevanz» sowie «politische» und «ökonomische Zentralität» besonders hervor-  
gehoben. Diese Einschätzung scheint zwar intuitiv plausibel zu sein, sie orien-  
tiert sich aber an einem sehr reduzierten journalistischen Verständnis, das in  
hohem Maße Nachrichteninteressen des Heimatlandes zu befriedigen sucht.  
Aus meiner Sicht wäre es aber ebenso wichtig, die Relevanz von Nachrichten für  
das «Entsenderland» (hier: China) stärker in den Vordergrund zu rücken. In der  
modernen («globalen») Wissensgesellschaft wäre es an der Zeit, ethnozentrische  
und eurozentrische Sichtweisen zu überwinden oder zumindest zu relativieren.  
China wäre demnach nicht nur deswegen wichtig, weil es für «uns» wichtig ist,  
sondern weil es ein großes Land mit einer enormen Dynamik ist. Die Welt ist zu  
klein, um nichts über China wissen zu können, und zwar auch dort, wo China  
gerade einmal keine für globale Nachrichtenlagen relevanten Informationen  
erzeugt. Nach dieser Logik verschwinden nämlich viele Themenbereiche des  
Geschehens in China, die keine globalen Interessen befriedigen, weitgehend von  
der Medienlandkarte.

Insgesamt hat man bei den Aussagen der Journalisten durchaus den Eindruck,  
dass gerade die Korrespondenten diese wichtige Duplizität der Standards verin-  
nerlicht haben, aber dass viele Journalisten im Hinblick auf das organisatori-  
sche Interesse ihrer Heimatmedien doch vor allen Dingen auf die globale Rolle  
Chinas eingehen. Theoretisch ist dies überhaupt nicht verwunderlich, denn auf  
der Makro-Ebene richten sich die Beobachtungsinteressen der Medien vor allen  
Dingen auf die sie umgebenen systemischen Einflüsse, und hier ist es eben doch  
so, dass Medien Anpassungsleistungen an politische, wirtschaftliche und gesell-  
schaftliche Anforderungen in ihren Heimatländern vornehmen. Die Vorstel-  
lung von der grenzenlosen Autonomie der Medien, die völlig selbstbestimmt  
agieren, war immer schon eine Illusion. Erst die Veränderung in der heimatli-  
chen Medienumwelt, in der China vor allen Dingen im wirtschaftlichen Bereich  
eine wachsende Rolle für Deutschland und den Westen zugewiesen wird, hat die  
mediale Aufmerksamkeit mit Blick auf China deutlich erhöht. Dass dabei natür-  
lich die Komplexität der innerchinesischen Verhältnisse aus dem Blick geraten  
kann, weil nicht alles aus deutscher Sicht relevant erscheint, liegt auf der Hand.  
Gerade die genauere Untersuchung der Themenanalyse hat dieses hohe Maß an  
Eigeninteresse im Chinabild deutscher Medien meines Erachtens sehr deutlich  
gemacht. Ob eine derartig starke Orientierung an eigenen thematischen Präfe-  
renzen nicht aber zu einer sehr selektiven Wahrnehmung Chinas führt, wäre in  
Zukunft aus meiner Sicht mit Nachdruck zu diskutieren.

Das Fallbeispiel der deutsch-chinesischen Beziehung allerdings zeigt meiner  
Meinung nach, dass man sich Umwelteinflüsse auf Medien nicht so vorstellen  
darf, dass etwa die deutsche Regierung direkt versucht, die Ausrichtung deutscher  
Medien zu diktieren (so etwas gelingt in Demokratien allenfalls in Ausnahmesit-  
uationen wie Kriegszeiten). Gerade der Streit um den Besuch des Dalai Lama im  
Jahr 2008 hat gezeigt, dass deutsche Medien durchaus in der Lage sind, demokra-  
tische Vielfalt in den Medien abzubilden. Auch wenn oben kritisiert worden ist,  
dass sich das deutsche politische System in der Dalai Lama-Debatte sehr «breit»

gemacht hat, so ist dennoch zu erkennen, dass sich die Medien nicht von der Regierung vor den Karren spannen ließen, sondern allenfalls von der Gesamtheit der deutschen politischen Elite. Um die Autonomie des Journalismus gegenüber dem politischen System auch in solchen Fällen zu stärken, wäre es, wie oben schon betont worden ist, wichtig, die analytische Eigenständigkeit der Medien zu stärken.

Autonomie kann der Journalismus auch dadurch gewinnen, dass er nicht nur die politische Elite, sondern andere öffentliche Meinungsführer stärker ins Bild hebt. Hier ist neben den Aktivisten der Auslandsopposition, die im Falle Chinas und Tibets eine gewisse Rolle spielen, auf das gesamte Feld der wissenschaftlichen China-Expertise in Deutschland zu verweisen. Richter und Gebauer kommen in ihrer Studie zwar zu dem Ergebnis, dass externe Autoren Eingang in die Medien gefunden haben, allerdings mit einem relativ geringen Prozentsatz, wobei mir insbesondere der Anteil der wissenschaftlichen Expertise steigerbar zu sein scheint.

## Meso-Ebene

Sucht man nach Entstehungsbedingungen der China-Berichterstattung im Inneren der Medienorganisationen, so erzeugen die Aussagen der Journalisten den Eindruck, als gäbe es durchaus unterschiedliche redaktionelle Kulturen, die das Endprodukt beeinflussen. Einen positiven Einfluss auf die Berichterstattung etwa scheint der Ansatz der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu haben, vor allen Dingen zur «politischen Bildung» beitragen zu wollen. Der entsprechende Journalist der Zeitung grenzt sich dezidiert von einem hektischen und zu stark aktualitätsorientierten Nachrichtenbegriff ab. In mehreren (nicht in allen!) Fällen wurde gerade der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* von der Studie von Richter und Gebauer ein besonders hohes Maß an Binnenpluralität bescheinigt, was darauf hinweisen könnte, dass das Konzept der politischen Bildung hier durchaus aufgeht.

Zugleich ist die linksalternative *tageszeitung*, die einen «humanistischen, humanitären, vielleicht auch menschen- oder bürgerrechtlichen» Ansatz pflegt, mit dieser Intention nicht mehr allein. Menschenrechtsthemen sind in der China-Berichterstattung generell in allen Medien hoch angesiedelt, sie machen weite Teile der politischen Berichterstattung aus. Hier zeigt sich, dass sich journalistische Blattlinien heute medienübergreifend immer mehr annähern und allenfalls Akzentuierungen für einzelne Medien übrigbleiben.

Über solche redaktionellen Rollenvorstellungen hinaus hat sich das Projekt von Richter und Gebauer um die Klärung unterschiedlicher Organisationsprozesse bemüht, die die Berichterstattungslage beeinflussen können. Manche Fragen allerdings konnten nicht beantwortet werden, z.B.: Wie kommt es zu dem großen Eigenanteil der Berichterstattung? Wieso sind China-Korrespondenten in einigen Themenfeldern (z.B. Wirtschaftsberichterstattung) weniger präsent als in anderen? Welchen Einfluss üben Verlage und Anstaltsleitungen aus? Auch

erfährt man wenig über die Beziehung der Medienorganisationen zum weiteren Mediensystem, also etwa über die Rolle von Nachrichtenagenturen oder inner-journalistische Meinungsführerschaften.

Eine markante Ausnahme allerdings sind die interessanten Ausführungen über das Verhältnis der Korrespondenten zu chinesischen Quellen vor Ort. Die Studie macht deutlich, dass das von vielen Journalisten in der China-Berichterstattung immer wieder bediente Argument, man könne wegen der restriktiven chinesischen Informationspolitik nicht besser berichten, stark relativiert werden muss. Für deutsche Korrespondenten ist es bisweilen erstaunlich, wie zugänglich chinesische Quellen in Staat und Gesellschaft heute schon sein können. Zwar existieren immer noch zahlreiche Ausnahmen, die oft schwer prognostizierbar sind, und hier stehen Journalisten tatsächlich vor einer Mauer des Schweigens. Aber in vielen anderen auch sensiblen Themenbereichen ist dies nicht mehr der Fall. Die Modernisierung Chinas hat also offensichtlich auch bereits die Meinungsfreiheit und Meinungsfreudigkeit der chinesischen Gesellschaft erfasst. Zumindest implizit kritisieren einige deutsche Korrespondenten, dass manche deutsche Kollegen die heute bereits existierenden Möglichkeiten der Quellensuche zu wenig nutzen.

Wendet man sich den innerredaktionellen Prozessen zu, so geht man wohl nicht fehl mit der Feststellung, dass deutsche China-Journalisten ganz überwiegend ein harmonisches Bild zeichnen. Konflikte zwischen Mitarbeitern werden kaum geschildert, gerade Korrespondenten und Zentralredaktionen scheinen ein partnerschaftliches Verhältnis der kollegialen Aushandlung inhaltlicher Präferenzen zu pflegen. Dies ist insofern wenig verwunderlich, als der Journalismus zwar prinzipiell von individuellen Freiheiten lebt, dabei aber keine klassische «freie Profession» ist, da Journalismus zugleich als eine Industrie zu verstehen ist. Um Fernsehen und Presse zu produzieren, bedarf es großer Ressourcen und großen Kapitals, was die Organisationskräfte des Journalismus ins Spiel bringt, was wiederum bedeutet, dass ein hohes Maß an Vertrautheit mit den Anforderungen der Organisationen und an interner Voranpassung der Mitarbeiter vorhanden sein muss, damit das Metier reibungslos funktioniert. Was Journalisten daher auch in den Gesprächen mit Richter und Gebauer als Freiheit und Unabhängigkeit deklarieren, ist in Wahrheit oft eine *relative* Bewegungsfreiheit in einem Rahmen, der von Hierarchien, Ressourcen und anderen Organisationspräferenzen geprägt ist, nur dass diese nicht mehr immer als solche wahrgenommen werden, weil sie im Zuge der beruflichen Sozialisation erlernt und verinnerlicht worden sind.

Nur an wenigen Stellen flackert das mögliche Konfliktpotential auf, dass aus diesen Konstellationen entstehen kann, etwa wenn eine Journalistin äußert, dass aus ihrer Sicht nicht die Voreingenommenheit der China-Korrespondenten vor Ort, aber gelegentlich die inhaltlichen Präferenzen der Heimatredaktionen einen besonders kritischen Umgang mit China vorgeben. Die Tatsache, dass drei Viertel der in der Studie erfassten Beiträge nicht von Korrespondenten, sondern von Redaktionen (und Nachrichtenagenturen) erzeugt werden, zeigt, wie hoch



das Steuerungspotential der Heimatredaktionen auch im einem scheinbaren Spezialistenfeld wie der China-Berichterstattung ist.

Die relative Stärkung der Zentralredaktionen gegenüber den Korrespondentenplätzen wird heute mancherorts als Trend der Auslandsberichterstattung beobachtet. Hintergründe sind Rationalisierungsbedürfnisse ebenso wie die angebliche «Ersetzbarkeit» des Korrespondenten im Zeitalter des Internets. Im Falle Chinas allerdings kann man augenscheinlich weniger von einem Rückbau von Korrespondentenplätzen als vielmehr von einer durch die China-Konjunktur ermöglichten Bestandserhaltung sprechen. Dennoch zeigt sich auch in diesem Bereich, dass die Vorstellung, Auslandsberichterstattung werde von Auslandskorrespondenten gemacht, eine laienhafte Verkürzung ist. Die China-Berichterstattung lebt, wie auch andere Teile der Auslandsberichterstattung, von sehr komplexen Informationsflüssen und Verarbeitungsprozessen, wobei viele Berichte und Analysen an deutschen Schreibtischen entstehen. Es ist durchaus nicht so, dass diese Berichte deswegen weniger authentisch sein müssen. Auslandsjournalisten ebenso wie Feldforscher wissen, dass man vor Ort oft «den Wald vor lauter Bäumen» nicht mehr erkennt. Gerade die enorme Größe Chinas führt sicherlich dazu, dass manch eine deutsche Zentralredaktion über Geschehnisse in der chinesischen Provinz oft schneller oder gar besser informiert ist als der eigene Korrespondent in Peking. Zugleich aber lassen sich manche Probleme der China-Berichterstattung, wie die Journalisten selbst erkennen, gelegentlich auch mit der Distanz vieler Journalisten zum Geschehen erklären, etwa die egozentrierte Themenmatrix, mangelnde Faktengenauigkeit oder eine zu starke Berücksichtigung westlicher Akteure in manchem Themenfeld.

Die starke Stellung der Zentralredaktionen macht sich auch in einer entsprechenden Organisationsstruktur bemerkbar, wobei deutsche überregionale Printmedien in der Regel (noch) Asienredakteure haben, die die Arbeit der Korrespondenten koordinieren und eigene Beiträge liefern. Diese Spezialisierung der Ressorts wird gerade im Printbereich von den Journalisten gelobt; beim Fernsehen ist sie schon wegen des Mangels an Platzkapazitäten für Auslandscontent und wegen des dort vorherrschenden «Sendungsprinzips» (anstelle des Ressortprinzips) nicht einführbar. Vor einem unter Kostendruck drohenden Ersatz der Asienredakteure durch Generalisten im politischen Ressort wird gewarnt, weil dies die Qualität der Berichterstattung gefährde.

Was die internen Hierarchien angeht, so äußern Korrespondenten überwiegend, dass sie sich mit ihren Themeninteressen durchsetzen können. Sieht man von der vielleicht zu wenig reflektierten Thematik der Voranpassung an Medienbedürfnisse einmal ab (s.o.): Insgesamt entsteht der Eindruck, als werde China-Berichterstattung im kollegialen Gleichklang von Asienredakteuren und Korrespondenten unter Hinzuziehung von Agenturmaterial und, zumindest gelegentlich, externen Autoren bewältigt. In einzelnen Bereichen ist dies aber durchaus anders. Bei eigenständigen Kommentaren macht sich der Einfluss von Ressortleitern und Chefredaktionen stärker bemerkbar als in den weiteren China-Berichten. Hier dominieren nach Aussagen von Journalisten nicht selten informell



oder formal höherrangige Journalisten, die «Denker» eines Mediums, wie dies ein Journalist genannt hat. Hier werden die großen Kommentierungslinien geprägt, und dies geschieht, wenn man die Studie von Richter und Gebauer zu Rate zieht, je nach Fall, mehr oder weniger ausgewogen. Auch in der China-Berichterstattung ist also ein Zweiklassensystem erkennbar, wobei unter Umständen, wie sich dies in anderen Bereichen der Auslandsberichterstattung bereits erwiesen hat, gerade in Krisen- und Ausnahmesituationen einseitige Leitartikel und Kommentare auf die öffentliche Meinungslage durchschlagen können.

Allerdings erweist sich die Studie von Richter und Gebauer nicht als geeignetes Mittel, um derlei Prozesse zu studieren. Die China-Berichterstattung des Jahres 2008 war insofern außergewöhnlich, als sie *grosso modo* wohl als eine einzige lang anhaltende Ausnahmesituation gekennzeichnet werden kann. Diese Situation zu erforschen, hatte seinen Charme, denn sie hat Debatten erzeugt, Stimmen gebündelt und Sichtweisen artikuliert, die in «Normalzeiten» nicht ohne Weiteres zum Vorschein kommen. Zugleich allerdings war die Ausnahmesituation zu umfassend, als dass sie sich von wenigen führenden Leitartiklern und Kommentatoren letztlich hätte steuern lassen. Insofern war 2008 durchaus ein günstiges Jahr für die China-Spezialisten im deutschen Journalismus, vergleichbar wohl nur mit der Rolle, die Nahostjournalisten nach den Attentaten von 9/11 spielten.

## Fazit

Diese Ausgangslage mag auch erklären, warum die Schief lagen der China-Berichterstattung eher in der grundsätzlichen Anlage der Beachtungsökonomie und in dem klar erkennbaren, oft übertriebenen Selbstbezug und Konfliktorientierung der Themenpräferenzen zu finden waren als in den Mediendiskursen selbst – sieht man einmal von gelegentlichen Problemen im Umgang mit Fakten, einer nicht immer ausgewogenen Akteurskomposition und manchen Schief lagen bei der Bewertung Chinas ab (z.B. mangelnde Verortung der chinesischen Außenpolitik vor dem Hintergrund westlicher Politik). Dass zu Selbstgefälligkeit dennoch kein Anlass besteht, zeigt sich darin, dass die Zufriedenheit mit dem derzeitigen Zustand der China-Berichterstattung bei den Journalisten selbst sehr unterschiedlich ausfällt. Ist das Glas halb voll oder ist es halb leer? Journalisten haben gegen Ende der Studie von Richter und Gebauer geradezu widersprüchliche Antworten parat. Für manche Journalisten herrscht Ausgewogenheit vor, andere kritisieren die zu negative Prägung des Chinabildes und machen hierfür die zu stark an deutschen Interessen orientierte Politik der Heimatredaktionen verantwortlich. Vielleicht ist manches ambivalente Selbstbild der Zunft ein Beleg dafür, dass über die Frage der «Pluralität» in der China-Berichterstattung nachdrücklicher als bislang gestritten werden muss. Was Diversität in den Medien bedeutet, darüber gibt es nur in Teilen einen Konsens. Oft ist die Frage nur theorieabhängig zu beantworten. Eines aber scheint klar: Sie muss reflektiert werden.

# Chinabild und Medienberichterstattung aus politikwissenschaftlicher Perspektive

Die umfangreiche und hoch aktuelle Studie von Carola Richter und Sebastian Gebauer befasst sich mit der Berichterstattung deutscher Medien über China und den daraus folgenden Implikationen, vorzugsweise am Beispiel des Jahres 2008. Mit dieser glänzenden Studie haben beide Pionierarbeit geleistet: Insgesamt 8.766 Artikel haben sie bearbeitet, 3.998 davon in die Analyse aufgenommen. Darüber hinaus haben sie China-Korrespondenten und Redakteure befragt. Eine derartige Analyse musste sich allein vom Aufwand her notwendigerweise auf ausgewählte Meinungsführermedien konzentrieren. Richter und Gebauer haben dabei auf führende überregionale Medien fokussiert.

Gleichwohl muss im Kontext der Analyse von Richter/Gebauer Folgendes bedacht werden: a) Die untersuchten Medien verfügen überwiegend über Auslandskorrespondenten in China und damit über Expertise vor Ort, die eine differenziertere Recherche und Berichterstattung ermöglicht, als es für andere Medien in der Regel machbar wäre. b) Einseitige Interpretationen, Schlussfolgerungen und Stereotypen einzelner Medien werden nicht oder nur in geringem Maße über die Auslandskorrespondenten in China transportiert und damit über die von Richter/Gebauer analysierten Medien; langjährige Korrespondenten tragen zweifellos dazu bei, die Entwicklungen in China differenziert zu erklären. Doch letztlich bestimmen sie nicht den Interpretationstrend in ihren Heimatredaktionen. Überdies werden einseitige Darstellungs- und Interpretationsstränge sehr viel stärker über lokale bzw. regionale Medien verbreitet sowie über den Hörfunk oder über Onlinedienste wichtiger Medien im Internet. Zudem existieren im Internet zahlreiche Blogs und Foren, die sich keiner spezifischen Zeitung oder Zeitschrift zuordnen lassen, zum Teil direkt Informationen über China streuen und auf die Meinungsbildung über China und die Prägung des Chinabildes mit einwirken. Von daher umfasst der Medienbereich tatsächlich ein viel größeres Spektrum als der von Carola Richter und Sebastian Gebauer analysierte Ausschnitt. Eine darüber hinausgehende Analyse würde allerdings erheblich weitgehendere Untersuchungsdimensionen erfordern, was weder intendiert noch leistbar war. Gleichwohl sollten wir uns der Weite des Spekt-

rums, das auf das deutsche Chinabild einwirkt, bewusst sein, um den Analysebeitrag von Richter/Gebauer differenzieren und richtig einordnen zu können.

Überdies finden Stereotypisierungen häufig in Artikeln statt, die sich nicht nur oder nicht direkt mit China befassen, aber dieses Land so ganz nebenbei abqualifizieren. Dazu einige Beispiele: (1) Anfang August 2008 erschien in der *Süddeutschen Zeitung* der Beitrag eines Enkels eines jüdischen Rabbiners mit dem Titel «Warum Opa Olympia boykottierte?». Zunächst handelte der Artikel von den Gründen für den Boykottversuch (nationalsozialistische Diktatur, Rassenhetze, Judenverfolgung), um dann zu schlussfolgern: Die «Argumente zum Olympiaboykott von 1936 ähneln der Debatte um Peking. Es scheint zu stimmen: Geschichte wiederholt sich.»<sup>1</sup> Damit wurde suggeriert, dass das gegenwärtige System in China sich kaum von dem der Nazis 1936 unterscheide, was absolut nicht den Tatsachen entspricht. (2) Ein weniger gravierendes und doch abwertendes Beispiel: Unter dem Titel «Heißes Pflaster. Steinmetze wehren sich gegen asiatische Kinderarbeit» befasste sich ein Artikel in der *Westdeutschen Allgemeinen* mit einem neuen Granitpflaster in der Duisburger Innenstadt, das «möglichlicherweise von Kindern unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt wurde» [Hervorhebung durch Autor]. Weiter erfährt der Leser, dass sie «aus China» stammen. Das «Möglichlicherweise» erwies sich im Fortgang des Artikels als Vermutung, die nicht zu belegen war. Der Artikel entpuppte sich letztlich als Kritik der Innung des Steinmetzgewerbes an deutschen Baumärkten, die Pflastersteine usw. «aus Asien» «zu spottbilligen Preisen» anbieten. Gleichwohl suggeriert der Artikel, dass in China Kinderarbeit gang und gäbe sei und von der Regierung offensichtlich gefördert würde.<sup>2</sup> Eine völlig falsche Darstellung, denn Kinderarbeit ist in China verboten und wird streng bestraft, obwohl es im ländlichen Raum illegal immer wieder vorkommt. (3) Ein Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit dem Titel «Wie Mieter China fördern» befasste sich mit der Kürzung der Förderung von Solarstrom, denn «die meisten der hier montierten Solarzellen kommen inzwischen aus Asien. Der private deutsche Stromkunde subventioniert also Arbeitsplätze in China.»<sup>3</sup> Dies klingt beinahe nach chinesischem Subventionsbetrug! Zugleich lässt China sich seine Arbeitsplätze offensichtlich auch noch durch deutsche Mieter finanzieren. Diese alltägliche «Nebenbei-Politik», die von der Studie von Richter/Gebauer nicht erfasst werden konnte, ist indessen Teil einer verzerrenden Berichterstattung über dieses Land.

In diesen Sachverhalt lassen sich auch zwei von vielen selbst erfahrenen Beispielen einbringen: In einem Interview des Onlinedienstes der *Süddeutschen Zeitung* zum Erdbeben in Südwestchina im Frühjahr 2008 wurde ich beiläufig auch danach gefragt, ob das relativ effektive Krisenmanagement der chinesischen Regierung nicht auch zu einer Verbesserung des internationalen

1 Süddeutsche Zeitung, 06.08.2008, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/208/305178/text/> (aufgerufen am 22.03.2010).

2 Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 20.01.2010.

3 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2010.

Ansehens der Regierung beitragen könne. Diese Frage wurde von mir bejaht. Dieser Nebenaspekt wurde dann in dem «Interview» nicht nur sprachlich völlig verändert, sondern mittels der Überschrift auch zum Kernpunkt des Interviews gemacht: «Katastrophenhilfe als Werbemaßnahme».<sup>4</sup> Mein Beschwerdeanruf beim interviewenden Journalisten der *Süddeutschen Zeitung* ergab, dass «der zuständige Redakteur» dies veranlasst habe, weil es «interessanter klinge». Dass dadurch der Inhalt des Interviews einseitig verzerrt wurde, war den beteiligten Journalisten offensichtlich gleichgültig. In einem anderen Fall wurde ich im April 2008 zu der Meldung befragt, dass im Zuge der Vorbereitung der Olympischen Spiele die ausländischen Studierenden China verlassen müssten. Ich äußerte mich skeptisch gegenüber dieser Meldung, die von einer Nachrichtenagentur verbreitet, aber noch nicht verifiziert worden war. Gleichwohl erschien sie auf der Titelseite der *Westdeutschen Allgemeinen*<sup>5</sup> und wurde – anders als z.B. in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* – auch nicht korrigiert, nachdem sie sich am folgenden Tag als falsch herausgestellt hatte. Noch Monate nach dieser Meldung wurde ich auf Vortragsveranstaltungen im Ruhrgebiet nach dem Grund für diese «Ausweisung» gefragt.

Der folgende Beitrag befasst sich aus politik- und regionalwissenschaftlicher Sicht mit dem Thema «Chinabild» und der Prägung dieses Bildes durch die Medien. Dabei geht er zeitlich und räumlich über die Betrachtung eines einzelnen Jahres hinaus und bemüht sich um die Einordnung in einem größeren Zeitfenster. Zunächst werde ich mich mit der Frage der «Einseitigkeit» der China-Berichterstattung befassen. Danach werde ich einige Themenschwerpunkte aufgreifen, die sich am Analysefokus von Richter/Gebauer orientieren und verdeutlichen sollen, wo inhaltliche Defizite im Hinblick auf die Bilder von China in der Berichterstattung bestehen und wo und in welcher Form z.B. mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise sich Genauigkeit und Differenziertheit von Berichterstattung verbessern lassen könnten. Ich konzentriere mich dabei auf die Frage des politischen Systems, der Menschenrechte, die Tibet-Frage, Umweltpolitik und die chinesische Afrika-Politik. Ein kurzes Fazit beschließt dieses Kapitel.

## 1 Einseitige Berichterstattung? – Einige Anmerkungen

Die Analyse von Richter/Gebauer hat bestätigt, dass zwar durchaus eine «einseitige» Berichterstattung in deutschen Medien erkennbar ist, dass der Betrachter sich aber vor vorschnellen Schlussfolgerungen hüten muss. Um es deutlich zu sagen: Es gibt keine «Medienverschwörung» gegen China, sonst hätten auch kritische Artikel wie Christoph Heins «Stimmt das? Die Chinesen sind an allem schuld» (FAZ, 15.06.2008), Antje Vollmers «Der nächste Kalte Krieg?» (SZ, 14.04.2008) oder der des Autors dieses Beitrags «Die Verteufelung Chinas» (taz,

4 <http://www.sueddeutsche.de/politik/240/441980/text/> (aufgerufen am 21.03.2010).

5 Westdeutsche Allgemeine Zeitung 14.04.2008: «China wirft Studenten raus».

16.04.2008) nicht erscheinen und eine breite Debatte über das Chinabild in den deutschen Medien auslösen können.

Die Medienarbeit ist komplex, vielfältige Akteure sind daran beteiligt oder wirken darauf ein, und Zielgruppen, Leserschaften, ja der Markt spielen bei der Verbreitung von Nachrichten und Analysen eine wichtige Rolle. Jürgen Habermas hat dargelegt, dass die Aufnahmebereitschaft und Aufmerksamkeit der Leserschaft eine «ungewöhnlich knappe Ressource» darstellen, um die die verschiedenen Massenmedien konkurrieren.<sup>6</sup> Die «Logik der Massenmedien», ihre Kommerzialisierung und Gewinnorientierung, die Positionierung der Medien auf dem Markt sowie die unüberschaubare Informationsflut erfordern eine Auswahl der Themen und Inhalte, die der Steuerung durch Nachfrage und Publikumsorientiertheit unterliegt. Thomas Meyer hat verdeutlicht, dass entsprechend Auswahl und inhaltliche Gewichtung «dieselben Filtersysteme» durchlaufen, wobei Nachrichten- und Aufmerksamkeitswert bei der Auswahl eine tragende Rolle spielen und so das «mediale Wirklichkeitsbild» und die Interpretation steuern.<sup>7</sup>

Dies schlägt sich auch bei der Auswahl der Beiträge von Auslandskorrespondenten und Nachrichtenagenturen nieder. Entscheidungen über Inhalte und Auswahl von Artikeln hängen letztlich von den Präferenzen von Redaktionen ab, «Zensurorgane der Mutterorgane» sind zu passieren, es gibt eine starke Fokussierung auf Krisen und Katastrophen (Originalton eines Journalisten: «Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht»). Richter/Gebauer haben in ihrer Studie darauf hingewiesen, dass – aus medienwissenschaftlicher Sicht – die Thematisierung von Ereignissen in Entwicklungsländern stark durch «die Nachrichtenfaktoren Konflikt und Schaden» geprägt ist. Die China-Berichterstattung stellt also keinen Einzelfall dar.

Dazu kommen interne Arbeitsabläufe in Redaktionen wie Platzprobleme, Aktualität und geringe Personalressourcen. Auf die Vorgaben der Redaktionen, die redaktionelle Bearbeitung der eingereichten Artikel, die Auswahl der zu veröffentlichenden Beiträge, auf Überschriften, Bildauswahl und -unterschriften haben Auslandskorrespondenten in der Regel nur geringen Einfluss. Sie haben sich nicht nur einer gewissen Erwartungshaltung ihrer Redaktionen anzupassen, ihre Tätigkeit leidet auch unter den restriktiven und limitierten Recherchebedingungen in China und einem politischen Klima, das sie nicht selten als potentielle Spione abstempelt. Überdies werden sie von Redaktionen und Leserschaft als «Generalisten» angesehen, die über die unterschiedlichsten Felder berichten sollen. Auslandskorrespondenten sind ferner Individuen mit spezifischen Erfahrungen, Motiven, Bewertungen und Einschätzungen von dem Berichtsland China, die keineswegs per se eine «negative» Haltung gegenüber diesem Land hegen, sondern auf Grund ihrer Erfahrungen für viele Probleme Verständnis entwickelt haben.

<sup>6</sup> Vgl. Habermas 1994: 455f.

<sup>7</sup> Vgl. Meyer 2001: 45ff.

Auch externe Sphären und Kräfte wie die Politik, die Wirtschaft, Verbände und Leserschaften beeinflussen Auswahl und Präferenz von Artikeln. Gesellschaftliche Diskurse nehmen ebenfalls Einfluss auf die Gewichtung von Themenfeldern.

Gleichwohl unterliegen Journalisten und Redaktionen einer gewissen Verantwortung. Unter Berufung auf Kai Hafez heißt es in der Studie von Richter/Gebauer, dass es nicht darum gehe, «von den Medien die Abbildung einer objektiven Wirklichkeit zu verlangen». Man könne von ihnen aber erwarten, «dass Auswahlprozesse so strukturiert werden, dass eine Bandbreite an Themen, Akteuren und Argumenten abgebildet wird, durch die sich politische, ökonomische, soziale und kulturelle Prozesse eines Berichterstattungslandes besser verstehen lassen». Klischees, Emotionen und «Feindbildproduktion» seien zu vermeiden. Auch kommt es weniger darauf an Geschichten zu erzählen als vielmehr zugleich mitzuteilen, wie eine Geschichte zu verstehen ist. Von daher gibt es durchaus eine Informationsverantwortung.

Einzelne deutsche Auslandskorrespondenten in China haben die Kritik an «einseitigen» Tendenzen der China-Berichterstattung im Vorfeld der Olympiade 2008 unter anderem mit zwei Argumenten zurückgewiesen: a) Eine kritische Sichtweise gehöre zu den Aufgaben von Journalisten; von daher sei beispielsweise die Kritik an Bush oder Obama ja auch nicht antiamerikanisch, sondern wolle konstruktiv dazu beitragen, den Amerikanern einen kritischen Spiegel vorzuhalten. b) China habe sich an solche Kritik noch nicht «gewöhnt» und betrachte bloße Kritik schon als nationale (und damit individuell-persönliche) «Ehrverletzung». Von daher müsse die Kritik an sozialen Defiziten und Missständen in China nicht nur fortgesetzt, sondern noch verstärkt werden. In dem Maße, wie China offener werde, würde es lernen, sich an Kritik zu gewöhnen.

Was a) anbelangt, so hinkt der Vergleich, weil sich auf Kritik an zwei Präsidenten bezogen wird, im Falle Chinas aber nicht einzelne Politiker kritisiert wurden oder werden, sondern ein komplettes Land («China») oder ein kompletter Akteur («Chinesen»): die «Gelben Spione»; die «China-Falle» der Produktpiraterie (Manager Magazin); b) wiederum geht davon aus, dass die Sichtweise deutscher Journalisten prinzipiell korrekt sei und «China» das irgendwann auch begreifen werde. Es gibt jedoch keine homogene Sichtweise deutscher Journalisten, und «China» oder «die Chinesen» bilden auch keinen monolithischen Block, in dem alle gleich denken und handeln. Es ist oftmals mangelnde Differenziertheit, die Teile der China-Berichterstattung auszeichnet. Mark Siemons hat im Februar 2010 in der FAZ verdeutlicht, dass es in China durchaus großen Widerstand gegen den hegemonialen Diskurs des «Westens» («Universalismus») gibt, der ernst genommen werden sollte.<sup>8</sup>

Überdies verkennen aber die beiden genannten Argumente den Charakter der Kritik an bestimmten Facetten der China-Berichterstattung. Es geht nicht um ein Für oder Wider von Kritik oder kritischer Auseinandersetzung mit China, es

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.02.2010.



geht auch nicht um eine generelle «Medienschelte» oder darum, dass «Chinesen» Kritik an Verhältnissen in China grundsätzlich als «Schmähung» empfinden würden. Wenn Kritik an der «Einseitigkeit» der Berichterstattung in den Medien geübt wird, dann geht es vielmehr um Interpretationsstrategien, d.h. darum, wie China im Allgemeinen in Deutschland perzipiert wird und welche Bilder auch, wenn auch nicht ausschließlich, von Medien in die Gesellschaft hinein transportiert werden.

Einseitigkeiten sind für Leser oder Hörer nicht ohne Weiteres erkennbar. Methoden und Inhalte, mit denen Bilder konstruiert werden, sind demjenigen, der sich mit der Materie nicht auskennt, nur selten deutlich. Albrecht Müller hat sie beschrieben als Wiederholung gleicher Botschaften, durchaus auch aus unterschiedlichen politischen Ecken, Urteile und Wertungen mittels der Sprache, Übertreibungen oder die vereinfachende Übertragung von Teilphänomenen auf das Ganze.<sup>9</sup> Dadurch wird die Bildung einer eigenen Meinung erschwert.

Richter/Gebauer haben in ihrer Studie auch festgestellt, dass aus bisherigen Untersuchungen deutlich wird, dass ein verzerrtes «Bild Chinas von den deutschen Medien transportiert wird». Und zweifellos trug das Chinabild in einem Teil der deutschen Medien und in Buchpublikationen in den letzten Jahren in wachsendem Maße einseitige Züge: «Chinas Aufstieg ist Deutschlands Abstieg», «Weltkrieg mit den Asiaten um Wohlstand», «Gelbe Spione», «Der China-Schock – Wie Peking sich die Welt gefügig macht», «Wenn China über die Welt kommt», «Die Gefahr kommt aus China» oder «Entmachtung des Westens» sind nur einige Beispiele für medienwirksame und doch abwertende oder Angst erzeugende Schlagzeilen. Selbst in scheinbar harmlosen Zeitungsüberschriften wie «China *schnappt* sich auch Ford-Tochter Volvo»<sup>10</sup> oder «China wird Deutschland den Titel [als Exportweltmeister, Anm. TH] *entreißen*»<sup>11</sup> [Hervorhebungen T.H.] wird semantisch ein bestimmtes Bild transportiert. Würde es nicht merkwürdig klingen, wenn eine Zeitung melden würde, ein deutsches Unternehmen habe sich eine chinesische Firma «geschnappt»? Oder nehmen wir eine Meldung des Berliner *Tagesspiegels* vom März 2008: «Die Kreditfinanzierung des [Irak] Krieges erfolgt vorrangig durch China», da China den größten Teil der US-Staatsanleihen erworben habe.<sup>12</sup> Der Zusammenhang zwischen dem Kauf von Staatsanleihen und dem Irak-Krieg ist konstruiert, suggeriert dem Leser aber eine zentrale Mitschuld Chinas an diesem Krieg. Zudem ist die Meldung inhaltlich falsch. Zu jenem Zeitpunkt verfügte nämlich Japan über die mit Abstand größten Bestände an US-Staatsanleihen und hätte damit der Argumentationskette zufolge noch stärker den Krieg mitfinanziert, ein Faktor, der schlichtweg «übersehen» wurde.

<sup>9</sup> Müller 2009: 127ff.

<sup>10</sup> Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 24.12.2009.

<sup>11</sup> Spiegel Online, 16.09.2005, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,375066,00.html> (aufgerufen am 15.2.2010)

<sup>12</sup> Tagesspiegel, 14.03.2008, <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Irak-Kriegskosten;art123,2494490> (aufgerufen am 20.1.2010).



Oftmals ist es, wie die obigen Beispiele verdeutlichen, die semantische Darstellung, die verzerrt und zur Schaffung oder Aufrechterhaltung von Stereotypen beiträgt, wenn China als «totalitärer Staat», «Klimasünder» oder «Schurkenstaat» klassifiziert wird, sein «Rohstoffhunger» oder «Raubtierkapitalismus» gegeistelt werden (vgl. dazu die Ausführungen von Richter/Gebauer).

Das Chinabild fokussiert vielfach auf Fragen wie Menschenrechtsverletzungen, Hinrichtungen, Organhandel, 2008 auf die Tibet-Frage, im Jahre 2009 auf die Unruhen in Xinjiang, die Verurteilung des Vaters der «Charta 08» Liu Xiaobo zu 11 Jahren Gefängnis und das perzipierte Verhalten Chinas auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen und vermittelt das Bild eines scheinbar «wandlungsresistenten kommunistischen politischen Systems». So gravierend diese Faktoren sind, sie beziehen sich nur auf e i n e, die problematische Seite der Entwicklung Chinas. Die andere Seite, der erstaunliche Wandlungsprozess, gerät völlig außer Betracht, so dass der Blickwinkel einseitig bleibt. Der politische Blick wurde in den letzten Jahren zudem verstärkt durch eine Berichterstattung, die China zugleich für zahllose Wirtschaftsprobleme verantwortlich macht: Verlagerung deutscher Firmen nach Fernost und damit Verlust von Arbeitsplätzen, Erhöhung der Energie-, Rohstoff- und Lebensmittelpreise durch chinesisches Abschöpfen aller Reserven für den eigenen Wirtschaftsaufbau, Verschlechterung der Produktqualität durch chinesische Importe, Produktpiraterie, um nur einige Faktoren zu nennen, und durch die gleichzeitig aufkommende (an einen Buchtitel angelehnte) Prognose, Chinas Aufstieg bedeute Deutschlands Abstieg. «Die Chinesen sind an allem schuld», charakterisierte Christoph Hein dieses Phänomen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.<sup>13</sup> Selbst für den Anstieg der Bier-, Schweinefleisch-, Brot-, Milch- oder Eierpreise wurde China verantwortlich gemacht. Schuldzuweisungen dieser Art schüren Ängste vor einer wachsenden chinesischen Bedrohung. Mit sachlicher «Kritik» und verantwortungsvoller Berichterstattung hat das wahrlich nichts zu tun.

Ganz unabhängig von den Medien verdeutlicht der *World Public Opinion Poll 2006*, dass sich die Haltung in Deutschland und anderen europäischen Ländern gegenüber China in der Tat negativ verändert hat. Hatten im Jahre 2005 34% der befragten Deutschen eine überwiegend positive Haltung gegenüber China, so 2006 nur noch 31%, 2008 28% und 2009 11%.<sup>14</sup> Der *World Service Poll* der BBC von Februar 2009 hat darüber hinaus verdeutlicht, dass die negative Sicht auf China im Jahre 2009 gegenüber 2008 in den europäischen Ländern am stärksten zugenommen hat: so z.B. in Deutschland von 59% auf 69%, in Frankreich von 46 auf 70% und in Spanien von 32% auf 54%.<sup>15</sup> Li Zhang hat in einer Langzeitstudie über den Medieneinfluss Chinas auf politische Entscheidungsträger in der EU

13 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.06.2008 (Christoph Hein: «Die Chinesen sind an allem schuld»).

14 [http://www.worldpublicopinion.org/pipa/articles/views\\_on\\_countriesregions\\_bt/190.php?nid=&id=&pnt=190](http://www.worldpublicopinion.org/pipa/articles/views_on_countriesregions_bt/190.php?nid=&id=&pnt=190) (aufgerufen am 20.01.2010).

15 [http://www.worldpublicopinion.org/pipa/articles/views\\_on\\_countriesregions\\_bt/588.php?nid=&id=&pnt=588#china](http://www.worldpublicopinion.org/pipa/articles/views_on_countriesregions_bt/588.php?nid=&id=&pnt=588#china) (aufgerufen am 20.01.2010).

festgestellt, dass die Medien nicht nur das Chinabild der Bevölkerung nachhaltig beeinflussen, sondern auch dasjenige der Politiker.<sup>16</sup>

US-amerikanische Untersuchungen verdeutlichen überdies, dass sich z.B. die Einstellung vieler Amerikaner gegenüber China vor allem auch während und nach den Olympischen Spielen verstärkt hat. Zwar hätten auch die Medien dazu beigetragen, vor allem jedoch die Debatten im Internet. Erklärt wird dies einerseits damit, dass die visuelle technologische Vollkommenheit und die Effektivität des Ablaufs der Spiele sowie der sportliche Erfolg Chinas (mit Abstand die meisten Goldmedaillen) die Furcht und Bedenken vieler Amerikaner, der Aufstieg Chinas könne die Vormachtstellung der USA bedrohen, noch verstärkt hat; andererseits hätten einzelne negative Begleiterscheinungen der Spiele dem Image Chinas nachhaltig geschadet. Ein «cheating effect» (Betrugseffekt) sei entstanden, indem das scheinbare Bild von China (unglaublich, betrügerisch, diktatorisch) sich (durch einseitige Informationen) neuerlich bestätigt habe.<sup>17</sup>

Diese für die USA relevanten Faktoren für die Prägung des Chinabildes mögen auch in Europa eine Rolle gespielt haben.

Doch woher kommt diese einseitig verzerrende Sichtweise? Sie hat einerseits historische Vorläufer – ein Oszillieren des deutschen bzw. europäischen Chinabildes zwischen Idealisierung und Ablehnung – andererseits resultiert sie aus dem Aufstieg Chinas und damit verbundenen Ängsten und schließlich aus den spezifisch deutschen Erfahrungen mit Unrechtsregimen (NS-Zeit, DDR), die partiell auf China übertragen werden (Einparteindiktatur, sozialistisches System, Verfolgung von Regimekritikern und Andersdenkenden etc.).

## 2 Die jüngere Berichterstattung über China

In Deutschland wurde die Berichterstattung über China im letzten Jahrzehnt zunehmend einseitiger. China wurde nun – wie oben erwähnt – für zahllose Wirtschaftsprobleme verantwortlich gemacht. So wurde prognostiziert, Chinas Aufstieg bedeute Deutschlands Abstieg. Dies schürte Ängste vor einer wachsenden Bedrohung durch ein aufsteigendes China. Mit den Unruhen in Tibet im Frühjahr 2008 und in Zusammenhang mit den Olympischen Spielen schien das Chinabild in den westlichen Medien schließlich einen gewissen Tiefpunkt erreicht zu haben. Das ist nicht zufällig und hatte auch nicht nur mit den Protesten von Tibetern in China zu tun. Es ist Ausdruck des erwähnten Umschlagens des vormals idealisierten Chinabildes in ein eher einseitig-negatives Bild.

Dass das einseitig-verzerrende Bild von China in der Medienberichterstattung des Jahres 2008 besonders prominent war und daher in der Analyse von Richter/Gebauer im Mittelpunkt steht, dürfte auch damit zusammenhängen, dass sich viele Menschen (und auch viele Journalisten) erhofft hatten, dass

<sup>16</sup> Li 2010.

<sup>17</sup> Gries et al. 2010.

die Olympischen Spiele das politische System in China verändern und die Menschenrechtslage in China verbessern würden – eine Hoffnung, die das Gros der China-Experten von Anfang an nicht teilte. Diese Hoffnung beruhte auch auf dem Wandlungsprozess in Südkorea, wo die Olympischen Spiele im Jahre 1988 als Mitauslöser eines Systemwechsels angesehen wurden, der allerdings auf ganz anderen Voraussetzungen beruhte, wie der Legitimationskrise des damaligen südkoreanischen Regimes, der Existenz einer sich für Demokratisierung aktiv einsetzenden Mittelschicht, US-amerikanischem Druck auf ein verbündetes Land, sich zu demokratisieren, der Existenz einer starken Demokratiebewegung und Zivilgesellschaft in Südkorea, Massenprotesten und der Spaltung der herrschenden politischen Klasse. All diese Bedingungen sind derzeit in China in diesem Maße nicht gegeben.<sup>18</sup>

Auf der anderen Seite haben Globalisierungsprozesse, vor allem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, neue Konfliktmuster entstehen lassen. Ost- und Südostasien wird heute als dynamischste Region ökonomischer Entwicklung und als neues weltwirtschaftliches Gravitationszentrum angesehen, wobei seit den 1990er Jahren China das Herz dieser Dynamik bildet. Dieser Entwicklungsprozess geht einher mit einem wachsenden Selbstbewusstsein auch in politischen Fragen. Europa und die USA sehen darin eine Herausforderung für die eigenen Ökonomien sowie eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen und politischen Dominanz (was sich u.a. in der unten erörterten «Asienstrategie» der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 2007 niedergeschlagen hat). Dies umso mehr, als die politischen und kulturellen Wertvorstellungen des «Westens» von China nicht mehr widerspruchsfrei akzeptiert werden. China wurde zunehmend als Konkurrent gewertet, wobei als Hauptbedrohungsmacht in den 1970er und 1980er Jahren zunächst Japan ausgemacht wurde, dann China, das im Jahre 2020 über die weltweit größte Wirtschaftskraft verfügen werde.

In den Auseinandersetzungen zwischen China und dem «Westen» geht es – neben Wirtschaftsfragen – in erster Linie um unterschiedliche Vorstellungen von Entwicklung und verschiedene politische Konzeptionen. Widersprüche entzündeten sich an der Frage der Globalisierung politischer Strukturen und Institutionen (wie Demokratisierung, Verrechtlichung, Gewaltenteilung), an der Globalisierung kultureller Momente (Universalismus von Menschenrechten, Individualisierung, Wertefragen u. a.) oder an ökonomisch-rechtlichen Momenten (z. B. Existenzsicherung vor Verrechtlichung). Multipolarität oder tendenzieller Universalismus, ein Nebeneinander von Systemen, Kulturen und Lebenswelten oder deren Angleichung – diese Fragen führen zu heftigen Kontroversen, die nicht zuletzt in der Diskussion über die sog. «asiatischen Werte» in den 1990er Jahren zum Ausdruck kamen.

18 Vgl. dazu Hanno Jentzsch: Hinter dem Medaillenspiegel – Kann die Olympiade einen Beitrag zum Wandel in China leisten?, <http://www.asienhaus.de/public/archiv/peking2008-jentzsch.pdf> (aufgerufen am 20.01.2010); sowie Sausmikat/ Fritsche 2008.

Das negative Bild pflanzte sich schließlich in die Politik fort, auch wenn es etwa in der Großen Koalition unterschiedliche Positionen zwischen CDU/CSU einerseits und SPD andererseits gab. In dem Konzept der oben erwähnten neuen Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Oktober 2007 mit dem Titel «Asien als strategische Herausforderung und Chance für Deutschland und Europa» (fortan: «Asienstrategie») heißt es u.a., «Partnerschaften können auf Dauer nur auf der Basis gemeinsamer Werte und Überzeugungen gedeihen». Deutschland müsse entschlossen für seine Werte eintreten. Asien sei eine strategische Herausforderung für Deutschland geworden. Aus strategischen Partnern scheinen strategische Gegner zu werden, denen man entgegentreten müsse: «Wir müssen verhindern, dass Asiens ... [gemeint ist hier primär China, d. Verf.] Aufstieg unseren Abstieg bedeutet», heißt es in dem Strategiepapier. Eine solche Ausrichtung der Asienpolitik entspreche «unseren Grundprinzipien eines christlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnisses», und dieses bilde «Grundlage und Maßstab der Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion». China stelle dem Westen zunehmend die Systemfrage und sehe sich als alternatives politisches Ordnungsmodell, das die Interessen Deutschlands und der EU herausfordere. Gemeinsam mit den USA müsse Deutschland dazu beitragen, dass der Aufstieg Chinas nicht zu einer Destabilisierung Asiens führe. Entsprechend müsse Berlin die Rolle der USA als sicherheitspolitische Garantmacht in Asien unterstützen und die guten Beziehungen mit «traditionellen Freunden in Asien», vor allem den «gefestigten Demokratien», ausweiten.<sup>19</sup>

In der Tat sprach das Strategiepapier eine Reihe von Punkten an, die – außenpolitisch gesehen – hinterfragt werden können. Zwar ist an einer werteorientierten Außenpolitik zunächst nichts auszusetzen. Allerdings lassen sich zum einen globale Probleme nicht gemeinsam lösen, wenn einseitig Werte zur Grundlage für eine Kooperation gemacht werden. Wenn ideelle Faktoren der Außenpolitik zugrunde gelegt werden, wird die Durchsetzung von Werten außenpolitisches Handeln bestimmen. Von daher erscheint mir eine problemorientierte Zusammenarbeit produktiver zu sein als eine werteorientierte Debatte. Zum Zweiten ist Vorsicht geboten, wenn Staaten ihre Werte womöglich zum alleinigen Maßstab erheben, wie die Debatte um die «asiatischen Werte» vor einigen Jahren gelehrt hat. Zum Dritten erfordern unterschiedliche Werte einen offenen Dialog und Diskurs und keine Ausgrenzung. Insofern relativierte und entschärfte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Eckart von Kladen im Februar 2008 auch die Wertefrage, als er erklärte, Werte und Interessen seien «nicht so scharf voneinander zu trennen». Und: «Was zunächst allein als Wertefrage daherkommt, ist tatsächlich oft zugleich die Sicherung langfristiger

19 [http://www.cducsu.de/Titel\\_\\_Publikationen\\_Asien/TabID\\_\\_13/SubTabID\\_\\_100/InhaltTypID\\_\\_16/ThemenID\\_\\_2000/StichwortID\\_\\_79000/inhalte.aspx](http://www.cducsu.de/Titel__Publikationen_Asien/TabID__13/SubTabID__100/InhaltTypID__16/ThemenID__2000/StichwortID__79000/inhalte.aspx) (aufgerufen am 20.01.2010).

Interessen.» Universale Werte wurden nun wieder stärker in den Vordergrund gerückt.<sup>20</sup>

Hinter den o.g. Bewertungen und Äußerungen steht das schiefe Bild einer politischen Starrheit und Wandlungsunfähigkeit Chinas, der Herausforderung des demokratischen Modells durch ein autoritäres und letztlich die Wahrnehmung von Chinas Aufstieg als Bedrohung. Daran stimmt, dass es sich seit 1949 (und auch davor) um ein Einparteiensystem handelt, indem eine Partei, die KP China, das politische System dominiert. Wandlungsprozesse jedoch werden höchstens graduell wahrgenommen. In Teilen der deutschen Medien, aber auch in der deutschen Politik dominiert partiell ein eher negatives Bild. Entsprechend haben Björn Conrad und Stephan Mergenthaler vom *Global Public Policy Institute* in Berlin Ende 2009 in der *New York Times* geschrieben, Europas Angst vor dem aufsteigenden China verhindere, dass China wirklich globale Verantwortung übertragen werde, dass eine weitergehende Partnerschaft und Kooperation entstehe und gemeinsam mit China globale Probleme angepackt würden.<sup>21</sup> Und genau hier spielt die mediale Charakterisierung Chinas als «unbeweglicher kommunistischer Koloss unter der Knute der kommunistischen Partei» eine wesentliche Rolle, die die Vorstellung von China in der Öffentlichkeit mit prägt.

### 3 Politische Einordnung wichtiger Analysefelder

Im Folgenden möchte ich fünf der im Beitrag von Richter/Gebauer untersuchten Politikfelder analytisch einordnen: politisches System und politischer Wandel; die Frage der Menschenrechte; Umweltpolitik, die Tibet-Frage und Chinas Engagement in Afrika.<sup>22</sup>

#### 3.1 Politisches System und politischer Wandel

Teilweise wird China sogar als «Schurkenstaat» klassifiziert. So schrieb David M. Hoffmann, Verlagsleiter des Schwabe-Verlags, im «Börsenblatt» des deutschen Buchhandels:

«In China, dem Gastland der diesjährigen Messe ... [werden] die unveräußerlichen Menschenrechte ... mit Füßen getreten. Willkürjustiz, öffentliche Vollstreckung von Todesurteilen und politische Umerziehungslager gehören zu Chinas Alltag. Minderheitengebiete werden durch Fremdbesiedlung, Zwangsumsiedlungen und Sterilisationen «ethnisch gesäubert». China liegt noch unter dem Niveau eines kommunen «Schurkenstaates», weil es seine Menschenrechts-

20 Eckart von Klaeden: Werte und Interessen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.02.2008. Vgl. zu der Thematik auch Heberer/Senz 2009.

21 Björn Conrad/ Stephan Mergenthaler: Europe's China Angst, in: New York Times, 02.12.2009: <http://www.nytimes.com/2009/12/03/opinion/03iht-edmergenthaler.html> (aufgerufen am 03.01.2010).

22 Zu einer Gesamteinschätzung vgl. Heberer 2010: 13ff.

verletzungen systematisch und gesetzlich abgesichert begeht. Auch wenn wir Chinas Literatur und Kultur einladen wollten, tatsächlich kommt eben die Volksrepublik China, angeführt von ihrem Unrechtsregime, die sich hier als Kulturnation inszenieren kann.»<sup>23</sup>

Weit häufiger wird das politische System als «totalitäres System» beschrieben.<sup>24</sup> Dieser Begriff wurde bzw. wird auf Systeme «totaler Macht» wie den Nationalsozialismus, die Stalin-Ära in der Sowjetunion, die Mao-Ära in China oder das heutige Nordkorea angewandt. Der Theorie des Totalitarismus zufolge hat in totalitären Systemen eine einzelne Partei mit einem charismatischen Führer an der Spitze die totale Kontrolle über die Gesellschaft übernommen und herrscht mittels Massenterror. Nun handelt es sich im Falle Chinas zweifellos um ein Gebilde, in dem eine einzelne Partei, die KP China, das politische System dominiert. Gleichwohl vollzogen sich seit den 1980er Jahren erstaunliche Wandlungsprozesse, die hierzulande zum Teil eher marginal wahrgenommen werden. Drei Jahrzehnte Reformentwicklung haben die Volksrepublik grundsätzlich verändert. Nach dem Tod Maos hat sich das politische System von einem totalitären zu einem autoritären Staatswesen gewandelt. Unter totalitären Bedingungen übte Mao als charismatischer Führer uneingeschränkte Macht aus. Besonders in der Kulturrevolution (1966–76) war die politische Herrschaft charakterisiert durch einen von Mao initiierten Massenterror, wobei die Menschen permanenter ideologischer Indoktrinierung ausgesetzt waren. Die Lebensbedürfnisse der Menschen spielten keine Rolle in den politischen Überlegungen, sondern wurden den utopischen Vorstellungen Maos geopfert. Davon unterscheidet sich das gegenwärtige autoritäre System: An seiner Spitze steht kein charismatischer Führer, sondern eine kollektive Führung. Es zeichnet sich durch begrenzten Pluralismus aus, in dem keine für alle verbindliche Ideologie («Maoismus») mehr existiert, die Bevölkerung nicht mehr permanent mobilisiert wird und ein Mindestmaß an Beteiligungsmöglichkeiten gegeben ist.

Ohne Zweifel gibt es nicht nur *ein* China. Das Land weist viele und ganz unterschiedliche Konturen auf. Ja, es gibt die oben erwähnte problematische Seite der Menschenrechtsverletzungen, der Zensur, der Unterdrückung von Protesten, der Korruption und der Kaderwillkür. Wer aber nur diese Seite wahrnehmen will, übersieht die Erfolgsbilanz und die Richtung des Wandels: den Wandel Chinas von einem alles kontrollierenden und beherrschenden Staat der Mao-Ära, in dem es für die Menschen keinerlei Freiheiten und rechtliche Sicherheiten gab, zu einem Staatswesen, in dem ein erheblich größeres Maß an individueller Freiheit herrscht und in dem die Menschen weitgehend selbständig ihr Leben gestalten können; den Wandel von einem bettelarmen Land zu einem Land mit unter-mittlerem Einkommen, das sich in kurzer Zeit erfolgreich von

23 «Schurkenstaat» als Gastland?, <http://www.boersenblatt.net/338928/> (aufgerufen am 22.03.2010).

24 Vgl. z.B. Neue Züricher Zeitung, 07.06.2008: «Ein Sporttempel für einen totalitären Staat».



einer Plan- zu einer Marktwirtschaft gewandelt hat; in dem sich das Leben der großen Mehrheit der Bevölkerung signifikant verbessert hat und in dem die Menschen größere Rechte besitzen als jemals zuvor. Mehr als 200 Millionen Menschen haben seit Ende der 1970er Jahre die Armut abgestreift – zweifellos ein gewaltiger Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechte.

Zwar herrscht in China noch immer ein Einparteiensystem. Aber auch die Strukturen und die Funktionsweise des politischen Systems haben sich grundlegend verändert. Teil dieses politischen Wandels ist:

- der Wandel von einer stalinistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft;
- der Wandel der KP von einer Klassen- zu einer Volkspartei (hat doch die Partei erklärt, nicht mehr Klassen, sondern das gesamte chinesische Volk zu vertreten);
- der Wandel der Eigentumsstruktur der Wirtschaft: von der Vorherrschaft des Staatseigentums zur Dominanz von Privateigentum, 90% der Unternehmen sind heute Privatbetriebe;
- die Rückkehr der bäuerlichen Wirtschaft von Großkollektiven zu familiärer Bewirtschaftung;
- die Zulassung von Auslandskapital und ausländischen Tochterfirmen;
- die Schaffung größerer Rechtssicherheit gegenüber der Willkürherrschaft der Mao-Zeit;
- größere Freizügigkeit für die Bevölkerung im Hinblick auf den Wechsel des Arbeitsplatzes und des Wohnorts, die Möglichkeit, sich beruflich selbständig zu machen oder der Ausreise ins Ausland – Dinge, die in den 1970er Jahren noch unvorstellbar waren;
- die Entstehung eines öffentlichen Raumes durch das Internet, einen Teil der Medien sowie durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Die Medienberichterstattung widmet diesem Reformprozess und den grundsätzlich veränderten politischen und gesellschaftlichen Strukturen, soweit diese Thematik überhaupt behandelt wird, nur sehr wenig Raum. Mit der Fokussierung auf die Missstände entsteht so für den Leser, der sich nicht auf Informationen aus erster Hand stützen kann, ein stark verzerrtes Bild der chinesischen Lebenswirklichkeit.

Natürlich darf nicht übersehen werden, dass der rasche Veränderungsprozess eine Fülle von Problemen mit sich gebracht hat, die für die politische Führung eine gewaltige Herausforderung bedeuten.

- Der Umbau der Eigentumsstruktur in der Wirtschaft und das Bemühen um größere Effizienz der Unternehmen haben zur Schließung von Betrieben, zu Personalabbau und höherer Arbeitslosigkeit geführt. Das noch unzureichende Netz sozialer Versorgung bringt für viele davon betroffene Familien z.T. massive materielle Probleme mit sich.
- Es wachsen die Einkommensunterschiede zwischen Regionen, zwischen Stadt und Land sowie innerhalb einzelner Regionen und Schichten.



- Weit verbreitete Korruption nagt an der Legitimität des Staates und der Partei.
- Der Ausbau des Rechtssystems hält mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernissen nicht Schritt.
- Das Ausmaß ökologischer- und von Umweltzerstörungen ist gewaltig.
- Fehlende soziale Sicherung ist heute nicht nur ein urbanes Problem, sondern zählt auch im ländlichen Raum zu den Kernproblemen.

Die Medien berichten über einige Folgen dieser Probleme. Nur selten allerdings erfährt der Leser mehr über die komplexen Ursachen, die es ihm erlauben würden, sich ein eigenes Bild zu machen. Eine der Ursachen der genannten Probleme liegt darin begründet, dass China noch immer ein Entwicklungsland ist, in dem Strukturen eines modernen Staates und Rechtssystems nach wie vor im Aufbau begriffen sind; zweitens resultieren viele Probleme aus dem Umbau von einer Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft. Im Hinblick auf alle sozialen Probleme sucht der Staat neue Lösungen, was Zeit braucht. Auch über diese Suche nach Lösungen, die inzwischen längst in der Gesellschaft geführt wird, erfährt der deutsche Medienkonsument praktisch nichts.

Häufig wird übersehen, dass relativ offen über Fragen des politischen Wandels diskutiert wird, insofern die Führungsrolle der KP nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird.<sup>25</sup> Unter Intellektuellen, auch und vor allem parteinahen, gibt es eine intensive Diskussion über die Richtung des politischen Wandels, wobei folgende Fragen diskutiert werden:

- Erst die Partei demokratisieren und dann die Gesellschaft?
- Erst ein Rechtssystem schaffen und dann demokratisieren?
- Schaffung einer Demokratie von unten, zunächst durch Wahlen in den Dörfern und städtischen Wohnvierteln (die inzwischen ja existieren) und deren Anhebung auf die höheren politischen Ebenen?

### 3.2 Die Frage der Menschenrechte

Richter/Gebauer kommen in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass im Hinblick auf Menschenrechte in China diese Frage partiell als «Ringens zwischen einer übermächtigen, brutal und willkürlich vorgehenden kommunistischen Führung und einzelnen idealistischen Kämpfern für universale Menschenrechte» dargestellt werde. Wie Richter/Gebauer in ihrer Analyse verdeutlicht haben, konstruierte z.B. *Der SPIEGEL* 2008 ein Bild Chinas, das an das Land in Zeiten der Kulturrevolution erinnere, «in dem es gefährlich ist, seinen Kopf zu heben».

Presseberichte scheuen dabei im Olympiajahr nicht vor dem Vergleich mit dem Naziregime von 1936 zurück und porträtieren die politische Situation in China als ein «System, das keinerlei Dissens duldet». Als Beleg dafür werden

<sup>25</sup> Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2009.

einige wenige, sehr unterschiedliche Menschenrechtsfälle immer wieder thematisiert. Allen voran der des Aids-Aktivisten Hu Jia. Der Leser erfährt dabei wenig über die konkreten Anliegen, politischen Visionen und Standpunkte der Dissidenten. Das Gleiche gilt für die (meist im Ausland lebenden) Dissidenten, die in einigen Medienkommentaren direkt zu Wort kommen. Doch was ist deren Agenda? Welchen politischen oder religiösen Ideen hängen sie an? Ohne zu differenzieren, werden sie als glaubwürdige und redliche Akteure präsentiert, wobei dem Leser zugleich nur sehr wenige Informationen über die Hintergründe und Forderungen der jeweiligen Aktivisten vermittelt werden.

Vor allem erhält der deutsche Leser kaum Informationen über die Rahmenbedingungen für Rechtsstaatlichkeit, Durchsetzung der Menschenrechte und Medienfreiheit, die ihm erlauben würden, sich selber eine Meinung zu bilden. Das übernimmt zum großen Teil die Berichterstattung für ihn. Gerade in diesem Kapitel ist zu beobachten, dass einige deutsche Publikationen Bericht nicht mehr von Meinung trennen. Sie kommentieren häufig zynisch oder sarkastisch das Vorgehen «Chinas», und zwar in Nachrichtenformaten, die nicht als Meinungsbeiträge gekennzeichnet sind.

Dabei wäre eine Berichterstattung über die Schwierigkeiten beim Aufbau eines chinesischen Rechtsstaates und die konkreten Defizite bei der Umsetzung der Menschenrechte ein lohnendes Sujet für eine Berichterstattung, die dem deutschen Leser erlauben würde, sich ein realistischeres Bild von China zu machen.

Ohne Zweifel entsprechen die Menschenrechtslage und die Strategien zur Lösung sozialer Konflikte in China (noch) nicht europäischen Standards. Historische Erfahrungen wie die Vorstellung, dass Instabilitäten im Kleinen Flächenbrände im Großen entzünden, das Land ins Chaos stürzen und den Zerfall des Landes herbeiführen könnten, führen oftmals zu überhartem Vorgehen der Behörden gegenüber Andersdenkenden. Soziale und politische Stabilität sowie die Bewahrung der Einheit des Landes genießen oberste Priorität. Die große Mehrheit der Bevölkerung trägt diese Priorität für politische und gesellschaftliche Stabilität mit. Ja, die Bewahrung der Stabilität durch einen starken und manchmal harten Staat trägt diesem sogar Legitimität und Vertrauen ein. Ein Land mit derart zentrifugalen und disparaten Tendenzen ist nur sehr schwer zu regieren, zu kontrollieren und zu führen. Das ist den meisten Chinesen sehr bewusst.

Allgemein gesagt, sind die grundlegenden Menschenrechte qua Geburt universal: nämlich das Recht auf Achtung des Lebens, auf körperliche Unversehrtheit und Schutz vor rassistischer oder religiöser Diskriminierung. Dies schließt auch das von China immer wieder betonte Recht auf Sicherung des Existenzminimums ein. Während das Recht auf Achtung des Lebens und körperliche Unversehrtheit im Grunde einfach zu realisieren ist (so muss kein Staat foltern oder willkürlich verhaften, weil er unterentwickelt ist), erfordert die Realisierung des Rechts auf Sicherung des Existenzminimums gewisse materielle Voraussetzungen. Daraus lässt sich aber kein Widerspruch zwischen diesen Rechten

ableiten. Dies gilt gleichermaßen für die von manchen asiatischen Staaten behaupteten kulturspezifischen Menschenrechte, denn keine Kultur negiert die grundlegenden Menschenrechte.

Zweifelsohne bedarf – wie Chinas Führung argumentiert – die Absicherung sozialer oder auch bestimmter politischer Rechte gewisser materieller Voraussetzungen. Denn erst diese schaffen die Bedingungen für eine bessere Gewährleistung sowohl individueller als auch kollektiver Menschenrechte. Doch hohe Wachstumsraten oder eine Entwicklung, die Wohlstand nur für eine Minderheit bringt oder auf Kosten von Bevölkerungsgruppen oder Regionen geht, bringen nicht automatisch soziale Rechte. Das Recht auf Entwicklung und soziale Rechte müssen vielmehr die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die persönlichen Rechte realisiert werden können.

Andererseits ist die Grundidee der Menschenrechte, der Schutz des Individuums vor staatlicher Willkür, in China noch nicht so recht angekommen. Trotz aller Verbesserungen im Alltagsleben, vor allem im urbanen Raum, wo eine zunehmend selbstbewusste Mittelklasse ihre Rechte immer stärker wahrnimmt, werden auf dem Land Personen, die sich für Rand- und Minderheitengruppen oder Entrechtete einsetzen oder soziale Missstände anprangern, häufig verfolgt, bedroht oder weggesperrt. Dazu gehören z.B. Personen wie Hu Jia, der sich für Aids-Opfer eingesetzt und im Oktober 2008 den europäischen Sacharow-Preis erhalten hat. Aber auch Intellektuelle wie Liu Xiaobo, der wesentlich die *Charta 08*, ein Demokratisierungsprogramm, ausgearbeitet hat und Ende 2009 zu elf Jahren Gefängnis verurteilt wurde; Bürgerrechtler und Anwälte, die sich gegen die Veruntreuung von Entschädigungen im Rahmen des Baus von Großprojekten (wie des Drei-Schluchten-Staudammes) gewandt haben, zählen zu diesem Personenkreis sowie Bauernanwälte, kritische Journalisten, Angehörige der christlichen Untergrundkirche oder Falun-Gong-Anhänger. Durch die Tolerierung von Schikanen, Verfolgungen oder Folter von Personen, die sich gegen soziale Missstände, nicht aber das politische System an sich richten, schafft sich der Parteistaat seine Gegner häufig selbst.

Wie so oft in China sind auch im Bereich der Menschenrechte gleichzeitig gegenläufige Trends zu beobachten. Einerseits begünstigt das System ein großes Misstrauen gegenüber Menschen, die Dissens formulieren und sich für die Durchsetzung verbriefter oder auch vermeintlicher Rechte organisieren. Andererseits werden dem Individuum Instrumente an die Hand gegeben, sich gegen staatliche Willkür zu wehren und individuelle Rechte durchzusetzen. So ist es Bürgern seit 1989 möglich gegen Staat und Verwaltung zu klagen.<sup>26</sup> Seit 1994 regelt ein Gesetz, wie Bürger zu kompensieren sind. Bürger treten zunehmend selbstbewusst auf und setzen sich erfolgreich für ihre Belange ein. Auch darüber lesen wir selten in den deutschen Medien.

Die Medienberichte ignorieren zudem meist die Tatsache, dass auch in Europa die Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte Jahrhun-

---

26 Zou 2006: 119.

derte gebraucht hat und auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Ein langer, zäher Lernprozess, ein zivilisatorischer Diskurs war notwendig, der viele Opfer gekostet hat. Die Akzeptanz einer Diskussion über Menschenrechte war auch hierzulande lange tabu, Forderungen nach Menschenrechten wurden verfolgt. Letztlich bedeutet dies, dass wir China für die Entwicklung Zeit geben und ihm zugleich dabei helfen müssen (z.B. Rechtsstaatsdialog). «Der Westen», schreibt Michael Pawlik, müsse «mit der Einsicht leben lernen, dass seine Lesart nur eine mögliche, nicht aber die schlechthin zwingende Deutung des Menschenrechtsgedankens darstellt».<sup>27</sup>

### 3.3 Die Tibet-Frage

Die Berichterstattung von Teilen der westlichen Medien im Zusammenhang mit den Unruhen in Tibet im Frühjahr 2008 glich einer Art Hysterie. Dies schlug sich auch in der Medienberichterstattung nieder. So schrieb z.B. *Der SPIEGEL*: «... Ist der rabiate, unnachgiebige Umgang mit Tibet bezeichnend für die Politik eines aggressiven Staates, der schon die Roten Khmer in Kambodscha unterstützt, das sozialistische Vietnam angegriffen und einen Grenzkrieg mit Indien entfesselt hat?»<sup>28</sup> Und ein Kommentator in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* äußerte die Vermutung, die «tief verunsicherte Führung» in Peking führe nun offenbar «eine Art Endkampf gegen die nationalen Minderheiten in China».<sup>29</sup> Allerdings stellten Richter/Gebauer fest, dass sich in den deutschen Medien insgesamt «keine einheitliche Bewertung der Ereignisse oder Interpretation der daraus abzuleitenden Konsequenzen in der Berichterstattung zu Tibet ausmachen» lässt. Zugleich verdeutlichten sie jedoch, dass – ohne Erläuterung historischer Hintergründe – häufig vorschnell von «Besetzung», «Annexion» oder «Besatzungsregime» die Rede ist, die in Tibet stationierten Streitkräfte als «Schlächter» oder «Meister der Zerstörung» charakterisiert werden.

Es ist nichts Neues, dass Tibet in Europa und Nordamerika seit langer Zeit als etwas ganz Besonderes und Mystisches gilt. Tibet wird als ein exotisches Gebilde angesehen, das idealisiert und als «rein» begriffen wird, als «Mythos Tibet», wie ein vor einigen Jahren erschienenen Buch dieses Phänomen nannte.<sup>30</sup>

Im Westen werden die wirklichen Ursachen und Hintergründe der Abläufe in Tibet häufig nicht verstanden. Die internationale Staatengemeinschaft sieht in Tibet keineswegs einfach ein besetztes Land. Um die historische Gemengelage zu verstehen, müssen wir uns die historischen Fakten anschauen. Seit 1720 und bis 1912 war Tibet ein mit China assoziiertes Gebiet und befand sich im Status der Suzeränität. Letzteres heißt, dass Außen- und Sicherheitspolitik Tibets in den Händen des chinesischen Kaiserhofes lagen, Tibet konnte sich ansonsten selbst

27 Michael Pawlik: Wie allgemein sind die Menschenrechte?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.11.2009.

28 *Der Spiegel*, 17.03.2008.

29 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.04.2008.

30 Vgl. Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland 1997.

verwalten. 1913, nach dem Ende der letzten Kaiserdynastie, hat der damalige Dalai Lama zwar die Unabhängigkeit erklärt, aber weder von Peking noch in internationalen Verträgen (etwa zwischen Russland und Großbritannien) wurde Tibet jemals als von China unabhängiger Staat gekennzeichnet. Diese Verträge erklärten sogar explizite, dass Tibet Teil Chinas sei. Auch der Völkerbund, der Vorläufer der Vereinten Nationen, hat Tibet nicht als eigenständiges Land anerkannt. Ein wichtiges Kriterium für die Anerkennung eines Staates war damals die Beteiligung eines Gebietes an den Angelegenheiten der internationalen Staatengemeinschaft. Tibet hatte sich nach 1913 in die Selbstisolation begeben und es versäumt, am Leben der Staatengemeinschaft teilzunehmen. Von daher war es vom Völkerbund auch nicht als eigenständiges Staatsgebilde anerkannt worden. 1950 vollzog China das, was es als Wiederherstellung seiner legitimen Rechte ansah, und gliederte – zweifellos gewaltsam – Tibet wieder an. Kein Staat der Erde hat jemals die Eigenständigkeit Tibets anerkannt oder erklärt, Tibet sei ein «besetztes Land».

Für alle Staaten der Erde ist Tibet chinesisches Territorium. Die Tibet-Frage wird von der internationalen Staatengemeinschaft vielmehr als Menschenrechtsfrage begriffen. Auch die chinesische Führung blendet bei der Analyse der Proteste vom März und April dieses Jahres, die als «von der Dalai-Lama-Clique» initiiert gelten, die Kernursachen aus. Sie sucht den Schuldigen im Ausland und erklärt, die übergroße Mehrheit der Tibeter sei mit den Verhältnissen zufrieden. Sie hat zweifellos Recht, dass die Proteste vor dem Hintergrund der Olympiade organisiert worden sind und nicht spontan waren. Und sie waren auch nicht friedlich. Sie haben nicht nur Tibeter das Leben gekostet, sondern auch Han-Chinesen und Angehörige der muslimischen Hui-Minderheit. Was hierzu-lande jedoch übersehen wird, sind die historischen, religiösen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Ursachen der Proteste. Allerdings sind dies keine spezifischen Probleme der Tibeter, sondern aller ethnischen Minderheiten Chinas, an denen die Tibeter bevölkerungsmäßig einen Anteil von lediglich fünf Prozent haben. Zuwanderungen in die Minderheitsgebiete, steigende Arbeitslosigkeit, die oftmals schlechtere Bezahlung von Angehörigen ethnischer Minderheiten, schlechtere Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und vor allem das geringe Maß an tatsächlicher Autonomie verstärken die Unzufriedenheit in Tibet und anderen Minderheitsgebieten Chinas. Die soziale Unzufriedenheit tibetischer Jugendlicher mag ein Grund dafür gewesen sein, weshalb sich zunächst friedliche Proteste von Mönchen durch Beteiligung von Jugendlichen zu Gewaltakten verdichteten, in denen auch Han-Chinesen auf brutale Weise ihr Leben verloren (was in den westlichen Medien kaum problematisiert wurde). Die Vernachlässigung der o.g. kulturellen und sozioökonomischen Komponenten in der chinesischen Minoritätenpolitik bewirkt, dass die Konflikte nicht wirklich aufgelöst werden können.

Der Dalai Lama oder westliche Regierungen fordern immer wieder größere Selbstverwaltungsrechte. Dabei gibt es bereits unterschiedliche Vorstellungen zwischen dem Dalai Lama und der chinesischen Regierung hinsichtlich der

Frage, was unter Tibet eigentlich zu verstehen ist. Der Dalai Lama fordert größere Selbstverwaltungsrechte für ein Großtibet, das mehr als ein Fünftel des gegenwärtigen chinesischen Territoriums umfassen würde, mit Sonderrechten für Tibeter (0,5 Prozent der Bevölkerung Chinas) ausgestattet, nicht jedoch für die dort lebenden Han-Chinesen. Auf diesem Territorium, von dem über die Hälfte seit 100 bis 200 Jahren nicht mehr den tibetischen Behörden untersteht, übertreffen zudem die Chinesen mit ihren über sieben Millionen Einwohnern die Zahl der Tibeter erheblich. Dies stellt sicherlich keine gute Verhandlungsgrundlage dar, zumal die tibetische Verfassung nach wie vor von einem «Freien Tibet» als Ziel spricht, eine Aussage, die sich durchaus als Unabhängigkeit von China interpretieren lässt.

Und ein weiterer wichtiger Faktor wird häufig übersehen: größere Selbstverwaltungsrechte, wie der Dalai Lama oder westliche Regierungen fordern, nur den Tibetern zu gewähren, nicht aber den 54 anderen ethnischen Minderheiten, würde Unzufriedenheit unter den anderen Völkern hervorrufen, die darin eine Bevorzugung einer einzelnen Gruppe (der Tibeter) sehen würden. Und erweiterte Autonomierechte für Minderheitenregionen würde auch andere Provinzen fragen lassen, weshalb die ethnischen Minderheiten größere Selbstverwaltungsrechte erhalten, nicht aber solche Provinzen, die in signifikanter Weise zum Wachstum Chinas beitragen. Dieser Aspekt der Autonomiefrage verdeutlicht, dass die Problematik weit über die Tibet-Frage hinausreicht und letztlich die Frage nach der Struktur des Staatsgebildes aufwerfen würde.

Die Tibeter werden in der Medienberichterstattung weitgehend als homogene Gruppe mit denselben Interessen dargestellt. Dass es innerhalb der tibetischen Gesellschaft keine Übereinstimmung hinsichtlich der künftigen Entwicklung Tibets gab und gibt, wird bislang kaum problematisiert. Aber bereits in den 1980er Jahren kam es zu Kontroversen hinsichtlich der Zukunft Tibets und seiner Kultur: Rückkehr zu traditionellen Werten oder Erneuerung der tibetischen Kultur. Letzteres wurde vor allem von jüngeren Hochschulabsolventen vertreten und gefordert.<sup>31</sup>

Was die Tibeter im Exil anbelangt, so muss differenziert werden zwischen denjenigen, die auf Sezession und Gewalt setzen, und denjenigen, die eine Lösung im Rahmen des chinesischen Staatsverbandes suchen. Der Dalai Lama und mit ihm die überwiegende Mehrheit der Tibeter im chinesischen Inland setzen nicht auf Sezession, was unter den gegebenen Bedingungen ohnehin keine Chancen auf Realisierung hat, sondern auf größere Autonomie (Selbstverwaltung) innerhalb des chinesischen Staatsverbandes. Damit unterscheiden sie sich von den Vertretern des *Tibetischen Jugendkongresses* und den *Studenten für ein Freies Tibet*, die im Februar 2008 den «bewaffneten Kampf» ausgerufen hatten, der nichts lösen würde oder könnte. Im Gegenteil! Die Position des Dalai Lama, dass es hinsichtlich der Tibet-Frage nur eine Lösung m i t, nicht aber g e g e n Peking geben kann, würde einen Dialog zwischen Peking und dem Dalai

31 Vgl. z.B. Shakya 1999.



Lama durchaus erlauben. Allerdings sind die Aussichten für einen erfolgreichen Verlauf eines solchen Dialogs gegenwärtig nicht besonders gut, auch wenn er kürzlich wieder in Gang gekommen ist.<sup>32</sup>

Die schwierige Gemengelage zu Tibet erfordert eine differenzierte und ausführliche Berichterstattung, um die unterschiedlichen Perspektiven und komplexen Fakten einer nicht informierten Öffentlichkeit nahezubringen. Einige der von Richter/Gebauer untersuchten Medien haben dies auch in Ansätzen geleistet. Dem gegenüber standen aber Berichte innerhalb der größeren Medienlandschaft, die ein holzschnittartiges Bild der Situation in Tibet lieferten und Stereotypen Vorschub leisteten, mit reißerischen Überschriften und zum Teil nicht authentischen Fotos arbeiteten und auf diese Weise versuchten, die öffentliche Meinung in Deutschland zu prägen. Unter anderem zeigten *n-tv* und *RTL* Bilder gewaltsamer Auseinandersetzungen im benachbarten Nepal, die Tibet zugeordnet wurden; oder wies die *Berliner Morgenpost* einem Foto, auf dem chinesische Polizisten einen Chinesen vor tibetischen Randalierern schützten, die Bildunterschrift zu, ein Aufständischer werde von chinesischen Sicherheitskräften abgeführt.<sup>33</sup>

### 3.4 Umweltpolitik

Richter/Gebauer haben gezeigt, dass nur marginal über dieses Thema berichtet wird, und wenn – dann mit Bezug auf Deutschland –, dass es nur wenige Korrespondentenberichte gibt und trotz guter Quellenlage nur in geringem Maße Bezug auf chinesische Quellen genommen wird. Auch die Schlüsselfrage für China wird stiefmütterlich behandelt: das Dilemma zwischen dem Zwang zu raschem Wachstum und den Umweltproblemen. Zudem betrachtet der «Westen» China als Werkbank der Welt, wo Produkte hergestellt und exportiert werden, während die Umweltverschmutzung in China bleibt.

Richter/Gebauer haben zugleich verdeutlicht, dass Zuordnungen wie «Klimasünder» oder «Hauch von Apokalypse» die Darstellungen über Chinas Umwelt in den Medien durchziehen. Im Hinblick auf die Olympischen Spiele von 2008 war sogar von «Smogolympics» die Rede. Versuche des Staates, Umweltstandards durchzusetzen, werden wiederum als Teil taktischer Manöver abgetan. Was Chinas Umweltpolitik anbelangt, so herrscht vielfach ein Bild der Stagnation vor. Katastrophe pur, Wandel praktisch nicht erkennbar. «China festigt seinen Platz als Klimasünder Nummer eins», hieß es dazu bei *Spiegel Online*.<sup>34</sup>

Nun, wir wissen, dass Chinas Umweltprobleme mehr als gravierend sind und das Land mittlerweile der größte CO<sub>2</sub>-Emittent der Erde ist. Weniger bekannt ist, dass China dem Umweltschutz in den vergangenen Jahren erheblich größere

<sup>32</sup> Vgl. dazu u.a. Heberer 2008a; Heberer 2008c.

<sup>33</sup> Siehe: [http://www.news.at/articles/0813/20/202568\\_s8/westliche-medien-fehler-tibet-berichterstattung-pekings-teil-recht](http://www.news.at/articles/0813/20/202568_s8/westliche-medien-fehler-tibet-berichterstattung-pekings-teil-recht) (aufgerufen am 23.03.2010).

<sup>34</sup> Spiegel Online, 16.06.2008: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,559908,00.html> (aufgerufen am 20.01.2010).



Aufmerksamkeit hat zukommen lassen, eine große Zahl von Gesetzen erlassen hat (auch wenn diese bislang noch nicht oder nur ungenügend umgesetzt werden) und vielfältige Umweltinstitutionen errichtet hat. Eigene Untersuchungen in verschiedenen Regionen Chinas 2007 und 2009 verdeutlichten, dass auf Grund des Drucks der Zentralregierung 2009 gegenüber 2007 vor allem in den Städten dem Umweltschutz größerer Raum gewidmet wurde und das Umweltverhalten der lokalen Behörden auf Grund des deutlich gestiegenen Drucks von oben strikter geworden ist. Die Einhaltung der Umweltnormen wird von oben stärker kontrolliert und muss über das Internet transparenter gemacht werden. Allerdings wächst die Zahl der Umweltproteste. Zwar gibt es mittlerweile die Möglichkeit, den Rechtsweg einzuschlagen, sie ist gegenwärtig jedoch noch wenig Erfolg versprechend, so dass die bestehenden Umweltgesetze nur schwer durchgesetzt werden können.

Die Zentrale hat in den letzten Jahren große Finanztöpfe für den Bau von Abwasserklär- und Müllverbrennungsanlagen, für Energie- und Wassereinsparungen, die technische Umrüstung von Betrieben und regenerative Energien (Biogasanlagen, Sonnenenergie, Windkraft) bereitgestellt, aus denen alle Landkreise und Städte Mittel beantragen können. Im ländlichen Raum soll mit einem landesweiten gigantischen Programm «Aufbau neuer Dörfer» eine neue Infrastruktur geschaffen werden: Aufforstungsprogramme und Müllentsorgung in den Dörfern, Betonierung von Wegen im ländlichen Raum, Installation von Leitungswasser, modernen Toiletten mit Wasserspülung für jeden dörflichen Haushalt sowie Biogasanlagen, Letzteres dort, wo die Bedingungen dafür gegeben sind. Unter anderem auch hierfür müssen der Zentralstaat, die Provinzen, Bezirke, Städte und Kreise Mittel bereitstellen. In wohlhabenderen Gebieten wie in der Provinz Zhejiang war das 2009 schon relativ weit fortgeschritten, in ärmeren wie in der Provinz Jiangxi rechnete man mit 10–15 Jahren, bis dieses Programm realisiert werden kann, das auch als Teil der Umweltverbesserung gilt. All diese Fortschritte dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Umweltbewusstsein der Behörden und auch großer Teile der Bevölkerung nach wie vor gering ist und die Umweltlage landesweit gesehen als in hohem Maße problematisch gelten kann. Sie verdeutlichen aber, dass in die Problembehandlung Bewegung gekommen ist, wobei zu hoffen bleibt, dass diese Effekte mittelfristig nicht verpuffen, zumal viele Lokalregierungen Umweltschutz lediglich als eine von oben aufgezwungene Politik begreifen.

Insgesamt gesehen, steht die gegenwärtige chinesische Führung dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung durchaus positiv gegenüber. Das Ministerium für Handel, Wissenschaft und Technik z.B. engagiert sich zusammen mit ausländischen Unternehmen (z.B. Siemens, BP) in den Bereichen nachhaltiger Entwicklung und soziale Verantwortung (*corporate social responsibility*) der Unternehmen. 2008 hat die chinesische Regierung zudem ein 600-Milliarden-US-\$-Programm für Klima- und Umweltschutz beschlossen, darunter ein gigantisches Aufforstungsprogramm. Auch hat China mittlerweile alle wesentlichen internationalen Umweltabkommen ratifiziert.

Im Hinblick auf die Klimaverhandlungen in Kopenhagen 2009 warfen Medien vor allem China vor, daran schuld zu sein, dass keine konkreten Beschlüsse gefasst werden konnten. Diese Sichtweise erscheint allerdings allzu vereinfachend. Anknüpfend an das Kyoto-Protokoll schlug China verbindliche CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für Industrieländer bis zum Jahr 2020 vor (mindestens 40% im Vergleich zum Emissionslevel von 1990). Finanziell und über Technologietransfer sollten die Entwicklungsländer unterstützt werden. Auch das Argument vieler Schwellen- und Entwicklungsländer, dass die Industrieländer über einen langen Zeitraum die Umwelt zerstört hätten, daher eine historische Verantwortung trügen und Entwicklungsländer nicht einfach von ihrer Entwicklung abschneiden dürften, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Ankündigung Pekings, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einheit des BIP bis 2020 um 40–45% (gemessen am Niveau von 2005) reduzieren zu wollen, wurde im Grunde nicht ernst genommen. Letzteres hat die Verhandlungen in Kopenhagen ebenso erschwert wie die Weigerung der USA, den erforderlichen Emissionsreduzierungszielen zuzustimmen.

Was die Situation im Innern anbelangt, so werden die ökologischen Probleme Chinas von der Bevölkerung mittlerweile als gravierend wahrgenommen, wozu auch die regelmäßigen Umweltkatastrophen beigetragen haben. Untersuchungen verdeutlichen, dass die Mehrheit der Menschen größeren Einsatz der Regierung bei der Lösung der Umweltfragen erwartet. Doch selbst chinesischen Untersuchungen zufolge ist das Umweltbewusstsein bislang noch nicht sehr entwickelt. Untersuchungen chinesischer Soziologen zufolge waren 2008 lediglich 1,8 Prozent der Befragten (Gesamtzahl 7.135 Personen) der Meinung, dass Umweltverschmutzung zu den gravierendsten Problemen gehöre. Während der Stadt-Land-Unterschied in dieser Hinsicht gering war, gab es gleichwohl signifikante regionale Unterschiede: 17 Prozent im Ostteil Chinas vertraten diese Meinung gegenüber 9,1 Prozent in Zentralchina und lediglich 8,1 Prozent im ärmeren Westteil.<sup>35</sup>

Zwar lässt sich ein wachsendes Umweltbewusstsein der politischen Eliten und der neuen Mittelschichten feststellen. Und es ist zweifellos richtig, dass dieses Bewusstsein kontinuierlich wächst. Aber unter Eliten und Bevölkerung dominiert nach wie vor die Auffassung von der Priorität des Wirtschaftswachstums vor der Umwelt. Zudem lassen sich signifikante Unterschiede zwischen urbanem und ländlichem Raum, zwischen entwickelteren und weniger entwickelten, reicheren und ärmeren Regionen feststellen. Es ist der Feststellung zuzustimmen, dass der «Staat» zunächst als Hauptakteur fungieren muss. Allerdings haben größere Entscheidungsrechte der lokalen Ebenen und die damit verbundene Fragmentierung staatlicher Macht zu einer Stärkung der Macht der lokalen Ebene geführt. Die lokalen Regierungen präferieren häufig Wirtschaftswachstum und Investitionen gegenüber dem Umweltschutz.

Auch in China sind mittlerweile zahlreiche internationale NGOs aktiv und gut etabliert. Zudem entwickelt sich allmählich eine Umweltbewegung, aus

<sup>35</sup> Li/Li 2009: 25.

der eigene chinesische Umwelt-NGOs hervorgehen; aufgrund der politischen Strukturen sind diese jedoch fragmentiert und häufig lokal orientiert. Sie bilden sich zum einen in den großen Städten und zum anderen in den von sichtbaren ökologischen Krisen betroffenen Gebieten. Die Umweltbewegung arbeitet meist unter Bedingungen, bei denen sie von lokalen Behörden, die ihre eigenen, mit den Umweltstandards häufig nicht zu vereinbarenden Ziele verfolgen wollen, unterdrückt oder bekämpft wird; der Zentralstaat hingegen braucht diese Bewegung, weil er die Umweltpolitik nicht allein auf dem administrativen Weg durchzusetzen vermag. Solange die Umweltbewegung nicht konfrontativ gegen den Parteistaat vorgeht, sondern sich vornehmlich gegen Politik- und Gesetzesverstöße auf der lokalen Ebene wendet, wird sie vom Zentralstaat toleriert oder sogar unterstützt.

### 3.5 Chinas Engagement in Afrika

«Die Volksrepublik China setzt sich in Afrika fest, und Europa erkennt, dass es dadurch auf dem Nachbarkontinent an Einfluss verliert», schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im Juni 2008.<sup>36</sup> Ende 2009 hieß es ähnlich: «Seit geraumer Zeit wächst im Westen die Sorge, China könnte sich bald ganz des afrikanischen Kontinents bemächtigen und europäische wie amerikanische Interessen dort verdrängen.»<sup>37</sup> Chinas Afrikapolitik werde als «verwerflich» und «menschenverachtend» (*Süddeutsche Zeitung*) dargestellt, erklären Richter/Gebauer.

Chinas Engagement in Afrika wird in Europa und den USA vielfach als Bedrohungsfaktor für westliche Interessen interpretiert und als Teil einer chinesischen Strategie zur Ausplünderung afrikanischer Rohstoffquellen. Das chinesische Engagement auf dem afrikanischen Kontinent ist jedoch nicht nur Ergebnis der Suche nach Energie und Rohstoffen, auch wenn dies ein zentraler Ausgangspunkt des Afrika-Engagements gewesen ist. Afrika, das in der westlichen Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren eher etwas in den Hintergrund getreten ist, bot sich hier als Partner an. Dabei konnte China nicht nur auf eigene Erfahrungen mit den westlichen Kolonialmächten und seinen Anspruch, selbst ein Entwicklungsland zu sein, verweisen. Es verfolgte auch ein höchst erfolgreiches und unabhängiges Entwicklungsmodell, das in Afrika große Sympathie genießt, zumal es weitgehend ohne ausländischen politischen Einfluss und ohne Verschuldung verlief. Autoritäre Staaten sehen sich bestätigt, dass erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung auf der Basis eines autoritären politischen Systems möglich ist. In China wird zwar gesehen, dass autoritäre afrikanische Staaten sich an dem «chinesischen Modell» von Entwicklung orientieren möchten. Allerdings erklären chinesische Wissenschaftler explizite, dass dieses Modell keinen Vorbildcharakter für andere Staaten besitze und auch die chinesische Regierung

<sup>36</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.06.2008.

<sup>37</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.11.2009.

den chinesischen Weg nicht als internationales Vorbild ansehe. Vielmehr müsse die Arbeit Chinas in Afrika explizite «verbessert» werden.<sup>38</sup>

Auch die außenpolitischen «Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz»<sup>39</sup> mit den Pfeilern Akzeptanz der Souveränität anderer Staaten und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten stießen nicht nur bei autoritären afrikanischen Regierungen auf fruchtbaren Boden. «Viele afrikanische Politiker und Intellektuelle», schreibt der renommierte Journalist Mohamed Guèye aus dem Senegal, «sehen die Zusammenarbeit mit China als Partnerschaft, bei der beide Seiten gewinnen. Die Chinesen machen Mut; statt zu reden, handeln sie. Hilfe von der Volksrepublik scheint leichter zugänglich als von Europa oder den USA. Es ist mittlerweile ein gewohntes Bild, chinesische Ingenieure und schwarze Arbeiter entlang Afrikas Straßen oder Eisenbahnlinien gemeinsam schuften zu sehen. Derweil knüpfen westliche Partner ihre Hilfe oft an kaum erfüllbare Bedingungen.»<sup>40</sup> «China», schreibt Guèye, «verkörpert den Erfolg, den afrikanische Führer anstreben.» Chinesische Produkte sind billig und gut und tragen zur Hebung des Lebensstandards in Afrika bei. China ist mittlerweile nach den USA größtes Exportland des Kontinents. Voraussichtlich 2010 wird es die USA vom ersten Platz verdrängt haben.

China erwirbt nicht nur Rohstoffe, sondern errichtet auch Kliniken und hilft bei der Entwicklung von Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung oder Tourismus. Auch von den angepassten Technologien und Produktstrukturen der erfolgreichen kleinen ländlichen Betriebe in China kann Afrika lernen. James W. Adams, Vizepräsident der Weltbank, erklärte bereits im Dezember 2006, «China hat Afrika zwei ganz unterschiedliche Dinge gebracht. Zum einen kommt es mit der Perspektive, dass es bis vor kurzem selbst noch ein Entwicklungsland war. Dieser Blickwinkel unterscheidet sich grundsätzlich von anderen, traditionellen Herangehensweisen an Afrika. Zum anderen kommt China mit der starken Botschaft, dass es den afrikanischen Ländern keine Anweisungen zu geben versucht. Afrika ist wahrscheinlich der am stärksten überberatenen Kontinent auf der Welt.»<sup>41</sup> Während Afrika im Westen häufig als «verlorener Kontinent» bezeichnet wird, der langfristig am Tropf der Industrieländer hängen werde, fühlen afrikanische Staaten sich von China als gleichberechtigte Wirtschaftspartner akzeptiert. Zugleich sehen sie ihre Verhandlungskraft gegenüber dem Westen durch die Beziehungen zu China gestärkt, denn erstmals gibt es eine Alternative zur westlichen Entwicklungshilfe.<sup>42</sup>

38 Vgl. z.B. Tao 2009: 37–41.

39 Die «Fünf Prinzipien» lauten: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität; gegenseitiger Nichtangriff; gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten; Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen; friedliche Koexistenz.

40 Zitiert in: Entwicklung + Zusammenarbeit, 12/2006: 483.

41 Zitiert in: [http://english.peopledaily.com.cn/200612/19/eng20061219\\_333950.html](http://english.peopledaily.com.cn/200612/19/eng20061219_333950.html) (aufgerufen am 12.01.2009).

42 Vgl. z.B. Cheng/Shi 2009.

Viele afrikanische Länder konnten ihre Exporte nach China beträchtlich steigern. Auch chinesische Investitionen in Afrika haben erheblich zugenommen (Ende 2008 ca. 80 Mrd. US-\$), nicht nur im Rohstoffsektor, was auch dem Wirtschaftswachstum förderlich ist und zum Abbau von Armut beiträgt. So haben Chinesen durchaus auch den Grundstein für eine moderne Textilindustrie in Afrika gelegt. 31 Staaten wurden die Schulden erlassen, und im Jahre 2005 hat Peking die Einfuhrzölle für 190 Güter aus 29 Ländern mit niedrigem Einkommen aufgehoben. Durch die Nachfrage auf dem chinesischen Binnenmarkt wurde einerseits die heimische Produktion in Afrika stimuliert, andererseits stiegen dadurch die Weltmarktpreise für Rohstoffe, zum Nutzen der entsprechenden Länder. Experten schätzen, dass das chinesische Engagement auf dem Kontinent für ca. 1,5 bis zwei Prozent des afrikanischen Wachstums verantwortlich ist und indisch-chinesische Rohstoffkäufe für knapp 6 Prozent in den Jahren 2006–2008. Im Zuge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise brachen allerdings die Rohstoffpreise ein, zumal die Rohstoffexporte nicht mit einer Diversifizierung der Wirtschaft verbunden waren.<sup>43</sup> Die in Harvard ausgebildete namhafte Ökonomin Dambisa Moyo aus Sambia hat Afrika empfohlen, weitgehend auf den Handel mit China zu setzen, das seine Märkte nicht – wie Nordamerika oder Europa – gegen afrikanische Agrarprodukte abschotte, sondern Lebensmittel aus Afrika benötige. Der Handel mit China sei vielversprechender als «Fair Trade mit Europa». Und: «Das chinesische Modell hat in Afrika innerhalb von fünf bis zehn Jahren mehr Arbeitsplätze und Infrastruktur geschaffen als der Westen in 60 Jahren.» Für die Probleme in Afrika hingegen müssten die Afrikaner selbst ihre Regierungen zur Rechenschaft ziehen, nicht die Europäer (oder Chinesen).<sup>44</sup>

In den Ländern mit dem geringsten Industrialisierungsgrad konkurrieren chinesische nicht mit einheimischen, sondern mit anderen Importwaren. Allerdings muss hier differenziert werden: Während Länder, deren Produkte mit chinesischen auf dem afrikanischen und Weltmarkt konkurrieren, eher negativ tangiert sind, profitieren diejenigen Länder, deren Wirtschaften das chinesische Angebot komplettieren. Nachteilig wirkt sich die chinesische Afrikapolitik auch auf den zivilgesellschaftlichen Bereich oder die Arbeit der Gewerkschaften aus.<sup>45</sup> Ob allerdings Chinas Energiepolitik in Afrika einzelne Staaten destabilisiert oder stabilisiert, wird sich erst noch herausstellen. Druck auf autokratische Staaten ist nicht immer ein probates Mittel für einen Politikwandel, sondern kann Konflikte auch verschärfen.

Das chinesische Engagement ruft vor allem in westlichen Staaten große Bedenken hervor, die vor neuer Abhängigkeit, Ausbeutung, Zerstörung traditionellen Handwerks oder Stärkung autokratischer Regime aus reinen Rohstoffinteressen warnen. Zum einen muss hier zwischen unterschiedlichen chinesischen

<sup>43</sup> Vgl. dazu u.a. Claudia Bröll/Thomas Scheen: Der afrikanische Traum ist zu Ende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.03.2009.

<sup>44</sup> Vgl. das Interview in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12.04.2009.

<sup>45</sup> Zu den Chancen und Risiken des chinesischen Engagements in Afrika vgl. auch Kaplinski et al. 2007.

Akteuren differenziert werden. Neben dem chinesischen Staat agieren große Konzerne in Afrika, die mittlerweile keineswegs immer vom chinesischen Staat kontrolliert werden, sondern auch private Unternehmen und eine große Zahl von Kleinhändlern und -unternehmen, auf die der Staat nur einen geringen Einfluss hat. Die innen- und außenpolitische Entwicklung Chinas seit Ende der 1970er Jahre hat zudem verdeutlicht, dass China durchaus als lernender Staat begriffen werden kann, der aus vergangenen Fehlern seine Lehren zieht. Von daher besteht die Hoffnung, dass China sich allmählich auch entwicklungspolitischen Fragestellungen öffnet. Chinesische Entwicklungsfachleute haben jüngst zugegeben, dass das Land in entwicklungspolitischer Hinsicht unerfahren ist. Sie zeigten zugleich aber Interesse an deutschem Know-how über Planung, Durchführung und Begleitung von Entwicklungsprojekten, das sie von InWent<sup>46</sup> erwerben wollten. Dass China lernt, wird auch durch den Fall Sudan deutlich, wo China von seiner Politik der «Nichteinmischung» abgerückt ist. So forderte der chinesische Parteichef Hu Jintao den sudanesischen Präsidenten auf, mehr mit den UN für eine Lösung des Darfur-Konfliktes zusammenzuarbeiten. Es schickte Sondergesandte nach Khartum, um bei einer Lösung zu helfen.

Vielen im Westen gefällt das chinesische Engagement in Afrika nicht, weil es strategische Interessen unterläuft und eine Konkurrenzsituation (China-»Westen«) schafft. In Afrika könnte sich dies gleichwohl befruchtend auswirken. So könnte dadurch in Europa und Nordamerika ein Umdenken in der Afrikapolitik angestoßen werden, mit neuen Schwerpunktsetzungen (etwa im Hinblick auf den Zugang zu neuen Märkten und Förderung eines Mittelstandes). Dies könnte auch den Einfluss etwa der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds vermindern, die ihre Programme den Staaten oft mit schmerzhaften Folgen oktroyieren. Möglicherweise ist es gerade dieser Konkurrenzsituation zu verdanken, dass z.B. der G8-Gipfel im Juli 2005 einvernehmlich beschlossen hat, die Konsolidierung Afrikas zu verstärken, auch wenn fraglich ist, ob die kontinuierliche Aufstockung massiver externer Finanzhilfen tatsächlich ein geeignetes Instrument für Armutsabbau und Entwicklung darstellt.

Statt über das chinesische Afrika-Engagement zu lamentieren, wäre es sinnvoller, einen gemeinsamen europäisch-chinesisch-afrikanischen Dialog ins Leben zu rufen, primär im Interesse Afrikas, aber auch um zu verhindern, dass sich dieser Kontinent noch weiter von Europa entfremdet.<sup>47</sup>

## 4 Fazit

Die Studie von Richter/Gebauer hat ebenso wie dieser Beitrag zu Recht hinterfragt, ob es den Medien 2008 und darüber hinaus gelungen ist, dem Thema China wirklich gerecht zu werden. Zum Teil recht oberflächliche, vereinfachende,

<sup>46</sup> Internationale Weiterbildungs- und Entwicklungs-gGmbH, eine Durchführungsorganisation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

<sup>47</sup> Vgl. dazu Heberer/Senz 2007.



abwertende und analytisch wenig tiefgehende Berichte zeigen ein Chinabild, das der Vielfalt des Landes und seiner Menschen sowie dem enormen Wandlungsprozess und seinen Ergebnissen nur selten gerecht wird. Die Details finden sich in der Analyse von Richter/Gebauer und sollen hier nicht wiederholt werden.

Ohne Zweifel erschweren die Vielfalt und Unterschiedlichkeit innerhalb Chinas und seiner Strukturen, die vielfältigen regionalen Spezifika, Kulturen und Traditionen und deren Ausprägungen das Verständnis von diesem Land und damit auch die Darstellung in den Medien. Weder Peking noch Shanghai, weder die Armutsgebiete im Landesinneren noch die wohlhabenden Regionen an der Küste repräsentieren China. Sie alle sind nur einzelne Bausteine in dem riesigen Mosaik, das sich China nennt. Lucien Pye, der kürzlich verstorbene US-amerikanische Politikwissenschaftler und einer der großen Kenner der chinesischen Politik und Kultur, hat einmal geschrieben, das heutige China sei nicht einfach ein Nationalstaat unter vielen anderen. Es handele sich vielmehr um eine Zivilisation, die vorgebe, ein Staat zu sein. Das China von heute sei so, als ob das Europa des Römischen Reiches und das zur Zeit Karls des Großen bis heute existierten und versuchen würden, als einheitlicher Nationalstaat zu fungieren. Damit wollte er auf die gerade beschriebene Heterogenität und Vielfalt hinweisen.<sup>48</sup> China stellt kein einheitliches System dar, sondern einen Kontinent, ein Puzzle mit ganz verschiedenen Einzelteilen: unterschiedlicher Entwicklung und Entwicklungsbedingungen, vielfältiger und heterogener geographischer, ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen und Systeme. «Ein Land, tausend Systeme», habe ich das einmal an anderer Stelle genannt. Und genau dies macht es so schwierig, dieses komplexe Gebilde zu verstehen, zumal, wie Carsten Herrmann-Pillath einmal verdeutlicht hat, es schwierig ist, mit einem spezifischen Systemverständnis ein «Nichtsystem» verstehen zu wollen.<sup>49</sup> Bei der Einschätzung und Bewertung Chinas muss man auch anerkennen, dass es keine universelle «Vernunft» oder Logik gibt, sondern vielfältige Formen des Denkens, des Handelns und der Rationalität, die auch kulturell bedingt sind. Europäisch-nordamerikanische (sog. «westliche») Maßstäbe sind keineswegs die einzig gültigen.

Erschwert wird das Verständnis Chinas auch durch die Vielfalt an Akteuren. Häufig wird China als ein politisches Gebilde begriffen, in dem eine kleine Führungsschicht an der Spitze («Politbüro») das gesamte Geschehen im Lande kontrolliert und gestaltet. In der Tat wirken heute jedoch eine große Zahl von Interessengruppen auf politische Gestaltung ein. Nicht nur in der Parteiführung konzentrieren sich unterschiedliche Interessen, sondern auch in den zentralen Gestaltungsstellen wie Ministerien. Auch die Streitkräfte sind ein wichtiger, aber gleichfalls fragmentierter Akteur. Die Streitkräfte im Osten, mit besserem Zugang zu Märkten und Infrastruktur, profitieren stärker vom marktwirtschaftlichen Boom als diejenigen im Westteil des Landes, die vornehmlich für infra-

<sup>48</sup> Pye 1990.

<sup>49</sup> Herrmann-Pillath 2008: 150.



strukturelle Baumaßnahmen in unwirtlichen Wüsten- und Gebirgslandschaften eingesetzt werden und sich benachteiligt fühlen. Auch Provinzen, Städte und Landkreise entwickeln ganz unterschiedliche Interessen und Zielprioritäten. Durch das Internet ist eine öffentliche Meinung entstanden (Ende 2009 ca. 350 Mio. Nutzer), die der Staat zwar zu kontrollieren sucht, die aber kontinuierlich Informationen über Ungerechtigkeiten, Korruption, Missverhalten lokaler Behörden ins Netz stellt und dadurch die Regierung zum Handeln bewegt. Dies gilt auch für außenpolitische Gestaltung. Man denke nur daran, als 2006 innerhalb von 24 Stunden 12 Millionen Menschen eine Petition im Internet unterzeichneten, die Regierung möge verhindern, dass Japan einen Sitz im Ständigen Ausschuss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen erhält.

Teil dieses Fragmentierungsprozesses ist der sogenannte Implementierungswiderspruch, d.h. die Diskrepanz zwischen in Peking beschlossenen politischen Richtlinien und Gesetzen und der mangelnden Umsetzung auf der lokalen Ebene. Generell ist ein Prozess dezentralisierter Entscheidungen dafür verantwortlich. Städte und Kreise besitzen seit den 1980er Jahren größere Entscheidungsrechte und können politische und wirtschaftliche Eigenexperimente durchführen. Entsprechend gibt es Landkreise, die den Anweisungen der Zentrale Folge zu leisten versuchen, aber weit mehr, die unter Hinweis auf lokale Besonderheiten oder «Modelle» den zentralen Richtlinien indifferent gegenüberstehen oder sie sogar konterkarieren.

Mangelndes Verständnis von diesem Implementierungswiderspruch führt – auch in der Medienberichterstattung – häufig zu der Auffassung, dass die Zentralregierung für alle Missstände und Fehlentwicklungen im Lande zuständig sei. Zwar kontrolliert die Zentralgewalt das gesamte Land und vermag Großpolitiken durchzusetzen. Bei 2.862 Kreiseinheiten jedoch die gesamte Umsetzung zu überwachen würde die zentralen Behörden überfordern. Deshalb setzt sie politische Prioritäten (wie Wirtschaftswachstum, Bewahrung sozialer Stabilität oder Geburtenplanung), deren Einhaltung streng überprüft wird. Der XVII. Parteitag im Oktober 2007 hat beschlossen, dass künftig auch dem Umweltschutz Priorität eingeräumt werden soll (als wichtiger Teil des «wissenschaftlichen Konzeptes von Entwicklung», eine Formulierung, die auch Eingang in das Parteistatut gefunden hat). Demgemäß bekämpft zwar die Zentralregierung mittels Anweisungen und Gesetzen Dinge wie Produktfälschungen oder Verletzung der Bodenrechte der Bauern, aber häufig fehlen die institutionellen Mittel, um dies lokal überall durchsetzen zu können.

China ist daher auch keineswegs eine politisch wandlungsresistente Diktatur mit einem im Innern und Äußeren rücksichtslos agierenden Staat, wie es in den Medien häufig dargestellt wird. Vielmehr beginnt sich vor allem die städtische Gesellschaft graduell in eine Richtung zu bewegen, in der der Grad an Mitgestaltung, rechtlicher Sicherheit und individueller Autonomie (jedenfalls solange ein Individuum oder eine Gruppe nicht gegen das herrschende System aktiv wird) zunimmt.

Die Frage der Medienberichterstattung besitzt darüber hinaus aber noch einen weiteren, anthropologischen Aspekt: wie wir (inklusive der Medien) das Andere oder in unserem Falle China und die Chinesen wahrnehmen. Edward Said hat mit seiner berühmten «Orientalismusthese» bereits Ende der 1970er Jahre konstatiert, dass der westliche Blick auf den «Osten» und die stereotype Interpretation der dortigen Entwicklungen der Selbstbestätigung des Westens dienen und ein Stil der Herrschaft und des Autoritätsbesitzes über diesen «Osten» seien.<sup>50</sup> Gewiss lässt sich diese These nicht auf die China-Berichterstattung in toto übertragen, aber eine stereotype Betrachtungsweise der chinesischen Entwicklung ist – wie Richter/Gebauer in ihrem Beitrag gezeigt haben – durchaus feststellbar. Nichtverstehen oder falsches Verstehen ist indessen eine Ursache von Konflikten, beginnen Konflikte doch im Denken der Menschen. Fremdsein und Nichtverstehen verstärken zugleich ein Gefühl der Bedrohung und Beunruhigung. Zu Recht fordern daher Kulturphilosophen wie Bernhard Waldenfels einen «Prozeß des Verständlichmachens» fremder Kulturen.<sup>51</sup> Denn, «wenn du etwas verstehst, so ist es nicht (mehr) fremd».<sup>52</sup> Wenn uns ein Phänomen oder ein Volk aber nicht mehr so «fremd» erscheint, dann können wir Empathie, d.h. Einfühlungsvermögen, entwickeln, nicht nur mit den Problemen von Individuen, sondern auch mit denen von Bevölkerungsgruppen und darüber hinaus den sozialen Problemen, vor deren Lösung China steht. Dazu gehört auch, die Geschichte nicht auszublenden: Demokratie, Menschenrechte oder ein funktionierendes Rechtssystem sind Produkte *historischer* Prozesse, deren Herausbildung auch in Europa viele Opfer gekostet hat und die zunächst auch das Wachsen einer entsprechenden politischen Kultur erfordern. Das sollten wir im Hinblick auf andere Gesellschaften bedenken, vor allem, wenn vorschnell die rasche Einführung demokratischer Strukturen gefordert oder die Entwicklung in anderen Weltregionen an der Messlatte des heutigen Europa gemessen wird. Die «Grammatik der Lebensformen» (Habermas) ist eben nicht überall und unabhängig von Raum und Zeit die gleiche. Medien sind von daher auch – um mit Max Weber zu sprechen – nicht nur einer Gesinnungsethik verpflichtet, die eigene Werte und Prinzipien vorträgt und in den Vordergrund stellt, sondern auch einer Verantwortungsethik, bei der die Folgen und Kosten von Berichterstattung berücksichtigt werden und die demgemäß umsichtige Urteile erfordert. Mit gutem Recht mahnen Richter/Gebauer daher in ihrer Analyse mehr erklärende und analysierende Beiträge statt Ereignismeldungen an, um das Verstehen zu fördern.

Dabei sollten auch unterschiedliche Perspektiven zwischen Weltregionen zur Kenntnis genommen werden. Der singapurianische Diplomat und Intellektuelle Kishore Mahbubani hat einmal zwischen dem «philosophischen Westen», der die Menschheit und ihre Ideale enorm bereichert habe, und dem «materiellen

<sup>50</sup> Said 2003.

<sup>51</sup> Vgl. Waldenfels 1997: 94.

<sup>52</sup> Ebd.: 146.

Westen» unterschieden, dem es mehr um die Durchsetzung seiner materiellen Interessen und weniger um Werte und Normen gehe und der im Aufstieg Asiens und Chinas eine Bedrohung seiner Interessen sehe.<sup>53</sup> Man muss dieser Sichtweise nicht zustimmen, sie sollte uns aber durchaus zum Nachdenken anregen,<sup>54</sup> auch darüber, ob wir uns nicht häufig als Belehrungskultur verhalten, die andere Gesellschaften aus vermeintlicher Überlegenheit zu belehren und weniger zu begreifen sucht. Lernen, anderen zuzuhören, und «dislearning» (Entlernen) eurozentristischer Einstellungen sind Forderungen postkolonialer Theorien,<sup>55</sup> die den globalen Diskurs fördern sollen und durchaus auch fördern können. Die deutsche Bundeskanzlerin scheint das mittlerweile begriffen zu haben als sie z.B. am 15. April 2010 in einer Rede an der Stanford Universität in den USA sagte: «Wir müssen China in seiner kulturellen Größe und mit seinem enormen Zukunftspotenzial verstehen lernen.»<sup>56</sup> Es bleibt zu hoffen, dass die Medien zu einem solchen Verständnis beitragen.

<sup>53</sup> Mahbubani 2008: 102.

<sup>54</sup> Siehe dazu auch Heberer 1998: 171ff.

<sup>55</sup> Ilan Gur-Ze'ev: Beyond postmodern feminist critical pedagogy. Toward a diasporic philosophy of counter education, <http://construct.haifa.ac.il/~ilangz/feministpeda911.pdf> (aufgerufen am 21.03.2010).

<sup>56</sup> Die Rede findet sich unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2010/04/2010-04-16-rede-standford-university.html> (aufgerufen am 22.04.2010).

# LITERATUR

- Altmeyer, Katrin/Zhu Yi (2009):** Der Aktionsplan Menschenrechte der Volksrepublik China. Heinrich-Böll-Stiftung, URL: <http://www.boell.de/weltweit/asien/asien-7046.html>, 23. Juni.
- Assmann, Heinz-Dieter (Hrsg.) (2008):** Perceptions and Images of China. Baden-Baden: Nomos.
- Bader, Julia (2008):** Innenpolitischer Wandel und seine Auswirkungen auf die Außenpolitik Chinas. Discussion Paper No. 4. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Baker, Philip (2002):** Human Rights, Europe and the People's Republic of China. In: Edmonds, Richard Louis (ed.): China and Europe since 1978: A European Perspective. Cambridge: Cambridge University Press, S. 45–63.
- Berger, Bernt/Wissenbach, Uwe (2007):** EU-China-Africa Trilateral Development Cooperation. Common Challenges and New Directions. Discussion Paper No. 21. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Blume, Georg (2008):** China ist kein Reich des Bösen. Trotz Tibet muss Berlin auf Peking setzen. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Bork, Henrik (1996):** Chinas Wirklichkeiten: Ein ausgewiesener Reporter berichtet. New York: Campus.
- Busch, Denise (2005):** Das Bild Griechenlands zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung. Berlin: Frank & Timme.
- Carlson, Allen (2004):** Beijing's Tibet Policy – Securing Sovereignty and Legitimacy. Policy Studies No. 4, Washington D.C.: East-West Center.
- Cheng, Joseph Y.S./Shi, Huangao (2009):** China's African Policy in the Post-Cold War Era. In: Journal of Contemporary Asia, No. 1, S. 87–115.
- Cronin, Vincent (1955):** The Wise Man From the West: Matteo Ricci and his Mission to China, London: Rupert Hart-Davis.
- Dinges, Sabine (2008):** Kleiner Staat, große Gesellschaft? Der chinesische Diskurs über Zivilgesellschaft und das Selbstverständnis von NGOs. Unveröffentlichte Magisterarbeit an der Universität Erfurt.
- Fang, Weigui (1992):** Das Chinabild in der deutschen Literatur 1871-1933. Frankfurt/Main: Peter Lang.
- Frahne, Gerd (1989):** Berichte über Chinas Reformperiode. Die Peking-Reporte des WELT-Korrespondenten Herbert Kremp 1977–1981. Bochum: Studienverlag Dr. N. Brockmeyer.
- Friedrich, Stefan (2007):** Deutschland und die Volksrepublik China seit 1949. In: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 402–417.
- Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred (2005):** ExpertInnengespräche in der interpretativen Organisationsforschung. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 223–240.
- Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred (2003):** Das qualitative Interview. Wien: WUV.
- Fues, Thomas/Grimm, Sven/Laufer, Denise (2006):** Chinas Afrikapolitik: Chance und Herausforderung für die europäische Entwicklungszusammenarbeit. Analysen und Stellungnahmen No. 4. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe (1965):** The Structure of Foreign News. In: Journal of Peace Research No.1, S. 64–90.

- Goldstein, Melvyn C. (2003):** On Modern Tibetan History – Moving Beyond Stereotypes. In: McKay, Alex (Hrsg.): Tibet and her Neighbours – a History. London: Edition Hansjörg Mayer.
- Gong, Gerrit W. (1984):** The Standard of «Civilization». In: International Society, Oxford: Oxford University Press.
- Gries, Peter Hays/Crowson, Michael H./Sandel, Todd (2010):** The Olympic Effect on American Attitudes towards China: beyond Personalities, Ideology, and Media Exposure. In: Journal of Contemporary China, March, S. 213-231.
- Grimm, Sven/Fues, Thomas (2007):** China in Afrika. Konsequenzen für die internationale Entwicklungspolitik. In: Entwicklung & Ländlicher Raum, No. 4, S. 9–11.
- Grunfeld, A. Tom (1996):** The Making of Modern Tibet. Revised Edition. Armonk: M. E. Sharpe.
- Gu, Jing/Humphrey, John/Messner, Dirk (2007):** Global Governance and Developing Countries: The Implications of the Rise of China. Discussion Paper No. 18. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Gu, Xuewu/Mayer, Maximilian (2007):** Chinas Energiehunger: Mythos oder Realität? München: Oldenbourg.
- Habermas, Jürgen (1994):** Faktizität und Geltung. 4. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hafez, Kai (2009):** Heiliger Krieg und Demokratie. Radikalität und politischer Wandel im islamisch-westlichen Vergleich. Bielefeld: Transcript.
- Hafez, Kai (2002a):** Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung. Bd. 1: Theoretische Grundlagen. Baden-Baden: Nomos
- Hafez, Kai (2002b):** Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung. Bd. 2: Das Nahost- und Islambild der deutschen überregionalen Presse. Baden-Baden: Nomos
- Hafez, Kai/Rawan, Shir/Ibahrine, Mohammed/Topcu, Özlem (2003):** Auslandsrundfunk im «Dialog der Kulturen». Konzeptionelle Überlegungen zur Gestaltung der Programme der Deutschen Welle in der islamischen Welt. Abschlussbericht zum Evaluations- und Beratungsprojekt, Unveröffentlichte Studie. Erfurt.
- Heberer, Thomas (2010):** Die Modernisierung Chinas: Analyse eines komplexen Prozesses. In: Heberer, Thomas/Rudolph, Jörg M.: China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zwei alternative Sichten. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung.
- Heberer, Thomas (2008a):** Peking erlässt die «Verwaltungsmethode zur Reinkarnation eines Lebenden Buddhas im tibetischen Buddhismus». In: *Zeitschrift für chinesisches Recht*, Nr. 1, S. 1–9.
- Heberer, Thomas (2008b):** Das politische System der VR China im Prozess des Wandels. In: Heberer, Thomas/Derichs, Claudia (Hrsg.): Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 21–178.
- Heberer, Thomas (2008c):** Nationalitätenkonflikte in China: Ursachen und Lösungsansätze. In: Heinemann-Grüder, Andreas/Hippler, Jochen et al. (Hrsg.): Friedensgutachten 2008. Berlin: LIT, S. 306–316.
- Heberer, Thomas (1998):** Siegt der Ostwind über den Westwind? Der Aufstieg Ostasiens als Herausforderung Europas. In: Hoffmann, Hilmar/Kramer, Dieter (Hrsg.): Europa – Kontinent im Abschied? Reinbek: Rowohlt, S. 171–227.
- Heberer, Thomas/Sausmikat, Nora (2005):** China und die Zivilgesellschaft. In: Betz, Joachim/Hein, Wolfgang (Hrsg.): Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005: Zivilgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 208–239.
- Heberer, Thomas/Senz, Anja (2009):** Deutschland und China. Zusammenarbeit und Wettbewerb. In: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Ergänzungsband 2, Hamburg et al., S. 183–202.
- Heberer, Thomas/Senz, Anja (2007):** Neokoloniale Ausbeutung? Chinas Interessen in Afrika. In: eins. Entwicklungspolitik, Information Nord-Süd, Nr. 6-7, S. 43–45.

- Heilmann, Sebastian (2007):** Volksrepublik China. In: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 580–590.
- Heilmann, Sebastian (2004):** Das politische System der Volksrepublik China. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2009):** Wie China debattiert. Neue Essays und Bilder aus China, Berlin.
- Herrmann-Pillath, Carsten (2008):** An Evolutionary Approach to Endogenous Political Constraints on Transition in China. In: Heberer, Thomas/Schubert, Gunter (Hrsg.): Regime Legitimacy in Contemporary China. Institutional Change and Stability. London: Routledge, S. 129–152.
- Heuser, Qixuan (1996):** Das China-Bild in der deutschsprachigen Literatur der achtziger Jahre: die neuen Rezeptionsformen und Rezeptionshaltungen. Dissertation an der Universität Fribourg (Schweiz).
- Hilsmann, Christiane (1997):** Chinabild im Wandel. Die Berichterstattung der deutschen Presse. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.
- Jäger, Siegfried (2006):** Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, Reiner/Hiersland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd 1: Theorien und Methoden. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 83–114.
- Jing, Liu (2001):** Wahrnehmung des Fremden: China in deutschen und Deutschland in chinesischen Reiseberichten; vom Opiumkrieg bis zum Ersten Weltkrieg. Dissertation an der Universität Freiburg (Breisgau).
- Kapilinski, Raphael/McCormick, Dorothy/Morris, Mike (2007):** The Impact of China on Sub-Saharan Africa. Working Paper 291, Institute of Development Studies. Brighton: University of Sussex.
- Kempf, Gustav (2002):** Chinas Außenpolitik. Wege einer widerwilligen Weltmacht. München: Oldenbourg.
- Kepplinger, Hans Mathias (1998):** Der Nachrichtenwert der Nachrichtenfaktoren. In: Holtz-Bacha, Christina/Scherer, Helmut/Waldmann, Norbert (Hrsg.): Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 19–38.
- Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit Thierry Dodin und Heinz Räther (Hrsg.) (1997):** Mythos Tibet. Wahrnehmungen, Projektionen, Phantasien. Köln.
- Kupfer, Kristin (2007a):** China: Was stimmt? Die wichtigsten Antworten. Freiburg: Herder.
- Kupfer, Kristin (2007b):** Die Debatte um die Menschenrechte. In: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 446–460.
- Large, Daniel (2009):** Ausdruck des Wandels. Die Beziehungen China – Sudan. In: Inamo, Nr. 58, S. 36–40.
- Leonard, Mark (2009):** Was denkt China? München: dtv.
- Leutner, Mechthild/Yü-Dembski, Dagmar (Hrsg.) (1990):** Exotik und Wirklichkeit. China in Reiseberichten vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München: Saur.
- Li Peilin/Li Wie (2009):** 2008 nian Zhongguo minsheng wenti diaocha baogao (Untersuchungsbericht über Fragen des Volkswohls in China im Jahre 2008). In: Ru Xin/Lu Xueyi/Li Peilin (Hrsg.): Shehui lanpishu. 2009 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Blaubuch Gesellschaft. Analyse und Prognose von Chinas sozialer Lage im Jahre 2009). Peking.
- Li Zhang (2010):** The Rise of China: Media Perception and Implications for International Politics. In: Journal of Contemporary China, March, S. 233–254.
- Lorenz, Andreas/Lietsch, Jutta (2007):** Das andere China: Begegnungen in Zeiten des Aufbruchs. Berlin: wjs.



- MacKinnon, Rebecca (2009):** China's Censorship 2.0: How Companies Censor Bloggers. In: First Monday No. 2, URL: <http://firstmonday.org/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/2378/2089>.
- Mahbubani, Kishore (2008):** The New Asian Hemisphere. The Irresistible Shift of Global Power to the East. New York.
- Meckel, Miriam (1999):** «Big Bang» im historischen Augenblick. Die Berichterstattung über die Rückgabe Hongkongs an die VR China im deutschen Fernsehen. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Massenmedien und Zeitgeschichte. Konstanz: UVK, S. 442–452.
- Melber, Henning (2006):** Der neue Wettlauf um Afrikas Ressourcen. In: Klingebiel, Stephan (Hrsg.): Afrika-Agenda 2007. Ansatzpunkte für den deutschen G8-Vorsitz und die EU-Ratspräsidentschaft. Discussion Paper No. 18. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, S. 137–140.
- Mertha, Andrew C. (2008):** Chinas Water Warriors – Citizen Action and Policy Change. Ithaca: Cornell University Press.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2005):** ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 71–93.
- Meyer, Thomas (2001):** Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Mikich, Sonia (2007):** Wieviel Ausland darf es sein? Ohne Hintergrund ist die Welt nicht zu verstehen. In: Der Überblick, Nr. 4, S. 6–8.
- Möller, Kay (2005):** Die Außenpolitik der VR China 1949–2004. Eine Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Möller, Kay (2002):** Diplomatic Relations and Mutual Strategic Perceptions: China and the European Union. In: Edmonds, Richard Louis (ed.): China and Europe since 1978: A European Perspective. Cambridge: Cambridge University Press, S. 10–32.
- Müller, Albrecht (2009):** Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen. München: Droemer.
- National Development and Reform Commission (NDRC) (2007):** Chinas National Climate Change Programme. URL: <http://www.ccchina.gov.cn/WebSite/CCChina/UpFile/File188.pdf>.
- Oberheitmann, Andreas (2007):** Herausforderungen für die Umweltpolitik. In: Fischer, Doris/Lackner, Michael (Hrsg.): Länderbericht China. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 72–98.
- Peuckmann, Lukas (2009):** «One World, one Dream?» – Das Bild Chinas in der Olympia-Berichterstattung von Beijing 2008 in der deutschen und chinesischen Tagespresse. Unveröffentlichte Magisterarbeit an der Westfälischen Wilhelmsuniversität Münster.
- Pigulla, Andreas (2003):** Chinabild. In: Staiger, Brunhild et al. (Hrsg.): Das große China Lexikon. Darmstadt: Primus, S. 126–129.
- Poerner, Michael (2009):** «Das olympische Feuer brennt. Und mit ihm lodert das Misstrauen» – Die Chinaberichterstattung während der Olympischen Sommerspiele in Beijing 2008. In: Journal of Current Chinese Affairs, No. 1, S. 161–180.
- Powers, John (2004):** History as Propaganda – Tibetan Exiles versus the People's Republic of China. New York: Oxford University Press.
- Pütz, Wolfgang (1993):** Das Italienbild in der deutschen Presse. Eine Untersuchung ausgewählter Tageszeitungen. München: Ölschlager.
- Pye, Lucian W. (1990):** China: Erratic State, Frustrated Society. In: Foreign Affairs, Fall, S. 56–74.
- Roemeling-Kruthaup, Susanne (1991):** Politik, Wirtschaft und Geschichte Lateinamerikas in der bundesdeutschen Presse. Eine Inhaltsanalyse der Quantität und Qualität von Hintergrundberichterstattung in überregionalen Qualitätszeitungen am Beispiel der Krisengebiete Brasilien, Chile, Mexiko und Nicaragua. Frankfurt/Main: Vervuert.



- Rössler, Patrick (2005):** Inhaltsanalyse. Konstanz: UVK.
- Said, Edward W. (2003):** Orientalism. 25<sup>th</sup> edition. New York: Penguin.
- Sandschneider, Eberhard (2002):** China's Diplomatic Relations with the States of Europe. In: Edmonds, Richard Louis (ed.): China and Europe since 1978: A European Perspective. Cambridge: Cambridge University Press, S. 33–44.
- Sausmikat, Nora/Fritsche, Klaus (Hrsg.) (2008):** Schneller höher, weiter: China überholt sich selbst, Essen: Asienstiftung.
- Schmidt, Christiane (2004):** Analyse von Leitfadeninterviews. In: Flick, Uwe/Kardoff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt, S. 447–456.
- Schmitz, Gerald (1998):** Tibet und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Berlin: de Gruyter.
- Schulte-Kulmann, Nicole (2005):** «The German-Chinese «Rule of Law Dialogue». Substantial Interaction or Political Delusion?» In: German Foreign Policy in Dialogue, June, S. 30–37. URL: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue16.pdf>.
- Schulz, Winfried (1976):** Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Freiburg: Verlag Karl Alber.
- Shakya, Tsering (1999):** The Dragon in the Land of Snows – A History of modern Tibet since 1947. London: Pimlico.
- Sieren, Frank (2005):** Der China Code: Wie das boomende Reich der Mitte Deutschland verändert. München: Econ.
- Simshäuser, Viktoria (2009):** 1001 chancenlose Themen. Welche Inhalte vernachlässigt der Journalismus? In: Journalistik, Nr. 2, S. 20–21.
- Smith, Warren W. Jr. (1996):** Tibetan Nation – A History of Tibetan Nationalism and Sino-Tibetan Relations. Boulder: Westviewpress.
- Stone, Gerald C./ Xiao, Zhiwen (2007):** Anointing a New Enemy. The Rise of Anti-China Coverage after the USSR's Demise. In: The International Communication Gazette, No. 1, S. 91–108.
- Tao Wenzhao (2009):** Zhongguo moshi de Feizhou xiaoying (Einfluss des chinesischen Modells auf Afrika). In: Guoji Wenti Yanjiu (Studien zu internationalen Fragen), No. 1, S. 37–41.
- Taylor, Ian (2006):** China and Africa. Engagement and Compromise. London: Routledge.
- Trampedach, Tim (2000):** Das neue «Reich des Bösen»? Die Volksrepublik China in deutschen Medien 1949 und 1999. In: Berliner Chinahefte, Nr. 18, S. 3–10.
- Trampedach, Tim (1998):** Faszinosum China. Deutsche Chinabilder der Gegenwart. In: *Berliner Chinahefte*, Nr. 14, S. 46–58.
- Vogltreiter, Sandra (2009):** Kurze Leine, langer Atem. Voraussetzungen der Berichterstattung deutscher Korrespondenten in der Einparteindiktatur China. Köln: Herbert van Halem.
- Vogltreiter, Sandra (2008a):** Deutsche Korrespondenten in China. Eine qualitative Kommunikatorstudie zu den Arbeitsbedingungen ein Jahr vor den Olympischen Spielen in Peking. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Universität Dortmund.
- Vogltreiter, Sandra (2008b):** China. In: Hahn, Oliver/Lönnendonker, Julia/Schröder, Roland (Hrsg.): Deutsche Auslandskorrespondenten. Ein Handbuch. Konstanz: UVK, S. 373–388.
- Vougioukas, Janis (2008):** Wenn Mao das wüsste. Menschen im neuen China. München: Herbig.
- Waldenfels, Bernhard (1997):** Topographie des Fremden. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Wirth, Werner (2001):** Der Codierprozess als gelenkte Rezeption. Bausteine für eine Theorie des Codierens. In: Wirth, Werner/Lauf, Edmund (Hrsg.): Inhaltsanalyse. Perspektiven, Probleme, Potenziale. Köln: Herbert van Halem, S. 157–182.
- Wolfsfeld, Gadi (1997):** Media and Political Conflict. News from the Middle East. Cambridge: Cambridge University Press.
- WWF Deutschland (2008):** Die Umweltsituation in China. URL: [http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf\\_neu/Die\\_Umweltsituation\\_in\\_China.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/Die_Umweltsituation_in_China.pdf).

- Xiong, Wie (1991):** Die frühen Chinesisch-Deutschen Kulturbeziehungen. In: Kuo, Heng-yü/Leutner, Mechthild (Hrsg.): Deutsch-chinesische Beziehungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München: Saur, S. 13–22.
- Yan, Wenjie (1998):** A Structural Analysis of the Changing Image of China in the New York Times from 1949 through 1988. In: *Quality & Quantity*, No. 1, S. 47–62.
- Yang, Guobin (2005):** Environmental NGOs and Institutional Dynamics in China. In: *The China Quarterly*, March, S. 46–66
- Yang, Guobin (2003):** The Internet and Civil Society in China: A Preliminary Assessment. In: *Journal of Contemporary China*, No. 36, S. 453–476.
- Zou, Keyuan (2006):** China's Legal Reform. Leiden: Nijhoff.

# TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS

|             |                                                                              |     |
|-------------|------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Tabelle 1:  | Auswahl der Medien                                                           | 31  |
| Tabelle 2:  | Verteilung der Beiträge nach Sachgebieten und China-Bezug                    | 40  |
| Tabelle 3:  | Verteilung des Untersuchungsmaterials                                        | 41  |
| Tabelle 4:  | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Innenpolitik                       | 46  |
| Tabelle 5:  | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Internationales                    | 51  |
| Tabelle 6:  | Verteilung regionaler Themen im Themenfeld Süd-Süd-Beziehungen               | 53  |
| Tabelle 7:  | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Militär,<br>Rüstung & Verteidigung | 56  |
| Tabelle 8:  | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Soziales &<br>Sozialordnung        | 58  |
| Tabelle 9:  | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Wirtschaft & Finanzen              | 60  |
| Tabelle 10: | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Kriminalität                       | 62  |
| Tabelle 11: | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Umwelt & Gesundheit                | 64  |
| Tabelle 12: | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Unglücke &<br>Katastrophen         | 66  |
| Tabelle 13: | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Kultur & Gesellschaft              | 68  |
| Tabelle 14: | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Bildung,<br>Wissenschaft & Technik | 72  |
| Tabelle 15: | Verteilung der Themenfelder im Sachgebiet Olympia                            | 74  |
| Tabelle 16: | Rangfolge der Themenfelder                                                   | 77  |
| Tabelle 17: | Klassifizierung von Handlungsträgern und deren regionale<br>Verteilung       | 79  |
| Tabelle 18: | Autorenschaft der Beiträge                                                   | 82  |
| Tabelle 19: | Autorenschaft von Externen                                                   | 83  |
| Tabelle 20: | Verteilung der qualitativ untersuchten Beiträge nach Themen                  | 87  |
| Tabelle 21: | Thema Tibet – Verteilung der Autorenschaft                                   | 108 |
| Tabelle 22: | Thema Menschenrechte & Meinungsfreiheit – Verteilung der<br>Autorenschaft    | 127 |
| Tabelle 23: | Thema Deutsche Beziehungen zu China – Verteilung der<br>Autorenschaft        | 149 |
| Tabelle 24: | Thema Chinesische-afrikanische Beziehungen – Verteilung der<br>Autorenschaft | 161 |
| Tabelle 25: | Thema Umwelt – Verteilung der Autorenschaft                                  | 175 |
| Tabelle 26: | Thema Wirtschaft – Verteilung der Autorenschaft                              | 193 |
| Tabelle 27: | Korrespondenten der untersuchten Medien                                      | 197 |
| Tabelle 28: | Interviewpartner aus den Redaktionen                                         | 197 |

|               |                                                                                   |     |
|---------------|-----------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Abbildung 1:  | Einflussvariablen auf die Themenselektion und -aufbereitung                       | 24  |
| Abbildung 2:  | Verlauf der Berichterstattung 2008 – Tageszeitungen                               | 42  |
| Abbildung 3:  | Verlauf der Berichterstattung 2008 – Wochenzeitungen                              | 43  |
| Abbildung 4:  | Verlauf der Berichterstattung 2008 – Tagesschau und TV-Formate                    | 43  |
| Abbildung 5:  | Verteilung der Beiträge auf einzelne Sachgebiete                                  | 44  |
| Abbildung 6:  | Verteilung der Beiträge auf einzelne Sachgebiete nach Medien                      | 45  |
| Abbildung 7:  | Verlauf der Berichterstattung zum Tibet-Konflikt                                  | 88  |
| Abbildung 8:  | Verlauf der Berichterstattung zu Menschenrechte & Medien-<br>und Meinungsfreiheit | 111 |
| Abbildung 9:  | Verlauf der Berichterstattung betreffs Deutsche Beziehungen<br>zu China           | 131 |
| Abbildung 10: | Verlauf der Berichterstattung zu Chinesisch-afrikanische<br>Beziehungen           | 151 |
| Abbildung 11: | Verlauf der Berichterstattung zu Umwelt- und Klimapolitik                         | 164 |
| Abbildung 12: | Verlauf der Berichterstattung zu Chinas Rolle in der globalen<br>Wirtschaft       | 178 |

# ABKÜRZUNGEN

|                       |                                                                                  |
|-----------------------|----------------------------------------------------------------------------------|
| <b>ADAC</b>           | Allgemeiner Deutscher Automobil-Club                                             |
| <b>afp</b>            | Agence France Press (Nachrichtenagentur)                                         |
| <b>ai</b>             | Amnesty international                                                            |
| <b>AP</b>             | Associated Press (Nachrichtenagentur)                                            |
| <b>ARD</b>            | Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen<br>Rundfunkanstalten Deutschlands |
| <b>ASEAN</b>          | Association of South East Asian Nations                                          |
| <b>ASEM</b>           | Asia-Europe-Meeting                                                              |
| <b>AVIC</b>           | Aviation Industries of China                                                     |
| <b>BBC</b>            | British Broadcasting Corporation                                                 |
| <b>BOCOG</b>          | Beijing Organizing Committee for the Olympic Games                               |
| <b>BRIC</b>           | Abk. für die Schwellenländer Brasilien-Russland-Indien-China                     |
| <b>CCTV</b>           | China Central Television (chin. Staatsfernsehen)                                 |
| <b>CDB</b>            | China Development Bank                                                           |
| <b>CDU/CSU</b>        | Christlich-Demokratische Union/Christlich-Soziale Union<br>Deutschlands          |
| <b>CIC</b>            | China Investment Corporation (chin. Staatsfonds)                                 |
| <b>CO<sub>2</sub></b> | Kohlendioxid                                                                     |
| <b>CvD</b>            | Chef(in) vom Dienst                                                              |
| <b>dpa</b>            | Deutsche Presse-Agentur                                                          |
| <b>DOSB</b>           | Deutscher Olympischer Sportbund                                                  |
| <b>DW</b>             | Deutsche Welle                                                                   |
| <b>EADS</b>           | European Aeronautique Defence and Space Company                                  |
| <b>epd</b>            | Evangelischer Pressedienst (Nachrichtenagentur)                                  |
| <b>EU</b>             | Europäische Union                                                                |
| <b>FAZ</b>            | Frankfurter Allgemeine Zeitung                                                   |
| <b>FDP</b>            | Freie Demokratische Partei Deutschlands                                          |
| <b>G8</b>             | Gruppe der Acht (größten Industrienationen)                                      |
| <b>HRW</b>            | Human Rights Watch                                                               |
| <b>IOC</b>            | Internationales Olympisches Komitee                                              |
| <b>IPCC</b>           | Intergovernmental Panel on Climate Change der UN                                 |
| <b>IWF</b>            | Internationaler Währungsfonds                                                    |
| <b>KP</b>             | Kommunistische Partei Chinas                                                     |
| <b>NGO</b>            | Nichtregierungsorganisation                                                      |
| <b>n-tv</b>           | Deutscher Nachrichtensender                                                      |
| <b>NWICO</b>          | Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung                                 |
| <b>NVK</b>            | Nationaler Volkskongress Chinas                                                  |

|               |                                                                            |
|---------------|----------------------------------------------------------------------------|
| <b>ROG</b>    | Reporter ohne Grenzen                                                      |
| <b>OECD</b>   | Organisation for Economic and Co-operation and Development                 |
| <b>SEPA</b>   | State Environment Protection Agency (chin. Umweltbehörde)                  |
| <b>sid</b>    | Sport-Informationsdienst (Nachrichtenagentur)                              |
| <b>SPD</b>    | Sozialdemokratische Partei Deutschlands                                    |
| <b>SZ</b>     | Süddeutsche Zeitung                                                        |
| <b>taz</b>    | die tageszeitung                                                           |
| <b>TÜV</b>    | Technischer Überwachungsverein                                             |
| <b>UN/UNO</b> | Vereinte Nationen                                                          |
| <b>UNAMID</b> | United Nations African Union Mission in Darfur                             |
| <b>UNESCO</b> | Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur |
| <b>WTO</b>    | UN-Welthandelsorganisation                                                 |
| <b>ZDF</b>    | Zweites Deutsches Fernsehen                                                |
| <b>ZK</b>     | Zentralkomitee                                                             |

## DIE AUTOREN

**Carola Richter**, M.A., ist Kommunikationswissenschaftlerin und Arabistin. Sie studierte an den Universitäten Leipzig und Birzeit (Palästinensische Autonomiegebiete) Arabistik, Journalistik und Politikwissenschaft. 2004 schloss sie ihr Studium mit einem Magistertitel ab. Seit 2004 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Mediensystemvergleich an der Universität Erfurt. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind nicht-westliche Mediensysteme und Kommunikationskulturen, insbesondere in der islamischen Welt, sowie internationale politische Kommunikation. Sie arbeitete mit an Forschungsprojekten zur Programmanalyse der Deutschen Welle.

**Sebastian Gebauer**, B.A., ist Politikwissenschaftler. Er studierte von 2004-2008 in Bochum an der Ruhr-Universität sowie an der Shanghaier Tongji-Universität «Wirtschaft und Politik Ostasiens» (B.A.). Einen ergänzenden Master-Studiengang «Politik Ostasiens» wird er 2010 abschließen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich chinesischer Umwelt- und Energiepolitik. Im Rahmen seines Studiums absolvierte er verschiedene Praktika, u.a. bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Prof. Dr. phil. habil. **Kai Hafez** ist Kommunikations- und Politikwissenschaftler. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Analyse von Mediensystemen/Kommunikationskulturen an der Universität Erfurt. Hafez war Visiting Fellow an der Universität Cambridge und Senior Associate Fellow der Universität Oxford. Seit 1995 leitet er Forschungsprojekte unter anderem für die Volkswagen-Stiftung, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Er beriet das Auswärtige Amt und das Bundespresseamt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Theorie der Auslandsberichterstattung, der Islam in den Medien sowie der Nahe Osten und die internationale Politik.

Prof. Dr. **Thomas Heberer** ist Inhaber des Lehrstuhls Politik Ostasiens am Institut für Ostasienwissenschaften und am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen. Er war von 1977-81 als Lektor und Übersetzer am Verlag für Fremdsprachige Literatur in Peking tätig und hat China seitdem jährlich mehrere Monate bereist, überwiegend zur Feldforschung zu verschiedenen Themen und in verschiedenen Regionen. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Studien u. a. zum politischen, sozialen und institutionellen Wandel und zu Fragen ethni-



scher Minderheiten. Gegenwärtig arbeitet er zu Fragen der Umweltverwaltung, ländlicher Transformation und der Rolle von lokalen Kadern in Transformationsprozessen. Prof. Heberer ist u. a. Vorstandsmitglied der Asienstiftung in Essen und Mitglied in zahlreichen Beiräten internationaler Fachzeitschriften.













Wie Medien über ein Land berichten, das prägt unsere Wahrnehmung von diesem Land ganz entscheidend. Welches Thema wird für die Berichterstattung ausgewählt, was wird weggelassen, welche Stereotypen werden transportiert? China ist durch seinen wirtschaftlichen Aufstieg, seinen Umgang mit ethnischen Minderheiten, die Olympischen Spiele in Peking und den Auftritt auf der Frankfurter Buchmesse seit einigen Jahren ein Topthema in den deutschen Medien. Nun ist diese Berichterstattung in China selbst ein Thema geworden. Das Land fühlt sich missverstanden, falsch dargestellt, teilweise

gar verunglimpft. Ist diese Kritik berechtigt? Geben die deutschen Medien ein verzerrtes Bild von China? Oder ist das Land wegen seiner rigiden Pressepolitik nicht vielmehr selbst schuld an einer vermeintlich undifferenzierten Darstellung durch westliche Medien? Die vorliegende umfangreiche Studie von Carola Richter und Sebastian Gebauer liefert anhand von sieben Leitmedien eine Bestandsaufnahme und eine Analyse der China-Berichterstattung in Deutschland. Entstanden ist eine Aufnahme publizistischer Vielfalt, in der Präferenzen und Diskursmuster deutlich werden.

#### **Heinrich-Böll-Stiftung**

Die grüne politische Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

**T** 030 285340 **F** 030 28534109

**E** [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

**W**

[www.boell.de](http://www.boell.de)

ISBN 978-3-86928-036-3